



AGOMWBW-Rundbrief Nr. 793



vom 01. Juli 2021

Ein gemeinsamer Rundbrief von AG Ostmitteleuropa (AGOM) e. V.
Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Herausgegeben von Reinhard M. W. Hanke (V.i.S.d.P.)

Auflage: Verteiler von rund 1.800 Konten

www.ostmitteleuropa.de

www.westpreussen-berlin.de

Anschrift der Redaktion: agom-westpreussen.berlin@gmail.com

Landsmannschaft Westpreußen e. V., Brandenburgische Straße 24 – Steglitz, 12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533 (Büro), Fax-Nr.: auf Anfrage

Postbank Berlin: IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF, LM Westpreußen

Inhaltsverzeichnis

Seiten I - XII

Editorial

Seite 1

Editorial: Ein Ritt durch den Inhalt von Rundbrief Nr. 793

Von Reinhard M. W. Hanke

Themen global, die uns auch bewegen

Seiten 2 – 33

- 01) Der Weltverfolgungsindex 2021 – Wo Christen am stärksten verfolgt werden
- 02) Im Zeitalter der Massenmanipulation. Von István Heinrich
- 03) Guillaume Fayes Philosophie der Katastrophe. Von Leo Marić
- 04) Cancel Culture: „rassistische“ Vogelnamen sollen umbenannt werden
- 05) Was sagt die „Kritische Rassentheorie“? Von Sara Bertoncelj (Nova24tv)
- 06) Wie man den Drachen lähmt (und einen neuen Kalten Krieg gewinnt). Von Fabio Bozzo
- 07) Wie Amerika Selbstmord begeht: Die verheerenden Auswirkungen der „Woke“-
Bewegung an amerikanischen Schulen. Von Michèle Tribalat
- 08) Südafrika: „Wenn die Verfolgten weiß sind, verschließen die Linksliberalen die Augen“
Von Álvaro Peñas
- 09) USA: George Floyd erhielt bereits eine Statue. Von Zoltán Wittich

Sonderthema Corona-Pandemie

Seiten 34 - 68

- 01) Pandemie-„Übungen“ der US-Regierung vor dem Auftreten von Covid
- 02) Indoktrination der Jüngsten: Kinderbücher verbreiten Corona-Panik und
Transgender-Ideologie
- 03) Corona-Irrsinn immer unerträglicher: Mutter musste Schwimmbad vorzeitig
verlassen, weil Corona-Test auslief
- 04) Masken-Tragen kann Ihre Gesundheit gefährden!

- 05) Immer mehr Berichte: schwere Nebenwirkungen und Todesfälle bei Kindern nach Corona-Impfung
- 06) Corona-Terror an Kindern eskaliert: Jetzt sollen extra Kinder-FFP2-Masken gefertigt werden
- 07) Delta-Variante sechsmal tödlicher bei Covid-Geimpften
- 08) Neueste Infos zum Corona-Wahn – Aktualisierung täglich: NDR sucht „Corona-Held*innen“

Politische Themen in Europa (ohne Deutschland)

Seiten 69 - 168

- 01) Tino Chrupalla legt einen Kranz am Grab des unbekanntem Soldaten auf dem Roten Platz nieder. Von Lionel Baland
- 02) Renaissance der Kernkraft durch den Klimaschwindel?
- 03) Neues Buch über Europas Rechtspopulisten – Achtung: explosiver Inhalt!
- 04) Pro-Abtreibungsbericht: Drohende Abstimmung im Europäischen Parlament
- 05) Die Invasion geht weiter: wie illegale Einwanderer in Italien landen
- 06) Europäische Staatsanwaltschaft: ein neues Werkzeug von Soros? Von Álvaro Peñas
- 07) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 21. bis 27. Juni 2021
- 08) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 14. bis 20. Juni 2021
- 09) PiS verliert Sejm-Mehrheit nach Ausscheiden von drei Abgeordneten
- 10) Krieg der Worte zwischen Israel und Polen, nachdem Polen ein Gesetz verabschiedet hat, das Restitutionsansprüche begrenzt
- 11) „Wir arbeiten als Antithese zum Soros-Projekt“ – Konservative Universität in Warschau öffnet im Oktober ihre Tore
- 12) Gazeta Wyborcza über polnische Verbrechen an guten Deutschen
- 13) Polen: Jarosław Kaczyński bereitet sich auf die Wahlen 2023 vor
Von Tímea Koren-Karczub
- 14) Polnischer Außenminister kritisiert USA: erfuhr Aufhebung der Nord Stream 2 Sanktionen aus Medien
- 15) Konflikt um Tagebau in Turów (Gem. Reichenau/poln. Gmina Bogatynia)
- 16) Tschechischer PM: Niederlande und Schweden bis 2044 und 2065 mehrheitlich Muslimisch
- 17) CZ: Web-Zensur wächst, aber Regierung tut wenig dagegen. Von Daniel Kaiser
- 18) In der Tschechischen Republik sagen die Abgeordneten Ja zur Selbstverteidigung
- 19) Ferenc Kalmár: „Die Frage der Minderheiten ist eine europäische Frage“.
Von Éva Harangozó
- 20) Film „Genozid in Engerau“ („Népartás Pozsonyligetfalun“). Von Attila Ditzendy
- 21) Ungarns Notenbankpräsident: Nein zum Euro
- 22) Das Leben in Ungarn ist viel billiger als in den meisten EU-Ländern
- 23) Solidarität mit Ungarn: Petition unterzeichnen! Schluss mit der familienfeindlichen Hetze gegen Ungarn und sein Volk!
- 24) Was steht wirklich in Ungarns umstrittenem „Anti-LGBTQ-Gesetz“. Von Daniele Scalea
- 25) Offener Brief von Petr Bystron an die Mitglieder der ungarisch-deutschen Parlamentariergruppe
- 26) Nicht Ungarn hat ein Problem mit Rechtsstaatlichkeit, sondern EU und Deutschland
- 27) Wie in Deutschland ein falsches Bild von Ungarn bewusst erzeugt wird.
Von Klaus-Rüdiger Mai
- 28) Orbán: ‚Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom‘
- 29) Ungarn: Neustart ist das Hauptziel. Von Gergely Kiss
- 30) Ist Ungarn „schwulenfeindlich“? Von Gábor Barcsa-Turner
- 31) 25./26. Juni 1991: Die Republik Slowenien entsteht. Von Tomaž Kladnik

- 32) Slowenien: mehr als 200 kg Heroin im Hafen von Koper beschlagnahmt.
Von Sara Rančigaj (Nova24tv)
- 33) Jure Vujić: Kroatien muss Leitlinien aus seiner eigenen philosophischen und politischen Tradition ziehen
- 34) Ein weiteres Tito-Verbrechen
- 35) Griechenland schiebt fast doppelt so viele Migranten ab, wie 2021 angekommen sind
- 36) Daniele Scalea: Kommt eine italienische Mitte-Rechts-Föderation?
- 37) Französische Regionalwahlen: Fiasko für RN und LREM
- 38) Jože Biščak und Vinko Vasle in einem offenen Brief an Emmanuel Macron: Seien Sie vorsichtig mit Ihrer Wortwahl! Von Jože Biščak und Vinko Vasle
- 39) Jean-Marie Le Pen kommentiert die Wahlschlappe des Rassemblement National
- 40) Französische Regionalwahlen: RN im Rückgang
- 41) Génération identitaire-Sprecherin Thaïs d'Escufon zu Haft auf Bewährung verurteilt: Die Gedankenpolizei Frankreichs ist hochaktiv und geht rücksichtslos gegen Abweichler von der politischen Korrektheit vor

- 01) Papst Franziskus lehnt den Rücktritt von Kardinal Marx ab
- 02) Der Verfassungsschutz verfolgt den Verlag Antaios und die „Neue Rechte“.
Von Lionel Baland
- 03) Petition fordert Umbenennung des Buntstifts „Hautfarbe“
- 04) Bundeswehr hätte keine Chance gegen eine Armee, die so ausgerüstet ist wie die Aserbaidshische. Von Laurent Lagneau
- 05) AfD zu Würzburg-Anschlag: Kein „Einzelfall“ sondern islamischer Terrorakt
Abgelehnter Asylbewer richtet Blutbad an
- 06) Die üblichen Verdächtigen: „Nafri“ schlachtet drei Menschen in Würzburger Innenstadt ab!
- 07) Wien: „Marsch für die Familie“ zensiert. Von Elmar Forster
- 08) Österreich: Herbert Kickl ist neuer FPÖ-Chef

Diese Themen wurde auf unsere Leitseiten gesetzt:

- A) Hat das Regionalmuseum in Krockow/Krokowa in der Nordkaschubei mit der Außenstelle des Westpreußischen Landesmuseums eine Zukunft?
Von Dr. Jürgen Martens

Seite IV zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 792 vom 17.06.2021

- B) Ist das Regionalmuseum in Krockow/Krokowa - Außenstelle des Westpreußischen Landesmuseums – am Ende?
Von Dr. Jürgen Martens
<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Krockow_Regionalmuseum.pdf>

Aufruf zur Unterstützung

Seiten 184 – 186

- 1) Finanzielle Unterstützung der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin
- 2) BdV: Ewige Flamme“ in Berlin-Charlottenburg braucht Ihre Unterstützung
- 3) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

„Zum Wohle des deutschen Volkes...“, Grundgesetz, Artikel 64 und 56

Seite 187

Du musst denken

Seite 188

A. a) Leitgedanken

Seite 189

„Verletze niemanden, vielmehr hilf allen, soweit du kannst.“ *Arthur Schopenhauer*

Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt von Morgen aussieht!

Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)

„Heimat gestalten und nicht nur verwalten!“ *LW Berlin*

A. b) Forderungen und Grundsätze

Seite 190

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsaeetze.pdf

- 1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
- 2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

A. c) Mitteilungen

Seiten 191 - 208

- 01) Wichtige Signale am diesjährigen 17. Juni
- 02) Die Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler:
20. Juni – Nationaler Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung
- 03) „Schlesien verbindet“ – auch im Internet. Deutschlandtreffen der Schlesier findet am
26. Juni erstmalig als eintägige Digital-Veranstaltung statt
- 04) Verleihung des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises des Zentrums gegen
Vertreibungen an den Bundespräsidenten a. D. Joachim Gauck
- 05) Zeitzeugen aus der Reichenberger Region gesucht
- 06) 71. Sudetendeutscher Tag in München: „Verantwortung für die Heimat – unser Weg in
die Zukunft“
- 07) Eine Hoffnung in München – Daniel Herman ist der neue Karlspreisträger der SL
- 08) Ein christlicher Versöhner. Karlspreis der Sudetendeutschen Landsmannschaft an
Daniel Herman
- 09) Landesgruppe Bayern lädt zur Teilnahme am Brünner Versöhnungsmarsch

10) Otokar-Fischer-Preis für germanobohemistische Forschung verliehen

A. da) Berichte

Seiten 209 - 210

- 01) Wahlen bei den Sudetendeutschen: Posselt erneut an der Spitze - Naaß
Präsidentin der Bundesversammlung
- 02) Ungeliebt und fern der Heimat

A. db) Berichte von Fachtagungen

Seite 211

- Uns interessierende Berichte liegen nicht vor -

A. ea) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen

Seiten 212 - 232

- 01) Aus Unrecht zur Versöhnung – Dokumentations- und Erinnerungsstätte zu Flucht und Vertreibung in Berlin eröffnet. Pressemitteilung des Zentrums gegen Vertreibung
- 02) Dr. Fabritius: Wichtiger Baustein in der Erinnerungslandschaft. Der BdV-Präsident zur Eröffnung des Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung
- 03) Der schwierige Umgang mit einem Trauma der Deutschen
- 04) ...ändert nichts daran, dass die Vertreibung ein Unrecht war!

**A. eb) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen S. 233 - 300**

- 01) Leserbrief zu einer äußerst ernsten Angelegenheit: „Amerika“ – ein Name mit Vergangenheit
- 02) Widerspruch kann teuer werden. Bezirk Mitte weist auf Verwaltungskosten bei Eingaben gegen Straßenumbenennung hin. Von Dominik Bardow und Elmar Schütze
- 03) Rettet die Berliner Mohrenstraße. Kolumne von Götz Aly
- 04) Die Linke ist bei Straßenumbenennungen wieder aktiv: sie fordert, die Roonstraße in Lichterfelde West umzubenennen
- 05) Straßenumbenennungen ohne Ende? Hermann von Wissmann
- 06) Demokratischer Diskurs ausgeschlossen: SPD-Politiker haben nichts dazu gelernt.
Noch einmal: Maerckerweg
- 07) Vorletzter Reichskanzler: Pflege für Kurt von Schleichers Grab soll nicht mehr vom Land bezahlt werden
- 08) ... und auch in anderen Bezirken Straßenumbenennungen, beispielsweise in Tempelhof-Schöneberg
- 09) Götz von Aly zu Rotrotgrünem Brutalismus in Berlin. Kommentar von Götz Aly im Wortlaut
- 10) Anwohner lehnen Inge-Meyssel-Straße ab. Von Hildburg Bruns

Dieses Thema finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

Von der Geschichtsklitterung zur Geschichtsfälschung:
Straßenumbenennungen für eine andere Republik, für eine andere
Gesellschaft – für ein anderes Volk?

Das Beispiel Steglitz-Zehlendorf in Berlin: Paul von Hindenburg, Max von Gallwitz, Georg Maercker

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Geschichtslandschaft_Strassen_Gedenktafeln_%20Ehrengraeber.pdf

A. f) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe

Seiten 301 - 307

- 01) Soldatendenkmal des Kyffhäuserbundes auf dem Friedhof der Kirchengemeinde Alt-Schöneberg in Berlin
- 02) Friederike Mayröcker - zum Tod einer ganz Großen
- 03) 101 Jahre Trianon – Das zerbrochene Schweigen

A. g) Fördermöglichkeiten

Seite 308

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

- 01) Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen
- 02) Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.
- 03) Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

[<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf>](http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf)

A. h) Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde

Seiten 309 - 361

- 01) Die älteste bekannte Ur-Europäerin lebte in Tschechien
- 02) Hessisch-Böhmisch-Mährische Verbindungen im Hoch- und Spätmittelalter und die Deutsche Ostsiedlung
- 03) Schadensbilanz nach Tornado-Katastrophe
- 04) Prag – Stadt der Freimaurer?
- 05) ÖSTERREICHISCHE u. ALTÖSTERREICHISCHE KÜNSTLER
(Pseudonyme für Vor- und Familiennamen)
- 06) Ungarisches Nationalmuseum ausgezeichnet
- 07) Auf den Spuren des deutschen Erbes in Ungarn: Von Pesth über Ofen bis nach Wudersch. Von Kinga Fodor
- 08) Reisebericht: Unterwegs im Lande der Banater Schwaben. Von Martin Josef Böhm
- 09) Plattensee (Balaton): Zwei Fischarten unter EU-Schutz
- 10) Ungarn: Fünf Tonnen Abfälle aus dem See gefischt
- 11) Arnautovic gegen Alioski oder der Rassismus-Verfolgungswahn.
Von Dr. Harald W. Kotschy

A. i) Plattform des Arbeitskreises für ostdeutsche Landsmannschaften u.ä. (Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa)

Seiten 362 - 366

- 01) Zentrale Festveranstaltung zum Tag der Heimat 2021
- 02) Aktuell: Der Westpreußen / Unser Danzig – in zwei Ausgaben
- 03) Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V. Berlin-Brandenburg vervollständigt Vorstand durch Briefwahl

A. i) Plattform des Arbeitskreises für landsmannschaftliche ostdeutsche Heimatkreise (Historisches Ostdeutschland und östl. Mitteleuropa)

Seite 367 - 377

- 01) Heimatkreis Wirsitz: Einladung zur 30. Weißenhöher Himmelfahrt, 24. bis 31. Juli 2021
- 02) Sommertage an Netze und Brahe mit einem „Kleinen Treffen“, 14. bis 21.08.2021
- 03) Heimatkreis Schneidemühl: Patenschaftstreffen in Cuxhaven abgesagt, neuer Heimatbrief

B. a) Vortragsveranstaltungen

Seiten 378 – 385

- 01) 03.07.2021, Literaturforum im Brecht-Haus: Otto. Lesung von Dana von Suffrin im Rahmen unseres Jahresthemas 2021: »Literarische Landschaften im östlichen Europa« und im Rahmen der Lesereihe »Unerhörte Familiengeschichten aus dem östlichen Europa«
- 02) 10.07.2021, Literaturforum im Brecht-Haus: Letzte Fahrt nach Königsberg. Lesung von Ulrich Trebbin im Rahmen unseres Jahresthemas 2021: »Literarische Landschaften im östlichen Europa« und im Rahmen der Lesereihe »Unerhörte Familiengeschichten aus dem östlichen Europa«
- 03) 31.07.2021, Literaturhaus Berlin: Familienlesung »Emil und die Detektive«. Mit Rainer Strecker Junges Literaturhaus - Familienveranstaltung im Garten
- 04) 13.07.2021, Topographie des Terrors: Fritz Bauer und der Umgang mit der NS-Vergangenheit. Vorträge: Prof. Dr. Lena Foljanty, Wien, und Dr. David Johst, Halle
Lesung: Daria Lik und Marlon Frank, Schauspielstudierende an der Universität der Künste Berlin
Moderation: Dr. Stephanie Bohra, Stiftung Topographie des Terrors, Berlin
- 05) 23.09.2021, Klaus-Zernack-Colloquium 2021 online: Völlig vergessen – die oberschlesische Kämpferin Agnes Wabnitz, Vortrag von Roswitha Schieb, Borgsdorf b. Berlin; Stets gegenwärtig – die jüdische Intellektuelle Rosa Luxemburg. Vortrag von Holger Politt, Rosa-Luxemburg-Stiftung

B. b) Vorlesungsreihen, Podiumsdiskussionen, Seminare u.ä.

Seiten 386 – 430

- 01) 04. bis 09.07.2021, Heiligenhof, Bad Kissingen: „Blick nach vorn“: Sudetendeutsch-tschechische Heimatwoche, Einladung zum ersten Präsenzseminar nach Corona

- 02)** 05. bis 06.07.2021, Carlebach-Arbeitskreis an der Universität Hamburg; Institut für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg; Joseph-Carlebach-Institut an der Bar Ilan Universität, Ramat Gan: Deutschland in Israel – Israel in Deutschland: 1948 bis zur Gegenwart 12. Internationale Joseph Carlebach Konferenz
- 03)** 07.07.2021, 10:00 bis 17:00 Uhr, Deutsche Gesellschaft: Konferenz im Livestream „Vergessene Geschichte(n) – Migrantische Erfahrungen in der DDR und im vereinten Deutschland“
- 04)** 08. bis 09.07.2021, Kulturstiftung der Deutschen Vertriebenen: Volksabstimmungen über die territoriale Zugehörigkeit unter besonderer Berücksichtigung der Volksabstimmungen nach dem Ersten Weltkrieg vor 100 Jahren. Internationale Fachtagung im Livestream auf Youtube
- 05)** 03. bis 04.08.2021, Heiligenhof, Bad Kissingen: Kultureinrichtungen im Dialog. Landsmannschaften und Kultureinrichtungen der Vertriebenen im Dialog mit Bund, Ländern und Wissenschaft
- 06)** 25. bis 28.08.2021, Deutsches Polen-Institut gefördert durch Sanddorf-Stiftung Regensburg: Interdisziplinäre Sommerakademie des Deutschen Polen-Instituts
- 07)** 05. bis 08.10.2021, München, Historikertag 2021: Epochenübergreifende Sektionen
- 08)** 13. bis 15.10.2021, Zentrum Mittleres und Östliches Europa (TU Dresden); Museum für Kohlebergbau in Zabrze / Hindenburg OS. Veranstaltungsort Digital; Zabrze /Hindenburg OS; Dresden: Industrialisierung in Oberschlesien im ‚Zeitalter der Extreme‘. Eine Kulturgeschichte der Wirtschaft am Beispiel des Ballestrem-Konzerns ca. 1890-1950
- 09)** 14. bis 15.10.2021, Lehrstuhl für Militärgeschichte / Kulturgeschichte der Gewalt, Alex J. Kay, Historisches Institut, Universität Potsdam: Nachwuchskolloquium zur Militärgeschichte
- 10)** 25. bis 26.10.2021, Forschungsverbund Neue Universität (Universität Kassel): Stadterweiterung in Zeiten der Reurbanisierung – neue Suburbanität? Online-Abschlusstagung des Forschungsverbunds Neue Suburbanität (Universität Kassel)
- 11)** November in Soest, Tagung der BAG für Ostdeutsches Kulturerbe im Unterricht e. V.: Der große Aufbruch 1968 – ein Mythos von gestern.
- 12)** 11. bis 14.11.2021, Collegium Carolinum in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Geschichte Ost- und Südosteuropas der Ludwig-Maximilians-Universität München: Ungleichzeitigkeiten und Divergenzen in der Entwicklung Ostmitteleuropas seit 1989 83730 Fischbachau
- 13)** 18. bis 21. Nov. 2021, Herrnhut, University of Gothenburg, Johannes Gutenberg Universität Mainz, Herrnhuter Brüdergemeine (Prof. Dr. Christer Ahlberger, Prof. Dr. Wolfgang Breul, Dr. Peter Vogt, Ausrichter Prof. Dr. Christer Ahlberger, Prof. Dr. Wolfgang Breul, Dr. Peter Vogt: Die Herrnhuter Brüdergemeine als Impulsgeber für religiöse und kulturelle Innovation im 18. Jahrhundert
- 14)** 26.11.2021, Geschichte und Zukunft e.V. und Konrad-Adenauer-Stiftung Veranstaltungsort Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstraße 35: Wie bekommt man das Völkische aus den Köpfen? Reeducation und Reorientation im besetzten Deutschland 1945 bis 1955. Der Stellenwert völkischer Ideologien für Alliierte, deutsche Länder und die Bundesregierung
- 15)** 02.12.2021 - 03.12.2021, Institut für Landesgeschichte, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt, Veranstaltungsort Landesmuseum für Vorgeschichte 06114 Halle (Saale): Nachgeholte Historisierung? Der Braunkohlenbergbau als Herausforderung für Geschichtswissenschaft und -vermittlung
- 16)** 13. bis 14.01.2022, Wissenschaftliche Tagung der AG Landesgeschichte des Verbands der Historiker Deutschlands: Zeit in der Landesgeschichte

- 17) 31.03. bis 01.04.2022, Deutsches Historisches Institut Warschau: Das "Bibliomigratorische" im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg
- 18) 11.05.2022 - 13.05.2022, Veranstalter Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf: "Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken
- 19) 21.09.2022 - 24.09.2022, Veranstalter Verband der deutschen Slavistik (Ruhr-Universität Bochum): Slavistiktag 2022

C. a) Ausstellungen usw. in Berlin und Umland

Seiten 431 - 444

- 01) Programme der Museen von Tempelhof-Schöneberg
- 02) Enthüllte Schätze. 101 Jahre Schöneberger Kunstdepot. Kunstausstellung, 24.04. bis 06.08.2021
- 03) „Kommt Schwimmen“. Das Seebad Mariendorf 1876 – 1950 Tempelhof-Museum, 07.05. bis 10.10.2021
- 04) Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. NS-Verbrechen vor Gericht 28.04. bis 17.10.2021, Topographie des Terrors
- 05) Brandenburg-Preußen Museum: „Vom Eise befreit sind Strom und Bäche...“ Brandenburg-Preußen Museum Wustrau: Ausstellung „[K]Ein Kinderspiel: Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung vom 21.03. bis 05.12.2021

C. b) Ausstellungen usw. außerhalb des Raumes von Berlin

Seiten 445 - 452

- 01) 01. Juli bis 17. Oktober 2021, Westpreußischen Landesmuseum: Die schönsten Wochen des Jahres. Reise(n) einst und jetzt
- 02) „In zwei Welten – Deutsche Minderheiten stellen sich vor“. Digital
- 03) Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold
- 04) Einblicke ins Depot des Sudetendeutschen Museums
- 05) 29. 06. bis 07.08.2021, Evang. Reglerkirche Erfurt: Zwei Häuser eines Herrn Kirchen und Synagogen in der Slowakei. Fotoausstellung von Monika und L'ubo Stacho

E. a) Neuerscheinungen auf dem Bücher- und Zeitschriftenmarkt

Seiten 453 – 455

A. Besprechungen (Seite 453)

Wir lesen

B. Besprechungen in Arbeit (Seite 453)

- 01) Alexander-Kenneth Nagel: Corona und andere Weltuntergänge. Apokalyptische Krisenhermeneutik in der modernen Gesellschaft. (Bielefeld) [transcript] (2021). 209 Seiten.
= Kulturen der Gesellschaft.48.
Print-ISBN 978-3-8376-5595-7. € 30,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5595-1.
Rezensent: Dr. Gerd Klöwer, Berlin

- 02)** Svenja Kück: Heimat und Migration. Ein transdisziplinärer Ansatz anhand biographischer Interviews mit geflüchteten Menschen in Deutschland. (3 Abb., 2 Tab.). (Bielefeld) transcript (2021). 293 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5511-7 (Print), 978-3-8394-5511-1 (pdf). € 48,00.
Rezensentin: Frau Dr. Maria Werthan, Langerwehe
- 03)** Breslau – Freizeit und Konsum. (zahlreiche historische und aktuelle Abb. im Text, Abb. auf den Klapp-Umschlagseiten). Hg. von Heinke Kalinke, Tobias Weger, Łukasz Bieniasz
(Berlin/Boston) de Gruyter (2021). 313 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 81.
ISBN 978-3-11-070298-9. € 49,95.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 04)** Arne Frank unter Mitarbeit von Katrin Schulz: Das schlesische Elysium. Burgen, Schlösser, Herrenhäuser und Parks im Hirschberger Tal. (mit zahlreichen mehrfarbigen und SW-Abbildungen im Text, 2 mehrfarbigen Karten auf den Innenseiten).
Fünfte, überarbeitete und erweiterte Auflage.
(Potsdam) Deutsches Kulturforum östliches Europa (2021). 307 Seiten.
ISBN 978-3-9361168-90-7. € 19,80.
Rezensent: Peter Börner, Siegburg

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen (Seiten 453 – 455)

- 01)** Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?
- 02)** Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text).
(Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.
- 03)** Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975).
(Düsseldorf) Droste Verlag 2020. 671 Seiten.
= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 182. ISBN 978-3-7700-5349-0. € 68,00.
- 04)** Handbuch Landesgeschichte. (43 Abb., darunter einige mehrfarbige Abb.). Hrsg. von Werner Freitag, Michael Kißener, Christine Reinle und Sabine Ullmann.
(Berlin) De Gruyter Oldenbourg. (2018). XII, 706 Seiten. = de Gruyter Reference.
Gebunden ISBN 978-3-11-035411-9. € 99,95.
- 05)** Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung.
(zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90. PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.

- 06)** Das Museum der Zukunft. 43 neue Beiträge zur Diskussion über die Zukunft des Museums. Hrsg. von schnittpunkt und Joachim Baur. (mit mehrfarb. und SW-Abb.). (Bielefeld) transcript (2020). 313 Seiten. ISBN 978-3-8376-5270-3. € 29,00.
- 07)** Maria Werthan (Hrsg.): Heimat in bewegten Zeiten. Beiträge der verständigungs-politischen Tagung Frauen schaffen Heimaten in Europa, 14. – 16. August 2020, Heiligenhof. Frauenverband im Bund der Vertriebenen e. V. (mehrere SW-Abb.). (Berlin) OsteuropaZentrum Berlin Verlag (2021). 128 Seiten. ISBN 978-3-89998-371-5. € 9.90.
- 08)** Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen). (Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten. Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00. PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.
- 09)** Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makafa. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020). 400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.
- 10)** Christofer Herrmann / Kazimierz Pospieszny / Ernst Gierlich (Hrsg.): Spiegel der Fürstenmacht. Residenzbauten in Ostmitteleuropa im Spätmittelalter – Typen, Strukturen, Ausschmückung. (zahlreiche Farbfotos, zahlreiche mehrfarbige und einfarbige Abb.). (Bonn) Kulturstiftung der Vertriebenen (1921). 289 Seiten. ISBN 978-3-88557-243.5. € 24,90.
- 11)** Hans-Jürgen Kämpfert: Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel. Einrichtungen und Persönlichkeiten. (zahlreiche Abb., Stadtplan Danzigs von 1822 auf den Umschlaginnenseiten vorn, Landkarte Westpreußen auf den Umschlaginnenseiten hinten). Münster / Westfalen: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2020. XI, 396 Seiten.
= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 42. ISBN 978-3-924238-58-2. € 40,00.
- 12)** Christhardt Henschel (Hg.): Ostpreußens Kriegsbeute. Der Regierungsbezirk Zichenau 1939 – 1945. (19 SW-Abbildungen im Text). (Osnabrück) fibre (2021). 416 Seiten.
= Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau.42. ISBN 978-3-944870-75-5. € 58,00.
- 13)** Arno Mentzel-Reuters und Stefan Samerski (Hg.). Castrum sanctae Mariae: Die Marienburg als Burg, Residenz und Museum. (mit 102 Abb.). Göttingen: V & R Unipress 2019. 505 Seiten.
= Vestigia Prussica. Forschungen zur Ost- und Westpreußischen Landesgeschichte. Band 1. ISBN 978-3-8471-0883-2. € 59.99.

- 14) Peter Bahl: Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945. (Berlin) Berliner Wissenschaftsverlag (2020). XVII, 1.718 Seiten.
= Bibliothek der brandenburgischen und preußischen Geschichte. Im Auftrag des Brandenburgischen Hauptarchivs und der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Mario Glauert und Michael Wildt. Band 17.
ISBN Print 978-3-8305-5016-7. € 125,00.
ISBN E-Book 978-3-8305-4186-8. Freier Zugang. € 0,00.
- 15) Naturpark Barnim von Berlin bis zur Schorfheide. Eine landeskundliche Bestandsaufnahme. Hg. von Peter Gärtner, Lisa Merkel, Haik Thomas Porada (mit 181 zumeist mehr-farbigen Abb. im Text; 1 Übersichtskarte-Suchpunkte und 1 Tafel mit 4 mehrfarbigen Abb. in Tasche).
Wien, Köln, Weimar. Böhlau Verlag (2020). 496 Seiten.
= Landschaften in Deutschland. Band 80 (herausgegeben im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde und der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig). ISBN 978-3-412-51378-8. € 30,00.
- 16) Reinhard Olt: Im Karpatenbogen. Ungarn und die Diaspora der Magyaren – Reportagen und Analysen. (mit mehrfarbigen Fotos). Budapest: Freunde von Ungarn Stiftung 2020. 232 Seiten. ISBN 978-615-81674-0-6. € 179,10.

Briefe und Leserbriefe

Seiten 456 - 458

- 01) Einbahnstraße Borstellstraße
Brief an das Straßenverkehrsamt von Berlin Steglitz-Zehlendorf
- Antwort weiterhin Fehlanzeige! -

Impressum	Seite 459
Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz	Seite 459
Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“	Seite 460
2 Karten zur Geschichte Westpreußens	Seite 461
<i>Freie Stadt Danzig: Wappen, Karte des Staatsgebietes</i>	Seite 462
Westpreußen in Physisch-geographischen Karten	Seite 463
Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920	Seite 464

Redaktionsschluss für diesen AWR-Nr. 793:
30.06.2021, 12:00 Uhr

Der nächste Rundbrief Nr. 794 erscheint voraussichtlich am
22.07.2021
(Redaktionsschluss: 20.07.2021, 12:00 Uhr)

Editorial: Ein Ritt durch den Inhalt von Rundbrief Nr. 793

Liebe Leser,

es lohnt sich immer unseren AWR eingehend zu studieren. Die Karte von Open Doors zum Weltverfolgungsindex 2021 führen wir als Stehsatz. So können wir uns jedesmal wundern: unser NATO-Partner Türkei ist Teil des Problems – „die NATO verteidigt unsere Werte“! Und beliebte Touristenziele sind verzeichnet: auch hier heißt es heucheln, um mit Doppelmoral voranzuschreiben!? Das Thema wird uns weiter begleiten.

Für die interessanten Beiträge in diesem und in den weiteren Abschnitten des Vorspanns wie auch bei der Landeskunde, sind wir der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“ sehr dankbar. Diese Zeitschrift geht uns seit einiger Zeit digital zu. Wie auch der Sudetendeutsche Pressedienst Österreich aus Wien, den wir schon seit längerem verarbeiten dürfen, bereichert uns „Unser Mitteleuropa“ sehr. Einen großen Teil der Themen haben wir nur in diesen beiden Quellen gefunden! Lesen Sie also die Beiträge zur „Philosophie der Katastrophen“, zur „Abwehr rassistischer Vogelnamen“ (vielleicht ist auch Ihr Familienname ein „Problemfall“?), zu Meinungsmanipulation, zu Verfolgungen und Machtverschiebungen in der geopolitischen Weltlage im Abschnitt „Global...“

Aufschlussreich sind auch die Beiträge zur Pandemie. Hochaktuell werden u.a. die Themen „Impfung von Kindern“, „Impffolgen bei der Delta-Variante“ behandelt.

Im Abschnitt „Politische Themen in Europa“ werden in einem Rundumschlag aktuelle Themen in großer Vielfalt behandelt. Ein Schwerpunkt ist Ostmitteleuropa, aber hier werden auch Themen für die übrigen Teile Europas nicht ausgeschlossen, ohne Vollständigkeit anstreben zu können. Und auch im Abschnitt „Politik in Deutschland und in [kulutrell] nahen Staaten“ finden Sie, verehrter Leser, bestimmt die eine oder andere Nachricht, die ihnen bisher nicht bekannt war.

Es schließt sich der bekannte Hauptteil an, zu dem eigentlich auch die Werbung für unsere Veranstaltungen gehört. Diese Werbungen müssen zurzeit mehr oder weniger entfallen. Die Pandemieeinschränkungen dauern fort. Sehr viele Themenangebote zu Seminaren finden sich u.a. im kürzlich neu eingeführten Abschnitt „B.b) Vorlesungsreihen, Podiumsdiskussionen, Seminare u.ä.“. Bei den Angeboten von Hochschulen u.a. besteht i.d.R. ein wissenschaftlicher Anspruch, der aber Interessenten nicht abschrecken sollte.

Die ebenfalls neu aufgestellten „Plattformen“ (A. i) und A.j) sollen landsmannschaftliche Aktivitäten bekanntmachen: Beachten Sie hier, bitte, die Anmeldefrist für den Tag der Heimat in Berlin und unsere „30. Weißenhöher Himmelfahrt“ vom 24. bis 31.07.2021 in Westpreußen.

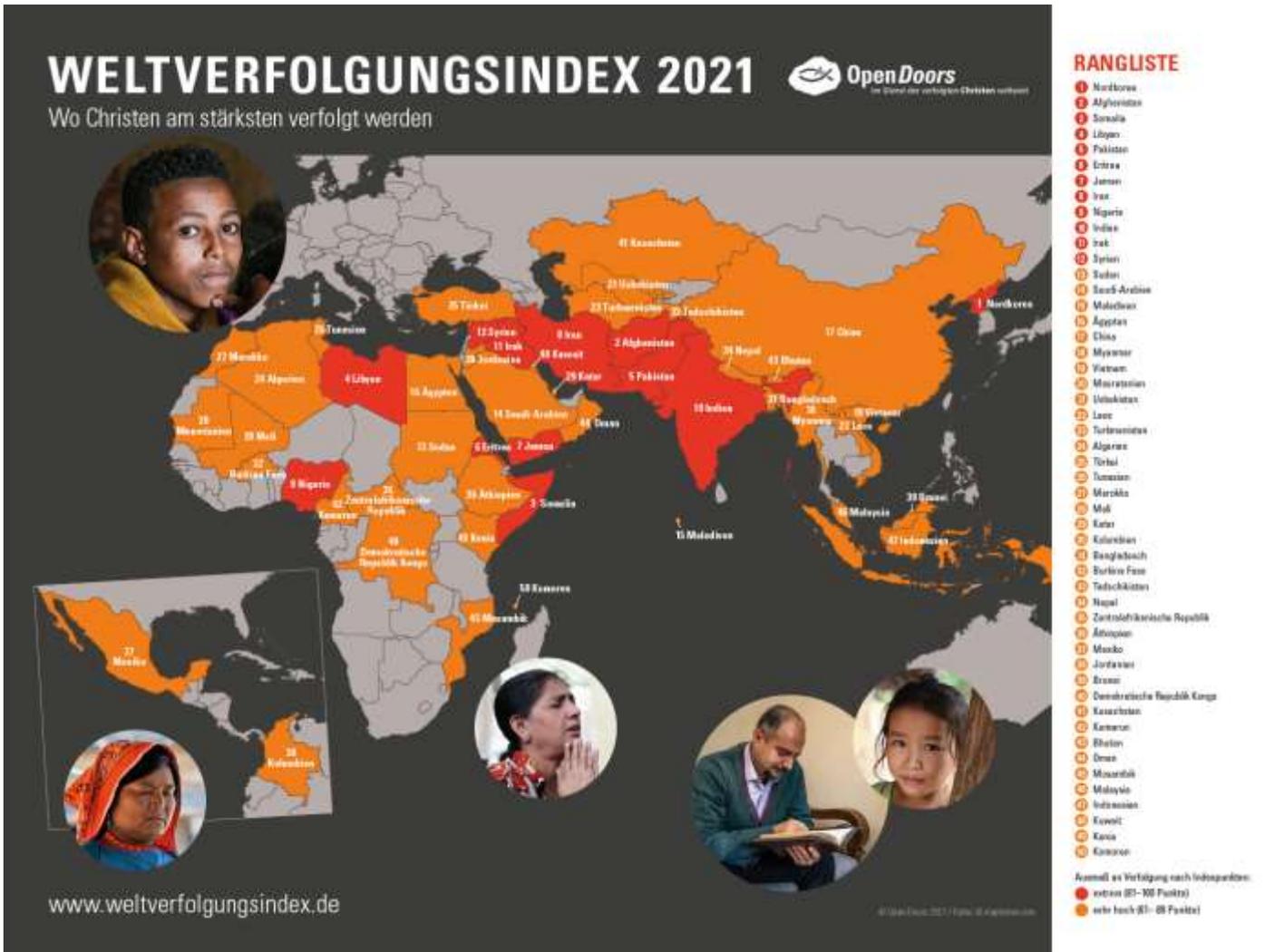
Im Abschnitt „A.h) Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde“ finden Sie wichtige Grundlagen für Reisepläne u.a.m.

Im Abschnitt „A.ea) berichten wir über die Eröffnung des Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ im Deutschlandhaus. Das Deutschlandhaus mussten wir anderen Landsmannschaften Ende Juni 2010 verlassen; es war Jahrzehntelang als „Haus der ostdeutschen Heimat“ Sitz der Vertriebenenverbände.

Im Abschnit „A.eb)“ werden die geschichtsfälscherisch durchgeführten Straßenumbenennungen dokumentiert, aber auch der Umgang mit dem Gedenken an die in den Weltkriegern gefallenen Soldaten im Beispiel des mit roter Farbe besudelten Denkmals in Alt-Schöneberg. Diese Themen kommen demnächst auf unsere Leitseiten.

Unsere Veranstaltungen mussten weitgehend abgesagt werden. Vielen anderen Vereinen geht es ebenso. Sobald Veranstaltungen wieder möglich sind, wird sich die inhaltliche Gewichtung unseres AWR wieder verändern müssen, um nicht weiter im Umfang zu wachsen!- Mit freundlichen landsmannschaftlichen Grüßen *Ihr Reinhard M. W. Hanke*

01) Der Weltverfolgungsindex 2021 – Wo Christen am stärksten verfolgt werden



02) Im Zeitalter der Massenmanipulation

Von István Heinrich

29. 06. 2021



Bildquelle: prezi.com

Gleich am Anfang beziehe ich mich auf einen weisen Spruch, der besagt, dass unsere besten Gedanken nicht spontan von uns stammen, sondern von irgendwer anderem. Das ist tatsächlich oft der Fall.

Seit einiger Zeit trage ich mich mit dem Gedanken, dass alles, was ich meinen Lesern mitteilen möchte auch von meiner Vorliebe, sogar Voreingenommenheit beeinflusst sein könnte. Wieso glaube ich, dass meine Ansicht der Wahrheit mehr entspricht, als sie deren, die ich widerlegen möchte?

Ich kann mich glücklich schätzen, dass der ungarische Autor **Csaba Braskó** an ähnlichen Gedanken interessiert ist. Da konnte ich viel von ihm lernen. Er ist unter anderem der Auffassung, dass es

zweierlei Art der Denkweisen gibt: die eine erschafft die Probleme, die andere löst sie.

Die zweite Denkweise ist freilich schwieriger, aber es lohnt sich, uns darin zu üben, wenn wir ein glücklicheres Leben führen möchten. Seine Gedanken sind im folgenden Aufsatz reichlich zu finden.

In den letzten rund hundert Jahren entwickelte sich die **Massenkommunikation** im hohen Maße. Das **ermöglichte für die Medien, die Leser, Zuhörer und Zuschauer erheblich beeinflussen zu können**. Wir Menschen haben nämlich eine kuriose Eigenschaft, die darin besteht, dass je grösser eine Masse ist, umso wahrscheinlicher scheint, dass die Einzelnen der allgemein herrschenden Gesinnung erliegen. **Die Reaktion der Massen ist nämlich völlig unabhängig von der Überzeugung der Einzelnen**. Genau diese Eigenschaft des menschlichen Gehirns kann für uns gefährlich werden.

Im Zeitalter der Massenkommunikation besteht also die Möglichkeit, die Massen zu manipulieren.

Ein großer Teil der Beiträge in der Presse, im Rundfunk und Fernsehen bezweckt dieses Ziel. Das Mittel dafür besteht darin, die Empfindungen der Menschen aufzupeitschen, denn die angestachelten Leser, Zuschauer und Hörer konsumieren mehr. Nicht alle Medien sind darin interessiert, mental gesunde, ausgeglichene, rational denkende Menschen zu erziehen. Wenn die Gesellschaft mehrheitlich aus solchen Menschen bestünde, so würde ein Großteil der Massenmedien Konkurs machen. Deshalb wählen viele einen anderen Weg. Bereits **Anfänger in Journalistenschulen werden darin geübt, gewählte Themen möglichst so zu bearbeiten, dass die Leser durch den Text emotional bewegt werden.** Das ist an sich nicht verwerflich. Gedichte, Erzählungen, Musikstücke und Kunstwerke überhaupt bilden maßgeblich nicht nur unseren Verstand, sondern auch unsere Gefühlswelt. Darauf sollten wir keineswegs verzichten. Unsittlich und schändlich wird es nur da, wo wir durch künstlich geschürte Seelenzustände manipuliert werden. Nun erleben wir das heutzutage immer häufiger.

Das war freilich nicht immer der Fall. Am **Anfang gab es Grenzen, ethische Regeln und Überlegungen**, die eingehalten werden sollten und **uns vor Beeinflussung durch die Medien geschützt haben.** Damals waren noch die Zeitungen relativ klein. Dann aber hat man entdeckt, dass je mehr die Massen manipuliert werden, umso mehr Zeitungen können verkauft werden und umso höher ist die Anzahl der Fernsehzuschauer. Somit wurde **die Norm in den Medien von Schritt zu Schritt in die derzeitige Form gelenkt.**

Die Medienleute sind umso erfolgreicher, je mehr Menschen sie manipulieren können.

Zweifellos besteht die Möglichkeit, dass wir der schädlichen Beeinflussung trotzdem nicht erliegen. Aber nur eine Minderheit widersteht bewusst dem Trend, der dazu führt, von der herrschenden Meinung manipuliert zu werden. **Man könnte natürlich in Ruhe nachdenken, wieviel Wahrheit in den Nachrichten steckt, und wer und wieso daran Interesse hat, uns zu manipulieren.** Freilich braucht man dafür Zeit, Nüchternheit und Übung im rationalen, kritischen Denken. All das ist aber mühevoll, einfach ausgedrückt nicht praktisch. Wer sich diese Mühe ersparen will, kann sagen: **Jemand sollte mich schon aufklären, welche Nachrichten manipuliert sind,** und diese werde ich nicht lesen. Diese Überlegung auf den Punkt zu bringen heißt: **Jemand sollte mir schon sagen, was ich denken soll.**

So wird das Problem freilich nicht gelöst. Obwohl dieses Dilemma ist doch nicht neu. Bereits **Mark Twain (1835–1910)** klärte die Menschen durch seinen ironischen Spruch auf: Wenn du keine Zeitung liest, dann bleibst du uninformiert. **Liest Du aber Zeitungen, so wirst du falsch informiert.** Schon die alten Römer wussten das. Sie hatten einen Spruch dafür: *Caveat emptor*, d.h. **Käufer aufgepasst!** Seid vorsichtig! Das nächste geflügelte Wort lautet: *Cui bono?* Deutsch: **Wem nützt das?** Wer ist der Nutznießer bestimmter Ereignisse oder Handlungen und politischer Entscheidungen?

Denn die Nachrichten sind eben nur Nachrichten, keine Wirklichkeiten.

Wenn unsere Gefühle aufgewühlt sind, müssen wir tief durchatmen und versuchen, über unseren Seelenzustand Herr zu werden. Entscheidungen im aufgeregten Befinden nutzen uns meistens nicht.

Es gibt freilich richtungsgebende Normen, welche die Medien einhalten sollten. Nur sind eben die Journalisten darin gut geübt, die Nachrichten so zu manipulieren, dass Juristen ihr tun nicht einfach beanstanden können.

In der Medienwelt ist ein richtiger Wettkampf entstanden. Es gab immer mehr Zeitungen und Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehanstalten. **Wenn einer von ihnen anfing, Techniken für Manipulationen anzuwenden, dann durften die anderen auch nicht zurückstecken,** damit sie um Gottes Willen nicht ihre Leser und Abonnenten verlieren. Es war ähnlich wie in der Rüstungswettkampf im Kalten Krieg. Um den Frieden zu bewahren mussten die Großmächte gegenseitig ein großes Kernwaffenarsenal aufstellen, mit dem sie unseren Globus hätten mehrfach vernichten können. Alles nur deswegen, damit das „Gleichgewicht“ erhalten wird.

Was kann eigentlich getan werden, um diesen unsinnigen Wettbewerb zu bremsen?

Jacques Lacan (1901–1981), der berühmte französische Psychiater und Psychotherapeut hat herausgefunden, dass **jeder Mensch im Laufe seines Lebens zwei verschiedene Brillen tragen** sollte. Die erste ermöglicht **eine Sicht von einem grenzenlosen Zutrauen.** Diese Brille sollen wir im Kreis unserer Familie und Freunde tragen. Skepsis und ständige Besorgnisse können unsere Beziehungen schwer belasten und sogar kaputt machen. Wenn wir uns jedoch über die Dinge der Welt informieren wollen, dann ist es angebracht, **eine andere Brille zu tragen, die uns dabei hilft, die Angelegenheiten nüchtern und kritisch zu betrachten.** In diesem Fall wäre die Brille mit völligem Vertrauen fehl am Platz, weil sie eine Sicht vermitteln würde, die zu einer gefährlichen Naivität führt.

Diese zweierlei Brillen können wie unsichtbare Leibwächter aufgefasst werden, die um unsere Sicherheit sorgen. Sie kümmern sich darum, dass wir nicht manipuliert werden können, und somit wir freier und glücklicher leben.

Denn die zwei Leibwächter sind mit anderen Namen Selbstvertrauen und Selbstsicherheit.

Ich schliesse mit einem alten Witz. Er ist freilich vielen bekannt, aber es lohnt sich immer wieder zu erzählen. Humor ist ein guter Wegbegleiter.

„Kluge Leute wissen, dass davon, was überall erzählt und geschrieben wird, nur die Hälfte ist wahr. Geniale Menschen aber wissen auch, welche Hälfte.“

Der Autor, Prof.Dr. István Heinrich, ist Agrarökonom.

Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [UNGARNREAL](#), unserem Partner bei der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Guillaume Faye Philosophie der Katastrophe

Von Leo Marić

28. 06. 2021



Jakub Rozalski: Das Kosciuszko-Squadron

Weniger als von Gagarins Sommer bis heute. Doch in den letzten sechs Jahrzehnten, mit Ausnahme der Mondlandung des Menschen nur acht Jahre nach Gagarins Bemühen, haben wir keine technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften von annähernd epochaler Bedeutung erlebt. Die großen Erfindungen der letzten Jahrzehnte sind nur Verbesserungen, Verbesserungen einer bereits bestehenden Technik. Abgesehen vom Internet gibt es keine grundsätzlich neuen technischen Erfindungen. Statt sich für bestehende Erfindungen zu begeistern, will der Mann der Spätmoderne die Technik bremsen: Er ist gegen den Bau von Atomkraftwerken: *Die Moderne ist der Technologie überdrüssig.*

Dies führt uns dazu, die gängige Vorstellung von der Durchdringung von Moderne und technischer Entwicklung zu hinterfragen, der Guillaume Faye (1949–2019), ein französischer Denker und Journalist, in seinen Essays viel Raum einräumte. Guillaume Faye begann öffentliche Aktionen innerhalb der französischen Neuen Rechten (*Nouvelle Droite*), eine intellektuelle Bewegung, die seit den 1960er Jahren versucht, eine Alternative zur linken kulturellen Hegemonie auf dem europäischen Kontinent zu bieten, eine Alternative basierend auf den indoeuropäischen Wurzeln unserer Zivilisation, eine Kritik an Egalitarismus und Multikulturalismus und eine Bekräftigung von die Vielfalt ethnischer Identitäten und Traditionen. Unzufrieden mit der Richtung, die die neue Rechte eingeschlagen hatte, verließ Faye Ende der 1980er Jahre die Bewegung und arbeitete die nächsten zehn Jahre als Journalist, Radioredakteur und, einigen urbanen Legenden

zufolge, als Pornodarsteller. Als politischer Journalismus erwähnenswert ist das 1997 erschienene Buch **Archäofuturismus** (*L'Archéofuturisme*), das sein gesamtes politisches Denken widerspiegelt.

„Moderne ist rückständig“

Faye stützt seine Philosophie weitgehend auf Heideggers Überlegungen zur Technik. Der französische Denker weist uns daher an, dass wir technische Erfindungen aus einem ästhetischen und nicht nur aus einem utilitaristischen Blickwinkel betrachten müssen, dass wir sie als „rationalisierte Phantasien“ wahrnehmen sollen. Die Technik leitet sich wie die Kunst aus der Ausrichtung der europäischen Seele auf Kreativität ab, auf das, was die alten Griechen *poiesis* nannten. Sein Ursprung liegt in archaischen Werten, nicht in der Moderne. In Spenglers Fußstapfen zelebriert Faye auch den faustischen Mann der europäischen Antike und des Mittelalters, seinen Abenteurgeist und Voluntarismus, die Idee der „Zukunft gestalten“. In Fortsetzung der Ermüdung des modernen Menschen von der Technik verdreht Faye daher den populären linken Satz und behauptet: „Die Moderne ist rückständig.“ Die egalitäre Moderne, erklärt er, wisse nicht mit dem biotechnologischen Fortschritt umzugehen, sie stelle ihm moralische Hindernisse auf der Grundlage des Anthropozentrismus und der Sakralisierung des menschlichen Lebens vor, Ideen aus dem säkularisierten Christentum. „Die Moderne ist am Ende wissenschaftsfeindlich“, bemerkt Faye. Es erstickt die Kreativität des europäischen Menschen. Nur eine Rückkehr zu archaischen Werten öffnet paradoxerweise den Raum für eine radikalere technische Entwicklung, die nicht durch die *Fesseln der Moderne* behindert würde.

Um zu verstehen, worüber Faye schreibt, wenn er über die Rückkehr archaischer Werte schreibt, ist ein kurzer Ausflug in die Geschichtsphilosophie notwendig. Sein Weltbild ist nämlich dem für Christentum und säkularen Liberalismus charakteristischen linearen Geschichtsbild ebenso fremd wie dem zyklischen Geschichtsbild, das in den vorchristlichen, heidnischen Kulturen des alten Europas vorherrschte. Weder eine gerade Linie zum Ende der Geschichte, noch eine kreisförmige Wiederholung der Vergangenheit hält er eines europäischen Mannes für würdig. Stattdessen lässt er sich von der Philosophie Friedrich Nietzsches inspirieren, der Geschichte als „ewige Wiederkehr des Identischen“ ansah. Zugleich, obwohl er selbst als leidenschaftlicher Nietzscheaner zweifellos mit dem Denken des deutschen Philosophen gut vertraut war, basiert sein Nietzsche-Verständnis weitgehend auf den Interpretationen von Giorgio Locchi, ein italienischer Denker und Publizist, der einst der französischen Neuen Rechten nahe stand. Geschichte hat nach Nietzsche und Locchi keinen Zweck, sie führt nicht zu einem Ziel, aber sie ist auch kein Teufelskreis. Für Heiden und Christen ist die Zukunft im Wesentlichen schon vorherbestimmt, für Nietzsche und Locchi bleibt die Zukunft offen. Nur eine solche „offene Geschichtstheorie“, wie Locchi sie nannte, sieht den Menschen als wirklich freies Wesen, frei von Gott und Schicksal. Statt historischer Gesetze – historische Freiheit. er sieht den Menschen als ein wahrhaft freies Wesen, frei von Gott und Schicksal. Statt historischer Gesetze – historische Freiheit. er sieht den Menschen als ein wahrhaft freies Wesen, frei von Gott und Schicksal. Statt historischer Gesetze – historische Freiheit. Um eine solche Geschichtsphilosophie zu veranschaulichen, fordert Faye einen Vergleich mit einer Billardkugel: Beim Umrunden eines Billardtisches berührt die Kugel die Tischoberfläche oft an der gleichen Stelle, aber immer an einer anderen Position auf dem Tisch. Ebenso sollte die „Rückkehr zu archaischen Werten nicht als zyklische Rückkehr in die Vergangenheit (eine Vergangenheit, die uns verraten hat, weil sie eine Katastrophe der Moderne war) verstanden werden, sondern eher als ein Wiederauftauchen des archaischen sozialen Gesichtes der neue Umgebung.“

Faye hat daher keine Hoffnung, in ein goldenes Zeitalter der Vergangenheit zurückzukehren. Der Weg aus der Moderne führt nicht in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft. Deshalb ist er ein scharfer Kritiker des modernen Traditionalismus: Er hält an den Mehrdeutigkeiten und Widersprüchen der traditionalistischen Lehren fest, verachtet die „dogmatische Nostalgie“ für die Vergangenheit, lehnt den Pessimismus gegenüber der modernen Welt ab. Traditionalismus ist für ihn nur „umgekehrter Progressivismus, eine verzerrte lineare Sicht der Geschichte“. Die für viele Traditionalisten charakteristische Konzentration auf das innere, spirituelle Leben sieht Faye als schädliches Phänomen, als Zeichen exzessiven Individualismus und der Bemühungen des Einzelnen, der Welt zu entfliehen. Im Gegensatz dazu plädiert er für Weltoffenheit, für die Gegenwart, für die technischen Errungenschaften der Moderne. Dabei übersieht er den Faden, der die moderne Industriegesellschaft mit modernen Ideologien verbindet.

Was ist Archäofuturismus?

Ja, Guillaume Faye tanzt am Rande des Abgrunds des Techno-Optimismus, aber am Ende fällt sie trotzdem nicht hinein. Manchmal überbetont er die rettende Bedeutung der Technik, warnt uns bei anderen Gelegenheiten davor, dass blindes Vertrauen in den technischen Fortschritt auch viele Gefahren in sich birgt: die Vorstellung von „Change for Change“, der Irrglaube, Technik sei die Lösung aller Probleme, und die vielen schädlichen Auswirkungen der Technik auf die Umwelt. „Der Planet Erde ist nicht in Gefahr. Er hat Millionen von Jahren, um sich zu erholen. Es ist die menschliche Spezies, die sich selbst in Gefahr bringt, indem sie das Ökosystem verschmutzt“, warnt uns Faye.

Die Exklusivität sowohl der traditionalistischen als auch der futuristischen Weltanschauung ablehnend, empfiehlt der französische Denker auch eine Kur: „Archaismus muss den Futurismus reinigen.“ Die dialektische Beziehung zwischen Traditionalismus und Futurismus muss ihre Synthese transzendieren: *Archäofuturismus*. Nach seiner Vision wird das neue Zeitalter das Archaische mit dem Futuristischen verbinden, die Grundwerte der europäischen Kultur und den *Ordnungsgedanken* mit Blick auf die Zukunft und neue Technologien.

Durch die Katastrophe zur Wiedergeburt

Aber wie wird dieses archeofuturistische Zeitalter etabliert? Die Welt, in der wir leben, ist Lichtjahre von jeglichen archaischen Werten entfernt, und der Weg, den sie nimmt, erweckt nicht den Eindruck, dass wir zu unseren spirituellen Ursprüngen zurückkehren, im Gegenteil, sie scheint uns zu noch dunkleren Ablenkungen zu führen.

Faye ist anderer Meinung. Entgegen dem uns von *Experten* und Regimedenkern angebotenen „utopischen Optimismus“ bezieht er sich auf die Katastrophentheorie des Mathematikers René Thom in den 1960er Jahren, nach der Systeme – seien es physikalische, mechanische oder gesellschaftspolitische Systeme – eindeutig instabil und spröde sind und aufgrund der Anhäufung von nachteiligen Faktoren sehr schnell zerfallen können. Beispiele für solche plötzlichen Zerfälle komplexer Systeme sind der Zusammenbruch des altägyptischen Staates nach der Ankunft der Römer und der schnelle Fall der amerikanischen Indianerreiche durch die Hände einer Handvoll spanischer Konquistadoren. Wir könnten den Zusammenbruch des kommunistischen Blocks in Osteuropa vor 30 Jahren hinzufügen. Unser französischer Denker vertraut genau diesem Faktor – der Katastrophe.

Faye sagte nämlich voraus, dass in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts eine „Konvergenz der Katastrophen“ eintritt, die die Grundlagen der neoliberalen Weltordnung

erschüttern wird. Erstens wird der Zusammenhalt der europäischen Gesellschaften aufgrund von Massenmigration, der Stärkung der progressiven Ideologie und der Schwächung der Rolle des Nationalstaats zusammenbrechen. Der gesellschaftliche Zusammenbruch wird durch die Wirtschafts- und demografische Krise weiter verschärft: Ein steigender Anteil älterer Menschen an der Gesellschaft führt zum Zusammenbruch des Sozialstaats im Westen. Drittens werden Industrialisierung und aggressive Urbanisierung im globalen Süden als Ergebnis europäischer Technologieexporte in seine Kolonien zu einem Chaos führen, das sowohl für Europa als auch für den Westen insgesamt schwerwiegende Folgen haben wird. Mit all dem wird eine neue Weltwirtschaftskrise geben, verursacht durch die überhöhte Staatsverschuldung einer Vielzahl von Staaten und eine auf Finanzspekulationen basierende Wirtschaft. Gleichzeitig wird die Stärkung des radikalen Islamismus zusätzliche bewaffnete Konflikte provozieren und neue Krisenherde schaffen. An sechster Stelle weist Faye darauf hin, dass der gegenwärtige Konflikt zwischen West und Ost durch ein neues geopolitisches Paradigma ersetzt wird – den Konflikt des Globalen Nordens und des Globalen Südens, der nicht auf ideologischen Differenzen als Konflikt des Kalten Krieges beruhen wird, aber auf rassistischen und kulturellen Unterschieden mit den ehemaligen Kolonialherren. Der Globale Süden vollzieht nun eine „sanfte Kolonisierung“ des Nordens durch Massenmigrationen aus Afrika und Asien nach Europa und Nordamerika. Abgesehen davon, findet eine Umweltverschmutzung von globalem Ausmaß statt, die die Zukunft der Menschheit gefährdet. Auf Platz acht schließlich glaubt Faye, dass es eine Reihe von Faktoren hinter diesen sieben Katastrophen gibt, die sie erheblich beschleunigen können, wie die Verwundbarkeit des technisch-ökonomischen Systems aufgrund seiner wachsenden Abhängigkeit von Computertechnologie, die nukleare Proliferation in Ländern der Dritten Welt, verschiedene bakterielle und virale Pandemien usw.

Es gibt drei mögliche Szenarien, prognostiziert Faye, die zu dieser „Konvergenz der Katastrophen“ führen könnten: ein weiches, ein hartes und ein sehr hartes Szenario. Bei einem „weichen Szenario“ bleiben die Wirtschaftskrise, ethnische Konflikte und andere Katastrophen im Wesentlichen „unter Kontrolle“ und das System wird überleben. Die Krise wird zum Dauerzustand, Europa stirbt langsam aus und wartet auf eine neue „Konvergenz der Katastrophen“. Das zweite, „harte Szenario“ würde die Weltwirtschaft in die Knie zwingen, den Lebensstandard halbieren, ethnische Konflikte nicht nur zu Konflikten geringer Intensität, sondern zu echten Kriegen werden lassen, und das geopolitische Bild der Welt würde sich deutlich verändern. Aber auch in einem solchen Szenario gäbe es keinen Zusammenbruch des modernen liberalen Systems, sondern bloß eine *Transformation desselben*. Die Fragmentierung Europas würde zur Entstehung islamischer Staaten auf seinem Boden führen, und die technische Entwicklung im globalen Maßstab würde noch langsamer voranschreiten als heute. Schließlich würde ein „sehr hartes Szenario“ den völligen Zusammenbruch der modernen Welt, das Verschwinden fast aller modernen politischen Institutionen, die Massenflucht aus den Städten und technisch eine Rückkehr ins „Mittelalter“ bedeuten. Letzteres Szenario ist aus seiner Sicht sowohl das wahrscheinlichste als auch das wünschenswerteste. Es stellt sich die Frage: Warum? Wie können diese dunklen Szenarien einem Mann etwas Gutes bringen?

Für Guillaume Fay ist die Idee einer besseren, archäofuturistischen Welt untrennbar mit der Katastrophe verbunden, deren Ankunft er voraussieht, weil er hinter ihrem Horizont die Erlösung voraussieht. Friedrich Hölderlin, der berühmte Dichter der deutschen Romantik, der von Faye oft selbst zitiert wurde, schrieb in einem seiner Gedichte Worte, die genau diesen Gedanken auf poetischer Ebene evozieren: Faye sagt: „Das Ende der Welt ist eine gute Nachricht, auch wenn es bald mit Schwierigkeiten und Leiden passiert“; das ist nicht

nur die boshafte Ansage eines alten Sadisten. Sie hat ihre eigene optimistische Fortsetzung: „Nach den kommenden Schatten wird das Licht kommen. Die Geschichte der Menschheit ist noch lange nicht zu Ende.“

Für eine zweigeteilte Weltwirtschaft

Diese Reihe von Katastrophen, glaubt Faye, wird zum Ende der Moderne führen. Katastrophen werden als notwendiges Ergebnis eine Art Nietzschesche „Aufwertung aller Werte“ haben. Große Reiche und Religionen werden auf die historische Bühne zurückkehren, ethnische Identitäten werden gestärkt, traditionelle ländliche Gesellschaften werden wiederhergestellt – und das alles innerhalb einer hochentwickelten und globalisierten Welt.

Das neue System wird nicht mehr auf der Idee des Universalismus und der erzwungenen Homogenisierung der kulturellen Vielfalt, die wir in der Welt finden, beruhen. Aus ethnopluralistischer Sicht ist Faye der Ansicht, dass zivilisatorische und kulturelle Besonderheiten respektiert und bewahrt werden sollten und dass Vorstellungen von wirtschaftlicher und technischer „Entwicklung“ oder „Unterentwicklung“ einzelner Zivilisationen und Kulturen tatsächlich ein Spiegelbild der eurozentrischen Fortschrittsideologie sind. Der Export westlicher Technologie und liberaler Ideologie in andere Teile der Welt, insbesondere während der Kolonialzeit, hatte ungeplante Folgen. Die Metropolen des globalen Südens haben sich – statt die Lebensbedingungen zu verbessern – zu Orten extremer Armut, Schauplatz unvorstellbarer Gewalt, Opfer viraler Pandemien und rasantem demografischem Wachstum entwickelt.

Deshalb glaubt Faye, offenbar in Anlehnung an Spenglers Warnung, dass die westliche Einstellung zur Technik verantwortungsbewusster sein muss als in der Vergangenheit, dass die Technik als *esoterische Lehre* angegangen werden sollte: ihre unkontrollierte Ausbreitung stoppen und ihre Befugnisse für eine Minderheit behalten, die sie richtig zu nutzen weiß. Dementsprechend schlägt er eine zweiteilige Weltwirtschaft vor, in der ein kleinerer Teil der Welt den technisch-wissenschaftlichen Bereich und der größere Teil den neo-traditionellen Bereich repräsentieren würde. Der technisch-wissenschaftliche Bereich wäre ein stark urbanisierter Raum mit radikaler technischer Entwicklung, während der neo-traditionelle Bereich die Rückkehr eines Großteils der Welt zu einer ländlichen Lebensweise mit geringen Auswirkungen moderner Technologie auf das Alltagsleben darstellen würde. Beide Sphären würden auf nicht-egalitären Ideen beruhen, und zwischen ihnen würde die Koexistenz zweier unterschiedlicher und getrennter, aber gleichberechtigter Zivilisationen stattfinden.

Warum Archäofuturismus

Die Idee einer von hochentwickelten Techniken durchsetzten Welt mit alten Religionen und Ritualen hat viele Kunstwerke inspiriert: von *Dino* Frank Herbert und George Lucas' *Star Wars* über Spiele und Bücher rund um die Welt von *Warhammer 40.000* bis hin zu den [neuesten Werken von Jakub Rozalski](#). Guillaume Faye zog diese Idee aus dem Bereich der Science-Fiction in den Bereich der politischen Philosophie und stellte sich eine Zukunft vor, in der sich archaische Werte mit futuristischer Technik und Wissenschaft verflechten. In den letzten zehn Jahren hat sich Fayes Archäofuturismus aufgrund der Übernahme und Verbreitung seiner Ideen durch die Identitäre Bewegung und der Übersetzung seiner Bücher in eine Reihe von Fremdsprachen zu einer der am weitesten verbreiteten zeitgenössischen rechten politischen Ideen entwickelt.

Die Attraktivität von Fayes *Philosophie der Katastrophe* innerhalb des rechten politischen Denkens liegt in ihrem gleichermaßen subversiven Verhältnis zur stagnierenden Moderne und ihren zeitgenössischen traditionalistischen Kritikern. Bei alledem widersetzt sie sich dem Sirenenruf der revolutionären Politik: Obwohl sie den voluntaristischen Geist des Faustianers preist, gelingt es Guillaume Faye in seiner Philosophie, die Wege zu archäofuturistischen Utopien zu begreifen, die über den politischen Voluntarismus hinausgehen, und in der Katastrophe jene Macht erkennen, die mehr als jede sorgfältig geplante Aktion die Erlösung aus der Dunkelheit der Neuzeit bringen kann.

Literatur

Faye, Guillaume (2010). *Archeofuturismus: Europäische Visionen des postkatastrophalen Zeitalters*. London: Arctos.

Faye, Guillaume (2010). *Traditionalismus: Das ist der Feind!* Gegenströme.

URL: www.counter-currents.com/2010/06/traditionalism-this-is-the-enemy/

Faye, Guillaume (2011). *Warum wir kämpfen: Manifest für den europäischen Widerstand*. London: Arctos.

Faye, Guillaume (2012). *Konvergenz von Katastrophen*. London: Arctos.

Spengler, Oswald (2012). *Der Mensch und die Technik*. London: Arctos.

Heidegger, Martin (1996). *Das Ende der Philosophie und die Aufgabe der Meinung: Diskussionen und Artikel*.



Dieser Beitrag erschien zuerst in kroatischer Sprache bei VOKATIV, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Cancel Culture: „rassistische“ Vogelnamen sollen umbenannt werden

18. 06. 2021



Amerikanische Spottdrossel (Mimus polyglottos) · Foto: Captain-tucker / wikimedia CC BY-SA 3.0

Georgia Audubon, eine Gesellschaft, die Vögel und ihren natürlichen Lebensraum schützt, will „Barrieren zwischen Ornithologen und Vogelfans verschiedener Rasse beseitigen“

„Das rassistische Erbe, das viele Vögel tragen“ ist der Titel eines Artikels in der *Washington Post*, in dem sich Darryl Fears mit einem „wichtigen kulturellen Problem“ beschäftigt, von dem die Welt nicht wusste, dass es wichtig ist und über das sie sprechen sollte.

Ornithologen debattieren über die Umbenennung einiger Vögel, da es sich hauptsächlich um Arten handelt, die Namen von „Sklavenhändlern, Rassisten und Grabräubern“ tragen.

Amerikanische Vogelkundler debattieren derzeit, ob sie die Namen von 150 Vogelarten ändern sollen, deren Namen jemanden ehren, der in der Vergangenheit mit Sklaverei und Autoritarismus in Verbindung gebracht wurde. Aus diesem Grund hat Georgia Audubon, eine Gesellschaft, die Vögel und ihren natürlichen Lebensraum schützt, die schwarze Ornithologin Corina Newsom eingestellt. Laut dem Direktor des Unternehmens stellt sie den ersten Schritt dar, um Barrieren zwischen von Ornithologen und Vogelfans verschiedener Rassen abzubauen.

Es gibt Vogelarten auf der Welt, wie Bachman's Sparrow oder Wallace's Fruit-Dove, die Namen von Männern tragen, die laut *The Washington Post* für ihre pseudowissenschaftlichen Studien Schädel aus Indianergräbern gestohlen und mit schwarzen Sklaven gehandelt haben. Insgesamt sind sechs verschiedene Vogelarten nach dem bekannten britischen Naturforscher Alfred Russell Wallace benannt. Er entwickelte wie Charles Darwin eine Evolutionstheorie und rühmte sich laut dem Artikel, ein schwarzes Kind

großgezogen zu haben, nachdem er auf seiner Afrikareise seine Mutter erschossen hatte, weil er sie angeblich für ein Tier gehalten hatte. Die anderen drei Vogelarten sind nach James Sligo Jameson benannt, einem britischen Naturforscher, der „in ein abscheuliches Verbrechen an einem jungen Mädchen verwickelt war, das er zum Vergnügen gekauft hatte.“

Für die asiatisch-amerikanische Ornithologin Olivia Wang sind diese Namen „eine Erinnerung daran, dass dieses Feld, in dem ich arbeite, in erster Linie von Menschen entwickelt und geprägt wurde, die nicht so sind wie ich, die mich wahrscheinlich als minderwertig angesehen hätten.“

„Sie sind auch eine Erinnerung daran, wie die westliche Ornithologie und die Naturforschung im Allgemeinen oft an eine kolonialistische Denkweise der Eroberung und Ausbeutung und der Behauptung des Besitzes von Dingen gebunden war, anstatt von den Menschen zu lernen, die bereits Teil des Ökosystems waren und ein Leben lang neben diesen Vögeln gelebt hatten“, fügte sie hinzu.

In dem Artikel betont der Autor Darryl Fears, dass die National Audubon Society selbst einen umstrittenen Namen hat. Sie ist nach dem berühmten Ornithologen John James Audubon benannt, der ebenfalls ein Sklavenhändler gewesen sein soll.

„Ich bin zutiefst beunruhigt über die rassistischen Handlungen von John James Audubon und erkenne, wie schmerzhaft dieses Vermächtnis für Schwarze, Indigene und Farbige ist, die zu unseren Mitarbeitern, Freiwilligen, Spendern und Mitgliedern gehören“, sagte Elizabeth Gray von der National Audubon Society.

Die Ornithologin Corina Newsom sagt sogar, sie habe sich Sorgen gemacht, als sie zum ersten Mal ein Arbeitshemd mit dem Namen von Audubon anhatte.

„Ich hatte das Gefühl, den Namen eines Unterdrückers zu tragen, den Namen von jemandem, der meine Vorfahren versklavt hat“, sagte sie.

Während die Bemühungen, einige Vogelarten und Audubon umzubenennen, erfolglos waren, änderten einige Leute ihre Meinung nach dem Vorfall im letzten Jahr im New Yorker Central Park, als eine weiße Frau die Polizei auf einen schwarzen Vogelbeobachter ansetzte. Sie beschuldigte ihn fälschlicherweise, sie und ihren Hund bedroht zu haben.

„Innerhalb weniger Tage nach dem Vorfall im Central Park im letzten Jahr half Newsome, eine sehr öffentliche Erklärung zu organisieren, die als Black Birders Week bezeichnet wurde“, sagte Fears.

Diese Bewegung wollte darauf hinweisen, dass es auch unter der schwarzen Bevölkerung Menschen gibt, die sich auf Ornithologie und Naturwissenschaften spezialisiert haben.

Quelle: [Echo24.cz](https://www.echo24.cz)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Was sagt die „Kritische Rassentheorie“?

Von Sara Bertoncej (Nova24tv)

20. 06. 2021



Die kritische Rassentheorie behauptet, dass alle Institutionen – d.h. Regierung, Wirtschaft, Kultur – auf einer rassistischen Hierarchie beruhen, mit Weißen an der Spitze und Schwarzen am unteren Ende. Selbst Dinge, die scheinbar rassenneutral sind, entpuppen sich bei näherer Betrachtung als rassistisch. Die Idee stammt aus etwas, das sich kritische Theorie nennt und das Andrew Breitbart in seinen Memoiren erklärt hat: „Righteous indignation: excuse me while I save the world!“

Sie war eine Erfindung einer Gruppe radikaler linker Intellektueller, bekannt als Frankfurter Schule, die sie entwickelten, um durch kulturelle Veränderungen zu erreichen, was der Marxismus politisch nicht erreichen konnte. Andrew Breitbart schrieb: „Es war buchstäblich eine Theorie, die jeden und alles überall kritisierte. Es war ein Versuch, das soziale Gefüge mit Hilfe aller Sozialwissenschaften zu unterwandern ... es war eine endlose und nicht enden wollende Kritik am Status quo, eine jugendliche Rebellion gegen alle etablierten Regeln und Normen. ... Diese „Kritische Theorie“ schafft nicht, sie zerstört nur.“

Die Kritische Theorie hat verschiedene Zweige entwickelt. Eine davon ist die kritische Rechtstheorie, die besagt, dass die Verfassung, unser Rechtssystem und unsere Gesetze niemals neutral oder objektiv sein können, weil sie existieren, um diejenigen zu schützen, die sie geschaffen haben. Ein Gelehrter an der Harvard Law School namens Derrick Bell wandte dieses Denken auf die Rasse an und entwickelte eine kritische Rassentheorie. Wie Breitbart News kürzlich berichtete, argumentiert die kritische Rassentheorie, dass die USA von Natur aus rassistisch sind, weil ihre Verfassung und alle anderen Institutionen in einem Kontext entstanden sind, in dem Sklaverei legal war. Die Theorie besagt, dass die Institution des Privateigentums in den USA selbst korrupt ist, weil sie in ein System eingebettet war, das Schwarze als Eigentum ansah. In Büchern wie *Faces at the Bottom of the Well* entwickelte Bell seine Theorie weiter und argumentierte, dass die fortgesetzte

Unterdrückung der Schwarzen Teil der amerikanischen kulturellen Identität blieb. Er schrieb sogar eine Science-Fiction-Geschichte (später ein Kurzfilm), „Space Traders“, in der Amerika die Schwarzen an Aliens verkauft.

Für Bell war die Bürgerrechtsbewegung insofern bedauerlich, als sie den schwarzen Amerikanern vorgaukelte, die Gleichheit vor dem Gesetz sei ausreichend. Das eigentliche Problem war seiner Meinung nach, dass das Rechtssystem grundsätzlich rassistisch war. Bell sah nur einen Weg zur Erlösung: Wenn die USA die Verfassung änderten, um sozioökonomische Rechte – wie Gesundheitsfürsorge, Wohnraum, Bildung und ähnliches – einzuschließen, könnte sie die Erbsünde der Sklaverei ungeschehen machen, indem sie eine Umverteilung des Reichtums einschließt. Eine solche konstitutionelle Revolution könnte arme Menschen aller Rassen befreien und gleichzeitig die Menschlichkeit der Schwarzen wiederherstellen.

Bell beeinflusste Barack Obama und lehrte sein Werk seinen Jurastudenten. Andrew Breitbart entdeckte die Verbindung zwischen Obama und Bell, die in einem nach Breitbarts Tod veröffentlichten Video zu sehen ist. Damals wurde die kritische Rassentheorie von den Mainstream-Medien als Randerscheinung belächelt. Heute ist es zu einem wichtigen Thema in der öffentlichen Erziehung und in Schulungen zum Thema Rassensensibilität geworden. Die Menschen werden jeden Tag mit der kritischen Rassentheorie indoktriniert. Die Amerikaner wachen auf und erkennen, dass die kritische Rassentheorie dazu benutzt wird, unserer Gesellschaft wieder ein rassistisches Denken aufzuerlegen. Der Schriftsteller und Filmmacher Christopher Rufo hat aufgedeckt, wie weit verbreitet die kritische Rassentheorie in Schulen, in der Regierung und in der Privatwirtschaft ist; der konservative Radiomoderator und Autor Mark Levin erforscht das Thema eingehend in seinem demnächst erscheinenden Buch *American Marxism*.

Die Verbindung zwischen der kritischen Rassentheorie und dem Marxismus ist stark, wie eine Frau, die aus dem kommunistischen China eingewandert ist, vor kurzem bei einer Schulvorstandssitzung in Loudon County, Virginia, bemerkte:

Rasse ist für die kritische Rassentheorie das, was Klasse für den Marxismus ist: der Grundbaustein der Gesellschaft, der nur durch eine Revolution überwunden werden kann, die diejenigen ermächtigt, die zuvor unterdrückt waren. Die vielleicht beste Antwort auf die kritische Rassentheorie stammt von Frederick Douglass, einem befreiten Sklaven, der zu einem der wichtigsten Abolitionisten des 19. Jahrhunderts wurde und mit US-Präsident Abraham Lincoln befreundet war. Douglas sagte einmal, der 4. Juli sei eine Verhöhnung der schwarzen Amerikaner, weil die USA bei ihrer Gründung die Sklaverei bewahrt hätten. Und doch stellte Douglass in derselben Rede fest, dass sich die Prinzipien der amerikanischen Gründung als die Rettung des Landes erweisen würden. Amerika ist nicht perfekt und hat eine Geschichte von Rassenungerechtigkeit. Aber die einzigartigen Prinzipien, auf denen sie gegründet wurde, waren und sind universell, zeitlos und nicht rassistisch. Diese Prinzipien der Freiheit sind die Lösung, nicht das Problem.

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Wie man den Drachen lähmt (und einen neuen Kalten Krieg gewinnt)

Von Fabio Bozzo

23. 06. 2021



Bildquelle: Centro Machiavelli

„In den kommenden Jahrzehnten werden wir Zeuge des anhaltenden Aufstiegs nicht-westlicher Macht und Kultur und des Zusammenstoßes nicht-westlicher Völker sowohl untereinander als auch mit dem Westen.“ So schrieb Samuel Huntington im Jahr 1996. Wenn wir noch weiter zurückgehen, erklärte 1816 auf einer kleinen Insel im Südatlantik ein genialer Mann, der zum Exil verurteilt wurde, weil er die Dreistigkeit besaß, Europa versklaven zu wollen: „Wenn China erwacht, wird die Welt erzittern“. Diese beiden Zitate sollten in den Zimmern aller Präsidenten und Premierminister der freien Welt eingemeißelt werden.

China ist seit fast fünfzig Jahren erwacht. Aber erst seit etwa zwanzig Jahren hat er begonnen, seinen Hunger nicht mehr zu kontrollieren. Hunger nach Reichtum, nach natürlichen Ressourcen und nach geopolitischer Macht. Und, da können wir sicher sein, auch Hunger nach Rache gegen den Westen. Machen Sie niemals den Fehler, das historische Gedächtnis der Chinesen zu unterschätzen. Die Demütigung durch die Opiumkriege, die den Zusammenbruch der damals sehr mächtigen Mandschu-Dynastie und 130 der schrecklichsten Jahre in der chinesischen Geschichte einleiteten, brennt noch immer in den Köpfen vieler gebildeter Chinesen. Denn heute wie vor tausend Jahren glaubt China, das Zentrum der Welt zu sein, umgeben von Barbaren, die dem Kaiser Tribut zahlen müssen oder von seiner Macht bestraft werden.

Natürlich hat sich die Rhetorik heute geändert, aber die kaiserliche Liturgie und ein nicht so verhülltes Überlegenheitsgefühl bleiben die Essenz der chinesischen Identität. Das geht so weit, dass man sagen kann, dass die Kommunistische Partei Chinas selbst in der Zeit der schlimmsten maoistischen Tobsuchtsanfälle nichts anderes ist als die x-te Dynastie an der

Spitze des Reichs der Mitte. Auch die von Xi Jinping durchgesetzte Aufhebung der Begrenzung auf zwei Präsidentschaftsmandate geht in die Richtung, eine Nomenklatura sowjetischer Prägung in das Bild einer imperialen Figur zu verwandeln. Aber Pekings derzeitige Führung ist nicht nur eine Kombination aus kommunistischer Ideologie (die immer noch stärker und tiefer empfunden wird, als man denkt) und einem zweitausend Jahre alten Imperialismus. An der Spitze der Verbotenen Stadt stehen Menschen, die auch Pragmatiker in der vollen konfuzianischen Tradition sind, also Realisten und Zyniker. Obwohl sie nichts von der tyrannischen Kontrolle aufgegeben haben, die für bolschewistische Diktaturen typisch war, waren sie in der Lage, die gescheiterte kommunistische Wirtschaft zu Grabe

zu tragen und eine in der Welt einzigartige Mischung aus Staatskapitalismus und freiem Unternehmertum zu schaffen, die der Führung der einzigen kommunistischen Partei unterliegt. Das Ziel dieser Führung ist ein zweifaches: die erste Weltmacht zu werden und zu beweisen, dass das chinesische diktatorische System besser und stärker ist als die westliche Demokratie.

Viele Analysten haben bereits über Chinas geopolitische Expansionstechniken geschrieben, die von reiner und einfacher Gewalt (bewaffnete Auseinandersetzungen gegen Indien gibt es seit 1962, die gegen Vietnam dauerten von 1974 bis 1988; zuletzt der Putsch in Burma) bis zur wirtschaftlichen Eroberung afrikanischer Länder durch die Korruption ihrer Führungen reichen. Dazu gehört natürlich auch die militärische und monetäre Unterstützung all jener Staaten, die sich aus dem einen oder anderen Grund auf Kollisionskurs mit dem Westen befinden, wie Iran, Venezuela oder Kuba. Für Nordkorea ist die Situation sogar noch einfacher: Es ist jetzt ein einfacher Vasall Pekings, der wie ein tollwütiger Hundewelp herumwedelt, um, wenn es nötig ist, die Weltmeinung abzulenken.

Welche Gegenmaßnahmen kann der Westen angesichts all dessen ergreifen, um den Neuen Kalten Krieg zu gewinnen? Ein Krieg, der, erinnern wir uns noch einmal, im Falle einer Niederlage die Krise der Demokratie, des Rechtsstaates und der westlichen Zivilisation selbst mit sich bringen würde, genau so, wie es im Falle eines Sieges der Nazis oder der Sowjetunion im 20. Jahrhundert geschehen wäre. Im Moment sind die zu implementierenden Züge von vier verschiedenen Arten, die wir versuchen werden zu analysieren.

1. Westliche Kohäsion in der Wirtschaftspolitik.
2. Größere Schärfe sowohl bei der Unterstützung der Verbündeten als auch bei der Gegenüberstellung mit den Gegnern in den Teilen der Welt, die von den beiden Kontrahenten umstritten sind.
3. Schaffung einer möglichst großen Allianz, die erklärtermaßen „Angst“ vor China hat.
4. Geheimdienstaktionen, die Pekings Stärken außerhalb Chinas einschränken und seine Kritiker innerhalb Chinas forcieren.

Unter dem Begriff des wirtschaftlichen Zusammenhalts verstehen wir, dass der Westen an einem Strang ziehen muss. Das liegt daran, dass ein oder zwei Staaten einem Wirtschaftskrieg gegen China nicht standhalten können. Die Vereinigten Staaten selbst würden in dieser Hinsicht Schwierigkeiten haben, obwohl sie die einzigen sind, die gewinnen könnten, wenn sie allein gelassen werden. Mit Wirtschaftskrieg meinen wir Zölle oder die Blockierung von Importen derjenigen Waren, die in China durch unlauteren Wettbewerb hergestellt werden und gegen die die zivilisierte Welt nicht ankommen kann. Das chinesische Produktionssystem setzt Sklavenarbeiter ein, verbietet Gewerkschaften, ignoriert kostspielige Sicherheitsbestimmungen für Arbeiter und Anti-Verschmutzungsvorschriften; alles Dinge, die hier sakrosankt sind, die unser Leben würdig gemacht haben und die zwangsläufig die Produktionskosten in die Höhe treiben. Aber, wie wir gesagt haben, wenn ein oder zwei Länder Vergeltungsmaßnahmen gegen den unfairen chinesischen Wettbewerb ergreifen würden, hätten die Gegenmaßnahmen Pekings sehr ernste wirtschaftliche Konsequenzen. Vor allem, weil die Fähigkeit, monetäre Unannehmlichkeiten zu ertragen, in China viel stärker ist als in der wankelmütigen westlichen öffentlichen Meinung. Deshalb ist es notwendig, ein supranationales Gremium zu schaffen, das die Makroaktionen der konsolidierten Demokratien (der Westen plus Japan und sehr wenige andere) koordiniert, um einen zusammenhängenden Block zu schaffen, eine echte Kopie der ursprünglichen NATO, aber in einer wirtschaftlich-finanziellen Version, gegen die nicht einmal China etwas ausrichten könnte. Sicherlich werden die Puristen des Wirtschaftsliberalismus (derselbe allzu oft geschmähte Liberalismus, der die Völker, die ihn

angenommen haben, zu den reichsten in der Geschichte der Menschheit gemacht hat) diesen Vorschlag des Dirigismus bezichtigen. An diesem Vorwurf ist etwas Wahres dran, aber wir müssen realistisch sein: Angesichts einer Diktatur, die voranschreitet, ohne irgendetwas und irgendwem ins Gesicht zu schauen, werden Demokratien entweder kompakt sein oder... sie werden nicht mehr sein.

Der zweite Weg ist eine neue interventionistische Saison in der so genannten Dritten Welt (ein altmodischer Begriff, aber einer, der deutlich macht, worüber wir sprechen). Wie jeder weiß, hat China durch Korruption, skrupellose Investitionen und Unterstützung diktatorischer, oft krisengeschüttelter Regime seinen Einflussbereich in Afrika, Südamerika und Südostasien stark erweitert. Damit soll versucht werden, den von den USA geschaffenen „Eindämmungsring“ zu durchbrechen (worauf wir im nächsten Punkt eingehen werden) und an die Rohstoffe zu gelangen, die es so dringend braucht (und von denen der chinesische Untergrund im Verhältnis zu seiner Unermesslichkeit unglaublich knapp ist). Unter Interventionismus verstehen wir die Unterstützung derjenigen Regierungen, die lieber mit dem Westen als mit Peking zusammenarbeiten, und umgekehrt die Unterstützung der „Ablösung“ derjenigen, die dem Gelben Drachen zu wohlgesonnen sind. Vermeiden wir Moralismen: Der erste Kalte Krieg wurde auch mit von beiden Seiten eingesetzten Aktionen wie Terrorismus, Putschen, mehr oder weniger spontanen Revolutionen und gezielten Tötungen geführt und gewonnen. Der Neue Kalte Krieg ist nicht anders, wer das nicht glaubt, sollte über die von Peking organisierten Putsche in Simbabwe und Burma lesen, eher über chinesische politische Einflüsse in Laos und Kambodscha, Einflüsse, die im Westen weit jenseits des sogenannten Neokolonialismus gelten würden. Heute haben sich die Tentakel von Chinas kommunistischer Führung weit ausgebreitet und Peking hat die Oberhand aus dem einfachen Grund, dass Diktaturen immer zuerst handeln. Der Westen muss also einiges an verlorenem Boden wieder gutmachen. Wie? Sicherlich nicht durch den Sturz nützlicher Diktatoren (im Namen eines utopischen demokratischen Universalismus), sondern durch die Schwächung pro-chinesischer Regime und die Unterstützung derjenigen, die aus Glauben oder Interesse Präferenzen für den Westen haben. Natürlich dürfen die Vereinigten Staaten auch auf diesem Gebiet nicht allein gelassen werden, und zwar aus genau denselben Gründen, die bereits im Abschnitt über die Weltwirtschaft analysiert wurden.

Kommen wir nun zur Schaffung, oder besser gesagt zur Ausweitung der Koalition der Eindämmung. Zu diesem Punkt können wir sagen, dass bereits viel getan wurde. Der berühmte „Eindämmungsring“ ist nichts anderes als eine Liste von Nationen, die mit den USA verbündet sind, weil sie Angst vor China haben und zwischen ihm und dem offenen Meer stehen (vergessen Sie nicht, dass die USA eine Art kontinentale Insel sind und die direkten Erben des Britischen Empire, daher prädisponiert für eine thalassokratische Strategie). Bei den befreundeten Nationen handelt es sich um Japan, Südkorea, Taiwan, die Philippinen und Vietnam. Außer natürlich das angelsächsische Australien und Neuseeland. Diese Allianz berührt offensichtlich viele offene Nerven innerhalb der Verbotenen Stadt, so dass Pekings Führung in den letzten Jahren nicht untätig war. Das zeigt nicht nur der politische und wirtschaftliche „Kolonialismus“ in der Dritten Welt (und nicht nur dort), mit dem wir uns bereits beschäftigt haben, sondern auch die Unterstützung aller Feinde der westlichen Zivilisation, die immer wieder aus den Peripherien der Welt auftauchen. Die Rede ist von Kuba (das hofft, den verstorbenen sowjetischen Protektor-Finanzier durch den chinesischen zu ersetzen), Iran, Venezuela, Pakistan, zum Teil Sudan und Bangladesch. Alle Länder in Situationen irgendwo zwischen schwierig und verzweifelt, wo die Führungen bequem die Wut der Massen gegen die „weißen Kapitalisten“ kanalisieren können, vorausgesetzt, sie haben eine externe monetäre Unterstützung, um mit Rohstoffen oder Vasallentum zu bezahlen.

Was also fehlt der antichinesischen Allianz, um sie objektiv unangreifbar zu machen? Im Wesentlichen zwei Zustände (wie wir bereits geschrieben haben): Indien und Russland. Die Gemeinsamkeit der Interessen mit Indien ist relativ einfach und hat sich de facto in eine Allianz verwandelt. Die ehemalige Perle des britischen Kolonialismus führt nicht nur seit 1962 einen schleichenden Grenzkrieg gegen China, sondern ist auch alles, was Pekings Führung fürchtet. Indien schafft es dank der britischen Kolonialaktionen, eine wenn auch unvollkommene Demokratie mit über einer Milliarde Menschen zu sein. Dies demontiert viel von Chinas Rhetorik über die Unmöglichkeit von Demokratie unter den asiatischen Massen. Außerdem wird die indische Bevölkerung in einigen Jahrzehnten die chinesische übertreffen, so dass der Subkontinent arme/elende Massen haben wird, die in der Lage sind, China in seiner Lieblingswaffe, d.h. dem unlauteren Produktionswettbewerb, zu übertrumpfen (obwohl wir nicht vergessen sollten, dass die Chinesen ein Volk mit einem viel stärker entwickelten Unternehmergeist sind als die Inder). Schließlich ist Indien nicht nur unbesiegbar, auch für den Gelben Drachen, sondern es ist auch enorm stärker als Pekings regionale Verbündete, angefangen bei Pakistan.

Die Annäherung des Westens an Russland ist dagegen problematischer, aber nach Ansicht des Autors einladend, wie der Genfer Gipfel dieser Tage (18. Juni 2021) zeigt. Die Gründe dafür sind vielfältig. Inzwischen haben die USA verstanden, dass man nicht zwei Kriege gleichzeitig führen kann; nicht zufällig haben sie unter Trump nach der selbstzerstörerischen Obamianischen Saison bereits mit den Manövern der Annäherung begonnen. Biden tut nichts anderes, als dem Trump'schen Weg zu folgen, d.h. ein Abkommen mit Russland zu suchen, das Differenzen beilegt (Ukraine, Georgien, Weißrussland, Export russischer Waffen in Länder, die Feinde des Westens sind, und die selbstgerechte Doppelmoral des Westens) und die Assoziierung Moskaus mit der NATO vorbereitet (wir erinnern uns immer mit einer Träne an den Gipfel in Pratica di Mare). Die Russen wiederum sind rücksichtslose Pragmatiker, die wissen, wie sie die Bedrohungen ihrer nationalen Interessen einschätzen und abwägen müssen. Sie mögen alle Kontraste der Welt mit dem Westen haben, aber sie sind und fühlen sich europäisch, so wie das Rückgrat der nordamerikanischen Gesellschaft europäisch ist. Daher werden Russlands Affinitäten und Kompatibilitäten mit dem Westen immer größer sein als die mit China, das in ihren Augen nichts anderes ist als eine Wiederholung der tödlichen Dschingis-Khan-Bedrohung (die ernsthaft drohte, Russland aus der Geschichte auszulöschen). Was sind Russland und China? Zwei uralte Reiche, die sich, abgesehen von lukrativen Handelsabkommen, fürchten und hassen, vor allem wegen Chinas kaum verhohlenen Ambitionen auf Sibirien: ein Territorium mit immensen Bodenschätzen, viel größer als die Vereinigten Staaten, aber weniger bevölkert als Kanada. Ein unwiderstehlicher Happen für den Gelben Drachen, der territorial angrenzend ist und ihn in zehn Jahren mit hundert Millionen ethnischen Chinesen besiedeln und für immer zu seinem Eigentum machen könnte. All diese Dinge werden von der Kreml-Führung gut verstanden, die schon immer rücksichtslos, aber nie ahnungslos war. Erst mit Trump und jetzt mit Biden scheint das Bild endlich auch für die Führung der führenden Nation im Westen klarer geworden zu sein.

Wir schließen mit nachrichtendienstlicher Aufklärung. Historisch gesehen sind die Geheimdienste von Diktaturen skrupelloser als die von Demokratien. Das garantiert ihnen einen größeren Handlungsspielraum, ist aber auch ein Zeichen von Schwäche. Diktaturen müssen gewinnen, denn in Ermangelung des Sicherheitsventils der Wahlen kann jeder Nicht-Sieg eine Krise des Systems auslösen. Demokratien hingegen haben die Schwäche von Politikern in ständiger Leistungsangst (lies Wiederwahl), aber sie haben viel stabilere Gesellschaften. Das liegt daran, dass eine gescheiterte oder unglückliche Regierung bei der nächsten Wahl demokratisch besiegt werden kann. Das bedeutet, dass westliche Geheimdienste, um Chinas Regierungssystem zu untergraben, auf die interne Unzufriedenheit innerhalb des Drachen bauen müssen. Es ist kein Zufall, dass in den letzten

zehn Jahren Chinas innere Repression nur noch härter geworden ist. Ungleiches Wirtschaftswachstum, Unterdrückung des freien Denkens, Verbot von Dissens und der Beginn eines potentiell verheerenden demographischen Ungleichgewichts. All dies konfrontiert die chinesische Führung mit einem sehr gefährlichen Feind: Informationen aus dem Inland. Wenn der Westen anfällig für die so genannten Fake News ist (zuerst die sowjetischen und jetzt die chinesischen), zittert die Verbotene Stadt vor den echten Nachrichten, die die Demokratien den Massen des Reichs der Mitte zeigen könnten.



Fabio Bozzo

Abschluss in Geschichte mit dem Schwerpunkt Moderne und Zeitgeschichte an der Universität Genua. Er ist Essayist und Autor von *Ukraine in Flammen. Die Wurzeln einer angezündeten Krise* (2016), *Vom Vereinigten Königreich zum Brexit* (2017), *Nachbeben. „Kleine“ Konflikte nach dem Großen Krieg* (2020) und *Von Pontida nach Rom. Geschichte der Lega* (2020, mit einem Vorwort von Matteo Salvini).



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CENTRO MACHIAVELLI](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Wie Amerika Selbstmord begeht: Die verheerenden Auswirkungen der „Woke“-Bewegung an amerikanischen Schulen

Von Michèle Tribalat

19. 06. 2021



Kind mit LGBT-Flaggen-Gesichtsbemalung, die ein Stück über Gender-Indoktrination in Schulen illustriert. *Bildquelle: 23 estudio / Shutterstock.com / spectator.org*

Michèle Tribalat bespricht die Arbeit von Keri D. Ingraham. Sie ist Fellow am Discovery Institute und Direktorin des American Center for Transforming Education des Instituts. In einem Dossier mit dem Titel „Education gone Wild“ hat *The American Spectator* soeben drei ihrer Texte über die rasante Implantierung der radikalen Ideologien des Augenblicks über Geschlecht, Geschichte und Rasse in den Schulen veröffentlicht, von der Grundschule bis zur High School und manchmal auch schon vorher. Diese Radikalisierung wirkt sich auf Schulpolitik, Methoden und Lehrpläne aus. Sie bedroht die Erziehung der Kinder und darüber hinaus die Gestaltung der amerikanischen Nation.

Geschlecht

Viele US-Schulen haben die Idee angenommen – und in einigen Fällen gefördert -, dass Kinder ihr Geschlecht von einem frühen Alter an hinterfragen können.

Der Einhorn-Test

Pädagogische Hilfsmittel wie der Gender-Einhorn-Test, der unter unicorn.mrtino.eu/ zu finden ist, stellen Kindern Fragen und helfen ihnen, ihr Geschlecht zu bestimmen. Es ist in Kanada weit verbreitet und gehört zu den von der Association for Supervision and Curriculum Development (ASCD) in den Vereinigten Staaten empfohlenen Lehrmitteln.

In der französischen Version „Fais ta licorne“ werden die Kinder gebeten, mit dem Cursor ihre „Geschlechtsidentität“ (weiblich/mädchenhaft, männlich/jungenhaft, andere(s) Geschlecht(e)), ihren „Geschlechtsausdruck“ (weiblich, männlich, andere), ihr „bei der

Geburt zugewiesenes Geschlecht“ (weiblich, männlich, andere/intersexuell), ihre sexuelle Anziehung, die offensichtlich in inklusiver Schrift angeboten wird (körperlich angezogen durch Frauen, Männer oder andere(s) Geschlecht(er) (sic)) und schließlich ihre emotionale Anziehung (gleiche Items) zu markieren. Kinder werden so, manchmal schon im Kindergarten, dazu angehalten, sich Fragen zu stellen, die ihrem Alter kaum angemessen sind, ohne dass ihre Eltern richtig informiert werden. In Oregon wurde einer Mutter, die besorgt darüber war, dass ihr Kind in der zweiten Klasse einen solchen Test ablegen musste, vom Schuldirektor erklärt, dass die amerikanische Gesellschaft in der Geschlechterfrage historisch versagt habe, dass es ein Fortschritt sei, den Kindern dies beizubringen, und dass dies während ihrer gesamten Schulzeit und in allen Fächern der Fall sein werde.

Die Frage der Toiletten und Umkleieräume

Schulkinder und Studenten aller Altersgruppen werden ermutigt, die Toilette ihrer Wahl zu wählen, und immer mehr Bezirke verbieten Lehrern und anderen Mitarbeitern das Betreten der Toilette, um ein Verhalten zu verhindern, das sie selber als inakzeptabel ansehen würden. Ein Junge kann also in die Mädchentoilette gehen, sich dort aufhalten, solange er will, und tun, was er will, ohne Angst zu haben, dass ein Erwachsener hereinkommt. Das Gleiche gilt für die Umkleieräume, die Schüler und Studenten unabhängig von ihrem Geschlecht betreten können.

Sport

Jungen, die sich als Transgender identifizieren, dürfen zunehmend in Mädchenmannschaften spielen, was es für Mädchen unmöglich macht, in den meisten Sportarten zu gewinnen. In den Vereinigten Staaten haben sich nur 12 Staaten dagegen ausgesprochen, neun haben keine Richtlinien zu diesem Thema und 10 erlauben es, vorausgesetzt der Sportler hat sich einer medizinischen Behandlung unterzogen. Aber neunzehn Staaten erlauben es ohne jegliche Kontrolle über den Testosteronspiegel. CNN-Reporter Devan Cole ging so weit zu behaupten, dass es unmöglich ist, die Geschlechtsidentität bei der Geburt zu kennen und dass es keinen Konsens über die Kriterien für die Zuweisung eines Geschlechts bei der Geburt gibt. Diese Aussage zwang CNN, einen Rückzieher zu machen. Wenn das Gleichstellungsgesetz verabschiedet wird, sind alle Schulen verpflichtet, die Wünsche derjenigen zu erfüllen, die sich als Transgender deklarieren. Letzteren werden damit nahezu absolute Privilegien eingeräumt. Die Eltern haben dabei kein Mitspracherecht.

Elterliche Zustimmung und Schulvertuschung

Es ist nicht unüblich, dass Schulen ihre Gender-Innovationen vor den Eltern verbergen. Ein Leitfaden zu diesem Thema – *Schools in Transition: A Guide for supporting Transgender Students in K-12 Schools* – wurde in Zusammenarbeit mit der American Civil Liberties Union (ACLU), der Human Rights Campaign, Gender Spectrum, dem National Center for Lesbian Rights und der National Education Association (NEA) entwickelt. Sie fordert, dass jeder Junge, der sich als Mädchen identifiziert, auch als solches behandelt wird, unabhängig von Alter und Reife. Wir haben also vier Aktivistengruppen, die sich mit der größten Lehrgewerkschaft abgesprochen haben, um diese Lehrer dazu zu bringen, ihre Ideologie in ihre Praxis einzubauen. Der Leitfaden bittet sie, Familien, die diesen Vorgaben gegenüber feindlich gesinnt sind, fernzuhalten und den Übergang, den ihr Kind durchläuft, zu verbergen, indem sie dafür sorgen, dass bei Interaktionen mit den Eltern nichts auffällt. Dies verstößt gegen die durch den 14. Verfassungszusatz garantierten Rechte auf gleichen

Schutz und Familienrechte, welche auch durch den Family Educational Rights and Privacy Act garantiert werden. Es hat sich Widerstand formiert, der bereits in Form von Zivilklagen zum Ausdruck kommt. Weitere werden folgen.

Geschlechtsdysphorie

Die Journalistin Abigail Shrier fragte sich, warum die Zahl der Transgender-Personen in letzter Zeit so stark zugenommen hat (2 % der Highschool-Schüler heute, meist Mädchen, im Vergleich zu 0,01 % vor 2012, meist Jungen). Lisa Littman, eine Gesundheitsforscherin an der Brown University, untersuchte dies und fand heraus, dass der Einfluss von Gleichaltrigen und sozialen Medien eine große Rolle bei dieser Entwicklung gespielt hat. In einigen Staaten kann ein minderjähriger Teenager ein Rezept für Pubertätsblocker oder Hormonersatztherapie ohne elterliche Erlaubnis erhalten. Schweden war das erste Land, das solche Verschreibungen für Kinder unter 16 Jahren verboten hat.

Die Frage der Pronomen

Laut der Website von Trans Student Educational Resources (TSER) sind Pronomen geschlechtsneutral und können nach Belieben verwendet werden. Die Schüler werden jedoch ermutigt, Pluralpronomen (they/them/theirs) oder erfundene Pronomen wie ze/zir/zirs zu verwenden. TSER fügt hinzu, dass es eine unendliche Anzahl von Pronomen zu erfinden gibt!

Wie Keri D. Ingraham schreibt, ist es nicht nur verfassungswidrig, die Rechte der meisten Kinder zu beeinträchtigen, die sich in ihrem Geburtsgeschlecht wohlfühlen, um Verwirrung über die Geschlechtsidentität anderer zu stiften, ohne die Eltern zu informieren. Es ist eine Form von Missbrauch.

Die Katastrophe im Staatsbürgerkunde- und Geschichtsunterricht

Sechs ehemalige Bildungsminister, die unter demokratischen und republikanischen Präsidenten gedient haben, schrieben am 1. März 2021 einen Kommentar im *Wall Street Journal* [1], in dem sie ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck brachten, was aus dem Staatsbürgerkunde- und Geschichtsunterricht geworden ist. Sie sahen darin die Quelle der politischen Polarisierung, die in den letzten Monaten mit Ausschreitungen und dem Einmarsch ins Kapitol Gestalt angenommen hat.

Das Verschwinden der Staatsbürgerkunde

Die meisten US-Schulen bieten heute keinen Staatsbürgerkundeunterricht mehr an, und in 42 der 50 Bundesstaaten ist Staatsbürgerkunde nicht mehr Voraussetzung für den Schulabschluss. Viele Amerikaner sind unwissend geworden, wie eine Demokratie funktionieren sollte, und im letzten Jahr hat das Gesetz der Straße in Amerikas größten Städten gesiegt. Die Schulen haben die zukünftigen Bürger nicht darauf vorbereitet, sich auf der Grundlage einer Analyse der Fakten eine eigene Meinung zu bilden. Während schwarze Leben offensichtlich wichtig sind, ist Black Lives Matter dennoch eine marxistisch inspirierte Bewegung, nach dem Eingeständnis von Patrisse Cullors, der Mitbegründerin der Bewegung. Der Mangel an staatsbürgerlicher Bildung macht die Bürger anfälliger für radikale politische Philosophien und Projekte und damit politisch formbarer.

Das 1619-Projekt

Das Projekt von Nikole Hannah-Jones, das im August 2019 im Magazin der *New York Times* veröffentlicht wurde, zielt darauf ab, Amerikas Geschichte rund um die Folgen der Sklaverei und die Beiträge der Schwarzen neu zu gestalten. Laut dem Princeton-Historiker Sean Wilentz ist es ein Netz aus Lügen, Verzerrungen und großen Auslassungen. Die Website des 1619-Projekts [2] ermutigt Lehrer, die Inhalte im Unterricht zu verwenden und stellt kostenlose Lehrmittel zur Verfügung. Die öffentlichen Schulen in Chicago nahmen es schnell offiziell in ihren Lehrplan auf. Drei Staaten planen, es zu verbieten (Arkansas, Iowa und Mississippi), aber die Biden-Administration unterstützt das Projekt und hat es zu einer Priorität erklärt. Diese Preisgabe von Fakten zugunsten von Indoktrination hat eine Bewegung für ein Gesetz namens 1776 Unites [3] ausgelöst. Dieses Projekt leugnet nicht die Existenz von Diskriminierung und die Notwendigkeit, sie zu beseitigen, aber auf andere Weise, als das Land zu dämonisieren und zu demoralisieren und die Amerikaner durch gefälschte Geschichte und Identitätspolitik gegeneinander auszuspielen.

Lehrgewerkschaften

Die Gewerkschaften spielen eine wichtige Rolle bei der Indoktrination der Schulen und insbesondere bei der Umsetzung des Projekts 1619. Dies war auch der Fall, als es um die Wiedereröffnung von Schulen während der Pandemie ging. Im vergangenen Juli erklärte sich die Lehrgewerkschaft des 35.000 Mitglieder zählenden Los Angeles Unified School District bereit, die Schulen nur dann wieder zu öffnen, wenn folgende Forderungen erfüllt werden: ein Moratorium für Charter-Schulen, ein Ende der Finanzierung der Polizei, höhere Steuern für die Wohlhabenden, die Einführung von Medicare-for-All und die Verabschiedung des von den Demokraten eingeführten HEROES-Act durch den Senat und Donald Trump, um die staatliche Bildungsfinanzierung um 116 Milliarden Dollar zu erhöhen. Darüber hinaus hat die American Foundation of Teachers (AFT), der 1,7 Millionen Lehrer angehören, ihre Unterstützung hinter den Green New Deal geworfen, einschließlich seiner radikalsten Aspekte, die die Kinder glauben lassen, dass das Leben auf der Erde in unmittelbarer Gefahr ist.

Das Erwachen und die Rasse



Lehrerin im Klassenzimmer, Illustration einer Arbeit über kritische Rassentheorie in K-12 Schulen · Bildquelle: *ESB Professional* / [Shutterstock.com](https://www.shutterstock.com) / [spectator.org](https://www.spectator.org)

Amerikanische Gesetze und Institutionen sind angeblich von Natur aus rassistisch und ihr einziger Zweck ist es, das „weiße Privileg“ aufrechtzuerhalten. Diese giftige Ideologie hat sich in den Bundesbehörden ausgebreitet, bis hin zum FBI. Um dem ein Ende zu setzen, unterzeichnete Donald Trump am 22. September 2020 eine Durchführungsverordnung, die die Verwendung von trennenden Begriffen über Rasse und Geschlecht in der Ausbildung von Bundesangestellten verbietet. Es wurde durch ein Schreiben des Direktors des White House Office of Management and Budget ergänzt, das die Bundesfinanzierung von Schulungen verbietet, die sich auf die kritische Rassentheorie, das weiße Privileg und antiamerikanische Propaganda stützen. All dies wurde am ersten Tag der Biden-Präsidentschaft weggefeht.

Kritische Rassentheorie in der Lehrerausbildung

Es war die Lehrerausbildung, die die kritische Rassentheorie und die „Woke Education“ ins Klassenzimmer brachte. Weißen Menschen, ob Lehrern oder Schülern, wird unterstellt, dass sie rassistisch sind, und es wird erwartet, dass sie sich zu ihrer weißen Vorherrschaft bekennen. Im August 2020 veranstaltete der Bezirk Fairfax in Virginia Schulungen zur Förderung der kritischen Rassentheorie, einschließlich eines einstündigen Vortrags des hochbezahlten (20.000 Dollar) Aktivisten Ibram Kendi. Der Bezirk nutzte die Gelegenheit, seine Bücher für 24.000 Dollar zu kaufen. Kendi behauptet, dass nicht jede Diskriminierung von Natur aus rassistisch ist, mit Ausnahme der Diskriminierung von Weißen gegen Schwarze. Er schlug vor, eine Verfassungsänderung einzuführen, die alle Rassenunterschiede unter der Aufsicht einer Abteilung für Antirassismus verbieten würde. Die Senate Bill 5044 des Staates Washington, die sowohl den Senat als auch das Repräsentantenhaus passiert hat, sollte die kritische Rassentheorie in der Lehrerausbildung vorschreiben.

Inspiziert von einem „Rassismus der geringen Erwartung“, wie Ayaan Hirsi Ali es ausdrückt, kommt diese Indoktrination der Schulen, die schwarzen Kindern beibringt, dass sie Opfer des Rassismus der Weißen sind und dass sie wenig Kontrolle über ihr eigenes Schicksal haben, in Wirklichkeit einer Diskriminierung gegen sie gleich. Während die überwiegende Mehrheit der Staaten dazu neigt, der Einführung der kritischen Rassentheorie in die Lehrerausbildung zuzustimmen, haben einige Staaten darauf reagiert. In Idaho zum Beispiel hat die stellvertretende Gouverneurin Janice McGeachin die Bildung einer Arbeitsgruppe angekündigt, die Indoktrination in öffentlichen Schulen identifizieren und angehen soll. So auch in Florida, dessen Gouverneur Ron DeSantis die kritische Rassentheorie aus der öffentlichen Bildung verbannt hat. Sieben weitere Staaten wollen dasselbe tun: Tennessee, Texas, Georgia, Arkansas, South Dakota, Arizona und North Carolina.

Indoktrinierung von Schülern auf Kosten ihrer Bildung

Die „wachen“ Lehrer zögern nicht, vom offiziellen Lehrplan abzuweichen. Dies war im Januar in den öffentlichen Schulen von Seattle der Fall. Lehrer erhielten per E-Mail Dokumente, die die Ausschreitungen rechtfertigten, bei denen an einem einzigen Wochenende im Juli 2020 60 Polizisten verletzt wurden, und die darauf abzielten, Schüler dazu zu bringen, die Bewegung „Abschaffung der Polizei“ zu unterstützen. Mia Cathell, eine Journalismus-Studentin in Boston, berichtet, dass 2020 Fünftklässler an einer öffentlichen Schule in Philadelphia eingeladen wurden, den „schwarzen Kommunismus“ zu feiern, und sich an einem Scheinprotest beteiligten, der die Freilassung von Angela Davis forderte (die 1970 unter dem Vorwurf der Teilnahme an einer Geiselnahme verhaftet wurde, die mit der Ermordung eines Richters endete). Die Kinder trugen Schilder mit der Aufschrift „Black Power“, „Trump im Gefängnis“, „Free Angela“ [4]. Dieser Aktivismus lässt wenig Raum zum

Lernen. Nach Angaben des New Yorker Bildungsministeriums haben Fünftklässler in den öffentlichen Schulen des Bezirks Buffalo, in dem radikale Militanz grassiert, ein sehr schlechtes Verständnis von Englisch und Mathematik.

Shakespeare, Hemingway und Dickens, die angeblich das „weiße Privileg“ fördern, werden ersetzt durch „Latinx-Bücher“ [5], „schwarze Bücher“, „LGBTQ+-Bücher“, z. B. *The Hate U Give*, inspiriert von der Black Lives Matter-Bewegung.

Die mehr oder weniger dumpfe Rebellion von Eltern und Lehrern

Einige Lehrer und Eltern beschwerten sich anonym. Als Reaktion auf das sich verändernde pädagogische Umfeld an der angesehenen, aber teuren Dalton School an der New Yorker Upper East Side schrieb beispielsweise eine Gruppe von Eltern einen anonymen offenen Brief, in dem sie die Besessenheit mit Rasse, weißer Vorherrschaft und Identität im Klassenzimmer anprangerten, die ihnen während der Schließung bewusst wurde. Das im Dezember 2020 veröffentlichte antirassistische Manifest der Schule trug nicht zur Beruhigung besorgter Eltern bei. Sie empfahl zum Beispiel die Einstellung von 12 Diversity-Leadern, eine Überarbeitung des Lehrplans mit Betonung auf sozialer Gerechtigkeit und die Abschaffung von Honors-Kursen im Jahr 2023, wenn schwarze Studenten bis dahin nicht die Punktzahlen weißer Studenten erreichen [7]. Nicole Niely versteckt sich nicht. Sie gründete eine gemeinnützige Organisation – Parents Defending Education – deren Aufgabe es ist, Indoktrination aufzudecken und Eltern dabei zu helfen, sich dagegen zu engagieren [8].

Auch die mathematische Bildung ist betroffen

Die Grundlagen der Mathematik sind aus diesem militanten Angriff auf die Schule nicht unbeschadet hervorgegangen. Es gibt auch „wache“ Mathelehrer. Das ist der Fall bei Laurie Rubel vom Brooklyn College, die findet, dass $2+2=4$ „nach weißem Supremismus stinkt“. Das Bildungsministerium von Oregon hat damit begonnen, Lehrer in „Ethnomathematik“ auszubilden und dabei ein Lehrbuch zu verwenden, das die „Dekonstruktion des Rassismus in der Mathematik“ und den „Abbau der weißen Vorherrschaft“ propagiert. Dies würde im Unterricht zum Ausdruck kommen, wenn das Ziel der Übungen darin besteht, die richtige Antwort zu finden, und wenn der Lehrer von den Schülern verlangt, ihm ihre Arbeit zu zeigen. All das, um farbige Studenten zu benachteiligen.

Die Journalistin Denyse O’Leary sieht darin eine Vernachlässigung der am meisten benachteiligten Kinder, die auf die öffentliche Schule angewiesen sind, um die Sprache zu beherrschen und rechnen zu lernen. Die kritische Rassentheorie untergräbt durch die Relativierung von Wissen den Wert, den die Gesellschaft dem Erwerb von Fähigkeiten beimisst. Sie untergräbt nicht nur die Zukunft der am meisten benachteiligten Kinder, sondern auch die amerikanische Gesellschaft und ihre wissenschaftliche und technische Zukunft.

In der Tat, wie Keri D. Ingraham schreibt, was würde mit Flugzeugen und Brücken passieren, wenn sie mit Hilfe von Mathematik gebaut würden, deren Antworten auf Fragen subjektiv sind? Sie fordert ihre Mitbürger auf, mutig und organisiert zu sein, um den „Woke“-Trend umzukehren und sich energisch zu wehren [9]. Sie schlägt vor, dass die Bildungsfinanzierung auf die Schüler und nicht auf die Schulen ausgerichtet werden sollte, um den Eltern die Möglichkeit zu geben, die Ausbildung zu wählen, die sie für ihre Kinder wünschen.

Quelle: www.causeur.fr/comment-lamerique-se-suicide-203655

Dieser Beitrag erschien zuerst auf dem Blog der französischen [Demografin Michèle Tribalat](#).

Anmerkungen:

[1] www.wsj.com/articles/america-needs-history-and-civics-education-to-promote-unity-11614641530

[2] Jahr der Landung der ersten Afrikaner in Virginia.

[3] Nimmt das Datum der Unabhängigkeitserklärung wieder auf.

[4] thepostmillennial.com/fifth-graders-in-philadelphia-forced-to-celebrate-black-communism-simulate-black-power-rally-to-free-angela-davis-from-prison.

[5] x soll die Wahl zwischen dem Maskulinum (o) und Femininum (a) vermeiden.

[6] nypost.com/2021/01/30/dalton-school-parents-fight-anti-racism-agenda-in-open-letter/.

[7] nypost.com/2020/12/19/faculty-at-nycs-dalton-school-issues-8-page-anti-racism-manifesto/.

[8] Der Willkommensslogan auf der Website lautet: Empower. Expose. Engage. defendinged.org.

[9] Was Eltern in Douglas County, Colorado, taten, als sie zu einer Gleichstellungspolitik gezwungen wurden. www.frontpagemag.com/fpm/2021/06/how-unwoke-your-school-board-joy-overbeck/.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Anmerkung für die folgenden Beiträge: der Begriff „LGBT“

LGBT ist eine aus dem englischen Sprachraum übernommene Abkürzung für Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender. Zunächst kam im Englischen LGB auf als Zusammenschluss von Personen mit den entsprechenden sexuellen Orientierungen im Kampf gegen Diskriminierungen (Quelle [Wikipedia](#)).

08) Südafrika: „Wenn die Verfolgten weiß sind, verschließen die Linksliberalen die Augen“

Von Álvaro Peñas

18. 06. 2021



Bildquelle: El Correo de España

Ende letzten Monats reiste der estnische Europaabgeordnete Jaak Madison von der EKRE (Estnische Konservative Volkspartei, die der Fraktion „Identität und Demokratie“ angehört) und Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments mit einer Delegation seiner Fraktion nach Südafrika. Ziel des Besuchs war es, das Europäische Parlament und die Welt auf die systematischen Verbrechen gegen die Afrikaner, also die weiße Minderheit, in Südafrika aufmerksam zu machen:

„Seit der Afrikanische Nationalkongress 1994 an die Macht kam, ist die europäische Gemeinschaft des Landes, die aus vier Millionen Menschen besteht, mit systematischer Verfolgung konfrontiert, mit Entführungen und Tötungen von Farmern wegen ihrer Hautfarbe und sogar mit Angriffen auf Weiße in den großen Städten. Fast eine Million Menschen sind seit Mitte der 1990er Jahre vor Verfolgung und rassistischer Gewalt geflohen. Was in Südafrika passiert, ist ein sehr unangenehmes Thema für die Linksliberalen, die im Europäischen Parlament den Ton angeben und die Augen vor dem Thema verschließen. Mit ihren Worten kämpfen sie für die Rechte von Minderheiten, aber eine Situation, in der die verfolgte Minderheit Weiße sind, passt nicht in das linksliberale Weltbild. Diese ganze Angelegenheit ist umso wichtiger, weil die Denkweise auch bereits in Länder wie Estland exportiert wird, dass nämlich Rassismus nur gegen Schwarze möglich ist, aber nicht gegen Weiße. Der gewaltsame Rassenkonflikt in Südafrika ist eine Warnung für die ganze Welt“.

Nach seiner Rückkehr von der Reise veröffentlichte der Europaabgeordnete einen Artikel in estnischer Sprache über seine Eindrücke von dem afrikanischen Land nach mehreren

Treffen mit Vertretern afrikanischer Bauern und Politiker sowie mit EU-Vertretern im Land. Ich schrieb an Jaak Madison und bat um eine englische Version, die ich für diesen Artikel übersetzt habe:

In der letzten Maiwoche reiste eine offizielle Mission der Fraktion Identität und Demokratie des Europäischen Parlaments nach Südafrika, mit mir reisten drei italienische Europaabgeordnete von La Lega, der stellvertretende Generalsekretär von ID und mein politischer Berater. Angesichts der Größe und der Besonderheiten dieses Landes ist es schwierig, sich in einer Woche einen Überblick über alles zu verschaffen, und es ist unmöglich, sehr tief in die Materie einzutauchen, aber gewisse Schlussfolgerungen können dennoch gezogen werden. Südafrika war bisher das entwicklungs- und wirtschaftspolitisch erfolgreichste Land auf dem afrikanischen Kontinent, aber das geht zu Ende und das Land wird zu einem absteigenden Dritte-Welt-Land. Die Gründe dafür sind vor allem ein vollwertiger Sozialismus, der eher die Dimensionen des Kommunismus angenommen hat, und ein systematischer Rassismus gegen die weiße Minderheit. Hier sind einige Beispiele.

Wenn Sie ein Weißer in Südafrika sind (in der Regel ein Afrikaans sprechender europäischstämmiger Einwohner Südafrikas, d.h. ein Nachkomme der Holländer, die im 17. Jahrhundert dorthin ausgewandert sind, oder ein Einwohner britischer Abstammung), ist es viel schwieriger, an eine Universität zu kommen. Sie werden es viel schwerer haben, Jobs im öffentlichen Sektor zu bekommen. Wenn Sie ein Farmer sind (was die hollandstämmigen Buren historisch gesehen schon immer waren), werden Sie vom Staat mit 43% besteuert, aber Sie sind für Ihre eigene Sicherheit verantwortlich, wenn man bedenkt, dass es im Durchschnitt jeden Tag einen Angriff auf eine Farm gibt und dass jede Woche einer dieser Angriffe in einem brutalen Mord (meist an der ganzen Familie) endet. Im öffentlichen Sprachgebrauch ist es üblich, zur Vernichtung der Buren aufzurufen. Es ist durchaus üblich, dass selbst Viehweiden von Mauern und Stacheldraht umgeben sind. Ganz zu schweigen von Häusern mit mehrfach geteilten Toren und doppelten Mauern an der Außenseite. Dabei wird die Tatsache ignoriert, dass ein Land mit einer Bevölkerung von 60 Millionen Menschen von etwa 30.000 weißen Farmern ernährt wird, die etwa 85% der Gesamtzahl der Farmer ausmachen.

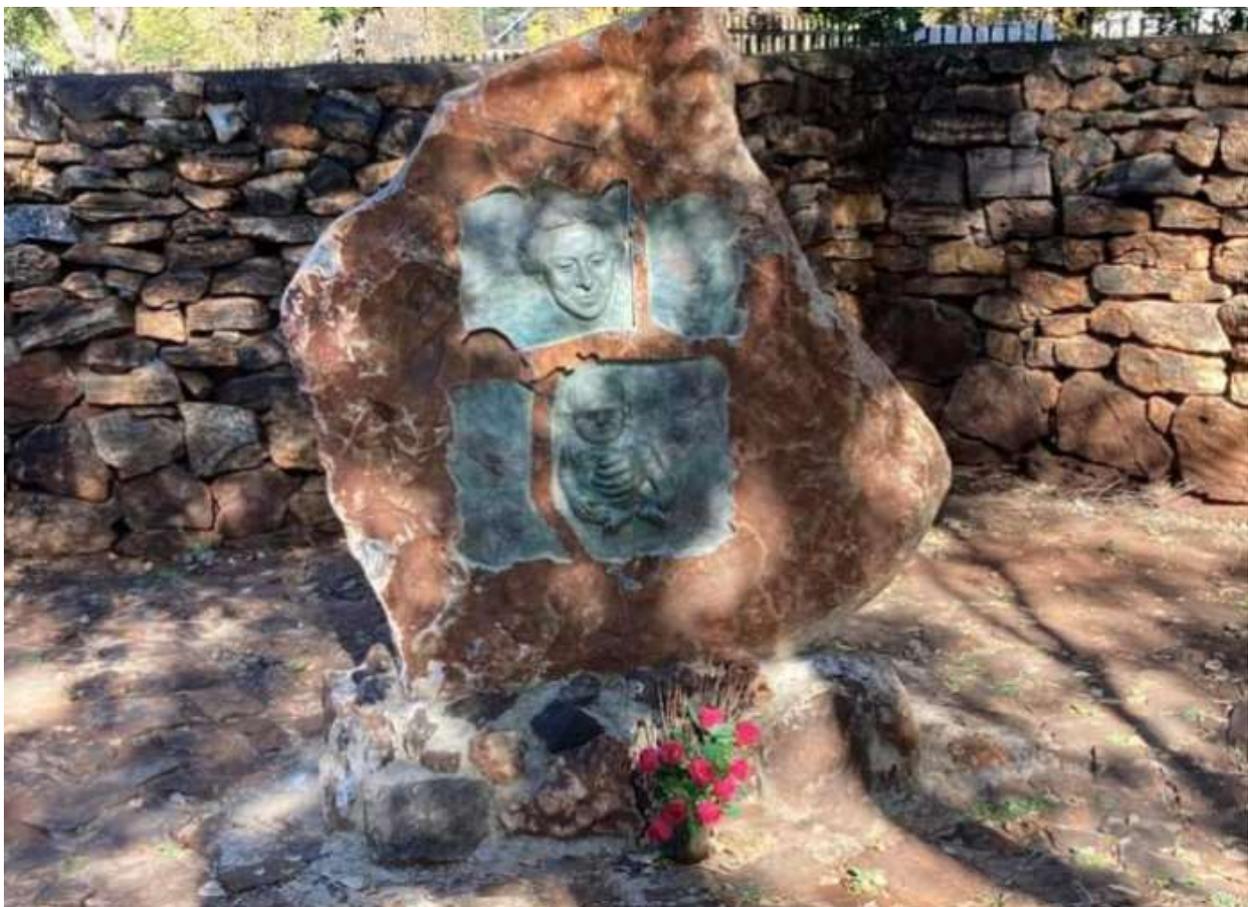


Jaak Madison und ID-Mitglieder mit politischen Vertretern der weißen Minderheit in Pretoria

Ein Gesetzentwurf zum Verbot des Besitzes von Schusswaffen zur Selbstverteidigung ist derzeit in Arbeit. Im Moment ist es erlaubt, eine Schusswaffe zur Selbstverteidigung zu besitzen, aber sie soll auch verboten werden, und als Folge davon werden Sie nichts haben, um sich in einem der kriminellsten Länder der Welt zu verteidigen. Aber hinter dieser Absicht

steckt noch eine andere Absicht: Es ist auch ein Gesetzentwurf in Arbeit, der die Verstaatlichung von Volkseigentum auf legaler Basis erlauben würde. Dieses Gesetz ist durch die europäischen Medien gegangen, und ein naiver und dummer estnischer Journalist schrieb zum Beispiel, dass man damit den Weißen Land wegnehmen könnte. Aber in Wirklichkeit wollen sie viel weiter gehen: In dem Gesetzentwurf geht es nicht nur um Land, sondern um Eigentum im Allgemeinen, das der weißen Minderheit weggenommen werden könnte, das könnte ein Haus, eine Wohnung, Bankkonten oder Rentensparnisse sein, und alles ohne Entschädigung. Da es viele arme Menschen gibt, die es sich nicht leisten können, Land zu kaufen, muss es den Weißen gewaltsam weggenommen und an die armen Schwarzen verteilt werden. Dies ist in der Vergangenheit bereits geschehen, und praktisch alle Farmen, die von Buren an einheimische Schwarze übergegangen sind, wurden zerstört. Das benachbarte Simbabwe tat dies vor etwa zwanzig Jahren auch in ähnlicher Weise.

Als ich mit Dutzenden von Einheimischen über die Situation dort sprach, gaben sie alle zu, dass sie in ständiger Angst leben, weil sie nie wissen, was der morgige Tag bringen wird: ob ihre Farm angegriffen wird oder nicht und ob sie kurzfristig überhaupt noch eine Farm haben werden. Einen Einblick in die lokale Situation erhalten Sie oft, wenn Sie mit Taxifahrern sprechen. Ich habe die Verantwortlichen von Uber, die ausschließlich schwarz sind, wiederholt gefragt, wie die Situation ist. Sie antworteten, dass es schrecklich sei. Mir wurde beigebracht, dass ich an manche Orte nicht gehen sollte, wenn ich überleben oder bestenfalls nicht entführt werden wollte. Als ich sie nach dem Grund fragte, antwortete ein großer Fahrer pauschal, dass „unsere Brüder faul sind“. Das gilt natürlich nicht für alle, aber für viele. Diese ganze Situation hat immer mehr Weiße dazu veranlasst, das Land zu verlassen und nach Neuseeland, Australien, in die Vereinigten Staaten oder nach Kanada zu ziehen. Außerdem traut sich kein vernünftiger Mensch, in dem Land zu investieren, was dem Tourismus zunehmend schadet. Warum an einem Ort investieren, an dem bald alles Eigentum von der Regierung beschlagnahmt werden kann?



Denkmal für die Opfer des ersten Konzentrationslagers

Manchmal wird gefragt, warum gehen diese weißen Leute nicht einfach? Die Schwarzen dort sagen auch oft: „Geh zurück in deine Heimat in den Niederlanden“. Leider ignorieren alle, die das sagen, die Tatsache, dass die Buren dort seit 1652 leben. Die Familie eines Herrn, den ich kennengelernt habe, lebt zum Beispiel schon seit 1685 dort. Als die weißen Europäer kamen, gab es noch keine Farmen und keinen Staat. Es gibt also keinen Grund, ihnen zu sagen, sie sollen „zurückgehen“. Wohin auch? Ihr Heimatland ist dort. Außerdem will niemand seine Heimat einfach verlassen und sie versuchen daher, sich dem Stigma der kommunistischen und rassistischen Regierung zu widersetzen. Zum Vergleich: Noch im Herbst 1944 entschieden sich Tausende von Esten, nicht vor dem kommunistischen Horror zu fliehen, weil sie ihre Höfe nicht verlassen wollten. Ein weiterer wichtiger Aspekt Südafrikas ist die Verfälschung der Geschichte. Wenn von Konzentrationslagern die Rede ist, wird leider nie erwähnt, dass das erste große Konzentrationslager der Welt von den Briten im Burenkrieg von 1899–1902 errichtet wurde und dass darin mindestens 26.000 Menschen zugrunde gingen, davon 23.000 Kinder und der Rest meist Frauen. In der heutigen offiziellen Geschichtsauffassung wird dieses Thema in den südafrikanischen Bildungslehrplänen völlig ausgeblendet, ganz zu schweigen vom Rest der Welt, wo nur ein einziges europäisches Land erwähnt wird, wenn von Konzentrationslagern die Rede ist.

Einige haben gefragt, was wir mit der Situation in Südafrika zu tun haben. Sicherlich haben viele in den westlichen Ländern, zum Beispiel in den 1960er Jahren, gesagt: Was haben wir mit Estland zu tun, und damit, dass Estland kommunistisch besetzt sind? Aber ein viel wichtiger Grund ist die Ideologie, die überall auf der Welt herrscht: wir hören die ganze Zeit über die Medien, wie schrecklich der antischwarze Rassismus in den Vereinigten Staaten grassiert; Black Lives Matter kann ruhig die Straßen verwüsten und Menschen töten, doch sie werden immer noch für den „Kampf gegen Rassismus“ gelobt; in Europa können Migranten ruhig ihre extremistische Ideologie verbreiten und den europäischen Kulturraum übernehmen, und diejenigen, die sich dem entgegenstellen, werden als Rassisten, Islamophobe oder Fremdenfeinde beschimpft. Aber wenn es zu einer systematischen Ausrottung der weißen Minderheit kommt, schweigt der Rest der Welt, weil es nicht in das linke Weltbild passt, in dem nur der weiße Mann an der Inkompetenz und Dummheit des schwarzen Kontinents und allen anderen Problemen der Welt schuld ist. Wenn ich also auch nur ein paar Leuten die Augen öffnen kann, weise ich auf die aktuelle Lage in Südafrika hin.

Es ist ein Land mit enormen Möglichkeiten und Ressourcen, aber korrumpiert durch eine inkompetente und idiotische Regierung. Meine persönliche Meinung ist, dass ein Bürgerkrieg in diesem Land nicht eine Frage des „ob“, sondern höchstens des „wann“ ist.

El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EL CORREO DE ESPAÑA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) USA: George Floyd erhielt bereits eine Statue

Von Zoltán Wittich

19. 06. 2021



George Floyd-Statue in Newark, New Jersey - Bildquelle: MN

Joe Biden unterzeichnete kürzlich ein Gesetz namens [Juneteenth](#), das den 19. Juni, den Tag, an dem die Sklaverei endete, zum Feiertag erklärt.

- Obwohl ich erst seit ein paar Monaten Präsident bin, ist dieses Gesetz eine der höchsten Ehrungen, die ich erhalten kann“, sagte der US-Präsident über das Gesetz, das bereits unterzeichnet wurde. Die Black Lives Matter (BLM)-Bewegung hat also Grund zum Feiern, mit vielen Erfolgen in den letzten anderthalb Jahren:

So errichtete die Stadt Newark, New Jersey, kürzlich eine Statue von George Floyd, dessen Tod im vergangenen Mai der „Black Lives Matter“-Bewegung neuen Auftrieb gab und eine Reihe von Protesten in den Vereinigten Staaten und in der gesamten westlichen Welt auslöste.

Die mehr als 300 Kilogramm schwere Bronzestatue wurde am Mittwoch vor dem Rathaus von Newark enthüllt und wird dort mindestens ein Jahr lang stehen bleiben.

„Wir hoffen, dass die Menschen, wenn sie daran vorbeigehen, sie sehen und an der Erfahrung der Skulptur teilhaben, die sie dazu inspirieren wird, sich aktiv an den Kämpfen zu beteiligen, die wir hier in Newark und in New Jersey führen“, sagte Bürgermeister Ras Baraka.

Auch auf Social-Media-Plattformen hat die Skulptur die Nutzer gespalten: Während viele die Entstehung der Skulptur für wichtig und begrüßenswert halten, gab es auch einige, die sich dagegen ausgesprochen haben. So wurde zum Beispiel behauptet, dass George Floyd, der in North Carolina geboren, in Texas aufgewachsen und in Minnesota gestorben ist, möglicherweise nie in seinem Leben Newark besucht hat.

Andere beschwerten sich, dass, während Statuen durch das BLM-Dogma im ganzen Land gestürzt wurden, ein Krimineller eine Statue erhielt, obwohl viele verdiente schwarze Menschen eine solche Ehre nicht erhalten hatten.

Während in Newark eine Statue von George Floyd errichtet wurde, wurde ein Ehepaar aus St. Louis, das im vergangenen Juni Berühmtheit erlangte, weil es gewalttätige BLM-Demonstranten mit vorgehaltener Waffe aus ihrem Haus verjagte, zu einer Geldstrafe von 2.000 bzw. 750 Dollar verurteilt. Die Handlungen von Patricia und Mark McCloskey gefielen dem damaligen Bezirksstaatsanwalt jedoch nicht, der eine Untersuchung des Vorfalls anordnete; das Ehepaar wurde nun vom Gericht dazu verurteilt, neben einer Geldstrafe wegen „ordnungswidriger Körperverletzung“ auch ihre Waffen zu vernichten.

Laut Mark McCloskey durchbrach der Mob das Eisentor seines Anwesens und beging Hausfriedensbruchs. Laut dem 60-jährigen Anwaltsehepaar „täuschen die Medien ständig das amerikanische Volk, während sie die Mafia verherrlichen, so dass man ihnen einfach nicht trauen kann“.

Zu allem Überfluss hat die schwarze Bürgermeisterin von Chicago, Lori Lightfoot, am Donnerstag den Rassismus zur Gesundheitskrise erklärt und damit zehn Millionen Dollar aus der staatlichen Coronavirus-Rettungsaktion bereitgestellt. Der Stadtrat wird die Mittel nutzen, um Gleichstellungszonen zu schaffen und Rassismus zu bekämpfen. Die Entscheidung kam, nachdem ein städtischer Gesundheitsbericht festgestellt hatte, dass die schwarze Bevölkerung Chicagos durchschnittlich neun Jahre weniger lebt und anfälliger für bestimmte Krankheiten – wie Diabetes – ist als Menschen anderer Rassen.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Pandemie-„Übungen“ der US-Regierung vor dem Auftreten von Covid

21. 06. 2021



Bildquelle: MPI

Es wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass mehrere Pandemievorkehrungsmaßnahmen, die zu COVID-19 führten, von der US-Regierung organisiert wurden, was die Vermutung nahelegt, dass die US-Regierung und andere sich auf eine vorgetäuschte Pandemie vorbereiteten oder auf das, was man eine „Pandemieübung“ oder „Pandemieeinsatzübung“ nennen könnte.

Die potenziellen „Warnungen“ finden sich in den Aktualisierungen der US-Gesetzgebung und -Strategie zur Pandemie- und „Globalen Gesundheitssicherheit“, die stillschweigend erfolgten, bevor die COVID-19-Pandemie gemeldet wurde. Weitere wichtige Pandemiegesetze wurden von Präsident Obama erlassen oder umgesetzt, bevor und nachdem die Demokraten das Amt des Präsidenten an Donald Trump verloren haben. Tatsächlich gibt es zu viele Aktionen, die möglicherweise als „Warnung“ dafür dienen könnten, dass einige Stellen in der US-Bundesregierung Vorbereitungen für eine vorgetäuschte Pandemie getroffen haben.

November 2016: Präsident Obama wies das FBI an, sich mit INTERPOL zu koordinieren, um das globale Gesundheitssicherheitsprogramm umzusetzen.

Zunächst unterzeichnete am 4. November 2016, weniger als eine Woche vor der Niederlage der Demokraten gegen Donald Trump, Präsident Obama die Executive Order „[Advancing the Global Health Security Agenda to Achieve a World Safe and Secure from Infectious Disease Threats](#)“.

Neben anderen bemerkenswerten Anweisungen wies Präsident Obama den „Generalstaatsanwalt an, generell durch den Direktor des Federal Bureau of Investigation (FBI) zu handeln“, um „öffentliche Gesundheit und Strafverfolgung zu verbinden und sich mit INTERPOL über die GHSA ([Global Health Security Agenda](#)) und ihre erfolgreiche Umsetzung abzustimmen. INTERPOL ist die Internationale Kriminalpolizeiliche Organisation und umfasst auch Länder wie China, Russland, Iran und andere.

Darüber hinaus verlangte die Executive Order von Präsident Obama, dass die FBI-Programme „die GHSA vorantreiben und technisches Fachwissen bereitstellen, um den Fortschritt in den Ländern zu messen und zu bewerten, zu deren Unterstützung sich die Vereinigten Staaten verpflichtet haben.“ Abschnitt 3, (b) (vi) der Executive Order besagt, dass der U.S. Verteidigungsminister in Zusammenarbeit mit ressortübergreifenden Partnern und dem GHSA-Team vor Ort mit anderen Gebern und nichtstaatlichen Umsetzungsakteuren in den Partnerländern, in denen FBI-Programme aktiv sind, zusammenarbeiten soll, um die Zusagen zur Förderung von GHSA mit den Partnern zu koordinieren und wirksam einzusetzen.

Die „technische Expertise des FBI zur Messung und Bewertung des Fortschritts“ kann „strategische Täuschung“ einschließen, die bei einer Anhörung des Kongresses zur Aufsicht über die FBI-Aktivitäten als eine „oft verwendete“ Technik erklärt wurde. ([Seite 133](#)) Strategische Täuschung wird auch als „List oder Strategem“ bezeichnet; „Falschmeldungen“ können ebenfalls in diese Kategorie fallen. In einem [Dokument](#) des Justizministeriums, das nach der oben erwähnten Executive Order von Präsident Obama aktualisiert wurde, wird auch die Täuschung (d. h. „Falschdarstellungen“ anderer Aktivitäten, private Unternehmen, die sich heimlich im Besitz des FBI befinden und vor anderen verborgen werden, usw.) als eine vom FBI verwendete Strategie diskutiert. Es gibt also Grund zu der Annahme, dass Täuschung derzeit eine „technische Expertise“ des FBI ist.

Präsident Obamas Executive Order vom 4. November 2016 verpflichtete auch die CDC, das Verteidigungsministerium und mehrere andere US-Bundesbehörden, die Agenda für globale Gesundheitssicherheit voranzutreiben.

Dezember 2016: Präsident Obama verlangte nach der Niederlage der Demokraten gegen Donald Trump eine neue Biodefense-Strategie

Dann, am 23. Dezember 2016, nachdem die Demokraten von Trump besiegt wurden, nutzte Präsident Obama den „[National Defense Authorization Act for Fiscal year 2017](#)“, um den Verteidigungsminister, den Gesundheitsminister, den Heimatschutzminister und den Landwirtschaftsminister zu verpflichten, eine nationale Bioabwehrstrategie und einen dazugehörigen Implementierungsplan zu entwickeln. ([Sec. 1086](#)) Die nationale Bioabwehrstrategie sollte eine Verteidigung gegen eine „natürliche Epidemie“ und/oder eine „biologische Epidemie“ beinhalten.

Im September 2018 veröffentlichte die Trump-Administration die [Nationale Bioabwehrstrategie 2018](#) und das „[National Security Presidential Memorandum \(NSPM\)-14](#)“, das die Umsetzung der Nationalen Bioabwehrstrategie anordnet.

Mai 2019: Die Trump-Administration veröffentlicht die „Global Health Security Strategy“ der US-Regierung.

Die Trump-Administration hat außerdem im [Mai 2019](#) die „[U.S. Government Global Health Security Strategy](#)“ veröffentlicht. Das Dokument zur Globalen Gesundheitssicherheitsstrategie ist wie folgt zusammengefasst:

Die Global Health Security Strategy beschreibt den Ansatz der US-Regierung zur Stärkung der globalen Gesundheitssicherheit, einschließlich der Beschleunigung der Fähigkeiten der Zielländer zur Prävention, Erkennung und Reaktion auf den Ausbruch von Infektionskrankheiten. Zusammen mit der Nationalen Sicherheitsstrategie, der Nationalen Biodefense-Strategie und [\[Präsident Obamas\]](#) Executive Order „Advancing the Global Health Agenda to Achieve a World Safe and Secure from Infectious Disease Threats“ leitet die Globale Gesundheitssicherheitsstrategie die US-Regierung und ihre Partner im Ausland gegen Bedrohungen durch Infektionskrankheiten an, indem sie mit anderen Ländern, internationalen Organisationen und nichtstaatlichen Akteuren zusammenarbeiten. ([Seite 5](#))

Das Dokument erkennt eindeutig an, dass Präsident Obamas 2016 erlassene Executive Order (auf die oben verwiesen wird) „Advancing the Global Health Agenda to Achieve a World Safe and Secure from Infectious Disease Threats“, die das FBI anwies, die Gesetzesvollstreckung mit der öffentlichen Gesundheit zu verknüpfen und sich mit INTERPOL zu koordinieren, um die Globale Gesundheitssicherheitsagenda umzusetzen, im Mai 2019 noch in Kraft war.

Dies deutet darauf hin, dass das FBI vom Zeitpunkt der Executive Order von Präsident Obama aus dem Jahr 2016 bis zur Veröffentlichung der oben erwähnten globalen Gesundheitssicherheitsstrategie der US-Regierung wahrscheinlich mit INTERPOL zusammenarbeitete, um „das globale Gesundheitssicherheitsprogramm umzusetzen.“ Kann man sich ein Problem für den FBI vorstellen, das sich mit INTERPOL-Ländern wie China, Russland, dem Iran und anderen koordiniert, um „die globale Gesundheitssicherheitsagenda umzusetzen“ (oder sich mit ihnen über irgendetwas zu koordinieren, was das betrifft)?

Datum unbekannt 2021: Biden-Administration verschrottet offenbar die globale Gesundheitssicherheitsstrategie der US-Regierung

Es mag auch von Bedeutung sein, dass die oben erwähnte [globale Gesundheitssicherheitsstrategie der US-Regierung](#) anscheinend von den Webseiten der US-Regierung [entfernt](#) worden ist. Es ist nicht bekannt, wann sie entfernt wurde, aber es scheint, dass sie [während der Administration von Präsident Biden entfernt](#) wurde. (Ein offizielles Dokument des US-Außenministeriums zitiert ebenfalls die gleiche gelöschte Adresse: [Referenz 2](#) auf [Seite 25](#).) Warum sollten die Globalisten ein so wichtiges Dokument löschen, das ihre Strategie zum Schutz der Welt vor angeblichen Bedrohungen der Gesundheitssicherheit wie COVID-19 umreißt?

2019: Das Pandemiegesetz der USA, das „Übungen... ohne Vorankündigung“ erlaubte, wurde kurz vor COVID-19 aktualisiert

Der Schwerpunkt dieses Artikels liegt allerdings auf dem „[Pandemic and All-Hazards Preparedness and Advancement of Innovation Act of 2019](#)“ (jetzt abgekürzt als „Pandemic Act of 2019“), Präsident Obamas „[Pandemic and All-Hazards Preparedness Reauthorization Act of 2013](#)“. “ (jetzt als „Pandemic Act of 2013“ abgekürzt), und Präsident

Bushs „[Pandemic and All-Hazards Preparedness Act of 2006](#)“ (jetzt als „Pandemic Act of 2006“ abgekürzt). Alle diese Gesetze änderten den Public Health Service Act, der [in den Worten der U.S. Bundesregierung](#) ,

die Grundlage für die rechtliche Befugnis des HHS (U.S. Department of Health and Human Services), auf Notfälle im Bereich der öffentlichen Gesundheit zu reagieren, bildet; es ermächtigt den Minister des HHS, alle bundesstaatlichen Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit und der Medizin bei Notfällen im Bereich der öffentlichen Gesundheit zu leiten.

So wurden mit den Pandemiegesetzen von 2006, 2013 und 2019 die gesetzlichen Befugnisse des HHS zur Reaktion auf Notfälle im Bereich der öffentlichen Gesundheit geändert. Besonders erwähnenswert in diesen Pandemiegesetzen sind interessante Änderungen der gesetzlichen Ermächtigung für Pandemie-„Schulungen und Übungen“ zur Beurteilung der Pandemiebereitschaft.

Erstens erlaubt das Pandemiegesetz von 2006 Übungen und Drills, um den Fortschritt bei der Umsetzung der nationalen Gesundheitssicherheitsstrategie zu bewerten. Auszug aus dem Pandemiegesetz von 2006:

Die nationale Gesundheitssicherheitsstrategie enthält Bestimmungen zur Förderung ... der Integration des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen und privaten medizinischen Fähigkeiten mit anderen Erstversorgungssystemen, einschließlich durch ... durch Schulungen und Übungen ([120 STAT. 2836](#); Absatz- und Abschnittsbeschriftung und -nummerierung wurden zur besseren Lesbarkeit weggelassen)

Das Pandemiegesetz von 2013 fügte dem obigen Absatz eine Formulierung hinzu, die als Versuch interpretiert werden könnte, geheime oder völlig geheime „Schukungen und Übungen“ im Falle einer Pandemie rechtlich zuzulassen:

*Abschnitt 2802 des Public Health Service Act ([42 USC 300hh-1](#)) wird geändert ... durch Einfügen von „einschließlich Schulungen und Übungen zur Sicherstellung der medizinischen [Notfallfähigkeit](#) für **unangekündigte** Ereignisse“ nach „Übungen“ ([127 STAT. 162](#); Hervorhebung hinzugefügt)*

Die Anweisung [lautet](#) nun:

*Die nationale Gesundheitssicherheitsstrategie enthält Bestimmungen zur Förderung ... der Integration des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen und privaten medizinischen Fähigkeiten mit anderen Erstversorgungssystemen, einschließlich durch ... **regelmäßige Bewertung der Bereitschafts- und Reaktionsfähigkeiten von Bund, Ländern, Gemeinden und Stämmen durch Übungen, einschließlich Übungen zur Sicherstellung der notfallmedizinischen Fähigkeiten für unangekündigte Ereignisse** (Hervorhebung hinzugefügt)*

So, wie es geschrieben ist, scheint sich Präsident Obamas Pandemiegesetz von 2013 auf keine Bekanntgabe vor oder nach Abschluss der Übung oder Einsatzübung zu beziehen; eine Übung oder Einsatzübung, die ohne Bekanntgabe der Beteiligten durchgeführt wird, wäre eine geheime oder verdeckte Übung oder Einsatzübung. Das Pandemiegesetz von 2013 ermächtigte außerdem den Assistant Secretary for Preparedness and Response (ASPR) innerhalb des Department of Health and Human Services, Folgendes zu tun:

Durchführung von Schulungen und Übungen in Absprache mit dem Department of Homeland Security, dem Department of Defense, dem Department of Veterans Affairs und anderen geeigneten Bundesministerien und -behörden, soweit erforderlich und angemessen, zur Ermittlung, Information und Erfüllung von Richtlinien in Bezug auf die medizinische und gesundheitliche All-Gefahren-Bereitschaft und -Reaktion, einschließlich Übungen auf der Grundlage von ... identifizierten Bedrohungen, für die Gegenmaßnahmen verfügbar sind, und ... unbekanntem Bedrohungen, für die keine Gegenmaßnahmen verfügbar sind. ([127 STAT. 164](#))

Also „regelmäßige Bewertung der Bereitschafts- und Reaktionsfähigkeit auf Bundes-, Landes-, Kommunal- und Stammesebene durch Übungen. ohne Vorankündigung“ (etc.) in Abstimmung mit dem Department of Homeland Security, dem Department of Defense, und anderen.

Während COVID-19 war der ASPR [Dr. Robert Kadlec](#), ein ehemaliger Oberst der Air Force und Mitglied von Präsident Bushs Team für Bioabwehr und nationale Sicherheit. Er diente auch als stellvertretender Staff Director des Senate Select Committee on Intelligence; er wurde [2015](#) von Senator Richard Burr (RN.C.) auf diesen [Geheimdienstposten](#) berufen und blieb in dieser Position bis zum Ende der Amtszeit von Präsident Obama.

Dies ist erwähnenswert, weil Senator Burr sowohl das Pandemiegesetz von 2006 mit dem demokratischen Senator Ted Kennedy als auch das Pandemiegesetz von 2013 mit dem demokratischen Senator Bob Casey [verfasst](#) hat. Senator Burr hat zusammen mit Senator Casey und anderen den [Pandemic Act of 2019](#) eingeführt. Senator Burr selbst [verweist](#) auf die Autorität, die dem ASPR in den ersten beiden Pandemiegesetzen gegeben wurde. Wiederum beinhaltet ein Teil dieser bedeutenden Autorität die Durchführung von „Übungen ... ohne Vorankündigung“ in Koordination mit dem Verteidigungs- und Heimatschutzministerium.

Es gibt noch mehr. Im Pandemiegesetz von 2019 wurde derselbe Abschnitt des Gesetzes (Abschnitt 2802 des Public Health Service Act, [42 USC 300hh-1](#)), der „Übungen ... ohne Vorankündigung“ erlaubte, geändert, um die Entwicklung der öffentlichen Gesundheit zu ermöglichen. „Informationstechnologie-Aktivitäten“, die Verbesserung der Koordination bei Ausbrüchen von „zoonotischen Krankheiten“ und die Ermöglichung, dass „Bedrohungen der Gesundheitssicherheit, die aus dem Ausland kommen, in die nationalen Bereitschafts- und Reaktionskapazitäten im Bereich der öffentlichen Gesundheit einfließen“. ([S. 1379–3](#))

Gesundheitssicherheit „Krankheitslagebewusstsein...und Informationstechnologie-Aktivitäten“ würden offensichtlich Daten über die Anzahl der Fälle und Todesfälle aufgrund einer Epidemie oder Pandemie beinhalten. Und „[zoonotische Krankheiten](#)“ schließt COVID-19 ein, das eine „ausländische Bedrohung der Gesundheitssicherheit“ darstellen würde.

Wenn man die Pandemiegesetz-Novellen von 2019 im Lichte der bevorstehenden COVID-19-Pandemie betrachtet, kommt man nicht umhin zu bedenken, dass dies wahrscheinlich kein Zufall ist: derselbe Abschnitt eines US-Bundesgesetzes zur Pandemievorsorge, der während der Obama-Regierung 2013 aktualisiert wurde, um „Übungen ... ohne Vorankündigung“ zu genehmigen, wurde auch aktualisiert, um „Informationstechnologie-Aktivitäten“, „zoonotische Krankheiten“ und „ausländische Gesundheitsbedrohungen“ abzudecken. Und das Update wurde von Senator Burr, dem Vorsitzenden des Geheimdienstausschusses des Senats, eingeführt.

Die Nationale Gesundheitssicherheitsstrategie der USA für 2019–2022 erörtert die globale Pandemieplanung und Übungen.

Die oben genannten Pandemiegesetze von 2006, 2013 und 2019 beziehen sich auf die Anforderungen der „Nationalen Gesundheitssicherheitsstrategie“. Dies kann nicht in seiner Gesamtheit diskutiert werden, aber die Nationale Gesundheitssicherheitsstrategie 2019–2022 befasst sich mit „strategischer und operativer Planung“ und „Übung“ für globale Pandemien:

Angesichts der Tatsache, dass viele der Krankheitsbedrohungen, mit denen wir konfrontiert sind, globaler Natur sind, werden wir weiterhin mit der internationalen Gemeinschaft in allen Sektoren zusammenarbeiten, um die globale Gesundheitssicherheit durch Informationsaustausch, strategische und operative Planung, Schulungen und Übungen sowie den Aufbau von Kapazitäten zu stärken. Wir werden mit unseren Partnern auf der ganzen Welt zusammenarbeiten, um die Nation vor diesen Bedrohungen zu schützen, unabhängig von ihrer Quelle. ([Seiten 17–18](#))

2018 Irreführende Finanzberichte zur nationalen Sicherheit, die von der US-Regierung autorisiert wurden.

Angesichts der Tatsache, dass Pandemieplanungen und „Drills und Übungen“ als „nationale Sicherheit“ charakterisiert werden können, mag es schließlich von Bedeutung sein, dass die US-Bundesregierung im Oktober 2018 Berichten zufolge „geheime nationale Sicherheitsausgaben im Wesentlichen [legalisiert hat](#).“ Die neue Richtlinie mit dem Titel „[SFFAS 56 – CLASSIFIED ACTIVITIES](#)“ würde es Regierungsbehörden erlauben, [Täuschung](#) einzusetzen, um

„von anderen [Finanz-]Normen geforderte Informationen“ in ihren öffentlichen Abschlüssen ändern, anderweitig geforderte Informationen auslassen und die Beträge der tatsächlichen Ausgaben im Zusammenhang mit bestimmten Posten falsch darzustellen, so dass geheime Informationen nicht offengelegt werden.

Der Zeitpunkt der Bekanntmachung ist zum Teil deshalb interessant, weil er nur etwas mehr als ein Jahr vor COVID-19 lag; er würde es Einrichtungen, die sich normalerweise nicht an geheimen Aktivitäten beteiligen (Einrichtungen des öffentlichen Gesundheitswesens wie HHS, CDC, NIH usw.), scheinbar leichter machen, ungewöhnliche Ausgaben zu vertuschen, die auf die Vorbereitungen der Regierung auf eine gefälschte Pandemie hindeuten würden. Das US-Verteidigungsministerium und andere nationale Sicherheitsbehörden nutzen seit vielen Jahren klassifizierte Aktivitäten. Warum also dieses Update nur etwa ein Jahr vor COVID-19?

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Indoktrination der Jüngsten: Kinderbücher verbreiten Corona-Panik und Transgender-Ideologie

28. 06. 2021



Es genügt offenbar nicht, dass Kinder und Jugendliche nun ebenfalls für den experimentellen und hochgradig gefährlichen Corona-Impfstoff als Versuchskaninchen herhalten müssen: auch das private Sozialleben soll voll auf den pandemiebedingten Panikmodus getrimmt werden. Am einfachsten geht dies neben den digitalen Massenmedien über das klassische Buch. Zwei Beispiele von Lesern verdeutlichen, wie die Jüngsten bereits indoktriniert werden.

„Corona und der Elefantenabstand“

Im Bücherladen traute ein Familienvater seinen Augen nicht: im Sortiment der handlichen Pixi-Bücher des Carlsen-Verlag findet sich seit geraumer Zeit auch ein Büchlein zur Corona-Thematik, aufbereitet für Kinder ab sechs Jahren. Der Inhalt ließt sich jedoch nicht wie lustige Kinderliteratur, sondern wie ein dystopischer Vorschriftenkatalog.

In „Corona und der Elefantenabstand“ wird erzählt, wie ein Kind plötzlich von der „gefährlichen“ Corona-Krankheit befallen wird, wie sich das böartige Virus über die Luft heimtückisch und unerkannt verbreitet und was am Besten dagegen zu tun ist. Natürlich alle sozialen Kontakte vermeiden, alle Menschen meiden, sich nicht anfassen (!), auf Vorschriften der Autoritäten hören und alle Aktivitäten in den digitalen, entmenschlichten Raum verlegen:



Interessant wäre natürlich zu wissen, von wem der Carlsen-Verlag beauftragt wurde, diese Thematik so aufzubereiten und wie viel Geld er dafür als Gegenleistung erhielt.

„Aus Leo wird Jennifer“

Ein weiterer Fall von Indoktrination der Jüngsten wurde kürzlich [von unzensuriert.at dokumentiert](https://www.unzensuriert.at/dokumentiert): das linke österreichische Mainstream-Medium Standard bewarb ein

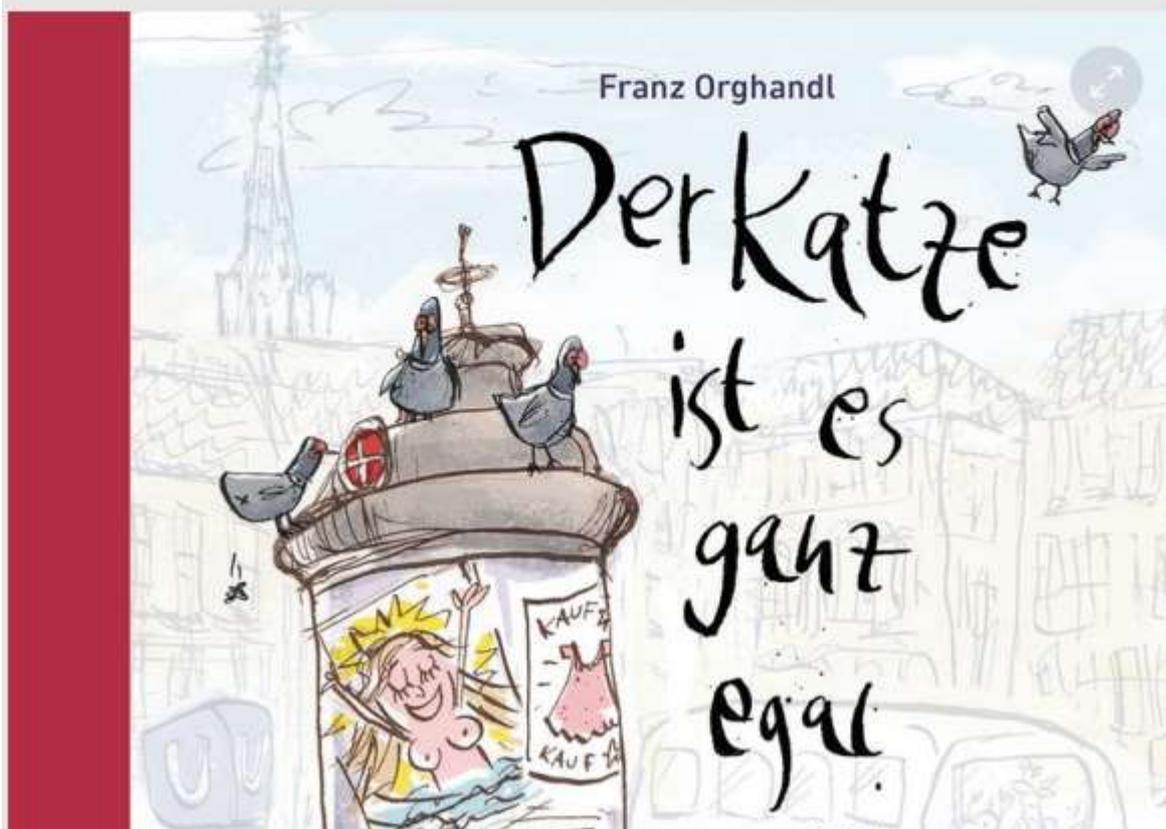
Transgender-Kinderbuch mit dem Titel "Der Katze ist es ganz egal", gedacht für Kinder ab neun Jahren (!). Darin will man Kindern auf 240 Seiten erklären, dass es ein biologisches Geschlecht nicht gibt und man alle Formen von Sexualität möglichst früher erkunden soll und kann.

KINDERBUCH-TIPP

Aus Leo wird Jennifer: Einer Verwechslung auf die Spur kommen

Eine Geschichte mit Wiener Schmäh über ein Mädchen, das in einem Bubenkörper aufgewachsen ist

27. Juni 2021, 07:00 130 Postings



Weiters heißt es bei unzensuriert:

Die jungen Leser erfahren nicht nur von Leos Namensänderung, sondern auch vom bösen patriachalischen Vater, der davon nichts wissen will, und einem dubiosen "Schul-Hausmeister", der den Kindern erklärt, dass "nicht jeder mit Penis automatisch ein Bub ist".

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Corona-Irrsinn immer unerträglicher: Mutter musste Schwimmbad vorzeitig verlassen, weil Corona-Test auslief

27. 06. 2021



Im Zirler Schwimmbad ist man vor dem heimtückischen Virus besonders auf der Hut, damit es nicht pünktlich nach Ablauf der Gültigkeit von Corona-Test unvermittelt zuschlägt. | Bild: Screenshot twitter.com/Zangerllris

Hätte das, was sich jetzt rund um die sogenannte „Pandemie“ abspielt, jemand vor zwei Jahren vorhergesagt – man hätte ihn für verrückt gehalten. Dieser Wahnsinn, mit dem die Leute völlig unnötig seit Monaten schikaniert werden, wird für Personen, die noch geradeaus denken können immer unerträglicher.

Heute wollen wir ein Beispiel bringen, was passiert, wenn Schikanen, angeordnet von offensichtlich korrupten Politikern (es gilt Tests und Masken zu verkaufen und kräftig dabei mitzuschneiden, wie jeder weiß), von Leuten um- oder durchgesetzt werden, denen jedes Augenmaß fehlt und die im „im blinden Gehorsam“ jeden Irrsinn mittragen und/oder exekutieren. Das Erschreckende dabei, dass hier ein Menschentypus zu Vorschein kommt, der gerade in Diktaturen Aufwind erhält: der Blockwart, der widerliche Denunziant oder der kleine Schuft, der es auskostet, als Erfüllungsgehilfe einer letztklassigen Politikerclique Macht über anständige Personen auszuüben.

Nicht nachvollziehbarer Wahnsinn

Anders ist nicht zu erklären, dass es Leute gibt, die den Testwahnsinn in einer Art und Weise umsetzen, die so offensichtlich sinnlos ist, dass man glaubt es mit Psychopathen tun zu haben. Wie neulich in einem Tiroler Bad.

Damit nicht „unabhängige Faktenchecker“, wir fantasieren oder erfinden Schauermärchen, wollen wir auszugsweise aus der Tiroler Tageszeitung zitieren:

„Innsbruck – Badespaß mit der 3-G-Regel: Im Zirler Schwimmbad mitunter ein Vergnügen mit Ablaufdatum. Je nachdem halt, wann der 48 Stunden gültige Covid-Test ausläuft. So musste eine Mutter vor einer Woche vorzeitig die Schwimmflasche packen, weil ihr Test seine Gültigkeit verloren hatte. Offenbar kein Einzelfall in Zirl [...]

Wie in den Bädern üblich und vorgeschrieben, hat die Dame an der Kassa meinen Covid-Test und die Ninja-Pässe der Kinder verlangt, schildert die Mutter. Aber wie andernorts eher unüblich, hat es die Schwimmbadmitarbeiterin besonders genau genommen. Dabei stellte sie fest, dass die Gültigkeit des Tests um exakt 17.14 Uhr endete. ‚Sie hat sich dann die Zeit sowie meinen Namen notiert und erklärt, dass ich bis spätestens 17.14 Uhr das Schwimmbad verlassen müsse‘, erinnert sich die Zirlerin. Und damit ja nichts schiefeht, kündigte die Kassamitarbeiterin an, dass ‚ich über die Lautsprecheranlage ausgerufen werde‘.

So war’s dann auch: Schon um 16.30 Uhr dröhnte ein ‚Achtung, Achtung! Frau S. dringend zur Kassa kommen‘ aus den Lautsprechern.[...]

Dass die Sache trotzdem ein Happy End fand, ist dem Umstand zu verdanken, dass die zweifache Mutter um etwa 17 Uhr sowieso gegangen ist, „weil ich ohnehin nicht länger bleiben wollte“, wie sie sagt.

Irsinn „kein Einzelfall“

Auch die Zirler Vizebürgermeisterin Iris Zangerl-Walser, zuständig fürs Freibad aber nicht für dessen Personal, erfuhr von der allzu strengen Auslegung der 3-G-Regel. „Meines Wissens war das kein Einzelfall. Das ist öfter vorgekommen, dass Leute wegen des Testablaufs nach Hause geschickt wurden.“ Der Zirler Bürgermeister Thomas Öfner will den Missetand reparieren: „Es gab am Montag ein Gespräch mit dem Badpersonal.“ Dabei sei darauf hingewiesen worden, mit Augenmaß zu kontrollieren. „Nach einem Jahr der Beschränkungen sehnen sich die Menschen nach Entspannung. Das muss auch im Freibad möglich sein.“ Wichtig ist, „dass der Test beim Eintritt passt. Wenn er beim Aufenthalt abläuft ist das egal.“

Bleibt zu hoffen, dass das Virus, welches bekanntlich überaus schlau ist und beispielsweise Clanhochzeiten oder BLM-Demos meidet, jedoch in Städten bevorzugt zwischen 22 Uhr und 5 Uhr zuzuschlagen pflegt, diese großzügige Auslegung nicht mitbekommt um sich dann pünktlich nach Ablauf der Gültigkeit der Tests auf sorglose Badegäste zu stürzen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Masken-Tragen kann Ihre Gesundheit gefährden!

27. 06. 2021



Bildquelle: Alexandra Koch auf Pixabay

Studie listet eine Vielzahl unerwünschter Nebenwirkungen auf

Masken-Tragen, egal wo, gilt für die Coronahysteriker als das Nonplusultra. Dabei kann die allzu häufige Verwendung eines Mund-Nasen-Schutzes die Gesundheit gefährdende Folgen haben. Das ergab eine von einem Forscherteam rund um Dr. Kai Kisielinski aus Düsseldorf im renommierten „International Journal of Environmental Research and Public Health“ (IJERPH) veröffentlichte Studie mit dem Titel „Ist eine Mund und Nase bedeckende Maske in der Alltagsanwendung frei von unerwünschten Nebenwirkungen und möglichen Gefahren?“

Die Forscher untersuchten 109 bereits veröffentlichte Studien und Publikationen über negative Auswirkungen des Masken-Tragens. Zusammenfassend wird festgehalten: „Die in Kombination beschriebenen, physischen und körperlichen Beeinträchtigungen und Symptome bezeichnen wir wegen übereinstimmender und wiederkehrender Darstellung in Arbeiten aus unterschiedlichen Fachgebieten als Masken Induziertes Erschöpfungs-Syndrom (MIES).

Konkret kann (zu langes) Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes zu einem Kohlendioxid-Anstieg im Blut und einem Abfall der Sauerstoffsättigung führen. An anderer Stelle ist zu lesen, „ein Temperaturanstieg unter Masken ging zu 50 Prozent mit Erschöpfung einher“. Weitere Effekte sind die Steigerung der Herzfrequenz und die Zunahme der Atemfrequenz. Die Zunahme der Atemfrequenz kann wiederum zu „maskenspezifischen Beschwerden wie Hitzegefühl, Luftnot und Kopfschmerzen“ führen. Eine andere Folge kann eine „insgesamt eingeschränkte Leistungsfähigkeit“ sein.

Masken-Tragen kann auch für die Haut schädlich sein. Denn durch die Kondensation der Atemluft, verbunden mit einer gravierenden Feuchtigkeitszunahme, kommt es unter anderem zu einer „erheblichen Änderung des natürlichen Haut-Milieus“. Die Folgen dieser Veränderungen werden „vorbestehende Hauterkrankungen nicht nur aufrechterhalten, sondern noch verstärkt“. Zudem wird die Haut insgesamt anfälliger für Infekte und Akne.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [ZUR ZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Immer mehr Berichte: schwere Nebenwirkungen und Todesfälle bei Kindern nach Corona-Impfung

25. 06. 2021



Es sind teils erschütternde Berichte, die nur dank den sozialen Medien ans Tageslicht gelangen: immer mehr Kinder und Jugendliche dürften aufgrund der für sie weltweit angelaufenen Corona-Impfungen mit schweren Nebenwirkungen und sogar dem Tod konfrontiert sein. Zwei Beispiele aus den USA verdeutlichen diesen dramatischen Trend.

12-Jähriger starb nach Zweitimpfung

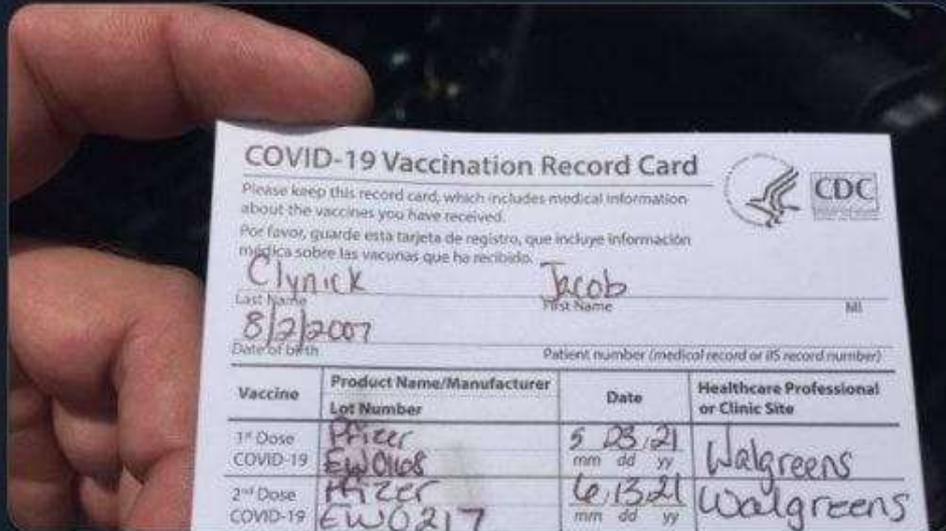
So berichtete eine Frau aus den USA auf Twitter, dass der 12-jährige Sohn ihres Bruders 3 Tage nach der Verabreichung der zweiten Pfizer/Biontech-Corona-Impfdosis verstarb. Bei der stattgefundenen Autopsie wurde festgestellt, dass das Herz des Kindes unnatürlich anwuchs und von Flüssigkeit umhüllt wurde. Dabei war das Kind bei bester Gesundheit, hatte keine Vorerkrankungen und auch keine medikamentöse Behandlung:



Tami Burages @tburages · 5h

A week ago today my brother's 13-year-old son had his 2nd covid shot. Less than 3 days later he died.

The initial autopsy results (done Friday) were that his heart was enlarged and there was some fluid surrounding it. He had no known health problems. Was on no medications.



527 2.6K 3.2K



Chrystal Clear @McchrystalMary · 1h

I'm so very sorry for your devastating loss. My eldest granddaughter is 12 and is about to have her 2nd vaccination. I planned to take her to hang out with me for a couple weeks. Now I'm worried.

76 9 61

Tami Burages Retweeted



Tami Burages @tburages

Replying to @McchrystalMary

I would definitely still get her vaccinated. If hadn't already vaccinated my 14-year-old, I would still do it. BUT: Especially for boys, I would monitor heart rate very frequently for the following week. I would even get up in the middle of the night to do it.

10:08 PM · Jun 20, 2021 · Twitter Web App

7 Retweets 48 Quote Tweets 53 Likes

Das Fatale: besagte Frau erwähnte in einem weiteren Tweet, dass sie ihre 14-jährige Tochter impfen ließ und das auch allen anderen Eltern empfehlen würde! Man solle eben die Herzfrequenzen der Kinder in den Wochen nach der Impfung überwachen lassen.

Herzversagen bei Kind nach Impfung

Ebenfalls aus den USA, berichtete eine Mutter via Twitter, dass ihr Sohn nach der zweiten Impfdosis des Pfizer/Biontech-Impfstoffes ein akutes Herzversagen erlitt und 5 Tage im Krankenhaus verbringen musste. Das Kind war dem Tod nahe, die Folgeschäden sind bisher noch unklar:



Ebenfalls fatal: auch diese Mutter war bisher eine ausgesprochene Impfbefürworterin und machte sich über Impfgegner in den sozialen Medien lustig.

18-jähriger Sportler erlitt Herzattacke

Der 18-jährige Isaiah Harris aus den USA, ein Spitzensportler und Nachwuchshoffnung im Football-Sport, erlitt 48 Stunden nach einer Pfizer/Biontech-Impfung eine Herzattacke. Kurzfristig funktionierte nur mehr 40 Prozent seines Herzens. Insgesamt 4 Tage musste Harris im Krankenhaus verbringen. [In einem Interview betonte der Sportler nun](#), dass er lieber Covid gehabt hätte, als noch einmal die Folgen der Impfung durchmachen zu müssen.

06) Corona-Terror an Kindern eskaliert: Jetzt sollen extra Kinder-FFP2-Masken gefertigt werden

20. 06. 2021



Es ist erschreckend zu beobachten, mit welchen Methoden die Corona-Hysterie weiter befeuert wird. Während laut RKI-Angaben von gestern 9,3 auf heute 8,8 neue „Fälle“ je 100.000 Einwohner innerhalb der letzten sieben Tage gefallen ist und es nur einer Frage der Zeit ist, bis das Virus jetzt im Sommer verschwunden ist, sollen wir weiter im Panik-Modus verharren.

So wird das ‚Geschäftsmodell Corona‘, welches bekanntlich Milliarden Euro vom Steuerzahler hin zu Pharmakonzernen und ins private Umfeld von Politikern spült, jetzt auf eine Personengruppe erweitert, die von der „Pandemie“ am allerwenigsten betroffen ist: die Kinder!

Nach Impfungen für Kinder jetzt eigene FFP2-Masken geplant

Derzeit läuft eine massive Werbekampagne, um auch Kinder als Versuchskaninchen am Impfxperiment zu missbrauchen. Hauptsache der Rubel rollt. Aber nicht genug damit: Das Geschäft mit den FFP2-Masken, die bekanntlich nur in Deutschland und Österreich den Bürgern aufgezwungen werden, soll ebenfalls einen neuen Turboschub erfahren – jetzt sollen extra FFP2-Masken für Kinder gefertigt werden.

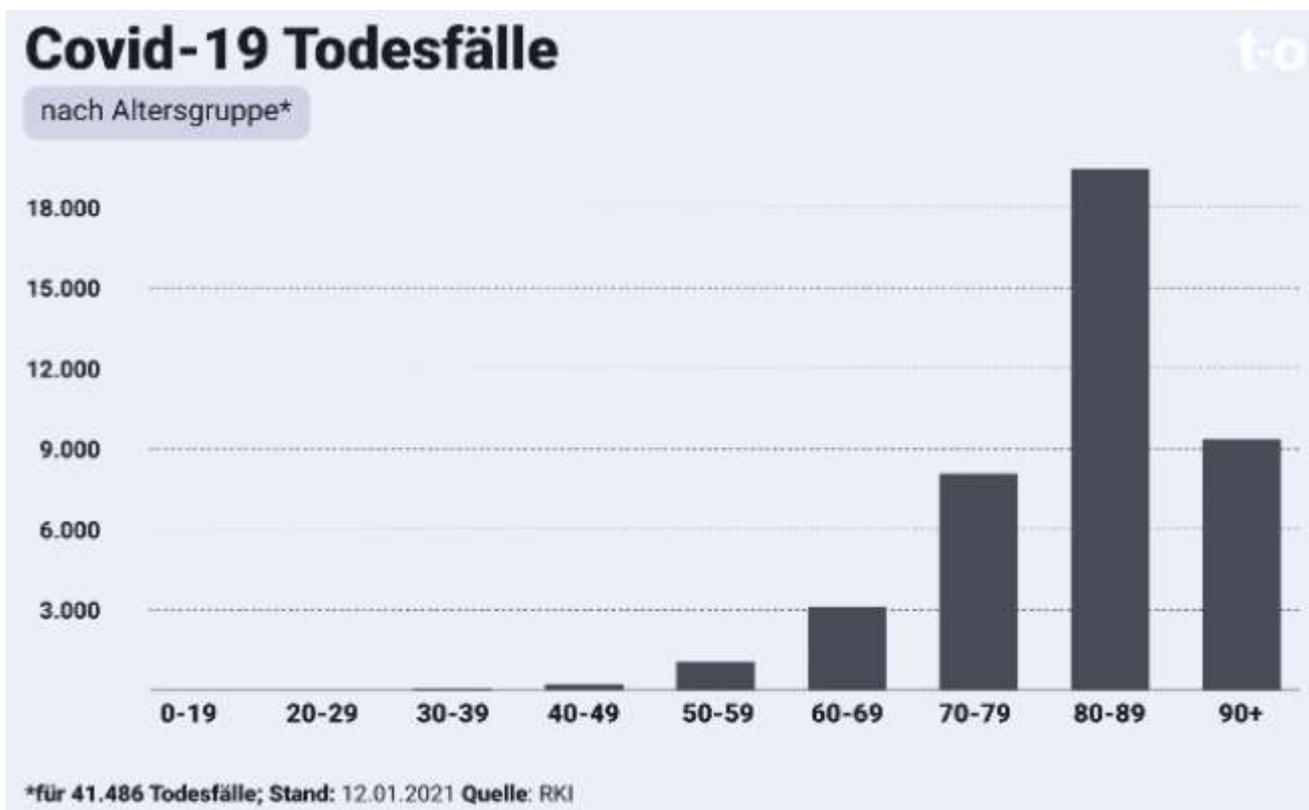
Wie *BILD* berichtet, will die Bundesregierung FFP2-Masken für Kinder in Auftrag geben. Im Einvernehmen mit dem Bundesgesundheitsministerium habe deshalb das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte die Normung einer Infektionsschutzmaske beim Deutschen Institut für Normung initiiert, die auch Masken in Kindergrößen berücksichtigen soll.

Der Grünen-Politikerin Tabea Rößner kann es nicht erwarten, dass Kinder mit eigens anliegenden Masken malträtiert werden und beklagt sich in *BILD* gegenüber:

„Es ist ein Armutszeugnis, dass nach 16 Monaten Corona-Pandemie noch immer keine spezifischen FFP2-Masken für Kinder auf dem Markt verfügbar sind. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen, daher erschüttert es, dass es keine ausreichende Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet gibt [...] Es ist unverantwortlich, dass die Bundesregierung angesichts der schon so lange anhaltenden pandemischen Lage nicht früher tätig geworden ist.“

Ja, und beim „gezielten“ Schutz der Kinder habe die Bundesregierung versagt. Vielleicht ist das der Grund, warum Kinder vom Coronavirus besonders stark befallen werden und reihenweise tot umfallen (siehe Statistik unten).

Nicht auszudenken, was uns im Herbst bevorstehen wird, wenn der schikanöse Wahn im vollen Umfang seine Fortsetzung finden wird. Egal ob geimpft oder nicht. Die Agenda Cash-dank-Corona und die Disziplinierung der Bevölkerung wird weiter durchgezogen werden. Darauf kann man sich verlassen.



Statistik Corona Sterbefälle Deutschland

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Delta-Variante sechsmal tödlicher bei Covid-Geimpften

20. 06. 2021



Bildquelle: MPI

Die Sterblichkeitsrate der Delta-Variante von COVID ist sechsmal höher bei denjenigen, die vollständig geimpft wurden, als bei denjenigen, die nicht geimpft wurden, so die am vergangenen Freitag von Public Health England veröffentlichten Daten.

Sechszwanzig Menschen starben unter den 4.087, die 14 Tage oder länger vor dem positiven Test auf die COVID-Delta-Variante vollständig geimpft waren. Das entspricht einer Sterblichkeitsrate von 0,00636 %, die 6,6-mal höher ist als die Rate von 0,000957 Todesfällen – oder 34 Todesfällen unter 35.521 Delta-positiven Fällen unter den Ungeimpften, entsprechend den Daten, die in einem Bericht vom 18. Juni mit dem Titel [„SARS-CoV-2 variants of concern and variants under investigation in England, Technical Briefing 16“](#) veröffentlicht wurden.

Die Sterblichkeitsraten unter Ungeimpften und Geimpften sind extrem niedrig (weniger als ein Prozent aller positiven Tests) für eine Variante, die Public Health England als die „dominante Variante“ in Großbritannien beschreibt, die „91 Prozent der sequenzierten Fälle“ umfasst.

In einer am Freitag veröffentlichten [Risikobewertung](#) der Delta-Variante des pandemischen Coronavirus wird beschrieben, dass sie sich leichter von Mensch zu Mensch ausbreitet, aber auch als Variante mit geringer Infektionsschwere“ beschrieben wird.

Die Mainstream-Medien haben sich auf die Möglichkeit konzentriert, dass die Delta-Variante in Teilen von [Schottland](#) und England zu höheren Hospitalisierungsraten führt als die „erste Welle“ der Alpha-Variante, aber laut dem britischen Gesundheitsbericht basiert dies auf „verfrühen Annahmen“ und „begrenztem Verständnis des klinischen Verlaufs der Krankheit“.

Höhere Hospitalisierung bei geimpften Personen

Problematisch ist, dass vollständig geimpfte Personen in Großbritannien häufiger ins Krankenhaus eingeliefert werden als ungeimpfte Personen. Laut dem jüngsten technischen Briefing-Bericht zeigen Daten des öffentlichen Gesundheitswesens, dass 2,0 % der geimpften Personen (84 von 4.087), die positiv auf die Delta-Variante getestet wurden, ins Krankenhaus eingeliefert wurden (einschließlich derjenigen, die bei Eintritt ins Krankenhaus aus einem anderen Grund getestet wurden), verglichen mit 1,48 % der ungeimpften Personen (527 von 35.521).

Die aktuellen Daten stimmen mit den Daten überein, die letzte Woche von Public Health England veröffentlicht wurden. Diese zeigten ebenfalls eine sechsfach höhere Sterblichkeitsrate bei vollständig geimpften Menschen als bei ungeimpften und eine Krankenhauseinweisungsrate von 2,3 Prozent bei den vollständig Geimpften im Vergleich zu nur 1,2 Prozent bei den Ungeimpften.

Antikörper-abhängige Verbesserung?

„Dies erinnert an das ADE-Phänomen (Antikörper-abhängige Verbesserung), das bei anderen Impfstoffen beobachtet wurde und von vielen Wissenschaftlern als Besorgnis für COVID-Impfstoffe geäußert wurde“, sagte Stephanie Seneff, eine leitende Forscherin am Computer Science and Artificial Intelligence Laboratory des Massachusetts Institute of Technology.

ADE hat frühere Versuche mit Coronavirus-Impfstoffen zunichte gemacht und oft zu einer erhöhten Anzahl von Lungenerkrankungen bei geimpften Labortieren geführt . Dies veranlasste Forscher im Jahr 2012 dazu, bei jedem Impfstoff gegen humane Coronaviren zur „Vorsicht“ zu raten, da dieser zu vermehrten Lungenerkrankungen führen könnte.

Stephanie Seneff sagte, dass die Forschung gezeigt hat, dass Coronavirus-Impfstoffe die Art und Weise verändern, wie das Immunsystem auf eine Infektion reagiert und andere ruhende Infektionen in der geimpften Person aktivieren können, wie z. B. das Herpes-Virus, wodurch Symptome der Bell-Lähmung oder Gürtelrose entstehen.

„Ich halte es für denkbar, dass die Laserstrahl-Spezifität der induzierten Antikörper durch eine generelle Schwächung der angeborenen Immunität ausgeglichen wird“, sagt Forscherin Stephanie Seneff.

„Ich vermute auch, dass massive Impfkampagnen die Geschwindigkeit beschleunigen können, mit der mutierte, impfstoffresistente Stämme unter allen SARS-Co-V2 [Coronavirus]-Stämmen dominant werden.“

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Neueste Infos zum Corona-Wahn – Aktualisierung täglich: NDR sucht „Corona-Held*innen“

23. 06. 2021



Bild: pixabay/geralt/

Wie unsere Leser wissen, bringen wir seit Beginn der sogenannten „Pandemie“ vor mehr als einem Jahr laufend Artikel und Studien zum Thema „Corona“. Nachdem sich die Berichte über Widersprüche und Irrwitzigkeiten rund um das Virus in letzter Zeit geradezu häufen, wollen wir jetzt (Juni 2021) Meldungen aus den Medien in gekürzter und chronologischer Form hier wiedergeben. Diese Sammlung soll auch eine kleine Hilfe für künftige Historiker darstellen, wenn es gelten wird diesen Jahrhundertbetrug aufzuarbeiten.

23.06.2021

„Corona-Held*innen: Die NDR Ensembles sagen Danke“

Welche Formen der Corona-Wahn annahmen kann, um im Bewusstsein der Leute einen katastrophentartigen Notstand weiterhin fest zu verankern, der nur mit Zusammenhalt und Solidarität zu bewältigen ist, zeigen uns Aktionen wie gerade vom NDR angeleiert. So konnte man auf [ndr.de](https://www.ndr.de) lesen:

„Die NDR Ensembles bedanken sich und laden Corona-Heldinnen und -Helden zu ihren Konzerten im Juli ein. Benennen Sie jetzt Ihre ganz persönliche Corona-Heldin, Ihren ganz persönlichen Corona-Helden!“

Als „Held*innen“ kommen unter Anderem *„die Lehrerin, die ihre Schülerinnen und Schüler auch auf Distanz zu begeistern vermag. Die Pflegekräfte, den Pizza-Lieferanten, die Supermarkt-Angestellte – Menschen, die anderen geholfen haben, die Krise zu überstehen“*, in Frage.

„Held*in vorschlagen und zwei Ehrenkarten verschenken“

„Jede*r ist aufgerufen, sich zu beteiligen und eigene Corona-Held*innen vorzuschlagen“ heißt es weiter. Unter den Vorgeschlagenen werden zwei „Ehrenkarten“ verlost, die für Vorstellung diverser NDR-Musikdarbietungen verwendet werden können.

Es erhebt sich die Frage, warum derartige Aktivitäten nicht bei vergangenen Grippeepidemien, die wesentlich tödlicher und gefährlicher waren, als die aktuelle „Pandemie“, bereits stattfanden.

22.01.2021

Österreich: Impfpflicht durch die Hintertür

Nach Wien weitere Länder für Corona-Impfpflicht neuer Gesundheits-Mitarbeiter

In Wien gilt seit Anfang Juni, dass neue Mitarbeiter im Gesundheitsverbund geimpft sein müssen. Nun ziehen andere Bundesländer nach. In Tirol laufen Gespräche mit allen Beteiligten, tt.com.

Impfpflicht ist Frage des Hausverstandes

Eine Impfpflicht für Neuanstellungen ist auch in Niederösterreich geplant in Gesundheits- und Sozialeinrichtungen geplant. Aus dem Land hieß es dazu auf APA-Anfrage, dass dieser Weg verfolgt werde – das sei eine Frage des „Hausverstandes“. An der Umsetzung werde derzeit gearbeitet.

Auch in der Steiermark will man den Weg der Bevorzugung von Geimpften gehen: Zuletzt gab es Signale der Medizinischen Universität Graz, der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft (KAGes) sowie seitens der Barmherzigen Brüder, dass noch im Sommer die Regeln bei den Neuanstellungen entsprechend abgeändert werden sollen. Der Rektor der Med Uni, Hellmut Samonigg, will schon ab 1. August im krankennahen Bereich bei den Neuanstellungen auf die Impfungen achten.

21.06.2021

Knapp drei Wochen nach der Erstimpfung mit AstraZeneca erlitt der Wiener Goran D. (50) eine Thrombose – sein Unterschenkel musste amputiert werden.

„Ich hab' nie Probleme gehabt, war nie krank, musste keine Tabletten nehmen., berichtet Goran D. Der Bauarbeiter hatte sich heuer gemeinsam mit Kollegen gegen Corona impfen lassen: „Am 10. März hab' ich Fieber bekommen, bin zum praktischen Arzt. Er gab mir Medikamente, meinte, es ist nichts Schlimmes“, erinnert sich der 50-Jährige im Interview mit heute.at.



Bildquelle: heute.at

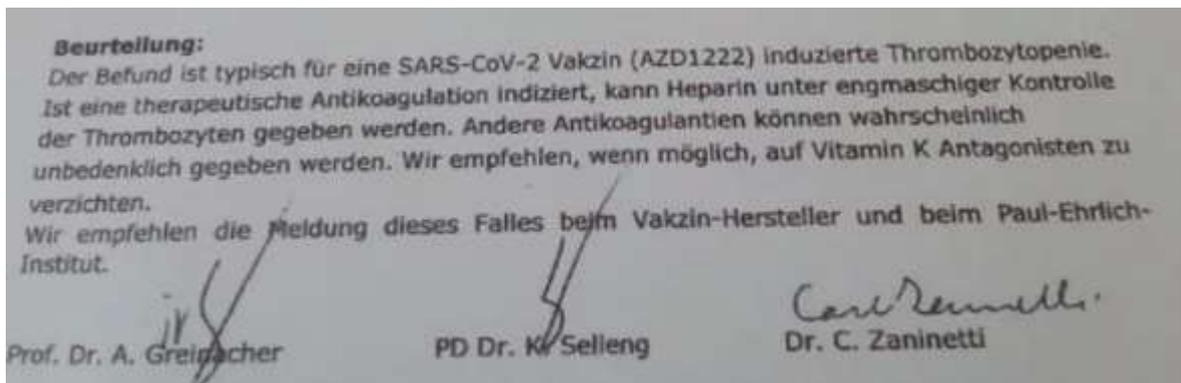
Blutspucken irrtümlich Nasenbohrer-Tests zugeordnet

Als das Fieber nicht hinunterging, suchte Goran D. eine Klinik auf: „Ich habe ein-, zweimal Blut gespuckt. Die Ärzte dort meinten, das ist von den Nasenbohrer-Tests, und ich soll wieder nach Hause gehen.“ Doch am 13. März hatte der Wiener so starke Schmerzen im Bein, dass seine Frau die Rettung rufen musste: „Solche Schmerzen habe ich mein ganzes Leben noch nie gehabt. Mein Bein war weiß, blau und schwarz“, meint der dreifache Familienvater.

In Intensivstation nur knapp überlebt

Bei der Untersuchung in der Klinik stellte sich heraus: Goran D. hatte eine Lungenembolie sowie eine Thrombose im rechten Bein. Die Hiobsbotschaft der Ärzte: „Herr D., wir müssen Ihren Unterschenkel amputieren!“ In einem mehrstündigen Eingriff wurde dem 50-Jährigen das rechte Bein unterhalb des Knies entfernt: „Diese Schmerzen, als ich aufgewacht bin, die werde ich mein Leben lang nicht vergessen“, erinnert sich Goran D. Neun Tage lang lag das Impfpfopfer auf der Intensivstation: „Die Ärzte haben nicht geglaubt, dass ich überlebe. Aber ich habe es geschafft“, meint der ehemalige Bau-Arbeiter.

Diesmal kann die Ursache nicht wegeleugnet werden. Hier der Befund:



20.06.2021

Impfung scheint Sterberisiko an DELTA-Corona-Variante zu erhöhen

Wie unsere Redaktion [bereits berichtete](#), schützt die Impfung keineswegs davor an Corona zu erkranken. Auch das Sterberisiko unter diesem bedauernswerten Personenkreis scheint höher zu sein als bei Ungeimpften. Die aktuelle Studie über [SARS-CoV-2 Variants of Concern](#) der britischen Regierung, scheint dies zu bestätigen.

Eine zweifache Impfung ist laut dieser Studie für die Delta-Variante sogar mit einem höheren Sterberisiko im Vergleich zu nicht geimpften Erkrankten verbunden. Bislang ist die offizielle Verlautbarung die, dass eine Impfung die Wahrscheinlichkeit an COVID-19 zu sterben, reduziert. Das Ergebnis, das in der regelmäßigen Berichterstattung der britischen Regierung ohne weiterer Würdigung geblieben ist, zeigt dagegen, dass zweifach Geimpfte ein doppelt so hohes Sterberisiko bei Infektion mit der Delta/b.1.617.2 Variante haben als Ungeimpfte, berichtet [ScienceFiles](#).

Was nicht unbedingt eine Empfehlung darstellt, sich als Versuchskaninchen für die Impfexperimente zur Verfügung zu stellen.

19.06.2021

Diktatorische Polizeiwillkür in Berlin soll „Ansammlungen“ verhindern

Anstatt das Problem der Drogenhändler im Berliner Görlitzer Park in den Griff zu bekommen, tankt die Polizei auf Weisung des Regimes beim Vorgehen gegen anständige Bürger Kraft.

Selektive Gesichtskontrolle

Gesichtskontrolle im Corona-Regime: Auf die Frage einer Dame, warum sie nicht hier sitzen beliben darf kam die Antwort, sie sehe aus „wie Querdenker“.

Eine erschütternde Zeitdokumentation:

<https://www.youtube.com/watch?v=3OH-wXadF0M>

18.06.2021

Merkel kritisiert volle Stadien bei Fußball-EM

Vor einem gemeinsamen Abendessen mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron in Berlin brachte Angela Merkel ihre Bedenken gegen volle EM-Stadien zum Ausdruck:

„Es ist schön, dass jetzt in München zum Beispiel wieder 14.000 Fans sein können. Aber wenn ich vollkommen besetzte Stadien sehe in anderen Ländern Europas, dann bin ich bisschen skeptisch, ob das jetzt schon die richtige Antwort auf die augenblickliche Situation ist.“

Damit stößt sie ins gleiche Horn wie der SPD-„Gesundheitsexperte“ Karl Lauterbach (siehe weiter unten).

Der Schönheitsfehler dabei: Nachdem beispielsweise in der Puskas Arena in Budapest ohnehin nur getesteten und geimpften Personen Zugang gewährt wird, wäre die „Besorgnis“ nur dann berechtigt, wenn feststeht, dass die genannten Maßnahmen eben nicht ausreichend vor Infektionen schützen und somit sinnlos sind. Und das ist genau das was „Verschwörungstheoretiker“ ja in Bezug auf die Impfungen behaupten. Der Spagat zwischen Heilsversprechungen durch Impfungen und Gefahr für diese Personengruppe wird zunehmend schwerer zu argumentieren sein.

Quelle: RTL

17.06.2021



Schwangere 23-Jährige nach erzwungener Impfung nach 6 Tagen und Kind nach 42 Minuten tot

Ein Ehemann eine Firma verklagen, weil sie seine Frau, die schwanger war zur Impfung gezwungen hat. Das Baby, das sie erwartete, erlitt in der Gebärmutter einen Herzinfarkt und starb **42 Minuten nach Erhalt des Impfstoffs**. Die Mutter, die erst 23 Jahre alt war, starb nach sechs Tagen, nachdem sie den Impfstoff erhalten hatte.

Der tragische Vorfall fand in Spanien statt.

Quelle: eldiestro.es

16.06.2021

Impfpflicht in Wien für Neuanstellungen im Sozialbereich

WIEN – Gesundheitsstadtrat Peter Hacker kündigte eine **Impfpflicht** für den gesamten Sozial- und Gesundheitsbereich in Wien an. Auch eine Ausweitung auf weitere Berufsgruppen sei nicht ausgeschlossen.

Dem Gesundheitsstadtrat zufolge wird die Impfpflicht am Ende den gesamten Sozial- und Gesundheitsbereich betreffen. Eine Ausweitung auf weitere Berufsgruppen sei nicht ausgeschlossen. „Es sind die Einrichtungen, die bei einer Epidemie am höchsten gefährdet sind“, erläuterte Hacker zur nun geplanten Regelung. Gleichzeitig seien diese Einrichtungen auch bei einem Höchststand der Infektionszahlen ständig in Betrieb.
Quelle: [vienna.at](https://www.vienna.at)

15.06.2021

Lauterbach: Kritik an voller Arena in Budapest – „Rücksichtslos und unsportlich.“

Ausländische Fans müssen am Eingang der Puskas Arena einen negativen PCR-Test vorlegen, der nicht älter als 72 Stunden ist. Die ungarischen Fans benötigen für den Besuch der EM-Matches in Budapest einen Immunausweis – für sie reicht ein negativer PCR-Test nicht aus. Einen solchen Ausweis erhält in Ungarn, wer zumindest eine Impfung gegen Covid-19 erhalten hat oder nachweislich eine Corona-Erkrankung überstanden hat. Am Dienstag betrug die Sieben-Tage-Inzidenz 9,9 pro 100.000 Einwohner.

Obwohl im Stadion somit nur Geimpfte oder Getestete anwesend sein dürfen, entblödete sich Karl SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach Kritik zu üben. In den sozialen Netzwerken tadelte er das als „Rücksichtslos und unsportlich.“

Lauterbach gibt somit zu, dass Impfungen praktisch keinen ausreichenden Schutz vor Infektionen bieten.

Quelle: [nw.de](https://www.nw.de)

Heftige Impfreaktion: Mann erleidet anaphylaktischen Schock

<https://www.youtube.com/watch?v=Ow-fk1r-drc>

14.06.2021

Italien: 18-Jährige stirbt nach Corona-Impfung

Camilla C. aus Genua an den Folgen einer Thrombose wenige Tage nachdem sie mit dem AstraZeneca-Vakzin geimpft worden war gestorben. Die Frau hatte sich am 25. Mai an einem „Open Day“ beim Impfen beteiligt, an dem auch jüngere Menschen über 18 Jahre geimpft werden. Schon wenige Tage nach der Impfung klagte Camilla über Nebenwirkungen, am 3. Juni ging sie schließlich zum ersten Mal ins Krankenhaus. Dort

wurde sie zwar untersucht, dann aber wieder nach Hause geschickt. Der Zustand der jungen Frau verschlechterte sich aber dramatisch, Camilla musste wieder ins Spital gebracht werden. Nun entdeckten die Ärzte schließlich eine Hirnblutung, die Operation kam für die 18-Jährige aber zu spät.

Quelle: oe24.at

13.06.2021

Basketballprofi Paul Zipser: Not-OP wegen Gehirnblutung nach Impfung

Der deutsche Basketball-Nationalspieler Paul Zipser vom FC Bayern ist wegen einer Gehirnblutung notoperiert worden. Wie die *Frankfurter Rundschau* [berichtete](#), wurde Zipser mit dem Corona-Impfstoff von Johnson & Johnson geimpft. Die Zeitung schrieb am 13. Juni:

„Die Diagnostik ins Rollen brachte am Samstag nach der Ludwigsburg-Partie Dr. Sebastian Torka. Zipers Schwindel-Symptome, die morgens zusätzlich eintraten, ließen das Ärzteteam um den Bayern-Mannschaftsarzt hellhörig werden, da sie wussten, dass der Heidelberger mit dem Vakzin von Johnson und Johnson gegen Corona geimpft worden war.“

Berichtenswert ist auch, dass in vielen Medien, die heute über dieses weitere Impfpfer berichteten, der Umstand das der Basketballstar zuvor geimpft wurde, völlig verschwiegen wurde. Beispielsweise auf sport1.de oder spx.com und natürlich auch auf sueddeutsche.de.

12.06.2021

„Pulitzer-Preise im Zeichen von Corona und George Floyd“

Die Pulitzer-Preise würdigen in diesem Jahr vor allem die Berichterstattung über die Corona-Pandemie und über Polizeigewalt in den USA. Ein Teenager erhält einen Sonderpreis, berichtet dw.com.

„Dienst an der Öffentlichkeit“

Den Preis in der Königskategorie ‚Dienst an der Öffentlichkeit‘ gewann die ‚New York Times‘ für ihre ‚mutige, vorausschauende und umfassende‘ Corona-Berichterstattung. Der Journalist Ed Yong vom Magazin ‚The Atlantic‘ und der Fotograf Emilio Morenatti von der Nachrichtenagentur Associated Press (AP) wurden ebenfalls ausgezeichnet/geehrt. Morenatti hatte eine Serie von Bildern über die Auswirkungen der Pandemie auf ältere Menschen in Spanien gemacht.

Für journalistische Beiträge rund um den Tod des Afroamerikaners George Floyd gab es ebenfalls Auszeichnungen.

11.06.2021



Corona-bedingte Vorgaben für den Bergsport!

Ab 10.06.2021 sind neue Vorgaben / Lockerungen für den Bergsport in Kraft getreten. Die Informationen sind auf den folgenden Seiten:

Screenshot von alpenverein.at

„Ab 10.06.2021 sind neue Vorgaben / Lockerungen für den Bergsport in Kraft getreten. Die **Die wichtigsten Infos für unsere TeilnehmerInnen kurz zusammengefasst:**

- Bei Fahrgemeinschaften maximal 2 Personen pro Sitzreihe und Tragen der FFP2-Masken. Also im Allgemeinen maximal 4 (haushaltsfremde) Personen in einem PKW.
- Teilnahme an der Veranstaltung – 3G-Regel – nur mit gültigem aktuellen Nachweis über Test, Impfung oder Genesung.

Dieser ist dem/der TourenführerIn am Treffpunkt vorzuweisen.

- Mindestens 1m Abstand beim Gehen zwischen haushaltsfremden Personen. Beim Gehen keine FFP2-Maske.

- FFP2-Maske sowie Nachweis 3G-Regel beim Betreten von Hütten, Gaststätten und Beherbergungsbetrieben.

Details zur Durchführung unserer Touren erfahren sie auf unserer Homepage, per Newsletter oder von den verantwortlichen TourenführerInnen. Stand: 11.06.2021“

10.06.2021

Während in Österreich beispielsweise noch überall eine FFP2-Maskenpflicht (!) gilt ([welche nachweislich nicht gegen Viren schützen](#)):

 **KenFM.de** @TeamKenFM · 41 Min. ...

Ab Montag besteht in Dänemark mit Ausnahme von Bussen und Bahnen keine allgemeine Maskenpflicht mehr - weder in Schulen noch in Geschäften.



Corona: Dänemark kippt Maskenpflicht
Ab Montag besteht in Dänemark mit Ausnahme von Bussen und Bahnen keine allgemeine Maskenpflicht mehr - weder in Schulen noch in ...
[🔗 ndr.de](https://www.ndr.de)

5 43 104 

Hier der Link dazu: www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Corona-Daenemark-kippt-Maskenpflicht,daenemark1270.html

09.06.2021

Leipziger stirbt nach AstraZeneca-Impfung – er war erst Ende 40

LEIPZIG – Ein Mann ist in Leipzig offenbar an den Folgen einer Corona-Impfung mit AstraZeneca gestorben. Wie die „LVZ“ am Mittwochabend berichtete, erlitt der Patient des Universitätsklinikums eine Hirnthrombose.

„Die bisherigen Laborergebnisse weisen auf einen Zusammenhang mit der vorhergehenden Impfung hin, sind aber noch nicht abgeschlossen“, erklärte demnach eine Sprecherin des Krankenhauses, berichtet [bild.de](https://www.bild.de).

Neuer Maskenskandal aufgedeckt

<https://www.youtube.com/watch?v=pFAK2DHGyg0>

08.06.2021

Sie wollen kein „Corona-Leugner“ sein und schon gar nicht ein „Covidiot“. Dann nehmen Sie am besten zu den heute unten stehenden Thema nicht Stellung. Denn egal was sie dazu sagen oder meinen, „Expertinnen und Experten“ können Ihnen je nach „Bedarf“ widersprechen. Am 01.06.2021 berichtete die Kronenzeitung (Österreichs auflagenstärkste Zeitung) in ihrem online-Portal [krone.at](https://www.krone.at) Untenstehendes, um nur zwei Tage später das Gegenteil dazu zu verlautbaren (siehe weiter darunter):

03.06.2021 16:56 | WISSEN

ASTRAZENECA UND PFIZER

Gemischte Impfung gut verträglich und wirksam



Screenshot krone.at

Am 03.06.2021 laute die Überschrift auf *krone.at* „Gemischte Impfung gut verträglich und wirksam“. Weiter im Text heißt es dann:

„Eine Covid-19-Impfung mit AstraZeneca gefolgt vom Impfstoff von Biontech/Pfizer hat laut einer aktuellen deutschen Studie wohl keine Nachteile bei Wirksamkeit und Verträglichkeit. Eine Kombination der Präparate in einem Abstand von zehn bis zwölf Wochen sei gut verträglich und rufe vergleichbare Immunantworten wie eine Impfserie mit zweimal Biontech hervor, schrieb der Wissenschaftler Leif Erik Sander von der Berliner Charité auf Twitter. Zu einem ähnlichen Ergebnis war erst kürzlich eine [spanische Studie](#) gekommen.“

Unter Anderem wird im Artikel auch berichtet:

*„Bereits im Februar sprach sich der österreichische Virologe Florian Krammer dafür aus, ein mRNA-Vakzin auf das AstraZeneca-Präparat ‚draufzuimpfen‘ und die Wirkung zu **testen**.“*

Aus immunologischer Sicht sei das ‚**vermutlich kein Problem**‘, so der Forscher. Nun liegen erstmals konkrete Daten zur Wirksamkeit einer solchen Mischung vor.“ (Hervorhebungen durch unsere Redaktion)

Man beachte im Text: ‚zu testen‘ und ‚vermutlich kein Problem‘. Probleme haben mittlerweile jedoch Personen, die sich nicht per Impfung ‚testen‘ lassen wollen, oder anders gesagt, nicht Versuchskaninchen sein wollen.

Komplett gegenteilig sah die Berichterstattung nur zwei Tage zuvor aus:

01.06.2021 15:58 | NACHRICHTEN > ÖSTERREICH

„UNSICHERE KONSEQUENZ“

Nationales Impfgremium rät: Impfstoffe nicht mixen



Screenshot [krone.at](https://www.krone.at)

Unter der Überschrift „Unsichere Konsequenz – Nationales Impfgremium rät: Impfstoffe nicht mixen“ berichtet [krone.at](https://www.krone.at) am 01.06.2021 Folgendes:

„Schon mehrere Länder wenden bei der Corona-Immunsisierung bei der ersten und bei der zweiten Impfung verschiedene Impfstoffe an. So setzt Deutschland etwa bei Menschen unter 60 Jahren nach einem ersten Stich mit AstraZeneca beim zweiten Termin auf die mRNA-Vakzine Biontech/Pfizer und Moderna. Der Grund dafür ist auch das seltene Auftreten von Thrombosen. Das österreichische Nationale Impfgremium (NIG) rät in seiner aktualisierten Anwendungsempfehlung allerdings davon ab. Möglich ist es aber auf Wunsch sehr wohl.“ (Anm.: Rechtschreibfehler im Original)

„Off-Label-Anwendung mit unsicherer Konsequenz“

Und weiter ist unter Anderem im Artikel zu lesen:

„Für einen vollständigen Impfschutz soll eine Impfserie mit dem Impfstoff beendet werden, mit dem sie begonnen wurde. Die Verwendung unterschiedlicher Impfstoffe bei Dosis 1 und

2 ist weder vorgesehen noch empfohlen und wäre eine **Off-Label-Anwendung mit unsicherer Konsequenz**, sowohl was Schutz als auch mögliche Nebenwirkungen betrifft', schreibt das NIG in seiner aktualisierten Empfehlung.“

Wir meinen: Bleiben wir lieber „Covidioten“, anstatt uns als Versuchskaninchen einer „Off-Label-Anwendung mit unsicherer Konsequenz“ zu unterziehen.

07.06.2021

„Moderna beantragt Zulassung seines Corona-Impfstoffs für Jugendliche in EU“

Jetzt komme auch die Kinder dran, eine Personengruppe, die praktisch von der „Pandemie“ überhaupt nicht betroffen ist.

Der US-Pharmakonzern Moderna hat eine Zulassung seines Corona-Impfstoffs für Kinder und Jugendliche ab 12 Jahren in der EU beantragt. Das gab das Unternehmen am Montag bekannt. Bei einem positiven Votum der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) wäre der Moderna-Impfstoff das zweite für Jugendliche in der EU zugelassene Vakzin nach dem von Biontech/Pfizer. Moderna hat bisher eine EU-Zulassung ab 18 Jahren.
Quelle: wdr.de

06.06.2021

„ARD-Krimistar Eva Herzig verweigert Impfung und wird gekündigt“

Der zuletzt aus dem „Steirerkrimi“ bekannte TV-Star Eva Herzig will sich nicht biegen lassen und verweigert die Impfung. Die Produktionsfirma reagierte darauf unter Verweis auf eine „Sorgfaltspflicht“ gegenüber den Mitarbeitern mit der Beendigung der Zusammenarbeit. Herzig, die in der Vergangenheit auch im Polizeiruf 110 zu sehen gewesen war und in Krimis wie zum Beispiel SOKO Leipzig, SOKO Kitzbühel oder SOKO Köln mitgespielt hatte, schrieb in einem Facebook-Beitrag: „Es ist soweit, das FREIWILLIGE IMPFEN hat auch mich erreicht. Wenn ich mich nicht impfen lasse, kann ich keinen weiteren Steirerkrimi mehr drehen. Im Herbst beginnen neuerliche Dreharbeiten, ohne mich. Ich hab es erwartet, trotzdem hat mich die Nachricht getroffen.“

Quelle: de.rt.com

„Vor G7-Gipfel: Johnson fordert Corona-Impfung für alle“

Ist die Corona-Pandemie erst dann vorbei, wenn die gesamte Weltbevölkerung gegen das tückische Virus geimpft ist? Der britische Premier Johnson ist wohl dieser Ansicht – und formuliert einen eindringlichen Appell, berichtet dw.com.

Und weiter:
„Der britische Premierminister Boris Johnson hat vor dem anstehenden Gipfel der führenden Industrienationen das Ziel ausgegeben, die gesamte Weltbevölkerung bis Ende 2022 gegen Corona zu impfen. Ich fordere meine Kollegen der G7-Staaten auf, diese

schreckliche Pandemie mit uns zu beenden und zu versprechen, dass wir die durch das Coronavirus angerichtete Verwüstung nie wieder zulassen werden', erklärte Johnson in London.“

05.06.2021

F

04.06.2021

„Lauterbach rechnet mit baldigen Auffrischungsimpfungen“

SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach hält eine Auffrischungsimpfung gegen Covid-19 für wahrscheinlich. *„Ich rechne damit, dass wir spätestens Anfang nächsten Jahres wieder impfen müssen“*, sagt er im Podcast „heute wichtig“ von „stern“, RTL und ntv am Donnerstag. Möglicherweise hätten dann einige den Impfschutz bereits wieder verloren. Entscheidend für die Frage einer erneuten Impfung sei aber, wie sich die Sars-CoV-2-Varianten entwickeln würden.

Lauterbach sprach sich außerdem für eine zügige Impfung von Kindern und Jugendlichen zwischen 12 und 16 Jahren aus, sobald Menschen mit Priorisierung geimpft sind: *„Kinder brauchen den Impfstoff, um gut vorbereitet in das neue Schuljahr zu kommen.“* Erwachsene ohne Priorisierung könne man zwei Wochen nach hinten schieben.

Die Ständige Impfkommission dagegen hatte angekündigt, vor einer Aussage dazu erst weitere Daten zur Verträglichkeit der Impfstoffe auszuwerten.
Quelle: [1.wdr.de](https://www.wdr.de)

03.06.2021

„Corona-Impfstoff in Rekordzeit dank AIDS-Forschung“

Viele Menschen wundern sich, wieso bei den Covid-Impfungen auf die ansonsten übliche jahrelange Entwicklung verzichtet werden kann. Das Rätsels Lösung lesen wir auf [dw.com](https://www.dw.com).

„Nur Monate nach Ausbruch der weltweiten Pandemie waren erste Vakzine gegen das Coronavirus gefunden. Zu verdanken war das auch der HIV-Forschung. Und auch die Suche nach einem HIV-Impfstoff erfährt wieder Auftrieb.“

Und auch ein Erklärvideo findet sich dort.

02.06.2021

„NIG spricht klare Empfehlung für Kinder-Impfung aus“

Ein ausführlichen Artikel zum Thema Kinderimpfung auf [medonline.at](https://www.medonline.at) beginnt mit folgenden Worten:

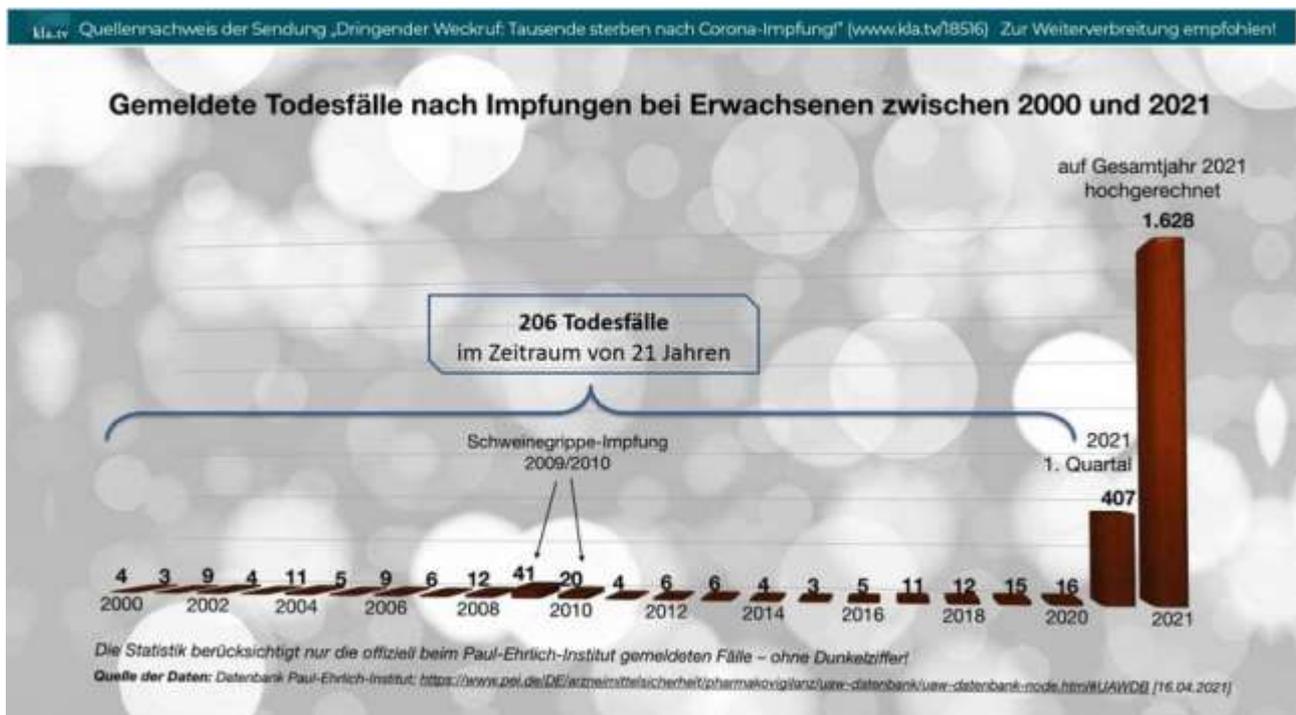
„Ende Mai gab es grünes Licht für Kinder & Jugendliche ab 12: Der Nutzen der COVID-19-Schutzimpfung durch den mRNA-Impfstoff von Pfizer/BioNTech überwiege, schließt sich das österreichische Nationale Impfgremium (NIG) der Empfehlung (im Sinne der Nutzen-Risiko-Analyse, Anm. der Red. am 10.06.2021) der Europäischen Arzneimittelbehörde (EMA) vollinhaltlich an. Denn auch die Kids sind vor schweren Krankheitsverläufen nicht gefeit...“

Und im Artikel stößt man noch auf Erwähnenswertes, nämlich das auch von einem „Risiko“ gesprochen wird. Und, dass die „Sicherheit und Wirksamkeit weltweit genau beobachtet wird“, was nichts anderes heißt, dass auch hier die Versuchsreihe erst anläuft.

„Der Nutzen der Impfung gegenüber dem Risiko überwiege ‚auch in dieser Altersgruppe‘, hatte der Ausschuss für Humanarzneimittel nach Prüfung des Zulassungsantrages für den mRNA-Impfstoff von BioNTech/Pfizer für Kinder ab dem vollendeten 12. Lebensjahr befunden. Sicherheit und Wirksamkeit der COVID-19-Schutzimpfung würden bei Kindern und Erwachsenen weiterhin nicht nur im Rahmen des europäischen Pharmakovigilanzsystems, ‚sondern auch weltweit genau beobachtet‘, heißt es in den überarbeiteten Anwendungsempfehlungen des NIG zu den COVID-19-Schutz-Impfungen.“

01.06.2021

Impftote in Deutschland – eine Zwischenbilanz



Impftote 2021 im Vergleich zu den Jahren davor ab 2000 (offizielle Zahlen des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI) in Deutschland). Säule rechts ist die Prognose für das gesamte Jahr 2021 bei gleichbleibender Tendenz. Bis Ende 1. Quartal (Stand 2.4.2021) in Deutschland: bei 31.149 gemeldeten Nebenwirkungen, davon 3.436 schwer und 407 Todesfälle.

Spenden und als Dankeschön Aufkleber erhalten:



01) Tino Chrupalla legt einen Kranz am Grab des unbekanntes Soldaten auf dem Roten Platz nieder

Von Lionel Baland

23. 06. 2021



Fotoquelle: Lionel Baland

Der AfD-Ko-Vorsitzende Tino Chrupalla hat bei einem Besuch in Moskau am Grab des unbekanntes Soldaten auf dem Roten Platz einen Blumenkranz zum Gedenken an die Opfer des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 niedergelegt. Chrupalla ist als Referent zu einer Konferenz des russischen Verteidigungsministeriums eingeladen, berichtet
Lionel Baland.

Gegenüber der Deutschen Presse-Agentur in Moskau sagte Chrupalla anlässlich der Gedenkfeiern zum 80. Jahrestags des Beginns des Krieges mit der Sowjetunion:

„Es war mir persönlich wichtig, ein Zeichen der Versöhnung zu setzen. Leider war ich der einzige Vertreter aus Deutschland, der hier einen Kranz abgelegt hat“.

Ähnliche Gedenkveranstaltungen fanden auch in der Ukraine, Belarus und andere Staaten statt

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Renaissance der Kernkraft durch den Klimaschwindel?

24. 06. 2021



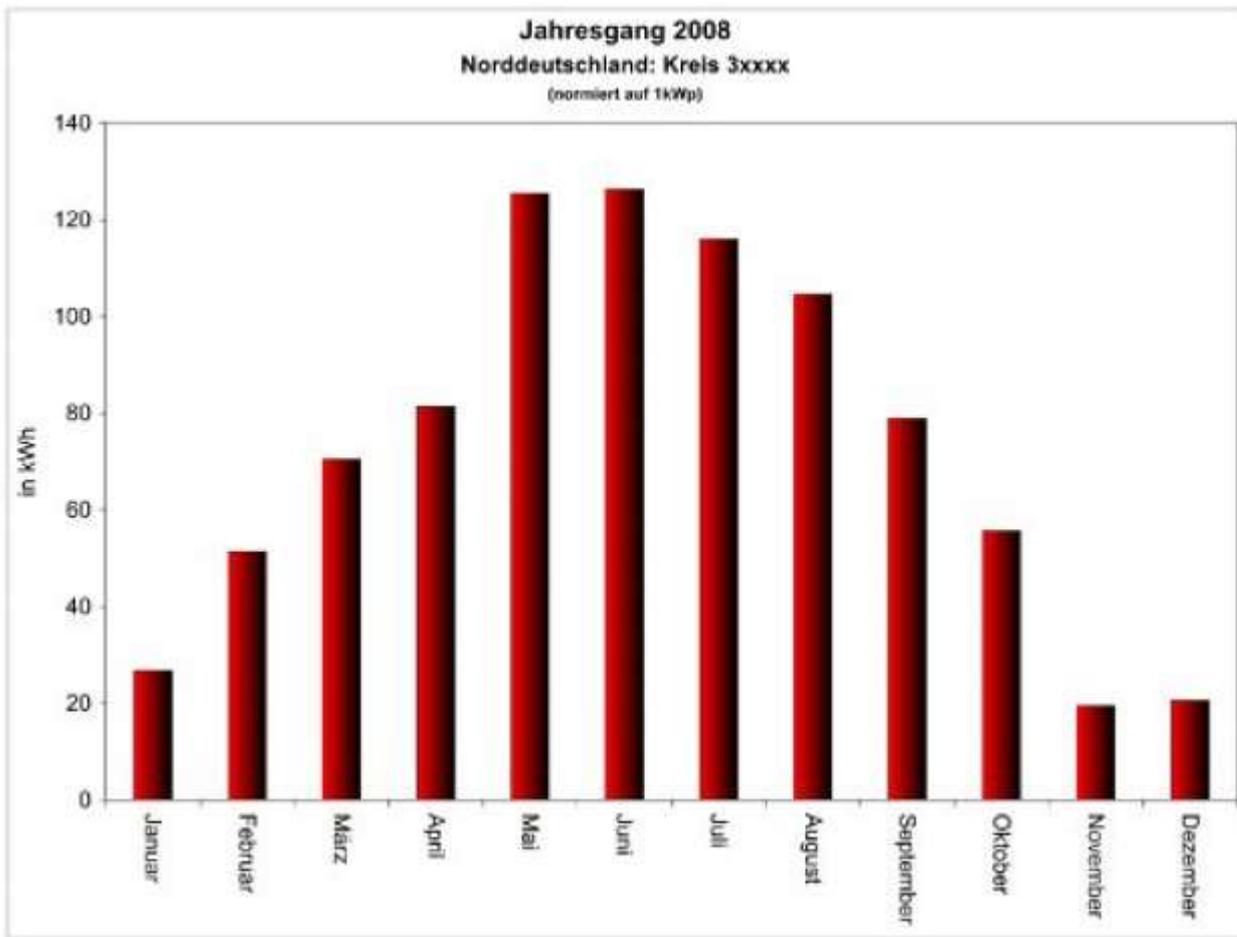
Wird durch den Klimaschwindel die Kernkraft andere Formen der Energiegewinnung in den Hintergrund drängen? *Bild: shutterstock*

Es ist schon ein Treppenwitz der Geschichte, dass die Grünbewegung, die ja seinerzeit aus der Anti-AKW-Bewegung entstanden ist, durch ihren CO₂-Dogmatismus jetzt eine Wiederbelebung der Kerntechnologie, wenn auch ungewollt, hervorgerufen hat.

Außer den Regierungen von Deutschland und Österreich und natürlich der EU-Kommission glaubt weltweit niemand ernsthaft, oder tut zumindest so, dass man mit Photovoltaikanlagen und Windräder eine stabile Stromversorgung gewährleisten zu könnte. Ob dieser Glaube wirklich so felsenfest ist, darf sowieso bezweifelt werden, denn wozu wäre sonst die heiß umstrittene Nordstream 2 Gasleitung notwendig?

Deutschland beschreitet mit seinem Atomausstieg 2022 wieder einmal einen **europäischen Sonderweg**, dem nur Österreich folgt!!!

Bis spätestens 2050 will man also klimaneutral werden. Österreich gebärdet sich wieder als Musterschüler und will dieses Ziel bereits 2040 erreichen (www.energiezukunft.eu/politik/bis-2040-will-oesterreich-klimaneutral-werden/). Man stellt sich das so vor, dass der größte Teil der verbrauchten Energie elektrisch bereitgestellt werden soll und diese elektrische Energie zu 62 Prozent (!!!), siehe www.dw.com/de/wie-wird-europas-energie-klimaneutral/a-46686023) durch Photovoltaik gewonnen werden soll. Es wurde an dieser Stelle bereits gezeigt, dass es so gut wie unmöglich ist, den derzeitigen Strombedarf Europas durch Photovoltaikanlagen in der Sahara zu generieren (unser-mittleuropa.com/energie-aus-der-wueste/). In Europa selbst ist die Deckung des Strombedarfs durch Solaranlagen schon wegen des extremen Jahresganges der Solarenergie in den meisten Gebieten undenkbar:



Jahresgang einer Photovoltaikanlage, Bild: wikipedia, SechWat

Gerade im Winter soll aber der Stromverbrauch durch die im Vormarsch befindlichen Wärmepumpen stark ansteigen!

Allerdings zeigt es sich langsam, dass die genannten drei Akteure Rufer in der Wüste sind. Jeder andere, mit einem Restverstand begabter Akteur, der sich der CO2-Hype beugen will oder besser muss, verbleibt nur eine Möglichkeit, die steigende Stromversorgung sicherzustellen, nämlich durch die Kernkraft. Vor allem ärmere Länder setzen verstärkt auf Kernkraft (siehe de.statista.com/statistik/daten/studie/157767/umfrage/anzahl-der-geplanten-atomkraftwerke-in-verschiedenen-laendern).

Geplant sind folgende Anzahl von Kraftwerken:

z.B: China 44, Russland 24, Indien 14, Ägypten 4, USA 3, Ukraine 2, Türkei 2, Usbekistan 2, Rumänien 2

Aber auch in Europa gibt es ein Umdenken zu Gunsten der Kernkraft:

- Frankreich hält an der Kernenergie fest. Es betreibt derzeit 56 Kernkraftwerke und will weitere bauen.
- Polen plant den [Bau von sechs Atomreaktoren](https://www.tagesspiegel.de/politik/franzoesische-alt-atommeiler-sollen-laenger-laufen-fuer-europa-ein-gravierendes-sicherheitsrisiko/26953176.html), von denen der erste 2033 in Betrieb gehen soll (/https://www.tagesspiegel.de/politik/franzoesische-alt-atommeiler-sollen-laenger-laufen-fuer-europa-ein-gravierendes-sicherheitsrisiko/26953176.html)

- Niederlande plant neue Kernkraftwerke (www.energiezukunft.eu/politik/niederlande-erwaegt-den-bau-neuer-kernkraftwerke/)
- England plant 15 Kernkraftwerke (www.tagesschau.de/wirtschaft/boerse/renaissance-kernkraft-101.html)
- Australien setzt auf Kernkraftwerke (www.cleanenergy-project.de/energie/konventionelle-energie/schnelle-brueter-vielleicht-doch-eine-loesung)

Investoren setzen auf Kernkraft!

- Der Uranpreis steigt schon seit geraumer Zeit, nachdem er zu Beginn des Jahrtausends abgestürzt ist (www.finanzen.at/rohstoffe/uranpreis).
- Die Uranaktien steigen. Die Aktien des wichtigsten Unternehmens (Comeco) dieser Branche verdoppelte sich in kurzer Zeit: www.lynxbroker.at/boerse/boerse-kurse/aktien/comeco-aktie/
- Sogar Bill Gates hat die Kernkraft als neues Geschäftsfeld entdeckt (www.heise.de/news/Bill-Gates-Mini-AKW-kommt-nach-Wyoming-6061033.html?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE). Diesem Mann kann man trauen, dass er weiß was gut für seine Geldbörse ist!
- Auch der IPCC und Greta Thunberg halten die Atomkraft als mögliche „Lösung“ für das erfundene CO2 Problem (www.faz.net/aktuell/politik/ausland/warum-greta-thunberg-sich-fuer-atomenergie-ausspricht-16099744.html)

Offenbar findet heimlich still und leise eine Neubewertung der Kernkraft statt:

Weltweit sind etwa 450 Atomkraftwerke seit mehr als einem halben Jahrhundert in Betrieb. Es ist zu hoffen, dass man aus den schweren Unfällen gelernt hat. Absolut sicher Kernkraftwerke wird es nie geben, aber auch grüne Technologien sind nicht völlig risikolos. Beispielsweise sind schon Staudämme geborsten mit tausenden Todesopfern. Trotzdem werden Staudämme weiter gebaut.

Insbesondere ist das Risiko einer unzuverlässigen Stromversorgung durch die Zappelstromproduzenten zu bewerten. Bei einem europaweiten Stromausfall über mehrere Tage könnten hunderte oder sogar tausende Menschen sterben.

Man bedenke nur was passiert, wenn:

- den Krankenhäusern der Treibstoff für die Notstromversorgung ausgeht,
- jegliche Kommunikation unterbrochen ist und kriminelle Banden das allgemeine Chaos für ihre Zwecke nutzen,
- die Wasserversorgung plötzlich nicht mehr flächendeckend gewährleistet ist,
- die Lebensmittelversorgung unterbrochen wird
- Völlig unbewertet ist noch das Risiko einer unvermeidlichen Wasserstofftechnologie, ohne die die alternativen intermittierenden Technologien nicht funktionieren können.

Atommüll:

Grundsätzlich bietet die Technologie der „Schnellen Brüter“ die Möglichkeit das Atommüllproblem drastisch zu reduzieren (www.wiwo.de/technologie/green/atommuell-australien-will-radioaktiven-abfall-mit-neuem-kraftwerk-weiternutzen/13551992.html).

Neben abgebrannten Brennelementen könnte diese Technologie sogar ausgediente Atomwaffen sinnvoll entsorgen!

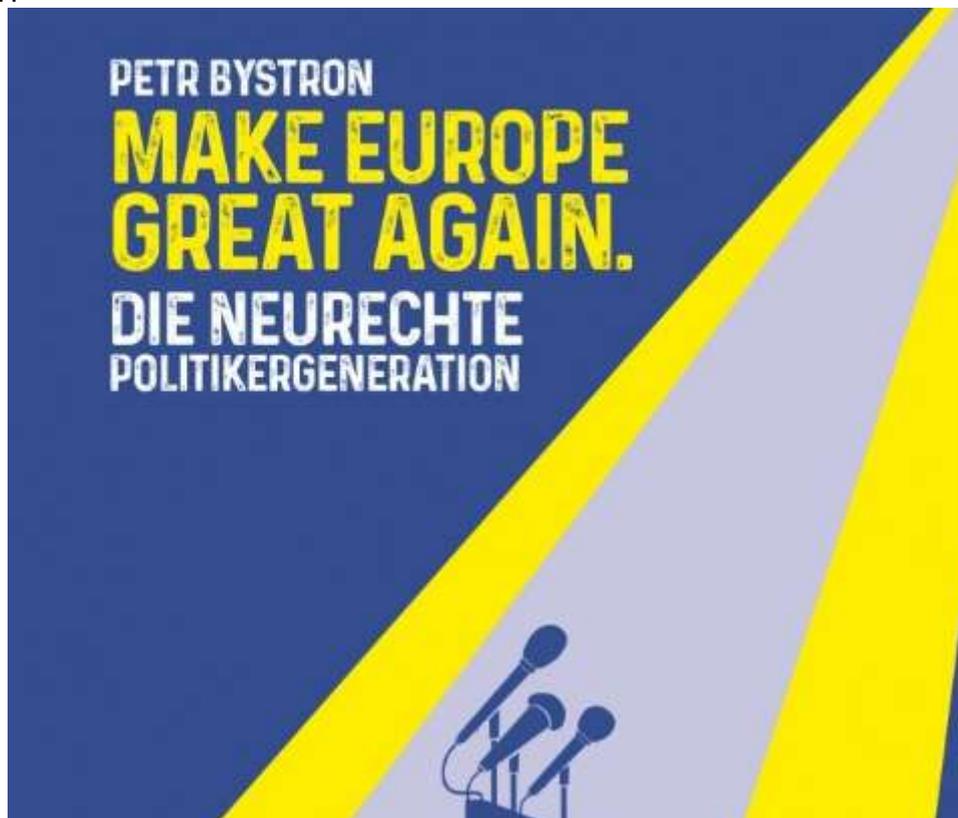
Diese Technologie benötigt kein mit U235 angereichertes Uran, sondern kann auch das normale Uranisotop 238 nutzen. Die Uranvorräte würden noch für viele Jahrhunderte reichen.

Auch „grüne Technologien“ wie z.B. das Elektroauto oder Photovoltaikpaneele produzieren Unmengen von Sondermüll, über dessen Entsorgung man sich vorerst keine Sorgen macht. Die Klimahysteriker haben von den Kernkraftbetreibern gelernt!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Neues Buch über Europas Rechtspopulisten – Achtung: explosiver Inhalt!

22. 06. 2021



Petr Bystron: Make Europe Great Again – Die neurechte Politikergeneration

Eins vorweg: Dieses Buch ist gefährlich. Getarnt als eine Sammlung von Portraits europäischer Spitzenpolitiker, geschrieben von einem Politologen der Universität München, könnte man denken, dies ist ein Schmöker aus dem Regal der Universitätsbibliothek – Fachrichtung politische Wissenschaft – und niemand außer den Studenten schlägt es auf.

Doch bereits die Namen, sowohl der Porträtierten als auch des Autors, bergen enorme Sprengkraft in sich: Der Autor Petr Bystron ist Bundestagsabgeordneter der AfD und

führender Außenpolitiker der Partei. Und die Porträtierten sind die politische Avantgarde Europas im Kampf gegen den politischen Mainstream und gegen die globalistische Agenda des Great Reset: Salvini, Le Pen, Wilders gehören genauso dazu wie Orban und Klaus.

Bystron kennt die meisten Porträtierten aus zahlreichen persönlichen Begegnungen persönlich. Das verleiht dem Buch eine persönliche Note und (das ist ja am allerschlimmsten) es ermöglicht ihm, die Portraits immer wieder mit persönlichen, oft mit fein ziselierendem Humor gewürzten Beobachtungen zu garnieren. Was für ein Albtraum für alle Linken: Die in jahrzehntelangen, mühevollen Arbeit zu ultimativen Bösewichten Europas aufgebauten Politiker erscheinen plötzlich nahbar, menschlich und ja, sogar sympathisch!

Hier steht der junge Viktor Orban als Studentenvertreter bei einer Trauerfeier und hält eine flammende Rede für die Freiheit, mit der er die morsche Herrschaft der Kommunisten in Ungarn zum Einsturz bringt. Da schickt der Wirtschaftspräsident Vaclav Klaus die sowjetische Rote Armee zurück nach Hause und löst auch noch nonchalant den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe auf. Marine Le Pen begrüßt den französischen Staatspräsidenten als „Vizekanzler und Verwalter der Provinz Frankreich“ von Merkels Gnaden. Nigel Farage plaudert über seine Kämpfe im EU-Parlament am Fenster sitzend und rauchend – in einem Londoner Bürogebäude, in dem strengstes Rauchverbot gilt.

Man liest – nein, man verschlingt Seite für Seite und wird durchdrungen von der unbändigen Energie und dem Mut dieser Menschen. Man spürt, hier sind Überzeugungstäter am Werk, die ungeheuerliches geleistet haben und immer noch leisten. Wir sehen, dass sie weiterkämpfen, obwohl sie an ihrem Leben bedroht, verfolgt und eingeschüchert werden. Und selbst in der Beschreibung einer totalen Niederlage nach Straches Ibiza-Desaster keimt wieder Hoffnung auf, aus der unbändigen Vitalität eines Herbert Kickl.

Man ist erfüllt von Tatkraft und Energie dieser Leute und von der Erkenntnis, dass man mit Ihnen auf der richtigen Seite der Geschichte steht. Und spätestens in dem Moment, in dem die Hoffnung zur Gewissheit wird, mit solchen politischen Führern könnten wir Europa wieder groß machen, spätestens da ist klar: dieses Buch gehört verbrannt, verboten und vernichtet. Denn es geht eindeutig zu weit!

Redaktionsempfehlung für die sommerliche Urlaubslektüre. Da Buch können Sie [hier bestellen](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Pro-Abtreibungsbericht: Drohende Abstimmung im Europäischen Parlament

18. 06. 2021



Bild: ECLJ

Am kommenden Mittwoch sollen die Europaabgeordneten während der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments in Brüssel über den Matic-Bericht und den dazugehörigen Entschließungsantrag abstimmen.

Dieser Bericht ist ein veritabler Wunschzettel von Planned Parenthood. Er zielt darauf ab, Abtreibung zu einem von der Europäischen Union garantierten Recht zu machen, die Verweigerung aus Gewissensgründen für Angehörige der Gesundheitsberufe, die gegen Abtreibung sind, zu verbieten und eine obligatorische Sexualerziehung für Kinder auch für nicht einwilligende Eltern vorzuschreiben.

Das Europäische Zentrum für Recht und Gerechtigkeit (European Centre for Law & Justice, ECLJ) hat mehrere Monate lang gegen diesen Bericht mobilisiert, um die Aufmerksamkeit der Mitglieder des Europäischen Parlaments und anderer Pro-Life-Organisationen in ganz Europa zu erregen.

Es sind ermutigende Initiativen entstanden, insbesondere ein Alternativantrag zum Matic-Bericht, der die Öffentlichkeit an die mangelnde Kompetenz der Europäischen Union in Gesundheitsfragen erinnert. Wie im Jahr 2013 könnte ein solcher Alternativantrag erneut angenommen werden, um den Matic-Bericht niederzustimmen.

In der Slowakei hat das Parlament eine Entschließung angenommen, die den Entschließungsantrag von Herrn Matic mit der Begründung verurteilt, dass er die Zuständigkeit der Europäischen Union überschreitet. Das ist ein schönes Signal, das diese slowakischen Abgeordneten an ihre europäischen Kollegen gesendet haben.

Die Abstimmung über den Matic-Entschließungsantrag beginnt am Mittwochnachmittag, 23. Juni. Es ist noch Zeit zu handeln. Wir ermutigen insbesondere Angehörige der Gesundheitsberufe, eine kurze E-Mail an einen oder mehrere Europaabgeordnete zu

schreiben, um ihnen ihre Überzeugungen und die Bedeutung der Verweigerung aus Gewissensgründen mitzuteilen und sie aufzufordern, diesen pro-Abtreibungs-Entschließungsantrag abzulehnen.

Nach unseren Informationen wird erwartet, dass die Abgeordneten der EKR- und I&D-Fraktion überwiegend gegen den Antrag stimmen werden.

Es sind hingegen die EVP-Abgeordneten, die sich am zaghaftesten gegenüber den Anordnungen der Abtreibungsbefürworter verhalten. Hier sind die E-Mail-Adressen des Präsidenten und der Vize-Präsidenten dieser Fraktion:

Manfred Weber, EVP-Präsident : manfred.weber@europarl.europa.eu
Arnaud DANJEAN, arnaud.danjean@europarl.europa.eu
Esteban GONZÁLEZ PONS, esteban.gonzalezpons@europarl.europa.eu
Andrey KOVATCHEV, andrey.kovatchev@europarl.europa.eu
Vangelis MEIMARAKIS, evangelos.meimarakis@europarl.europa.eu
Jan OLBRYCHT, jan.olbrycht@europarl.europa.eu
Paulo RANGEL, paulo.rangel@europarl.europa.eu
Siegfried MUREŞAN, siegfried.muresan@europarl.europa.eu

Sie können mit ihnen Auszüge aus diesem Artikel teilen, den wir empfehlen:
[Warum Abtreibung kein Menschenrecht ist](#) (Englisch)

Wir ermutigen Sie auch, unsere Petition zu unterschreiben und zu teilen:
[Für den Schutz jedes menschlichen Lebens](#) (Englisch)

Danke für Ihren Einsatz für das Leben!

Das Europäische Zentrum für Recht und Gerechtigkeit ist eine internationale, nichtstaatliche Organisation, die 1998 gegründet wurde und sich für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte in Europa und weltweit einsetzt.

Quelle: ECLJ <secretariat@eclj.org>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Die Invasion geht weiter: wie illegale Einwanderer in Italien landen

<https://unser-mittleuropa.com/die-invasion-geht-weiter-wie-illegale-einwanderer-in-italien-landen/>

28. 06. 2021



Twitter Sceenshot

[RadioSavana](#)
[@RadioSavana](#)

Povera Europa. Degrado assoluto. <https://t.me/RadioSavana>

<https://twitter.com/i/status/1409427910977523713>

Beiträge zu ähnlichen Themen:

06) Europäische Staatsanwaltschaft: ein neues Werkzeug von Soros?

Von Álvaro Peñas

21. 06. 2021



Bildquelle: El Correo de España

Während der offiziellen Einweihung der neuen Europäischen Staatsanwaltschaft (EPPO), die in Luxemburg stattfand, kommentierte die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Kommissarin für Werte und Transparenz, Věra Jourová, gegenüber mehreren Journalisten, dass das Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) zur Klage Ungarns und Polens über den Mechanismus der Rechtsstaatskonditionalität im Spätsommer oder Frühherbst kommen werde. Die Kommissarin hat wiederholt den Ausgang des Urteils gegen die Kläger als gegeben angesehen, was die Anwendung dieses Konditionalitätsmechanismus bedeuten würde und zu einem Einfrieren der Gelder führen könnte, die sie von der EU erhalten. Für Jourová, die die Gründung der EPPO als ein beispielloses und außergewöhnliches Ereignis in der Geschichte Europas bezeichnete, ist der Nichtbeitritt Ungarns und Polens zur neuen EPPO ein klares Zeichen für die Defizite der Rechtsstaatlichkeit in beiden Ländern.

Ungarn, Polen, Dänemark, Schweden und Irland sind die einzigen Länder, die sich entschieden haben, der EPPO nicht beizutreten, einer Organisation, die Untersuchungen über einen möglichen Missbrauch von EU-Geldern beaufsichtigen wird. EU-Justizkommissar Didier Reynders schloss sich Jourovás Kritik an und merkte an, dass diese Länder verpflichtet seien, sich zu engagieren und mit der EPPO zusammenzuarbeiten, da der Schutz des Haushalts eine gemeinsame Anstrengung sei. Der Ton der EU gegenüber Ungarn und Polen ist der einer permanenten Bedrohung. Die Wahrheit ist, dass beide Länder bisher keine europäischen Untersuchungsorgane wie das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung zu finanziellen Untersuchungen bei der Verwendung europäischer Gelder befragt haben, aber Jourovás neue Äußerungen, die die Anwendung von Sanktionen

bereits bei der Einweihung der EPPO betonen, scheinen ein weiteres Zeichen dafür zu sein, dass wir es mit einem neuen Werkzeug Brüssels zu tun haben, um Dissidenten zu verfolgen, d.h. all jene Regierungen, die sich nicht der globalistischen Agenda beugen wollen.

Die erste Chefanklägerin der EPPO ist die rumänische Juristin Laura Codruta Kövesi, die bereits im Oktober 2019 zur Europäischen Generalstaatsanwältin ernannt wurde. Bei der Amtseinführung erklärte Kövesi, dass die EPPO „das erste Instrument der EU zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit“ sei. Als Leiter der rumänischen Nationalen Antikorruptionsbehörde (DNA) leitete Kövesi eine umfassende Strafverfolgung gegen die rumänische Politik ein, einschließlich Massenanklagen. In 17 Monaten eröffnete sie dreimal so viele Fälle wie in den drei Jahren zuvor, darunter 1.138 Personen, darunter 24 Bürgermeister, fünf Abgeordnete, zwei ehemalige Minister und ein ehemaliger Premierminister. Viele dieser Anklagen scheiterten vor Gericht und Kövesi wurde von ihren Kritikern, insbesondere den Sozialdemokraten, die die Hauptlast ihrer Aktivitäten trugen, beschuldigt, eine politische Hexenjagd zu betreiben. Ihre Handlungen führten dazu, dass sie im Juli 2018 als Leiterin des Antikorruptionsbüros abgelöst wurde, wobei sie damals Unterstützung von der Open Society Gesellschaft erhielt, die sich gegen ihre Absetzung aussprach. Dies war kaum überraschend, da die NGOs des Soros-Netzwerks die DNA als ihre politische Partei behandelten. Ein Jahr später wurde Kövesi zum europäischen Generalstaatsanwalt gewählt. Außerdem hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), eine Institution, die durch den Puppink-Bericht kompromittiert wurde, am 5. Mai 2020 Kövesis Klage gegen Rumänien wegen ihrer Entlassung als Anti-Korruptions-Staatsanwältin stattgegeben. In seiner Entscheidung berücksichtigte der EGMR „die Stellungnahmen der Open Society Justice Initiative, des Human Rights Institute of the International Bar Association und der Helsinki Foundation for Human Rights, die vom Präsidenten der Sektion als Streithelfer zugelassen wurden“. Das heißt, drei NGOs des Soros-Netzwerks.



Vera Jourová gratuliert Laura Kövesi zu ihrer ersten Ernennung im Jahr 2019. -
Bildquelle: El Correo de España

Die Verbindung von Kövesi zu Soros ist in Ungarn nicht unbemerkt geblieben. Im Juli 2020 beschuldigte der ungarische Parlamentspräsident László Kövér sie, eine „ausländische Agentin“ zu sein und verglich ihre Methoden mit denen des kommunistischen Diktators Ceausescu. Kövér sagte, die rumänische Staatsanwältin habe sich einen Namen gemacht, indem sie „Dutzende von politischen Prozessen gegen diejenigen angestrengt hat, die dem anderen politischen Lager angehörten. Unter anderem gegen ungarische Bürgermeister (in Siebenbürgen). Sie wurden auf völlig ungerechte Weise angeklagt, im Morgengrauen von einer Polizeieinheit von ihren Familien weggeholt usw. In dieser Zeit wurden durch die Zusammenarbeit zwischen der DNA und der Securitate hunderttausende von Gesprächen abgehört. Wenn Genosse Ceausescu noch am Leben wäre, würde er sich freuen, zu sehen, was in Rumänien passiert.“

Die Medien haben schnell darauf hingewiesen, dass Ungarn und Polen (die anderen Länder werden nicht erwähnt), gegen die neue Europäische Staatsanwaltschaft sind, weil sie ganz oben auf der Liste der Anti-Korruptions-Watchdogs von Transparency International, der globale Koalition gegen Korruption, stehen, einer NGO, die von Michiel van Hulten geleitet wird und in ihrer Liste der Spender die Stiftung Open Society Institute (FOSI), das Open Society Institute, die Development Foundation, die Foundation to Promote Open Society und die Open Society Initiative for Europe erwähnt. Wieder der lange Arm des Soros-Netzwerks, das seine Hände auf dem Richter, dem Staatsanwalt und der „unabhängigen“ Stelle hat, die die Beschwerde einreicht. Ungarn und Polen werden sicherlich nicht mit einem Projekt zusammenarbeiten, das trotz aller Propaganda in den Mainstream-Medien nur ein weiteres Werkzeug in den Händen ihrer schlimmsten Feinde ist.

El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EL CORREO DE ESPAÑA](#), unserem Partner bei der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 21. bis 27. Juni 2021

28. 06. 2021



Bildquelle: Demokracija

Ungarn

- Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó kündigte am Freitag, den 18. Juni, die bevorstehende Erweiterung der Lego-Fabrik in Nyíregyháza (Nordosten des Landes) an, nachdem der dänische Spielzeughersteller 149 Millionen Euro investiert und 250 Arbeitsplätze geschaffen hat. „Die Investitionen führender internationaler Unternehmen beweisen, dass Ungarn ein hervorragendes Umfeld für eine qualitativ hochwertige Produktion bietet ... deshalb will Ungarn die Besteuerung in den Händen des Staates behalten und den Wettbewerbsvorteil durch niedrige Steuern nutzen“, sagte Szijjártó.
- Als Reaktion auf die Verabschiedung eines Kinderschutz- („Anti-Pädophilen“)-Gesetzes durch das ungarische Parlament am 15. Juni forderte die öko-sozialistische Gemeinde der bayerischen Hauptstadt München – wo am 23. Juni das EM-Spiel Deutschland-Ungarn stattfand – von der UEFA, dass das Münchner Stadion – Die Allianz Arena – für das Spiel „als Zeichen der Solidarität mit der unterdrückten ungarischen LGBT-Gemeinschaft“ in den Farben der LGBT-Gemeinde beleuchtet werden sollte, eine Bitte, die die UEFA ablehnte.
- Zu den vielen negativen Reaktionen, vor allem aus Brüssel, nach der Verabschiedung des Kinderschutz- („Anti-Pädophilen“)-Gesetzes, wollte die EU-Kommissarin für Transparenz und Werte, Věra Jourová, anmerken, dass „angesichts der vielen ungarischen Bedenken die Europäische Kommission der Meinung ist, dass es keine sichtbaren Bemühungen der ungarischen Behörden gibt, die europäischen Werte zu schützen [...] Die Kommission prüft nun das Gesetz und bewertet, ob es gegen EU-Recht verstößt [...] Die Kommission ist bereit, mit Polen und Ungarn

zusammenzuarbeiten, da wir bei rechtlichen Konflikten oder Streitigkeiten stets einen aufrichtigen Dialog und eine Zusammenarbeit befürworten. Aber wir sind bereit, alle uns zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, wenn es nötig ist. Dabei haben dreizehn Mitgliedsstaaten der Europäischen Union – Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Irland, Lettland, Litauen, Luxemburg, die Niederlande, Spanien und Schweden – die Europäische Kommission aufgefordert, rechtliche Schritte gegen Ungarns neue Anti-Pädophilen-Gesetzgebung einzuleiten, und forderte sie auf, „die ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um die EU-Rechtsordnung zu schützen, einschließlich der Anrufung des Gerichtshofs der Europäischen Union“, und erklärte, dass „die Stigmatisierung von LGBTQI-Personen eine schwerwiegende Verletzung des Grundrechts auf Würde darstellt, das in der EU-Grundrechtecharta und im internationalen Recht verankert ist.“

- Beim EU-Gipfel in Brüssel am Donnerstag (24. Juni) griffen die Regierungschefs einiger EU-Mitgliedsstaaten Ungarn wegen des Kinderschutz- („Anti-Pädophilen“-)Gesetzes scharf an. Der liberale belgische Premierminister Alexander de Croo nannte es „primitiv“, während sein niederländischer Amtskollege Mark Rutte sagte: „Langfristig muss das Ziel sein, Ungarn in dieser Frage in die Knie zu zwingen. Sie müssen erkennen, dass sie entweder Mitglieder der Europäischen Union sind und damit eine Wertegemeinschaft mit uns teilen, oder sie müssen die Union verlassen“, eine Einschätzung, die auch der luxemburgische Premierminister Xavier Bettel teilte, der Viktor Orbán persönlich sagte: „Ich bin homosexuell und der Enkel eines Juden.“ Der französische Präsident Emmanuel Macron sagte seinerseits, Ungarns Anti-Pädophilen-Gesetz sei „nicht im Einklang mit unseren Werten und allem, was Europa bedeutet.“ Die ungarische Justizministerin Judit Varga warf dem niederländischen Ministerpräsidenten „koloniale Arroganz“ vor: „Solange ich lebe, werde ich mit aller Kraft dafür kämpfen, dass die Ungarn niemals vor Rutte oder einem anderen Kolonisator knien müssen.“
- Am Mittwoch, den 23. Juni, trafen sich der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán, Vorsitzender des Fidesz, und Katalin Novák, Familienministerin und stellvertretende Vorsitzende des Fidesz, in Brüssel mit Georgia Meloni, der Vorsitzenden der italienischen nationalistischen Partei Fratelli d'Italia, mit der eine Zusammenarbeit im Rahmen einer Neuzusammensetzung der rechten Fraktionen im Europäischen Parlament nach dem Austritt des Fidesz aus der EVP-Fraktion (Europäische Volkspartei), der er seit dem Beitritt Ungarns zur Europäischen Union angehörte, beginnen könnte.
- Während seiner Pressekonferenz am Freitag, den 25. Juni, hat der französische Präsident Emmanuel Macron explizit klare Meinungsverschiedenheiten zwischen den west- und mitteleuropäischen Regierungen eingeräumt. „Wir haben ein großes Problem. Alle Länder der Erweiterung von 2004 [Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei, Slowenien und die Tschechische Republik] teilen eindeutig nicht unsere Werte [...] Es gibt eine Ost-West-Spaltung“ mit „einem Anstieg des Illiberalismus in Gesellschaften, die gegen den Kommunismus gekämpft haben und aus ihm hervorgegangen sind [...] Jahrzehntlang haben wir gedacht, dass die liberale Demokratie ein so attraktives Modell ist, dass die Menschen spontan zu ihr kommen, wie nach dem Fall der Mauer [...] Irgendetwas funktioniert nicht“.
- Der ungarische Staatspräsident János Áder hat beschlossen, das am 15. Juni vom Parlament verabschiedete Wohnungsbaugesetz dem Verfassungsgericht vorzulegen, um die Verfassungsmäßigkeit einer Änderung zu überprüfen, die die Vermietung von Wohnungen und Räumlichkeiten betrifft.

Polen

- Die Prüfung des Antrags der Disziplinarkammer des Obersten Gerichts, die das Recht des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) anzweifelt, die Aussetzung ihrer Arbeit anzuordnen, durch das polnische Verfassungsgericht wurde auf den 14. Juli verschoben. Die Vertagung folgt unter anderem der Ablehnung – auf eigenen Wunsch – wegen des begründeten Verdachts der Befangenheit der Richterin Krystyna Pawłowicz wegen belastender öffentlicher Äußerungen über Frau Silva de Lapuerta, Vizepräsidentin des EuGH. Frau Pawłowicz wurde am 17. Juni durch ihren Kollegen Stanisław Piotrowicz ersetzt.
- Der polnische Europaabgeordnete Adam Bielan und seine Unterstützer gaben am Sonntag, den 20. Juni, offiziell die Gründung einer neuen politischen Partei bekannt, der Republikanischen Partei (Partia Republikańska, PR), die an diesem Wochenende im Palladium-Theater in Warschau in Anwesenheit des PiS-Vorsitzenden Jarosław Kaczyński ihren konstituierenden Kongress abhielt. Diese neue Partei, eine Abspaltung von Jarosław Gowins Partei Porozumienie, und deren Vorsitzender Adam Bielan selbst ist, hat sechs Abgeordnete im Sejm (Mitglieder der PiS-Fraktion) und ist ein neuer Bestandteil der Koalition der Vereinigten Rechten.
- Laut Branchenexperten, die die Bildung einer „Spekulationsblase“ befürchten, gibt es derzeit einen sehr starken Anstieg der Immobilienpreise in Polen, der in einer Stadt wie Łódź in diesem Jahr bis zu 14% Preissteigerung erreicht. „Die Kunden kaufen praktisch alles, auch Wohnungen in schlechter Lage und in schlechtem Zustand“, so wird der Immobilienberater Tomasz Bleszyński von der Tageszeitung Rzeczpospolita zitiert.
- Der Fall um das Hacken der Messenger polnischer VIPs zieht immer weitere Kreise und soll über 150 Personen betroffen haben. Laut einer Erklärung von Jarosław Kaczyński, dem für die nationale Sicherheit zuständigen stellvertretenden Premierminister, betrafen die Cyberangriffe „die wichtigsten polnischen Beamten, Minister und Abgeordnete verschiedener politischer Richtungen“.
- Ein sogenannter „Gleichheitsmarsch“ wurde am Samstag, dem 19. Juni, in Warschau von Schwulenorganisationen unter der Schirmherrschaft von Rafał Trzaskowski, dem Bürgermeister der polnischen Hauptstadt, organisiert, auf dessen Website verkündet wurde, dass „der Juni die Zeit ist, die der Sichtbarkeit von LGBT+ Menschen und der Solidarität mit Minderheitengemeinschaften sowie der Förderung von Gleichheit und Solidarität gewidmet ist“. Trzaskowski, der persönlich an dem Marsch teilnahm, sagte: „Hier schlägt das Herz eines lächelnden und offenen Polens“. Diese Homosexuellen-Demonstration, bei der es zu verschiedenen eher barocken Szenen kam – wie die „Trauung“ zweier Männer, von denen einer von einem Kind begleitet wurde und eine als Hund verkleidete Frau an der Leine hielt... – erhielt auch die Unterstützung vieler westlicher Diplomaten, darunter die des deutschen Botschafters Arndt Freytag von Loringhoven.
- Bei einem Besuch in Wysokie Mazowieckie (Podlachien – Nordosten des Landes) im Rahmen der Werbung für das Programm „Polnischer Orden“ kündigte der stellvertretende Ministerpräsident und Vorsitzende der PiS, Jarosław Kaczyński, einen „zivilisatorischen Sprung“ für sein Land in den kommenden Jahren an: „Wir müssen wieder aufbauen, aber vor allem müssen wir bauen. Das ist der Hauptteil unseres Plans, bis zum Ende des Jahrzehnts beim durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen zu Europa aufzuschließen [...] Wenn wir die Ziele des polnischen Abkommens erreichen und wenn diejenigen, die jetzt auf eine Entführung gegen unsere Interessen setzen, keinen Erfolg haben, dann wird sich das Polen, in dem die Mehrheit der Polen lebt – das Polen der Dörfer und Kleinstädte – in einem Jahrzehnt massiv und zum Besseren verändern.“

- Als Teil der internationalen Kampagne für LGBT-Forderungen in Polen – wie auch in anderen mitteleuropäischen Ländern – sagte der US-Botschafter in Polen, Bix Aliu, auf dem Twitter-Account der Botschaft, dass „laut dem Open For Business-Bericht die fehlende Inklusion von LGBTQI+-Gemeinschaften Polen, Ungarn, Rumänien und die Ukraine mehr als 8,6 Milliarden Dollar pro Jahr kostet... Der Schutz der Menschenrechte von LGBTQI+-Menschen bedeutet auch mehr Wohlstand für alle.“ Open For Business ist ein Zusammenschluss von 36 US-Unternehmen, die sich für LGBT-Themen einsetzen.
- Eine neue Episode in der polnischen Ombudsmann-Seifenoper, in der sich der Sejm – in dem die PiS und ihre Verbündeten eine Mehrheit haben – und der Senat – in dem die Opposition die Mehrheit hat – immer noch nicht auf die Wahl eines neuen Rechtsverteidigers einigen können. Am 18. Juni lehnte der Senat daher die Kandidatur von Lidia Staroń – einer unabhängigen Senatorin, die zuvor Mitglied der PO (2005–2015) war – ab, deren Kandidatur drei Tage zuvor vom Sejm genehmigt worden war.
- Der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei und ehemalige polnische Ministerpräsident Donald Tusk wurde am heutigen Freitag, 25. Juni, mit dem Großkreuz des Ordens des Sterns von Rumänien ausgezeichnet, der höchsten rumänischen zivilen Auszeichnung. „Dank Präsident Iohannis und meinen lieben rumänischen Freunden fühle ich mich noch mehr motiviert, weiterhin der polnisch-rumänischen Freundschaft, unserem gemeinsamen Europa und den Idealen, die wir teilen, zu dienen: Freiheit, Solidarität und einfacher menschlicher Anstand“, sagte er.
- Nach dem Ausscheiden von drei PiS-Abgeordneten (Zbigniew Girzyński, Małgorzata Janowska und Arkadiusz Czartoryski), die mit den im Programm der sogenannten „Neuen Polnischen Ordnung“ geplanten Steuererhöhungen, die vor allem Kleinunternehmer treffen werden, sowie mit der Segregation zwischen Geimpften und Ungeimpften nicht einverstanden waren, hat die Vereinigte Rechte gerade formal ihre absolute Mehrheit im Sejm verloren. Dieser Verlust ist jedoch relativ, da er nicht unbedingt zu einer Abstimmung gegen die Regierung führen würde, die auch auf das Wohlwollen der Abgeordneten der Kukiz'15-Fraktion zählen kann.

Slowakei

- Der slowakische Premierminister von 2012 bis 2018, Robert Fico, nahm kein Blatt vor den Mund und feuerte einen Schuss auf die Anti-Covid-Impfstoffe ab. Er kündigte an, dass er sich nicht impfen lassen wird und verurteilt die Öffnung der Impfung für Kinder und Jugendliche scharf.

Tschechische Republik

- Ein Tornado hat am Abend des 24. Juni in mehreren Ortschaften der Region Hodonín (Göding – im Südosten Mährens) große Zerstörungen angerichtet und eine Landschaft unbeschreiblicher Verwüstung zurückgelassen. Hunderte von Menschen wurden verletzt und mindestens fünf starben, ganze Dörfer wurden zerstört, etwa zweitausend Gebäude wurden beschädigt und Zehntausende von Häusern waren ohne Strom. Angesichts des Ausmaßes der Zerstörung, das der tschechische Premierminister Andrej Babiš von Brüssel aus, wo er am EU-Gipfel teilnimmt, als „apokalyptisch“ bezeichnete, sind Rettungseinheiten aus der Slowakei, Österreich und Ungarn eingetroffen und unterstützen ihre tschechischen Kollegen weiterhin. Die Autobahn D2 zwischen Brünn und Breclav (Lundenburg) musste wegen umgestürzter Strommasten gesperrt werden. „Es ist wie ein Krieg“, wurde der

- Direktor des Krankenhauses Hodonín, Antonin Tesarik, von der lokalen Presse zitiert. Innenminister Ján Hamáček und Vizepremierministerin Alena Schillerová besuchten den Tatort

Slowenien

- 25.6.
Slowenien feiert 30 Jahre Unabhängigkeit. Anlässlich des Nationalfeiertags fand am Abend auf dem Platz der Republik in Ljubljana eine nationale Feier anlässlich der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Slowenien statt, der feierliche Sitzungen der Nationalversammlung und des slowenischen Ministerrats vorausgingen. Im Präsidentenpalast findet ein Tag der offenen Tür statt. Der Nationalfeiertag, der auch ein gesetzlicher Feiertag ist, erinnert an die Ereignisse vor 30 Jahren, als die damalige slowenische Versammlung am 25. Juni 1991 die Schlüsseldokumente für die Unabhängigkeit Sloweniens verabschiedete. Die Unabhängigkeit wurde einen Tag später auf dem Platz der Republik feierlich proklamiert, wobei unter anderem die Flagge des neu gegründeten Landes an einem Fahnenmast vor der Nationalversammlung wehte. Die Freude währte jedoch nicht lange, denn schon am nächsten Tag folgte ein 10-tägiger Unabhängigkeitskrieg. An die bahnbrechenden Ereignisse wurde bei den Veranstaltungen am Freitag erinnert, unter anderem bei der zentralen Nationalfeier, die um 21:00 Uhr auf dem Platz der Republik stattfand. Den ersten Teil der Veranstaltung bestritt der Präsident der Republik, Borut Pahor, mit Begrüßungsreden der Ministerpräsidenten von Österreich, Kroatien und Ungarn sowie des italienischen Außenministers. Im zweiten Teil sprachen Premierminister Janez Janša und der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel zu den Zuhörern, um die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Slowenien zu begrüßen.
- 24.6.
Nach einem Treffen mit seinem slowenischen Amtskollegen Anže Logar in Ljubljana sagte der portugiesische Außenminister Augusto Santos Silva, dass Portugal als nächstes Land der EU-Ratspräsidentschaft eine große Anzahl von Dossiers an Slowenien übergeben werde. Darunter hob er die Validierung der nationalen Konjunktur- und Erweiterungspläne der EU hervor, eine Bedeutung, die auch von Herrn Logar betont wurde. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz der Minister hob Santos Silva die Validierung der nationalen Wiederherstellungs- und Resilienzpläne unter den Dossiers hervor, die die aktuelle portugiesische Präsidentschaft in genau einer Woche an ihre Nachfolgerin Slowenien übergeben wird. Wie Logar äußerte er die Erwartung, dass die ersten Pläne bereits auf dem Treffen der Finanzminister im Juli gebilligt werden würden.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 14. bis 20. Juni 2021

21. 06. 2021



Bildquelle: Demokracija

V4

- Die Europäische Kommission beschloss am 9. Juni, sich dem Antrag der tschechischen Behörden an den EuGH anzuschließen, Polen zur Zahlung eines Zwangsgeldes in Höhe von fünf Millionen Euro pro Tag zu verurteilen, wenn der Tagebau Turów unter Missachtung des Vorabentscheidungsurteils des Europäischen Gerichtshofs vom 21. Mai weiter betrieben wird.
- Angesichts dieses Streits zwischen der Tschechischen Republik und Polen veröffentlichte eine Gruppe von acht polnischen und tschechischen Intellektuellen am Dienstag, den 15. Juni, einen offenen Brief auf dem Portal Konservativní Noviny, in dem sie die Behörden beider Länder auffordern, diese Frage bilateral zu lösen, ohne den Umweg über die „guten Dienste“ Brüssels zu gehen: „Lösen wir unsere Differenzen selbst, als gute Nachbarn.“

Ungarn

- Am Rande des NATO-Gipfels in Brüssel trafen sich der ungarische Premierminister Viktor Orbán und Außenminister Péter Szijjártó am Sonntag, den 13. Juni, mit ihren türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdoğan und Mevlüt Çavuşoğlu, um die bilaterale Zusammenarbeit in der Militär- und Verteidigungsindustrie sowie die Stärkung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Ungarn und der Türkei zu besprechen.
- Am Montag, den 14. Juni, präsentierten der Budapester Bürgermeister Gergely Karácsony und Krisztina Baranyi, die Bürgermeisterin des Stadtteils Ferencváros – wo ein Campus der chinesischen Fudan-Universität geplant ist – die Ergebnisse einer

lokalen Konsultation, an der mehr als 30.000 Menschen teilnahmen. Eine überwältigende Mehrheit der Teilnehmer (je nach Frage zwischen 96% und 99%) lehnte jegliche Änderungen am ursprünglichen Projekt der Studentenstadt ab und lehnte die Errichtung des chinesischen Campus ab. Deshalb fordern Herr Karácsony und Frau Baranyi ein nationales Referendum zu dieser Frage, die sie als von nationaler Bedeutung betrachten. In der Zwischenzeit hat das ungarische Parlament am Dienstag, den 15. Juni, den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf angenommen, der auf die Gründung einer Stiftung der Fudan-Universität Ungarn abzielt, auf die die Grundstücke, die für den chinesischen Campus vorgesehen sind und um die es in diesem Streit geht, kostenlos übertragen werden. Wie schon beim umstrittenen Anti-Pädophilen-Gesetz wurde auch diese Abstimmung von den linken Parteien boykottiert, während sich Jobbik der Stimme enthielt.

- Laut einer Umfrage des Nézópont-Instituts, die am Dienstag von der Zeitschrift Mandiner (regierungsnahe) veröffentlicht wurde, würde bei den Parlamentswahlen am kommenden Sonntag der Fidesz – wie üblich – mit 52% der Stimmen gewinnen, gegenüber 43% für die Koalition der linken Parteien (einschließlich Jobbik), während die nationalistische Mi-Hazánk-Partei von László Toroczkai 3% bekommen würde.
- Nach mehreren Monaten gesundheitlicher Notlagen ergab eine von der Unabhängigen Gewerkschaft der Beschäftigten im Gesundheitswesen (Független Egészségügyi Szakszervezet, FESZ) Anfang Juni durchgeführte Umfrage unter ihren Mitgliedern, dass 48 % von ihnen in naher Zukunft einen Berufswechsel in Erwägung ziehen würden, während 7 bis 8 % von ihnen bald in Rente gehen werden. „Unter den Gründen für den Rücktritt ist auch die mangelnde Wertschätzung sehr stark, was auch ein wiederkehrendes Element in den Antworten war“, erklärt Adriana Soós, die Präsidentin der Gewerkschaft, ein Problem, das ihrer Meinung nach jeden achten Fachmann betreffen würde.
- Die Verabschiedung des Gesetzes gegen Pädophilie durch die ungarischen Abgeordneten am Dienstag, den 15. Juni, hat starke negative Reaktionen der deutschen und französischen Behörden, der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten hervorgerufen. Einige erwägen Sanktionen gegen Budapest, das nun LGBT-Propaganda, die sich an Minderjährige richtet, verbietet.
- Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó gab am 13. Juni bekannt, dass Ungarn ab November das Kommando über die NATO-Truppen im Kosovo, KFOR, übernehmen wird.
- Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó kündigte am Mittwoch, den 16. Juni, auf einer Pressekonferenz in Bratislava, wo er sich mit den Vorsitzenden der ethnisch-ungarischen Parteien in der Slowakei traf, an, dass Ungarn – sofern es nicht zu einer unerwarteten Verschlimmerung der Coronavirus-Epidemie kommt – die Kontrollen an seinen Intra-Schengen-Landgrenzen ab dem 24. Juni einstellen wird. Das bedeutet, dass für die Einreise nach Ungarn aus der Slowakei, Österreich oder Slowenien kein Impfzeugnis oder ein negativer Test mehr erforderlich sein wird.
- In einem Interview, das am Donnerstag, 17. Juni, von der kroatischen Wochenzeitung Glas Koncila veröffentlicht wurde, sprach der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán über die unterschiedlichen Auffassungen zwischen Brüssel und Mitteleuropa: „Wenn wir uns im Mittelalter befänden und einen Slogan auf eine Fahne schreiben müssten, der meine Arbeit und meine Philosophie beschreiben würde, würde ich schreiben: ‚Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom‘ [...] Natürlich verursachen alle, die gegen den Strom schwimmen, eine Menge Probleme. Wir zahlen einen hohen Preis dafür. Ungarn zahlt einen hohen Preis dafür, dass es die Istanbuler Konvention nicht unterschrieben hat und dann jede Politik des Kalten Krieges ablehnte; wir zahlen einen hohen Preis dafür, dass wir den russischen Präsidenten nicht jeden Tag mit den Westlern verprügeln, sondern ihm den Respekt

entgegenbringen, den er als Präsident verdient; Wir zahlen einen hohen Preis dafür, dass wir das christliche Modell der Familie schützen, so dass der LGBT-Wahnsinn hier keinen Platz hat; wir zahlen einen hohen Preis für unsere Position zur Einwanderung und wir zahlen einen hohen Preis dafür, dass wir die Brüsseler Bürokratie nicht akzeptieren, aber vor allem als Gegengewicht zum Aufbau der mitteleuropäischen Zusammenarbeit. Wir zahlen also wirklich einen hohen Preis. Aber wenn wir diesen Preis nicht zahlen und unsere Interessen nicht verteidigen würden, könnten wir zwar bequemer leben, aber wir würden am Ende viel mehr verlieren. Es ist besser, zu kämpfen. Ich denke, Miklós Zrínyi [kroat. Nikola Zrinsky] würde das auch verstehen.

Polen

- Der polnische LGBT-Aktivist Michał Sz. alias Margot, der den Angriff von Abtreibungsbefürwortern auf Abtreibungsbefürworter am 27. Juni 2020 in Warschau anführte und dessen Verhaftung die linken Parteien ziemlich aufheizte, wird bald wegen des brutalen Angriffs, der von Sachbeschädigung begleitet war, vor Gericht gestellt. Ihm droht eine Haftstrafe von bis zu fünf Jahren.
- Nachdem der stellvertretende Ministerpräsident Jarosław Gowin, Vorsitzender der Partei Porozumienie, am Montag, den 14. Juni, in einem Interview mit Wirtualna Polska Kritik am Polnischen Orden, dem Wiederaufbauplan der polnischen Regierung nach der Pandemie, geäußert hatte, hat er sich nun zu Wort gemeldet, Der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki erinnerte seinen Verbündeten in der Koalition der Vereinten Rechten daran, dass dieser an vielen Treffen zum Wirtschaftsprogramm der PiS teilgenommen und damals keine Einwände erhoben hatte: Jarosław „Gowin unterschrieb absolut alle Annahmen des polnischen Ordens. Er nahm an einem langen Treffen in der Nähe von Warschau teil, über dessen Einzelheiten wir uns verständigten. Zuvor hatte er an mehreren Treffen teilgenommen, bei denen wir eine Reihe von Fragen im Zusammenhang mit der Reform des Steuersystems erörterten. Und in der Tat sind sich alle einig, dass das Steuersystem progressiv sein muss“, erklärte er.
- Der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki informierte das polnische Parlament am Mittwoch, den 16. Juni, in einer nichtöffentlichen Sitzung über eine Welle von Cyberangriffen gegen die Behörden des Landes. „Wir waren in letzter Zeit beispiellosen Cyberattacken gegen Polen, gegen polnische Institutionen und gegen Nutzer von E-Mail-Konten ausgesetzt“, sagte Regierungssprecher Piotr Müller am 15. Juni gegenüber Polsat News TV, wobei die Angriffe „nicht nur Dworczyk, [den nationalen Gesundheitsdirektor, Anm. d. Red.], Mitglieder der Regierung und der PiS, sondern eine große Gruppe von Menschen“ betrafen. Laut Michał Dworczyk, dessen E-Mail gehackt wurde, „zeigen die Syntax und Sprache der Nachrichten sowie die Metadaten der veröffentlichten Dateien, dass dieses Material möglicherweise von russischsprachigen Personen vorbereitet und zusammengestellt wurde.“
- Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) fällte diesen Donnerstag, den 17. April, ein Urteil, das man als rätselhaft bezeichnen könnte. Er wies die Klage von Stanisław Zalewski ab, einem ehemaligen – in diesem Fall polnischen – Häftling des Lagers Auschwitz, der die Verwendung der Begriffe „polnische Todeslager“ durch mehrere deutsche Medien beanstandete – eine Verfälschung der historischen Wahrheit, denn obwohl sie sich auf dem Gebiet des damals von Deutschland besetzten und teilweise annektierten Polens befanden, wurden die besagten Lager ausschließlich von deutschen Strukturen eingerichtet und verwaltet. Leider könnte dieses Urteil einen Präzedenzfall in diesem Bereich schaffen.

Slowakei

- Im Fall Kuciak, dem slowakischen Journalisten, der zusammen mit seiner Lebensgefährtin vor mehr als drei Jahren ermordet wurde, hat der Oberste Gerichtshof der Slowakei entschieden, die Freisprüche des Geschäftsmanns Marian Kočner und seiner Mitarbeiterin Alena Zsuzsová aufzuheben.
- Am heutigen Donnerstag, dem 17. Juni, wies der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg die Klage des slowakischen ungarischsprachigen Fernsehsenders Servis TV-Videó – eines Lokalsenders in der Stadt Párkány (Štúrovo), einer zu 70 % ungarischsprachigen Ortschaft im Süden des Landes – gegen eine vom slowakischen Medienrat verhängte Geldstrafe in Höhe von 165 Euro ab, weil er es versäumt hatte, einige Sätze zu untertiteln, die von Zeugen eines Verkehrsunfalls am 6. Juli 2012 gesagt worden waren. Das slowakische Gesetz schreibt vor, dass alles, was auf Ungarisch gesendet wird, auf Slowakisch untertitelt werden muss – ohne Ausnahme.
- An diesem Wochenende findet in Bratislava (Pressburg) eine weitere Ausgabe der mittlerweile traditionellen geopolitischen Konferenz GLOBSEC statt, eine der größten sicherheitspolitischen Veranstaltungen in Mitteleuropa. Die slowakische Präsidentin Zuzana Čaputová eröffnete die Konferenz u. a. mit den Worten: „Um besser zu bauen, müssen wir die Lehren aus der Pandemie anwenden. Wir müssen uns gemeinsame Ziele setzen und gemeinsame Schlussfolgerungen daraus ziehen, damit zukünftige Krisen vermieden werden können.“

Tschechische Republik

- Die tschechischen Senatoren haben am Freitag, den 11. Juni, einen Antrag angenommen, in dem die politischen Vertreter des Landes aufgefordert werden, nicht an den Olympischen Winterspielen teilzunehmen, die im nächsten Jahr in China stattfinden werden, und zwar aus Protest gegen die Haltung der chinesischen Regierung gegenüber Tibetern und Uiguren, aber auch gegenüber Taiwan und der ehemaligen britischen Kolonie Hongkong, daran erinnernd, dass das kommunistische China 2008 die Olympischen Sommerspiele in Peking dazu genutzt hat, „die Menschenrechte und Freiheiten weiter zu unterdrücken, was auch zu massiver Repression gegen Minderheiten geführt hat“, und die „massiven Verletzungen der Menschenrechte und Freiheiten, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ethnische, [...] kulturelle, religiöse und politische Diskriminierung“ in China.
- Der tschechische Premier Andrej Babiš hat in dieser Woche in einem Gastbeitrag in der Tageszeitung Právó deutlich gemacht, dass er in Tschechien keine „afrikanischen oder nahöstlichen Migranten, deren Lebensweise mit unserer absolut unvereinbar ist“, aufnehmen will.

Slowenien

- 14.06. Der parlamentarische Kulturausschuss erörtert den Jahresbericht des Rundfunkrates, die Berichte über die Tätigkeit des Aufsichtsrates von Radio Television Slovenia (RTVS) für 2019 und 2020 sowie den Jahresbericht der Slowenischen Presseagentur (STA) für das vergangene Jahr. Dr. Ignacija Fridl Jarc, Staatssekretärin im Kulturministerium, erwähnte unter anderem das Problem von Fake News und Desinformation – auch der Rundfunkrat ist der Meinung, dass die Mediengesetzgebung eine Bestimmung enthalten sollte, die eine ungenaue Berichterstattung durch die Medien verbietet und Verstöße entsprechend sanktioniert.

- 15.06. Die Regierungssprecherin für Covid-19, Maja Bratusa, verkündete das offizielle Ende der Coronavirus-Epidemie in Slowenien, die seit dem 19. Oktober 2020 andauerte. Einige Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung der Krankheit bleiben jedoch vorerst bestehen.
- 16.06. Ministerpräsident Janez Janša nahm an der Einweihung des neuen Terminals in Brnik [Letališče Jožeta Pučnika Ljubljana, Jože-Pučnik-Flughafen Laibach] teil, von dem die ersten Passagiere am 1. Juli abfliegen können, dem Tag, an dem Slowenien offiziell den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernimmt. Das funktionale Design des renovierten Laibacher Flughafens wurde weitgehend vom Investor Fraport Slowenien bestimmt. „Wir eröffnen ein Terminal, das in einer Zeit der Epidemie gebaut wurde, als die Luftfahrtindustrie einen der schlimmsten Schläge der Neuzeit erlitt“, erklärte Premierminister Janša.
- 17.06. Die slowenische Regierung verabschiedete einen Gesetzentwurf über Interventionsmaßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft und des Tourismus, um die Folgen der Covid-19-Epidemie zu mildern, in Höhe von 243,5 Mio. €. Das von der Regierung verabschiedete Interventionsgesetz zielt in erster Linie auf den Tourismus- und Gastgewerbesektor, die Tagungsindustrie, den Sport und die Kultur ab, wo es staatliche Beihilfen in Form von Finanzierungen für Jahresurlaubsregelungen in Höhe von 1.024 € pro Mitarbeiter, Kostenerstattungen für die Tagungsindustrie und Barerstattungen von 25 % der förderfähigen Kosten für die Film- und audiovisuelle Industrie vorsieht. Außerdem wurden neue Gutscheine im Wert von 192,2 Millionen Euro eingeführt, um die wirtschaftliche Situation des Konsums in den Bereichen Gastgewerbe, Tourismus, Sport und Kultur zu verbessern.
- 18.06. Zwischen 6.00 Uhr am 18. Juni 2021 und 6.00 Uhr am 20. Juni 2021 wurden im Raum Ljubljana 10 Ausländer von Polizeibeamten bei der Ausübung ihrer staatlichen Grenzschaufgaben aufgespürt und festgenommen. Sie waren Bürger von Afghanistan und Iran. Slowenische Polizeibeamte sind täglich mit illegal nach Slowenien einreisenden Migranten konfrontiert.
- 19.06. Der Kongress der Slowenischen Demokratischen Partei (SDS) findet in Slovenske Konjice statt. Hauptredner war der slowenische Premierminister und SDS-Präsident Janez Janša.
- 20.06. Genau sieben Jahre sind vergangen, seit Janez Janša, der derzeitige Premierminister, ins Gefängnis ging und zum „politischen Gefangenen“ wurde. Das Komitee zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten – Komitee 2014 wurde gegründet, um Folgendes zu fordern: eine sofortige Entscheidung des Obersten Gerichtshofs zur Aussetzung der Inhaftierung von Janša, die Aufhebung des verfassungswidrigen, rechtswidrigen und ungerechten Patria-Urteils, die effektive Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die Errichtung eines demokratischen Staates.

09) PiS verliert Sejm-Mehrheit nach Ausscheiden von drei Abgeordneten

29. 06. 2021



Wybór Polska · Foto: Facebook Screenshot

Neuer Paukenschlag am Freitag, 25. Juni, innerhalb der polnischen Regierungskoalition der Vereinigten Rechten: Drei PiS-Abgeordnete (Zbigniew Girzyński, Małgorzata Janowska und Arkadiusz Czartoryski) haben die Regierungspartei und ihre Fraktion verlassen. Sie sind mit den Steuererhöhungen nicht einverstanden, die das Programm der sogenannten „Neuen Polnischen Ordnung“ vorsieht und die vor allem Kleinunternehmer treffen werden, sowie mit der Diskriminierung, die in Polen – wie in vielen europäischen Ländern – zwischen Geimpften und Nichtgeimpften allmählich eingeführt wird. Auf dem Papier bedeutet dies, dass die Vereinigte Rechte (die PiS und deren Verbündete, *Solidarna Polska*, *Porozumienie* und die neu gegründete Republikanische Partei) nicht mehr die absolute Mehrheit im Sejm hat.

Wybór Polska, die Wahl Polens

Im Interview mit der Presse erklärt Małgorzata Janowska, dass die drei Rebellen ihre eigene Fraktion *Wybór Polska* (Die Wahl Polens) gegründet haben, deren Vorsitzende sie ist, und erläutert:

„Wir werden keine Frontalopposition sein, wir werden jedes Projekt substantiell bewerten. Wir werden niemanden ausschließen [...] Wir wollen für das stimmen, was gut für Polen ist. Wir werden sicherlich jede Abstimmung einzeln analysieren.“

Der Hauptgrund, warum sie gerade die PiS verlassen haben, ist das Programm „Neue Polnische Ordnung“, von dem sie sagen, dass es *„tragische Konsequenzen für die Wirtschaft des Landes haben wird.“*

Auf einer Pressekonferenz erklärte Zbigniew Girzyński, dass seine Entscheidung, die PiS zu verlassen, vor allem durch besagte „Neue Polnische Ordnung“ motiviert sei: *„Die Polen haben ihren ganzen Wohlstand mit ehrlicher Arbeit erworben.“*

Es schien mir, dass, wenn Kleinunternehmer die gesellschaftliche Gruppe sind, die die PiS 2015 zur Macht geholfen hat, die PiS sich besonders um sie kümmern würde. Leider ist die in der ‚Polnischen Ordnung‘ skizzierte Perspektive dem entgegengesetzt. Das wird dazu führen, dass es in Polen zwei Arbeitgeber geben wird: den Staat und große internationale Unternehmen.“

Ablehnung jeglicher „Diskriminierung von Bürgern“

Girzyński betonte auch, dass er eine „Diskriminierung der Bürger“, wie sie mit dem Covid-Impfpass angekündigt wird, ablehnt. *„Wir gründen eine Fraktion, aber wir tun es nicht, um eine Verhandlungsposition innerhalb der Vereinigten Rechten zu haben [...] wir wollen all jenen Hoffnung geben, die sich von der PiS vernachlässigt fühlen,“* fuhr er fort.

„Wir hoffen, dass dies der PiS helfen wird, sich von diesem schlechten Weg abzuwenden. Wenn sie nicht zurückkommt, sind wir überzeugt, dass unsere Fraktion wachsen wird. Viele Menschen teilen unsere Bedenken.“

Die PiS spielt das Thema herunter

Auf Seiten der PiS versucht man natürlich, die Auswirkungen dieser Spaltung herunterzuspielen. Die PiS-Sprecherin Anita Czerwińska kommentierte auf einer Pressekonferenz und deutete dabei mehr als deutlich an, dass die Gründe für den Abgang der drei Abgeordneten ganz andere sein könnten, als sie selbst behaupten: *„Wir sind davon überzeugt, dass diese plötzliche Entscheidung, im Fall des Abgeordneten Girzyński, mit dem Fall zusammenhängt, der vor ein paar Tagen breit kommentiert wurde. Es geht darum, was im Büro von Adam Hofman passiert ist. Es ist kein Geheimnis, dass diese Herren gesellschaftliche und berufliche Beziehungen haben [...] Was den Abgeordneten Czarotowski betrifft, so hat er es heute nicht gesagt, aber auch das ist das Thema. Wir wissen nicht, wie dieser Fall ausgehen wird, aber der Abgeordnete hat solche Erwartungen an die Parteiführung und die Fraktion gestellt, diese Angelegenheit zu diskutieren. Leider können sich Politiker nicht in solche Verfahren involvieren [...] Was Frau Janowska betrifft, scheint es ein Missverständnis zu geben, und wir werden versuchen, es zu klären.“*

Aus der Sicht des Kräfteverhältnisses im Sejm hat die Fraktion der Vereinigten Rechten nur noch 229 Sitze, also zwei Sitze weniger als die absolute Mehrheit, aber selbst wenn die drei Rebellen von *Wybór Polska* ausbleiben, gibt es noch einen Abgeordneten aus *Porozumienie*, einen Abgeordneten der neuen Republikanischen Partei (beide nicht Mitglieder der Fraktion der Vereinigten Rechten) und vor allem die vier Abgeordneten der Fraktion Kukiz'15, mit der die PiS kürzlich ein Kooperationsabkommen geschlossen hat – ganz zu schweigen von den elf Abgeordneten der nationalistischen Partei *Konfederacja*, die sich ganz sicher nicht mit der PO zusammentun werden.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner bei der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Krieg der Worte zwischen Israel und Polen, nachdem Polen ein Gesetz verabschiedet hat, das Restitutionsansprüche begrenzt

26. 06. 2021



Bildquelle: Remix News

„Wenn Israel über Moral schreibt, ist das wie wenn Russland über Menschenrechte schreibt“ (Dariusz Matecki)

Am Donnerstagabend verabschiedete das polnische Parlament eine Änderung der Verwaltungsprozessordnung, die den Zorn der israelischen Botschaft in Warschau auf sich zog, die behauptet, dass die Änderung die Rückgabe von jüdischem Eigentum oder die finanzielle Entschädigung von Holocaust-Opfern effektiv verhindern wird.

Nach den neuen Bestimmungen wird es 30 Jahre nach dem Erlass eines Verwaltungsbeschlusses unmöglich sein, eine Entscheidung auf dem Rechtsweg in Frage zu stellen.

Kurz nach der Verabschiedung des Gesetzes veröffentlichte die israelische Botschaft in Warschau eine Stellungnahme, in der sie die Änderung kritisierte.

„Die jetzt vorgenommene Änderung des Gesetzentwurfs wird im Wesentlichen die Rückgabe jüdischen Eigentums oder die Beantragung einer finanziellen Entschädigung durch Holocaust-Überlebende, ihre Nachkommen und die jüdische Gemeinschaft, für die Polen jahrhundertlang Heimat war, verhindern. Dies ist unverständlich“, schrieb die Botschaft.

„Dieses unmoralische Gesetz wird die Beziehungen zwischen unseren Ländern unterminieren. Wir gehen ernsthaft an Versuche heran, die Rückgabe von Eigentum, das den Juden in Europa von den Nazis und ihren Kollaborateuren gestohlen wurde, an ihre rechtmäßigen Eigentümer zu verhindern. Polen weiß, was in diesem Fall der richtige Weg ist“, heißt es weiter.

Auch der israelische Außenminister Yair Lapid kritisierte das neue Gesetz scharf; über seine Äußerungen zu diesem Thema berichtete die israelische Zeitung *Jerusalem Post*. Der Nachrichtenchef des öffentlich-rechtlichen polnischen Fernsehens TVP, Jarosław Olechowski, bezog sich auf den Artikel auf Twitter.

„In dem Artikel der Jerusalem Post kommt das Wort DEUTSCHLAND nicht vor. Währenddessen erscheinen die Worte Polen [Land], Polen [Volk], Nazis und Holocaust zahlreiche Male. Genau wie in Yair Lapid's Statement selbst“, schrieb er.

Die Erklärung der Botschaft und Lapid's Kommentare lösten eine Lawine von weiteren kritischen Kommentaren in der polnischen Twitter-Sphäre aus.

„Akzeptieren Sie die Tatsache, dass Polen zur Sphäre der lateinischen Zivilisation gehört und als Teil davon die soziale Ordnung auf dem individuellen Recht des Besitzes aufgebaut ist, nicht auf dem ethnischen. Im Falle eines Mangels an Erben eines bestimmten polnischen Bürgers, geht das Eigentum an den Staat und nicht an Sie“, schrieb der Bundespolitiker Krzysztof Bosak.

„Israel, das über Moral schreibt, ist wie Russland, das über Menschenrechte schreibt“, sagte Dariusz Matecki, Politiker und Präsident des Anti-Polnischen Überwachungszentrums.

„Ich bin fasziniert von dem Satz über ‚Nazis und ihre Kollaborateure‘. Welcher Nationalität waren diese ‚Nazis‘? Polen hat, mit Ausnahme einiger Einzelfälle, nicht mit ‚Nazis‘ kollaboriert und gehörte zusammen mit polnischen Bürgern jüdischen Glaubens zur Gruppe der ‚Nazi-Opfer‘“, so Rafał Dudkiewicz.

Minister Kaleta: Es gibt keine polnische Schuld

Der stellvertretende Justizminister Sebastian Kaleta erklärte im Interview für das Portal *wPolityce.pl*, was die neue Gesetzesnovelle eigentlich beinhaltet und welche Ziele damit verfolgt werden.

„Mit dem Gesetzentwurf soll die Frist für die Beantragung von Restitutionsansprüchen eingeschränkt werden. Wenn es um Prozesse geht, die mangels Vorkriegserben nicht abgeschlossen wurden – das so genannte erbenlose Vermögen – soll das Gesetz diese amortisieren. Für Millionen von Polen entfällt damit die Zeit der ewigen Ungewissheit, ob ein echter oder (wie in Warschau manchmal geschehen) ein falscher Erbe oder Nachlassverwalter auftauchen wird, um Ansprüche auf ihr Haus, ihre Schule oder ihr Feld zu stellen“, sagte er.

Kaleta glaubt, dass „Israel eine Politik betreibt, die Polen zwingen soll, für das Eigentum polnischer Bürger zu zahlen, die keine Nachkommen hinterlassen haben und durch den deutschen Holocaust gestorben sind“.

„Ohne jede Grundlage versuchen sie, andere davon zu überzeugen, dass die Polen eine vermeintliche Schuld haben und für diese Zeit bezahlen müssen. Die Wahrheit ist das Gegenteil. Die Frage der Restitution ist die direkte Folge nicht des Holocausts, sondern der

Übergabe Polens in die Hände der Kommunisten und der fehlenden Reparationen aus Deutschland. Der eigentliche Adressat der israelischen Forderungen sollte Deutschland sein, auf das sich Israel derzeit als die mythischen ‚Nazis‘ bezieht“, erklärte der Minister.

Polen war die Heimat einer der größten jüdischen Gemeinden der Welt, bis sie während des Zweiten Weltkriegs von den Nazis fast vollständig ausgelöscht wurde. Jüdische ehemalige Eigentümer und ihre Nachkommen kämpfen seit dem Fall des Kommunismus im Jahr 1989 für eine Entschädigung.

Im Jahr 2015 entschied das polnische Verfassungsgericht, dass eine Frist gesetzt werden muss, nach der fehlerhafte Verwaltungsentscheidungen nicht mehr angefochten werden können. Im März schlug ein Parlamentsausschuss einen Gesetzentwurf zur Umsetzung mit Fristen zwischen 10 und 30 Jahren vor.

Quelle: [REMIX NEWS](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) „Wir arbeiten als Antithese zum Soros-Projekt“ – Konservative Universität in Warschau öffnet im Oktober ihre Tore

19. 06. 2021



Der Rektor des neuen konservativen Kollegs in Warschau, Collegium Intermarium, Dr. Tymoteusz Zych - Foto: Marcin Żegliński / TS

Der Rektor des Collegium Intermarium sagt, dass die Universitäten die Rolle der Verteidigung der Suche nach Wahrheit, Güte und Schönheit aufgeben zu haben scheinen und dass seine Institution versuchen wird, diese Rolle der Universitäten im öffentlichen Leben wiederherzustellen

Tymoteusz Zych, der Rektor des Collegium Intermarium, sagte, er sei nicht überrascht, dass er in den Medien angegriffen werde, noch bevor die von ihm geleitete Hochschule ihre Türen öffnet.

In einem Interview mit der langjährigen Solidarność-Wochenzeitung „Tygodnik Solidarność“ sagte er, dies sei so, weil „die Universitäten derzeit von linken Ansichten dominiert werden.“ Er sagte, dass er verstehe, dass dies nicht über Nacht geändert werden könne und dass es nicht möglich sei, „uns in Ghettos einzuschließen“. Es muss getan werden, indem man „jungen Menschen eine Alternative zum linken Mainstream bietet“.

Er sagte, seine Institution werde sich auf traditionelle Werte stützen, die Europa geprägt haben, von denen sich der Kontinent aber verabschiedet hat. Sie würde auch auf der Förderung des Lernens und der freien Debatte beruhen und nicht auf Ideologie.

Auf die Frage nach dem Namen der Institution, Collegium Intermarium, bestätigte Zych, dass es ein Versuch sei, sich in die Idee des Intermariums als politische, philosophische und wissenschaftliche Einheit einzufügen und der Welt das intellektuelle Potential der Drei-Meere-Initiative zu zeigen, zu der Polen und 11 weitere Länder der mittel- und osteuropäischen Region gehören. Die Universität hofft, die Identität und Bedeutung der Drei-Meere-Initiative zu stärken, um den Versuchen der Kolonisierung der Region zu widerstehen.

Zych bestätigte, dass dies das erste derartige Projekt in Polen sei, aber es werde auf den besten Universitätserfahrungen in den Vereinigten Staaten und Großbritannien basieren. Auf die Frage nach dem geplanten Lehrplan sagte er, dass Recht und internationale Menschenrechte das „Flaggschiff“ seien, da die Wahrnehmung der Menschenrechte aus ideologischen Gründen missbraucht werde, unter anderem, um die Abtreibung zu legalisieren.

Das College wird auch Studien in Bereichen wie klassische Pädagogik, Psychologie, Architektur und Management entwickeln. Es wird auch einen Schwerpunkt auf kulturelle Klassiker, Rhetorik und die Kunst der Debatte im Diskurs geben. Lehrmethoden wie Einzeltutorien werden eingesetzt, und jeder Student wird seinen eigenen persönlichen Mentor für seinen Studiengang haben. Das College wird auch die praktische Erfahrung bei der Vorbereitung auf den juristischen Beruf in den Vordergrund stellen.

Auf die Frage, ob die Einrichtung eine Möglichkeit sein wird, konservative Kader in den Berufen und der öffentlichen Verwaltung bereitzustellen, meinte Zych, dass die Initiative viel breiter angelegt sei und versuchen werde, eine meinungsbildende intellektuelle Gemeinschaft zu schaffen, aus der sich Führungskräfte der zivilen und politischen Gesellschaft rekrutieren würden.

„Sie müssen nicht konservativ sein, was zählt, ist, dass sie die Wahrheit suchen und die freie Debatte und die Freiheit der akademischen Forschung respektieren“, sagte Zych.

Der Rektor sagte, dass es das Ziel des Projekts sei, niemandem Ansichten aufzuzwingen.

Rektor Tymoteusz Zych:

„Im Grunde genommen arbeiten wir als Antithese zum Soros-Projekt. Er will von oben lenken, indem er Gleichgesinnte rekrutiert, um Spitzenpositionen in der Gesellschaft zu besetzen. Wir wollen von unten nach oben arbeiten und die Menschen befähigen, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen.“

Das College wird im Oktober mit der Durchführung von Kursen beginnen, zu denen jeweils 20 Studenten zugelassen werden. Forschungsprojekte werden rund um die Themen Ehe, Familie, Demografie, Souveränität, wirtschaftliche Freiheit und eine solide Bewertung der europäischen Integration aufgebaut.

Auch die Manipulation der öffentlichen Meinung durch traditionelle und soziale Medien soll erforscht werden.

Quelle: [TYGODNIK SOLIDARNOŚĆ](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Gazeta Wyborcza über polnische Verbrechen an guten Deutschen

22. 06. 2021

The screenshot shows the website wyborcza.pl with the 'ALE HISTORIA' section. The main article is titled 'Polska, ojczyzna Niemców. Nauczylili nas pisać i czytać. Ofiarowali łacinę i chrześcijaństwo' by Andrzej Romanowski, dated 12 czerwca 2021 | 06:00. The article features a black and white photo of two men in conversation. To the right, there is a 'NAJCZĘŚCIEJ CZYTANE' (Most Read) sidebar with three items: 'WARSZAWA Chorzy leżą we własnych odchodach. Co się dzieje w szpitalach zamkniętych przed rodzinami?', 'MATERIAŁ PROMOCYJNY PARTNERA Przepis na sukces? Trzeba słuchać ludzi!', and 'MATERIAŁ PROMOCYJNY PARTNERA Nowa Skoda Enyaq IV, czyli SUV na prąd'.

Screenshot

In der linksliberalen Gazeta Wyborcza erschien ein Artikel von Andrzej Romanowski, der in Polen einen Skandal erzeugte:

Polen ist dank der Deutschen entstanden, es hat seinen Glauben und seine Kultur von ihnen übernommen. Jahre später, im Kampf mit dem Deutschen Orden, „teilte“ Polen Preußen, und so ist es kein Wunder, dass es nach mehreren hundert Jahren von Preußen selbst demontiert wurde. Als es – natürlich auch mit Hilfe der Deutschen – seine Unabhängigkeit

wiedererlangte, verfolgte es die Deutschen brutal. Daraus erwuchs die Wut der deutschen Soldaten im Jahr 1939 ... Deutsche Verbrechen an Polen? Eine Episode aus der tausendjährigen Geschichte! Und übrigens hätten auch die Polen Verbrechen begehen; es gab sogar polnische Lager für Deutsche... Das ist nicht die Erzählung irgendeines deutschen Nationalisten von der AfD. Dies ist das Bild, das der Historiker Andrzej Romanowski auf den Seiten der „Gazeta Wyborcza“ aufbaut – angeblich „aus Boshaftigkeit“ – und damit gegen den „primitiven Antigermanismus“ der Polen und der polnischen Behörden opponieren will.

„Polen, das Heimatland der Deutschen. Sie brachten uns das Schreiben und Lesen bei. Sie haben Latein und das Christentum geopfert“, einen Artikel mit diesem Titel veröffentlichte die [Gazeta Wyborcza](#) am 12. Juni auf ihrer Website. Klingt provokant? Der Inhalt von Andrzej Romanowskis Text ist noch viel schlimmer als der Titel. Es gibt sogar... polnische Lager.

Andrzej Romanowski ist an der Fakultät für Polonistik der Jagiellonen-Universität und am Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften tätig. „Wir sind niemandem so viel schuldig wie den Deutschen. Dank ihnen sind wir mindestens zweimal nach Europa gekommen: vor über tausend Jahren und erst kürzlich. Die polnische Geschichte sollte von der deutschen – und europäischen – Geschichte eingeklammert werden. – schreibt Romanowski in seinem Artikel.

Der Autor geht von eher banalen Aussagen aus und erinnert daran, dass ein Teil der polnischen Gebiete jahrhundertlang auch von Deutschen bewohnt wurde. Er beschreibt, wie die Polen aus der deutschen Kultur schöpften, wie viele berühmte Polen der vergangenen Jahrhunderte deutsche Wurzeln hatten, wie die polnische Sprache vom Deutschtum durchtränkt wurde.

Im weiteren Teil des Textes erklärt er, dass er von nun an eine Haltung der „Widerspenstigkeit“ einnehmen werde, um gegen den „primitiven Antigermanismus der heutigen Machthaber Polens“ zu opponieren. Und während man über die polnisch-deutschen Beziehungen in den ersten Jahrhunderten der polnischen Staatlichkeit interessant schreiben kann, sogar über das Polentum und das Deutschtum von Nikolaus Kopernikus diskutieren kann, wirkt die Haltung der angeblichen „Gegensätzlichkeit“, angewandt auf die jüngere Geschichte, geradezu skurril...

So lesen wir zum Beispiel, dass der Friedensvertrag von Toruń (Thorn) von der deutschen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts als Teilung Preußens bezeichnet wurde, „die Beteiligung Preußens an der ersten Teilung Polens im Jahre 1772 wäre also eine Rache für die Teilung des Klosterstaates von vor 300 Jahren“.

Romanowski kritisiert z.B. die polnische Darstellung der deutschen Bewegung nach Osten, den Drang nach Osten, und kontrastiert sie mit ... dem polnischen und slawischen Drang nach Westen. „Während des Zweiten Weltkriegs erreichten die Deutschen Stalingrad, aber nach der Niederlage mussten sie sich noch weiter zurückziehen, während die Polen nicht nur das ganze schon Oberschlesien, sondern auch Niederschlesien, sowie Pommern und Ostpreußen bekamen,“ schreibt der Historiker.

„Wenn wir die polnisch-deutsche Geschichte aus der Perspektive von tausend Jahren betrachten, treten bewaffnete Konflikte, Teilungen und Germanisierung, sogar das völkermörderische Dritte Reich, in den Hintergrund und werden zu grausamen Einzelepisoden“, schreibt Romanowski. Das sind interessante Worte. Sie ähneln der

berühmten Aussage des Vorsitzenden der AfD-Bundestagsfraktion, Alexander Gauland, der die Zeit der Naziherrschaft als unbedeutend („Vogelschiss“) in der tausendjährigen Geschichte des Deutschtums bezeichnete.

Romanowski schreibt weiter über die „polnische Schuld“. „Die Stellung der deutschen Minderheit in der Zweiten Polnischen Republik ist uns kaum bekannt. Nicht umsonst haben in den Jahren 1919–26 etwa eine Million Deutsche Polen verlassen – die Hälfte der Bevölkerung dieser Gemeinde in diesem Gebiet“, schreibt er und erinnert an die anekdotische Geschichte, wie ein polnischer Lehrer in Września (Wreschen) einen Studenten, einen Deutschen namens Maletzki, demütigte. Die Demütigung soll 1925 stattgefunden haben. Romanowski fasst es mit einer bemerkenswerten Aussage zusammen: „Man braucht nicht viel Phantasie, um sich Maletzki's Schüler im Jahr 1939 vorzustellen; er wäre damals 25 Jahre alt gewesen.“ Deutsche Verbrechen an Polen als Vergeltung für Demütigungen in der Zweiten Republik?

Weiter schreibt der Autor über die „polnische Verantwortung“ für die Vertreibung der Deutschen aus den heutigen polnischen Westgebieten. „Das war der einzige Punkt, in dem sich ‚Londoner Polen‘ und ‚Lubliner Polen‘ trafen. Zweitens und am wichtigsten: Die Vertreibung wurde allein mit polnischen Händen durchgeführt“, schreibt Romanowski. Seiner Meinung nach „wurde das Programm der Vertreibung von der Nazi-Ideologie kopiert – diesmal war es Polen, das Lebensraum brauchte...“. „Und die Vertreibung wurde von Diebstahl begleitet: was die Deutschen nicht mitnahmen und die Rote Armee nicht plünderte, wurde zur Beute polnischer Plünderer. Und das geschah mit Hilfe von Lügen. Schließlich hatte Polen sechs Jahrhunderte lang keinen Anspruch auf die nun „wiedergewonnenen“ Gebiete.“ – Dann listet Romanowski „polnische Verbrechen“ auf – wie und wo Polen Deutsche getötet haben. Er endet mit einer unglaublichen Aussage: „In Potulice (Potulitz) in der Gemeinde Nakło (Nakel) war von 1945 bis 1950 das Zentrale Arbeitslager in Betrieb; 3100 Deutsche starben dort. Sind wir dann zu Recht entrüstet, wenn wir den Begriff „polnische Lager“ hören? Verstehen wir, was es auch bedeuten kann? „Die Rache der Opfer““.

Schließlich argumentiert Romanowski, dass der Erlass des Nationalrates vom 13. September 1956 „über den Ausschluss von Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Gesellschaft“ nur „mit der grausamsten Periode des Stalinschen Terrors“ eine Analogie findet. Es bliebe noch daran zu erinnern, dass der Nationalrat eine Schöpfung der Kommunisten war!

Gegen Ende des Textes schlägt Romanowski auch auf den polnischen Glauben ein. „Polnisches oberflächliches Christentum – wie oft von nationalistischen Geistlichen zusammengeschustert ... Das echte Christentum wurde nach dem Krieg zuerst von den Deutschen vorgeführt. Ständig halfen sie ihren Brüdern aus der DDR und begannen auch denen zu helfen, die in Ostpreußen, Pommern und Schlesien regierten“, schreibt er.

Quelle: PCh24.pl

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Polen: Jarosław Kaczyński bereitet sich auf die Wahlen 2023 vor

Von Tímea Koren-Karczub

16. 06. 2021



Jarosław Kaczyński · Bildquelle: Magyar Nemzet

Der Präsident der polnischen Partei für Recht und Gerechtigkeit (PiS), Jarosław Kaczyński, und der Vorsitzende der Oppositionsgruppe Kukiz'15 haben gestern gemeinsam ihre Vereinbarung zur Stärkung der Unterstützung für Recht und Gerechtigkeit (PiS) vorgestellt. Die Partei, die die Regierungskoalition anführte, hat an Popularität verloren. Inzwischen hat sich das Kräfteverhältnis zwischen den Oppositionsparteien deutlich verändert.

Ein Abkommen über gegenseitige parlamentarische Unterstützung wurde gestern zwischen der Partei für Recht und Gerechtigkeit (PiS), der regierenden Koalition in Polen, und Kukiz'15, einer kleinen Oppositionsgruppe unter Führung des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Paweł Kukiz, unterzeichnet.

Der Deal zielt darauf ab, die PiS zu stärken, die in letzter Zeit eine Reihe von Meinungsverschiedenheiten mit den Zwergparteien der Koalition hatte. Die Vereinbarung mit Kukiz'15 verändert zwar nicht wesentlich das Kräfteverhältnis im Parlament, könnte der PiS aber prinzipiell eine Mehrheit bei einigen Abstimmungen sichern, bei denen die Koalitionsregierung, die derzeit 232 Abgeordnete hat, im 460 Sitze zählenden Unterhaus nicht einstimmig abstimmen würde.

Jarosław Kaczyński erklärte, dass die Vereinbarung dazu führen würde, dass die PiS eine Reihe von Gesetzen unterstützt, die für Kukiz'15 wichtig sind, im Gegenzug für die Unterstützung der Oppositionsgruppierung für das Programm der Regierung zur nationalen Entwicklung, das aus EU- und polnischen Haushaltsmitteln finanziert wird.

- Kukiz'15 wird alles unterstützen, was notwendig ist, um das derzeitige Gleichgewicht der politischen Kräfte im polnischen Parlament zu erhalten“, fügte Kaczyński hinzu. Er betonte, dass die Unterstützung von Kukiz'15 für die „parlamentarische Arithmetik“ wichtig sei, aber sie erweitere auch den Kreis der Bürger, die die PiS mit ihrem Programm ansprechen könne.

- Der Deal mit Paweł Kukiz ist nicht nur für die Stabilisierung der fragilen Parlamentsmehrheit wichtig, sondern auch, weil der populäre ehemalige Sänger es der Regierungspartei ermöglicht, eine Gruppe von Wählern zu erreichen, die grundsätzlich gegen das Establishment eingestellt sind und Vorbehalte gegenüber der Politik haben, und die zuvor möglicherweise reflexartig Kaczyńskis Partei, die in der Politik aktiv ist, abgelehnt haben.

- erklärte Mihály Rosonczy-Kovács, ein Analyst des Central European Viewpoint Institute, gegenüber Magyar Nemzet.

Die Partei, die die Koalition anführt, hat die Unterstützung, die sie braucht: Die jüngsten Umfragen zeigen, dass 32–36 Prozent der Wähler für das PiS-geführte Rechtsbündnis stimmen würden, ein deutlicher Rückgang gegenüber der Wahl 2019, als sie mit 43,6 Prozent einen Erdrutschsieg errang. Laut Mihály Rosonczy-Kovács war der Hauptgrund für den Rückgang der Popularität die Angleichung des Abtreibungsgesetzes von 1997 an den Artikel der Verfassung, der besagt, dass der Staat die Pflicht hat, das menschliche Leben zu schützen.

- Es gab gewalttätige Proteste gegen das Abtreibungsgesetz, und Jarosław Kaczyński gab kürzlich in einem Interview zu, dass seine Partei bei den weiblichen Wählern an Vertrauen verloren habe. In fast zwei Monaten hat die PiS eine Welle des Unmuts sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite ihrer eigenen Wählerschaft ausgelöst

- erklärte der Analyst.

Doch nicht nur innerhalb der PiS, sondern auch bei den Oppositionsparteien hat es seit den letzten Parlamentswahlen große Veränderungen gegeben. Die wichtigste Oppositionskraft, die Bürgerkoalition (eine Fraktion unter Führung der Partei Bürgerplattform), liegt in Umfragen mehrere Prozentpunkte vor der Partei Polen 2050, dicht gefolgt von der PiS mit 25 Prozent, obwohl sie erst nach den Parlamentswahlen im letzten Jahr gegründet wurde – nachdem Mitglieder anderer Fraktionen übergelaufen waren.

- Es ist fraglich, ob der Erfolg von Polen 2050 langfristig tragfähig ist. Obwohl sie in den Umfragen vor der Bürgerplattform (PO) liegt, die seit Jahren mit einer Identitäts- und Führungskrise zu kämpfen hat, kann sich letztere auf eine wesentlich stärkere Parteistruktur stützen.

In Polen ist das Entstehen neuer Formationen, die sich an Wähler richten, die von den alten Strukturen desillusioniert sind, sich aber für Politik interessieren, fast ein „normaler Vorgang“. Dies war der Fall bei der nun komplett verschwundenen Palikot-Bewegung von 2011 oder der nun fusionierten Modern. Hołownia scheint im Moment erfolgreicher zu sein als diese“, erklärt Mihály Rosonczy-Kovács. Er fügte hinzu, dass Polen 2050, angeführt von Szymon Hołownia, einer bekannten TV-Persönlichkeit, die bei den letztjährigen Wahlen zur Präsidentschaft der Republik in die Politik eintrat, vor allem auf Kosten der Bürgerplattform und der Polnischen Bauernpartei an Stärke gewinnen konnte.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Polnischer Außenminister kritisiert USA: erfuh Aufhebung der Nord Stream 2 Sanktionen aus Medien

17. 06. 2021



Zbigniew Rau · Foto: Albert Zawada/PAP

Der polnische Außenminister Zbigniew Rau sagt, Präsident Biden scheine zu denken, Europa sei Deutschland allein

In einem Interview mit der rechtskonservativen Tageszeitung *Rzeczpospolita* hat der polnische Außenminister Zbigniew Rau das Verhalten der USA wegen des Verzichts auf Sanktionen gegen die deutsch-russische Gaspipeline Nord Stream 2 kritisiert. Unter Präsident Joe Biden scheinen die USA Europa nur mit deutschen Interessen gleichzusetzen, so Rau.

Rau erklärte, er habe von Bidens Sanktionsverzicht aus den Medien erfahren. Polens Spitzendiplomat rechnet nicht mit einem Treffen zwischen Biden und dem polnischen Präsidenten Andrzej Duda in naher Zukunft.

Aber er sagte, dass der NATO-Gipfel in Brüssel, der dem Biden-Putin-Gipfel vorausgeht, zumindest eine Gelegenheit bieten wird, die Sicherheitsbedenken zu besprechen, die durch den Sanktionsverzicht bezüglich Nord Stream 2 entstanden sind.

Rau bestätigte, dass Amerika seine Entscheidung über Nord Stream 2 mit niemandem in Mitteleuropa abgesprochen hat, obwohl Staatssekretär Antony Blinken Anfang des Jahres versichert hatte, dass keine Entscheidungen getroffen würden, die den mitteleuropäischen Interessen zuwiderlaufen.

„Leider ist die in Europa ankommende US-Delegation so sehr mit dem Putin-Biden-Gipfel beschäftigt, dass sie keine Zeit fand, irgendwelche Treffen mit Verbündeten an der Ostflanke der NATO zu organisieren“, sagte er.

Er fügte hinzu, dass die Fertigstellung von Nord Stream 2 Deutschland und Russland in eine Partnerschaft bringen werde, die eine strategische Bedrohung für Polen, die Ukraine und die baltischen Staaten darstelle. Er wies darauf hin, wie Putin während des Internationalen Wirtschaftsforums betont habe, dass die Ukraine nun „guten Willen“ in ihren Beziehungen zu Russland zeigen müsse. Auf diese Weise würde Nord Stream 2 Russland erlauben, eine Politik fortzusetzen, die auf „Drohungen, Erpressung und militärischer Aggression“ basiere.

Er fragte rhetorisch: „Und was hat die Ukraine getan, um den totalen Mangel an Konsultationen mit ihr über Nord Stream 2 zu verdienen?“

Auf die Frage, ob er das Gefühl habe, Polen habe den Fehler gemacht, der Trump-Administration zu nahe zu stehen, verneinte er dies.

Er war der Meinung, dass wir es mit einem Fall zu tun haben, in dem eine neue Administration irrtümlich die Politik ihres Vorgängers ablehnt.

Quelle: [Rzeczpospolita](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Konflikt um Tagebau in Turów (Gem. Reichenau/poln. Gmina Bogatynia)

Tschechien erhält Unterstützung im Konflikt mit Polen wegen des illegalen Braunkohleabbaus im Tagebaurevier Turów, das unmittelbar hinter der Staatsgrenze bei **Grottau** / Hrádek nad Nisou liegt. Bereits Mitte Mai hat der Europäische Gerichtshof einen Stopp des Abbaus in diesem Gebiet verfügt, solange in diesem Fall noch kein abschließendes Urteil gesprochen ist. Nachdem der polnische Premier **Mateusz Morawiecki** erklärt hat, dass Polen trotz Bergbauverbot weiterhin Braunkohle fördern werde, hat sich die Europäische Kommission der Klage Tschechiens angeschlossen. Die Tschechische Republik hat im Februar dieses Jahres Polen geklagt, weil der Tagebau auf der nordböhmischen Seite die Qualität des Trinkwassers bedroht. [Hier geht es zum „Powidl“-Bericht.](http://www.powidl.eu/braunkohle-konflikt-17-06-2021.html?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=newsletter_12_2021&utm_term=2021-06-21)

http://www.powidl.eu/braunkohle-konflikt-17-06-2021.html?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=newsletter_12_2021&utm_term=2021-06-21

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 76, 2021

Wien, am 21. Juni 2021

Die Tschechische Republik erhält Unterstützung im Konflikt mit Polen wegen des illegalen Braunkohleabbaus im Tagebaurevier Turów, das unmittelbar hinter der Staatsgrenze bei Hrádek nad Nisou (Grottau) liegt. Bereits Mitte Mai hat der Europäische Gerichtshof einen Stopp des Abbaus in diesem Gebiet verfügt, solange in diesem Fall noch kein abschließendes Urteil gesprochen ist. Nachdem der polnische Premier Mateusz Morawiecki erklärt hat, dass Polen trotz Bergbauverbot weiterhin Braunkohle fördern werde, hat sich die Europäische Kommission der Klage Tschechiens angeschlossen. Die Tschechische Republik hat im Februar dieses Jahres Polen geklagt, weil der Tagebau auf der nordböhmischen Seite die Qualität des Trinkwassers bedroht.

Illegaler Braunkohle-Abbau in Polen: **EU unterstützt Tschechien**
17.06.2021

Die Fortsetzung des Bergbaus bis zum rechtskräftigen Urteil könne negative Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt haben, deswegen schließt sich auch die Europäische Kommission der Klage Tschechiens an, teilte ein Sprecher der Kommission am 16. Juni mit. Während tschechische Politiker von einem ersten Sieg im Turów-Konflikt sprechen, sieht Polens Premier Morawiecki sein Land von der EU ungerecht behandelt. Die polnische Regierung bestreitet, durch den Ausbau der Mine und der weiteren Kohleförderung und Verstromung gegen EU-Recht zu verstoßen. Wenn die polnischen Behörden das Gerichtsurteil nicht respektieren, können hohe Geldstrafen verhängt werden.

Laut Europäischem Gerichtshof (EuGH) konnte Polen seine Argumentation, dass die Einstellung des Kohleabbaus in Turów eine einschneidende Bedrohung der Energiesicherheit des Landes, die Stromversorgung der Bevölkerung und den grenzüberschreitenden Stromhandels darstelle, nicht ausreichend belegen. "Jedenfalls kann der von Polen behauptete angebliche Schaden, der mit der Unfähigkeit, bedeutende Energieprojekte und Investitionen durchzuführen, zusammenhängt, in keinem Fall gegenüber Umwelt- und Gesundheitsaspekten Vorrang haben", stellte das Gericht fest.

Tschechische Umweltschützer sehen im Eingreifen der Kommission zugunsten der Einwände Tschechiens bereits einen Wendepunkt im Turów-Konflikt. "Die Kommission sendet damit ein deutliches Signal an Polen, dass in Turów die illegale Braunkohleförderung eingestellt werden muss", kommentierte Nikol Krejčová von Greenpeace Tschechien. Die tschechische Regierung beschloss, beim EuGH einen Tagessatz von fünf Millionen Euro als Strafe für Polen zu fordern. Gleichzeitig wollen Umwelt- und Außenministerium jedoch auch ein bilaterales Abkommen mit Warschau ausverhandeln. Laut Angaben von Greenpeace soll dieser Vertrag eine Kompensation von 45 Millionen Euro enthalten, die von polnischer Seite gezahlt werden müsste. Von Einschränkungen im Abbau sei in dem Abkommen keine Rede. Polen selbst hat jegliche Verpflichtung zur Verminderung der Förderung abgelehnt. Der Staat möchte bis 2044 den Tagebau aufrechterhalten.

Greenpeace hat in Prag eine Protestkundgebung veranstaltet, bei der zwei Forderungen an die Regierung gestellt wurden: Erstens soll sie sich für den Stopp des illegalen Bergbaus einsetzen und die Durchsetzung des Gerichtsurteils mittels Sanktionen unterstreichen, zweitens dürfe die Regierung ihre Klage nicht zugunsten eines schwachen bilateralen Abkommens zurückziehen, wenn durch den Vertrag kein Ende des Abbaus fixiert wird. Greenpeace schlug zudem vor, für ein allfälliges Abkommen mit Polen auch Vertreter von Seiten der EU einzuladen.

**16) Tschechischer PM: Niederlande und Schweden bis 2044 und 2065
mehrheitlich muslimisch**

19. 06. 2021



Andrej Babiš ·

Foto: David Sedlecký / Wikimedia CC BY-SA 4.0,

**„Ich werde niemals zulassen, dass so etwas in der Tschechischen Republik passiert“,
schreibt Premierminister Babiš**

Der tschechische Premierminister hat einen Artikel geschrieben, in dem er die Einwanderung stark kritisiert und seine rivalisierende Piratenpartei mit einer erhöhten Einwanderung nach Tschechien in Verbindung bringt. In dem Artikel macht er eine Reihe von Vorhersagen darüber, wann bestimmte europäische Länder eine mehrheitlich muslimische Bevölkerung haben werden.

„Nach einigen Berechnungen werden die Niederlande im Jahr 2044 ein mehrheitlich muslimisches Land sein, und Schweden wird im Jahr 2065 folgen. Leider sind das die Fakten“, schrieb der tschechische Premier Andrej Babiš in einem Artikel der tschechischen Tageszeitung *Právo*. Babiš zitiert die Studien, auf die er sich bezieht, nicht.

„Für mich ist das ganz klar. Ich werde niemals zulassen, dass in Tschechien etwas Ähnliches passiert“, so Babiš weiter.

Während die ethnischen Schweden in den nächsten 45 Jahren zu einer Minderheit in ihrem Land werden, so das Ergebnis einer aktuellen akademischen Studie, gibt es weniger Beweise dafür, dass die Muslime zu einer Mehrheit werden würden. So weist Pew Research darauf hin, dass sich die muslimische Bevölkerung Europas bis zum Jahr 2050 auf 75 Millionen verdreifachen könnte. In Schweden könnten die Muslime 30 Prozent der Bevölkerung ausmachen, in den Niederlanden 15 Prozent.

„Was unser Land betrifft, werden wir selbst entscheiden, wer in unserem Land leben und arbeiten wird. Die Vorstellung, dass wir freiwillig afrikanische oder nahöstliche Migranten, deren Lebensweise mit der unseren absolut unvereinbar ist, in die Tschechische Republik ziehen lassen würden, ist absolut inakzeptabel. Wie ich kürzlich in der

Abgeordnetenversammlung sagte, wollen wir unser Land nicht teilen. Nur die Piraten-Partei hat eine völlig gegenteilige Meinung“, schrieb Babiš und verwies auf seinen Streit mit den tschechischen Piraten.

Babiš verweist auf soziale Missstände durch Migration

Das Geschäft mit den demografischen Prognosen ist ein heikles, aber es gibt klare Trends, die zeigen, dass die muslimische Bevölkerung in Westeuropa wächst, während die einheimische Bevölkerung sinkt. Babiš mag letztlich unpräzise sein, wenn man die Zeitachse solcher Verschiebungen betrachtet, aber die Daten zeigen, dass seismische demographische Veränderungen in der europäischen Gesellschaft stattfinden. Der tschechische Premierminister behauptete auch, dass die Migration zu großen gesellschaftlichen Problemen in ganz Westeuropa geführt hat, die nur wachsen werden, wenn man sie nicht unter Kontrolle hält.

„Wir sehen heute und jeden Tag in Westeuropa, wohin unkontrollierte Migration führen kann. In Deutschland werden Polygamie und Kinderehe toleriert. In Großbritannien gibt es islamische Parallelgerichte. In Frankreich schneiden Migranten Lehrern den Kopf ab oder greifen Frauen an, weil sie angeblich einen zu kurzen Rock tragen“, schreibt Babiš auch in dem Artikel für *Právo*.

Babiš' Artikel hat Kritik von einigen Akademikern in Tschechien geerntet.

„Es ist völlig falsch. Er will den Leuten Angst einjagen. Vor einem Jahr sagte er, dass Belgien im Jahr 2040 ein mehrheitlich muslimisches Land sein wird“, sagte Daniel Prokop, Soziologe und Forscher an der Karlsuniversität in Prag, über die Aussage des Premierministers gegenüber [Svenska Dagbladet](#).

Laut Prokop versucht Babiš, ein bedrohliches Bild des zukünftigen Migrantenzustroms zu malen, um von den innenpolitischen Problemen abzulenken.

„Ich will die Probleme, die mit der Migration zusammenhängen können, nicht herunterspielen. Aber das hier ist absurd. Seine Prognosen sind extrem übertrieben“, sagte Prokop.

Babiš nutzte seine Rede auch, um seine rivalisierende Piratenpartei als „Willkommensheißer“ von Migranten zu bezeichnen und fügte hinzu, dass die Piraten überschüssige Wohnflächen besteuern und Migranten in Haushalte einziehen lassen wollen. Die Piratenpartei verteidigte sich jedoch gegen solche Anschuldigungen mit einem Antrag auf eine einstweilige Verfügung und forderte eine Entschuldigung. Das Gericht hat Babiš bereits aufgefordert, sich für andere Angriffe auf die Piraten zu entschuldigen, was der Ministerpräsident jedoch verweigert.

Titelbild: Tschechiens Premierminister Andrej Babis geht, um während einer Parlamentssitzung in Prag, Tschechische Republik, Donnerstag, 3. Juni 2021, zu den Gesetzgebern zu sprechen. Die tschechische Koalitionsregierung unter dem populistischen Ministerpräsidenten Andrej Babis steht während der Sitzung vor einem Misstrauensvotum des Parlaments. (AP Photo/Petr David Josek)

Quelle: [Remix News](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

17) CZ: Web-Zensur wächst, aber Regierung tut wenig dagegen

Von Daniel Kaiser

20. 06. 2021



Foto: Shutterstock

Der Zensur-Trend macht sich nun auch im tschechischen Internet breit, wo bisher die Cancel Culture mehr oder weniger vermieden wurde

Die in Tschechien angesehene Organisation Allianz für die Familie scheint das jüngste Opfer der Internetzensur im Land zu sein. Auf Twitter gab die Allianz bekannt, dass sie auf Facebook zensiert wurde und es gibt Befürchtungen, dass dies ein komplettes Verbot bedeuten könnte.

„Laut Facebook verstößt die Allianz für die Familie gegen die Gemeinschaftsstandards. Wir sagen immer wieder, dass ein Kind einen Vater und eine Mutter braucht. Aber es ist uns nicht erlaubt, solche Dinge in dieser neuen, schönen und Regenbogengesellschaft zu sagen“, schrieb die Organisation und bezeichnete die Zensur als „Beerdigung“.

Obwohl die Allianz für die Familie nicht komplett verboten wurde, wurde die Organisation in letzter Zeit mehrmals verwarnt. Berichten zufolge werden Administratoren bei der Arbeit mit dem Facebook-Profil der Organisation eingeschränkt und können bestimmte Schritte nicht unternehmen (wie z. B. Leute, denen einige der Beiträge gefallen haben, einzuladen, Fans der Seite zu werden), woraufhin eine vage Ankündigung von Verstößen gegen die Gemeinschaftsrichtlinien erscheint. Wenn vergangene Fälle ein Hinweis sind, ist es oft der Fall, dass ein Verbot folgt, nachdem Facebook solche Schritte unternommen hat.

Die Allianz für die Familie ist nicht die einzige, die ins Visier genommen wird. Auch andere Figuren des „konservativen“ Facebook oder Twitter, wie z.B. der Spieleentwickler Daniel Vávra, deuten darauf hin, dass ein Verbot von Facebook nicht mehr weit entfernt ist. In einer solchen Situation freuen sich die Angegriffenen natürlich über jeden tschechischen Politiker, der sich gegen Zensur im Internet ausspricht.

Der ehemalige Vorsitzende der Christdemokratischen Partei (KDU-ČSL), Marek Výborný, tat dies auf seinem Twitter-Account und schrieb: „Ist die Welt verrückt geworden?“ und „Es ist nicht möglich, auf diese Weise zensiert zu werden, um eine stabile Familie zu verteidigen.“

Doch weil Václav Havel uns einst lehrte, dass Freiheit unteilbar ist, müssen wir den christdemokratischen Politiker daran erinnern, dass die Zensur in sozialen Netzwerken, diese „Reduzierung der Verbreitung von Inhalten“, nicht nur auf Themen und Gruppen angewandt wird, die ihm persönlich nahe stehen, sondern auch auf die Kritik an der europäischen Integration, die grüne Ideologie und natürlich die sehr empfindlichen Vertreter solcher Ideologien.

Was tut Tschechien gegen die Zensur?

Der Zensur-Trend macht sich nun auch im tschechischen Internet breit, wo bisher die Cancel Culture mehr oder weniger vermieden wurde.

Seit mehr als zwei Jahren gibt es einen Gesetzesentwurf in der Abgeordnetenversammlung, der das Löschen von nicht strafbaren Beiträgen zu einer Straftat machen würde, die mit einer Geldstrafe, in extremen Fällen sogar mit einer Haftstrafe geahndet werden könnte. Ende April dieses Jahres haben die Abgeordneten den Vorschlag zur zweiten Lesung angenommen, aber es wird allgemein angenommen, dass er am Ende nicht angenommen wird. Die christdemokratische Partei hat nichts für den Erfolg dieses Modells getan.

Im September letzten Jahres wurde eine Petition der Gesellschaft zur Verteidigung der Meinungsfreiheit (SOSP) mit dem Namen „Stoppt die Zensur“ in Umlauf gebracht. Neben der Forderung nach der Einrichtung einer parlamentarischen Kommission, die Gesetze gegen die Internetzensur verabschieden soll, wird auch gefordert, dass Firmen aus dem Silicon Valley einige Verbindungsleute in Tschechien einrichten, an die sich Opfer von Zensur wenden können.

Die Allianz für die Familie befindet sich heute in einer Situation, in der sie sich nur an eine Art Algorithmus, eine anonyme Organisation, wenden kann und auf jede Frage eine vorgefertigte Antwort erhält, ein Phänomen, mit dem sich unzählige Einzelpersonen und Organisationen konfrontiert sahen, als ihre Accounts zensiert oder verboten wurden.

Gestern retweetete die SOSP den Beitrag von Výborný mit einer Bemerkung: „Keiner der christdemokratischen Abgeordneten hat bisher unsere Petition unterzeichnet, und wir haben nur eine offizielle, sehr vage Reaktion der Partei nach vielen Monaten des Schweigens erhalten. Aber es ist nie zu spät.“

Das Desinteresse gilt auch für den Rest der Mitte-Rechts-Parteien, vor allem für die Bürgerdemokraten, abgesehen von einigen einzelnen Politikern.

Es ist sicher, dass, wenn die Mehrheit im nächsten Abgeordnetenhaus auch nur eine Stimme hat, die nächste Regierung von der Spolu-Koalition gebildet wird, wo, wie man sieht, der Kampf gegen die Internetzensur nur teilweise von der Piratenpartei unterstützt wird. Die Piraten sprechen zwar von einer europäischen Lösung des Problems, aber im Allgemeinen interessiert sie die Zensur in sozialen Netzwerken nicht.

Die nächste tschechische Regierung wird in dieser Hinsicht wohl nichts Ernsthaftes unternehmen. Sie wird sich nicht von Polen inspirieren lassen, wo zum Beispiel eine konservative Regierung ein Sondergericht gegen moderne Zensur geschaffen hat. Die

tschechischen gemäßigten Konservativen kämpfen gegen sich selbst, denn bei dem derzeitigen Tempo der Verengung des Meinungskorridors werden selbst Dinge, mit denen sie in diesem Jahr noch Wahlkampf machen, noch vor den nächsten Wahlen aus Facebook gelöscht werden.

Quelle: [Echo24.cz](https://www.echo24.cz)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

18) In der Tschechischen Republik sagen die Abgeordneten Ja zur Selbstverteidigung

23. 06. 2021



Die tschechischen Abgeordneten haben am Freitag, den 18. Juni, mit 141 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 15 Enthaltungen einen Antrag angenommen, der die Charta der Grundrechte und Freiheiten um einen neuen Artikel ergänzt, der besagt, dass „das Recht, das eigene Leben oder das Leben eines anderen Mannes oder einer anderen Frau auch mit Hilfe einer Waffe zu verteidigen, unter den gesetzlich festgelegten Bedingungen garantiert ist.“ Mit anderen Worten: Die tschechischen Abgeordneten stimmten für die Legalisierung der Selbstverteidigung. Um Gesetz zu werden, muss diese Änderung noch vom Senat genehmigt werden.

„Übermäßige Regulierung führt zu einem Anstieg der Anzahl illegaler Waffen
Zur Motivation für die Änderung der Gesetzgebung in diese Richtung erklärte die Abgeordnete Jana Černochová (Bürgerlich-Demokratische Partei, ODS – Opposition):

„Eine übermäßige Regulierung von legal gehaltenen Waffen macht keinen Sinn und führt zu einem Anstieg der Zahl illegal gehaltener Waffen [...] Das Ziel ist nicht, die Zahl der Waffen in den Händen der Bürger zu erhöhen. [...] Eine vernachlässigbare Anzahl von Verbrechen wird mit einer legal gehaltenen Waffe begangen“,

während der Abgeordnete Jiří Mašek (ANO – Mehrheit) sagte: „Dies ist kein Gesetz über die Bewaffnung, sondern über den Einsatz von Waffen zur Selbstverteidigung.“ Der Vorsitzende der Populistischen Partei (SPD), Tomio Okamura, der den Text ebenfalls unterstützte, argumentierte seinerseits, dass „ein ehrlicher Mann [...] Angst hat, sich zu verteidigen, wenn er nachts in seinem Haus angegriffen wird“, und bezog sich dabei auf einen jüngsten Vorfall in der Region Pilsen (Westböhmen).

Eine Petition, die von 102.000 Menschen unterstützt wird

Die Änderung folgt einer Petition, die von Jägern und anderen Waffenbesitzern initiiert und von 102.000 Bürgern unterzeichnet wurde, als Reaktion auf die Bestrebungen der Europäischen Kommission, im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus den – auch legalen – Besitz von Schusswaffen einzuschränken.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

19) Ferenc Kalmár: „Die Frage der Minderheiten ist eine europäische Frage“

Von Éva Harangozó

28. 06. 2021



Ferenc Kalmár, Ministerialbeauftragter - Foto: Zoltán Havran / Magyar Nemzet

Die Frage der nationalen Minderheiten ist seit Trianon, also seit hundert Jahren, eine der Säulen der ungarischen Außenpolitik, betont Ferenc Kalmár, Ministerialbeauftragter für die Entwicklung der ungarischen Nachbarschaftspolitik. Der Politiker gab der ungarischen Tageszeitung Magyar Nemzet ein Interview anlässlich der gemeinsamen Veranstaltung des Europarates und des Außen- und Handelsministeriums, die morgen in Straßburg stattfindet und sich mit den Rechten der nationalen Minderheiten, den bisher erreichten Ergebnissen und den damit verbundenen Herausforderungen beschäftigt.

- Was ist der Zweck der Konferenz?

- Unser Ziel ist es, das Thema der nationalen Minderheiten auf der Tagesordnung zu halten. Denn wir sehen, dass die Europäische Kommission es abgelehnt hat, eine EU-Gesetzgebung auf der Grundlage der Minority SafePack-Initiative zu initiieren, und damit das Thema der nationalen Minderheiten faktisch abgeschüttelt hat. Der Europarat hat jedoch in den 1990er Jahren Dokumente erarbeitet, die auch heute noch die Grundlage für den Schutz nationaler Minderheiten in Europa bilden. Ich glaube, dass die Frage der nationalen Minderheiten auch mit der Frage der Stabilität und des Friedens in Europa verbunden ist. Die Tatsache, dass dieses Thema von den EU-Gesetzgebern vom Tisch gefegt wird, zeigt jedoch, dass sie sich nicht mit den angespannten Situationen befassen

wollen, die durch die Vernachlässigung dieses Themas entstanden sind, wie etwa die Frage der Ostukraine. Diese Spannungen können sich in Zukunft durchaus noch verstärken. Zwischen Mai und November dieses Jahres wird Ungarn zum zweiten Mal die rotierende Präsidentschaft des Ministerkomitees des Europarates innehaben. Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Handel plant in diesem Jahr vier Konferenzen, die sich mit der Förderung eines effektiven Schutzes nationaler Minderheiten befassen. Die erste Etappe ist die morgige Konferenz in Straßburg, die sich mit den Instrumenten befasst, die wir derzeit haben, um uns für den Schutz nationaler Minderheiten in Europa einzusetzen.

- Was sind die Prinzipien, die Sie für wichtig halten?

- Erstens sollten alle akzeptieren, dass die Frage der nationalen Minderheiten keine innerstaatliche, sondern eine europäische Angelegenheit ist. Wenn wir über den Schutz von nationalen Minderheiten sprechen, meinen wir den Schutz der Identität. Denn diese Gemeinschaften werden nur überleben, wenn sie ihre Identität bewahren. Gleichzeitig sind individuelle und kollektive Rechte notwendig, um diese Identität zu bewahren. Ich möchte anmerken, dass es im Leben des Europarates bisher zwei Berichte gab, die es geschafft haben, kollektive Rechte durchzusetzen: 2003 den Bericht des Schweizer Vertreters Andreas Gross über Autonomie und 2014 den Kalmar-Bericht. Das nächste Prinzip ist, dass die Nationalität nicht der Staatsbürgerschaft folgen sollte. Die beiden können getrennt werden. Und es ist auch wichtig, dass die nationalen Gemeinschaften, die auf dem Territorium eines Landes leben, Teil des Prozesses der Staatsbildung dieses Landes sind. Dies ist im ungarischen Grundgesetz und im ungarischen Staatsangehörigkeitsgesetz festgelegt. Wir haben die oben genannten Prinzipien zusammen mit der Gesandten des Ministerpräsidenten, Katalin Szili, formuliert und werden sie dem Europarat zur Annahme vorschlagen.

- Welche Instrumente gibt es zum Schutz der Rechte von nationalen Minderheiten?

- Mitte der 1990er Jahre wurden unter dem Druck der südslawischen Kriege zwei Dokumente verabschiedet, die bis heute die Grundlage für den Schutz der nationalen Minderheiten in Europa bilden. Das eine ist das Europäische Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und das andere ist die Charta der Regional- oder Minderheitensprachen. Diese beiden Dokumente sind auch heute noch in Gebrauch: Sie sind verbindlich, aber nicht einklagbar.

- Was glauben Sie, wie die Konferenz morgen ankommen wird?

- Es hing schon immer vom politischen Establishment ab, wie verschiedene Länder die Frage der nationalen Minderheiten sehen. In den meisten europäischen Ländern ist das wirtschaftliche Klima für nationale Minderheiten nicht günstig, weshalb wir versuchen, dieses Thema am Laufen zu halten. Ich glaube, dass es nie einen letzten Moment gibt, aber wenn wir die Vielfalt Europas bewahren wollen, die eine der Grundlagen der europäischen Kreativität ist, müssen wir auch die verschiedenen nationalen Identitäten für die Zukunft bewahren. Es ist unter anderem die kulturelle Vielfalt, die die Entwicklung Europas gesichert hat. Dies ist aber nur möglich, wenn wir uns gegenseitig respektieren und anerkennen. Wenn die oben genannten fünf Prinzipien von Europa angenommen und in die Rechtssysteme der verschiedenen Mitgliedstaaten aufgenommen würden, dann könnten diese die Grundlage sein, auf der man mit den Verhandlungen beginnen und Ergebnisse erzielen könnte. Europa rutscht wirtschaftlich immer weiter ab, sein politisches Gewicht in der Welt nimmt ab. Wir glauben, dass die einzige Möglichkeit, diese Entwicklung zu stoppen, darin besteht, dass sich die Nationen zusammenschließen. Wenn wir miteinander konkurrieren und uns damit beschäftigen, wie wir uns gegenseitig assimilieren können,

werden wir keine Ergebnisse erzielen können. Dann werden wir alle zu Verlierern im globalen Wettlauf. Aber wenn wir zusammenarbeiten, besteht eine gute Chance, dass wir Gewinner sein werden. Dies gilt umso mehr für Mittel- und Osteuropa. Hier sollten sich die Nationen zusammenschließen, um Gewicht und eine Stimme zu haben. Wenn die Nationen Europas zusammenstehen, dann sind europäischer Fortschritt und Erfolg wieder garantiert.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

20) Film „Genozid in Engerau“ („Népartás Pozsonyligetfalun“)

Von Attila Ditzendy

29. 06. 2021



Szene aus "Genozid in Engerau"

Die Verleihung des Ungarischen Filmpreises fand heuer im Grand Hotel in Balatonfüred als Abschlussveranstaltung des ersten ungarischen Filmfestivals statt, das gemeinsam vom Nationalen Filminstitut und dem Programm „Veszprém-Balaton 2023 – Kulturhauptstadt Europas“ organisiert wurde.

Der Preis für die beste Kurzdokumentation ging diesmal an den Film „Genozid in Engerau“ („Népartás Pozsonyligetfalun“).

Der Dokumentarfilm „Genozid in Engerau“ wurde von Dávid Géczy und Zoltán Udvardy inszeniert und von Fruzsina Skrabski produziert. Der Film beschäftigt sich mit dem Lagersystem in Engerau, einem Vorort von Pressburg südlich der Donau (ungar. Pozsonyligetfalu, heute slowak. Petržalka), wohin Tausende von Ungarn und Deutschen, die in und um Pressburg lebten, in den letzten Wochen des Zweiten Weltkriegs deportiert wurden.

Im dem Internierungs- und Konzentrationslager, das von 1945 bis 1947 in Betrieb war, lebten fast ausschließlich ungarische und deutsche Zivilisten mit ihren Familien. Der Dokumentarfilm enthüllt die Geschichte der fast 100 ungarischen Häftlinge, die in diesem Lager hingerichtet wurden. Im Film hört man unter anderem die Stimme eines Überlebenden ungarischer Nationalität aus dem für Deutsche eingerichteten Lager. Die Geschichte zeigt auch, dass die Soldaten des slowakischen Regiments, das von Prag nach Bratislava geschickt wurde, um das Lager in Engerau zu bewachen, für Dutzende Massaker auf dem Weg verantwortlich war, so in Přeřov (Mähren), wo ein Zug mit ungarischen und deutschen Familien hingemetzelt wurde, die zuvor aus dem Hochland in den Westen geflohen waren, um der Front zu entkommen.

- Ich sehe die Bedeutung des Preises darin, die Aufmerksamkeit auf die Massaker an ungarischen und deutschen Zivilisten zu lenken, die im Juni und Juli 1945 in Engerau und bei Přeřov in Mähren stattfanden“, erklärte Zoltán Udvardy. Er fügte hinzu, dass die beiden Massaker, die eng miteinander verbunden sind, eine tragische Tatsache nicht nur der ungarischen, sondern auch der Weltgeschichte darstellen, die unverdientermaßen in Vergessenheit geraten ist. Weltgeschichte, weil zwei Jahre nach dem Ereignis, im Oktober 1947, die Leichen von Frauen und Kindern, die nach dem Massaker an deutschen und ungarischen Familien verscharrt worden waren, in einem Krematorium bei Olmütz in der Tschechischen Republik verbrannt wurden, um die Spuren des Massakers zu verwischen.

- Das heißt, zwei Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg rauchten wieder die Krematorien und es lag wieder Rauch von menschlichen Leichen in der Luft, mitten in Europa“, betont der Regisseur. Eine der wichtigen Aufgaben des Films ist es, darauf aufmerksam zu machen, dass man sich der ehemaligen Krönungsstadt Pressburg heute nicht nähern kann, ohne an den Massengräbern hingerichteter ungarischer und deutscher Opfer, ehemaliger Bewohner der Stadt und ihrer Umgebung vorbeizukommen. Die Straße von Engerau/Pozsonyligetfalu/Petrzalka nach Pressburg führt von Ungarn her kommend über eines der Massengräber. Einige der Häuser der heutigen Wohnsiedlung am Stadtrand wurden auf diesen Massengräbern errichtet.

Zoltán Udvardy weist auch darauf hin, dass es bereits eine kleine Gedenkstätte an der [Festung Bs-6](#) gibt.

Zeichen der spürbaren Opposition gewisser Kreise gegen den Film war nicht nur, dass ein slowakischer Historiker, den man interviewt hatte, schließlich darum bat, aus dem bereits fertigen Film herausgeschnitten zu werden. Auch ein Friedhofsregister, das seit 1945 existierte, aber am Tag der Dreharbeiten seltsamerweise verloren gegangen war, stellte die Kreativität der Filmemacher-Crew auf die Probe...

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Néřirtás Pozsonyligetfalun (ungarisch):

<https://www.youtube.com/watch?v=3sUC9aP7YuU>



Filmtrailer (in englischer Sprache):

<https://unser-mittleuropa.com/film-genozid-in-engerau-nepirtas-pozsonyligetfalun/>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

21) Ungarns Notenbankpräsident: Nein zum Euro

29. 06. 2021



György Matolcsy - Foto: Facebook

Die ungarischen Parlamentswahlen 2022 handeln in Wirklichkeit davon, ob die EU Ungarn kurzfristig in die Eurozone eingliedern kann. Diese steile These formulierte Notenbankpräsident György Matolcsy in einem aktuellen Meinungsbeitrag für die regierungsnahen Tageszeitung „Magyar Nemzet“. Der Artikel unter dem bezeichnenden Titel „Die Falle Euro“ reiht sich nahtlos ein in eine Reihe von Publikationen des MNB-Chefs, in denen er die Vorteile einer unabhängigen Geldpolitik herausstellt.

Ungarn werde seine Modernisierung nur außerhalb der Eurozone fortführen können, ist Matolcsy überzeugt. Diese Schlussfolgerung leitet er aus den ersten 20 Jahren der Gemeinschaftswährung ab. Nach Studien hätten mit dem Euro einzig Deutschland und die Niederlande gewonnen, die der für sie schwache Euro aber bequem machte, was letztlich zu Lasten ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit geht. Italien und Frankreich hätten derweil tausende Milliarden Euro verloren, weil der Euro für sie zu stark war.

Die Slowakei mochte lange Zeit als Erfolgsgeschichte des Euro in Osteuropa erhalten, doch auch sie hat im vergangenen Jahrzehnt gegenüber dem EU-Durchschnitt an Boden verloren. Umgekehrt hätten Polen, Tschechien und Ungarn viel gewonnen, die nicht den Weg der Slowakei und Sloweniens gingen. Rumänien könnte ein weiterer Gewinner des Sonderwegs werden, schreibt Matolcsy. Am deutlichsten zeichne sich dieser Effekt für die Visegrád-Staaten (V4) daran ab, dass sie als großer Handelspartner Deutschlands die Südeuropäer (Portugal, Spanien, Italien und Griechenland) und sogar noch Frankreich ablösen konnten.

„Heute können sich die V4 als Wachstumsmotor der EU profilieren, weil sie sich mehr Spielraum über eine eigenständige Wirtschafts- und Geldpolitik bewahrt haben“, resümiert der Notenbankpräsident. Ein Sieg der Opposition im Frühjahr 2022 würde deshalb eine dramatische Wende und wirtschaftliche Katastrophe für Ungarn bedeuten.

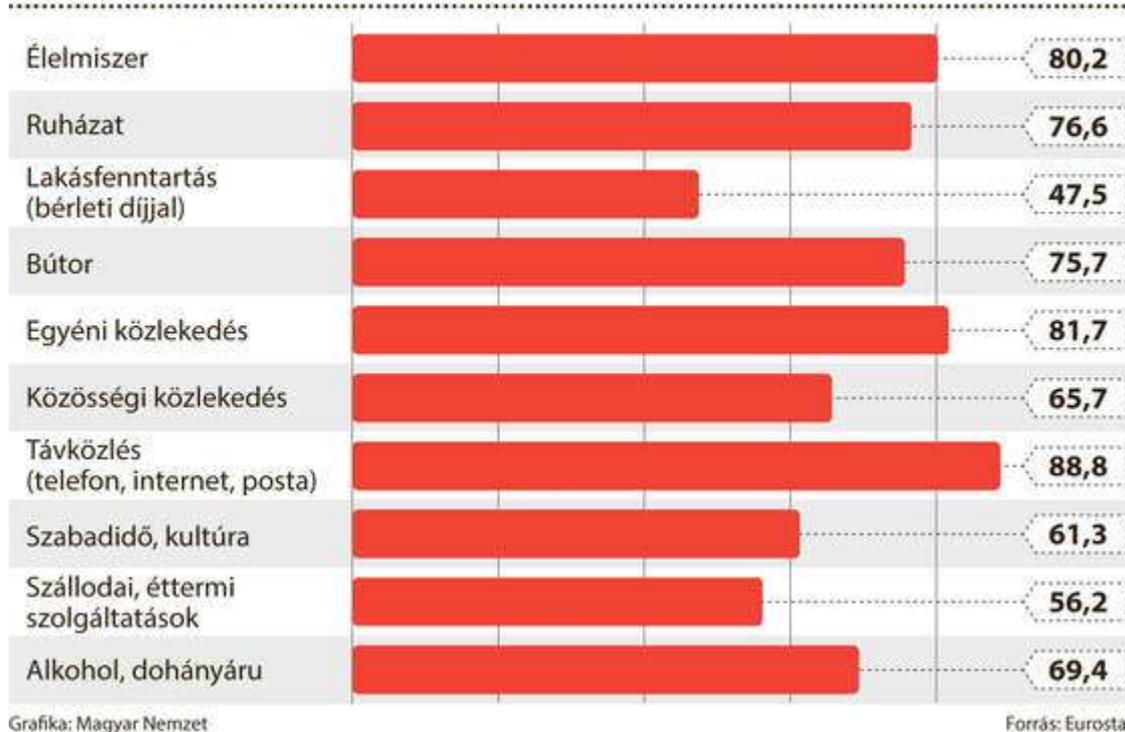
BUDAPESTER ZEITUNG Dieser Beitrag erschien zuerst in der PDF-Ausgabe der BUDAPESTER ZEITUNG vom 29. 6. 2021, unserer Partei in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

22) Das Leben in Ungarn ist viel billiger als in den meisten EU-Ländern

27. 06. 2021

Magyarországi árszínvonal az Európai Unió átlagához képest 2020-ban (EU=100%)



Preisniveau in Ungarn im Vergleich zum EU-Durchschnitt im Jahr 2020 (EU = 100%)

Lebensmittel	80,2%
Kleidung	76,6%
Wohnkosten (Miete)	47,5%
Möbel	75,7%
Private Verkehrsmittel	81,7%
Öffentliche Verkehrsmittel	65,7%
Telekommunikation (Telefon, Internet, Post)	88,8%
Freizeit, Kultur	61,3%
Hotels, Restaurants	56,2%
Alkohol, Tabak	69,4%

Ungarn ist eines der Länder mit den niedrigsten Preisen:

Alle Waren und Dienstleistungen sind billiger als die Durchschnittspreise in der Europäischen Union!

- Das zeigen die Daten von Eurostat zum Vergleich der Mitgliedstaaten für das letzte Jahr. Nach Angaben des statistischen Amtes der EU zahlen die Menschen in Irland, Luxemburg und Dänemark am meisten, mit Preisen, die 60–80% über dem EU-Durchschnitt liegen. Im Gegensatz dazu liegen die Preise in Bulgarien, Polen und Rumänien bei nur 37–42 % des EU-Durchschnitts.

Seite 119 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 793 vom 01.07.2021

So hat Ungarn mit 47,5 Prozent des EU-Durchschnitts im Jahr 2020 die sechstniedrigsten Wohnkosten unter den 27 Ländern.

Ungarn hat im Vergleich zu anderen Ländern die niedrigsten Kosten für Unterhaltung und kulturelle Dienstleistungen.

Erholung ist 39,7 % billiger als im EU-Durchschnitt.

Viele Waren und Dienstleistungen sind auf dem zweit- oder drittniedrigsten Preisniveau in der EU erhältlich.

Dazu gehören Kleidung, persönlicher Transport, Restaurant- und Hoteldienstleistungen, Alkohol und Tabak. Auch die Kosten für Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen sind mit 43,8 % deutlich niedriger.

Obwohl unsere Ausgaben deutlich unter denen der 27 Mitgliedsstaaten liegen, ist das niedrige Preisniveau in vielen Bereichen nahe am EU-Durchschnitt. Für Telekommunikationsdienste, d.h. Telefon, Internet und Post, liegt der Durchschnittspreis bei 88,8 % des EU-Durchschnitts. Obwohl unser Land das viertniedrigste Preisniveau für Lebensmittel hat, beträgt es mehr als achtzig Prozent des EU-Durchschnitts. Allerdings sind nur in Bulgarien und Rumänien die meisten Waren und Dienstleistungen auf einem niedrigeren Preisniveau als in der EU erhältlich.

In Ungarn sind Erholung, Essen, Wohnen, Möbel und Kleidung erschwinglicher als in den Nachbarländern.

Öffentliche Verkehrsmittel und Kommunikationsdienste sind im regionalen Vergleich teurer.

Die größten Unterschiede im Preisniveau zwischen den EU-Ländern gibt es bei den wohnungsbezogenen Kosten.

Während wir weniger als die Hälfte des EU-Durchschnitts für diese Kosten ausgeben, sind sie in den nordischen Ländern siebzig bis achtzig Prozent höher als im EU-Durchschnitt.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

23) Solidarität mit Ungarn: Petition unterzeichnen!
Schluss mit der familienfeindlichen Hetze gegen Ungarn und sein Volk!

28. 06. 2021



Bildquelle: Ungamreal

Das **Länderspiel Deutschland gegen Ungarn** im Rahmen der Fußball-Europameisterschaft, bei dem trotz einer **überragenden Leistung des ungarischen Teams** nicht der Sport, sondern **Regenbogen-Flaggen** im Vordergrund standen, war der vorläufige Höhepunkt einer **unerträglichen Hetzkampagne familienfeindlicher LGBTQ-Aktivisten gegen Ungarn**. Auslöser der Anfeindungen ist ein **vorbildliches Gesetz** der ungarischen Regierung, mit dem **Kinder wirkungsvoll vor LGBTQ-Propaganda an Schulen, sowie Frühsexualisierung und Pornographie in den Massenmedien geschützt** werden. Nun hat sich auch noch die korrupte EU auf Ungarn und dessen Gesetz zum Schutz der Jugend eingeschossen. **Ungarn braucht jetzt unsere Solidarität in seinem heldenhaften Kampf für die Familie!**

Über das neue ungarische Anti-Pädophilie-Gesetz haben **Fake-News-Medien** europaweit zahlreiche Lügen verbreitet. Doch ein [Blick in das Gesetz](#) genügt, um zu erkennen, worum es wirklich geht:

- Der Staat schützt das **Recht der Kinder auf eine ihrem Geburtsgeschlecht entsprechende Selbstidentität**.
- Das Gesetz verbietet, Kindern unter 18 Jahren Inhalte zugänglich zu machen, die **pornographisch** sind oder die **Sexualität in unangemessener Weise darstellen** oder die eine **Abweichung von der dem Geburtsgeschlecht entsprechenden Selbstidentität, eine Geschlechtsumwandlung oder Homosexualität propagieren** oder darstellen.
- Die **Sexualerziehung an Schulen** wird reguliert, um das **Recht der Eltern auf sexuelle Aufklärung ihrer Kinder** zu gewährleisten.
- Weitere Punkte beinhalten ein **Register von Sexualstraftätern** und ein **härteres Vorgehen gegen Kinderpornographie**.
-

Alles in allem verteidigt das neue Gesetz also in erster Linie das **Erziehungsrecht der Eltern** gegen die jugendgefährdende LGBTQ-Propagandamaschinerie, die nicht nur Ungarn, sondern die gesamte christliche Zivilisation bedroht. Auch **Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán (Fidesz)** bekräftigte, dass sich das **Gesetz nicht gegen den Lebensstil Erwachsener richtet**: „In Ungarn kann jeder frei leben, aber die Erziehung der Kinder ist das alleinige Recht der Eltern.“

Trotzdem behaupten **17 Staats- und Regierungschefs**, darunter die **deutsche Kanzlerin Angela Merkel (CDU)** und der **österreichische Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP)**, das ungarische Anti-Pädophilie-Gesetz verletze Grundrechte – als sei das Verderben der Jugend schon ein „*Grundrecht*“. Sie verlangen von der EU-Kommission drakonische Strafen gegen Ungarn. Die Forderungen reichen von **Kürzungen bei EU-Subventionen** bis hin zum **Ausscheiden Ungarns aus der EU**. EU-Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen (CDU)** kündigte umgehend **rechtliche Schritte gegen das ungarische Gesetz an** und drohte, dabei „*die volle Macht der EU-Kommission*“ auszuschöpfen.

Ungarn braucht jetzt dringend unseren Beistand gegen diesen unverschämten Angriff der EU auf seine Kinder und seine nationale Souveränität! Das ungarische Volk soll wissen, dass Politiker wie Merkel und Kurz mit ihrer familienfeindlichen Agitation gegen Ungarn nicht für die Menschen in Deutschland, Österreich und Europa sprechen. Zeigen wir mit anbei stehender Petition an die ungarischen Botschafter in Deutschland und Österreich unsere Unterstützung für das vorbildliche ungarische Anti-Pädophilie-Gesetz und dass die Mehrheit der Bürger in Europa hinter Ungarn und seinen Anstrengungen zum Schutz der Kinder und der Familien steht. Bitte solidarisieren auch Sie sich mit Ungarn und bekennen Sie Flagge für die Familie, indem Sie die Petition unterzeichnen:

www.patriotpetition.org/2021/06/25/solidaritaet-mit-ungarn-schluss-mit-der-familienfeindlichen-hetze-gegen-ungarn-und-sein-volk

Herzlichen Dank!

Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien zuerst bei UNGARNREAL, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

24) Was steht wirklich in Ungarns umstrittenem „Anti-LGBTQ-Gesetz“

Von Daniele Scalea

26. 06. 2021



Bildquelle: Centro Machiavelli

In denselben Stunden, in denen ein Teil der italienischen Regierung die angebliche „Einmischung“ des Vatikans in die inneren Angelegenheiten Italiens anprangerte (weil er darauf hinwies, dass das liberale Zan-Gesetz die Katholiken zensieren würde und damit das Konkordat, d.h. einen internationalen Vertrag, verletze), beschloss derselbe Teil die Teilnahme Italiens an der Einmischung vieler EU-Staaten gegen Ungarn, das sich schuldig gemacht hatte, ein Gesetz durch das von seinem souveränen Volk in freien Wahlen regulär gewählte Parlament zu verabschieden. Aber was genau besagt dieses umstrittene „Anti-LGBTQ-Gesetz“, wie es von den progressiven Medien gebrandmarkt wurde?

Es ist ein Gesetz, das die Strafen gegen Pädophile und andere Kriminelle, die Gewalt gegen Kinder ausüben, verschärft. Er erhielt nur eine Gegenstimme im Budapester Parlament und wurde mit einer sehr großen parteiübergreifenden Mehrheit (157 von 199) angenommen, obwohl einige linke Oppositionsabgeordnete sich entschieden, sich nicht an der Abstimmung zu beteiligen. Eine Reihe von spezifischen Bestimmungen waren Gegenstand von Kontroversen. Der erste ist der geänderte Abschnitt 6/A des Gesetzes 31/1997, der lautet:

Um die Verwirklichung der in diesem Gesetz vorgesehenen Ziele und die Umsetzung der Rechte des Kindes zu gewährleisten, ist es verboten, Personen, die das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, Inhalte zugänglich zu machen, die pornografisch sind oder die Sexualität in freizügiger Weise darstellen oder die eine Abweichung von der dem Geburtsgeschlecht entsprechenden Identifikation, Geschlechtsumwandlung oder Homosexualität propagieren oder darstellen.

Die gleiche Bestimmung ist im geänderten Abschnitt 3 des Gesetzes 48/2008 und im geänderten Abschnitt 5/A des Gesetzes 211/2011 enthalten.

Eine Änderung des Gesetzes 75/2010 betrifft die Massenmedien:

Programme sind in die Kategorie V einzustufen, wenn sie geeignet sind, die körperliche, geistige oder sittliche Entwicklung von Minderjährigen negativ zu beeinflussen, insbesondere wenn dies darauf zurückzuführen ist, dass sie als zentrales Element Gewalt, Propaganda oder die Darstellung von Abweichung von der dem Geburtsgeschlecht

entsprechenden Identifikation, Geschlechtsumwandlung oder Homosexualität oder direkte, naturalistische und ungerechtfertigte Darstellungen von Sexualität enthalten. Diese Programme müssen als „ungeeignet für ein Publikum unter achtzehn Jahren“ eingestuft werden.

Die Änderung des Gesetzes 190/2011, Abschnitt 11, bezieht sich auf die Bildung:

Bei der Durchführung von Aktivitäten, die sich mit Sexualkultur, Geschlecht, sexueller Orientierung und sexueller Entwicklung befassen, müssen die Bestimmungen von Artikel XVI, c. 1 der Verfassung besonders beachtet werden. Solche Aktivitäten dürfen nicht auf die Propagierung von Abweichung von der dem Geburtsgeschlecht entsprechenden Identifikation, Geschlechtsumwandlung oder Homosexualität ausgerichtet sein.

Meiner Meinung nach sind diese Bestimmungen nicht nur rechtmäßig, sondern voll gerechtfertigt.

Budapest betonte die Absicht, die Bildungsentscheidungen der Familie zu respektieren und das Schulsystem nicht in Konflikt mit ihnen zu bringen. Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die den Wert eines verbindlichen Vertrages hat, stellt in Art. 14 c. 3 fest: „Die Freiheit, unter Wahrung der Grundsätze der Demokratie Bildungseinrichtungen zu gründen, sowie das Recht der Eltern, für die Erziehung und den Unterricht ihrer Kinder gemäß ihren religiösen, weltanschaulichen und pädagogischen Überzeugungen zu sorgen, werden nach Maßgabe der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften über deren Ausübung geachtet. Vorbehaltlich der Tatsache, dass es in der Europäischen Union mittlerweile eine illegale Überzeugung ist, seinen Kindern keine Gender-Ideologie oder Homosexualität als Referenzwerte vorschlagen zu wollen, ist die ungarische Regelung vollkommen legitim und verteidigt in der Tat ein Grundrecht nicht-„progressiver“ Eltern. Das ungarische Gesetz verbietet keine sexuelle Orientierung oder Verhaltensweise, einschließlich Homosexualität; es verbietet lediglich Propaganda in Schulen, d. h. Maßnahmen, die darauf abzielen, Schüler in eine bestimmte Richtung zu beeinflussen. Und warum sollten Kinder in der Schule eine sexuelle Orientierung „gelehrt“ oder zu bestimmten Vorlieben überredet werden? Kurzum, um die Frage von Ungarn an die Regierungen der Länder zu richten, die sie beschuldigen, darunter auch Italien: Warum kümmert es sie so sehr, dass die Schule Kinder sexualisiert?

Die ungarische Gesetzgebung verbietet auch die an Kinder gerichtete Propaganda der Gender-Ideologie. Subjekten, die sich noch in der Entwicklung ihrer Identität und Sexualität befinden, kann nicht mehr beigebracht werden, dass es falsch ist, sich mit der Identifikation mit dem Geburtsgeschlecht zufrieden zu geben, sondern dass sie ihr „Geschlecht“ wählen und ändern können, wann immer sie wollen, und natürlich auch, dass sie ihren Körperbau durch pharmakologische und chirurgische Eingriffe anpassen können. Es ist nur lobenswert, dass man auf ungarischer Seite vermeiden will, Minderjährige mit einer ideologischen und unwissenschaftlichen Theorie zu indoktrinieren, die überdies viele Kinder dazu bringt, sich vorzeitig für schwierige und schmerzhaft medizinische Eingriffe (größtenteils noch experimentell) der „Geschlechtsumwandlung“ zu entscheiden. Wo, wie in Großbritannien, dieses Rezept leichtfertig angewendet wurde, scheint nun ein Umdenken stattzufinden. Dies ist vor allem den Bemühungen von Keira Bell zu verdanken, einem Mädchen mit einer schwierigen Kindheit, das als Teenager zu einer Geschlechtsumwandlung veranlasst wurde; als Erwachsene erkannte sie, dass sie getäuscht worden war und verklagte (erfolgreich) den National Health Service. Dr. Lisa Littman hat untersucht, wie Fälle von sogenannter „Geschlechtsdysphorie“ in Gruppen von Kindern durch Nachahmung entstehen. Warum will die italienische Regierung, dass Kinder zu traumatischen, irreversiblen und experimentellen Therapien „verführt“ werden?



Daniele Scalea

Gründer und Vorsitzender des Centro Studi Machiavelli. Er hat einen Abschluss in Geschichtswissenschaften (Universität Mailand) und einen Dokortitel in Politikwissenschaften (Universität Sapienza). Er ist Professor für „Geschichte und Doktrin des Dschihadismus“ und „Geopolitik des Nahen Ostens“ an der Universität Cusano. Von 2018 bis 2019 war er Sonderberater für Immigration und Terrorismus des Unterstaatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten Guglielmo Picchi. Sein neuestes Buch (geschrieben mit Stefano Graziosi) ist „Trump vs. Everyone. Amerika (und der Westen) am Scheideweg.“



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CENTRO MACHIAVELLI](#), unserem Partner bei der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

25) Offener Brief von Petr Bystron an die Mitglieder der ungarisch-deutschen Parlamentariergruppe

26. 06. 2021



Der AfD-Obmann im Auswärtigen Ausschuss Petr Bystron.

Ich wende mich an Sie als Bundestagsabgeordneter aus München und als stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Ungarischen Parlamentariergruppe. In meinem Wahlkreis in München befindet sich das Fußball-Stadion, welches der Stadtrat von München während des EM-Spiels Ungarn vs. Deutschland in Regenbogenfarben beleuchten lassen wollte – aus Protest gegen ein ungarisches Gesetz.

Wörtlich heißt es im Antrag, das am 15.6.2021 im ungarischen Parlament verabschiedete Gesetz reihte sich ein „in die seit Jahren betriebene systematische Einschränkung von Rechtsstaatlichkeiten und Grundfreiheiten in Ungarn“

Eine gewagte Behauptung – ausgerechnet aus Deutschland, wo Rechtsstaatlichkeit und Grundfreiheiten massiv eingeschränkt werden.

Hier nur eine kleine Auswahl aktueller Fälle:

- Ein Mann sitzt seit mehr als 100 Tagen im Gefängnis, weil er die Gebühren für das Staatsfernsehen nicht zahlen will;
- Eine Frau wurde für fünf Tage ins Gefängnis gesteckt, nur weil sie drei Mal auf dem Marktplatz keine Maske trug;

- Gleich zwei Richter müssen sich einem Strafverfahren wegen Rechtsbeugung ausgesetzt, nur weil sie Urteile gegen die Grundrechtseinschränkungen der Regierung gefällt haben.

Hinzu kommt, dass in diesem Land der Inlandsgeheimdienst (genannt Verfassungsschutz) systematisch sowohl gegen die größte Oppositionspartei im Parlament eingesetzt wird, wie auch gegen oppositionelle Gruppen aus der Zivilgesellschaft und freie Journalisten.

Das führt zu einem politischen Klima der Angst und Beklommenheit, die wir aus der Zeit des Kommunismus kennen: 65 % der Menschen trauen sich nicht mehr, ihre politische Meinung öffentlich zu äußern. – Das ist der niedrigste Wert seit 1953. Wenn deutsche Politiker, die diese Zustände zu verantworten haben, es wagen, einen mutigen Freiheitskämpfer wie Viktor Orbán zu diffamieren, ist es eine bodenlose Unverschämtheit.

Wenn Politiker den Sport für Agitation und Propaganda missbrauchen, ist es die Verletzung des Sportsgeistes und der fair-play. Wenn Gastgeber den Gast beleidigen, ist es eine Dummheit und ein Frevel.

All das ist in diesen Tagen passiert.

Ich entschuldige mich im Namen vieler Deutschen für diese Politiker, die so etwas tun. Ich versichere Ihnen, dass diese Politiker von Millionen Deutschen NICHT gewählt wurden. Sie sprechen nicht für das ganze Volk.

Wir wissen, dass die von diesen Politikern kritisierte Gesetzgebung des ungarischen Parlaments demokratisch und mit sehr großer Mehrheit zustande kam. Wir wissen auch, dass die meisten dieser Politiker, gar nicht den Gesetzestext kennen, den sie kritisieren.

Wir bitten Sie daher: Lassen Sie sich in keiner Weise von Ihrem Weg abbringen oder gar in die Knie zwingen. Bleiben Sie so stolz und kämpferisch wie Ihre Nationalmannschaft. Sie hat auf dem Platz ein großes Können und ein Riesenherz gezeigt. Alle Ungarn können auf diese Nationalmannschaft genauso stolz sein, wie auf ihre Regierung.

Mit freundlichen Grüßen,

Petr Bystron

Stv. Vorsitzender der deutsch-ungarischen Parlamentariergruppe

Abgeordneter im Wahlkreis München Nord

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

26) Nicht Ungarn hat ein Problem mit Rechtsstaatlichkeit, sondern EU und Deutschland

24. 06. 2021

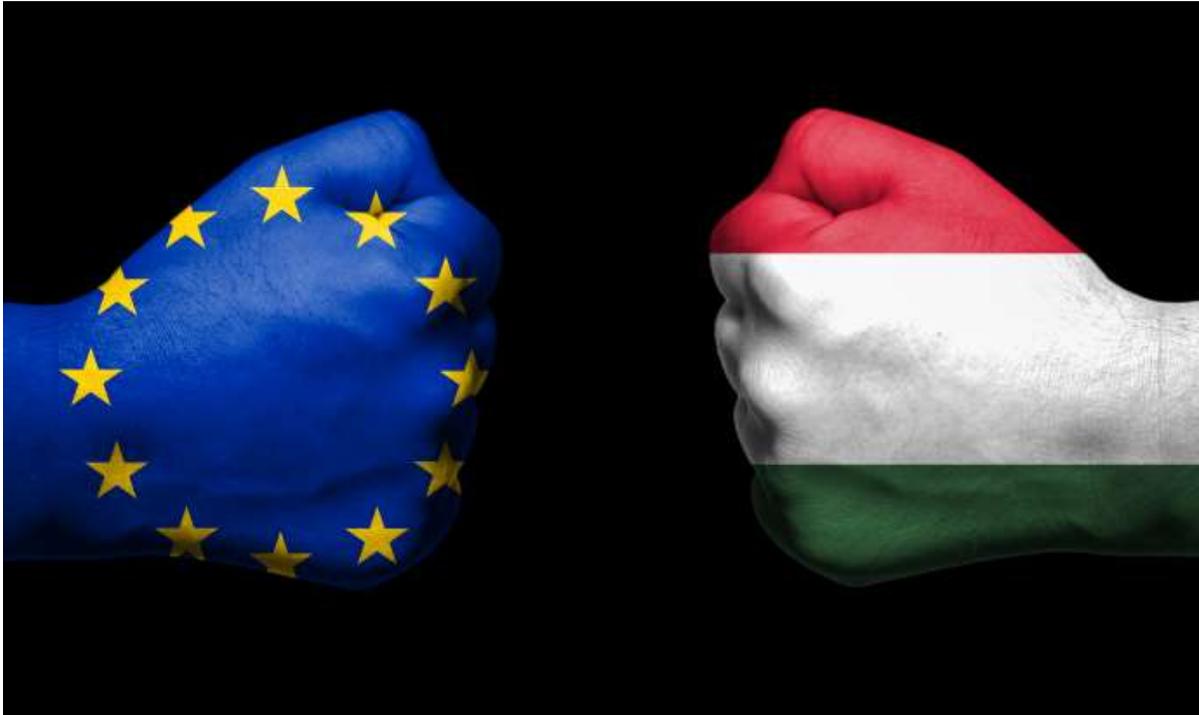


Bild: Shutterstock

Die UEFA hat der Stadt München untersagt, das Fußballspiel Deutschland-Ungarn zu politisieren und eine Botschaft gegen die angeblich „LGBTQ-feindliche“ Politik von Viktor Orbán zu senden. In „[Samizdat](#)“ erklärt Orbán, das umstrittene neue Gesetz richte sich gegen Kindesmissbrauch und frühkindliche Sexualisierung, nicht gegen Schwule.

A promotional graphic for a book titled "Wege aus der Migrationskrise" by Dr. Rainer Rothfuß. The background is a large crowd of people. The text "Es gibt Wege aus der Migrationskrise!" is written in large, bold letters. A red circular sticker says "GRATIS BUCH bestellen!". The AFD and ID logos are in the top right corner. The authors' names, Dr. Rainer Rothfuß and Joachim Kuhs, MdEP, are at the bottom.

Die ausländerfeindliche Anti-Ungarn-Haltung von Berlin und Brüssel bedroht mittlerweile nicht nur den Fußballfrieden, sondern den Zusammenhalt der EU. Am 9.6. votierte das EU-Parlament dafür, die EU-Kommission wegen „Untätigkeit“ anzuklagen, da es nicht hart genug gegen die Mitgliedsländer Polen und Ungarn vorgehe, die angeblich gegen die Rechtsstaatlichkeit verstoßen. Dabei sind die Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit in Ländern wie Deutschland viel gravierender, schreibt MdEP Joachim Kuhs:

Im Dezember 2020 einigten sich die EU-Mitgliedsländer auf den EU-Haushalt für die nächsten 7 Jahre, unter der Voraussetzung, dass die Mitgliedsländer gegen den sog. Rechtsstaatsmechanismus klagen dürfen.

Ironischerweise ist der Europäische Gerichtshof viel eher politisiert als die Gerichte in Ungarn oder Polen. Die Richter werden von den Regierungen der Mitgliedsländer entsandt und sind also von Haus aus politisch. Die ungarische [Justizministerin Judit Varga](#) beklagte, dass der EuGH sich erst drei Jahre Zeit ließ, um über Ungarns Klage gegen die Art und Weise zu entscheiden, wie das Rechtsstaatlichkeitsverfahren durch das EU-Parlament eingeleitet wurde, nun aber „in einer der relevantesten und kompliziertesten Rechtsfragen in der Geschichte der Gemeinschaft binnen weniger Monate urteilen“ wolle, so die Budapester Zeitung.

Während Brüssel auf Weisung Berlins gegen Budapest und Warschau mit dem Säbel rasselt, ist die Rechtsstaatlichkeit aber nicht in Ungarn oder Budapest in Gefahr, sondern am allermeisten in Deutschland.

Am 26.9.2021 wird der neue Bundestag gewählt, und die Merkel-Regierung lässt keine Gelegenheit aus, um gegen meine Partei, die AfD, die einzige konservative Oppositionspartei im deutschen Bundestag, mit unlauteren Mitteln vorzugehen.

Jede Woche wird mittlerweile ein gewalttätiger Angriff auf die AfD begangen, wie die Webseiten [„dokumentationsarchiv.com“](#) oder [„Linke-Gewalt.info“](#) dokumentieren. Im Februar wurde der AfD-Landtagskandidat [Stephan Schwarz](#) und zwei Freiwillige an einem Infostand in Schorndorf, Baden-Württemberg, von etwa 20 maskierten »Antifas« krankenhausreif geschlagen. Im Mai wurde eine Stahlkugel auf die [AfD-Kandidatin Andrea Zürcher](#) auf ihrer Terrasse abgefeuert, vermutlich mit einer Steinschleuder, die sie um wenige Zentimeter verfehlte.

In Deutschland richtet sich [47% der politischen Gewalt](#) gegen die AfD, wie eine Kleine Anfrage ergab. Laut Polizeistatistik war von 1.534 Straftaten in 694 Fällen die AfD das Ziel der Angriffe, beinahe so viel Anschläge wie gegen alle anderen Parteien zusammen. Laut dem neusten Verfassungsschutzbericht ist die Zahl der linksextremistisch motivierten Gewalttaten 2020 um 34,3 % gestiegen, darunter 5 versuchte Tötungsdelikte.

Am 15. 1. 2019 erklärte der [Bundesverfassungsschutz](#) aber ausgerechnet die AfD zum »Prüfball«, eine öffentliche Vorverurteilung, die die Unschuldsvermutung und Betroffenenenschutz auf den Kopf stellt. Seitdem wurde ein aufgelöster Teil der AfD (der sog. »Flügel«) öffentlich zum Beobachtungsobjekt erklärt und immer wieder öffentlich mit einer Verfassungsschutzbeobachtung der Gesamtpartei gedroht.

Laut einem [geleakten Dokument](#) des Berliner Verfassungsschutzes sind jedoch »keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen der AfD Berlin ersichtlich, die eine Erhebung zum Verdachtsfall rechtfertigen können.«

Am 3.3.2021 meldete das [deutsche öffentlich-rechtliche Fernsehen](#) ARD und ZDF, dass laut »internen Dokumenten« des Geheimdienstes die AfD nun vom Bundesamt für Verfassungsschutz observiert werden soll. Angeblich würden »hinreichend verdichtete Anhaltspunkte dafür vorliegen«, dass die AfD »gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebungen verfolgt«. Dies war jedoch nicht vom Verfassungsschutz bekannt gegeben, da die AfD gegen die Beobachtung klagt. Die ARD musste den Bericht zurücknehmen.

Das Verwaltungsgericht Köln stellte in seiner Urteilsbegründung dazu fest: »Aufgrund der ... Berichterstattung in allen Medien vom 3. März 2021, ... steht für das Gericht fest, dass ... der Umstand der Einstufung der Antragstellerin als Verdachtsfall ... »durchgestochen« worden ist.« Es waren also die Staatsmedien, die die AfD im Wahlkampf als »verfassungsfeindlich« darstellen wollten.

Laut einem [geleakten Dokument](#) des Berliner Verfassungsschutzes sind jedoch »keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen der AfD Berlin ersichtlich, die eine Erhebung zum Verdachtsfall rechtfertigen können.«

Am 3.3.2021 meldete das [deutsche öffentlich-rechtliche Fernsehen](#) ARD und ZDF, dass laut »internen Dokumenten« des Geheimdienstes die AfD nun vom Bundesamt für Verfassungsschutz observiert werden soll. Angeblich würden »hinreichend verdichtete Anhaltspunkte dafür vorliegen«, dass die AfD »gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebungen verfolgt«. Dies war jedoch nicht vom Verfassungsschutz bekannt gegeben, da die AfD gegen die Beobachtung klagt. Die ARD musste den Bericht zurücknehmen.

Das Verwaltungsgericht Köln stellte in seiner Urteilsbegründung dazu fest: »Aufgrund der ... Berichterstattung in allen Medien vom 3. März 2021, ... steht für das Gericht fest, dass ... der Umstand der Einstufung der Antragstellerin als Verdachtsfall ... »durchgestochen« worden ist.« Es waren also die Staatsmedien, die die AfD im Wahlkampf als »verfassungsfeindlich« darstellen wollten.

In den Nachrichtensendungen v.a. der öffentlich-rechtlichen Kanäle wird überwiegend negativ über die AfD berichtet. [Im Jahr 2020](#) wurden AfD-Vertreter gerade 6 mal in die führenden Talkshows eingeladen, gegenüber CDU/CSU (94 Auftritte), SPD (83), Grünen (32), FDP (28) und der Linkspartei (19).

[Auf Twitter schrieb »Das Erste«](#) am 1.7.2019: »Die Redaktionen der Talksendungen bemühen sich insbesondere, AfD-Vertreterinnen kein Forum für ihre Zwecke zu bieten. Je nach Thema ist es aber von Fall zu Fall nötig, AfD-Politikerinnen selbst zu Wort kommen zu lassen.«

In den Nachrichtensendungen v.a. der öffentlich-rechtlichen Kanäle wird überwiegend negativ über die AfD berichtet. [Im Jahr 2020](#) wurden AfD-Vertreter gerade 6 mal in die führenden Talkshows eingeladen, gegenüber CDU/CSU (94 Auftritte), SPD (83), Grünen (32), FDP (28) und der Linkspartei (19).

[Auf Twitter schrieb »Das Erste«](#) am 1.7.2019: »Die Redaktionen der Talksendungen bemühen sich insbesondere, AfD-Vertreterinnen kein Forum für ihre Zwecke zu bieten. Je nach Thema ist es aber von Fall zu Fall nötig, AfD-Politikerinnen selbst zu Wort kommen zu lassen.«

Politische Veranstaltungen und Parteitage der AfD werden regelmäßig gewaltsam gestört, Vermieter müssen den Verlust ihrer beruflichen Existenz fürchten. In [Berlin-Marzahn](#) stürmten maskierte Randalierer den vorgesehenen Veranstaltungsort des Parteitages und drohten den Vermietern. Veranstaltungen können nur unter massivem Polizeischutz stattfinden, Besucher werden auf dem Hin- und Rückweg physisch attackiert und eingeschüchtert.

Bei den Landtagswahlen in Sachsen 2019 hat der von den anderen Parteien besetzte Landeswahlausschuss am 5.7. die Bewerber der AfD auf den Listenplätzen 19 bis 61 gestrichen und von der Liste nur die ersten 18 Plätze zugelassen. »Begründet hatte der Ausschuss seine überraschende Entscheidung einmal damit, dass die Partei ihre Kandidaten auf zwei Terminen im Februar und März gewählt hatte«, so [Tichys Einblick](#). Der Sächsische Verfassungsgerichtshof hat am 19.8.2019 bestätigt, dass der Landeswahlausschuss rechtswidrig gehandelt hat.

Nach der Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten von Thüringen mit Stimmen der AfD am 5.2.2020 nannte Bundeskanzlerin Angela Merkel den Vorgang »unverzeihlich« und forderte, dass »das Ergebnis wieder rückgängig gemacht werden muss.« Die Bundeskanzlerin ist nicht für Landespolitik im Freistaat Thüringen zuständig. Die Bundeskanzlerin dürfe sich nicht in die Regierungsbildung der Bundesländer einmischen, so Rechtswissenschaftler Dietrich Murswiek laut [Weltwoche](#). Die AfD reichte Klage beim [Bundesverfassungsgericht](#) ein.

Das Familienministerium gibt im Wahljahr 2021 150,5 Millionen Euro für das Programm »[Demokratie leben!](#)« aus, das dem »Kampf gegen Rechts« verschrieben ist und der »Antifa« nahesteht. Die Bundesregierung hat im November 2020 angekündigt, 2021–2024 [1,1 Milliarden Euro](#) für ein »Demokratiefördergesetz« zur »Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus« auszugeben, Mittel die für Propaganda gegen die AfD benutzt werden, und zur Finanzierung von linken NGOs, die der gewaltbereiten »Antifa« nahestehen.

Als die CDU von Angela Merkel von der sozialdemokratischen SPD forderte, nur solche Gruppen zu fördern, die sich [zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung](#) bekennen, wollte die SPD zuerst nicht mitmachen. Scheinbar wollte die SPD auch verfassungsfeindliche linke Gruppen mit Millionen fördern.

Das ist also die deutsche Bundesregierung, die Ungarn und Polen wegen »fehlender Rechtsstaatlichkeit« anklagen will. Vielleicht sollten Ungarn und Polen die deutsche Bundesregierung auch wegen »fehlender Rechtsstaatlichkeit« anklagen.

MdEP Joachim Kuhs ist Mitglied des Haushalts- und Haushaltskontrollausschusses im EU-Parlament, Bundesschriftführer der AfD, und Bundessprecher der »Christen in der AfD«. Er wohnt in Baden-Baden, hat 10 Kinder und 5 Enkelkinder.

Dieser Artikel erschien zuerst auf Ungarisch auf [Pesti Srácok](#).

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

27) Wie in Deutschland ein falsches Bild von Ungarn bewusst erzeugt wird

Von Klaus-Rüdiger Mai

23. 06. 2021



Michael Thumann von der ZEIT will in seinem neuen Buch Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdoğan mit Viktor Orbán gleichsetzen, um ein Feindbild aufzubauen, das eher einer Verschwörungstheorie entspricht.

„...Fehler geschehen jedem, doch liest man Lendvais (Orbans Ungarn, 2018) und Thumanns Buch (Der neue Nationalismus: Die Wiederkehr einer totgeglaubten Ideologie,, 2020), so lässt nichts darauf schließen, dass dieser Fehler dem Außenpolitikkorrespondenten der ZEIT, Michael Thumann unterlaufen ist. Denn das Ganze hat Methode, und zwar die Methode, die ausgerechnet Paul Lendvai Viktor Orbán unterstellt und die er als die **“Technik der Verdrehungen, Verkürzungen und Klitterungen, die zu raffinierter Kunst verfeinerte Methode der Doppelsprache“** beschreibt und ihm unterstellt, „grundsätzlich alles, was seinen Vorstellungen nicht entsprach, moralisch zu verdächtigen...“.

Von linken und linksliberalen Journalisten und Politikern, von politischen Aktivisten angewandt erfreut sich diese Methode längst große Beliebtheit in Deutschland.

So will Michael Thumann ein Anzeichen für Orbáns Populismus darin sehen, dass der ungarische Ministerpräsident glaubt, dass die „Nation, die in FIDESZ verkörpert sei, ... nicht in der Opposition sein“ könne. Tatsächlich bemüht Thumann hier ein aus dem Zusammenhang gerissenes Orbán-Zitat aus einer Rede, die Viktor Orbán im Mai 2002 auf einer Kundgebung der FIDESZ in Budapest auf dem Disz-Platz hielt, nachdem FIDESZ die Wahl an die Postkommunisten verloren hatte. **Orbán sagte** u.a. Folgendes:

„Das Vaterland existiert auch dann, wenn nicht wir die Regierungsverantwortung haben. Das Vaterland ist nicht einfach Politik, sondern unser Leben. Es kann schon passieren, dass unsere Parteien (gemeint sind die mit Fidesz verbündeten Christdemokraten) im Parlament in der Opposition sind. Aber wir, die uns hier auf diesem Platz versammelt haben, können

und werden nicht in der Opposition sein, weil *das Vaterland nicht in der Opposition sein kann. Es kann natürlich sein, dass eine Regierung in Opposition zum eigenen Volk steht, wenn sie die Ziele der Nation aufgibt.*“

Diese Aussage wiederholte er auch anlässlich der Sitzungseröffnung des Parlaments im Herbst 2019. Anhand derer wird der Aussagesinn der Worte von 2002 verständlicher: **„Die Ungarn glauben an die Zukunft der Demokratie. Wir arbeiten mit allen Bürgermeister und Gemeinderäten zusammen. Wir müssen unabhängig von der Parteizugehörigkeit zusammenarbeiten, denn es ist nach wie vor wahr, dass die Nation nicht in der Opposition sein kann.“** (Zitiert nach: Orbán, Viktor: Egy az ország (Eins ist das Land), Budapest 2007, S. 14).

Auch hier sagt Viktor Orbán eben nicht, dass die Nation in „FIDESZ verkörpert“ sei, wie Thumann unterstellt. Man muss sich schon sehr, sehr bemühen und intellektuell alle Fünfe gerade sein lassen, um Orbáns Worte so zu interpretieren, doch müsste man dann zumindest deutlich machen, dass man nicht Orbán zitiert, sondern lediglich die eigene Interpretation zum Besten gibt. Aber **Thumann benötigt diesen Satz, um zu schlussfolgern:**

„Damit wurde Orbán zum Muster des autoritären Populismus in Europa, der entschlossen ist, sich nicht abwählen zu lassen, koste es die Nation, was es wolle.“

Übrigens wären **nach dieser Populismus-Definition auch Helmut Kohl, Barack Obama, Angela Merkel und Emmanuel Macron „autoritären Populisten“**, denn sie waren oder sind entschlossen, sich nicht abwählen zu lassen, sonst hätten sie aus dem Amt heraus keinen Wahlkampf durchführen müssen.

Worum es Michael Thumann eigentlich geht, ist, Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdoğan mit Viktor Orbán gleichzusetzen, um ein Feindbild aufzubauen, das eher einer Verschwörungstheorie entspricht.

Um es zu verdeutlichen, die Gleichsetzung von Putin, Erdogan und Orbán besitzt so ungefähr den Wahrheitswert, wenn man Angela Merkel mit Xi Jinping und Nicolás Maduro gleichsetzen würde. Doch Michael Thumann ist zu diesem zweifelhaften Vorgehen genötigt, weil andernfalls die Grundthese seines Buches von der Verschwörung der neuen Nationalisten von Putin über Erdogan über Trump und Johnson bis zu Orbán in sich sang- und klanglos zusammenfallen würde.

Auch Michael Thumanns Bemerkung, dass **Orbán die „meisten Medien“ des Landes gleichgeschaltet habe, hält keiner Überprüfung stand.** Es wundert daher nicht, dass er diese Bemerkung ohne Beleg lässt, denn das Gegenteil ist der Fall. So sind **die bedeutendsten ungarischen Print- und Onlinemedien eher links**, wie bspw. *Heti Világgazdaság (HVG), Élet és Irodalom, Magyar Narancs, Népszava, 444 (online), 168 Óra.*

Verkürzte Darstellungen, Framing, aus dem Zusammenhang gerissene und in einen neuen Kontext gestellte Zitate, und sogar untergeschobene Zitate bilden das Repertoire der Ungarn-Berichterstattung von bestimmter Seite, der es nicht um Information und Reportage geht, sondern um aktivistischen Journalismus, einer Seite, die mit allen Mitteln versucht, die eigene Ideologie zu belegen – und alle, die dieser Ideologie nicht folgen, zu diskreditieren.

Man muss Viktor Orbáns Politik nicht schätzen, aber was man keinesfalls darf, bei niemandem übrigens, ihm Zitate zu unterschieben, sondern man hat sich, fair nach den Regeln der Kunst mit dessen Politik auseinanderzusetzen. Oder man schweigt.

Der vollständige Beitrag ist bei Tichys Einblick zu lesen: www.tichyseinblick.de/kolumnen/aus-aller-welt/wie-in-deutschland-ein-falsches-bild-von-ungarn-bewusst-erzeugt-wird

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

28) Orbán: ‚Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom‘

22. 06. 2021



Viktor Orbán - Foto: Vivien Cher Benko / Glas Koncila

In einem Interview, das am Donnerstag, 17. Juni, von der kroatischen Wochenzeitung *Glas Koncila* veröffentlicht wurde, sprach der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán über die unterschiedlichen Auffassungen zwischen Brüssel und Mitteleuropa: „Wenn wir uns im Mittelalter befänden und einen Slogan auf eine Fahne schreiben müssten, der meine Arbeit und meine Philosophie beschreiben würde, würde ich schreiben: ‚Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom‘ [...] Natürlich verursachen alle, die gegen den Strom schwimmen, eine Menge Probleme. Wir zahlen einen hohen Preis dafür. Ungarn zahlt einen hohen Preis dafür, dass es die Istanbuler Konvention nicht unterschrieben hat und dann jede Politik des Kalten Krieges ablehnte; wir zahlen einen hohen Preis dafür, dass wir den russischen Präsidenten nicht jeden Tag mit den Westlern verprügeln, sondern ihm den Respekt entgegenbringen, den er als Präsident verdient; Wir zahlen einen hohen Preis

dafür, dass wir das christliche Modell der Familie schützen, so dass der LGBT-Wahnsinn hier keinen Platz hat; wir zahlen einen hohen Preis für unsere Position zur Einwanderung und wir zahlen einen hohen Preis dafür, dass wir die Brüsseler Bürokratie nicht akzeptieren, aber vor allem als Gegengewicht zum Aufbau der mitteleuropäischen Zusammenarbeit. Wir zahlen also wirklich einen hohen Preis. Aber wenn wir diesen Preis nicht zahlen und unsere Interessen nicht verteidigen würden, könnten wir zwar bequemer leben, aber wir würden am Ende viel mehr verlieren. Es ist besser, zu kämpfen. Ich denke, unser gemeinsamer Nationalheld Miklós Zrínyi [kroatisch: Nikola Zrinsky], der Sieger über die Türken, würde dem zustimmen.

Quelle: [Glas Koncila](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

29) Ungarn: Neustart ist das Hauptziel

Von Gergely Kiss

19. 06. 2021



Bildquelle: Magyar Nemzet

Auch Familien profitieren von einer sich erholenden Wirtschaft

Nach dem Neustart der Wirtschaft kehrt Ungarn auf den Pfad des Schuldenabbaus zurück, doch nun gilt es, das heimische Wachstum wieder an die Spitze der EU zu bringen. Die Chancen, dies zu erreichen, sind gut.

Das Defizitziel für den Haushalt des nächsten Jahres, der kürzlich verabschiedet wurde, liegt bei 5,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dies ist zwar höher als das EU-Ziel in Friedenszeiten, aber die durch die Coronavirus-Epidemie verursachte Krise hat Brüssel für dieses und nächstes Jahr Flexibilität gegeben, so dass die nationalen Regierungen die Mittel zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums verwenden können. Ungarn macht von dieser Möglichkeit Gebrauch, aber auch die Visegrád-Länder (V4). Mit anderen Worten: Länder, die enge Verbündete unseres Landes, aber auch Konkurrenten in der Region sind, wollen das Wachstum wieder ankurbeln.

Die linken Regierungen in Ungarn waren noch nie in der Lage, die öffentlichen Finanzen in einem gesunden Gleichgewicht zu halten. Péter Benő Banai, Staatsminister für öffentliche Finanzen im Finanzministerium, wies in Hír TV darauf hin. Er erinnerte daran, dass es vor 2010 sechs aufeinanderfolgende Jahre gab, in denen Ungarn das größte oder zweitgrößte öffentliche Defizit in der EU hatte. In der Tat gab es zwischen 2002 und 2010 kein Jahr, in dem die ungarische Schuldenquote nicht gestiegen ist.

Die Orbán-Regierung hat auch ihre Finanzen in Ordnung gebracht, was Ungarn aus dem Defizitverfahren der EU befreit hat. In den letzten Jahren hat das Kabinett das Haushaltsdefizit durchweg niedrig gehalten, und die Staatsverschuldung ist von Jahr zu Jahr gesunken. Die Coronavirus-Epidemie hat dies unterbrochen, aber die Politik besteht darin, die Schuldenquote in guten Zeiten zu senken und in schlechten Zeiten wachstumsfördernd zu wirken. Das Budget 2022 wird auch der ungarischen Wirtschaft zu einer starken Performance verhelfen.

Die schwierige Zeit, die durch das Virus verursacht wurde, hat in der Tat eher eine Gesundheitskrise geschaffen. In der Tat sah sich ein Land mit einer finanziell stärkeren Wirtschaft mit einer viel schwierigeren wirtschaftlichen Situation konfrontiert. Unser Land war viel weniger von einem wirtschaftlich-finanziellen Problem betroffen als 2008. Seit sieben Jahren wächst die Wirtschaftsleistung des Landes stetig, mit einem öffentlichen Defizit von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2019. Die Staatsverschuldung lag knapp über 66 Prozent und das Zahlungsbilanzdefizit war auf einem langfristig tragbaren Niveau. Diese Zeit wurde von vielen als das goldene Zeitalter des Wachstums bezeichnet. Die Regierung will das Land in diese Zeit zurückversetzen. Die Aussichten sind gut, denn immer mehr Daten zeigen, dass die Wirtschaft wieder in Gang gekommen ist. Das längerfristige Ziel ist es, dass Ungarn bis 2030 zu den fünf besten Ländern der EU gehört, in denen es sich gut leben, arbeiten und spielen lässt.

Deshalb will die Regierung z.B. den Mindestlohn bald auf 200.000 Forint (ca. 560 Euro) erhöhen und die Steuerbelastung der Arbeit weiter senken.

Familien können ab Anfang nächsten Jahres die Vorteile des wirtschaftlichen Aufschwungs, der durch den herausragenden Erfolg des Impfprogramms unterstützt wird, nutzen. Der Staat erstattet Eltern mit Kindern die gezahlte Einkommensteuer im Jahr 2021, wenn wir die 5,5 Prozent Erhöhung überschreiten. Basierend auf den Prognosen der Analysten ist dies durchaus machbar.

All dies soll so erreicht werden, dass der Staatshaushalt schrittweise wieder ausgeglichen wird, wobei das Defizit bis 2024 auf 3 Prozent des BIP sinken soll. Mit anderen Worten: Nach der Wiederaufnahme wird Ungarn auf den Pfad des Schuldenabbaus zurückkehren, den es in den letzten zehn Jahren beschritten hat.

Magyar Nemzet

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR NEMZET](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

30) Ist Ungarn „schwulenfeindlich“?

Von Gábor Barcsa-Turner

18. 06. 2021



Buildquelle: Szent Korona Rádío

Gábor Barcsa-Turner (Co-Vorsitzender von HVIM*) reflektiert über das neu verabschiedete Gesetz zur Eindämmung homosexueller Propaganda

Um es kurz zu machen, weder ich noch der so genannte „rechte Flügel“ hassen Homosexuelle. Aber wir kämpfen gegen die LGTB-Lobby und verteidigen die Institution der Familie und lassen nicht zu, dass unsere Kinder verwirrt, fehlgebildet und korrumpiert werden und eine Masse von kranken Menschen entsteht.

Ungarn ist nicht 'schwulenfeindlich', auch nicht die Regierung, obwohl gegen mich wegen meiner Meinungsäußerungen eine Reihe von Verfahren laufen, während Soros und Lobbyorganisationen wie die Hintergrundgesellschaft (Háttér Társaság, das ist jene

Organisation, die mich angezeigt hat), eine Koordinierungsstelle für das Justizministerium und die Staatsanwaltschaft, Protokolle entwickeln (siehe ‚Vorurteilsindikator‘) und Polizisten und Richter sensibilisieren dürfen. Mit dem gerade verabschiedeten Gesetz kann Homosexualität nicht mehr unter dem Namen Sexualkundeunterricht an Minderjährige propagiert werden, und vielleicht werden die ständigen Provokationen dadurch zumindest eingedämmt. Aber nur vielleicht, denn die Schlupflöcher werden von diesen Organisationen gefunden und ausgenutzt.

Diese Organisationen stellen unserer Meinung nach eine Gefahr für die nationale Sicherheit dar. Doch obwohl Dr. Tamás Gaudi-Nagy und ich bei der Staatsanwaltschaft einen Antrag auf Überprüfung der Rechtmäßigkeit der zerstörerischsten Hintergrundgesellschaft gestellt haben, kann diese weiterhin als gemeinnützige (!) Organisation tätig sein, und die Staatsanwaltschaft hat unseren Antrag beiseitegelegt. Diese Organisation will gemeinnützig sein, indem sie etwa für die Rechte von Transgender-Migranten kämpft, eine separate Trans-Trans-Zone zu haben. Außerdem können sie diesen Kampf auf ministerieller Ebene fortsetzen, wo sie ihre kranken Ideen zum Thema machen können.

Kurz gesagt, die Antwort ist, dass es gar nicht um die Rechte der LGTB-Lobby geht, sondern darum, dass sie die Mehrheitsgesellschaft nach ihrem Bild umformen wollen. Der Pride-Aufmarsch war erst ein halber Tag, dann ein ganzer Tag, dann ein ganzes Wochenende, dann eine Woche, jetzt ein Monat; sie sind praktisch ständig dabei, das Werk ihrer sozialen Zerstörung durchzuführen. Sie gründen Regenbogenfamilien, fordern mehr und mehr Rechte, verschieben die Grenzen immer weiter. Im Westen halten sie bereits Sitzungen in Kindergärten ab. Im benachbarten Österreich ist es mittlerweile Pflicht geworden, Kinder im Kindergarten für Devianz zu sensibilisieren. Wenn wir wegschauen, wird dieses Problem immer größer werden. Wir können nicht den Kopf in den Sand stecken...

*) HVIM = Hatvannégy Vármegye Ifjúsági Mozgalom; deutsch: „Jugendbewegung Vierundsechzig Burgkomitate“

Quelle: [Szent Korona Rádió](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

31) 25./26. Juni 1991: Die Republik Slowenien entsteht

Von Tomaž Kladnik

25. 06. 2021



Foto: FA BOBO / Tone Stojko, Museum für Zeitgeschichte Sloweniens · Archiv Demokracija

Der 25. Juni 1991 ist für die Republik Slowenien und alle ihre Bürger ein historisches Datum, denn er markiert den Schnittpunkt kultureller und politischer Strömungen, die die Entstehung des slowenischen Staates, seine Etablierung und weitere Entwicklung ermöglichten. Einen Tag später wurde die unabhängige und souveräne Republik Slowenien auf dem Platz der Republik in Ljubljana (Laibach) feierlich als neuer Staat auf der europäischen und weltweiten Landkarte proklamiert.

Doch die Wurzeln reichen mindestens anderthalb Jahrhunderte zurück, bis ins Jahr 1848, als die Slowenen in den Wirren des Völkerfrühlings zum ersten Mal die Idee einer slowenischen Staatlichkeit vorbrachten. Zunächst schritt sie in langsamen Schritten voran, aber vor und unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg gewann sie an Schwung; dies war vor allem während und am Ende des Zweiten Weltkriegs der Fall, als es zu deutlicheren Sprüngen in ihrer teilweisen und schrittweisen Verwirklichung kam. Der Unabhängigkeitstag Sloweniens war also ein Tag des Triumphs, ein Tag des vollen Eintritts der Nation in die Geschichte, ein Akt des großen, aber berechtigten Selbstbewusstseins des Volkes, aber gleichzeitig auch der Unsicherheit, des Risikos und der Verantwortung, die dieser Akt mit sich brachte.

Die Wasserscheide Juni 1991

Juni 1991 kann mit den Worten beginnen: „Ich schwöre feierlich, die Unabhängigkeit, Souveränität, Freiheit und territoriale Integrität meines Heimatlandes, der Republik Slowenien, zu verteidigen und meine Pflichten zu ihrer Verteidigung treu und verantwortungsbewusst zu erfüllen.“

Der Text des Eides der Angehörigen der slowenischen Streitkräfte, der am 2. Juni 1991 in den beiden Ausbildungszentren der Territorialen Verteidigung der Republik Slowenien in Pekra bei Maribor (Marburg) und Igo bei Ljubljana zum ersten Mal öffentlich von den Wehrdienstleistenden geleistet wurde, fängt die ganze Dimension des Juni 1991 ein, der den Slowenen, nach jahrhundertelanger Sehnsucht und harten Kämpfen vor 30 Jahren zum ersten Mal in unserer nationalen Geschichte einen unabhängigen und demokratischen Staat, das Vaterland der Republik Slowenien, „bescherte“.

Denn das Leben der Nation in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ), wie sie zuletzt offiziell hieß, und damit auch in der Sozialistischen Republik Slowenien, bedeutete eine wirkliche Befreiung nur für einen Teil der slowenischen Nation, für diejenigen, die im Bürgerkrieg auf der Gewinnerseite standen. Vor allem beendete das Ende des Krieges nicht die totalitäre Herrschaft. Sie war nicht mehr die der Besatzer, sie wurde auch nicht von sowjetischen Panzern aufgezwungen, wie es anderswo in Osteuropa der Fall war, sondern sie war hausgemacht, und deshalb kann man nicht von völliger Freiheit nach der Befreiung sprechen. Wir haben dann fast ein halbes Jahrhundert auf genau das gewartet, Freiheit im wahrsten Sinne des Wortes.

Das Finale der Unabhängigkeit des Landes, das mit der Änderung der Gesellschaftsordnung, den ersten demokratischen Wahlen, der Wahl der Demos-Regierung und dem Plebiszit im Jahr 1990 begann, als es hieß – um Dr. Jože Pučnik zu paraphrasieren – „Jugoslawien ist nicht mehr, es ist Slowenien“; die Vorbereitungen für das Funktionieren des unabhängigen Staates und aller seiner Teilsysteme, fanden auf der 21. Sitzung der Versammlung (des Parlaments) der Republik Slowenien am 24. und 25. Juni 1991 statt.



Jože Pučnik · Foto: Museum für Zeitgeschichte

Vorbereitungen für die Unabhängigkeit

Nach dem erfolgreichen Plebiszit begannen intensive Vorbereitungen für die Umsetzung des plebiszitären Beschlusses, da das Parlament und andere Staatsorgane innerhalb von sechs Monaten alles Notwendige für das selbstständige Funktionieren des Landes vorbereiten mussten. Es mussten Gesetze und Verordnungen verabschiedet werden, die dann die rechtliche Grundlage für die Ausübung der Hoheitsrechte des neuen Staates wurden, insbesondere derjenigen, die bis dahin an den Bund delegiert worden waren, wie Währungspolitik, Außenpolitik, Verteidigung und andere. Nach dem gescheiterten Versuch, Jugoslawien in einen konföderalen Staat umzuwandeln, verabschiedete die slowenische Versammlung im Februar eine Resolution zum Vorschlag einer einvernehmlichen Trennung von Jugoslawien, die offiziell den Prozess der Trennung einleitete. Bereits Anfang Januar wurden auf republikanischer Ebene Beschlüsse gefasst, die die wirtschaftlichen Beziehungen in Jugoslawien durch die vollständige Übernahme der Systeme von Umsatzsteuern, Zöllen und Abgaben regelten. Es wurde ein Programm für die wirtschaftliche Unabhängigkeit und die Umstrukturierung der slowenischen Wirtschaft ausgearbeitet, in dem die monetäre Unabhängigkeit und die Privatisierung im Vordergrund standen. Es wurde der erste völlig autonome republikanische Haushalt verabschiedet, der einen Kostenvoranschlag vorsah, der dreimal niedriger war als der Bedarf der Föderation, um die Bedürfnisse der Föderation zu decken. Anfang Juni verabschiedete das Parlament jedoch eine Reihe von Gesetzen, die am Tag der Unabhängigkeitserklärung in Kraft traten: das Gesetz über die Staatsbürgerschaft, Ausländer, Reisedokumente, die staatliche Grenzkontrolle, auswärtige Angelegenheiten, Zoll, Finanztransaktionen mit dem Ausland, Devisen, die Bank von Slowenien und andere.

Slowenien wird ein unabhängiger und souveräner Staat

Am 24. und 25. Juni 1991 debattierte die slowenische Versammlung schließlich über das Verfassungsgesetz über die Unabhängigkeit und Autonomie der Republik Slowenien, das Verfassungsgesetz zur Umsetzung des besagten Verfassungsgesetzes, die Unabhängigkeitserklärung und die mögliche Wahl einer Delegation der Versammlung der Republik Slowenien zu Verhandlungen mit der Versammlung der SFRJ. Der Präsident der Versammlung und Vorsitzende der Verfassungskommission, France Bučar, sagte bei der Präsentation des Verfassungsgesetzes, dass es „den grundlegenden Akt darstellt, mit dem wir unsere Unabhängigkeit behaupten, auf dessen Grundlage die Republik Slowenien ein unabhängiger und souveräner Staat wird und, was am grundlegendsten ist, die Verfassung der SFRJ aufhört, für die Republik Slowenien zu gelten“, und dass „alles andere eine technische Umsetzung dieser Entscheidung ist, und deshalb ist es eigentlich nur eine Entscheidung für oder gegen die Unabhängigkeit“. Anlässlich der Verabschiedung des Dekrets über die Verkündung des Verfassungsänderungsantrags 100 zur Verfassung, das von 187 Delegierten bei drei Gegenstimmen und acht Enthaltungen unterstützt wurde, sagte Bučar, dass die Versammlung den ihr durch das Plebiszit erteilten Auftrag erfüllt und einen unabhängigen Staat geschaffen habe. Dies war eines der wichtigsten Ereignisse in unserer Geschichte, der Höhepunkt des jahrhundertelangen Kampfes des slowenischen Volkes um eine eigene Heimat und ein Wendepunkt in unserem nationalen Leben, als wir in der Lage waren, unser eigenes Schicksal zu bestimmen. Jože Pučnik sah in den Beschlüssen der Versammlung eine Bestätigung dafür, dass Slowenien seinen eigenen Weg geht, den Weg des Friedens in diesem Teil Europas, dass es nicht Pfähle in Zäune treibt, sondern Zäune entfernt, und schloss: „Wir müssen stolz und mutig bleiben. Wir werden die Grundentscheidung nicht rückgängig machen.“



Kučan, Bučar, Peterle · Foto: Twitter

Internationale (Nicht-)Unterstützung für den neuen Staat

Diese klare Botschaft von Pučnik bezog sich auf die Maßnahmen, die, von wenigen Ausnahmen abgesehen, damals von der internationalen Gemeinschaft gegen Slowenien vorbereitet wurden; so beschlossen die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft bei einem Treffen am 23. und 24. Juni 1991, dass sie die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens im Falle einer einseitigen Abspaltung von der jugoslawischen Föderation nicht anerkennen würden. Versuche der internationalen Gemeinschaft, die Integrität Jugoslawiens um jeden Preis zu bewahren, gibt es seit dem Plebiszit. So scheiterte der österreichische Außenminister Alois Mock auf dem Pentagon-Treffen in Bologna am 18. Mai mit seinem Vorschlag, die europäischen Politiker sollten die Integrität und Einheit der SFRJ nicht mehr unterstützen, und geriet damit in direkten Konflikt mit dem italienischen Außenminister Gianni de Michelis, der auf dem Treffen die zentralistische Politik des jugoslawischen Außenministers Budimir Lončar unterstützte. Der italienische Botschafter in Jugoslawien hat dann am 4. Juni mit dem Mitglied der Präsidentschaft der Republik Slowenien, Ciril Zlobiec, das Datum der Unabhängigkeitserklärung überprüft. Dieser teilte ihm mit, dass es der 26. Juni sei, und informierte ihn ein paar Tage später, dass es der 25. Juni sei. Auf diese Weise erfuhren die jugoslawischen Bundesbehörden auch das Datum der Erklärung der slowenischen Unabhängigkeit. Sie und insbesondere die jugoslawische (Volks-)Armee (JNA), die seit dem 15. Mai 1990 durch die Entwaffnung ihrer territorialen Verteidigungskräfte deutlich gemacht hatte, dass sie eine Änderung des politischen Systems nicht dulden und alle Mittel einsetzen würde, um die Privilegien der „roten Bourgeoisie“, an deren Spitze sie selbst bzw. ihre Generäle standen, zu erhalten, erhielten daraufhin auf Befehl des Bundesexekutivrates einen formellen Deckmantel für den Angriff auf den unabhängigen Staat der Republik Slowenien. In einer Zeit intensiver Kämpfe wurde jedoch die Europäische Gemeinschaft, vor allem auf Initiative Österreichs und Deutschlands und mit Hilfe der Aktivitäten des slowenischen Außenministers Dimitrij Rupel und der slowenischen Auslandsgemeinde, aktiv an der Beilegung des Konflikts beteiligt. So traf sich die EG-Troika aus Jacques Poos, Gianni de Michelis und Hans van Broek vom 28. bis 29.

Juni mit den slowenischen Vertretern Milan Kučan und Dimitrij Rupel in Zagreb. Sie besprachen einen Waffenstillstand und ein dreimonatiges Moratorium für die Ausübung der Unabhängigkeit der Republik Slowenien.

Der Krieg zur Verteidigung der Souveränität

Am 26. Juni 1991 fand die erste Entsendung der Ehreseinheit der slowenischen Streitkräfte auf dem Platz der Republik in Ljubljana im Rahmen der Feierlichkeiten zur Unabhängigkeitserklärung des Landes statt. Der befehlshabende Offizier bei der Zeremonie war Oberstleutnant Anton Krkovič, der am Tag der Unabhängigkeitserklärung der Republik Slowenien, zum ersten Mal in der Geschichte eines unabhängigen Staates und seiner Armee, dem Präsidenten der Präsidentschaft der Republik Slowenien, Milan Kučan, mit dem Ehrensäbel Bericht erstattete. Zur gleichen Zeit begannen die JNA und die Bundesmiliz, slowenische Grenzübergänge zu besetzen, jugoslawische Kampfflugzeuge überflogen im Tiefflug den Ort der Unabhängigkeitsfeiern, und die ersten Schüsse wurden von einem Mitglied der JNA in Divača abgefeuert, was den Beginn eines geplanten, koordinierten und vereinten Angriffs der JNA auf die slowenische Souveränität markierte. Es begann mit der Abfahrt von Panzern aus den Kasernen der Panzerbrigade in Vrhnika und mit einer aus Kroatien kommenden Kolonne gepanzerter Kampffahrzeuge, die zunächst in Poganci gestoppt wurde. Als Reaktion auf die Kampfhandlungen der JNA erließ der Chef der RSTO, Oberst Janez Slapar, einen Befehl über Kampfhandlungen des TO, bzw. „die Realisierung der geplanten Aufgaben durch entschlossene Kampfhandlungen sicherzustellen, wobei der Schwerpunkt auf dem Einsatz von gepanzerten Einheiten und anderen technischen Mitteln liegt, um den Schutz von Anlagen, der Grenze und der Kommunikation zu gewährleisten und Manöver von JNA-Einheiten zu verhindern, wobei die verfügbaren Kampfmittel eingesetzt werden“.



Platz der Republik, Ljubljana, 24. Juni 1991

Die slowenische TO wurde von der RSTO kommandiert und bestand aus einer Schutzbrigade und sieben Provinzhauptquartieren, die in 26 regionale Hauptquartiere unterteilt waren. Am ersten Tag der Kämpfe wurden 15.000 Mann eingesetzt, insgesamt waren es 35.100 Mann. Die slowenischen Polizeieinheiten, die bei den Kämpfen eine äußerst wichtige, oft entscheidende Rolle spielten, zählten 7.100 Mann. Im Bereich der Vorbereitung auf die Aggression und der Führung des Widerstands wurden die Streitkräfte bei militärischen Operationen durch den Zivilschutz unterstützt, dessen Aktivitäten wesentlich zum Sieg im Unabhängigkeitskrieg beitrugen. Innerhalb und außerhalb der Kampfhandlungen führten Mitglieder des Zivilschutzes unter der Leitung von Františ Žnidaršič organisierte und systematische Obstruktions-, Strom-, Wasser-, Gas-, Transport- und Blockadeaktionen sowie die Versorgung der Verteidigungskräfte durch. Die JNA-Operation auf Slowenien sollte relativ schnell und ohne allzu viele Komplikationen durchgeführt werden. Ihr Angriff sorgte für keine besondere Überraschung, da er erwartet worden war. Die Überraschung mag zwischen taktisch und operativ gelegen haben, da nicht genau bekannt war, wann und wo die Aggression durchgeführt werden würde. Die Maßnahmen, die in Slowenien vor der Unabhängigkeitserklärung getroffen wurden, waren so, dass die slowenischen Verteidigungskräfte bereits praktisch ausgebildet waren und daher bereits in der Anfangsphase des Krieges völlig unbelastet und gleichberechtigt gegen die gegnerische Seite hätten antreten und den Krieg zur Verteidigung der nationalen Souveränität gewinnen können.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

32) Slowenien: mehr als 200 kg Heroin im Hafen von Koper beschlagnahmt

Von Sara Rančigaj (Nova24tv)

17. 06. 2021



Symbolbild · Foto: STA / PU Ljubljana

Am Dienstag, den 15. Juni, fand im Hafen von Koper eine erfolgreiche gemeinsame Operation von slowenischen und US-Behörden statt, die zur Beschlagnahme von 218 Kilogramm Heroin im Hafen von Koper führte.

Gemeinsam mit der US Drug Enforcement Administration (DEA) beschlagnahmten die slowenischen Behörden über 200 Kilogramm Heroin, das aus dem Iran nach Slowenien eingeführt wurde.

In der Vergangenheit wurde über die Nova Ljubljanska Banka 1 Mrd. € iranisches Geld gewaschen. Offensichtlich ist Slowenien nicht nur eine Geldwaschanlage für iranische Banken, sondern auch für den Import von Heroin nach Europa.

Die derzeitige Regierung hat genug von dieser Art von kriminellen Aktivitäten dieser Art und hat beschlossen, diesen ein Ende zu setzen.

Quelle: [Demokracija](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

33) Jure Vujić: Kroatien muss Leitlinien aus seiner eigenen philosophischen und politischen Tradition ziehen

23. 06. 2021



Jure Vujić · Foto: Vokativ

*Der Politologe **Jure Vujić** spricht mit Vokativ.hr über die konservative Revolution, Populismus, die postliberale Gesellschaft und die Probleme der politischen Rechten in Kroatien.*

Jure Vujić ist ein kroatischer Politikwissenschaftler, Diplomat und Rechtsanwalt. Er studierte Rechtswissenschaften an der Universität Paris Paris II (Université Panthéon Assas – Paris II) und ist Mitglied der Pariser Anwaltskammer. Als erster ziviler Student absolvierte er 2006 die Kriegsschule der kroatischen Streitkräfte „Ban Josip Jelačić“. Er beschäftigt sich mit Geopolitik, geostrategischer und Metapolitik, die er schreibt darüber für Zagreb Vijenac und verschiedene Pariser Zeitschriften. Er hat eine Anzahl Bücher in Französisch und Kroatisch veröffentlicht, von denen wir hervorheben: Intellektueller Terrorismus – Heretical Brevier (2007), Kroatien und das Mittelmeer: Geopolitische Aspekte (2008), Un ailleurs européen (2011), Weltkrieg: Eurasianismus vs. Atlantizismus (2012) und Konservative Revolution: Von Weimar bis zur Gegenwart (2020).

KREŠIMIR DŽOIĆ: Ende letzten Jahres ist Ihr [neues Buch über die konservative Revolution](#) erschienen. Sie haben viele Male über die Ideen der konservativen Revolution geschrieben und gesprochen, sowohl in den wissenschaftlichen als auch in den populären Medien. In einem Ihrer Artikel haben Sie vor sechs Jahren zu einer [konservativen Revolution in Kroatien](#) aufgerufen. Teilen Sie immer noch dieselbe Meinung, und was kann getan werden, damit die Rechten in Kroatien die Ideen der konservativen Revolution übernehmen?

JURE VUJIĆ: Der Text, auf den Sie sich beziehen, ist kein Manifest oder Appell, sondern ein Beitrag zur Diskussion über die Möglichkeit der Entstehung und des Einflusses der Ideen der „konservativen Revolution“ in Kroatien, der auf die Besonderheiten des aktuellen Kontext einer akuten Identitätskrise verweist, die als Reaktion auf diese Phänomene durch eine Reihe von links- und rechtspopulistischen Bewegungen entstanden ist. Andererseits wird in Orbáns Ungarn mit der illiberalen Demokratie ein neues politisches Experiment durchgeführt, das sich der liberalen Demokratie entgegenstellt.

Die konservative Revolution als Phänomen ist nicht monolithisch, sondern vielschichtig, so dass das, was für Polen oder die Slowakei gilt, wo das Modell der katholisch-klerikalen konservativen Revolution angewendet wird, nicht für andere europäische Länder mit einer anderen politischen Kultur und Tradition gilt.

In Kroatien gibt es keine organisierte politische Strömung dieser Art, abgesehen von einigen Einzelpersonen und Kreisen, die die Ideen der antiliberalen konservativen Revolution fördern. Obwohl wir in der Vergangenheit auch totalitäre kommunistische Erfahrungen gemacht haben, ist Kroatien nicht wie Polen oder Ungarn, wo es starke rechtsnationalistische und konservative politische Traditionen gibt. Mit Ausnahme des antikommunistischen Diskurses und der patriotischen neorechten Folklore sehe ich keinen großen Unterschied zwischen der heutigen kroatischen liberalen Linken und der liberalen Rechten, die zusammen die liberale Demokratie, den Menschenrechtskult, die Ideologie des freien Marktes und den Monetarismus umfassen und die Grundlagen der traditionellen Weltanschauung und des politischen Verständnisses untergraben.

Aber man sollte sich bewusst sein, dass Ideen eine Sache sind und Human Resources eine andere. Die Haupthindernisse für die Stärkung der Ideen der konservativen Revolution innerhalb der kroatischen Nationalkräfte sind neben politischem Sektierertum und Fragmentierung die intellektuelle Unterkapazität und der begrenzte postkommunistische, provinzielle kategorische Apparat der heutigen Generation von Abgeordneten, Politikern und Aktivisten, die sich selbst „Rechte“ nennen. Die sogenannte „patriotische Rechte“, die ebenfalls liberal ist, bleibt Geisel der binären Fan-Mentalität, die sich in der Phrase „wir oder sie“ ausdrückt, sowie der sterilen Scharmützel um Partisanen und Ustaschas. Auf der anderen Seite unterscheidet die katholische konservative Rechte oft nicht die konfessionelle von der politischen Öffentlichkeit oder beschäftigt sich ausschließlich mit der Moralisierung der Gesellschaft, während sie den Marktfundamentalismus und Unternehmenslobbys unterstützt, die die christlichen Grundlagen der kroatischen Gesellschaft zerstören.

Ich glaube, dass es eine Priorität ist, den Generationenwechsel durchzuführen, der für das Entstehen einer wahren Rechten, sowohl konservativ als auch revolutionär, notwendig ist, die in erster Linie den kroatischen nationalen und staatsbildenden Diskurs entprovinzialisieren und ihn in den breiteren Kontext der europäischen geopolitischen und metapolitischen Narrative stellen sollte .

Wir dürfen keine ausländischen politischen Modelle importieren

In Kroatien gab es zwischen den beiden Weltkriegen eine lebendige rechte Szene mit vielen Autoren, die sowohl Kapitalismus als auch Sozialismus kritisch beschrieben und die Notwendigkeit einer Mittelwegsfindung zwischen den beiden Systemen erwogen. Im letzten Jahrzehnt haben [Višeslav Aralica](#) , [Stipe Kljaić](#) und [Ivan Macut](#) mehrere Bücher und wissenschaftliche Arbeiten zu diesem Thema veröffentlicht. Was sind die Gemeinsamkeiten oder Unterschiede zwischen diesen Ideen und den Ideen der Deutschen Konservativen Revolution aus der Zwischenkriegszeit?

Zu dieser Zeit kristallisierte sich in Kroatien die ideologische, philosophische und politische Matrix des kroatischen Konservatismus heraus, und die Träger dieser Bestrebungen waren Ivo Pilar, Milan pl. Šufflay, Vinko Krišković, Julije Makanec, Kerubin Šegvić, Filip Lukas, Tias Mortigijja, Milivoj Magdić, Vilko Rieger usw. Sie dachten bereits über die Notwendigkeit einer konservativen Revolution im Rahmen des großeuropäischen Nationalismus nach. Daher sollte Kroatien Leitlinien aus seiner eigenen philosophischen und politischen Tradition ziehen. Es zeigt die konservative Revolution als Anspruch, der jenseits des sozialistischen Kollektivismus und des kapitalistischen Individualismus als zwei Zwillingenbrüder die Idee der spirituellen Transformation, die Verteidigung der europäischen Identität, die Wiederherstellung der Politik als eine durch die Prinzipien artikulierte Regierungskompetenz fördert die Prinzipien von *Imperium*, *Auctoritas*, *Civitas* artikuliert. Es steht für das Prinzip der direkten und partizipativen Demokratie, für die Achtung kultureller Unterschiede und die Idee einer organischen und solidarischen Gesellschaft im Gegensatz zu der heute vorherrschenden partitokratischen Demokratie, Ökonomie und materialistischen Vision der Welt.

Es ist ein metapolitischer Ansatz, der versucht, neue Konzepte und Visionen der Welt basierend auf seiner eigenen Tradition und durch die ursprüngliche Revolution von Ideen und internen Transformationen zu entwickeln. Der Import ausländischer politischer Modelle war für das kroatische Volk im Laufe der Geschichte oft katastrophal, sei es der bolschewistische Internationalismus, der österreichisch-ungarische Monarchismus oder der südslawische Föderalismus. Diese Modelle scheiterten an der konstruktivistischen, künstlichen Natur und an der Missachtung der historischen kroatischen Staatskontinuität. Daher sollte auch im Falle der vermeintlichen konservativen Revolution in Kroatien darauf geachtet werden, den polnischen, angelsächsischen oder anderen Neokonservatismus nicht zu imitieren.

Was die Tradition anbelangt, sollte die Tradition natürlich nicht nur vererbt, sondern auch als aktive schöpferische Kraft wiederbelebt werden, ein ideologischer Anspruch, der von Generation zu Generation weitergegeben wird im Sinne des Wortes *Händler*, lebendige Tradition.

Nach einem großen historischen Wendepunkt 1945 und fast einem halben Jahrhundert kommunistischer Herrschaft in Kroatien muss die rechte Bewegung in unserem Land tatsächlich neu aufgebaut werden. Sehen Sie in diesem Zusammenhang Veränderungen zum Besseren in der kroatischen politischen Szene?

Ich wäre nicht ehrlich, wenn ich sagen würde, dass es keine positiven Entwicklungen gibt. Ab den 1990er Jahren wurde mit der Verwirklichung eines unabhängigen Staates Raum für den freien Ausdruck und die Verbreitung verschiedener Ideen geschaffen, so dass die Ideen der konservativen Revolution, des Nationalismus, des Traditionalismus und des Konservatismus teilweise aufgenommen und in der Gesellschaft verankert wurden, wenn auch natürlich nicht genug an Universitäten und im kulturellen Bereich, wo das Monopol der linksliberalen Kulturhegemonie überlebt hat.

Was die Eliten angeht, sollte nicht vergessen werden, dass 1945 in Kroatien eine Art Kulturmord und Aristozid stattfand, ein tiefer demografischer und generationsübergreifender Einschnitt mit der Liquidierung des intellektuellen Bürgertums. Noch heute leiden wir unter den Folgen davon. Andererseits wurde in den 1990er Jahren trotz der positiven patriotischen Aufladung und des staatsbildenden Bewusstseins die notwendige Ablösung ehemaliger Eliten, Mitglieder der jugoslawischen Nomenklatura, die die Machthebel in Medien und Kultur behielten und sich gekonnt in liberale Demokraten, fehlte.

Was die Eliten betrifft, darf nicht vergessen werden, dass 1945 in Kroatien eine Art Kulturmord und Aristozid stattfand, ein tiefer Bevölkerungs- und Generationeneinschnitt mit der Liquidierung des intellektuellen Bürgertums. Noch heute leiden wir unter den Folgen davon. Andererseits wurde in den 1990er Jahren trotz der positiven patriotischen Aufladung und des staatsbildenden Bewusstseins die notwendige Ablösung ehemaliger Eliten versäumt; Mitglieder der jugoslawischen Nomenklatura behielten die Machthebel in Medien und Kultur und verwandelten sich gekonnt in liberale Demokraten.

Es ist interessant festzustellen, dass es in Kroatien eine radikale Linke gibt, kritischer gegenüber liberaler Demokratie und Neoliberalismus als die kroatische Rechte, deren größte ideologische Reichweite gerade das angelsächsische Modell der marktliberalen Demokratie ist, natürlich mit einer formal konservativen Weltanschauung. Die kroatische patriotische und konservative Rechte sind Geiseln der klassischen Fallen des anti-totalitären Diskurses, der das Monopol der atlantischen, marktorientierten Form der Demokratie legitimiert. Die Geschichte kennt andere, europäische Demokratiemodelle wie die direkte, partizipative und korporatistische Demokratie. Sich selbst Antiglobalisten zu nennen und weiterhin die schuldenmonetaristische Politik des IWF, der WTO usw. zu unterstützen, Soros anzurufen und Hannah Arendt, Karl Popper und Friedrich Hayek zu zitieren – die das Modell der „offenen Gesellschaft“ philosophisch legitimieren – ist Schizophrenie oder völlige Inkonsistenz.

Das Ende oder die Transformation des Liberalismus?

Das Scheitern des Liberalismus wird im Westen zunehmend diskutiert, und kürzlich ist ein [Buch von Patrick Deneen](#) auf Kroatisch erschienen, das darüber spricht. Inwieweit ist Ihrer Meinung nach die liberale Ordnung im Westen heute stabil? Haben Phänomene wie der Brexit, Orbans Herrschaft in Ungarn oder die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA einen schweren Schock ausgelöst oder stellen sie nur eine geringe Bedrohung für die regierenden Liberalen dar?

Patrick Deneen weist tatsächlich auf die Widersprüche des Liberalismus selbst und seine Mängel in Notsituationen hin, sagt aber nicht sein Ende voraus. Der heutige Diskurs zum Postliberalismus zeigt, dass Liberalismus und Kapitalismus in bestimmten Krisensituationen die Kraft der Transformation besitzen, um als dominantes ideologisches System zu überleben. Es ist daher naiv zu glauben, dass die derzeitige Einführung bestimmter hoheitlicher Maßnahmen im Kontext einer Coronavirus-Pandemie – wie etwa Schließung oder verschärfte Grenzkontrollen, staatliche Interventionen im Wirtschafts- und Gesundheitsbereich – das Ende eines liberalen Staates und einen radikalen Wandel einläutet in einen anderen Staat oder eine andere Gesellschaft.

Die Realität sieht anders aus: Ein liberaler Staat auf globaler Ebene wird zum Werkzeug globaler Biopolitik, die unter dem Paradigma des „Great Reset“ und der „digitalen Revolution“ nicht nur eine neue Form der biopolitischen Domestizierung einführen will, sondern auch die Agenda der neuen Politik-, Kultur- und Sozialanthropologie. Biopolitische Herrschaft braucht nämlich keine ideologischen Narrative, um die Massen zu motivieren oder die passive Zustimmung zu erlangen.

Andererseits sollte man sich bewusst sein, dass der liberale Staat nie totalitäre Modelle wie „weiche“ und „harte“ Repression von Dissidenten und Gegnern ausgeschlossen hat, während die Notlage in Form einer Pandemie Überwachungsmaßnahmen ähnlicher Art erlaubt hat Orwellsche Dystopie, schlimmstenfalls Totalitarismus. Der Prozess der „Pathologisierung“ politischer Dissidenten ist im Gange, der entfernt, neutralisiert, isoliert und resozialisiert werden sollte. Es ist nämlich paradox, dass die Angst vor dem Coronavirus

dort erfolgreich war, wo alle alterglobalistischen, antisystemischen und antikapitalistischen Bewegungen gescheitert sind: Blockade des globalisierten Wirtschaftssystems, Stopp des freien Personen- und Warenverkehrs, Zusammenbruch der Finanzmärkte, aber auch Neutralisierung Widerstand, der auf kontrollierten Facebook-Aktivismus reduziert wurde.

„Populismus braucht Eliten“

Rechtspopulismus im Westen wird als eine Art Gespenst wahrgenommen. Einige Politologen wie [Jan Werner Müller](#) sehen in ihm eine Bedrohung der Demokratie. Aber wollen die Parteien und Einzelpersonen, die in diesen Korb gepfercht sind, wirklich die liberale Demokratie ersetzen?

Das Aufkommen des zeitgenössischen Populismus sollte im Kontext des Aufkommens neuer anti-systemischer politischer Kräfte und der Neugestaltung des politischen Lebens in parlamentarischen Demokratien gesehen werden. Nach dem Brexit-Referendum und Trumps Sieg bei den US-Präsidentenwahlen hat sich der Prozess der Diskreditierung und Dämonisierung des Populismus deutlich verschärft. Steigende soziale Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten, Ausschreitungen von „Gelbwesten“ in Frankreich, Wahlsiege populistischer und souveräner Bewegungen in ganz Europa sind gesellschaftliche und politische Realitäten, die nicht reduktionistisch oder pauschal als Randphänomene betrachtet, als „faschistisch“ stigmatisiert werden können „Gefährdung der Demokratie.

Rechts- und Linkspopulismus sollten als zeitgenössische Rebellion des Volkes gegen die Eliten interpretiert werden. In den meisten Fällen ist Populismus mangels eines konsistenten alternativen Gesellschaftsmodells eher Methode als Lösung. Trotz harscher Kritik an Eliten war Populismus nie ein „elitophobes“ Phänomen in dem Sinne, dass er jede Form der Zusammenarbeit mit Eliten ablehnt. Als solcher ist Populismus ein gutes Korrektiv für die epistemologische und funktionale Korruption pervertierter Eliten.

Tatsächlich braucht der Populismus selbst eine Elite, und man könnte sagen, dass gerade dieses Verhältnis zwischen Populisten und Eliten der Hauptmangel und die Schwäche populistischer Bewegungen ist. Wenn sie sich nämlich ausschließlich auf Elitenkritik und die Mobilisierung von Protestschichten des Volkes beschränkt, entfernt sie sich oft von einer systematischen, vernetzten, breiteren Zusammenführung und Gestaltung eines alternativen Gesellschafts- und Regierungsmodells. Eine der größten Herausforderungen des Populismus ist daher die Fähigkeit des „Volksblocks“, eine neue politische, intellektuelle und wirtschaftliche Elite zu generieren, die in der Lage wäre, die alten, abgenutzten und korrupten Eliten zu ersetzen und die Machthebel in der Staat und seine Institutionen.

Die Moderne wird oft mit der Weimarer Republik verglichen, die nach ihrem Ende als erfolglos, schwach und dekadent bezeichnet wurde. Der amerikanische katholische Kolumnist [Ross Douthat](#) erklärt die gesamte moderne westliche Gesellschaft für dekadent und behauptet, dass sie kulturell, wirtschaftlich und sogar technisch stagniert. Gibt es wirklich Gründe, die moderne westliche Gesellschaft als müde und abgemagert zu bezeichnen?

Absolut. Der russische Schriftsteller Eduard Limonov schrieb: „Der moderne Westen ist eine großartige psychiatrische Klinik“, eine großartige Klinik, in der Patienten mit Beruhigungsmitteln und Antidepressiva behandelt werden. Man darf nicht vergessen, dass wir, wenn wir vom Westen sprechen, tatsächlich von einer perversen Form Europas sprechen. Gegenwärtig ist der Westen tatsächlich ein Bild der Welt des extremen Westens, das nichts anderes als ein pervertiertes Bild des spirituellen Westens ist, der im 16.

Jahrhundert mit dem Eindringen humanistischer und protestantischer Weltdeutungen und dem Kampf gegen christliche Renaissance und Platonismus, brachten die Aufklärung hervor. Es war eine Zeit, in der sich mit dem Prozess der Säkularisierung, Individualisierung und Spiritualität Politik, Kultur und Ethik von innen heraus auflösten. Dann nimmt Europa den Weg der Moderne und des extremen Westens, den Weg der individualistischen Fragmentierung der Weltanschauung und des Marktgötzendienstes.

Die westliche Welt ist entsetzt und kämpft gegen den religiösen Fundamentalismus des Ostens und akzeptiert schizophrene Spielregeln des extremen Westens, der auf globaler Ebene einen säkularisierten Marktmonotheismus fördert, der selbst eine Spur von Armut und ethno-konfessionellem Radikalismus produziert.

Heute umfasst der Westen alle wirtschaftlich entwickelten, industrialisierten und modernisierten Länder der Welt, darunter Japan, Südkorea, Taiwan, Australien sowie ehemalige kommunistische Länder. In diesem Sinne bildet der Westen heute keine homogene geographische Einheit, sondern eine gedachte, transnationale Kategorie, die nationale, ethnische und religiöse Besonderheiten transzendiert. Man könnte sagen, dass alles, was die „Verwestlichung“ im Denken und Handeln ausmacht, im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bereich, dem Westen gehört: Marktdemokratie, das Erbe der Aufklärung, Individualismus, technisch-wissenschaftlicher Götzendienst, Rationalismus, Konsumgesellschaft und Säkularisierung.

Trotz dieser Dekadenz des Westens denke ich jedoch, dass wir nicht passiv und nachdenklich auf die Rettung *Ragnaröks* oder das Ende des tausendjährigen dunklen Zeitalters (*Kali Yuga*) warten sollten, sondern den nihilistischen Kräften aktiv und verantwortungsbewusst entgegenzutreten sollten.

Die Pandemie und die Krise des Liberalismus

Viele Mitglieder der kroatischen Rechten befürworten heute Marktreformen und die Nichteinmischung des Staates in wirtschaftliche Prozesse. Sie sind gewissermaßen ein „schwarzes Schaf“, da Sie immer wieder sehr kritisch über den Kapitalismus geschrieben haben. Ist eine liberale Wirtschaftspolitik der kroatischen Rechten heute wirklich notwendig, oder?

Ich weiß nicht, ob ich ein „schwarzes Schaf“ bin, weil ich mich nicht als Mitglied der kroatischen liberalen Rechten betrachte, aber ich denke, in diesem Fall ist es in Bezug auf sie besser, ein „schwarze Schafe“ als ein nützlicher Idiot des linksliberalen Systems. Ich leugne nicht den Wert des Marktes, aber ich akzeptiere den Markt nicht als das ultimative Modell sozialer Organisation, genauso wenig wie ich ein Apologet jeglicher Form von Etatismus oder Dirigismus bin. Auf der politischen Bühne ist sichtbar, dass Marktideologie und Neoliberalismus die gesamte ideologische Tradition sowohl der Linken als auch der Rechten erschüttert und die Entstehung eines alternativen, nicht marktwirtschaftlichen Sozial- und Wirtschaftsmodells verhindert haben.

Es sollte auch gesagt werden, dass die Coronavirus-Pandemie paradoxerweise das wahre Gesicht und alle Mängel des liberalen Wirtschaftsmodells offenbart hat. Die Gesundheits- und Wirtschaftskrise brach über Nacht die Marktdynamik und den Austausch (aufgrund der Schließung von Grenzen für den freien Waren- und Personenverkehr) zusammen und führte zu einem Debakel und dem Zusammenbruch der arroganten liberalen Ideologie und der Marktfundamentalisten, die heute schamlos Hilfe und Staat suchen Eingreifen, um die Wirtschaft zu retten.

Und schließlich eine Frage im Zusammenhang mit der politischen Entwicklung. Die letzten Parlaments- und Kommunalwahlen zeigten einmal mehr die große Macht der HDZ, die von zahlreichen Skandalen und der schlechten Wirtschaftslage des Landes nicht erschüttert wurde. Sie selbst haben einst durch [kroatische Souveräne](#) an politischen Prozessen teilgenommen, daher interessiert uns, wie sinnvoll es Ihrer Meinung nach ist, sich unter den Bedingungen einer solchen politischen Hegemonie der HDZ politisch zu engagieren, wie kann die Rechte unter solchen Bedingungen Erfolg haben?

In diesem Staat mit einem unartikulierten und handelnden Systemrecht hat es fast keinen Sinn, daran teilzunehmen, aber ich denke, wir sollten trotzdem versuchen, einen besseren Einblick in die innenpolitische Parlamentspolitik und die Parteidynamik zu bekommen. Radikale Bewegungen und grundlegende Veränderungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik sind aufgrund der kapillaren Korruption und des bestehenden klientelistischen Partitokratischen Systems, aber auch aufgrund der allgemeinen unterwürfigen Denkstruktur kaum umsetzbar. Neben diesem politischen Sumpf muss die wahre Rechte einen unerschütterlichen Willen bewahren und in langfristiger, aber sicherlich fruchtbarer Arbeit auf dem ideologischen Schlachtfeld (durch Kultur, studentisches Engagement an Universitäten, Medien...) Vernetzung und Aktion.



Dieser Beitrag erschien zuerst in kroatischer Sprache bei [VOKATIV](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

34) Ein weiteres Tito-Verbrechen

22. 06. 2021



Vor kurzem wurden die Untersuchungen des letzten kommunistischen Massakers in Slowenien abgeschlossen, das im vergangenen August in der Nähe der Stadt Brežice (Rann), in der Ortschaft Mostec (Brückel), entdeckt wurde. Dort wurden die Überreste von insgesamt 139 Menschen gefunden, die in drei verschiedenen Phasen zwischen Mai und Oktober 1945 ermordet wurden.

Die Koordinatoren der Untersuchung, der Vorsitzende der slowenischen Staatskommission für die Entdeckung von Massengräbern, Jože Dežman, und der Höhlenforscher Uroš Košir, haben bestätigt, dass die drei Gruppen von Gefangenen – slowenische und kroatische Zivilisten, deutsche Soldaten und einige Frauen – aus verschiedenen Haftstätten von Titos Partisanen, einschließlich des Konzentrationslagers Teharje (Tüchern), entführt, am Rande eines großen Panzergrabens getötet und dann verscharrt wurden.

Die Gruppe von Frauen wurde mit einem Bus von Huda Jama nach Mostec gebracht, der zu diesem Zeitpunkt voll besetzt war. Die Opfer des Massakers wurden mit mit Draht gefesselten Handgelenken gefunden.





Quelle: privat

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

35) Griechenland schiebt fast doppelt so viele Migranten ab, wie 2021 angekommen sind

21. 06. 2021



Lager neben dem Hot Spot Moria auf der Insel Lesbos -

Foto: Faktengebunden / Wikimedia CC 4.0

Griechenland wird im nächsten Jahr ein neues permanentes Lager auf der Insel Lesbos bauen, um die Einrichtung zu ersetzen, die letzten Monat abgebrannt ist, sagte Migrationsminister Notis Mitarakis im vergangenen Oktober

In den ersten fünf Monaten des Jahres 2021 hat die griechische Regierung nach eigenen Angaben fast doppelt so viele Migranten abgeschoben wie illegal ins Land gekommen sind.

Die konservative griechische Regierung reduziert weiterhin die Zahl der Migranten auf den Ägäis-Inseln. Im Vergleich zum letzten Jahr ist die Zahl um 71 Prozent gesunken, während die Ankünfte auch im Vergleich zu den Vorjahren zurückgegangen sind.

Nach Angaben des griechischen Ministeriums für Migration und Asyl wurden in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 4.951 Migranten abgeschoben, wobei einige in Drittländer abgeschoben und andere auf andere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union umverteilt wurden, berichtet die Zeitung [Proto Thema](#).

Im gleichen Zeitraum verzeichnete Griechenland nur 2.891 neue Migrantenankünfte auf den Ägäis-Inseln und in der Evros-Region – Griechenlands Landgrenze zur Türkei -, was einen Rückgang von 68 Prozent im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Jahr 2020 bedeutet, in dem 9.421 neue Ankünfte verzeichnet wurden.

„In den letzten 12 Monaten verlassen mehr Drittstaatsangehörige Griechenland als sie kommen, während in den ersten fünf Monaten des Jahres 2021 die Abreisen von Drittstaatsangehörigen doppelt so hoch sind wie die Ankünfte.“ sagte der Minister für Migration und Asyl Notis Mitarakis.

Im Mai 2020 lebten 92.463 Asylbewerber in den vom griechischen Migrationsministerium betriebenen Heimen und Strukturen, aber diese Zahlen sind seitdem auf 53.705 Asylbewerber im Mai dieses Jahres gesunken.

Die neuen Zahlen kommen, nachdem die griechische Regierung, die von der Mitte-Rechts-Partei Neue Demokratie geführt wird, im August 2019 [erklärt](#) hat, dass sie die Zahl der ankommenden Migranten reduzieren und strengere Kontrollen durchsetzen möchte.

Trotz des Baus einer neuen Grenzmauer in der Evros-Region und des kürzlichen Einsatzes von [Schallkanonen](#), um Migranten von der Grenzüberschreitung abzuhalten, leben immer noch Tausende von Migranten in Migrantenlagern auf den griechischen Ägäis-Inseln.

Auf Lesbos, einer der Inseln, die Griechenland am nächsten liegt, brannte im Oktober das Migrantenlager in Moria nieder, wodurch bis zu 13.000 Migranten obdachlos wurden. Vier afghanische Staatsangehörige wurden Anfang des Monats der Brandstiftung für schuldig befunden und im Zusammenhang mit dem Feuer zu [zehn Jahren Gefängnis](#) verurteilt.

Die griechische Regierung plant den Bau neuer Aufnahmestrukturen für Migranten auf Lesbos und der Insel Chios, doch laut der Zeitung [I Kathimerini](#) drohen den Projekten erhebliche Verzögerungen aufgrund einer Verlängerung des Ausschreibungsverfahrens bis zum nächsten Monat.

Quelle: [Breitbart.com](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

36) Daniele Scalea: Kommt eine italienische Mitte-Rechts-Föderation?

28. 06. 2021



Daniele Scalea · Foto beigestellt von Daniele Scalea

Daniele Scalea, Vorsitzender des Centro Studi Machiavelli, wurde von „Sputnik Italia“ über das Projekt einer Fusion oder Föderation zwischen der Lega und Forza Italia interviewt.

Das Projekt lässt die Fratelli d'Italia (FdI) kalt, während Salvini alles auf die Föderation setzt.

Die Wähler begrüßen eine Mitte-Rechts-Einheitspartei. Laut einer von EMG für Agora durchgeführten Umfrage würden mehr als 50% die Gründung einer einzigen Partei begrüßen, die alle Kräfte der Koalition bündeln könnte. Konkret antworteten 54% mit „Ja“ auf die Frage „Sind Sie für die von Berlusconi vorgeschlagene Einheitspartei Mitte-Rechts?“. Die negativen Meinungen hielten sich bei 29 %, während 17 % es vorzogen, nicht zu antworten.

Wie viel würde die Föderation Lega-Forza Italia in Bezug auf einen Konsens wiegen? Kann diese Fusion wirklich funktionieren? Sputnik Italia sprach darüber mit Daniele Scalea, dem Mitbegründer und Vorsitzenden des Think-Tanks Centro Studi Politici e Strategici Machiavelli.

- Daniele, was halten Sie von der Hypothese einer Einheitspartei von Lega und Forza Italia? Gefällt Ihnen die Idee?

- Es ist eine interessante Hypothese, die ihre Vor- und Nachteile hat. Sicher ist, dass dieser Weg nur mit einer präzisen Strategie und einem weit verbreiteten Bewusstsein beschränkt werden sollte, nicht aus reinem Wahlkalkül. Sonst besteht die Gefahr, dass es zum Bumerang wird.

- Was steckt hinter dieser Wahl? Was hat Berlusconi und Salvini dazu gebracht, sich zu einigen und ihre Kräfte zu bündeln?

- Berlusconi weiß, dass seine Zeit nach einer 20-jährigen Dominanz in der italienischen Rechten abgelaufen ist. Er ist 85 Jahre alt, er wird sich nicht mehr lange engagieren können, er hat nie einen Dauphin innerhalb der Forza Italia oder der PdL gefunden (sowohl Gianfranco Fini als auch Angelino Alfano haben ein schlechtes Ende genommen), seine Partei ist jetzt der Dritte in der Hierarchie der Koalition. Daher sucht er nach einer Übergabe an den neuen Führer der Mitte-Rechts-Partei, die seine historische Rolle krönen und das Überleben seiner politischen Kette garantieren könnte (die, das sollte man nie vergessen, auch mit Familienunternehmen verbunden ist).

Salvini hingegen sieht seine Führung in der Koalition durch den Aufstieg von Giorgia Meloni bedroht. Im Jahr 2023, wenn die Mitte-Rechts-Partei die Wahlen gewinnen sollte, wird mit den aktuellen Vereinbarungen das Parteimitglied, das die meisten Stimmen erhalten hat, Premierminister. Eine Föderation mit Forza Italia könnte auch ein Mittel sein, um die Präferenzen des dritten Schenkels der Koalition durchzusetzen: Das heißt, selbst wenn FdI die Lega überholen sollte, könnte FI Salvini anstelle von Giorgia Meloni zum Ministerpräsidenten küren, indem seine Stimmen zu denen der Lega addiert werden.

Darüber hinaus hofft Salvini, den eher zentristischen und gemäßigten Bereich an sich zu binden, um eine breite Koalition zu gewährleisten, die sich bei der Abstimmung gegen die Mitte-Links-Partei durchsetzen wird. Heute hat die Rechte etwa 50 % der Zustimmung: Die Gefahr ist, dass die zersplitterte Welt der Mitte sich mit der Linken zusammenschließen und um den Sieg kämpfen könnte. Vor allem Giuseppe Conte scheint in diesem Sinne manövrieren zu wollen. Natürlich ist es schwer vorstellbar, Conte, Renzi und Calenda zu vereinen, aber um nichts dem Zufall zu überlassen, will sich Salvini auch in der Mitte absichern.

- Von einigen Experten wird dieses „Projekt“ mit Berlusconischem Copyright als eine aktualisierte Neuauflage der PdL gesehen und von anderen stattdessen – eine Angliederung der Forza d'Italia an die Lega. Und was denken Sie? Wer profitiert am meisten oder ist dies eine Win-Win-Lösung für beide Parteien, die Wähler verlieren?

- Wäre es im Jahr 2019 passiert, wäre es eine tout court-Annexion gewesen. Heute ist die Lega immer noch deutlich stärker als FI, aber weniger überwältigend. Deshalb ist Berlusconi selbst der Befürworter der Fusionsidee, während Salvini eher auf eine vorsichtige Föderation setzt.

- Wie aus einer EMG-Different-Umfrage für Adnkronos hervorgeht, würde die Föderation jedoch den beiden Parteien Stimmen wegnehmen und nur 23,8% erreichen (-4,7% gegenüber der Summe von Lega und Fi). Sind Sie mit dieser Lesart einverstanden? Kann der Zusammenschluss funktionieren, wenn man bedenkt, dass Forza Italia die Idee nicht einhellig positiv bewerten würde?

- Es ist glaubhaft, dass die politische Summe von zwei Parteien nicht der arithmetischen Summe ihrer Wählerschaft entspricht. Durch den Zusammenschluss zu einer Partei mit weniger ausgeprägter Identität verlieren die Parteien an Attraktivität für ihre jeweiligen „extremen“ Flügel: die Lega auf der rechten Seite und Forza Italia in der Mitte. Ein Konsens, der potenziell und sogar mit Interesse zurückgewonnen werden kann, zum Beispiel, weil eine stärkere Partei auftaucht, oder weil sie die Gelegenheit für eine gesunde interne Demokratie und eine Konfrontation nutzt, aus der neue Ideen und Energien entspringen. Zum Beispiel hat die PdL im Jahr 2008 besser abgeschnitten als FI+AN im Jahr 2006. Der springende Punkt ist jedoch, dass die „Big-Tent“-Partei, die bunte Seelen zusammenbringt, die durch einen ziemlich inklusiven kleinsten gemeinsamen Nenner vereint sind, in einem mehrheitlichen Wahlkontext ein Gewinner ist: Es funktioniert in der Tat in den USA. In Italien

hingegen gab es in den letzten Jahren eine progressive Entwicklung hin zu einem stärker proportionalen System, das die Vermehrung von Parteien mit einer ausgeprägten Identität belohnt. Abgesehen von einer Rückkehr zum Mattarellum wäre es aus wahltaktischer Sicht besser, mehrere verschiedene Parteien beizubehalten, als eine große und umfassende Partei zu bilden.



Giorgia Meloni · Foto beigestellt von Giorgia Meloni

- Fratelli d'Italia zieht sich aus dem Projekt zurück und betont, dass „die Föderation nur die Mitte-Rechts-Gruppen betreffen würde, die mit Draghi in der Mehrheit sind.“ Ist dies ein Problem für Salvini und Berlusconi oder sind die beiden Führer immer noch daran interessiert, Meloni aus dem Spiel zu nehmen, wie einige interne FdI-Quellen behaupten?

- Wenn die Absicht ist, Meloni die Führung streitig zu machen, dann ist ihr Ausschluss notwendig. Wenn es andererseits darum geht, eine starke, einheitliche Partei zu schaffen, sollte sie einbezogen werden. Wenn man aber die Partei zu einer Großpartei macht, muss man, um eine interne Dialektik zu gewährleisten, die nicht sofort zur Spaltung führt, auch die Methode der internen Vorwahlen anwenden: beginnend mit der Wahl des Ministerpräsidentenkandidaten.

- Welche Auswirkungen könnte die Geburt der neuen großen Mitte-Rechts-Partei auf die italienische Mitte-Links-Partei haben, die noch auf der Suche nach ihrer Identität ist?

- Ich glaube nicht, dass die linke Mitte es sich leisten kann, zu genau hinzuschauen, was auf der rechten Seite passiert, wenn man bedenkt, wie magmatisch die Situation dort ist. Wir wissen immer noch nicht, ob M5S radikal oder moderat, links oder Mitte sein wird, geführt von Conte, Grillo oder Di Maio. Die Zukunft der ehemaligen M5S-Splitter ist uns nicht bekannt. Wir wissen nicht, ob Letta ein langes Leben an der Spitze der PD haben wird. Wir wissen nicht, ob PD und M5S wissen, wie sie zusammenarbeiten können. Wir wissen nicht einmal, ob Renzi und Calenda ihre Kräfte auf ihre Weise bündeln können. Zu viele interne Probleme bleiben ungelöst.

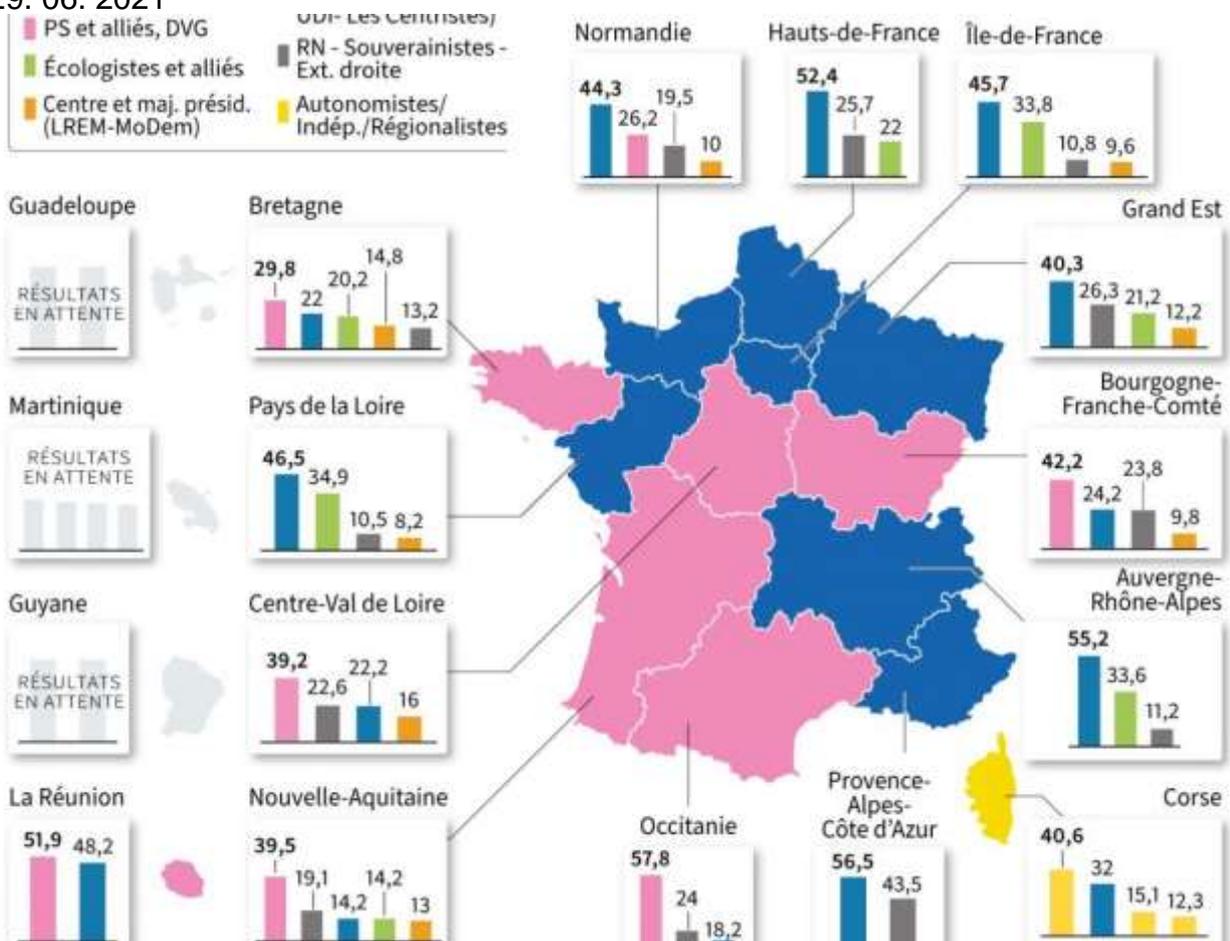


Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CENTRO MACHIAVELLI](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

37) Französische Regionalwahlen: Fiasko für RN und LREM

29. 06. 2021



Das Rassemblement National hat den Test nicht bestanden: auch die zweite Runde der französischen Regionalwahlen hat gezeigt, dass die „Entdiabolisierung“ keine Ergebnisse bringt und dass der sog. „pasteurisierte“ Diskurs bzw. der De-LePenismus die Wählerschaft verschreckt hat.

Man darf sich nicht wundern, dass die RN-Liste Mariani (Droite populaire) in der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur (PACA) nicht die Mehrheit erreicht, wenn man einen David Rachline als RN-Bürgermeister von Fréjus hat, der auf Twitter davon schwärmt, dass er ein

paar Tage vor den Wahlen zwei Lesben miteinander verheiratet hat. Hätten Gegner die Kampagne von Thierry Mariani zum Absturz bringen wollen, hätten sie es nicht anders gemacht... Die Niederlage mit nur 42,70% der Stimmen gegen Renaud Musulier (LR verbunden mit LREM), der mit 57,30% der Stimmen wiedergewählt wurde, ist umso bitterer für Mariani und sein Team, als dieses vielleicht am stärksten auf der rechten Seite des RN verankert ist.

Die Feier von Hochzeiten ist immer ein starker Moment für einen Bürgermeister, ich wünsche unseren Bräuten des Tages alles Gute.#Fréjus

Laurent Jacobelli, Chef der Liste im Grand-Est, der am 10. Juni auf France 3 sagte: „Der Frexit ist eine Verschwörung, die nationale Souveränität ist eine Modeerscheinung“, hat es nicht geschafft, die Wähler für eine „patriotische Welle“ zu mobilisieren. Aber was hat er mit solchen Aussagen auch anderes erwartet?

Auch in Hauts-de-France verpasste die Partei von Marine Le Pen ihre Chance an der Wahlurne. Sébastien Chenu, der schwule Vertreter der RN, erhielt nur 26,65 % der Stimmen, während die Republikanische Front Xavier Bertrand zum Präsidenten der Region machen konnte.

In Auvergne-Rhône-Alpes wurde Laurent Wauquiez (LR) mit 55,17 % der Stimmen wiedergewählt, während Andréa Kotarac (RN), eine Überläuferin von den Insoumis, nur 11,18 % der Stimmen erhielt.

Was LREM (La République en marche), die Partei des derzeitigen französischen Staatspräsidenten Macron, betrifft, so befindet sie sich ebenfalls im Stillstand. In der zweiten Runde der Regionalwahlen erhielt sie weniger als 10% der Stimmen. Der ehemalige Minister François de Rugy kommt im Pays de la Loire auf kaum mehr als 8%, die Regierungsmitglieder Brigitte Klinkert im Grand Est und Geneviève Darrieussecq (MoDem) in Nouvelle-Aquitaine kommen auf rund 13%, Marc Fesneau (ebenfalls MoDem) erreicht 16,1% im Centre-Val-de-Loire. Dieser kolossale Absturz sollte eigentlich zu einer Umbildung der Regierung führen. Dass das nicht der Fall ist, zeugt mehr als alles andere von der hochnäsigen Haltung der Regierung Macron & Co gegenüber den Franzosen.

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

38) Jože Biščak und Vinko Vasle in einem offenen Brief an Emmanuel Macron: Seien Sie vorsichtig mit Ihrer Wortwahl!

Von Jože Biščak und Vinko Vasle

26. 06. 2021



Von links nach rechts: Jože Biščak, Emmanuel Macron und Vinko Vasle · Bildquelle: Archiv Demokracija, STATHierry_Monasse; bearbeitet von Matic Štojs Lomovšek

Sehr geehrter Herr Emmanuel Macron, Präsident der Französischen Republik,

Wir schreiben Ihnen wegen Ihrer Erklärung nach dem Gipfeltreffen der EU-Staatschefs und weil die Nachrichtenagenturen Sie in ihren Berichten an die Spitze der Nachrichten gesetzt haben.

Sie sagen, dass die EU einen „kulturellen“ und „zivilisatorischen“ Kampf führt, um illiberale Ideen zu stoppen, die angeblich die europäischen Grundwerte bedrohen. Sie haben Polen und Ungarn herausgegriffen, und die Agenturen erwähnen auch Slowenien und den slowenischen Premierminister Janez Janša.

Wenn Sie die Dinge so sehen, ist das in Ordnung. Das ist Ihre Meinung, die wir als Slowenen und Europäer nicht teilen.

Sie sprechen von „illiberalen Demokratien“. Lassen Sie uns das klarstellen. Haben Sie schon einmal in „illiberalen Demokratien“ gelebt und diese erlebt? Haben Sie in Ihrem

Leben schon einmal Undemokratie und Totalitarismus erlebt? Ich glaube nicht. Sie haben in Frankreich gelebt und sind dort aufgewachsen, das für diejenigen von uns, die unter dem totalitären kommunistischen Regime im ehemaligen Jugoslawien geboren und aufgewachsen sind, eines der Länder des „versprochenen“ Westeuropas war, das für seine Freiheit und Demokratie und vor allem für seine Akzeptanz anderer Meinungen und Standpunkte berühmt war. Was illiberal (totalitär) ist, konnten Sie also nur aus Büchern und Berichten Dritter erfahren. Wählen Sie also Ihre Worte sorgfältig, wenn Sie jemanden beschuldigen, illiberal oder totalitär zu sein.

Sie sagen, dass einige Länder nun die Werte untergraben, die seit Jahrhunderten den Kern der westlichen Zivilisation bilden. Wenn ich Sie richtig verstehe, sagen Sie damit, dass zum Beispiel die LGBT-Agenda Jahrhunderte alt ist und die westliche Zivilisation aufgebaut hat. Wie wir wissen, wurde die westliche Zivilisation auf dem Wettbewerb zwischen den Nationen, auf der Liebe zum eigenen Land, auf Religion und Familie und auf dem Respekt vor bestimmten Freiheiten aufgebaut: Redefreiheit, Privateigentum und die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens. Und es sind genau diese Werte, die Ungarn, Polen und Slowenien heute zu schützen versuchen.

Zum Beispiel Ungarn. Haben Sie das „umstrittene“ Gesetz zum Kinderschutz gelesen? Oder wissen Sie es, weil Sie es in den Mainstream-Medien gelesen haben oder weil Ihre Berater es Ihnen gesagt haben? Dieses Gesetz hat nur einen Zweck: Kinder vor dem Staat, NGOs und den Medien zu schützen, und es schränkt die Rechte von LGBT-Menschen in keiner Weise ein. Die Grundprämisse ist, dass die Sexualerziehung der Kinder eine Angelegenheit der Eltern und nicht der Erziehung ist. Dies gilt sowohl für Heterosexualität als auch für Homosexualität. Wenn Sie in Frankreich zulassen, dass Kindern in den Schulen beigebracht wird, wie man ein Kondom überzieht, wie man erotische Geräte benutzt und masturbiert, oder dass es 100 und 1 Geschlechter gibt, dass es völlig normal ist, dass die ganz Kleinen ihr Geschlecht wechseln und Schlimmeres, dann ist dies eine interne Angelegenheit Frankreichs. Aber, um Gottes Willen, respektieren Sie die Länder, die solche psychische und physische Gewalt von LGBT-Aktivisten gegen Kinder nicht erlauben.

Sehr geehrter Herr Präsident von Frankreich. Heute feiert Slowenien das 30-jährige Jubiläum seiner Unabhängigkeit. Damals haben wir uns für Freiheit und Demokratie entschieden. Und so soll es auch bleiben.

Jože Biščak ist Chefredakteur und Herausgeber der konservativ geprägten Zeitschrift Demokracija, Präsident des slowenischen Verbandes patriotischer Journalisten und Autor von „Tales from the Hayek Café, Notes of a Conservative Liberal“ und „Travelling with Orwell“.

Vinko Vasle ist ein langjähriger Journalist und Redakteur, ehemaliger Direktor des nationalen Radio Sloweniens und Autor mehrerer Romane, darunter „Purgarji“, „Darovalec“, „Archivar“, „Prva hiša na Marsu“ und „Briefe der Unterstützung und des Widerstands“.

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

39) Jean-Marie Le Pen kommentiert die Wahlschlappe des Rassemblement National

25. 06. 2021



Jean-Marie Le Pen · Fotoquelle: MPI

Jean-Marie Le Pen, Gründer und ehemaliger Vorsitzender des Front National, der aus Gründen der „politischen Korrektheit“ von Marine Le Pen, der jetzigen Vorsitzenden der Bewegung, in Rassemblement National umbenannt wurde, kommentiert das miserable Abschneiden der Partei seiner Tochter in der ersten Runde der französischen Regionalwahlen 2021. Eine Analyse ohne Selbstgefälligkeit der von Marine Le Pen und den aktuellen RN-Führungskräften vorgenommenen „Entdiabolisierung“

Der ehemalige Vorsitzende und Ehrenvorsitzende, seit 2015 aus dem FN ausgeschlossen, erklärt die Wahlschlappe mit der „Ent-Lepenisierung“ des politischen Diskurses der Bewegung; andere Analysten verwendeten dafür den wenig schmeichelhaften Ausdruck „Pasteurisierung“.

„Der RN hat eine Niederlage erlitten. Es hängt mit dem sehr banalen Phänomen zusammen, das je nach Augenblicksbedarf „Entdiabolisierung“ genannt wurde und bei dem es sich in Wirklichkeit um die „Ent-Lepenisierung“ handelte, die darin bestand, dem Front National die dynamischsten Elemente seiner Wahlkampagnen zu entziehen“, so Jean-Marie Le Pen, der den FN fast 40 Jahre lang führte, in seinem am Donnerstag, 24. Juni, veröffentlichten Videotagebuch.

„Der FN war insofern interessant, als er sich als Alternative zum gesamten System präsentierte, mit einem Programm“, während der RN „sich mit dem Versuch, die

Saubermänner der Rechten zu werden und in das Konzert der politischen Parteien der Fünften Republik aufgenommen zu werden – was kläglich misslang -, nicht mit Ruhm bekleckert hat“, so der Vater der derzeitigen Parteivorsitzenden Marine Le Pen.

Frankreich schlittert weiter „auf einen Abgrund zu und der FN war der Einzige, der den Mut hatte, dies zu sagen. Der RN hingegen hat es nur geflüstert, aber nicht deutlich gesagt“, erklärte Jean-Marie Le Pen. „Die ‚Ent-Lepenisierung‘ diene somit als Vorwand für den Rückzug einer Formation, die angesichts der anlassgebenden Ereignisse viel bessere ergebnisse hätte erzielen müssen als die anderen“, fügte er hinzu.

Jean-Marie Le Pen kritisierte auch die „neutrale Kampagne“ des Rassemblement National, bei der „man weder Plakate, noch Flugblätter, noch direkten Kontakt der Kandidaten mit der Öffentlichkeit beobachten konnte“. Die Regionalwahlen seien „eine kalte Dusche“ in Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen gewesen, und „es wäre sehr wichtig, dass die Führer des RN dies erkennen und zu den stärksten Themen der Partei zurückkehren“, schloss er.

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

40) Französische Regionalwahlen: RN im Rückgang

22. 06. 2021



Bildquelle: MPI

Die erste Runde der Regionalwahlen am Sonntag war von massiven Wahlenthaltungen gekennzeichnet, die dem Rassemblement National von Marine Le Pen starke Verluste

einbrachten. Die von Marine Le Pen angekündigte „Pasteurisierung“ (Zurückhaltung im politischen Diskurs) und ihre angestrebte Strategie der Entdiabolisierung hatten den gegenteiligen Effekt: es kam zur Massenflucht der Wählerschaft.

Der RN ist fast überall in Frankreich im Niedergang begriffen, und dies trotz Faktoren wie Migranteninvasion, Unsicherheit und Wirtschaftskrise, welche die Wähler eigentlich hätten mobilisieren müssen. Laut einer IFOP-Umfrage haben sich 71 % der Wähler, die 2017 Marine Le Pen gewählt hatten, in der nunmehrigen ersten Runde der Regionalwahlen 2021 der Stimme enthalten.

Wie ein ehemaliger Europaabgeordneter des Front National, der Politikwissenschaftler Jean-Yves Le Gallou, analysiert, erwies sich die „Pasteurisierungspolitik“ des RN als Desaster:

„Während dieses Wahlkampfes hat der RN nicht aufgehört, Versprechungen zu machen: Desavouierung der Identitären (Poitiers, Escufon); Abwesenheit bei gesellschaftlichen Abstimmungen im Parlament; Behauptung, dass ein republikanischer Islam möglich wäre; Unterwerfung unter einen verschleierte Assessor.“



Bildquelle: MPI

„Das Übel, das den RN trifft“, heißt es in einem Tweet, „ist die Kluft zwischen einer Wählerschaft, die sich radikalisiert, und einer Partei, die sich zu sehr mäßigt.“

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

41) Génération identitaire-Sprecherin Thaïs d'Escufon zu Haft auf Bewährung verurteilt: Die Gedankenpolizei Frankreichs ist hochaktiv und geht rücksichtslos gegen Abweichler von der politischen Korrektheit vor

18. 06. 2021



Thaïs d'Escufon · Bildquelle: MPI

Nach der skandalösen Auflösung der Génération Identitaire (GI) durch die französischen Machthaber ist nun Thaïs d'Escufon, die Sprecherin der Jugendbewegung, an der Reihe, Opfer der Rachsucht einer ideologisch gefärbten Justiz zu werden.

Die Studentin aus Toulouse und ein weiterer Aktivist der Génération identitaire, Jérémie Piano, wurden am Mittwoch zu vier Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 4.000 Euro verurteilt, weil sie Videos von der „Anti-Migranten“-Aktion veröffentlicht hatten, die sie mit ihren Kameraden am 20. Januar in den Pyrenäen an der spanischen Grenze durchgeführt hatten. Keiner der beiden Angeklagten erschien zur Anhörung vor dem Strafgericht von Saint-Gaudens (Haute-Garonne), der eine wurde durch berufliche Verpflichtungen zurückgehalten, der andere „auf einer Wahlkampfveranstaltung im Norden“.

In diesem Fall wurde die junge Thaïs wegen „öffentlicher Unruhestiftung“ angeklagt. In seinem Schlusswort erklärte der Staatsanwalt von Saint-Gaudens, Christophe Amunzateguy, dass er diese Anklage wegen des von dem Aktivisten auf YouTube geposteten Videos beibehielt. Er war der Ansicht, dass dadurch Migranten „stigmatisiert“ würden, da es im Text des Videos hieß, es sei „skandalös, dass Migranten die Grenze überqueren kann“, wodurch suggeriert würde, dass diese eine Gefahr darstellen.

Jérémie Piano wurde wegen „Provokation von Rassenhass“ angeklagt. In dem von ihm geposteten Video erwähnte er „tausende illegale Einwanderer, die bereits in Frankreich sind“, darunter „wahrscheinlich Diebe, Vergewaltiger und potenzielle Terroristen“.

Pierre-Vincent Lambert, der Anwalt der beiden Aktivisten, erinnerte daran, dass der Einsatz in den Pyrenäen „auf den Anschlag folgte, der Samuel Paty das Leben kostete“ und auf den „Anschlag auf die Basilika Unserer Lieben Frau von Mariä Himmelfahrt in Nizza“. Er bedauerte „die Kriminalisierung des Anti-Einwanderungs-Diskurses“.

Zur Erinnerung: Trotz aller Gesetze, die darauf abzielen, die Meinungsfreiheit einzuschränken und bestimmte Äußerungen zu verbieten, die gewissen Einfältigen missfallen, wie z. B. die Gesetze Pleven und Gayssot, verbietet das französische Recht keine Kritik an der Einwanderung. Steuert Frankreich, sowohl durch die Auflösung der GI als auch durch die Verurteilung ihrer beiden Aktivisten, auf ein Verbot jeglicher Kritik an der Migranteninvasion zu? Allem Anschein nach ja...

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Papst Franziskus lehnt den Rücktritt von Kardinal Marx ab

19. 06. 2021



Bildquelle: MPI

In einem Brief, der am 10. Juni in spanischer Sprache verfasst wurde, lehnte Papst Franziskus den Rücktritt ab, den der Erzbischof von München und Freising, Kardinal Reinhard Marx, am 21. Mai eingereicht hatte, und bat ihn, an der Spitze seiner Diözese zu bleiben.

In seinem Rücktrittsschreiben sprach der deutsche Prälat von „Versäumnissen auf persönlicher Ebene“, aber auch „auf institutioneller und systematischer Ebene“, eine regelrechte Denunziation der Kirche in Deutschland. Marx klagte auch einige seiner Mitbrüder an, die, wie er sagte, „diesen Aspekt der Mitverantwortung und damit die schuldhafte Beteiligung der Institution nicht akzeptieren wollen“ und „eine Haltung einnehmen, die jedem Dialog der Reform und Erneuerung in Bezug auf die Krise des sexuellen Missbrauchs feindlich gegenübersteht“.

Der einzige Weg aus der Krise, so der Kardinal, sei „der ‚synodale Weg‘, ein Weg, der wirklich die ‚Unterscheidung der Geister‘ ermöglicht.

Die italienische Tageszeitung [La Nuova Bussola Quotidiana](#) (LNBQ) erinnert daran, dass dieser Weg eine Überprüfung der gesamten Morallehre der Kirche über die Sexualität beinhaltet hat. Der erste Akt der deutschen Synode, als Marx noch Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz war, endete mit einer „freien Interpretation“ der kirchlichen Lehre zu Zölibat, Homosexualität und Sexualität. Marx hatte erklärt: „Einerseits halten wir uns an die Ordnung der Kirche, andererseits interpretieren wir sie frei und offen. Und wir versuchen, etwas zu machen, was es in dieser Form bei uns noch nie gegeben hat.“

Angesichts des Widerstands gegen seine Vorschläge für linke Reformen entschloss sich Kardinal Marx zum Rücktritt. Diese Initiative kann als „offensichtlicher Versuch gedeutet werden, die Hand in Richtung der radikalen ‚Reformen‘ zu zwingen, die der Synodale Weg mit einem Knall vorantreibt, eine Botschaft, die durch das ‚persönliche Zeugnis‘ bekräftigt wird, das von diesem Rücktritt ausgeht, der als eine Geste der Mitverantwortung gesehen wird, jener Mitverantwortung, die ‚die anderen‘ nicht akzeptieren wollen. Ein Anschein von Bescheidenheit, der dennoch den Willen verrät, sofort mit dem Finger auf diejenigen zu zeigen, die seine Reformen nicht wollen“, fährt LNBQ in einer alles in allem stimmigen Analyse fort, und dabei bleibt es nicht:

Im zweiten Akt der Geschichte lehnt Franziskus in einem Brief das großzügige Angebot des Erzbischofs ab, den Bischofssitz von Ratzinger zu übernehmen. „Ich stimme Ihnen zu, wenn Sie die traurige Geschichte des sexuellen Missbrauchs und die Art und Weise, wie die Kirche bis vor kurzem damit umgegangen ist, als eine Katastrophe bezeichnen. Sich dieser Heuchelei in der Art, wie wir unseren Glauben leben, bewusst zu werden, ist eine Gnade, es ist ein erster Schritt, den wir tun müssen“, schreibt der Papst. Er weist auf den Weg der Kirchenreform als eine Reform des Selbst hin, „gemacht von Männern und Frauen, die sich nicht scheuten, in eine Krise zu gehen und sich vom Herrn reformieren zu lassen.“ Sich selbst in Gefahr zu begeben, um die Reform nicht zur Ideologie zu machen, in der „Art und Weise, die Sie selbst, lieber Bruder, bei der Präsentation Ihres Rücktritts angenommen haben“, wenn stattdessen das, was der Papst in seinem Brief die „Politik des Straußes“ nennt, „Schweigen, Auslassungen, zu viel Gewicht auf das Prestige von Institutionen legen, die nur zum persönlichen und historischen Bankrott führen.“

Indem Franziskus den Rücktritt von Kardinal Marx ablehnt, so die Schlussfolgerung von LNBQ, „verschweigt er den Hinweis auf den synodalen Weg als Ausweg aus der Krise; damit besteht aber die Gefahr, dass das eigentliche Problem des sexuellen Missbrauchs vernebelt wird, um zu verhindern, dass wir sehen, dass die Kirche in Deutschland in jeder Hinsicht in Schieflage ist und dass der synodale Weg nicht die Lösung, sondern der Beschleuniger dieser Probleme ist.“

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Der Verfassungsschutz verfolgt den Verlag Antaios und die „Neue Rechte“

Von Lionel Baland

17. 06. 2021



Bildquelle: Breizh-Info

Fahrenheit 451 ist der Titel eines Romans des amerikanischen Schriftstellers Ray Bradbury aus dem Jahr 1953. In diesem Buch, das die Grundlage für den 1966 erschienenen gleichnamigen britischen Science-Fiction-Film des französischen Filmemachers François Truffaut war, sind die Feuerwehrleute nicht mehr für das Löschen von Bränden zuständig, sondern für die Zerstörung von Büchern, weil diese als Gefahr für das herrschende politische System gelten, das, um sie zu verbieten, behauptet, dass Bücher dem Glück schaden und soziale Ungleichheiten und Konflikte zwischen den Bürgern erzeugen.

451 Grad Fahrenheit, oder 232,78 Grad Celsius, ist die Temperatur, bei der sich Papier spontan entzündet, ohne dass es dafür einer äußeren Flamme bedarf.

Das Szenario des Buches und des Filmes ist nun immer weniger Science Fiction. Die gerichtliche und gesellschaftliche Unterdrückung von dissidenten Schriftstellern in ganz Westeuropa nimmt immer größere Ausmaße an. Der Antaios-Verlag des deutschen „Neue Rechte“-Verlegers Götz Kubitschek wurde jetzt vom Verfassungsschutz zu einem „Verdachtsfall“ erklärt.

Am Dienstag, 15. Juni 2021, stellten der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, der bayerische Christlich-Soziale Horst Seehofer (CSU), und der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, den Jahresbericht 2020 dieses Amtes vor.

Der als „Neue Rechte“ bezeichnete intellektuelle Trend ist in diesem Jahr als eigene Kategorie im Verfassungsschutzbericht enthalten. Horst Seehofer sagt, die „Neue Rechte“ wolle „ihre Ideen mit einem pseudo-intellektuellen Anstrich in den politischen Diskurs einbringen und die Grenzen des Sagbaren verschieben“. Dazu gehören die Identitäre Bewegung, das von Jürgen Elsässer geleitete Magazin Compact, das Institut für Staatspolitik (IfS), das im Orbit von Götz Kubitschek steht, die nationalistische Propagandaagentur EinProzent und der Anti-Islamisierungsblog PI-News.

Thomas Haldenwang bestätigte die Überwachung des Antaios-Verlags. Einer der Gründe dafür sind die Verbindungen zwischen dem Verlag und dem inzwischen aufgelösten nationalistischen Flügel der deutschen patriotischen Partei Alternative für Deutschland (AfD). Björn Höcke, Nummer eins des „Flügels“, hat gesagt, Antaios' Bücher seien für ihn ein „geistiger Glücksfall“.

Ironischerweise veröffentlichte Antaios im Jahr 2020 ein Sammelwerk mit dem Titel *Das Buch im Haus nebenan*. Die Autoren stellen jeweils eine Reihe von berühmten Büchern vor, die sie gelesen haben und die einen Einfluss auf sie hatten. In der Einleitung beziehen sich Götz Kubitschek und seine Frau Ellen Kositzka auf das Buch *Fahrenheit 451*, in dem Ray Bradbury den Brandmeister Beatty in einem Schlüsselgespräch sagen lässt: „Das Buch im Nachbarhaus ist wie eine schwer geladene Pistole.“

Zu den von Antaios veröffentlichten Autoren gehören der „Papst“ der französischen Neuen Rechten, Alain de Benoist, sowie Jean Raspail, der Autor von *Das Heerlager der heiligen (Camp des Saints)*.

Buch :

Götz Kubitschek und Ellen Kositzka (Hrsg.), *Das Buch im Haus nebenan*, Antaios, Schnellroda, 2020.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BREIZH-INFO](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Petition fordert Umbenennung des Buntstifts „Hautfarbe“

20. 06. 2021



Die „woke“, politisch-korrekte „Cancel-Culture“ hat ein neues Opfer gefunden: Buntstifte, denn diese symbolisieren neuerdings offenbar ebenfalls den allseits grassierenden Rassismus in den westlichen Gesellschaften. Konkret geht es um die „Hautfarbe“. Diese soll umbenannt werden.

Hautfarbe darf nicht hell sein

[In einer Petition](#) bei der Plattform [change.org](https://www.change.org) die sich an den deutschen Bundestag richtet, fordern die Initiatoren „BCF – Let’s break the Silence“ eine Umbenennung des Buntstiftes, da es in Hinblick auf die vermeintliche Indoktrination der Kinder unvermeidlich sei, ihnen beizubringen, dass nicht ein heller Ton die Hautfarbe repräsentiere:

„Ein Kind bekommt im Kindergarten beigebracht, dass der cremefarbende Stift – „Hautfarbe“ heißt. Es wird den Kindern im Kindergarten deutlich gemacht, dass diese helle Farbe die ein und wahre „Hautfarbe“ ist und alle anderen Hauttöne indirekt anders sind.“

Hier beginne bereits der Alltagsrassismus. Daher müsse man bei den Jüngsten ansetzen. Dass in den westlichen Gesellschaften (noch) hellhäutige Menschen die Mehrheit bilden und daher auch durch einen hellen Farbton als „Hautfarbe“ repräsentiert werden, dürfte wie so oft nebensächlich oder gar verwerflich sein. Immerhin haben bereits über 1.000 (!) Menschen die Petition unterzeichnet.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Bundeswehr hätte keine Chance gegen eine Armee, die so ausgerüstet ist wie die aserbaidische

Von Laurent Lagneau

16. 06. 2021



Bildquelle: Zone militaire

Für viele Beobachter war der letzte Krieg in Berg-Karabach, in dem Aserbaidschan gegen Armenien kämpfte, ein Vorläufer der kommenden Kriege. Obwohl die armenischen Kräfte als effektiver als ihre Gegner eingeschätzt wurden, mussten sie sich geschlagen geben, was in der Folge zu politischen Spannungen in Eriwan führte.

Von den ersten Tagen des Konflikts an war die aserbaidische Überlegenheit offensichtlich, vor allem dank des massiven Einsatzes von Kampfdrohnen [insbesondere der türkischen Bayraktar TB2], von aus der Türkei und Israel gelieferter Prowler-Munition und von Mitteln der elektronischen Kriegsführung, die es in Kombination mit Schlägen ermöglichten, die armenische Luftabwehr zu neutralisieren. Hinzu kommen die von den Spezialkräften durchgeführten Aktionen sowie der Rückgriff auf Söldner [die von Ankara aus den Reihen der syrischen Rebellengruppen rekrutiert wurden], die zweifelsohne eine psychologische Wirkung auf die Bevölkerung von Berg-Karabach hatten.

Das Deutsche Institut für Wehrwissenschaft und Strategische Studien [GDIS], das, wie der Name nicht verrät, Teil der Bundeswehr ist, fragte sich, ob die deutsche Armee in der Lage gewesen wäre, es besser zu machen als ihr armenisches Pendant.

Und trotz des Unterschieds in den Ressourcen und Fähigkeiten ist die Antwort von Oberstleutnant Michael Karl, einem ISWG-Experten, brutal.

„Um es ganz offen zu sagen: Wenn die Bundeswehr in diesem konkreten Konflikt gegen Aserbaidschan hätte kämpfen müssen, hätte sie keine große Chance gehabt“, sagte der

Offizier. „Mit den eingesetzten Waffensystemen, wie Kampfdrohnen und Prowler-Munition, hätten wir uns nicht ausreichend verteidigen können. Allein das Fähigkeitsdefizit in der Luftverteidigung hätte unseren Verlust verursacht“, führte er weiter aus.

Zumal Prowler-Munition gewaltig sein kann, vor allem wenn sie schwärmen. „Im Gegensatz zu einer Rakete, der die Koordinaten des Ziels mitgeteilt werden, verfolgen diese Arten von ‚Kamikaze‘-Drohnen ihr Ziel“ und ein „Schwarm solcher Drohnen kann so programmiert werden, dass er eine Formation von Kampfpanzern angreift“, erinnerte er.

Für Oberstleutnant Karl war es wichtig, die Komplementarität zwischen Luft- und Bodenstreitkräften – insbesondere im Bereich der Anti-Drohnen-Kriegsführung [ADW] – zu erhöhen und die Bundeswehr mit modernster Technologie auszustatten, um neuen Bedrohungen zu begegnen. Darüber hinaus plädiert er auch für bewaffnete Drohnen, die unter deutschen Politikern kontrovers diskutiert werden.

Es ist jedoch anzumerken, dass die deutschen Grünen, die bisher gegen die Bewaffnung von Drohnen waren, sich in dieser Frage weiterentwickelt haben. Letztere haben sich nämlich in den Debatten um das Wahlprogramm, das sie bei der Bundestagswahl im kommenden September verteidigen werden, mit knapper Mehrheit für die Anschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr ausgesprochen...

Tatsache ist, dass der jüngste Krieg in Berg-Karabach das Denken der westlichen Armeen im Bereich der Drohnenbekämpfung beschleunigt hat.

Dies ist zum Beispiel der Fall bei der US-Armee mit dem Mobile Force Protection [MFP]-Programm, das unter der Leitung der DARPA [der Forschungs- und Entwicklungsagentur des Pentagon] ein X-Band-Radar verwendet, um bedrohliche Drohnen zu erkennen... und automatisch Abfangdrohnen zu steuern.

<https://unser-mitteuropa.com/bundeswehr-haette-keine-chance-gegen-eine-armee-die-so-ausgeruestet-ist-wie-die-aserbaidshische/>

Letzte Woche berichtete die französische Armee über Experimente ihrer technischen Abteilung [STAT] mit dem ARLAD-System [Adaptation réactive pour la lutte anti-drone]. Dieses System, das auf einem VAB [gepanzertes Frontfahrzeug] installiert ist, basiert auf einem Radar und einem Granatwerfer, der auf einem Drehturm montiert ist. Das Prinzip ist einfach: Sobald eine feindliche Drohne entdeckt wird, wird sie mit „Aibust“-Munition beschossen, deren Knallwirkung ihr theoretisch keine Chance lassen sollte.

Quelle: [Zone militaire](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

**05) AfD zu Würzburg-Anschlag: Kein „Einzelfall“ sondern islamischer Terrorakt
Abgelehnter Asylbewer richtet Blutbad an**

26. 06. 2021



Dr. Gottfried Curio, Innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion · YouTube Screenshot

Zum jüngsten Terroranschlag eines Schutzsuchenden nimmt der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Gottfried Curio, in einer Pressemitteilung wie folgt Stellung:

„In Würzburg wurden drei Menschen erstochen und fünf weitere schwerverletzt. Der Täter: Ein 24-jähriger Somalier, polizeibekannt, gewalttätig, 2015 als ‚Flüchtling‘ eingereist. Die Tat war nicht etwa ein ‚Vorfall‘ wie die Tagesschau in ihren Hauptnachrichten den Zuschauern suggerieren wollte, sondern ein islamischer Terrorakt. Der Täter rief laut Augenzeugen während der Gewalttat ‚Allahu Akbar‘.

Ein Muster, welches einem in den letzten Jahren immer häufiger begegnet. Mitnichten handelt es sich hier um einen Einzelfall wie auch dem aktuellen Bundeslagebild ‚Kriminalität im Kontext von Zuwanderung‘ für das Jahr 2020 zu entnehmen ist: So gab es 2020 knapp 50.000 Körperverletzungen mit mindestens einem tatverdächtigen Zuwanderer, 15.000 begingen gefährliche und schwere Körperverletzung. Bei einem Bevölkerungsanteil von ca. 1,5 Prozent waren sogenannte ‚Flüchtlinge‘ zu 12,4 Prozent bei Straftaten gegen das Leben beteiligt. Damit sind sie mehr als achtmal überrepräsentiert. Deutsche Innenstädte dürfen nicht zur Unsicherheitszone werden.

Man sollte sich zu beliebiger Tageszeit ohne Blick über die Schulter frei bewegen können. Die AfD-Fraktion hat die Regierung gewarnt: Masseneinwanderung ist auch Messereinwanderung. Es ist hier an der Zeit, ein fundamentales Umdenken in der Migrationspolitik einzuleiten. Kriminelle ‚Flüchtlinge‘ gehören in Abschiebehäft genommen.

Die Grenzen sind vor Eindringlingen zu schützen. Nach deutschem Recht und Gesetz sind Menschen, die aus einem sicheren Herkunftsland einreisen wollen, an der Grenze abzuweisen.“

Die von Curio angesprochenen Forderungen begann in Österreich unter der damaligen ÖVP/FPÖ Regierung der damals amtierende Innenminister (und jetzige FPÖ-Chef) Herbert Kickl in Form der „Anschlusshaft“ gerade umzusetzen. Damit sollte verhindert werden, dass kriminelle „Flüchtlinge“ bis zur Abschiebung einfach untertauchen können. Nach dem von Deutschland aus losgetretenen Ibiza-Skandal wurde nach Sprengung der Regierung dann von der neuen ÖVP/Grünen-Regierung diese und andere Maßnahmen umgehend gestoppt oder rückgängig gemacht. Daran ist zu erkennen, dass die aktuellen Machthaber die Sicherheit der Bevölkerung als zweitrangig betrachten. Die Agenda Massenmigration (auch von Kriminellen) hat nach wie vor Priorität und wird weiter, selbst in Corona-Zeiten, konsequent durchgezogen. Unter Politikern wie Curio in Deutschland oder Kickl Österreich hätte es somit die Terroropfer in Würzburg bzw. in Wien nicht gegeben. Wir erinnern uns: Auch der Attentäter des [Anschlages in Wien mit vier Toten](#) vom November war ein vorbestrafter „Flüchtling“ den man frei herumlaufen ließ.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Die üblichen Verdächtigen: „Nafri“ schlachtet drei Menschen in Würzburger Innenstadt ab!

25. 06. 2021



In der deutschen Stadt Würzburg kam es heute zu einem Gewaltverbrechen. Und wie so oft in der jüngeren Kriminalitätsgeschichte Deutschlands, ist auch diesmal ein Migrant der Täter. Genauer gesagt ein Nordafrikaner. Dieser schlachtete offenbar wahllos drei Menschen in der Innenstadt rund um den Barbarossaplatz mit einem langen Messer ab und verletzte dutzende weitere.

Videos zeigen mit Messer bewaffneten Nafri

Unbestätigten Meldungen in diversen sozialen Netzwerken zufolge handelt es sich um einen Nordafrikaner. Und auch Videos belegen die vermeintliche Herkunft, da der Täter vom Erscheinungsbild als klassischer „Nafri“ durchgehen könnte.

Wie zu sehen ist, rennt der Migrant (vorbildlich mit Mundschutz!) mit einem Messer herum und bedroht Passanten, die ihn zu überwältigen versuchen. Die erst spät angerückte Polizei überwältigte den Messermann durch Schusswaffengebrauch, wie es derzeit heißt:

[Zwei Videos in der Originaldatei abrufbar]

Video-Player

Update – 26.06.2021 / 02:20

Laut [dw.com](https://www.dw.com) „gebe zudem fünf weitere Schwer- und Schwerstverletzte und noch weitere Verletzte. Bei den sehr schwer Verletzten sei noch nicht sicher, ob alle überleben.“ Und ganz überraschend: „Ein islamistisches Motiv wird **nicht ausgeschlossen**.“ Wer hätte sich das gedacht? „Nicht ausgeschlossen“ – na so was!

Update – 22:30 Uhr

Der Täter schrie laut mehreren Augenzeugen „Allahu Akbar“ während er die Menschen niederstach, sagte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann.

Archivbild: „Würzburg ist bunt“:



Update – 21:30 Uhr

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann: „Er ist bereits zuvor aufgefallen und zwangsweise in eine psychiatrische Behandlung eingewiesen worden.“ Gut möglich, dass er dadurch das Zeug zum „Schuldunfähigen“ hat.

Update – 21:00 Uhr

Der Schutzsuchende lebt seit 2015 in Würzburg.

Update – 20:00 Uhr

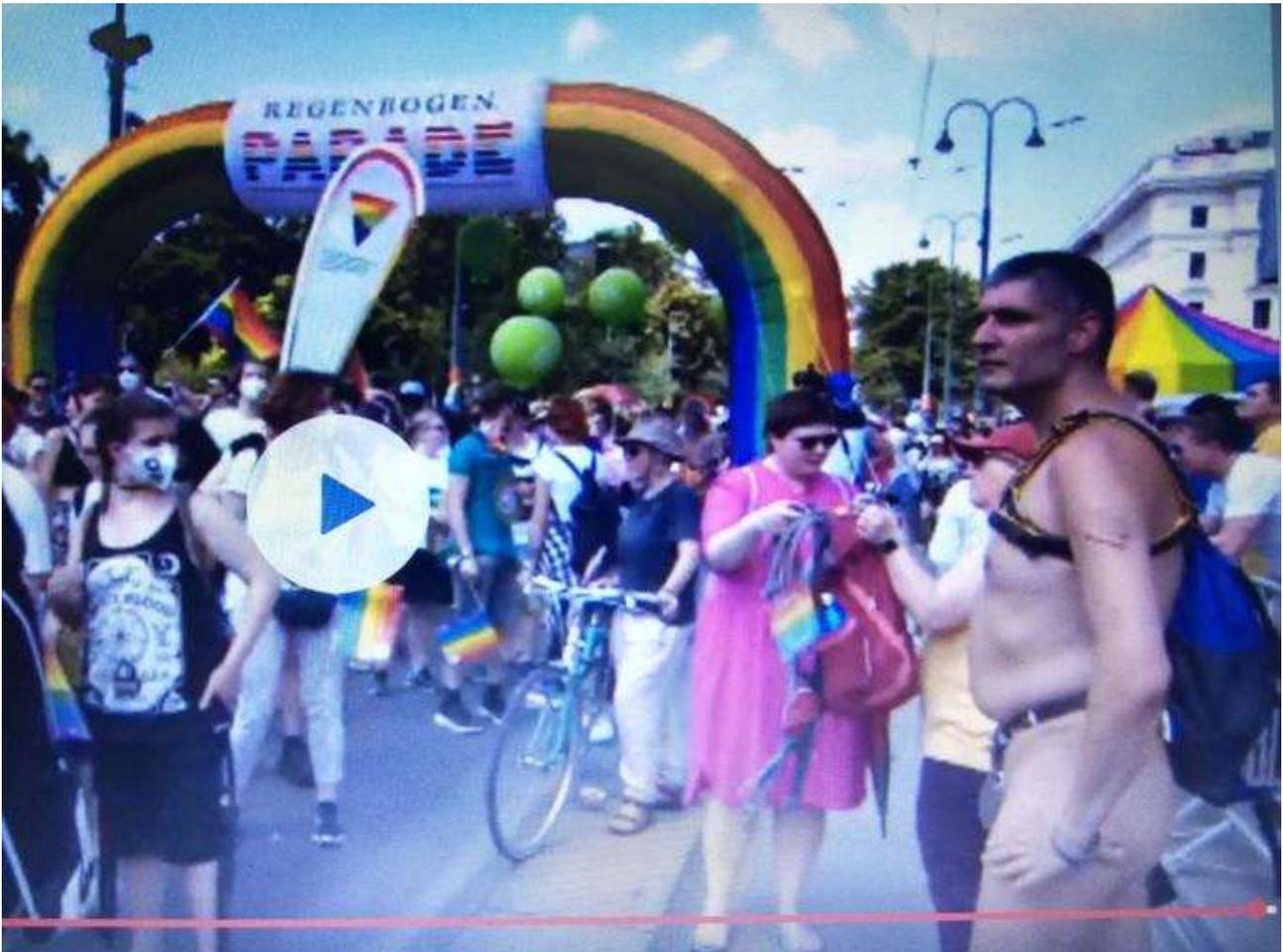
Inzwischen ist auch die Herkunft des Täters geklärt: Wie ein Sprecher der Polizei erklärte, handelt es sich um einen 24-jährigen Somali.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Wien: „Marsch für die Familie“ zensiert

Von Elmar Forster

20. 06. 2021



Screenshot

<https://unser-mittleuropa.com/wien-marsch-fuer-die-familie-zensiert/>

Man mag über weltanschauliche Kundgebungen zu sexual-gesellschaftlichen Präferenzen unterschiedlicher Meinung sein.

Allerdings sei eine aufklärerische Frage gestattet...

Warum bringt sich eine „freie“ westliche [Presse](#) einseitig für die LBTG-Lobby in Kampfstellung (siehe Titelbild) und zensiert den neo-konservativen „[Marsch für die Familie](#)“, am selben Tag, am 19.6.2021?

https://www.youtube.com/watch?v=V-R6Pjf_egw

Stalin hats nicht anders gemacht...: Unliebsames einfach [wegretuschiert](#):



Quelle: [Fisch+Fleisch](#)

08) Österreich: Herbert Kickl ist neuer FPÖ-Chef

19. 06. 2021



Herbert Kickl · Foto: fpoe.at

An der Spitze der FPÖ in Österreich steht künftig der für seine scharfe Rhetorik bekannte Herbert Kickl. Der 52-Jährige erhielt bei der Wahl zum Parteichef auf einem außerordentlichen Bundesparteitag in Wiener Neustadt 88,2 Prozent der Stimmen der Delegierten. Kickls Vorgänger, dritte Nationalratpräsident Norbert Hofer kündigte seine Unterstützung für Kickl an. Hofer lässt auch eine weitere Kandidatur bei den kommenden Bundespräsidentenwahlen für die FPÖ offen.

Der neue FPÖ-Fraktionschef gilt als langjähriger Chefdenker der Freiheitlichen und war von 2017 bis 2019 in der Koalition mit der ÖVP Innenminister. Das Bündnis zerbrach an der durch Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache ausgelösten Ibiza-Affäre. Nachdem Ibiza jedoch vom Ausland aus befeuert wurde, vermuten Insider, dass es in Wirklichkeit darum ging, Kickl aus der Funktion des Innenministers hinauszudrängen, was auch dadurch bestätigt wurde, dass Bundeskanzler Sebastian Kurz sich entgegen seinen Zusagen nach dem Strache-Rücktritt weigerte, die Koalition mit Kickl als Innenminister fortzuführen.

Für Kickl ist Migration nicht „alternativlos“

Kickl führte in seiner Amtszeit als Innenminister vor, dass die Völkerwanderung in die europäischen Sozialstaaten nicht alternativlos sei, wie von vielen Politikern hartnäckig behauptet wird. Eine Reihe von Maßnahmen, die er als Innenminister auf den Weg brachte bestätigten diese Annahme. Dazu zählten unter anderem die „Anschlusshaft“, was bedeutet, dass Kriminelle nach der Haft gleich abgeschoben und nicht entlassen werden, um unterzutauchen zu können oder die Aberkennung des Asylstatus für „Flüchtlinge“, die in dem Land Urlaub machen, wo sie vorgeben, verfolgt zu werden.

Was wird sich mit Kickl für die FPÖ jetzt ändern?

Was sich für die FPÖ unter Kickl jetzt ändern könnte, wird in *ZurZeit*, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION wie folgt analysiert: Mit Kickl an der Spitze, wird die FPÖ zur ihren Wurzeln zurückkehren. Angriffige und vor allem authentische Oppositionspolitik ist dementsprechend zu erwarten. Außerdem wird es mit dem neuen FPÖ-Chef keine Distanzierungspolitik, Anbiederungen und ungerechtfertigte Diplomatie mehr geben. Das ist es wohl was die FPÖ momentan braucht. Denn seit der letzten Wahl ist einiges an Stimmen wieder aufzuholen. Vor allem das Standardklientel kann durch Kickl wieder aus dem Nicht-Wähler Segment zurückgeholt werden. Dafür aber könnten sich blau-schwarz Gesinnte weniger vertreten fühlen.

Dass Kickl sich trotzdem kein Blatt vor dem Mund nehmen wird, ist gewiss. Auch seine Haltung gegenüber den Identitären wird sich nicht ändern. Er bezeichnete die patriotische Gruppierung als „unterstützenswertes Projekt“ und als „eine NGO von rechts“. Dadurch unterscheidet er sich klar von seinen Vorgängern Hofer und Strache.

UNSER MITTELEUROPA wird in Zukunft ausführlich und objektiv über die Aktivitäten des neuen FPÖ-Chefs berichten.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER



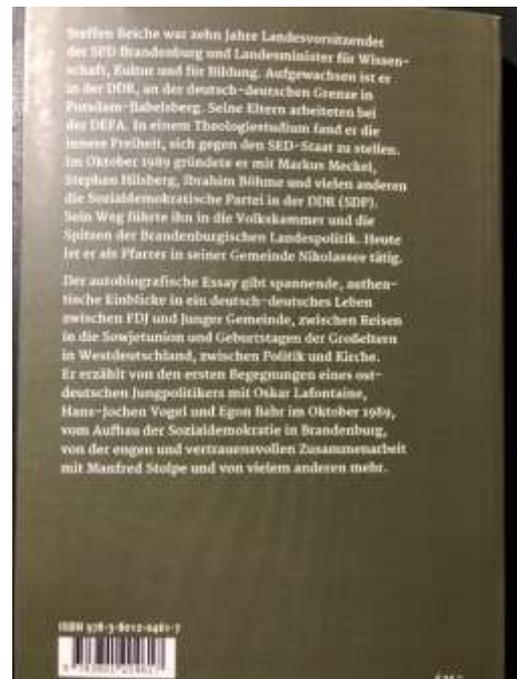
Steffen Reiche

Liebe Freunde und Freundinnen, ich habe gerade die Petition "Freiheit für alle politischen Gefangenen in Belarus!" unterzeichnet und möchte Dich fragen, ob auch Du Dich hinter dieses Anliegen stellen kannst. Dieses Anliegen bedeutet mir viel! Je mehr Unterstützung wir für diese Kampagne mobilisieren können, desto grösser sind unsere Chancen, die Kampagne zu gewinnen. Mehr über die Kampagne lesen und die Petition unterzeichnen:

https://act.campax.org/petitions/freilassung-aller-politischer-gefangenen-in-belarus?share=28716014-b5ba-45a3-ba6b-1fab6e0d6390&source=email-share-button&utm_medium=&utm_source=email

Pfarrer Steffen Reiche nimmt Sie gerne in seinen „Predigerkreis“ auf. Sie erhalten dann direkt neben den Predigten und Andachten auch Hinweise zu Gesellschaft und Politik und zu interessanten Veranstaltungen:

Steffen-reiche@gmx.de



Zugleich biete ich Ihnen mein Buch "Tief träumen und hellwach sein" an. Ihnen kann ich den Autorenrabatt anbieten und so sind es auch trotz Porto nur 20 €. Die CD kostet € 5,00.

1) Aufruf der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin zur Unterstützung*)

Die finanzielle Lage der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin ist schwierig. Gründe sind durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie gegenwärtig der Ausfall sämtlicher Veranstaltungen, die nicht nur Kosten verursachen, sondern – von Fall zu Fall – auch für die nötigen Einnahmen sorgen können.

Wir sind für unsere Arbeit vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt. Das heißt einerseits: wir dürfen keine Rücklagen bilden (mit denen wir jetzt wirtschaften könnten, unsere Miet- und anderen Kosten selbst tragen), aber wir dürfen für Ihre großzügige Spende eine Spendenquittung ausstellen.

Wir haben die herzliche Bitte, unsere Arbeit durch eine Geldspende zu unterstützen, damit unsere Tätigkeit weitergehen kann. Wir arbeiten ehrenamtlich.

Sie erhalten am Ende des Jahres eine Spendenbescheinigung, unsere Arbeit ist vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt!

Unsere Bankverbindung (Zusatz „Spende“ auf der Überweisung nicht vergessen!):

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:

Konto bei der Postbank Berlin

IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC BNKDEFF

***) Unser erfolgsester Aufruf!!!**

02) Paten für Jahrbuch Weichsel-Warthe 2022 gesucht

Jahrbuch-Paten für 2022 gesucht

Auch für das „Jahrbuch Weichsel-Warthe 2022“ werden wieder Jahrbuch-Paten gesucht. Durch diese Patenschaft sollen vor allem die Mehrkosten und der Versand an interessierte Personen und Einrichtungen in unseren Heimatgebieten im Posener Land, in Mittelpolen, Wollhynien und Galizien finanziert werden.

Nähere Einzelheiten zu der Übernahme der Jahrbuch-Patenschaft entnehmen sie bitte unseren entsprechenden Hinweisen in „Weichsel-Warthe“ sowie unserem „Jahrbuch Weichsel-Warthe 2021“, S. 176.

3) BdV: Die „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung



„Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung

Die 1955 von Bundespräsident Theodor Heuss entzündete „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung. Das Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen auf dem Theodor-Heuss-Platz in Berlin, an dem wir jährlich am Tag der Heimat unserer Opfer gedenken, wird seit vielen Jahren von uns mitgepflegt.

So nutzen wir Spenden unserer Mitglieder dazu, die „Ewige Flamme“ brennen zu lassen. Dazu bitten wir in diesem Jahr um eine Spende auf das unten angegebene Konto.

Bankverbindung
Deutsche Bank Bonn

BdV Förderverein

IBAN:
DE54 3807 0059 0077 0107 00

BIC:
DEUTDEDK380



4) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

Sehr geehrter Herr Hanke,

herzlichen Dank für Ihr Angebot, in Ihrem Rundbrief auf unser Anliegen aufmerksam zu machen. Gerne nehmen wir diese Möglichkeit wahr. Angefügt finden Sie einen Text, der in ähnlicher Weise schon mehrfach abgedruckt wurde.

Ich habe soeben nachgeschaut: Wir haben in unserem Katalog 17 Heimatzeitschriften über Westpreußen nachgewiesen. Allerdings sind die jeweiligen Bestände sehr lückenhaft und bestehen häufig nur aus neueren Ausgaben. Insofern erhoffe ich mir durch den Aufruf viele Ergänzungen.

Nochmals vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen
H. P. Brogiato

Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften Heimatzeitschriften erbeten

Die Geographische Zentralbibliothek (GZB) im Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig hat Ende 2013 vom Bund Heimat und Umwelt (BHU) die „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ übernommen. Um diese Sondersammlung systematisch auszubauen, wurden in den vergangenen drei Jahren zahlreiche Heimatvereine, Museen usw. mit der Bitte angeschrieben, das Anliegen zu unterstützen und der GZB ihre Heimatzeitschriften zur Verfügung zu stellen. Inzwischen werden mehr als 1000 Zeitschriften und Serien aus dem deutschsprachigen Raum regelmäßig zugesandt. (<http://ifl.wissensbank.com>). Da die Bibliothekslandschaft in Deutschland dezentral aufgebaut ist und einzelne Bibliotheken regionale Sammelschwerpunkte aufweisen, kann man in keiner deutschen Leihbibliothek (die Deutsche Nationalbibliothek als Präsenzbibliothek bildet einen Sonderfall) heimatkundliche Literatur regionsübergreifend vorfinden. Durch den Aufbau der „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ entsteht somit ein einmaliger Bestand, der es erlaubt, heimatkundliche und regionalgeschichtliche Literatur räumlich vergleichend zu untersuchen.

Wir hoffen, dass sich durch diesen Aufruf viele Redaktionen, Heimatkreisbetreuer, Heimatmuseen, aber auch Privatpersonen entschließen können, die von Ihnen betreuten Zeitschriften an die Leipziger Bibliothek zu senden. Erwünscht sind auch die Zeitschriften, die inzwischen eingestellt wurden, von denen es aber vielleicht noch Lagerbestände gibt. Bei größeren Sendungen können die Versandkosten gegen eine Rechnung übernommen werden. Für weitere Informationen setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung:

Dr. Heinz Peter Brogiato
Leibniz-Institut für Länderkunde
GZB – Heimatzeitschriften
Schongauerstr. 9
04328 Leipzig
E-Mail: h_brogiato@ifl-leipzig.de
Ruf: 0341 600 55 126

So wahr mir Gott helfe: Der Amtseid des Bundeskanzlers



dpa/Kay Nietfeld Der dritte Amtseid: Bundeskanzlerin Angela Merkel am 17.12.2013 im Bundestag mit Parlamentspräsident Norbert Lammert.

„So wahr mir Gott helfe“:

Laut Artikel 64 des Grundgesetzes müssen Kanzler und Minister bei der Amtsübernahme vor dem Bundestag den Amtseid leisten. Artikel 56, der die Vereidigung durch den Bundespräsidenten vorsieht, legt den Wortlaut fest.

In Artikel 56 heißt es:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

*Du musst denken, dass du morgen tot bist,
musst das Gute tun und heiter sein.*

Freiherr vom Stein

**„Wird der Zweifel Gegenstand des Zweifels,
zweifelt der Zweifelnde am Zweifel selbst, so verschwindet der Zweifel.“**

Der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel, der am 27. August 250. Geburtstag hat, in seinen Vorlesungen über die „Philosophie der Religion“ (Berlin 1832).

Aus: Der Tagesspiegel, 19.08.2020, S. 6.

**„Berlin braucht bessere Schulen.
Kann ja nicht jeder Politiker werden.“**

Kampagnenspruch der CDU Berlin – in Orange auf Schwarz und illustriert mit Merkelraute. Eine PR-Aktion, für die es via Twitter gleich viel Kritik gab. Weil: Was soll das eigentlich bedeuten?

Aus: Der Tagesspiegel, 12.08.2020, S. 6.

„Verletze niemanden, vielmehr hilf allen, soweit du kannst.“

Arthur Schopenhauer

Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt von
Morgen aussieht!

Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)

„Heimat gestalten und nicht nur verwalten!“

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsätze.pdf

- 1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG);
- 2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

01) Wichtige Signale am diesjährigen 17. Juni

Zum **Nationalen Gedenktag des deutschen Volkes** am **17. Juni 2021** erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, **Egon Primas** u.a., „dass der 17. Juni auch weiterhin einer unserer wichtigsten deutschen Gedenktage bleiben wird.“ [Hier geht es zur Aussendung.](#)

<https://www.omv.cdu.de/artikel/wichtige-signale-am-diesjaehrigen-17-juni>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 75, 2021

Wien, am 17. Juni 2021



16.06.2021.

Stasi-Unterlagen beim Bundesarchiv – SED-Opferbeauftragte berufen

Zum Nationalen Gedenktag des deutschen Volkes am 17. Juni 2021 erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas:

Freiheit, Demokratie und die Einheit Deutschlands: Das waren neben der Überwindung purer materieller Not die Ziele der vielen mutigen Menschen in der damaligen DDR, die am 17. Juni 1953 auf die Straße gingen und gegen die Regierung aufbegehrten. Jahr um Jahr wollen und müssen wir an die Opfer dieses Tages erinnern – und daran, dass damals die Maske vorgeschobener Menschenfreundlichkeit fiel und die wahre Fratze des kommunistischen Unrechtsregimes und seiner Verbündeten sichtbar wurde.

Unter DDR-Oppositionellen wurde der 17. Juni zu einem Symbol für die Freiheit, die den Bürgern noch auf Jahrzehnte verwehrt bleiben sollte. Im Westen der deutsch-deutschen Grenze wurde der 17. Juni zum „Nationalen Gedenktag des deutschen Volkes“ und zu einem der wichtigsten Symbole für den gemeinsamen Kampf für die Einheit Deutschlands.

An diesem historisch und symbolisch so bedeutsamen Tag wird in diesem Jahr etwas erfolgen, was Roland Jahn, der bisher amtierende Beauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, auf unserer OMV-Bundesdelegiertentagung 2019 auf beeindruckende Weise bereits vorgezeichnet hat: Die Aktenbestände der Stasi-Unterlagenbehörde werden in die Verantwortung des Bundesarchivs überführt.

Dies ist ein wichtiges Signal an sämtliche Opfer des DDR-Regimes, dass ihr Schicksal für die Nachwelt dokumentiert bleibt und weiter erforscht werden kann – und dass sie auch in Zukunft Auskünfte darüber einholen können, welche Daten von wem über sie gesammelt wurden. Ergänzt und vervollständigt werden diese Akten mit den Beständen der SED-Akten in Berlin-Lichterfelde und den Akten der Zentralen Erfassungsstelle für SED-Unrecht in Salzgitter.

Ebenso wichtig ist es, dass das Amt des Beauftragten für die Stasi-Unterlagen nunmehr in das einer Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur umgewandelt wurde und somit ein breiteres Spektrum abdecken wird. Bereits am 10. Juni 2021 hat der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit die ehemalige DDR-Oppositionelle Evelyn Zupke in dieses neue Amt gewählt. Es ist gut, dass damit sämtliche Opfer des DDR-Unrechtsregimes jetzt auch auf Bundesebene eine gemeinsame Ansprechpartnerin haben.

Der 17. Juni wird auch weiterhin einer unserer wichtigsten deutschen Gedenktage bleiben.

Gedenkstunde für die Opfer von Flucht und Vertreibung online

Aus Anlass des nationalen Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung am **20. Juni 2021** wird das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) coronabedingt die Gedenkstunde in Berlin als Online-Veranstaltung ohne anwesende Gäste durchführen und über einen Livestream im Internet übertragen.

Bundesinnenminister **Horst Seehofer** wird die Veranstaltung eröffnen. Der Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro in Berlin, **Prälat Dr. Karl Jüsten**, wird ein Grußwort sprechen. Für die Ansprache konnte in diesem Jahr die Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes, **Gerda Hasselfeldt**, gewonnen werden. Das Schlusswort wird – wie es seit der ersten Veranstaltung im Jahr 2015 Tradition ist – der Präsident des Bundes der Vertriebenen, **Dr. Bernd Fabritius MdB**, sprechen. Er erklärt dazu: „Es ist ein wichtiges und positives Signal an die deutschen Heimatvertriebenen und ihre Nachkommen, dass diese Veranstaltung trotz der anhaltenden Pandemie-Bedingungen stattfinden kann – wenn auch in einem Online-Format. Vertreibung ist immer ein Verbrechen. Es ist gut, dass dieses Bewusstsein durch das jährliche Gedenken am 20. Juni gestärkt wird.“ Der Livestream der Veranstaltung ist am **20. Juni ab 13 Uhr** über die Internetseite www.protokoll-inland.de abrufbar. Der BdV wird die Veranstaltung auch über [seine eigene Internetseite](#) bzw. die sozialen Medien verlinken.

02) Die Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler: 20. Juni – Nationaler Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung



Niedersächsisches Ministerium
für Wissenschaft und Kultur

PRESSEMITTEILUNG

Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene,
Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL



20. Juni

NATIONALER GEDENKTAG FÜR DIE OPFER VON FLUCHT UND VERTREIBUNG

Anlässlich des Nationalen Gedenktages und des Weltflüchtlingstages am 20. Juni weist die Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL, darauf hin, dass Flucht und Vertreibung auch 76 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg gegenwärtig sind: „Viele Menschen, die heute in Niedersachsen leben, wissen aus eigener Erfahrung oder den Erzählungen ihrer Angehörigen, was Heimatverlust bedeutet. Der Nationale Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung und der Weltflüchtlingstag bieten einen guten Anlass, das Thema aus den Familien heraus in die Öffentlichkeit zu tragen und gesamtgesellschaftlich zu diskutieren“, so Editha Westmann.

Das Land Niedersachsen wird im Herbst 75 Jahre alt. Von Beginn an waren die deutschen Heimatvertriebenen dabei. Sie mussten die Dramatik von Flucht und Vertreibung weitestgehend unter sich verarbeiten. Besonders auf den Frauen und Kindern lasteten Erlebnisse für die den Betroffenen lange Zeit passende Worte fehlten. Die Heimatvertriebenen klagten aber nicht, sondern packten beim Wiederaufbau mit an. Spuren, die vom allmählichen Zusammenwachsen erzählen, lassen sich heute etwa in Gestalt ganzer Siedlungen mit ostdeutschen Straßennamen oder in Gestalt von Gedenksteinen finden, auf denen Einheimische auch das Schicksal der Heimatvertriebenen erwähnen und damit zu einem Teil ihrer Ortsgeschichte werden ließen.

„Aus der heutigen Perspektive war das Eintreffen der Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler für Niedersachsens wirtschaftliche Entwicklung ein Segen.“ Editha Westmann mahnt in diesem Zusammenhang aber an, nicht zu vergessen, „dass das Aushalten des Heimatverlustes für viele Betroffene ein langer und schmerzlicher Prozess war, der bis ins hohe Alter, vielleicht ein Leben lang, nachwirkt.“

Aufgrund der Pandemie bietet die Landesbeauftragte in diesem Jahr keine eigene Veranstaltung zum 20. Juni an. Nach der Sommerpause thematisiert Editha Westmann mit Kooperationspartnern jedoch Flucht- und Vertreibungsschicksale. Zum Landesjubiläum ist eine vom Museumsverband für Niedersachsen und Bremen konzipierte Ausstellung im Landtag zu sehen. Mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und dem Bund der Vertriebenen plant die Landesbeauftragte Zeitzeugengespräche, die die Grundlage für ein Seminarangebot an Volkshochschulen und eine Veranstaltung im Landtag bilden. Auch mit weiteren Projekten arbeitet Editha Westmann darauf hin, den Opfern von Flucht und Vertreibung eine angemessene Bedeutung in unserer Gesellschaft zu sichern.

Hannover, den 18. Juni 2021

03) „Schlesien verbindet“ – auch im Internet. Deutschlandtreffen der Schlesier findet am 26. Juni erstmalig als eintägige Digital-Veranstaltung statt

ps Pressedienst Schlesien
Presseinformationen der Landsmannschaft Schlesien
– Nieder- und Oberschlesien e.V.



PRESSEMITTEILUNG
Nr. 05/2021

„Schlesien verbindet“ – auch im Internet

Deutschlandtreffen der Schlesier findet am 26. Juni erstmalig als eintägige Digital-Veranstaltung statt

Königswinter, 23. Juni 2021 – „Erstmals in unserer Geschichte gibt es die Gelegenheit, weltweit das Deutschlandtreffen der Schlesier live im Internet zu verfolgen“, so der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Stephan Rauhut. Am Samstag, 26. Juni 2021, beginnt ab 11 Uhr auf dem YouTube-Kanal und der Facebook-Seite der Landsmannschaft Schlesien die Übertragung aus dem Hannover Congress Center (HCC) unter dem Motto „Schlesien verbindet“.

Das von der Landsmannschaft Schlesien organisierte „Deutschlandtreffen der Schlesier“, zu dem alle zwei Jahre Tausende Schlesier, ihre Familien und Schlesienfreunde aus der ganzen Bundesrepublik und dem benachbarten Ausland anreisen, um Kontakte zu Landsleuten zu pflegen und schlesisches Brauchtum mit Leben zu füllen, kann in diesem Jahr coronabedingt nicht wie gewohnt stattfinden. „Eine Absage des Deutschlandtreffens war für uns jedoch keine Option“, so der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft. „Mit viel Neugier und Elan haben wir erstmals ein neues digitales Format für unser Deutschlandtreffen geplant. Wir sind zuversichtlich, dass wir auch diese Herausforderung sehr gut meistern werden, denn die positive Wirkung unserer Aktivitäten im Internet ist bereits jetzt spürbar“, so Rauhut.

Erstmalig Grußwort aus Breslau

Nach dem traditionellen Ökumenischen Gottesdienst wird der niedersächsische Innenminister und Schlesierschildträger Boris Pistorius die Festansprache live aus dem Übertragungsstudio halten. Der Ministerpräsident des Patenlandes Niedersachsen Stephan Weil sowie der Oberbürgermeister der Stadt Hannover Belit Onay werden jeweils eine Video-Grußbotschaft an die Zuschauer richten.

Erstmalig in der Geschichte der Deutschlandtreffen der Schlesier wird der Marschall der Woiwodschaft Niederschlesien Cezary Przybylski ein Video-Grußwort aus Breslau direkt nach Hannover und an die Zuschauer senden.

Schlesien verbindet über Grenzen hinweg

Die Oppelner Vize-Marschallin Zuzanna Donath-Kasiura, der Parlamentarische Staatssekretär a.D. und ehemalige Bundesbeauftragte für Aussiedler und nationale Minderheiten Hartmut Koschyk, der Präsident der Schlesischen Landesvertretung Peter Beyer MdB und der

Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien Stephan Rauhut werden sich zum Thema „Schlesien verbindet – eine Region im Herzen Europas“ in einer Diskussionsrunde äußern.

Die Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler Editha Westmann MdL wird zusammen mit Stephan Rauhut über „Schlesien und Niedersachsen: Patenschaft und Partnerschaft“ sprechen.

Den Abschluss bildet eine Direktschaltung nach Oberschlesien, bei der der Chefredakteur der Zeitung „Wochenblatt.pl“ Dr. Rudolf Urban zusammen mit dem Vorsitzenden des Bundes der Jugend der Deutschen Minderheit (BJDM) in Schlesien Oskar Zgonina über die grenzüberschreitende Rolle Schlesiens diskutieren wird.

Die Gesamtmoderation übernimmt die freie Journalistin Lea Nischelwitzer.

Veranstaltungsinformation: Samstag, 26. Juni 2021, ab 11 Uhr | YouTube-Link:

<https://youtu.be/TTTSV2KNkgQ> | Facebook-Link:

<https://www.facebook.com/LandsmannschaftSchlesien>

ps Pressedienst Schlesien Nr. 05/2021

Presseinformationen der Landsmannschaft Schlesien — Nieder- und Oberschlesien e.V.

Bundesgeschäftsführung: Dollendorfer Str. 412, 53639 Königswinter

Tel.: (02244) 9259-0, Fax: (02244) 9259-290

E-Mail: presse@landsmannschaft-schlesien.de

www.landsmannschaft-schlesien.de

Hintergrundinformationen zur Landsmannschaft Schlesien

Die Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e. V. – wurde am 26. März 1950 im Bonner Vertriebenenministerium gegründet. Am 3. Oktober 1950 übernahm das Land Niedersachsen, in dem sich nach der Vertreibung besonders viele Schlesier niedergelassen hatten, die Schirmherrschaft über die Landsmannschaft. Die Landsmannschaft Schlesien ist Mitglied im Bund der Vertriebenen (BdV). Bundesvorsitzender ist seit 2013 Stephan Rauhut. Der Hauptsitz des Verbandes befindet sich im „Haus Schlesien“ in Königswinter bei Bonn. Das offizielle Verbandsorgan der Landsmannschaft sind die „Schlesischen Nachrichten“.

04) Verleihung des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises des Zentrums gegen Vertreibungen an den Bundespräsidenten a. D. Joachim Gauck



ZENTRUM
GEGEN
VERTREIBUNGEN

28. Juni 2021

Verleihung des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises an den Bundespräsidenten a.D. Joachim Gauck

Am Sonntag, den 4. Juli 2021, wird der Bundespräsident Dr. h.c. Joachim Gauck um 12.00 Uhr in der Frankfurter Paulskirche mit dem Franz-Werfel-Menschenrechtspreis der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN ausgezeichnet. Die Entscheidung über den Preisträger erfolgte bereits im Jahre 2020. Die Verleihung konnte wegen der Pandemienotlage im vergangenen Jahr nicht stattfinden und wird jetzt nachgeholt.

Die Laudatio auf den Preisträger hält der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Bernd Fabritius. Die Begrüßung erfolgt durch den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main, Peter Feldmann. Der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier wird als Schirmherr der Preisverleihung eine Ansprache halten. Für die Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN spricht der Vorsitzende Dr. Christean Wagner.

Die Jury des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises würdigt mit der Preisverleihung das umfangreiche und vielfältige Wirken des Bundespräsidenten a.D. Joachim Gauck, der in unterschiedlichen Funktionen, zuletzt als höchster Repräsentant unseres Staates, die Verletzung von Menschenrechten durch Völkermord, Vertreibung und Genozid angeprangert hat.

Bei der Eröffnung der Ausstellung „Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“ im Jahr 2006 im Berliner Kronprinzenpalais sagte Joachim Gauck in einem Grußwort: „Weil im kollektiven Gedächtnis die wirkliche Wirklichkeit aufgehoben sein sollte, wird man also keinen Bogen machen dürfen um die Deutschen, die mit dem Leid der Vertreibung in so besonderer Weise belastet wurden. ... Der Blick auf die vielen Vertreibungsnotstände zeigt uns, dass es letztlich bei dem Thema nicht um deutsche Heimattümelei geht, sondern um eins, das Individuen als Opfer von Mächten, meist Diktatoren und Despoten sieht, dass es um geraubte Menschenrechte geht und um den Verlust dessen, was unsere Verfassung in Artikel 1 in den Mittelpunkt stellt: die Würde des Menschen.“ Neben dem Begriff der Freiheit, der untrennbar damit verbunden ist, hat Joachim Gauck damit sein zweites großes Lebensthema angesprochen, die Würde des Menschen.

Bereits im Jahr 2003 gehörte der Bürgerrechtler und Theologe zu den Unterstützern eines ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN und wandte sich mit anderen engagiert dagegen, dass „ein Vorhaben, das Sensibilität und Umsicht verlangt, zum Gegenstand rivalisierender Initiativen würde“.

Als Theologe und Publizist, als Bundesbeauftragter für die Stasiunterlagen und später als Bundespräsident hat Joachim Gauck in seinen Veröffentlichungen, seinen Reden immer wieder darauf hingewiesen, dass die Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur nicht dazu führen dürften, das Unrecht an den vertriebenen Deutschen zu verschweigen.

Engagiert hat er sich immer wieder und in allen seinen Ämtern dafür ausgesprochen, dass die dauerhafte Erinnerung an die Vertreibung ein elementarer Teil deutscher Geschichte ist. „Das Erinnern, das Gedenken, das Bewahren der Traditionen, darf nicht allein in den Verbänden aufgehoben sein. Geschichte und Kultur der ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete gehören in das kollektive Gedächtnis der ganzen Nation“ waren seine Worte im Jahr 2016, als er als Bundespräsident zum Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen sprach. Einfühlsam sprach er vom „Erinnerungsschatten“, aus dem das Gedenken erst langsam heraustrete.

Joachim Gauck ist 1940 geboren, und war zu DDR-Zeiten evangelisch-lutherischer Pastor in Rostock. Er leitete die evangelischen Kirchentage 1983 und 1988 in der Hansestadt und war während der friedlichen Revolution Sprecher des Neuen Forums. 1990 wurde er Abgeordneter der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR (für Bündnis 90). Von 1991 bis 2000 war Joachim Gauck Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Am 18. März 2012 wählte die Bundesversammlung Joachim Gauck zum elften Bundespräsidenten. Bis 2017 war er höchster Repräsentant der Bundesrepublik Deutschland.

Der mit 10.000 € dotierte Franz-Werfel-Menschenrechtspreis wird alle zwei Jahre an Einzelpersonen, Initiativen oder Gruppen verliehen, die durch ihr Handeln das Verantwortungsbewusstsein gegenüber Menschenrechtsverletzungen durch Völkermord, Vertreibung oder die bewusste Zerstörung nationaler, ethnischer oder religiöser Gruppen schärfen.

Mit dem Franz-Werfel-Menschenrechtspreis wurden bisher ausgezeichnet:

- 2018 Prof. Dr. Michael Wolffsohn
- 2016 Freya Klier
- 2014 Rick Ostermann
- 2012 Prof. Dr. Karl Schlögel
- 2010 David Vondráček
- 2009 Herta Müller
- 2007 György Konrad
- 2005 Bischof Dr. Franjo Komarica
- 2003 Dr. Mihran Dabag, Věra Vítová, Petr Kulíšek sowie Jan Piños

Organisatorischer Hinweis:

Aufgrund der Corona-Pandemie ist nach derzeitigem Stand die Anzahl zugelassener Gäste zur Verleihungsveranstaltung begrenzt. Eine kurzfristige Absage aufgrund behördlicher Weisung oder Empfehlung behalten wir uns vor. Es gilt Maskenpflicht in der gesamten Paulskirche. Abstands- und Hygieneregeln gilt es zu beachten. Bei Nichteinhaltung können Sie von der Veranstaltung ausgeschlossen werden. Pressevertreter werden gebeten, sich rechtzeitig anzumelden, Hinweise zu beachten und die Selbsterklärung zur Corona zeitnah zum Termin auszufüllen und zur Veranstaltung mitzubringen.

05) Zeitzeugen aus der Reichenberger Region gesucht

Wir wiederholen hiermit gerne den Aufruf, daß sich Zeitzeugen bzw. Zeugen der Vertreibung aus **Reichenberg** / Liberec bitte bei Frau Zverková (frantiska.zverkova@muzeumlb.cz) melden möchten. Lm. Worf, der als Kind von dort vertrieben wurde und heute in Linz lebt, hat sich bereits gemeldet und kann nur Positives über den Kontakt berichten. [Hier sehen Sie den Aufruf](#) – wir bitten auch um Weiterleitung.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 76, 2021

Wien, am 21. Juni 2021

**06) 71. Sudetendeutscher Tag in München:
„Verantwortung für die Heimat – unser Weg in die Zukunft“**



Zu einem außergewöhnlichen Sudetendeutschen Tag treffen wir uns heuer von **16.- 18. Juli** in Bayerns Landeshauptstadt München. Unter dem Motto „**Verantwortung für die Heimat – unser Weg in die Zukunft**“ freuen wir uns nach dem weitgehenden Ende der pandemiebedingten Einschränkungen besonders auf ein Wiedersehen mit unseren Landsleuten und Freunden.

In der Philharmonie im Gasteig (Rosenheimer Str. 5, 81667 München) nahe des Sudetendeutschen Museums wurden – natürlich unter Berücksichtigung der geltenden Corona-Regeln – zahlreiche Veranstaltungen geplant.

Eines vorweg – unser Landsmann [Prof. Herbert Zeman](#) wird den „**Großen Sudetendeutschen Kulturpreis**“ erhalten!

[Bitte sehen Sie hier alle Preisträger und das genaue Programm, soweit bereits bekannt.](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 72, 2021

Wien, am 14. Juni 2021

»Verantwortung für die Heimat – unser Weg in die Zukunft« – Das Festprogramm des Sudetendeutschen Tages und Vorstellung der Kulturpreisträger

Das große Treffen ist heuer in München

Zu einem außergewöhnlichen Sudetendeutschen Tag treffen wir uns heuer in Bayerns Landeshauptstadt München. Er trägt das Motto „Verantwortung für die Heimat – unser Weg in die Zukunft“. Nach dem weitgehenden Ende der pandemiebedingten Einschränkungen freuen wir uns besonders auf das Wiedersehen mit unseren Landsleuten. In der Philharmonie im Gasteig nahe des Sudetendeutschen Museums haben wir – unter Berücksichtigung der Corona-Regelungen – die Veranstaltungen geplant. Hier das Programm.

Freitag, 16. Juli

- 10.00–18.00 Uhr: Gelegenheit zum Besuch des Sudetendeutschen Museums
- 14.00 Uhr, Sudetendeutsche Stiftung und SL-Bundesverband: Vereichung der Sudetendeutschen Kultur- und Förderpreise sowie des Sudetendeutschen Volkstumpfespreises im Gasteig.
- Begrüßung:**
 - Dr. Ortfrid Kotzian, Vorsitzender des Vorstandes der Sudetendeutschen Stiftung.
- Ansprache:**
 - Carola Trautner MdL, Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, Schirmherrschaftsministerin
- Verleihung der Preise:**
 - durch den Sprecher der Sudetendeutschen Volksguppe und den SL-Bundeskulturreferent.
- Moderation:**
 - Iris Marie Kotzian.
- Musikalische Gestaltung:**
 - Die Gersthofner Bläserharmoniker.

Samstag, 17. Juli

- 10.00–18.00 Uhr: Gelegenheit zum Besuch des Sudetendeutschen Museums.
- 10.00 Uhr: Heilige Messe
- 14.00 Uhr: Festakt mit Verleihung des Europäischen Karls-Preises der Sudetendeutschen Landsmannschaft im Gasteig.
- Eröffnung durch den Landesobmann der Sudetendeutschen in Bayern;**
- Grußworte:**
 - Landeshauptstadt München;
 - Stephan Mayer MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat.
- Ansprachen:**
 - Sprecher der Sudetendeutschen Volksguppe;
 - Dr. Markus Söder MdL, Bayerischer Ministerpräsident, Schirmherr der Sudetendeutschen Volksguppe.
- Verleihung des Europäischen Karls-Preises durch den Sprecher der Sudetendeutschen Volksguppe.**
- Rede des Karls-Preis-Trägers.**
- Musikalische Gestaltung:**
 - Gartenberger Bunkerbläsermusik.
- 19.00 Uhr, Sudetendeutscher Volkstumsabend im Gasteig.
- Mitwirkende:**
 - Egerländer Jugend Stuttgart und Gierstried;
 - Egerländer Familienmusik Hess;
 - Schönbengster Volkstanzgruppe;
 - Stefanie und Elisabeth Januschko;
 - Die Wischauer.
- Regie und Moderation:**
 - Roland Hammerschmid.

Sonntag, 18. Juli

- 9.00 Uhr: Veranstaltungen im Sudetendeutschen Haus
- 10.00–18.00 Uhr: Gelegenheit zum Besuch des Sudetendeutschen Museums.



Blitz in unser neues Museum. Bild: Manfred Giechler

Großer Sudetendeutscher Kulturpreis

Der Große Kulturpreis geht an Professor Herbert Zeman. 1940 in Perntitz in Niederösterreich geboren, wurde er 1976 auf den Lehrstuhl für Neuere deutsche Literatur mit Schwerpunkt Österreichische Literatur der Universität Wien berufen. Mit Freude und Energie baute er seinen Forschungsschwerpunkt auch über die Grenzen Österreichs aus. Zemans Schaffenskraft ist bewundernswert, seine Liste wissenschaftlicher Publikationen und Bücher ist wegen der Fülle und Breite nur schwer zu überblicken. Ihm war es immer ein besonderes Anliegen, seine Forschungsergebnisse einem größeren Publikum näher zu bringen. Als Vermittler von Kultur und Wissenschaft – 1994 bis 1997 war er Präsident der Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste in München – wurde er bereits mehrfach von der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich ausgezeichnet.



Sudetendeutscher Kulturpreis für Wissenschaft

Der Preis für Wissenschaft geht an den 1930 in Goldenstein im Allgäu geborenen Professor Franz Eftenberger. 1970 wurde er auf den Lehrstuhl für Organische Chemie der Universität Stuttgart berufen, als deren Rektor er von 1987 bis 1990 amtierte. Zu seinen wichtigsten Arbeitsgebieten zählten die Chemie der Aromaten, Heterocyclen und Aminosäuren, die chemischen Grundlagen der Molekularelektronik, Anwendungen von Enzymen in der Synthese sowie die Entwicklung ultradünner organischer Schichten. 350 Veröffentlichungen und 55 Patente dokumentieren seine wissenschaftliche Leistung. Daneben brachte er zukunftsnahe Profilbereiche der Universität voran, unter anderem die Entstehung des Höchstleistungsrechenzentrums mit dem Supercomputer CRAY Z, den Ausbau der engen Verbindung von Geistes- und Ingenieurwissenschaften sowie den Weg zu einer technisch orientierten Biologie mit dem Ausbau der Biomedical Systems.

Sudetendeutscher Kulturpreis für Musik und Darstellende Kunst

Der Preis für Musik und Darstellende Kunst geht an den 1989 in Lauringen geborenen Georg Michael Grau, dessen familiäre Wurzeln im sudetenschlesischen Freudenfeld liegen. Ausgang und Schwerpunkt seines Musikinteresses liegen in deutsch-österreichischen Repertoires des 18. und 19. Jahrhunderts, aber er spielte auch die frühe Violasonate cis-Moll op. 3 des Olmützer Komponisten Egon Kornauth und erweckte damit ein bisher verschüttetes Meisterwerk zu neuem Leben. Grau ist ein ganzheitlich denkender und empfindender Musiker. Im Legen Fortleben und Vermittlung der klassischen Musik am Herzen. So wurde er zum Mitbegründer des Musikfestivals Schloss Brenz und der Altmannsdorfer Kammerkonzerte, die bei freiem oder geringem Eintritt stattfinden, um Barrieren abzubauen und möglichst alle ohne soziale Ausgrenzung zu erreichen.



Preis für sudetendeutsche Heimat- und Volkstumpfespflege

Der Preis für sudetendeutsche Heimat- und Volkstumpfespflege geht an Christine Räsch. Die 1929 in Neutittschheim geborene Kuhländlerin verkörpert das Neutittschheimer Kulturbürgertum aus der Zeit vor der Vertreibung. Sie lebt die Kuhländler Volkskultur, und

diese lebt dank ihr. Räsch trägt die Tracht nicht nur, sie kann sie auch schneiden. Sie ist Trachtenpflegerin, Volksanzpflegerin und gefragte Fachfrau für die Neutittschheimer Mundart und die Kuhländler Volkslieder. Sie hat sich darum verdient gemacht, daß die Kuhländler Volkskultur nicht nur in der Vertreibung, sondern auch in der Heimat wieder lebt, sich hoher Beliebtheit erfreut und mit Begeisterung ausgebaut wird. Mit ihrer Überzeugungskraft, Glaubwürdigkeit und Engagement und Wissen erreichte Räsch in jüngster Vergangenheit, daß die Kuhländler Volkstanz als wertvolles immaterielles Kulturerbe anerkannt und ausgezeichnet wurden.



Kultureller Förderpreis für Musik und Darstellende Kunst

Der Förderpreis für Musik und Darstellende Kunst geht an Myziam Giefendorfer (*1996 in München). Ihre Großeltern väterlicherseits stammen aus dem Egerland und aus Schlesien. Aufgewachsen in einem musikliebenden Elternhaus, wurde ihre musikalische Begabung früh erkannt und gefördert. Parallel zum Schulbesuch nahm sie mehrfach erfolgreich an den Wettbewerben von „Jugend musiziert“ teil. Seit 2016 studiert sie Violine an der Musikhochschule Nürnberg. Seit 2018 durch ein Deutschlandstipendium gefördert, hatte sie bereits mehrfach Gelegenheit zu Soloauftritten. Vorrangig übt sie sich in der Orchesterarbeit, entfaltete Kammermusikaktivitäten und wirkt im Madrigalchor der Musikhochschule Nürnberg mit. Dabei ist sie nicht auf klassische Musik festgelegt, sondern fühlt sich auch in Rock, Pop und Jazz zu Hause. Seit vielen Jahren ist sie spielend und singend, Mitglied einer Progressive Rockband. Sie ist eine vielseitig interessierte und profilierte Musikerin, die künstlerisches mit sozialem Engagement verbindet, etwa in der ehrenamtlichen Betreuung von Kindern und Jugendlichen oder in der Flüchtlingshilfe.



Kultureller Förderpreis für Publizistik

Ein Förderpreis für Publizistik geht an Julian Klötzel (*1996 in Weilburg). Nach dem Studium der Germanistik und Politikwissenschaften sowie einer Ausbildung zum Verwaltungsfachmann engagiert er sich in der Kommunalpolitik. Er ist das jüngste Mitglied im hessischen BdV-Ortsverband Löhnberg. Seit zehn Jahren gilt sein Interesse dem Ort Langlammitz im Egerland, dem Geburtsort seines Großvaters. Da dessen Geschichte nicht verloren gehen dürfe, hat er 2020/21 die dritte überarbeitete Auflage des Heimatbuchs „Langlammitz mit Ortsteil Federhäuseln“ herausgebracht. Neben der Ortsgeschichte legt Klötzel den Schwerpunkt auf die „Familien A bis Z“. Er dokumentiert in 1682 Nummern die Lebensdaten aller Menschen von Langlammitz und ihrer Vorfahren. Nach dem Tod der Ortsbetreuerin von Taschwitz übernahm er deren Ehrenamt und organisiert mit Otto Riedel ein jährliches Ortstreffen für ehemalige und heutige Bewohner von Langlammitz in Bad Homburg. Julian Klötzel zeigte in seinen jungen Jahren ein großartiges Engagement für die Heimat seiner Großeltern, das für die Zukunft hoffen läßt.



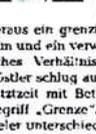
Kultureller Förderpreis für Publizistik

Der zweite Förderpreis für Publizistik geht an den Historiker, Schriftsteller, Heimatforscher und Denkmalpfleger Miloš Belohlávek. Er beschränkt sich lebhaft und selbstlos mit der Geschichte seiner Heimatstadt Chodau. Seit 2016 arbeitet er offiziell als Chodauer Stadthistoriker und schaffte, das Interesse der Öffentlichkeit an der Geschichte der Stadt zu wecken. Dank seiner Arbeit wurden einzigartige historische Schätze in der katholischen Sankt-Laurentius-Kirche gerettet und auf dem Stadtfriedhof Gräber ehemaliger deutscher Bürger restauriert. Zur Erinnerung an das Schicksal der jüdischen Familien in Chodau initiierte er die Errichtung von Stolpersteinen. Dem Preis erhält er für seine erfolgreichen Publikationen, die die deutsche Vergangenheit der Stadt einbezogen und oft auch auf Deutsch erschienen. Er ist ein Vollblutforscher, der sein reiches Wissen gut an die breite Öffentlichkeit vermittelt, auch in modernen sozialen Medien. Mit seiner Begeisterung und menschlichen Herangehensweise an die Geschichte seiner Heimatstadt spricht er nicht nur die heutigen Einwohner von Chodau an, sondern auch die ehemaligen deutschen Bewohner der Region, die er regelmäßig einlädt und bei ihren Heimattreffen betreut.



Kultureller Förderpreis für Wissenschaft

Der Förderpreis für Wissenschaft geht an Gregor Krötter (*1989 in Neualbenreuth), dessen Eltern sudetendeutsche Wurzeln im Egerland haben. Schon früh wurde er in die Quellenarbeit seiner Eltern einbezogen, die sich mit der Geschichte von Neualbenreuth beschäftigten. Diese Arbeit setzte er während seines Studiums für das Lehramt an Gymnasien fort. 2019 veröffentlichte er seine umfassende Monographie „Zwischen Österreich und Bayern. Die Fräisch mit der Simultaneums-Platz-Neualbenreuth im 19. Jahrhundert“. Er stellte erstmals eine wissenschaftliche Aufarbeitung über das Phänomen Grenze in einer kleinen Region vor. Dabei rückte er die zwei spätmittelalterlichen Herrschaftsgebiete und deren neuzeitliche territoriale und patriarchale Nachfolgeinstitutionen in das Blickfeld und arbeitete anschaulich die nationalstaatlichen Abgrenzungsprozesse und Auswirkungen des Simultaneums auf die Fräischplätz-Neualbenreuth heraus. Er begründete ausführlich, wie daraus ein grenzübergreifendes Kuriosum und ein verworrenes kirchenrechtliches Verhältnis erwachsen. Gregor Krötter schlug auch eine Brücke in die Jetztzeit mit Betrachtungen über den Begriff „Grenze“. Mit der Darstellung vieler unterschiedlicher geschichtlicher Facetten hat Gregor Krötter ein bleibendes und umfangreiches Werk für seine Oberpfälzer Heimat, aber auch für den bayerisch-tschechischen Grenz- und Kulturraum geschaffen.



Kultureller Förderpreis für Volkstumpfespflege

Der Förderpreis für Volkstumpfespflege geht an Marius Hammerschmid (*2000 in Wolfratshausen). Von Geburt an Mitglied der Egerländer Gmoi, wurde Marius Hammerschmid von seinen Eltern an die Traditionen des Egerlandes herangeführt. Sie haben seine übertragende Musikalität früh erkannt und gefördert, so spielte Hammerschmid mit drei Jahren in der Geterstrieder Gartenberger Bunkerbläsermusik Schlagzeug. Im Laufe der Jahre folgten musikalische Tätigkeiten in weiteren Bands und Orchestern. Für sein musikalisches Wirktum würdigt Hammerschmid mit zahlreichen

Preisen ausgezeichnet, unter anderem mit dem Musiker-Leistungsabzeichen in Bronze, Silber und Silber Plus sowie dem Förderpreis Johannes von Tepl. Neben der vielfältigen musikalischen Tätigkeit übt Hammerschmid auch Ehrenämter aus. Mit 13 Jahren wurde er in den Gmoiat in Geterstried und zum Landesjugendführer der Egerlandjugend Bayern gewählt. Hammerschmid ist der Pflege der Egerländer Musik nicht nur treu geblieben, er spielt sie ganz bewußt. Damit trägt er wesentlich dazu bei, daß eine Kultur lebendig bleibt, auch wenn sie weit weg von ihrer Entstehungsheimat gespielt wird.



Wichtige Hinweise

- **Veranstaltungsorte.** Philharmonie „Rosenheimer Platz“, bitte der Ausschreibung „Gasteig“ im S-Bahn-Bereich folgen. Mit der Straßenbahn Linie 15/25: Haltestelle „Rosenheimer Platz“. Mit dem Auto hat man Parkmöglichkeiten, 81667 München in der gebührenpflichtigen Parkgarage des Gasteig. Weitere Parkplätze gibt es im Parkhaus am Holiday Inn/Mototama (Hochstraße) oder in der Parkgarage des Hofbräuellers (Innere Wiener Straße) und des Hotels Hilton Munich City (Rosenheimer Straße, Ecke Steinstraße).
- **Teilnahme.** Für die Teilnahme am Sudetendeutschen Tag ist eine verbindliche Anmeldung erforderlich. Zutritt zu den jeweiligen Veranstaltungen erhält nur, wer im Besitz einer Einlaßkarte ist, die wir nach Anmeldung rechtzeitig zusenden. Anmelden kann man sich bis 30. Juni bei der SL, Hochstraße 8, 81669 München, Telefon (089) 4800370, eMail info@sudetendeutscher-tag.de
- Die SL glaubt, daß zu den Veranstaltungen in der Philharmonie im Gasteig mindestens 500 Teilnehmer zugelassen sind. Wie vielen Gästen Zutritt gewährt wird, hängt von den aktuellen behördlichen Auflagen ab.
- Es gilt das zum Veranstaltungszeitpunkt gültige Hygienekonzept.
- Mit der Teilnahme an den Veranstaltungen des Sudetendeutschen Tages erklärt man sich einverstanden, auf Aufnahmen zu sein, die die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der SL verwendet.
- **Festabzeichen.** Mit dem Kauf des Festabzeichens unterstützen Sie die Arbeit der Sudetendeutschen Volksguppe. Bestellung bei info@sudetendeutscher-tag.de, Bankverbindung: IBAN DE73 7509 0300 0002 1114 70. Mit dem Erwerb des Festabzeichens ist nicht automatisch der Eintritt zu den Veranstaltungen des Sudetendeutschen Tages gewährleistet.
- **Das Bayerische Fernsehen** berichtet in einer Sondersendung am Sonntag, 18. Juli, 23.30 bis 23.45 Uhr über den Sudetendeutschen Tag.



07) Eine Hoffnung in München – Daniel Herman ist der neue Karlspreisträger der SL

Der ehemalige tschechische Kulturminister **Daniel Herman** (58) wird beim **Sudetendeutschen Tag** in München mit dem **Europäischen Karlspreis** der **Landsmannschaft** ausgezeichnet. Überraschend kommt diese Ehrung des christdemokratischen Politikers nicht: Der laisierte Priester, zeitweise Sekretär der katholischen Bischofskonferenz in Prag, war einst Vorsitzender des tschechischen Zweigs der **Ackermann-Gemeinde** und Direktor des Instituts für Erforschung totalitärer Regime; in diesen Funktionen war er bei diversen Vertriebenentreffen anwesend. 2016 sprach er als **erstes Mitglied** einer **Prager Regierung** auf einem ST zu den „lieben Landsleuten“. In Anlehnung an ein Zitat von Václav Havel nannte Herman 2019 in Regensburg die Vertreibung „**eine unmoralische Tat**“. Persönlichkeiten wie der künftige Karlspreisträger bieten deshalb nach Meinung von SL-Sprecher **Bernd Posselt** „allen Anlass für die Hoffnung, dass auch in den kommenden Jahren in der Tschechischen Republik Kräfte gestärkt und geweckt werden, die die sudetendeutsch-tschechische Zusammenarbeit fortsetzen und intensivieren“. Die Hoffnung ist nicht ganz unberechtigt. Auch in Böhmen und Mähren kommt allmählich eine Geschichtsdebatte in Gang. Damit ist allerdings noch nicht die Frage beantwortet, welche **Konsequenzen** die tschechische Politik aus der unmoralischen Tat zu ziehen bereit ist. Die menschenverachtenden **Beneš-Dekrete** blockieren nach wie vor eine wirkliche „Versöhnung“, auch wenn auf politischer Ebene (und in gewissen Kreisen der Landsmannschaft) immer weniger von ihnen die Rede ist. Auch der künftige Karlspreisträger hat sich in dieser Causa bislang **nicht eindeutig positioniert**. Vielleicht findet er beim ST in München eine Gelegenheit, ein klärendes Wort zu sprechen. Dann würde sich auch erfüllen, was Posselt über Daniel Hermann sagte: Der Ex-Minister sei ein „Brückenbauer und Versöhner wie kaum ein anderer“. Das mag eine korrekte Beschreibung sein. Man sollte allerdings auch den Schneid aufbringen und klarstellen: Die brutale Vertreibung der sudetendeutschen Volksgruppe als „unmoralische Tat“ zu verurteilen, aber zur Einbetonierung der Unrechtsdekrete in die Verfassungsordnung zu schweigen - das würde wohl kaum zusammenpassen. Bernd Posselt hat in der „Sudetendeutschen Zeitung“ erklärt, die Dekrete würden in dem Moment abgeschafft, „*in dem eine Mehrheit des tschechischen Volkes der Meinung ist, dass das richtig ist*“. Alles andere sei eine „blanke Illusion“. Und weiter: „Heute kann man einander Gott sei Dank nicht einfach etwas aufzwingen, man muss einander überzeugen.“ Na denn! So kann man auch versuchen, politische Untätigkeit zu entschuldigen. (fac)

[Bitte sehen Sie hier die aktuelle Presseerklärung aus München.](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 75, 2021

Wien, am 17. Juni 2021

08) Ein christlicher Versöhner.

Karlspreis der Sudetendeutschen Landsmannschaft an Daniel Herman



Die
Sudetendeutschen

www.sudeten.de

Presseerklärung

16. Juni 2021

Ein christlicher Versöhner
Karlspreis für Daniel Herman

München. Beim 71. Sudetendeutschen Tag, der pandemiebedingt verkleinert im Münchner Kulturzentrum Gasteig stattfindet, wird die Sudetendeutsche Landsmannschaft ihren Europäischen Karlspreis dem ehemaligen tschechischen Kulturminister Daniel Herman verleihen. Beim Festakt am Samstag, 17. Juli 2021, nachmittags wird auch Bayerns Ministerpräsident Markus Söder als Schirmherr des Vierten bayerischen Stammes und Festredner teilnehmen. Der Sprecher, also oberste politische Repräsentant, der Sudetendeutschen Volksgruppe, Bernd Posselt, betonte, daß Daniel Herman "ein christlicher Brückenbauer und Versöhner wie kaum ein anderer" sei. Er habe 2016 als erstes Mitglied einer tschechischen Regierung bei einem Sudetendeutschen Tag gesprochen und die Vertreibung der mehr als 3 Millionen Deutschen aus der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg eindeutig verurteilt.

Sowohl als Pressesprecher der tschechischen Bischofskonferenz als auch später als christdemokratischer Politiker sei Herman führend am Dialog zwischen den "tschechischsprachigen und den deutschsprachigen Kindern der Böhmisches Länder im Herzen Europas" beteiligt gewesen, so Posselt. Dies habe sich unter anderem in seiner bis heute andauernde Arbeit als Ratsmitglied des von den Regierungen in Prag und Berlin eingerichteten Deutsch-Tschechischen Gesprächsforums niedergeschlagen, aber auch in der Aushandlung eines bayerisch-tschechischen Kulturabkommens mit dem seinerzeitigen Kultusminister des Freistaates, Ludwig Spaenle, in die die Sudetendeutschen in vorbildlicher Weise einbezogen gewesen seien. Persönlichkeiten wie Daniel Herman bieten nach Ansicht Posselts "allen Anlaß für die Hoffnung, daß auch in den kommenden Jahren in der Tschechischen Republik Kräfte gestärkt und geweckt werden, die die sudetendeutsch-tschechische Zusammenarbeit fortsetzen und intensivieren."

Der Europäische Karlspreis der Sudetendeutschen ist nach Karl IV., Kaiser des Heiligen Römischen Reiches sowie böhmischer und deutscher König aus dem Hause Luxemburg benannt. Unter den bisherigen Karlspreisträgern waren Persönlichkeiten der tschechischen Zivilgesellschaft wie Bischof Josef Koukl und der ehemalige Sprecher der Freiheitsbewegung Charta 77 Petr Uhl, der Gründer der Paneuropa-Bewegung, Richard Coudenhove-Kalergi, und sein Nachfolger Otto von Habsburg, herausragende deutsche und bayerische Politiker wie Bundespräsident Karl Carstens und Ministerpräsident Franz Josef Strauß sowie Repräsentanten der verschiedenen Religionsgemeinschaften wie der Wiener Kardinal Christoph Schönborn und die Vorsitzende der Jüdischen Kultusgemeinde in München und Oberbayern, Charlotte Knobloch.

Mit Dank im Voraus für die redaktionelle Verwertung
Sudetendeutsche Landsmannschaft (SL)
Bundesverband e.V.
Presse Hildegard Schuster
Telefon: 089 48000354 und 0171 2049747

Pressestelle: Sudetendeutsche Landsmannschaft, Bundesverband e.V., Hochstraße 8
81669 München, E-Mail: schuster@sudeten.de, www.sudeten.de

09) Landesgruppe Bayern lädt zur Teilnahme am Brünner Versöhnungsmarsch

Die Landesgruppe Bayern der SL wird auch heuer wieder, wie in den letzten beiden Jahren, am Brünner Versöhnungsmarsch am **31. Juli 2021** teilnehmen. Geplant ist, mit zwei Bussen anzureisen. Von **30. Juli** bis **02. August 2021** hat **Lm. Schmalcz** für alle Teilnehmer ein buntes Programm (incl. drei Übernachtungen /HP und Heurigenbesuch im Weinviertel!) zusammengestellt (siehe unten).

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 67, 2021

Wien, am 03. Juni 2021



Sudetendeutsche Landsmannschaft
LANDESGRUPPE BAYERN e.V.

Sudetendeutsche Landsmannschaft - Hochstraße 8 - 81669 München

Sudetendeutsche Landsmannschaft
Landesgruppe Bayern
Versöhnungsmarsch Brunn 2021

Hochstraße 8
81669 München
Telefon: (0 89) 48 00 03-46
Fax: (0 89) 48 00 03-96
geschaeftsinfo@sudeten-by.de
www.sudeten-by.de
Stromzähler:
143 / 222 / 50224

München, 27. Mai 2021

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Landsleute,

Europa erwacht wieder und auch unsere landsmannschaftliche Arbeit, auch in der alten Heimat, nimmt wieder Fahrt auf. Deswegen möchten wir auch heuer wieder am Versöhnungsmarsch in Brunn teilnehmen. Bereits in den letzten beiden Jahren waren wir mit Delegationen dabei und es war jeweils ein großer Erfolg.

Wir werden, wie 2019, mit 2 Bussen aus Bayern anreisen. Die Fahrt geht von **Freitag, 30. Juli bis Montag, 2. August 2021**.

Am **Freitag, 30. Juli** fährt der **Nordbus** vom Busbetriebshof Uettingen (6.30 Uhr) über Würzburg (7.00 Uhr), Nürnberg (8.30 Uhr) und Amberg (9.30 Uhr) nach Brunn (Ankunft bis 18.00 Uhr).

Der **Südbus** fährt von Augsburg (7.30 Uhr) und München (9.00 Uhr) und soll auch bis 18.00 Uhr in Brunn sein. Wir werden wieder im bewährten Hotel Best Western International mitten im Stadtzentrum wohnen. Die genauen Abfahrtsorte werden zeitnah bekanntgegeben.

Der **Samstag, 31. Juli** steht ganz im Zeichen des Marsches und des Rahmen- und Alternativprogrammes. **Ich darf hier nochmals darauf aufmerksam machen, dass niemand am Marsch teilnehmen muss, da er doch eine körperliche Herausforderung darstellt.** Es besteht auch die Möglichkeit an verschiedenen Raststationen aufzuhören und mit einem Bus in die Stadt zurückzufahren.

Bankverbindungen:
Sparkasse Mittelfranken Süd
IBAN:
DE78 7645 0000 0221 1775 61
BIC: MFLADM1333
Kreissparkasse
München-Starnberg-Ebersberg
IBAN:
DE23 7025 0150 0000 0158 34
BIC: BYLADEM1333

Am **Sonntag, 1. August** werden wir nach der Teilnahme am Tschechisch-Deutschen Gottesdienst einen Ausflug nach Südmähren durchführen. Ein interessantes kulturell-historisches Programm ist in Vorbereitung.

Am **Montag, 2. August** erfolgt nach dem Frühstück ab 10.00 Uhr die Rückreise nach Bayern.

Der Teilnehmerpreis beträgt **95,00 €** und beinhaltet folgende Leistungen:

- **Busfahrt von Bayern nach Brünn und zurück**
- **3 Übernachtungen mit Frühstück und Halbpension (ohne Getränke).**
- **Ausflug nach Südmähren**

Freitag und Samstag essen wir im Hotel und am Sonntagabend ist das Essen beim „Heurigen“ in Niederösterreich vorgesehen.

Bitte melden Sie sich mit beiliegendem Formular bis **Dienstag, 15. Juni 2021** an.

Den Teilnehmerbetrag bitte erst nach bestätigter Anmeldung und Zahlungsaufforderung überweisen.

Alle Programmpunkte einschließlich der Gesamtreise vorbehaltlich der dann aktuellen Corona-Regelungen in Deutschland, Tschechien und Österreich.

Mit herzlichen Grüßen



Andreas Schmalcz

Landesgeschäftsstelle

Anmeldeformular

An der Fahrt nach Brünn von Freitag, 30. Juli 2021 bis Montag, 2. August 2021 nehme ich teil.

- Ich werde im Nordbus mitfahren und in zusteigen. Die Ankunft erfolgt am gleichen Ort.
- Ich werde im Südbus mitfahren und inzusteigen. Die Ankunft erfolgt am gleichen Ort.
- Ich reise individuell an. In diesem Fall ist trotzdem der Preis von 95,00 € zu zahlen.

Name, Vorname

Adresse:

Geburtsdatum/-ort:

Ich habe folgende Funktionen:

Teilnahme Partner ja nein

Name, Vorname

Geburtsdatum/-ort

Ich benötige ein Einzelzimmer/Doppelzimmer mit.....

Ausweisnummer der gemeldeten Teilnehmer (das angegebene Dokument muss im Hotel bereitgehalten werden)

Datum, Unterschrift

An:

SL-LG Bayern, Hochstraße 8, 81669 München

Geschaeftsstelle@sudeten-by.de

Fax: 089/480003-96

10) Otokar-Fischer-Preis für germanobohemistische Forschung verliehen

Insgesamt vier Preisträger aus Tschechien und Deutschland sind am Dienstagabend im Prager Goethe-Institut für ihre Publikationen zu bohemistischen und germanobohemistischen Themen ausgezeichnet worden. Der sogenannte Otokar Fischer-Preis wird vom Institut für Literaturforschung in Prag und dem Adalbert Stifter-Verein in München vergeben. Die feierliche Überreichung war um mehrere Monate verschoben worden. Radio Prag hat am Rande der Veranstaltung mit der Leiterin des Stifter-Vereins, Zuzana Jürgens, gesprochen.

Hier geht es zum Beitrag (s.u.)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 75, 2021

Wien, am 17. Juni 2021

<https://deutsch.radio.cz/otokar-fischer-preis-fuer-germanobohemistische-forschung-verliehen-8720507>

[volume](#)

Otokar-Fischer-Preis für germanobohemistische Forschung verliehen

Länge 4:22

Verleihung des Otokar-Fischer-Preises|Foto: Zuzana Jürgens, Stifter-Verein

Insgesamt vier Preisträger aus Tschechien und Deutschland sind am Dienstagabend im Prager Goethe-Institut für ihre Publikationen zu bohemistischen und germanobohemistischen Themen ausgezeichnet worden. Der sogenannte Otokar-Fischer-Preis wird vom Institut für Literaturforschung in Prag und dem Adalbert-Stifter-Verein in München vergeben. Die feierliche Überreichung war um mehrere Monate verschoben worden. Radio Prag hat am Rande der Veranstaltung mit der Leiterin des Stifter-Vereins, Zuzana Jürgens, gesprochen.



Zuzana Jürgens. Foto: Tomáš Vodňanský, Tschechischer Rundfunk

Der Otokar-Fischer-Preis ist nach dem hervorragenden tschechischen Germanisten und Bohemisten Otokar Fischer benannt. Verliehen wird er für hervorragende germanobohemistische Arbeiten. Was kann man sich unter diesem Begriff vorstellen?

„Germanobohemistik ist tatsächlich ein Begriff, den es noch nicht so lange gibt. Er bezeichnet Arbeiten insbesondere aus dem geisteswissenschaftlichen Bereich, die sich mit dem deutschen Kulturerbe in den böhmischen Ländern und auch mit den Verflechtungen und Gemeinsamkeiten der deutschen und der tschechischen Kultur und der gemeinsamen Geschichte befassen.“

**Adalbert
Stifter
Verein**

Der Preis wurde nun zum dritten Mal verliehen. Unmittelbar nach der Gründung handelte es sich um eine Anerkennung für Forscherinnen und Forscher im deutschsprachigen Raum, die sich mit tschechischen Themen beschäftigen. Welche Kategorien gibt es in diesem Jahr?

„Der Preis ist eine Initiative des Instituts für Literaturforschung. Der Adalbert-Stifter-Verein, für den ich spreche, ist ab diesem Jahrgang der Partner. Und wir haben die neue Idee eingebracht, auch tschechischsprachige germanobohemistische Arbeiten auszuzeichnen. Der Preis soll nun alle zwei Jahre verliehen werden, weil es leider in diesem Bereich nicht so viele Publikation gibt, wie wir uns das wünschen würden.“

Das sollte meine nächste Frage sein: Gibt es eigentlich genug Veröffentlichungen und Bücher in diesem Bereich?



Niels Stewart. Foto: Zuzana Jürgens, Stifter-Verein

„Ja, das war vielleicht ein bisschen voreilig gesagt. Es gibt durchaus Publikationen. Und nicht immer ist eindeutig, welche Arbeit den Preis dann erhält. Auch herausragende Arbeiten erscheinen, aber natürlich ist die Zahl derjenigen eingeschränkt, die sich mit den entsprechenden Themen beschäftigen. Das ergibt sich allein schon daraus, dass man beide Sprachen beherrschen muss: Deutsch und Tschechisch. Eines der Ziele dieses Preises ist aber gerade auch, das Bewusstsein für diesen Bereich zu erhöhen und eben die wissenschaftliche Forschung anzuregen. Und damit ist noch eine dritte Erneuerung verbunden, nämlich dass dieser Preis ab diesem Jahrgang mit 1000 Euro dotiert ist.“



Anna Habánová (Mitte) und Ivo Habán (rechts. Foto: Zuzana Jürgens, Stifter-Verein

In diesem Jahrgang werden also drei Preise vergeben. An wen und für welche Arbeiten?

„Zum einen ist der deutsche Literaturwissenschaftler Niels Stewart für sein Buch ‚Bohemiens im böhmischen Blätterwald. Die Zeitschrift Moderní revue und die Prager Moderne‘ ausgezeichnet worden. Es ist seine Dissertation und eine herausragende Analyse der Moderní revue von ihrem Beginn bis zum Ende. Zum anderen ist es bei den tschechischsprachigen Arbeiten das Buch ‚Paul Gebauer‘ von Ivo Habán und Anna Habánová. Dabei handelt es sich um eine Monographie über diesen Künstler mit sudetendeutschen Wurzeln. Und die Jury hat dieses Jahr einen Sonderpreis verliehen, nämlich für die Herausgabe der gesammelten Werke von Kurt Krolop unter dem Titel ‚Studien zur deutschen Literatur‘, und zwar an den Herausgeber Jiří Stromšík.“

Die Preisverleihung im Prager Goethe-Institut wurde auf Youtube live gestreamt. Die Video-Aufnahme können Sie sich unter folgendem Link anschauen: <https://www.youtube.com/watch?v=SK94qkeKyYY>.

Bereits jetzt können Vorschläge für Publikationen aus den Jahren 2020 und 2021 eingereicht werden – und zwar noch bis Anfang 2022.

Autor: [Markéta Kachlíková](#)

01) Wahlen bei den Sudetendeutschen: Posselt erneut an der Spitze - Naaß Präsidentin der Bundesversammlung

Der CSU-Europapolitiker **Bernd Posselt** aus München wurde von der Sudetendeutschen Bundesversammlung für weitere vier Jahre zum Sprecher, d. h. obersten politischen Repräsentanten, der Sudetendeutschen Volksgruppe und zum **Bundesvorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL)** gewählt. Er übt diese beiden höchsten Ämter des Vierten Bayerischen Stammes, zu dem alle nach dem Zweiten Weltkrieg aus der Tschechoslowakei vertriebenen Sudetendeutschen und ihre Nachkommen gehören, seit 2012 in Personalunion aus. Präsidentin des Volksgruppenparlamentes, also der **Sudetendeutschen Bundesversammlung**, ist künftig auf Vorschlag Posselts die langjährige SPD-Landtagsabgeordnete **Christa Naaß** aus Mittelfranken, zugleich Vizepräsidentin des Bayerischen Bezirktages.

Als Posselts Stellvertreter bestimmten die Delegierten **Heike Maas** aus Wasserburg am Inn, den bayerischen SL-Landesvorsitzenden **Steffen Hörtler** aus Bad Kissingen und seinen Baden-württembergischen Kollegen **Klaus Hoffmann**, zugleich Bürgermeister von Bad Herrenalb.

Schatzmeister wurde Bürgermeister **Toni Dutz** aus dem oberpfälzischen Wiesau, als Beisitzer fungieren **Claudia Beikircher** aus Ellwangen, **Regine Löffler-Klemsche** aus dem Kreis Böblingen, **Margaretha Michel** aus Pegnitz, **Raimund Paleczek** aus München sowie **Robert Wild** aus dem Kreis Bamberg.

Vizepräsident der Bundesversammlung bleibt der ehemalige Landrat von Nürnberg, **Helmut Reich**, neu in der Funktion ist **Alexander Klein** aus dem Chiemgau.

Posselt zeigte sich begeistert, dass nicht nur die Bundesversammlung fast zur Hälfte aus **jüngeren Delegierten** besteht, sondern dass fast der gesamte Vorstand deutlich nach der Vertreibung geboren wurde: „Dies zeigt die Vitalität unserer Volksgruppe mehr als 75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges.“ Positiv wertete er auch, dass es gelungen sei, im neuen Führungsgremium nahezu eine Geschlechterparität herzustellen. Posselt zeigte sich entschlossen „den Kurs der Verständigung und des Dialoges mit dem tschechischen Volk *konsequent* fortzusetzen“.

SLÖ-Bundesobmann LABg. a.D. **Gerhard Zeihsel** gratuliert allen Gewählten ganz herzlich und freut sich auf eine Fortsetzung der guten Zusammenarbeit mit unseren Landsleuten in Deutschland: „Der Besuch der bayerischen Delegation im ‚Haus der Heimat‘ aus dem Vorjahr ist uns nach wie vor in bester Erinnerung!“

02) Ungeliebt und fern der Heimat

Vorbildlich: in **Fulda** (Osthessen) werden Stadtführungen angeboten, die an die Heimatvertreibung von Millionen Deutschen nach Kriegsende 1945/46 erinnern sollen – auf dem Fuldaer Bahnhof wurde 2016 diesbezüglich eine Gedenktafel angebracht. [Hier geht es zum Beitrag](#) (incl. Bild mit der vor Ort geborenen hessischen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler **Margarete Ziegler-Raschdorf**), mit Dank an **Lm. Maywald**.

https://drive.google.com/file/d/14aFDavXDX8rHdNQL1SHVJ_fcSkhKaNle/view

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 73, 2021
Wien, am 15. Juni 2021

Margarethe Ziegler-Raschdorf fühlt sich dankbar – hier: Fulda

UNGELIEBT UND FERN DER HEIMAT - so ist die Stadtführung einmal quer durch Fulda überschrieben, die von der Volkshochschule Fulda angeboten wird zur Erinnerung an die Heimatvertreibung der Deutschen aus den historisch deutschen Ostgebieten und aus den Siedlungsgebieten von Deutschen im östlichen Europa vor 76 Jahren. Eine gute und erfolgreiche Initiative, denn die 1. Führung ist schon ausgebucht. Ich freue mich über das Engagement der Stadt Fulda und über das große Interesse aus der Bürgerschaft



Enthüllung der Gedenktafel: „Flucht und Vertreibung aus dem Sudetenland und den deutschen Ostgebieten“ an Gleis 1 des Fuldaer Bahnhofs am 6. Dezember 2016 mit Oberbürgermeister Dr. Heiko Wingenfeld*
— in Fulda.

* Heiko Wingenfeld (* 4. Oktober 1973 in Fulda) ist Jurist und Kommunalpolitiker der CDU. Er ist seit August 2015 Oberbürgermeister der Stadt Fulda.

**Margarete Ziegler-Raschdorf geboren in Fulda ist CSU- Politikerin und ehemalige Abgeordnete des hessischen Landtags. Seit März 2009 ist sie Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler.

Quelle: Facebook - Wikipedia

- Uns interessierende Berichte liegen nicht vor -

01) Aus Unrecht zur Versöhnung – Dokumentations- und Erinnerungsstätte zu Flucht und Vertreibung in Berlin eröffnet
Pressemitteilung des Zentrums gegen Vertreibung



ZENTRUM
GEGEN
VERTREIBUNGEN

23. Juni 2021

Aus Unrecht zur Versöhnung - Dokumentations- und Erinnerungsstätte zu Flucht und Vertreibung in Berlin eröffnet

Heute öffnet das „Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ im Deutschlandhaus in Berlin seine Türen für den Publikumsverkehr. Am Montag hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel das Dokumentationszentrum im Beisein von Bundespräsident a.D. Joachim Gauck, Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, Kulturstaatsministerin Prof. Monika Grütters und BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius am Anhalter Bahnhof mit einem Festakt eröffnet. Der Vorsitzende der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN, Dr. Christean Wagner, erklärt zum heutigen Eröffnungstag:

„Nach 22 Jahren der gesellschaftlichen Debatte, der Auseinandersetzung, der historischen und politischen Kontroversen sind wir heute dankbar, dass das „Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ für das Publikum geöffnet wird. Für die Vertriebenen ist es eine große Freude, dass mehr als 75 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges und dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft, nach Flucht, Vertreibung und Deportation der Deutschen aus ihren angestammten Heimatgebieten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa die Erinnerung an ihr tragisches Schicksal an einem zentralen Ort in Berlin zusammengetragen und einer breiten Öffentlichkeit aus dem In- und Ausland zugänglich gemacht wird. Es ist wichtig, dass es diesen Erinnerungsort jetzt gibt!

Impulsgeber für diese Dokumentationsstätte waren die Vertriebenen selbst. Bereits zu Beginn ihrer Amtszeit als BdV-Präsidentin 1998 überzeugte die damalige CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach den Bund der Vertriebenen und im weiteren Verlauf zahlreiche Unterstützer, wie den führenden SPD-Politiker Peter Glotz mit dem Konzept einer Stiftung, die den vertriebenenpolitischen Diskurs in der Bundesrepublik Deutschland für die folgenden Jahre maßgeblich mitbestimmen sollte: das ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN.

Zu dessen zentralen Aufgaben sollte gehören, „in Berlin eine dauerhafte Gedenkeinrichtung an Flucht, Vertreibung, Deportation, Vergewaltigung und an Heimatverlust der Deutschen“ zu schaffen - und diese Vorgänge einzubetten in andere, ähnliche Vorgänge im „Jahrhundert der Vertreibungen“. Dank vielfältiger Initiativen wurden bald führende Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst, Kultur und Politik für diese Idee gewonnen.

Innerhalb kurzer Zeit wurden mehrere hundert Städte und Gemeinden, Bundesländer und Mitgliedsorganisationen des BdV, aber auch viele Einzelpersonen Förderer und Unterstützer ihrer Zentrums-idee.

Im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien CDU, CSU und SPD vom November 2005 wurde - zusätzlich zu der seit 2000 bestehenden Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN - beschlossen, ein „sichtbares Zeichen“ in Berlin zu setzen, um „an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten“.

Während zahlreiche Kräfte aus dem linken politischen Lager forderten, das nationale Projekt aufzugeben, zeigte sich Bundeskanzlerin Angela Merkels stets als uneingeschränkte Unterstützerin des „sichtbaren Zeichens“. Ohne große Debatte verabschiedete der Deutsche Bundestag am 4. Dezember 2008 den Gesetzentwurf von CDU/CSU und SPD, mit dem die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ errichtet werden sollte. Nach jahrelangen Diskussionen kam damit die Errichtung einer staatlichen Erinnerungsstätte zustande. Nach Diskussionen um die Besetzung des Stiftungsrates wurde das Vorschlagsrecht des BdV für den Stiftungsrat auf sechs Mitglieder ausgedehnt und die vorgesehene Ausstellungsfläche um 750 qm auf insgesamt 3.000 qm erhöht.

Millionen Deutsche aus dem Osten haben das Schicksal von Flucht und Vertreibung erlebt. Sie waren es, die durch ihr Engagement und ihren Einsatz dafür gesorgt haben, dass ihr Schicksal nun zentral in das „Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ Eingang gefunden hat. In der Charta der deutschen Heimatvertriebenen heißt es: „Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat trennen, bedeutet, ihn im Geiste töten. Wir haben dieses Schicksal erlitten und erlebt. Daher fühlen wir uns berufen zu verlangen, dass das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird.“

Darum begrüßen wir es, dass der Heimatverlust als europäische und weltweite Geschichte der Zwangs- und Gewaltmigration in dieser Dokumentationsstätte Gegenstand des Erinnerns ist. Das ebenfalls thematisierte Schicksal vertriebener Menschen z. B. aus Syrien oder der Rohingya aus Myanmar hat, hat - wie so häufig - ebenfalls politische, historische und religiöse Ursachen. Zu einem Zeitpunkt, in dem sich 82 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht befinden, mehr als jemals zuvor in der Menschheitsgeschichte, ist die Dokumentationsstätte ein richtiges, ein unverzichtbares Signal in unserer Zeit.

Stiftung und Dokumentationszentrum werden, auch in Zukunft ein Ort der Auseinandersetzung, der Versöhnung und der kritischen Betrachtung aktueller Entwicklungen sein.

Wir wünschen der Stiftung und dem „Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ für ihre Arbeit im Interesse der Vertriebenen weltweit alles Gute und bieten im Sinne des Auftrages unserer Stiftung jederzeit eine engagierte Zusammenarbeit an.

02) Dr. Fabritius: Wichtiger Baustein in der Erinnerungslandschaft

Der BdV-Präsident zur Eröffnung des Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung

„Für die deutschen Heimatvertriebenen Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler und ihre Verbände ist das „Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ das wichtigste der bislang fehlenden Bausteine in der Erinnerungs- und Gedenkstättenlandschaft der Hauptstadt. Die gestrige Eröffnung ist für uns daher zum einen eine große Genugtuung. Zum anderen ist sie durch die Teilnahme von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Kulturstaatsministerin Prof. Monika Grütters sowie in ihrer zeitlichen Nähe zum nationalen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni nochmals ein besonderes Zeichen der Verbundenheit mit den in der Ausstellung dokumentierten Schicksalen.“ [Bitte lesen Sie hier weiter.](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 77, 2021

Wien, am 22. Juni 2021



Wichtiger Baustein in der Erinnerungslandschaft der Bundeshauptstadt wird eröffnet

21.06.2021 Presse

Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung holt Vertreibungsschicksale aus dem Erinnerungsschatten

Zum Eröffnungsfestakt des Dokumentationszentrums der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ am 21. Juni 2021 in Berlin erklärt BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius:

Für die deutschen Heimatvertriebenen Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler und ihre Verbände ist das „Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ das wichtigste der bislang fehlenden Bausteine in der Erinnerungs- und Gedenkstättenlandschaft der Hauptstadt.

Die heutige Eröffnung ist für uns daher zum einen eine große Genugtuung. Zum anderen ist sie durch die Teilnahme von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Kulturstatsministerin Prof. Monika Grütters sowie in ihrer zeitlichen Nähe zum nationalen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni nochmals ein besonderes Zeichen der Verbundenheit mit den in der Ausstellung dokumentierten Schicksalen.

Hier hat die Bundesrepublik Deutschland – auf Initiative des Bundes der Vertriebenen und unserer Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN – einen Erinnerungs- und Lernort geschaffen, der schwerpunktmäßig die Geschichte der 15 Millionen deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge darstellt – sich aber an die gesamte Gesellschaft, an eine breite, sogar internationale Öffentlichkeit richtet, die oft zu wenig vom Schicksal der Vertriebenen weiß.

Damit ist ein weiterer Schritt getan, diese Schicksale aus dem Erinnerungsschatten zu holen, in dem sie insbesondere deshalb gelegen haben, weil die Verantwortung für den von Nazi-Deutschland ausgegangenen Zweiten Weltkrieg, den Zivilisationsbruch des Holocaust oder die Millionen Opfer deutscher Besatzungsherrschaft die Anteilnahme mit deutschen Opfern dieser Zeit erschwerten.

In der Einbettung in den historischen Kontext sowie in andere Flucht- und Vertreibungsgeschehen liegt für jeden Besucher die Chance zu erkennen, wie groß die Gefahren immer wieder zu beobachtender Kreisläufe von Rache und Gewalt gerade im Fall von Vertreibungen und ethnischen Säuberungen sind. Daher bleiben die zweifelsfreie Anerkennung des Heimatrechtes als Menschenrecht sowie die Einführung eines internationalen Vertreibungsverbotes zwei der wichtigsten Anliegen des BdV.

Dass die Dauerausstellung nach langer Bauzeit jetzt endlich ihre Türen öffnet, ist auch deshalb ausgesprochen wichtig, da Zeitzeugen von Flucht und Vertreibung die Möglichkeit haben, dies mitzerleben – und vielleicht, so noch nicht geschehen, ihre Erinnerungen an die schrecklichen Erfahrungen ihrer Kindheit oder Jugend dort dokumentieren zu lassen.

Für Kinder und Enkel der Vertriebenen und sämtliche weiteren Generationen bietet das Dokumentationszentrum mit seiner im hauseigenen Lesesaal frei zugänglichen Anbindung an das Lastenausgleichsarchiv, an Kirchenbuch- und Abstammungsdatenbanken Möglichkeiten, der eigenen Familiengeschichte auf die Spur zu kommen.

Der BdV wird sich und seine Überzeugungen mit seinen sechs Mitgliedern im 21-köpfigen Stiftungsrat auch zukünftig konstruktiv in die Stiftungsarbeit einbringen, die in vielen Bereichen jetzt erst richtig beginnen wird.

Für die Nachbarschaft mit unserer Hauptstadtvertretung, die seit einiger Zeit vom ebenfalls im Deutschlandhaus ansässigen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Räume angemietet hat, wünsche ich mir weiterhin positiven Austausch sowie die eine oder andere gemeinsame Veranstaltung.

03) Der schwierige Umgang mit einem Trauma der Deutschen

2008 hatte der Deutsche Bundestag beschlossen, ein „sichtbares Zeichen gegen Flucht und Vertreibung“ zu setzen. Die Erwartungen an diesen Ort sind groß. Nicht nur die der noch lebenden Vertriebenen und ihrer Nachkommen, sondern auch die von geschichtsbewussten Menschen in Deutschland und unseren östlichen Nachbarländern. **Gundula Bavendamm**, Direktorin der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, bedauert, daß das Zentrum erst jetzt – satte dreizehn Jahre nach dem erfolgten Beschluß (!) – öffnet.

[Hier sehen Sie einen sehr ausführlichen Beitrag von Victoria Eglau](#), in dem auch **Bernd Posselt** (Titel: „Viele Junge bei den Sudetendeutschen Tagen“) zu Wort kommt.

https://www.deutschlandfunkkultur.de/zentrum-flucht-und-vertreibung-der-schwierige-umgang-mit.976.de.html?dram%3Aarticle_id=498557&fbclid=IwAR2G-8G1E-4w3Lh-wuEDU1O4MEMgo4iMyLHY_TUn680t5juscYVsuMNxhE

*Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 76, 2021
Wien, am 21. Juni 2021*

[Zeitfragen](#) | Beitrag vom 09.06.2021

Zentrum Flucht und Vertreibung Der schwierige Umgang mit einem Trauma der Deutschen

Von Victoria Eglau



Ankunft eines Flüchtlingstrecks in Berlin im Jahr 1945: Ein Dreivierteljahrhundert später eröffnet nun das Dokumentationszentrum. (*akg-images / NordicPhotos*)

Flucht und Vertreibung: Das war das Nachkriegstrauma der Deutschen in Ost und West. Erst nach 1990 begann eine offene Auseinandersetzung damit. Nun eröffnet in Berlin das Zentrum, das mit der Geschichte aussöhnen soll. Ein schwieriges Unterfangen.

Berlin, Juni 2013. Bundeskanzlerin Angela Merkel legt den Grundstein für [das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung](#). „Für den Weg bis zu diesem Baubeginn für ein Dokumentationszentrum der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung im Deutschlandhaus waren wahrlich viele schwierige Schritte nötig“, sagt sie.

„Auch ich war nicht jeden Tag sicher, ob es gelingt. Es ist gelungen. Es ist gelungen, aber manch einer musste auch über Schatten springen. Es ist gelungen, sich gemeinsam vom Leid der Geschichte berühren zu lassen und gemeinsam darüber nachzudenken, wie wir daran erinnern.“

Ein Zeitzeuge erzählt: „Wir hatten etwa 20 bis minus 25 Grad, die Straßen waren verschneit, teilweise verweht, und wir mussten uns nun einreihen in die Schlange der Trecks, die unterwegs waren und konnten so am Tage 20 bis 25 Kilometer zurücklegen.“

Rund 14 Millionen Deutsche wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs aus ihrer Heimat in Ost- oder Südosteuropa vertrieben, wenn sie nicht schon vorher geflohen waren. Sie stammten aus den Ostgebieten des untergegangenen Deutschen Reiches, aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, dem Baltikum, der Sowjetunion und Jugoslawien. Bis zu zwei Millionen Deutsche überlebten Flucht und Vertreibung nicht.

„Nun lagen auch schon Tote am Straßenrand, ältere Menschen und Säuglinge. Es hatte wieder zu schneien begonnen. Und das Elend wurde größer. Pferde brachen immer häufiger zusammen, Säuglinge starben und wurden auf Planwagen geboren. Wir hörten ständig verzweifertes Weinen. Und immer wieder diese eisige Kälte“, heißt es im Bericht einer Augenzeugin.

Ein Zentrum mit langer Entstehungsgeschichte

Ein Dreivierteljahrhundert ist seitdem vergangen. Und mehr als zwei Jahrzehnte, nachdem der Bund der Vertriebenen die Initiative zur Errichtung einer Gedenkstätte ergriff, steht nun die Eröffnung bevor: Das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung wird am Anhalter Bahnhof in Berlin eingeweiht. Gundula Bavendamm ist Direktorin der Bundesstiftung für das Dokumentationszentrum.

„Es ist sicher bedauerlich, dass dieses Haus erst im Jahr 2021 öffnet. Aber das ist die Summe aller Jahre, auch aller Kontroversen, auch aller Krisen, warum das nun so lange gedauert hat, wie es gedauert hat. Einige Menschen sind tatsächlich darüber verstorben und erleben das nicht mehr. Aber viele andere erleben es noch“, sagt sie.



Gundula Bavendamm, Direktorin der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, bedauert, dass das Zentrum jetzt erst öffnet. (*imago / epd / Rolf Zoellner*)

„Ich freue mich über jeden Einzelnen, der das erlebt, und ich denke, der große Punkt ist der der öffentlichen Anerkennung, was dieses schwere Schicksal für diese Menschen bedeutet. Diese ganze Verlust-Dimension, die es eben gibt in Verbindung mit Flucht und Vertreibung: Es anzuerkennen, sich daran zu erinnern, auch den Kulturgutverlust, der damit zusammenhängt, in den Raum zu holen.“

„Sichtbares Zeichen gegen Flucht und Vertreibung“

2008 hatte der Deutsche Bundestag beschlossen, ein „sichtbares Zeichen gegen Flucht und Vertreibung“ zu setzen. Die Erwartungen an diesen Ort sind groß. Nicht nur die der noch lebenden Vertriebenen und ihrer Nachkommen, sondern auch die von geschichtsbewussten Menschen in Deutschland und unseren östlichen Nachbarländern.

Die große Frage ist: Wird es gelingen, die Vertreibung der Deutschen im Kontext von nationalsozialistischer Terrorherrschaft und Krieg angemessen darzustellen?

„Es geht nicht nur um das Schicksal von Deutschen, sondern wir wollen das einbetten in die Geschichte des 20. Jahrhunderts in Europa. Es soll klar sein, dass Ursache und Wirkung nicht durcheinandergebracht werden“, sagt Wolfgang Thierse.

„Die deutsche Vertreibung gibt es nur, weil es vorher Hitler gegeben hat und seine Verbrechen und seine Vertreibung anderer Völker, einschließlich auch von Deutschen. Und da sind auch vorhandene Zweifel – glaube ich – wirklich beseitigt.“

Die Zweifel, die der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse im Oktober 2010 ansprach, waren in den Jahren zuvor groß gewesen – sowohl in Deutschland als auch im Ausland. Die Befürchtung: Die deutschen Vertriebenen wollten sich in der Berliner Erinnerungsstätte als größte Opfer des Zweiten Weltkriegs darstellen.

Mahnende Töne aus Polen

„Deutschland soll endlich seine Gesellschaft darüber aufklären, dass nicht Flucht und Vertreibung vieler Menschen aus ihren angestammten Gebieten das größte Unglück des Zweiten Weltkriegs darstellt. Eine viel größere Tragödie war die Vertreibung aus dem Leben“, sagt der polnische Historiker Tomasz Szarota im Jahr 2009, in Anspielung auf den Massenmord und andere Verbrechen Nazi-Deutschlands in Polen.

Szarota trat damals aus dem wissenschaftlichen Beirat der Stiftung aus. In Polen wurden die Pläne für ein Zentrum zur Erinnerung an die Vertreibung der Deutschen, ursprünglich ein Projekt des Bundes der Vertriebenen unter seiner Präsidentin Erika Steinbach, besonders misstrauisch beäugt.

Die ehemalige CDU-Politikerin Steinbach, die 1991 im Bundestag gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze gestimmt hatte, wurde in Polen zu einer extremen Reizfigur – und zeitweise zu einer schweren Belastung für das Verhältnis beider Länder.

Ministerpräsident Donald Tusk erklärte im Februar 2009: „Diese Person ist für Polen nicht zu akzeptieren, und sie wird in den deutsch-polnischen Beziehungen immer für einen Missklang sorgen.“

Konflikt um Erika Steinbach

Anfang 2010, nach langem Tauziehen zwischen der damaligen schwarz-gelben Bundesregierung und dem BdV, dem Bund der Vertriebenen, verzichtete Steinbach auf ihren Sitz im Beirat der Stiftung. Im Gegenzug wurde die Zahl der BdV-Mitglieder von drei auf sechs erhöht, zugleich wurde der Beirat vergrößert.

Der Konflikt um Erika Steinbach wirft ein Licht auf die überaus schwierige innerdeutsche Gemengelage. Jahrzehntlang waren sowohl in Westdeutschland als auch in der DDR die traumatischen Erfahrungen der Vertriebenen im politisch-gesellschaftlichen Bewusstsein weitgehend verdrängt worden.

„Weekender“-Newsletter

**Die wichtigsten Kulturdebatten
und Empfehlungen der Woche**

HIER ABONNIEREN



In der Bundesrepublik führten die Vertriebenenverbände ihr Eigenleben, aber der Rest der Gesellschaft blieb davon ziemlich unberührt – auch von den Zurückweisungen, die die Vertriebenen in ihrer neuen Heimat anfangs erlebt hatten.

„Kalte Heimat“ hieß der Titel eines Buches, das der Historiker Andreas Kossert dazu verfasste – nach der Wiedervereinigung. Denn erst nach 1990 wurde über dieses Kapitel der deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte offener gesprochen. Mit dem Zentrum sollte endlich ein nationaler Erinnerungsort entstehen.

Aber das war zugleich ein gewagtes Unterfangen, denn die Gefahr, dass die Konzentration auf die deutschen Flucht- und Vertreibungsgeschichten die historischen Zusammenhänge, die Erfahrungen der deutschen Nachbarn, ausblendete, lag auf der Hand.

Kontroversen um Ausrichtung des Zentrums

So gab es viele kontroverse Debatten um die Ausrichtung des Zentrums, Führungswechsel und weitere Austritte aus dem Beirat, bis 2017 schließlich der Stiftungsrat das Konzept für die Dauerausstellung beschloss. „Es war ein Meilenstein in der Geschichte dieser Stiftung, dass 2017 dieses Konzept einstimmig durch den Stiftungsrat gegangen ist“, sagt Gundula Bavendamm.

„Gemäß Stiftungsauftrag ist der Schwerpunkt der Dauerausstellung Flucht und Vertreibung der Deutschen. Wir haben ein zweigeteiltes Dauerausstellungskonzept entwickelt, das dieses Thema aus zwei unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet. Im ersten Teil der Dauerausstellung kontextualisieren wir Flucht und Vertreibung der Deutschen im europäischen Kontext. Wir machen also ein etwas breiteres Panorama auf und skizzieren eine europäische Geschichte der Zwangsmigration. Da sind die Deutschen ein Beispiel unter vielen“, erklärt die Stiftungsdirektorin und Historikerin.

An die Vertreibung und den Völkermord an den Armeniern solle ebenso erinnert werden wie an den griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch nach dem Ersten Weltkrieg und an die Vertreibungen im Zuge der Jugoslawien-Kriege. Aber auch Flucht, Vertreibung und Zwangsmigration außerhalb Europas würden thematisiert: etwa in Indien, Pakistan, Vietnam und – aktuell – in Myanmar.

Der zweite Teil der Dauerausstellung habe dann die Vertreibung der Deutschen und ihre Vorgeschichte als Schwerpunkt.

„Dort gehen wir den Zeitstrahl ab, von Anfang der 30er-Jahre auch noch mal bis heute und erzählen zunächst etwas natürlich über den NS-Staat und seine rassistische Ideologie, über den Zweiten Weltkrieg, die Besatzung der Deutschen in Europa, die Planungen der Alliierten zur Vertreibung der Deutschen“, sagt Gundula Bavendamm.

„Und dann wird breit natürlich die Flucht der Deutschen geschildert, die wilde Vertreibung, die sogenannte geordnete Vertreibung nach den Potsdamer Beschlüssen im Sommer `45. Und der dritte Abschnitt ist dann noch der Integration der ungefähr 12,5 Millionen Deutschen gewidmet, die eben 1945 folgende in den vier Besatzungszonen ankommen und sich dann in die Nachkriegsgesellschaften in der Bundesrepublik und der DDR integrieren.“

Die Ambivalenz des Gewaltverzichts

„Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluss ist uns ernst und heilig in Gedenken an das unendliche Leid, welches im Besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.“ So beginnt die Charta der deutschen Heimatvertriebenen, die am 5. August 1950 unterzeichnet wurde.



Anspruch auf Rückkehr in die alte Heimat? Flüchtlinge kochen 1945 in Berlin an einer offenen Feuerstelle. (akg-images)

Seitdem wurde diese Erklärung von 30 westdeutschen Vertriebenenverbänden immer wieder feierlich verlesen. Eine durchaus ambivalente Erklärung, denn einerseits bedeutete sie einen Gewaltverzicht, andererseits untermauerte sie den Anspruch auf Rückkehr in die alte Heimat, die nun von anderen Menschen besiedelt war.

„Wir haben dieses Schicksal erlitten und erlebt. Daher fühlen wir uns berufen zu verlangen, dass das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird“, heißt es darin weiter.

Deutsche Vertriebene gerieten in „eine Randlage“

„Die politischen Interessenvertreter haben sehr stark am Revisionsanspruch der deutschen Grenzen und damit am Rückkehrrecht in die frühere Heimat deutlich festgehalten, zum Teil auch verbunden mit Entschädigungsanspruchsforderungen, et cetera“, sagt Michael Schwartz.

So erklärt der Historiker vom Institut für Zeitgeschichte, warum seit den 60er-Jahren in der Bundesrepublik die Positionen der Vertriebenen-Verbände zunehmend hinterfragt wurden.

„Die öffentlich sichtbaren Vertriebenen-Organisationen gerieten immer stärker ins Abseits, wurden als ewig gestrig und vielleicht als politisch problematisch von vielen wahrgenommen. Das hat auch mit einem Generationenwechsel zu tun und mit einer Neubewertung natürlich der NS-Zeit durch die jüngere Generation, auch mit der Unterstützung einer Mehrheit der deutschen Bevölkerung für die neue Ostpolitik Willy Brandts, die ja auch ganz neuartige Versöhnungsschritte zu den osteuropäischen Nachbarn eingeleitet hat, namentlich zu Polen, aber auch zur Tschechoslowakei“, erläutert er.

„Und all das führt natürlich dazu, dass die aufrechterhaltenen Positionen der Vertriebenen 1970 oder 1980 von einem wachsenden Teil der deutschen Gesellschaft dann als nicht mehr in die Zeit passend bewertet wurden. Das sind, glaube ich, diese Zusammenhänge im

Zuge einer Entwicklung von den 60er- bis zu den 80er-Jahren, die tatsächlich zu einer Randlage der deutschen Vertriebenen nicht nur in der damaligen deutschen Politik, sondern auch im kollektiven Gedächtnis geführt haben.“

Ein Projekt mit schwieriger Vorgeschichte

All das erklärt auch die schwierige Vorgeschichte des Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung, die Widerstände und die höchst kontroversen Debatten über die Gestaltung und Gewichtung der Ausstellung. Ein Beispiel: Der auf den ersten Blick positive Ansatz, das Problem Flucht und Vertreibung international anzugehen und nicht ausschließlich die Vertreibung der Deutschen zu dokumentieren, birgt für manche Experten auch Risiken.

„Wenn es um so ein breites Panorama von Vertreibungen in Europa geht, wird ja meistens das Narrativ zugrunde gelegt, dass es der Nationalstaat ist oder der Nationalismus, dem mit seiner ausschließenden Kraft eben dieses Potenzial der Vertreibung innewohnt. Das ist aber auch irreführend“, sagt Martin Schulze Wessel.

„Denn ohne den Zweiten Weltkrieg beispielsweise hätte es eine Vertreibung der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei niemals gegeben. Also man darf nicht den Zweiten Weltkrieg gewissermaßen gedanklich überspringen und die Vertreibung der Sudetendeutschen als ein Ergebnis von tschechischem Nationalismus darstellen“, betont der Historiker und Slawist von der Ludwig-Maximilians-Universität München, ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Historikerverbandes.

Erst die Besatzungsherrschaft, dann die Vertreibungen

„Es gibt verschiedene Fehler, die man machen kann. Das eine ist tatsächlich eben, so ein breites Panorama europäischer Vertreibung zu bilden und dann zu zählen mit dem Befund, dass dann gerade die Deutschen am meisten numerisch vertrieben worden sind und somit die größte Opfergruppe bilden. So eine Betrachtungsweise, die man in der Vergangenheit schon einmal gesehen hat, blendet vollständig aus, dass es eben eine spezielle und auch einzigartige Vorgeschichte gibt, im Falle der Vertreibung der Deutschen“, erläutert Martin Schulze Wessel.

„Der zweite Fehler ist natürlich, dass es nicht sein kann, dass wenn man sich auf den Zweiten Weltkrieg konzentriert, neben den Juden die Deutschen als das Hauptopfer des Krieges erscheinen. Man muss die Besatzungsherrschaft sehen und eben sehen, dass Polen, Ukrainer, Belarussen, Russen, Griechen, Serben und viele andere Gruppen eben Opfer des Zweiten Weltkriegs geworden sind, und zwar in sehr hohem Maße.“

Zwangsmigrationen immer im Kontext sehen

Der polnische Historiker Krzysztof Ruchniewicz betont: „Wir sehen diesen Prozess, ich nenne das zunächst allgemein Zwangsmigration der Deutschen, im Kontext des Krieges. Dieses bekannte Schema Ursache-Wirkung spielt für uns Historiker eine ganz wichtige Rolle. Und wenn ich dieses Schema nicht in der Ausstellung sehe, dass jetzt der Vertreibung der Deutschen sehr viel Platz eingeräumt wird und dieses Thema zum Schwerpunkt wird, dann finde ich das ein bisschen problematisch“, erklärt er.

„Fest steht, dass man alle diese Ereignisse des 20. Jahrhunderts, die mit Zwangsmigrationen zu tun hatten, immer im Kontext sehen muss. Und das wünsche ich mir von dieser Ausstellung.“



„Das Schema Ursache-Wirkung spielt für uns Historiker eine ganz wichtige Rolle“, sagt Krzysztof Ruchniewicz. (*picture alliance / dpa / Lukasz Wolak / Zentrum für Deutschland- und Europastudien*)

Ruchniewicz ist an der Universität Wrocław Direktor des Willy-Brandt-Zentrums für Deutschland- und Europastudien. Nach seiner Ansicht sollte es in dem Berliner Dokumentationszentrum neben der Vertreibung der Deutschen auch andere Schwerpunkte geben.

Zum Beispiel: „Dass mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im September 1939 auch viele polnische Staatsbürger gezwungen sind, ihre Häuser zu verlassen. Dass wir auch im Krieg mit mehreren solchen Phänomenen zu tun haben, die ausgelöst worden sind jetzt von den deutschen Nationalsozialisten oder von den Sowjets, dass Deportationen zum Alltag damals auch gehörten“, erläutert der Historiker.

„Ich sehe hier auch vielleicht von Vorteil, dass auch das deutsche Publikum etwas erfährt, was sie bisher wahrscheinlich nicht wahrgenommen hat: Dass vor der Vertreibung der Deutschen auch andere Vertreibungen gerade in Ostmitteleuropa stattgefunden haben, die man auch stärker berücksichtigen muss und sich damit auseinandersetzen muss.“

Die Sorge, dass nicht deutlich genug der von Nazi-Deutschland angezettelte Zweite Weltkrieg als Ursache von Flucht und Vertreibung – am Ende auch der Deutschen – dargestellt wird: Diese Sorge hat das Dokumentationszentrum von Anfang an begleitet.

Unauflöslicher Zusammenhang mit der NS-Diktatur

Stiftungsdirektorin Gundula Bavendamm hält sie für unbegründet: „Diese feste, unauflösbare Kontextualisierung zwischen der NS-Zeit und Flucht und Vertreibung der Deutschen steht bereits im Stiftungsgesetz von 2008. Vielleicht ist das in manchen Zeiten, als es diese Kontroversen gab, diesen Streit, diese Erregung um dieses Projekt, etwas in den Hintergrund getreten“, sagt sie.

„Uns war ganz besonders wichtig, dass der Zusammenhang zwischen der NS-Zeit, und dazu gehört die rassistische Ideologie des NS-Staates im Dritten Reich mit all den

schrecklichen Folgen insbesondere der Verfolgung, Diskriminierung und Vertreibung der Juden, dazu gehört der Zweite Weltkrieg, den Deutschland angefangen hat, und dazu gehört auch die Besatzungsherrschaft der Deutschen in Europa – das alles muss dargestellt werden, wird auch dargestellt“, erklärt sie.

„Und uns war ganz besonders wichtig, dass es in einem Raum dargestellt wird. Dass es auch räumlich erfahrbar ist für den Besucher: Es gehört zusammen.“

Der Historiker Krzysztof Ruchniewicz hält es darüber hinaus für wichtig, dass auch die von der Sowjetunion verursachten Vertreibungen ausführlich dokumentiert werden.

„Mich würde interessieren, ob zum Beispiel auch die Deportationen der Polen oder aber auch anderer Nationen ins Innere der Sowjetunion dargestellt werden, nach der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes am 23. August 1939, wo es dann zur Aufteilung dieses Teiles Europas gekommen ist“, sagt er.

„Wenn wir uns mit dem Thema auseinandersetzen, dann erwarten wir, dass wir, von Phänomenen sprechen, von Zusammenhängen. Und dass man nicht jetzt versucht zu sagen, das interessiert uns, das andere interessiert uns nicht. Bin jetzt gespannt, wie man jetzt diese Fragen gewichtet hat.“

Die Westverschiebung Polens

Stiftungsdirektorin Gundula Bavendamm betont: Alle Vertreibungen, denen die polnische Bevölkerung zum Opfer fiel, würden in der Dauerausstellung dokumentiert. Und auch die Umsiedlung von Menschen, deren Heimat im Osten Polens an die Sowjetunion fiel, ab 1945.

„In dem Moment, wo die Deutschen zum Beispiel aus Ostpreußen vertrieben werden, kommen eben Menschen aus Ost-Polen durch die Westverschiebung Polens in diese Gebiete, die die Polen eben wiedergewonnene Gebiete nennen“, erklärt sie.

„Und diese Wechselwirkung, die teilweise binnen Tagen, binnen weniger Wochen stattfindet, dieser Austausch der Bevölkerung, die Deutschen, die weggebracht werden, Menschen aus Ostpolen oder der Ukraine, die dort hinkommen, auch das ist Thema in der Dauerausstellung und wird teilweise auch wirklich an einzelnen Objekten sehr augenfällig.“

Trotzdem ist es ein Spagat, in Deutschland einen nationalen Ort der Erinnerung an das Schicksal der „Heimatvertriebenen“ zu schaffen – und zugleich Flucht und Vertreibung international dokumentieren zu wollen.

„Das ist jetzt kein Schluss der Debatte“

„Der Versuch, diese deutsche Geschichte der deutschen Flucht und Vertreibung mit dem internationalen Kontext zu verbinden und darüber hinaus das Thema der Flucht und Vertreibung als solches zu thematisieren ist, ist nicht so einfach“, meint der tschechische Historiker Ondřej Matějka vom Institut für das Studium totalitärer Regime in Prag. Er gehört dem wissenschaftlichen Beirat der Bundesstiftung an.

„Das würde ich jetzt als ein tschechischer Historiker sagen: Die Deutschen haben auch recht, ihre Geschichte über diese Ereignisse zu erzählen. Ich glaube, dass das Recht auf diese Erzählung hier verwirklicht wird, ich glaube, sinnvoll und angemessen“, sagt er.

„Diese Idee, die deutsche Erfahrung mit der Erfahrung der Flucht und Vertreibung an sich zu verbinden, ist eine kühne Idee. Die sinnvoll jetzt in einem Museum oder in einer Dauerausstellung darzustellen, wird schwierig. Und vielleicht wird das nicht gelingen. Das kann man jetzt noch nicht sagen. Da müssen wir schauen, wie die Besucher darauf reagieren, und zwar nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus anderen Ländern. Und dann kann man das immer wieder dann besser machen. Das ist jetzt kein Schluss der Debatte.“

Wie die Shoah einbeziehen?

Wird man den anderen Vertriebenen-Gruppen gerecht, wenn man ihre Geschichte und Erfahrungen nur streift, weil der Schwerpunkt der Ausstellung auf den Deutschen liegt? Eine noch weiterreichende Frage ist: Wie kann, wie soll die Shoah, der Massenmord an den Juden, in die Ausstellung einbezogen werden?

War doch die Vertreibung der Juden aus ihren europäischen Heimatorten, die Einweisung in Ghettos, eine Vorstufe zum viel größeren Verbrechen des Genozids. Der Münchener Geschichtswissenschaftler Martin Schulze Wessel machte 2010 gemeinsam anderen Historikerinnen und Historikern einen Vorschlag.



Den ersten Raum der Ausstellung der Shoah widmen: ein Vorschlag von Martin Schulze Wessel und anderen Historikerinnen und Historikern. *(dpa/picture alliance/Daniel Reinhardt)*

„Das könnte etwa geschehen, indem man den ersten Raum dieser Ausstellung der Shoah widmet. Also ein Raum, durch den alle durchgehen müssen, bevor sie den freieren Raum erreichen, in dem Vertreibungen dargestellt werden. Das würde auf eine museumsdidaktische Art und Weise deutlich machen, wie die Verhältnisse sind. Also, Vertreibung ist furchtbares Leid gewesen, und es sind ja auch Massaker damit verbunden gewesen“, erklärt er.

„Aber der große Unterschied zur Shoah ist, dass in der Shoah ganze Familien ausgelöscht worden sind, auch familiäre Gedächtnisse damit zu Ende gegangen sind. Es gibt einen

systematischen Unterschied zwischen der Shoah und den Vertreibungen, unter denen die Deutschen litten. Und das sage ich wirklich, ohne diese Vertreibungen in dem Furchtbaren, was jede Vertreibung bedeutet, relativieren zu wollen.“

„Ich hoffe, dass das klar wird, dass die jüdische Geschichte zum Beispiel auch mit Vertreibungen, die letztlich auch vor dem Zweiten Weltkrieg angefangen sind und dann zum Holocaust geführt haben – ich hoffe, dass das auch sichtbar wird“, sagt Ondřej Matějka.

„Vielfalt von erinnerungspolitischen Möglichkeiten“

Sein Kollege Michael Schwartz vom Institut für Zeitgeschichte, hebt hervor, dass sich das Dokumentationszentrum, dessen Hauptthema Flucht und Vertreibung ist, gut vernetzen sollte mit Institutionen, die an die NS-Verbrechen erinnern.

„Allein schon die Berliner Erinnerungslandschaft bietet unheimlich viele Anknüpfungspunkte dafür. Die Topographie des Terrors liegt ja in Steinwurfweite. Demnächst werden wir vielleicht am Anhalter Bahnhof auch noch dieses Exilmuseum zur Erinnerung an Menschen, die aus Hitler-Deutschland ins Exil flüchten mussten, haben“, sagt Michael Schwartz.

„Wir haben eine unheimliche Vielfalt von erinnerungspolitischen Möglichkeiten, in die das Zentrum sich auch aktiv einbringen sollte, um sich auch immer wieder in bestimmte Kontexte zu begeben und dadurch auch befragen zu lassen. Das lässt sich natürlich auch auf internationaler Kooperationsebene machen, gerade mit Blickrichtung Polen, auch mit Blick auf einige andere Nachbarländer und vielleicht auch mit Blick auf aktuelle Geschehnisse.“

Im Namen des Berliner Dokumentationszentrums, das in wenigen Tagen seine Tore öffnen wird, steht ein großes, ein ehrgeiziges Ziel: Versöhnung.

„Der Versöhnungsbegriff ist uns nun mitgegeben. Ich persönlich finde, dass das ein sehr schönes deutsches Wort ist, über das man viel auch reflektieren kann. Was das eigentlich ist, wer sich da mit wem versöhnt, das ist ja deutungs offen“, sagt Gundula Bavendamm.

„Ich weiß gar nicht, ob man das in dem Sinne als Ziel betrachten sollte. Also die Grundlage auf diesem Weg, der vielleicht dahin führen kann, ist sicherlich erst einmal generell diese Haltung der Stiftung, eine ausgewogene, differenzierte Darstellung anzubieten.“

„Ich bin sehr vorsichtig mit dem Begriff Versöhnung“

„Also ich bin sehr vorsichtig mit dem Begriff Versöhnung. Ich gehöre der Generation an, die sich nicht versöhnen kann. Versöhnen dürfen sich nur diejenigen, die jetzt der sogenannten Erlebnisgeneration angehören, die selber von dem Verbrechen des Zweiten Weltkriegs getroffen worden sind“, sagt Krzysztof Ruchniewicz.

„Ich würde mir wünschen, dass diese Stiftung für bessere Verständigung steht. Denn dieser Begriff Versöhnung kann gerade für die junge Generation missverstanden werden – also, was eigentlich gemeint ist. Wer soll sich versöhnen mit wem heute? In Europa brauchen wir bessere Verständigung, vertieften Dialog.“

Historiker Krzysztof Ruchniewicz, der in Wrocław, früher Breslau, lebt und arbeitet, weiß aus eigenem Erleben, dass die Brücken über die Gräben der Vergangenheit besonders auf der zwischenmenschlichen Ebene gebaut werden. Die Brückenbauer gehören oft den jüngeren Generationen an, vielfach aber auch Familien von Vertriebenen.

Viele Junge bei den Sudetendeutschen Tagen

„Bei den Sudetendeutschen Tagen haben wir inzwischen Hunderte, Tausende von tschechischen Teilnehmern, meist junge. Wir waren in Regensburg in Grenznähe, da kommen viele Leute rüber, weil sie in unserer Kultur und unserer Geschichte die eigene Kultur und die eigene Geschichte widergespiegelt sehen“, berichtet Bernd Posselt.

Der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft ist Sohn von Vertriebenen und CSU-Politiker. Er setzt sich seit Jahrzehnten für den deutsch-tschechischen Dialog ein und hat in diesem Sinne auch auf eine Öffnung der Sudetendeutschen Landsmannschaft hingearbeitet.

„Die Mehrheit der Sudetendeutschen ist ganz klar auf Europa und auf Verständigung und Aussöhnung ausgerichtet. Aber natürlich war es für die Erlebnisgeneration, die selbst noch Schlimmes bei der Vertreibung erlebt hatte, zum Teil vielleicht schwerer, mit dem Thema umzugehen“, sagt er.

„Aber ich möchte trotzdem sagen, es ist kein reiner Generationskonflikt, wie man es oft gern darstellt. Es gibt wunderbare, uralte Leute, die Schreckliches erlebt haben, aber an der Spitze der Versöhnungsbewegung stehen. Und auf der anderen Seite gibt es junge Idioten.

Ja, es gibt in jeder Generation auch Idioten und Nationalisten. Und von daher glaube ich auch, man muss zueinanderfinden. Das ist ein aktiver Prozess, auch bei den jüngeren Generationen.“

Wandel im Bewusstsein der Tschechen

„In Tschechien ist es inzwischen wirklich quasi normal, anzuerkennen, dass die vertriebenen Sudetendeutschen mitunter auch Opfer sind. Die Debatte hier ist inzwischen sehr differenziert. Es würde jetzt niemand sagen, dass die alleinige Verantwortung für die Vertreibung die Tschechen tragen, also der Kontext des Zweiten Weltkriegs ist sehr, sehr eindeutig“, sagt Ondřej Matějka.

„Aber es ist einfach sehr präsent auch das Bewusstsein über den eigenen Teil der Verantwortung an dem ganzen Vorgehen. Sodass also die Mehrheit der tschechischen Bevölkerung der Meinung ist, dass die Vertreibung als solche auch ungerecht war.“

So beschreibt der Historiker Ondřej Matějka den Wandel, der in den vergangenen Jahrzehnten in Tschechien in Bezug auf die Beurteilung der Vertreibung der Sudetendeutschen stattgefunden hat. Als Beispiel nennt er das Gedenken an den Todesmarsch, bei dem im Mai 1945 wahrscheinlich mehr als 5000 Deutsche nach ihrer Vertreibung aus der Stadt Brünn starben.

Die heutigen Erinnerungsmärsche – als versöhnliches Symbol, nicht aus Brünn heraus, sondern zurück in die Stadt – wurden von jungen Tschechen initiiert und werden von den lokalen Behörden unterstützt.

Feindbilder überdauern Jahrzehnte

Wie Bernd Posselt sagt auch Ondřej Matějka: Versöhnung ist ein aktiver Prozess.

„Das ist nicht vom Himmel gefallen. Als Historiker kann ich sagen, dass es so in der Geschichte nicht passiert. Wenn man nicht gezielt auf eine deutsch-tschechische oder

sudetendeutsch-tschechische Versöhnung gearbeitet hätte, wäre die Spannung immer noch da. Von alleine wird das nicht verschwinden“, sagt er.

„Die Übertragung von Feindbildern überdauert Jahrzehnte oder Jahrhunderte sogar. Von daher, ich muss sagen, dass das wirklich eine Leistung ist von vielen, sowohl in Tschechien als auch in Deutschland.“

Wenn praktische Versöhnung, oder zumindest Begegnung und Austausch, auf lokaler Ebene möglich sind, wie unzählige Beispiele etwa aus Tschechien und Polen belegen – was kann dann ein nationales Dokumentationszentrum leisten?



Hinweis für das neue Dokumentationszentrum auf einem Bauzaun: Versöhnung ist ein aktiver Prozess, betonen Bernd Posselt und Ondřej Matějka. (picture alliance / dpa / Wolfram Steinberg)

Bernd Posselt von der Sudetendeutschen Landsmannschaft meint: „Sehr stark im Sinne eines ‚Nie wieder‘ darauf hinzuwirken, dass Vertreibung nicht weiter ein Mittel der Politik sein soll, oder dass Menschen, nur weil sie eine bestimmte Sprache sprechen, oder einer bestimmten Herkunft sind, kollektiv entrechtet, verfolgt, oft sogar auch ermordet oder eben vertrieben werden“, sagt er.

„Und das ist die Grundidee, die dieses Zentrum ausdrücken soll. Das ist nicht bloß irgendein Vertriebenen-Mahnmal oder Museum, sondern das soll ausdrücken, dass niemand, weil er anders ist als andere, mehr Gewalt erleiden darf.“

Polyfonie der Erinnerung in Europa

„Wir haben jetzt ein Museum in Berlin und müssen irgendwie damit leben. Wir müssen uns damit auseinandersetzen“, sagt Krzysztof Ruchniewicz. Der Historiker von der Universität Breslau klingt skeptisch, ist aber gespannt auf das Berliner Zentrum. Für ihn ist die bewusste Auseinandersetzung mit dem Thema Vertreibungen wichtig.

„Dass man über dieses Thema diskutiert als Aufforderung, sich auch heute mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Wir sprechen nicht von der Kakophonie der Stimmen, sondern

von der Polyfonie. Also das heißt, wir haben es in Europa mit unterschiedlichen Erinnerungen, mit unterschiedlichen Geschichten auch zu tun. Und es ist selbstverständlich nicht einfach, alle diese jetzt unter einen Hut zu haben“, sagt er.

„Aber wichtiger ist für mich, die Spezifika von den jeweiligen Kulturen kennenzulernen. Und deswegen ist es für mich nicht problematisch, dass es in Deutschland vielleicht dieses Museum geben wird, aber auch in einem anderen Staat ein anderes Museum. Denn da sind wahrscheinlich ganz andere Schwerpunkte, ganz andere Themen vielleicht gewichtet ... Und ich glaube, das macht dieses Europa heute aus, dieses Europa von Vielfalt.“

Für den Historiker Michael Schwartz ist wichtig: „Man sollte ja den Namen Flucht, Vertreibung, Versöhnung jetzt auch nicht als ‚Friede, Freude, Eierkuchen‘-Schlusspunkt begreifen. Gerade der Versöhnungsbegriff ist ja auch ein sehr komplizierter und vielleicht nie so richtig zum Abschluss zu bringen. Aber es geht ja letzten Endes auch darum, wie im damaligen Regierungsbeschluss zur Schaffung dieses Zentrums ausgedrückt wurde, heutige Vertreibungen politisch zu ächten“, sagt er.

„Das heißt, im Grunde hat dieses Zentrum neben der historiografischen auch eine gegenwartsbezogene politische Aufgabe. Aus der Vergangenheit heraus lernend auch heute gegen ähnliche Sachverhalte aktiv Stellung zu nehmen und Menschen zu befähigen, dass sie das auch tun können.“

Autorin und Sprecherin: Victoria Eglau

Regie: Guiseppa Maio

Technik: Ralf Perz

Redaktion: Winfried Sträter

Mehr zum Thema

[Kritik an Vertriebenen-Stiftung – Plädoyer für die Erforschung von Gewaltmigration](#)
(Deutschlandfunk Kultur, Fazit, 13.02.2021)

[Denkmal-Projekt in Berlin – Erinnern an polnische Opfer der NS-Herrschaft](#)
(Deutschlandfunk Kultur, Studio 9, 27.08.2019)

[Direktorin Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung – Im Dickicht geschichtspolitischer Kontroversen](#)
(Deutschlandfunk Kultur, Tacheles, 09.04.2016)

04) ...ändert nichts daran, dass die Vertreibung ein Unrecht war!

Die Schriftstellerin und Stadtführerin **Jenny Schon** (Trautenau / Berlin) hat gleich am ersten Tag der Eröffnung das neue Dokumentationszentrum **Flucht Vertreibung Versöhnung** mitten in Berlin besucht. Sie stellt fest, „*dass die nationalsozialistische Tätergeschichte, die die spätere Flucht und Vertreibung erst begreifbar macht, ringsum präsent ist. Alles hat seinen richtigen Platz, das meiste wohl auch die angemessene Dimension.*“



Fotos: Jenny Schoon

Die Schriftstellerin und Stadtführerin **Jenny Schon** (Trautenau / Berlin) hat gleich am ersten Tag der Eröffnung das neue Dokumentationszentrum **Flucht Vertreibung Versöhnung** mitten in Berlin besucht. Sie stellt fest, „*dass die nationalsozialistische Tätergeschichte, die die spätere Flucht und Vertreibung erst begreifbar macht, ringsum präsent ist. Alles hat seinen richtigen Platz, das meiste wohl auch die angemessene Dimension.*“

[Bitte sehen Sie hier ihre - wie stets sehr persönlichen - Eindrücke, die sie für uns dankenswerterweise, incl. Bilder, festgehalten hat.](#)

<https://drive.google.com/file/d/1WgcubXAOLnLlpRXBfFt4nQncnygGI8XD/view>



Ehemaliges Deutschlandhaus, jetzt Dokumentation Flucht, Vertreibung, Versöhnung
Fotos: Jenny Schon

„...ändert nichts daran, dass die Vertreibung ein Unrecht war“,

das sind die Worte der seit 2016 amtierenden Direktorin des Zentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung (SFVV), Frau **Dr. Gundula Bavendamm** zur Eröffnung der Dauerausstellung des Zentrums am Askanischen Platz gegenüber der Ruine des im 2. Weltkrieg zerstörten und dann gesprengten Anhalter Bahnhofs, dessen Reste in das noch zu bauende **Exil-Museum** integriert werden sollen. Die Topographie des Terrors (des Naziregimes) befindet sich hinter dem Gebäude der SFVV. Auch die **Berliner Mauer** verlief hier bis 1989 in **unmittelbarer Nähe**, deren Signatur in das Straßenpflaster eingelassen ist. Nicht nur im Innern des Hauses stimmt die historische Einordnung, sondern mit diesen Sichtachsen ist es auch mit der Berliner Erinnerungslandschaft verbunden.



Ruine des ehemaligen Anhalter Bahnhofs,
Portal des künftigen Exil-Museums, gegenüber dem Dokumentationszentrum

Die nationalsozialistische Tätergeschichte ist ringsum präsent, die die spätere Flucht und Vertreibung erst begreifbar macht. Alles hat seinen richtigen Platz, das meiste wohl auch die angemessene Dimension.

Beim Eintritt empfängt einen die kühle Eleganz des Betons und die Großzügigkeit des Raums, die besonders den staunen macht, der das alte früher Deutschlandhaus genannte Gebäude noch kannte, in das diese neue Dokumentation von Flucht und Vertreibung integriert wurde. Aber nur noch außen ist das ehemalige denkmalgeschützte Gebäude zu erkennen.

In den neunziger Jahren erst, bedingt durch den Mauerfall, begann ich mich hier mit **meiner eigenen Vertreibungsgeschichte** zu beschäftigen, da sich in dem Haus eine Bibliothek befand, in der auch Bücher zu Böhmen vorhanden waren und sich eine Literaturgruppe traf, in der Menschen aus den ehemaligen deutschsprechenden Ost/Südost-Gebieten zusammenkamen, die über ihre Kindheits- und Vertreibungsgeschichte schrieben. Ich entdeckte in meiner Biografie bis dahin Unglaubliches, weil auch erst jetzt meine Mutter Genauerer von „Daheim“ erzählte und mir ihre Erinnerungsstücke schenke, wie z.B. den tschechischen Ausweisungsausweis aus **Trautenau** / Trutnov in die Britische Zone vom 29.7.1945, in dem sie zur Tschechin **Anny Schonova** gemacht wird. Ein Widersinn, einerseits weist man sie und viele Millionen aus, dann zwingt man ihr deren Namensdiktatur auf. Gerade heute, wo in Tschechien Frauen erkämpft haben, diesem Zwang ein Ende zu machen, eine besondere Kuriosität. Ich übergab dem Zentrum diesen Ausweis und einiges mehr, es befindet sich aber nicht in der Dauerausstellung, wie auch nicht mein kleines Kissen aus dem **Kinderwagen**, mit dem mich 1945 meine Mutter fuhr, als sie vertrieben wurde. Es war mein Leben lang **mein Ruhekissen** und entsprechend abgenutzt.

Dafür hat die Ausstellung andere persönliche Dinge der vertriebenen Menschen ausgestellt. Nicht fehlen durfte der oft präsentierte **Leiterwagen**, mit dem man seine (wenigen) Habseligkeiten (welch ein wunderbares deutsches Wort!) oder die kleinen Kinder transportierte. Viele Geschichten sind sehr anrührend, wie z. B. der übergroße **Wollmantel**, der einen kleinen Jungen vor dem Erfrieren bewahrt hat oder ein auf der Flucht verlorener **Teddybär**.

Die Abteilung der 3,5 Millionen vertriebenen Deutschen aus der ČSR, immerhin ein Viertel der 14 Millionen vertriebenen Deutschen, ist **relativ klein**.

Diese eher persönliche Präsentation ist in der intim wirkenden zweiten Etage untergebracht. In der ersten Etage wird die deutsche Vertreibung zu einem Teil der **weltweiten Vertreibungen** bis heute, die wirklich beeindruckend sind: sie zeigen was Regime Menschen antun können.

Dass sich die Stiftung für diese Gangart der Internationalisierung von Vertreibungen entschieden hat, liegt an der Geschichte des Zustandekommens des Dokumentationszentrums, um das es in der Vergangenheit heftige Kämpfe gegeben hat, auf die ich nicht eingehen möchte. Man hätte aber den ursprünglichen Initiatoren **Erika Steinbach** (CDU) und **Peter Glotz** (SPD) eine kleine Gedenkstätte gönnen dürfen!

Es war zu erkennen, dass eine rein deutsche Priorisierung des Vertreibungselends in heutigen Zeiten nicht durchzusetzen ist.

Dass in diesen Zeiten mit den Beschränkungen beim Erwerb von Eintrittskarten am ersten Tag der Öffnung so viel Interessierte, besonders jüngere Leute, da waren, gibt Anlass zur Hoffnung.

**A. eb) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen S. 233 - 300**

**01) Leserbrief zu einer äußerst ernsten Angelegenheit: „Amerika“ – ein Name
mit Vergangenheit**

Amerika umbenennen?

Zu Ihrer Berichterstattung über verschiedene Initiativen zur Umbenennung deutscher Universitäten. Diese Aktivitäten sind zwar lobenswert, können aber nur ein Anfang sein, eine wesentliche Ausweitung der Überprüfungen ist dringend geboten. Deshalb mein Vorschlag, die bekannten Probleme in größerem Rahmen und mutiger anzugehen. Warum werden Städtenamen zum Beispiel unhinterfragt hingenommen? Karlsruhe, Ludwigsburg, Friedrichshafen ... die Aufzählung ließe sich noch lange fortsetzen. Das geht gar nicht! Der Hintergrund der jeweiligen Namensgeber bedarf sorgfältiger Untersuchung, aber allein schon die bedrückende Dominanz männlicher Namensgeber zeigt, dass es so nicht bleiben kann. Andere Länder sind da weiter: Das frühere Bombay heißt heutzutage längst Mumbai. Entschlossene, im Grunde überfällige Schritte würden auch international Aufsehen erregen, Achtung und Respekt verschaffen. An Vorschlägen zur Umbenennung dürfte es wohl nicht mangeln.

Wenn es, wie hier nur angedeutet werden kann, im eigenen Haus auch noch genug zu erledigen gibt, sollte dies nicht den Blick auf globale Missstände verstellen. Als krassestes Beispiel für Anachronismus ist natürlich „Amerika“ zu nennen. Benannt nach ... Amerigo Vespucci! Unglaublich, allein der Gedanke an diesen historischen Missgriff kann für schlaflose Nächte sorgen. Da anscheinend ein deutscher Kartograf für diesen erschre-

ckenden Zustand verantwortlich ist, liegt bei der deutschen Seite auch die Verpflichtung, mit einer vorsichtigen, aber energischen diplomatischen Initiative eine Revision dieses Fehlgriffs anzustoßen und für Gerechtigkeit mit alternativen Vorschlägen zu sorgen. Und natürlich ist eine Entschuldigung (und eventuell auch Zahlung von Entschädigung) bei allen Bewohnern dieses Kontinents unumgänglich!

Anscheinend (leider!) noch nicht ausreichend ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gedrungen ist neben vielem anderen auch das Problem der Monatsnamen, obwohl kleine Initiativen unermüdlich tätig sind. Vor allem „Juli, August“ werden weltweit tagtäglich benützt, ohne einen Gedanken daran zu verschwenden, dass dadurch permanent römische Sklavenhalter wie Julius Cäsar und Kaiser Augustus geehrt werden. In diesem Fall läge es nahe, diese belasteten Namen etwa durch solche von damaligen Aufständischen zu ersetzen. In diesem Zusammenhang ist auch Jesus zu erwähnen, jener bekannte Religionsstifter des Altertums und etwa Zeitgenosse der erwähnten Römer. Sein Ausspruch: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist (...)“ ist möglicherweise als Unterstützung der damaligen Sklaverei zu verstehen. Das bedarf noch näherer, sorgfältiger Prüfung, denn die Konsequenzen einer negativen Entscheidung weltweit wären erheblich.

**DR. THOMAS HEINRICH W. WALTHER,
FRANKFURT AM MAIN**

02) Widerspruch kann teuer werden. Bezirk Mitte weist auf Verwaltungskosten bei Eingaben gegen Straßenumbenennung hin

Von Dominik Bardow und Elmar Schütze

Widerspruch kann teuer werden

Bezirk Mitte weist auf Verwaltungskosten bei Eingaben gegen Straßenumbenennung hin

DOMINIK BARDOW, ELMAR SCHÜTZE

Die Umbenennung der Mohrenstraße in Mitte ist umstritten. Viele Menschen empfinden den Namen als rassistisch. Andere kämpfen für den Erhalt des historischen Namens. Darunter der Historiker und Kolumnist der Berliner Zeitung, Götz Aly. Jüngst forderte er, man möge per Brief Widerspruch beim Bezirksamt Mitte gegen die längst beschlossene Umbenennung einlegen. Das haben viele Leser gemacht. Das Bezirksamt reagierte mit einer Warnung vor möglicherweise hohen Gebühren.

Viele Leser zeigten sich davon überrascht. In gleichlautenden Schreiben wies das Bezirksamt sie darauf hin, dass für die Bearbeitung des Widerspruchsverfahrens Gebühren anfallen. Diese betragen zwischen 36,79 Euro und 741,37 Euro. Die genaue Höhe werde nach dem entstandenen Verwaltungsaufwand festgesetzt. „Wenn Sie den Widerspruch zurücknehmen, würde keine Gebühr anfallen“, lautete der letzte Satz des maschinell erstellten Schreibens. Daraufhin empörten sich Dutzende Leser in Anrufen und Mails über die „Unverschämtheit“ und „Erpressung“. Was steckt hinter dem Vorgang? Ist die Gebühr eine Sonderbehandlung im Bezirk Mitte oder der Normalfall?

Andere Bezirksämter sind auf Anfrage zunächst ratlos, ob und welche



Die Bezirksverordnetenversammlung hat die Umbenennung 2020 beschlossen.

Gebühren sie für Widersprüche erheben. In Bezirken wie Spandau, Marzahn-Hellersdorf oder Reinickendorf sind Straßenumbenennungen respektive Einsprüche offenbar selten. Doch Verwaltungsgebühren seien der Normalfall, etwa für einen Personalausweis.

Der Bezirk Mitte hat deutlich mehr Erfahrung mit Umbenennungsverfahren, etwa im Afrikanischen Viertel. Dort gab es auch Widersprüche, aber keine Vorwarnung und überraschte Bürger mit Gebührenbescheiden im Briefkasten. „Dies sollte diesmal vermieden werden“, teilt das Bezirksamt Mitte mit. Geregelt seien die Gebühren in der Ver-

waltungsgebührenordnung. Sie gilt für alle Bezirke, die die genaue Höhe nach Aufwand festlegen. Doch der Mindestsatz bleibt bei 36,79 Euro.

Die Personalkosten für Sachbearbeiter und die Einbeziehung anderer Stellen, zum Beispiel des Rechtsamts, „kann durchaus auch den Höchstbetrag ergeben“, teilt Mitte mit. Als 2016 Anlieger einer Straße gegen den Bezirk Pankow wegen der Gebühr klagten, beanstandete das Verwaltungsgericht die Summe von 593,10 Euro nicht.

Allerdings können bei mehreren gleichlautenden Widersprüchen die Gebühren auf 20 Prozent gesenkt werden, wegen des geringeren Ver-

waltungsaufwandes pro Widerspruch. Dies tat das Bezirksamt Mitte im Afrikanischen Viertel und setzte die Summe pauschal auf 148,27 Euro an. Bei Härtefällen wie bei sozial bedürftigen Menschen gibt es ebenfalls Ausnahmen.

Wer nicht in der Mohrenstraße wohnt oder dort arbeitet, kann zwar gegen die im August 2020 beschlossene Umbenennung in Anton-Wilhelm-Amo-Straße Widerspruch einlegen, muss dann aber mit einer Gebühr rechnen. Verhindern kann man die Gebühr nur, wenn man den Widerspruch zurückzieht. Rechtsschutzversicherungen übernehmen derartige Kosten nur selten.

Eine Verpflichtung zur Beteiligung von Anwohnern bei der Umbenennung von Straßen besteht nicht, wird aber immer wieder von Parteien gefordert. Vor Gericht sind nur Klagen gegen Umbenennungen zulässig, die von Anwohnern und Gewerbetreibenden in der Straße stammen. „Die BVV hätte ja auch einen Bürgerentscheid machen können“, sagt Stefan Förster von der FDP Berlin. CDU, FDP und AfD waren gegen eine Umbenennung der Straße. Förster rät, dass überhaupt nur diejenigen Widerspruch einlegen, bei denen „eine materielle Betroffenheit“ vorliege – etwa Gewerbetreibenden aus der Straße, die für Adressänderungen bezahlen müssten. Denkbar wäre auch ein unentgeltlicher Einwohnerantrag bei der BVV oder eine Unterschriftensammlung.

03) Rettet die Berliner Mohrenstraße

Kolumne von Götz Aly

... und Götz Aly kämpft weiter für die Mohrenstraße, er fordert die Berliner auf, innerhalb der nächsten vier Wochen Protestbriefe gegen die Umbenennung zu schreiben, und zwar an Bezirksamt Mitte, Kulturamt, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin.

Und nicht ohne Grund, bittet er die Briefschreiber, sich den Eingang bestätigen zu lassen.

Kolumne

Rettet die Berliner Mohrenstraße!

GÖTZ ALY

Am 14. Mai verkündete das „Amtsblatt für Berlin“, dass die Mohrenstraße in Mitte zum 1. Oktober wegbenannt werden soll. Seit 330 Jahren gehört diese Straße zu der in ihrer historischen Struktur erhaltenen Friedrichstadt. Durchgesetzt haben diesen Geschichtsfrevel Grüne, SPD und Linke im Bezirk Mitte. Zuvor hatten dieselben Parteien im Abgeordnetenhaus eine Ermächtigungsklausel beschlossen, mit der sie die Ausführungsvorschriften des Straßengesetzes um ein gummiweich formuliertes Kriterium zur Umbenennung ergänzten: den „Bezug zu rassistisch-imperialistischen Ideologien“. Aber dieser besteht im Fall Mohrenstraße nicht.

Ohne jede Begründung wird zudem behauptet, der Straßename schade „dem nationalen und internationalen Ansehen Berlins“ und enthalte einen „rassistischen Kern“. Dazu ist zu sagen: Zur Zeit der Benennung wurden in der ständisch verfassten Gesellschaft einzelne Menschen- und Berufsgruppen mit Straßennamen nicht diskriminiert, sondern ehrend als Gemeinschaften hervorgehoben. Deshalb haben wir in Berlin die Schützenstraße, die Jüdenstraße, den Gendarmenmarkt, den Kadettenweg, den Hugenottenplatz, die Böhmische Straße usw. Die Mohrenstraße kreuzt die nach dem vor 320 Jahren regierenden Königspaar – Friedrich und Charlotte – benannten Straßen des heutigen Zentrums. Eine derart hervorgehobene Position im alten und heutigen Zentrum Berlins kann nicht herabsetzend gemeint gewesen sein. Im Deutschen wird das Wort Mohr seit langer Zeit nicht mehr als Bezeichnung für einen Menschen dunkler Hautfarbe verwendet; es existiert auch nicht als Schimpfwort.

Die Mohrenstraße ist Teil der Stadtgeschichte, ähnlich der Mauerstraße, dem Festungsgraben, der Invaliden- oder der Hirtenstraße. Dasselbe gilt für die zur Mohrenstraße parallel verlaufende Taubenstraße. Sie war nicht etwa dem Vogel, sondern solchen Soldaten gewidmet, die im Kriegsdienst ertaubt waren und dort Unterkunft gefunden hatten. Gilt das dem

nächst als behindertenfeindlich? Es gibt keinen Grund, an den historischen Namen zu rütteln. Sie sind Schriftdenkmale, die es uns Heutigen ermöglichen, die Vergangenheit unserer Stadt zu lesen und besser zu verstehen.

Was tun? Nach den Paragraphen 40 und folgende des Bezirksverwaltungsgesetzes wäre das Bezirksamt verpflichtet gewesen, die „Mitwirkung der Einwohnerinnen und Einwohner zu fördern“ und diese rechtzeitig „über ihre Mitwirkungsrechte zu unterrichten“. All das haben der Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel und die zuständige Stadträtin Sabine Weißler (beide Grüne) fahrlässig oder willentlich unterlassen.

Die Idee zur Umbenennung wurde von einer kleinen, wenig informierten antikolonialistischen Gruppierung forciert. Diese nennt das Bezirksamt „zivilgesellschaftliche Akteurinnen/Akteure“. Diejenigen, die dagegen seit Jahren begründete Einwände erheben, zählt dasselbe grün-rot-rot durchherrschte Amt nicht zur Zivilgesellschaft. Dagegen sollte man sich zur Wehr setzen.

In den nächsten vier Wochen können alle Berliner und Berlinerinnen brieflich Widerspruch gegen die Umbenennung einlegen, zu richten an: *Bezirksamt Mitte von Berlin, Abt. Weiterbildung, Kultur, Umwelt usw., Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin*. Lassen Sie sich den Eingang bestätigen und schreiben Sie uns Ihre Meinung.

Aus: Berliner Zeitung v. 18.05.2021, S. 6

Wort der Woche, in: Preußische Allgemeine Zeitung / Das Ostpreußenblatt (PAZ) v. 28.08.2020, S. 24:

„Herrn Amo kennt keiner, aber er war dem Vernehmen nach einem Mohren. Fazit: Bisher wurden in der Hauptstadt alle Mohren gewürdigt. In Zukunft nur noch einer.“

Robert von Loewenstern, auf „Achgut.com“ (24. August) zur Umbenennung der Berliner Mohrenstraße in Anton-Wilhelm-Amo-Straße.

04) Die Linke ist bei Straßenumbenennungen wieder aktiv: sie fordert, die Roonstraße in Lichterfelde West umzubenennen

Die eigene Parteiengeschichte ist für DIE LINKE ein Tabu, mit der Umbenennung von Straßen aber zieht sie machtheischere „Politiker“ am Nasenring hinter sich her



Aus: Berliner Woche (Steglitz-Dahlem) Roon-Denkmal am Großen Stern, Foto: Susanne Kähler v. 12.05.2021, S. 2 < <https://bildhauerei-in-berlin.de/bildwerk/roon-denkmal/> >

Und es werden nicht nur alle nach Roon benannten Straßen betroffen sein, sondern auch die benachbarten Straßen die nach preußischen Militärs benannt sind. Und natürlich auch das Roon-Denkmal am Großen Stern.

Auf der Grundlage von schlechtem Geschichts- und Geographie-Unterricht in den Schulen soll die Geschichte unseres Landes und unseres Volks verfälscht werden. Und viele machen dabei mit!

05) Straßenumbenennungen ohne Ende? Hermann von Wissmann

Grunewald ohne Wissmann

Nach der Umbenennung der Neuköllner Wissmannstraße in Lucy-Lameck-Straße könnte bald auch die Wissmannstraße in Grunewald anders heißen. Eine Jury hat aus einigen Vorschlägen einen möglichen neuen Namen ausgewählt. Diesen verrät das Gremium aus Fraktionsvertreter:innen, Mitgliedern des Bündnisses „Decolonize Berlin“ und Anwohnern aber noch nicht. Man habe vertraulich getagt, sagte BVV-Vorsteherin Annegret Hansen (SPD). Der Vorschlag werde zuerst den Bezirksverordneten für deren endgültige Entscheidung mitgeteilt.

Hermann von Wissmann (1853 bis 1905) war ein Afrikaforscher und Befehlshaber deutscher Kolonialtruppen. Ihm wird besonders die blutige Niederschlagung eines Aufstands der Küstenbevölkerung in Ostafrika angelastet.

Kurz vor der Jurysitzung regte die CDU-Abgeordnetenhauskandidatin im Wahlkreis Grunewald, Sandra Khalatbari, eine Umbenennung in Baraschstraße an. Daraufhin meldete sich Joachim Neu beim Tagesspiegel, der unter anderem als Sprecher der Bürgerinitiative Stuttgarter Platz bekannt ist, und teilte mit, dass er dieselbe Idee bereits vor Monaten eingebracht habe.

Die jüdische Familie Barasch wohnte einst in der Wissmannstraße 11. Das NS-Regime ermordete Artur Barasch 1942 im KZ Sachsenhausen, seine Frau Irene sowie die Kinder Else und Werner flohen ins Ausland. Mieter des Hauses wollten mit einem Bürgergarten an die Familie erinnern. Dies scheiterte an einem Neubauprojekt des Eigentümers.

Die Straßenschilder der Wissmannstraße wurden von Unbekannten mit blutroter Farbe besprüht. Sandra Khalatbari ärgert sich über diese „Selbstjustiz“ und fordert eine „zeitnahe“ Reinigung. CD

06) Demokratischer Diskurs ausgeschlossen - noch einmal: Maerckerweg
a) Die SPD

Anzeige

Hass aus dem Straßenbild tilgen

in und
men,
ert
eich-
nutter

Noch immer ehren zahlreiche Straßennamen Rassisten und Antisemiten

Jeder Lokalpolitiker weiß: Mit Straßenumbenennungen macht man sich unter den Anwohnerinnen und Anwohnern kaum Freunde. Dennoch lohnt ein Blick auf den Einzelfall, wer da bis heute alles geehrt wird – auch in Steglitz-Zehlendorf.

Viele werden sie kennen: Die Spanische Allee im Ortsteil Schlachtensee. „Was nur die wenigsten wissen: Als die Straße 1939 ihren Namen erhielt, sollte mitnichten unser europäischer Nachbar gewürdigt werden,“ erläutert Martin Kromm, Sprecher für Bildung und Kultur der SPD-Fraktion. Vielmehr erfolgte die Benennung durch die Nationalsozialisten zur Ehrung der aus Spanien zurückkehrenden „Legion Condor“. Diese war an zahlreichen Kriegsverbrechen beteiligt, unter anderem an der Zerstörung der Stadt Guernica, der Hunderte Zivilisten zum Opfer fielen.

Nur wenigen bekannt dürfte hingegen der Maerckerweg in Lankwitz sein. Benannt ist die kurze Straße nach dem Kolonialisten und Antisemiten Georg Maercker. Dieser war unter anderem am Völkermord an den Herero und Nama im heutigen Namibia aktiv beteiligt.

Die Umbenennung des Maerckerwegs ist mittlerweile beschlossene Sache. „Bei der Spanischen Allee würde eine Umwidmung genügen – der Name könnte also bleiben, dann jedoch an die deutsch-spanische Freundschaft erinnern,“ erklärt Kromm. „Dass ausgerechnet die Grünen hier lieber mit CDU und AfD gemeinsame Sache machen, damit hatten wir nicht gerechnet!“

Diskussionen gibt es derzeit auch über die Pacelliallee, die Treitschkestraße, den Hindenburgdamm und den U-Bahnhof Onkel-Toms-Hütte.



Martin Kromm

Der Rechtsanwalt und Familienvater aus Steglitz setzt sich für Integration, Chancengleichheit und Teilhabe ein. Er ist stellvertretender BVV-Vorsitzender.



ickisch
dlungs-
ch
ulaus-
g zu
-Paula

Für Sie



In der „Berliner Woche“ vom 27.01.2021 findet sich eine mehrseitige Parteiwerbung der SPD. Auf Seite 4 dieser „Einlage“ (siehe oben) findet sich auch der Beitrag von einem Martin Kromm. Da heißt es: „Der Rechtsanwalt und Familienvater aus Steglitz setzt sich für Integration, Chancengleichheit und Teilhabe ein. Er ist stellvertretender BVV-Vorsitzender“.

Auch Martin Kromm hat sich die Umbenennung von Straßen zur Aufgabe gemacht und bezieht sich dabei in seinem Beitrag auf den Maerckerweg in Berlin-Lankwitz und behauptet: „Benannt ist die kurze Straße nach dem Kolonialisten und Antisemiten Georg Maercker...“

Wie bei seinem Parteigenossen und Fraktionsvorsitzenden, Rechtsanwalt Norbert Buchta, kann auch bei Genossen Martin Kromm davon ausgegangen werden, dass dem Genossen die Geschichte der SPD nach dem Ersten Weltkrieg wie auch die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderte Biographie zu General Georg Maercker aus Baldenburg in Westpreußen

<p>Claus Kristen: Ein Leben in Mannesucht. Von Kolonien und Novemberrevolution. Der „Städtebezwinger“ Georg Maercker. Schmetterling Verlag, Stuttgart 2018</p>

nicht bekannt sind. Von Deutscher Kolonialgeschichte und Würdigung von Lebensleistungen ganz zu schweigen.

Wichtig ist hier wohl allein die mögliche politische Einflussnahme und Machtausübung mit Hilfe der SED-Traditionspartei „Die Linke“.

Bürgerbeteiligung ist nur etwas für „Demokraten“, wenn der Bürger dieselbe Meinung hat, wie man selber! Die Arbeiter in der Arbeiter-Partei von 1920 dachten wohl auch anders als Anwälte in der SPD von heute!

Das ist äußerst beschämend für diese Partei mit einer so langen demokratischen Tradition! Und es stellt sich die Frage, ist eine Partei noch „demokratisch“, wenn Ihre Funktionsträger die demokratischen Rahmenbedingungen lediglich als Mittel ansehen, sich selbst Macht zu verschaffen, ohne Rücksicht auf ihre Mitglieder und Wähler, vom Volk ganz zu schweigen!

b) und die AfD meint es gut und passt sich den Strömungen an

Drucksache - 2286/V

Betreff:	Bürgerfreundlich: Umwidmung statt Umbenennung des Maerckerweges	
Status:	öffentlich	
	Ursprung	aktuell
Initiator:	AfD-Fraktion	AfD-Fraktion
Verfasser:	1. Döhnert 2. Graffstädt	
Drucksache-Art:	Antrag	Antrag
Beratungsfolge:		

Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf von Berlin Vorberatung

[19.05.2021](#)

[48. öffentliche Sitzung der
Bezirksverordnetenversammlung
Steglitz-Zehlendorf -
Videokonferenz](#)

Ausschuss für Bildung und Kultur

Empfehlung

[02.06.2021](#)

[36. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur](#)

Sachverhalt

Die BVV möge beschließen:

Bezugnehmend auf den Beschluss 1080/V aus Drs. 1393/V sowie das diesbezügliche Schreiben der BzStR'in Schellenberg vom [14.04.2021](#) wird das Bezirksamt beauftragt, anstelle der Umbenennung des Maerckerweges eine Umwidmung zu Ehren von Karl Anton Maercker, Jurist und während der Revolution 1848 zeitweilig preußischer Justizminister, vorzunehmen (ebenso geeignet ist der Theologe Otto Maercker, der in der DDR 1957 wegen Boykotttätze in einem Schauprozess verurteilt wurde.)

Begründung:

Umbenennungen sind regelmäßig mit organisatorischem und finanziellem Aufwand für Bezirk, Stadt sowie für ansässige Bürger und Unternehmen verbunden. Eine entsprechend erläuterte Umwidmung erfüllt den ursprünglich mit der Umbenennung beabsichtigten Zweck genauso mit dem Vorteil des Wegfalls der damit verbundenen Kosten.

c) SPD und Die Grünen – und die CDU tritt bei. Auch hier: Lesen ist unbequem!

Drucksache - 2281/V

Betreff: Ehemaligen Maerckerweg in Maria-Rimkus-Weg umbenennen
Status: öffentlich
Ursprung: aktuell
Initiator: GRÜNE-Fraktion GRÜNE- und CDU-Fraktion
Verfasser: 1. Steinhoff/Wojahn
2. Hippe
Drucksache-Art: Antrag Antrag
Beratungsfolge:

Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf von Berlin Vorberatung
[19.05.2021](#)

Ausschuss für Bildung und Kultur

Empfehlung

[02.06.2021](#)

[36. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur](#)

Sachverhalt

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt nimmt eine Umbenennung des ehemaligen Maerckerwegs in Maria-Rimkus-Weg vor.

Begründung:

Maria Rimkus wurde 1910 in Berlin geboren und half ab Dezember 1942 der hochschwangeren jüdischen Zwangsarbeiterin Ruth Abraham. Diese Hilfe dehnte sie schnell auf die weitere Familie Abraham aus und besorgte 1943 auch gefälschte Papiere für deren Flucht. Maria Rimkus wurde dazu von der Gestapo vorgeladen und verhört, aufgrund Mangel an Beweisen aber wieder entlassen. Auch nach dem Krieg half Maria Rimkus der Familie Abraham in ihrer neuen Heimat USA weiterhin. Sie wird seit 1953 durch den Staat Israel in der Gedenkstätte Yad Vaschem als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt und lebte seit 1963 bis zu ihrem Tod im jetzigen Bezirk Steglitz-Zehlendorf.

In der 104. Sitzung des Ältestenrats am [18.05.2021](#) ist die CDU-Fraktion dem Antrag beigetreten.

Rögner-Francke
Bezirksverordnetenvorsteher

d) die SPD

Drucksache - 2266/V

Betreff:	Umbenennung des Maerckerwegs in Maria-Rimkus-Weg	
Status:	öffentlich	
	Ursprung	aktuell
Initiator:	SPD-Fraktion	SPD-Fraktion
Verfasser:	1. Buchta 2. Flores Ramirez 3. Trenczek	
Drucksache-Art:	Antrag	Antrag
Beratungsfolge:		
	Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf von Berlin	Vorberatung
	19.05.2021	

[48. öffentliche Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf - Videokonferenz](#)

 Ausschuss für Bildung und Kultur
[02.06.2021](#)

Empfehlung

[36. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur](#)

Sachverhalt

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, zeitnah den Maerckerweg in Maria-Rimkus-Weg umzubenennen.

Begründung:

Mit Beschluss 1080/V hat die BVV am [20.05.2020](#) beschlossen, den Maerckerweg umzubenennen. Ein Namensvorschlag wurde zu diesem Zeitpunkt noch nicht beschlossen. Seitens des zuständigen Amtes wurde nun auf Grundlage der Straßenumbenennungsliste der Vorschlag gemacht, den Weg in Maria-Rimkus-Weg umzubenennen. Dies ist zu begrüßen. Maria Rimkus half Menschen jüdischer Herkunft während der NS-Herrschaft zur Flucht und war damit eine stille Heldin. Sie wohnte seit ihrer Geburt in Berlin-Lankwitz und seit 1963 in der Mörchinger Straße in Berlin-Zehlendorf. Maria Rimkus verstarb am [21.01.2001](#).

Rögner-Francke
Bezirksverordnetenvorsteher

07) Vorletzter Reichskanzler: Pflege für Kurt von Schleichers Grab soll nicht mehr vom Land bezahlt werden

Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf wollen das Grab aus der Liste der Ehrengräber streichen. Von Schleicher ist umstritten.

Thomas Lippold

27.02.2021, 21:52 Uhr

Auf dem Parkfriedhof Lichterfelde in Steglitz-Zehlendorf liegt das Grab von Kurt von Schleicher, der als letzter Reichskanzler der Weimarer Republik bekannt ist. Seit einem Senatsbeschluss aus dem Jahr 1978 ist es als Ehrengrab des Landes Berlin anerkannt, in diesem August soll die letzte Verlängerung auslaufen.

Doch die SPD-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Steglitz-Zehlendorf fordert nun mit Unterstützung der Linksfraktion, das Ehrengrab von Schleichers nicht mehr zu verlängern und aus der Liste der Ehrengräber zu streichen. Von Schleicher gilt als umstrittene politische Figur: bis zum Januar 1933 war er Reichskanzler und direkt für die Ernennung seines Nachfolgers Adolf Hitler verantwortlich. Von Schleicher wurde zusammen mit seiner Ehefrau Elisabeth am 30. Juni 1934 von Angehörigen der SS in seiner Neubabelsberger Villa ermordet.

Wer genau die Grabstätte von Kurt von Schleicher pflegt, ist eine gute Frage. Sicher ist sich die grüne Bezirksstadträtin Maren Schellenberg da selbst nicht – das geht aus einer Anfrage des Linken-Abgeordneten Gerald Bader an das Bezirksamt hervor. In der Grabstättenakte sei vermerkt worden, dass die Grabpflege 1978 noch von Angehörigen oder einer beauftragten Firma übernommen wurde.

Zwanzig Jahre später wurde festgestellt, dass keine „gärtnerische Instandsetzung erforderlich sei.“ Seitdem, steht in der Anfrage, „ist davon auszugehen, dass die Pflege durch das Bezirksamt erfolgt.“

Auch über die Kosten ist man sich nicht ganz im Klaren. Die Stückkosten für die Pflege einer Grabstelle lagen 2019 bei 86,78 Euro. Die Summen variieren aber, „so dass weder für das Ehrengrab Kurt von Schleicher noch insgesamt für Ehrengräber eine Summe für das Bezirksamt genannt werden kann.“ Im Satz darauf dann die Info: Ein Ehrengrab kostet das Land Berlin etwa 800 Euro pro Jahr.

„Berufsoffizier, Politiker, Reichskanzler“

Bei den Gründen für die letztmalige Verlängerung des Nutzungsrechtes an der Grabstätte, die 2015 erfolgte, notiert das Bezirksamt nur trocken „Fehlanzeige“. Auch sieht es sich nicht zuständig für die Beurteilung der „wesentlichen Verdienste von Kurt von Schleicher, die ein Ehrengrab rechtfertigen“, und zitiert lediglich aus der Liste der Ehrengrabstätten des Landes, in der es trocken heißt: „Berufsoffizier, Politiker, Reichskanzler.“

Nun stört sich Gerald Bader von der Linksfraktion aber nicht vorrangig an den Kosten für das Ehrengrab. Ihm geht es um den „Status des Grabes innerhalb einer städtischen Gedenkkultur, und nicht um die Grabstätte an sich.“ Mit diesem heißen Thema will sich das

Bezirksamt aber nicht befassen, und so antwortet Bezirksstadträtin Schellenberg auf die abschließende Frage, ob das Bezirksamt ein Ehrengrab für Kurt von Schleicher denn für berechtigt hält: „Es steht daher dem Bezirksamt nicht zu, eine Entscheidung des Senats von Berlin zu hinterfragen.“

„Aus unserer Sicht“, schreibt Gerald Bader, „wäre es nun an der Zeit, den Ehrengrabstatus der Grabstätte von Schleicher in diesem August auslaufen zu lassen. Die SPD-Fraktion hat bereits einen Antrag dahingehend auf den Weg gebracht, dem wir uns in der Forderung anschließen.“

In dem Antrag, der Anfang März im Bezirksausschuss für Bildung und Kultur behandelt werden soll, fordert die SPD, das Ehrengrab von Schleichers nicht mehr zu verlängern. „Kurt von Schleicher hat sich nicht verdient gemacht, die Ehre für ein durch den Staat gepflegtes Grab und Andenken zu erhalten.“

Weiter heißt es in der Begründung: „Kurt von Schleicher war kein Demokrat. Sein Ziel war die Beseitigung der Weimarer Republik und die Schaffung eines autoritären Staates. Er gehörte einem konservativ-reaktionärem Lager an, das bei dem Sturz des letzten frei gewählten Reichskanzler Hermann Müller (SPD) mitgewirkt hat. Feinde der Demokratie sind keine Personen, die durch ein Ehrengrab gewürdigt werden dürfen.“
Von Schleicher habe durch Ränkespiele die Stabilität der Weimarer Republik unterminiert

Gerald Bader sieht das ähnlich. Ihm „ist es ein Rätsel, inwiefern sich ein Mensch, der diverse faschistische Personen und Massenorganisationen in Querfrontstrategien eingebunden hat und sie so salonfähig machte, um Berlin verdient gemacht haben soll. Vielmehr hat von Schleicher durch seine stetigen Ränkespiele und Geheimabsprachen (auch mit Adolf Hitler) die Stabilität der Weimarer Republik unterminiert und zugleich die Aufrüstung Deutschlands vorangetrieben.“ Bader sieht von Schleicher sogar als „einen von mehreren überaus prominenten Steigbügelhaltern des deutschen Faschismus“, eine Anerkennung durch ein Ehrengrab sei somit unverdient.

Bei einer Rede vor dem Deutschen Bundestag 2003 bezeichnete Bernd Braun von der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg von Schleicher als „einen der entschiedensten Gegner Hitlers“. Eine längere Abhandlung über das Kabinett von Schleicher, die vom Bundesarchiv veröffentlicht wurde, liest sich etwas anders.

Zusammenfassend heißt es dort über von Schleicher: „Seiner eigenen Legende ist er, gemessen an dem, was er erreicht und was er verfehlt hat, nicht gerecht geworden; seiner politischen Maxime dagegen ist er treu geblieben. In den Intrigen des Januar 1933 wurde er mit seinen eigenen Waffen geschlagen. Die politischen Irrtümer und Fehleinschätzungen, mit denen er zur autoritären Aushöhlung des Weimarer Verfassungsstaates beigetragen hatte, schlugen in seinem Sturz auf ihn selbst zurück.“



Als „Steigbügelhalter des deutschen Faschismus“ bezeichnet ein Bezirksverordneter der Linksfraktion von Steglitz-Zehlendorf von Schleicher. *Foto: mauritius images / World Book Inc.*

Auf dem Parkfriedhof Lichterfelde in Steglitz-Zehlendorf liegt das Grab von Kurt von Schleicher, der [als letzter Reichskanzler der Weimarer Republik](#) bekannt ist. Seit einem Senatsbeschluss aus dem Jahr 1978 ist es als Ehrengrab des Landes Berlin anerkannt, in diesem August soll die letzte Verlängerung auslaufen.

Doch die SPD-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Steglitz-Zehlendorf fordert nun mit Unterstützung der Linksfraktion, das Ehrengrab von Schleichers nicht mehr zu verlängern und aus der Liste der Ehrengräber zu streichen. Von Schleicher gilt als umstrittene politische Figur: bis zum Januar 1933 war er Reichskanzler und direkt für die Ernennung seines Nachfolgers Adolf Hitler verantwortlich. Von Schleicher wurde zusammen mit seiner Ehefrau Elisabeth am 30. Juni 1934 von Angehörigen der SS in seiner Neubabelsberger Villa ermordet.

Wer genau die Grabstätte von Kurt von Schleicher pflegt, ist eine gute Frage. Sicher ist sich die grüne Bezirksstadträtin Maren Schellenberg da selbst nicht – das geht aus einer Anfrage des Linken-Abgeordneten Gerald Bader an das Bezirksamt hervor. In der Grabstättenakte sei vermerkt worden, dass die Grabpflege 1978 noch von Angehörigen oder einer beauftragten Firma übernommen wurde.

Zwanzig Jahre später wurde festgestellt, dass keine „gärtnerische Instandsetzung erforderlich sei.“ Seitdem, steht in der Anfrage, „ist davon auszugehen, dass die Pflege durch das Bezirksamt erfolgt.“

[Wenn Sie alle aktuellen Nachrichten live auf Ihr Handy haben wollen, empfehlen wir Ihnen unsere App, die Sie [hier für Apple- und Android-Geräte](#) herunterladen können.]

Auch über die Kosten ist man sich nicht ganz im Klaren. Die Stückkosten für die Pflege einer Grabstelle lagen 2019 bei 86,78 Euro. Die Summen variieren aber, „so dass weder für das Ehrengrab Kurt von Schleicher noch insgesamt für Ehrengräber eine Summe für das Bezirksamt genannt werden kann.“ Im Satz darauf dann die Info: Ein Ehrengrab kostet das Land Berlin etwa 800 Euro pro Jahr.

„Berufsoffizier, Politiker, Reichskanzler“

Bei den Gründen für die letztmalige Verlängerung des Nutzungsrechtes an der Grabstätte, die 2015 erfolgte, notiert das Bezirksamt nur trocken „Fehlanzeige“. Auch sieht es sich nicht

zuständig für die Beurteilung der „wesentlichen Verdienste von Kurt von Schleicher, die ein Ehrengrab rechtfertigen“, und zitiert lediglich aus der Liste der Ehrengrabstätten des Landes, in der es trocken heißt: „Berufsoffizier, Politiker, Reichskanzler.“

Nun stört sich Gerald Bader von der Linksfraktion aber nicht vorrangig an den Kosten für das Ehrengrab. Ihm geht es um den „Status des Grabes innerhalb einer städtischen Gedenkkultur, und nicht um die Grabstätte an sich.“ Mit diesem heißen Thema will sich das Bezirksamt aber nicht befassen, und so antwortet Bezirksstadträtin Schellenberg auf die abschließende Frage, ob das Bezirksamt ein Ehrengrab für Kurt von Schleicher denn für berechtigt hält: „Es steht daher dem Bezirksamt nicht zu, eine Entscheidung des Senats von Berlin zu hinterfragen.“

„Aus unserer Sicht“, schreibt Gerald Bader, „wäre es nun an der Zeit, den [Ehrengrabstatus der Grabstätte](#) von Schleicher in diesem August auslaufen zu lassen. Die SPD-Fraktion hat bereits einen Antrag dahingehend auf den Weg gebracht, dem wir uns in der Forderung anschließen.“

In dem Antrag, der Anfang März im Bezirksausschuss für Bildung und Kultur behandelt werden soll, fordert die SPD, das Ehrengrab von Schleichers nicht mehr zu verlängern. „Kurt von Schleicher hat sich nicht verdient gemacht, die Ehre für ein durch den Staat gepflegtes Grab und Andenken zu erhalten.“

Weiter heißt es in der Begründung: „Kurt von Schleicher war kein Demokrat. Sein Ziel war die Beseitigung der Weimarer Republik und die Schaffung eines autoritären Staates. Er gehörte einem konservativ-reaktionärem Lager an, das bei dem Sturz des letzten frei gewählten Reichskanzler Hermann Müller (SPD) mitgewirkt hat. Feinde der Demokratie sind keine Personen, die durch ein Ehrengrab gewürdigt werden dürfen.“

Von Schleicher habe durch Ränkespiele die Stabilität der Weimarer Republik unterminiert

Gerald Bader sieht das ähnlich. Ihm „ist es ein Rätsel, inwiefern sich ein Mensch, der diverse faschistische Personen und Massenorganisationen in Querfrontstrategien eingebunden hat und sie so salonfähig machte, um Berlin verdient gemacht haben soll. Vielmehr hat von Schleicher durch seine stetigen Ränkespiele und Geheimabsprachen (auch mit Adolf Hitler) die [Stabilität der Weimarer Republik](#) unterminiert und zugleich die Aufrüstung Deutschlands vorangetrieben.“ Bader sieht von Schleicher sogar als „einen von mehreren überaus prominenten Steigbügelhaltern des deutschen Faschismus“, eine Anerkennung durch ein Ehrengrab sei somit unverdient.

Bei einer Rede vor dem Deutschen Bundestag 2003 bezeichnete Bernd Braun von der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg von Schleicher als „einen der entschiedensten Gegner Hitlers“. Eine längere Abhandlung über das Kabinett von Schleicher, die vom Bundesarchiv veröffentlicht wurde, liest sich etwas anders.

Zusammenfassend heißt es dort über von Schleicher: „Seiner eigenen Legende ist er, gemessen an dem, was er erreicht und was er verfehlt hat, nicht gerecht geworden; seiner politischen Maxime dagegen ist er treu geblieben. In den Intrigen des Januar 1933 wurde er mit seinen eigenen Waffen geschlagen. Die politischen Irrtümer und Fehleinschätzungen, mit denen er zur autoritären Aushöhlung des Weimarer Verfassungsstaates beigetragen hatte, schlugen in seinem Sturz auf ihn selbst zurück.“

Seite 247 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 793 vom 01.07.2021

Ob sich die Anerkennung als Ehrengrab nun ebenfalls als Fehleinschätzung herausstellen wird, ist eine schwierige Frage, mit der sich zunächst der Bildungs- und Kulturausschuss der BVV am kommenden Mittwoch beschäftigen darf.

Aus: 27.02.2021, 21:52 Uhr bzw. *Der Tagesspiegel*, 28.02.2021, S. 10

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/letzter-reichskanzler-der-weimarer-republik-pflege-fuer-kurt-von-sleichers-grab-soll-nicht-mehr-vom-land-bezahlt-werden/26959160.html>

Drucksache - 2148/V BVV Berlin Steglitz-Zehlendorf

Betreff:	Kein Ehrengrab für Kurt von Schleicher	
Status:	öffentlich	
	Ursprung	aktuell
Initiator:	SPD-Fraktion	SPD-Fraktion
Verfasser:	1. Buchta 2. Dr. Stratiewski	
Drucksache-Art:	Antrag	Antrag
Beratungsfolge:		

Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf von Berlin

Vorberatung

17.02.2021

45. öffentliche Sitzung der
Bezirksverordnetenversammlung
Steglitz-Zehlendorf

überwiesen

Ausschuss für Bildung und Kultur Empfehlung

03.03.2021

34. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und
Kultur

Sachverhalt

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass das Ehrengrab für Kurt von Schleicher auf dem Parkfriedhof Lichterfelde nicht mehr verlängert wird bzw. aus der Liste der Ehrengräber gestrichen wird. Kurt von Schleicher hat sich nicht verdient gemacht, die Ehre für ein durch den Staat gepflegtes Grab und Andenken zu erhalten.

Begründung:

Kurt von Schleicher war kein Demokrat. Sein Ziel war die Beseitigung der Weimarer Republik und die Schaffung eines autoritären Staates. Er gehörte einem konservativ-reaktionärem Lager an, das bei dem Sturz des letzten frei gewählten Reichskanzler Hermann Müller (SPD) mitgewirkt hat. Feinde der Demokratie sind keine Personen, die durch ein Ehrengrab gewürdigt werden dürfen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Bildung und Kultur der Bezirksverordnetenversammlung von Steglitz-Zehlendorf am 02.03.2021

Name ▾	Art der Mitarbeit ▾	Herkunft ▾	seit ▾
Tom Cywinski	Ausschussmitglied	CDU	09.04.2019
Dr. Clemens Escher	stellv. Ausschussvorsitzende(r)	CDU	09.04.2019
Dr. Sabine Lehmann-Brauns	Ausschussmitglied	CDU	09.04.2019
Martin Kromm	Ausschussmitglied	SPD	28.03.2019
Ellinor Trenczek	Ausschussmitglied	SPD	28.03.2019
Carsten Berger	Ausschussmitglied	GRÜNE	10.04.2019
Lukas Uhde	Ausschussmitglied	GRÜNE	28.03.2019
Johann Trülzsch	Ausschussmitglied	AfD	28.03.2019
Mathia Specht-Habbel	Ausschussvorsitzende(r)	FDP	28.03.2019
Hans-Walter Krause	Ausschussmitglied	LINKE	10.04.2019
André Tinibel	Bürgerdeputierte(r)	CDU (BD)	10.04.2019
Sabina Spindeldreier	Bürgerdeputierte(r)	CDU (BD)	28.03.2019
Alexander Niessen	Bürgerdeputierte(r)	SPD (BD)	15.05.2019
Dr. Detlef Meyer zu Heringdorf	Bürgerdeputierte(r)	GRÜNE (BD)	28.03.2019
Dennis Klein	Stellv. Bürgerdeputierte(r)	CDU (Stellv. BD)	28.03.2019
Martina Bischof	Stellv. Bürgerdeputierte(r)	CDU (Stellv. BD)	28.03.2019
Wibke Bronsch	Stellv. Bürgerdeputierte(r)	SPD (Stellv. BD)	28.03.2019

*

Dieses Thema finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

Von der Geschichtsklitterung zur Geschichtsfälschung:

Straßenumbenennungen für eine andere Republik, für eine andere Gesellschaft – für ein anderes Volk?

Das Beispiel Steglitz-Zehlendorf in Berlin: Paul von Hindenburg, Max von Gallwitz, Georg Maercker

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Geschichtslandschaft_Strassen_Gedenktafeln_%20Ehrengraeber.pdf

Eine Ergänzung auf den Leitseiten ist in Arbeit!

**08) ... und auch in anderen Bezirken Straßenumbenennungen, beispielsweise
in Tempelhof-Schöneberg**



Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin



**Westpreußisches Bildungswerk Berlin-Brandenburg
Ostdeutscher Hochschulbund Danzig-Westpreußen
Landesarbeitsgemeinschaft für Ostkunde im Unterricht e.V. Berlin**

Postbank Berlin IBAN DE 26 100 100 10 0001199 101 BIC BNKDEFF
Brandenburgische Straße 24, 12167 Berlin-Steglitz
Mo 10 – 12 Uhr und n.V. (Ruf: 030-257 97 533 mit AA und Fernabfrage); Fax auf Anfrage
westpreussenberlin@gmail.com
www.westpreussen-berlin.de

Vorsitzender: Diplom-Geograph Reinhard M.W. Hanke; **stv. Vors.:** Ute Breitsprecher
Schatzmeister: Dieter Kosbab Ruf: 030-661 24 22

24. Januar 2021 Hk

Offener Brief

Zum Beschluss der BVV von Tempelhof-Schöneberg am 20.01.2021, den Kaiser- Wilhelm-Platz in Richard-von-Weizsäcker-Platz umzubenennen.

Sehr geehrter Herr Olschewski,

wir „kennen“ uns aus meiner Tempelhofer bzw. vor allem aus meiner Tempelhof-Schöneberger Zeit (1982-2005) als Bezirklicher Planungsbeauftragter (BmBm-Plab). Daher wende ich mich in meinen „Offenen Brief“ zum BVV-Beschluss zur Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Platzes direkt an Sie, in der Gewissheit, dass mein Schreiben dann nicht gleich kommentarlos in den Papierkorb wandert. Und unsere Erfahrungen, mit Parteien des „linken Spektrums“, über ihre Entscheidungen einen sachlichen demokratische Diskurs zu führen, sind schlecht: Man will nicht mit uns reden!

Als wir vor einigen Wochen von der Absicht des Herrn Bertram von Boxberg (Bündnis 90/Die Grünen) in der Presse lasen, dass er sich für diese Umbenennung einsetzt, hatte ich es nicht für möglich gehalten, dass es ihm und seiner Partei gelingen würde, die CDU und die FDP in die „rotgrüne Schmutzzone“ der Veränderung der Geschichtslandschaft zu ziehen, an der die „politische Linke“ seit Jahren, mangels anderer Probleme, arbeitet.

Zu diesem Zeitpunkt äußerte Herr von Boxberg – scheinheilig, wie ich meine! – noch seine Verwunderung darüber, dass die CDU seinem tollen Vorschlag, einen CDU-Politiker mit dieser Umbenennung an einer herausragenden Stelle zu ehren, nicht folgen, sondern sich mit der Benennung eines Saales im Rathaus Schöneberg begnügen wolle.

Es ist äußerst bedauerlich, dass sich Ihre Fraktion diesem Vorhaben angeschlossen hat. Ja, es gibt eine Straße in Berlin-Lankwitz, die seit 1894 „Kaiser-Wilhelm-Straße“ heißt, ein Blick in deren Umgebung zeigt Ihnen auch, wohin in Zukunft die Reise in Schöneberg geht: die Umbenennung vieler Straßen im Umfeld des Nollendorfplatzes, und nicht nur, weil der Name dort auch vorhanden ist, sondern weil es sich um für bestimmte Kreise ungeliebte Namensgeber handelt! Wir sind tief enttäuscht darüber, dass die Parteien der BVV Tempelhof-Schöneberg sich dafür hergegeben haben, an diesem Ort im Zuge der „historischen Reichsstraße 1“, die nach Osten in die historischen ostdeutschen Landschaften Ost-Brandenburg, Pommern, Westpreußen und Ostpreußen führt, Ihre „einfältigen“ Ziele zu verwirklichen. Einfalt statt Vielfalt!

Die Berliner CDU, so ihr Generalsekretär Stefan Evers am 22.01.2021 im Berliner „Tagesspiegel“ (Seite 8), „(habe) bereits vor einigen Jahren angeregt, den noch namenlosen Platz vor dem Roten Rathaus [Eberhard Diepgen legte immer Wert auf die Bezeichnung: „Berliner Rathaus“, Anm. R.H.] nach von Weizsäcker zu benennen...“ Die Fraktionen der BVV Tempelhof-Schöneberg waren nicht in Not.

Die Linke, die SPD, Bündnis 90/Die Grünen – und nun auch CDU und FDP – sind bundesweit u.a. mit Umbenennungen in der Geschichtslandschaft aktiv, sie verfälschen unsere Geschichte und zugleich stehen sie für den Rückgang bei der Vermittlung von Geschichts- und Geographiekennntnissen in unserm Bildungssystem.

Eine Bürgerbeteiligung findet in den seltensten Fällen statt. Ein Beispiel bietet die Umbenennung der Mohrenstraße in Berlin-Mitte, wo Sozialdemokraten, Bündnis 90/Die Grünen und die Partei Die Linke sich einig waren, dann aber die Partei Die Linke ausscherte und eine Bürgerbeteiligung forderte; die bisherigen Bündnispartner setzten sich dann dort über diese – immerhin aner kennenswerte Forderung – ihres bisherigen Partners hinweg und setzten die Umbenennung der Mohrenstraße mit Mehrheitsbeschluss ihrer Stimmen in der BVV von Berlin-Mitte durch.

Herr von Boxberg ist mir aus meiner Zwölf-Apostel-Kirchengemeinde, wo er aner kennenswerterweise seit Jahren gute Arbeit für die historischen Friedhöfe der Gemeinde leistet, bekannt. Neuerdings hat sich Herr von Boxberg auch in die „AG Berliner Ehrengräber“ eingebracht, in der wir daran arbeiten, selbstherrliche, intransparente Entscheidungen von RotRotGrün zu hinterfragen, denen in den letzten Jahren eine Vielzahl von Ehrengräbern zum Opfer gefallen sind: Ehre nicht auf Zeit, sondern für immer ist die Forderung der AG Berliner Ehrengräber. Und da will Herr von Boxberg mitziehen, dem so viel an Straßenumbenennungen liegt? Misstrauen ist angebracht (<https://www.langhans-gesellschaft.org/ehrengrab/ag-berliner-ehrengraeber/>).

Diese AG Berliner Ehrengräber geht auf eine Initiative des ehemaligen Leitenden Baudirektors von Kreuzberg, Herrn Dipl.-Ing. Wolfgang Liebehenschel (SPD) zurück, der bei Forschungen zu seinen schlesischen Landsleuten auf das Problem der Beseitigung von Ehrengräbern ohne Beteiligung der Öffentlichkeit aufmerksam wurde und auch die Begründungen für die Löschung der Ehrengräber – kein Bekanntheitsgrad und hohe Kosten – für „irre und herbeigezogen“ hält.

Auch wir Westpreußen sind davon betroffen, beispielsweise durch den Wegfall des Ehrengrabes für Hugo Conwentz (*1855 Sankt Albrecht bei Danzig – †1922 Berlin) auf dem Stahnsdorfer Friedhof im Jahre 2014 (sein Grab war ursprünglich auf dem Alten Matthäus-Friedhof in Schöneberg und wurde 1938/39 auf Grund der „Germania-Planungen von Albert Speer 1938/1939 nach Stahnsdorf umgebettet). Im Jahre 2005 führten wir zum 150. Geburtstag von Hugo Conwentz eine Tagung im Botanischen Garten durch, auf dem Stahnsdorfer Friedhof hielten wir mit dem Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf eine Feierstunde an seinem Grabe ab, Frau Bezirksbürgermeisterin Monika Thiemen, SPD, hielt die Gedenkrede. Vorher hatte die Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin die gestohlene Bronzeskulptur zu Conwentz in der Bildgießerei Noack nachgießen lassen.

Hugo Conwentz gilt als Begründer des Staatlichen Naturschutzes, er wurde Direktor der 1906 in Danzig gegründeten „Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen“, die 1911 nach Schöneberg umzog. An dem Gebäude in der Grunewaldstraße gibt es nur eine Gedenktafel für seinen Sekretär (!), nicht für ihn, auch an seinem letzten Wohnhaus in der Schöneberger Wartburgstraße gibt es noch keine Gedenktafel!

Ich rege an, dass Sie/sie sich für die Gedenktafel(n) zur Erinnerung an Hugo Conwentz einsetzen. Sie können sich dabei auf den § 96 des „Bundesvertriebenengesetzes – BVFG“ berufen, nach dem Bund, Länder, Gemeinden usw. zur Pflege des ostdeutschen Kulturgutes verpflichtet sind!

Die aktuellen bundesweiten Umbenennungswellen werden weitergehen. Der Kaiser-Wilhelm-Platz – ach ja, wenige Anwohner, wenige Proteste – wird nicht die letzte Aktion dieser Art sein, sie wird fortgesetzt werden, natürlich ohne Bürger (wenn diese anderer Meinung sein sollten) – und die CDU kann sagen: wir sind dabei!

Wir haben in diesem Land, in dieser Stadt, in diesem Bezirk, so viele andere Probleme: Errungenschaften der Kaiserzeit (Toilettenanlagen, Postämter usw.) werden beseitigt, man könnte sich u.a. beschäftigen mit kaputten Schulen und Straßen und Brücken, unzureichenden Planungen im Verkehrswesen und beim Wohnungsbau u.a.m.

Mit freundlichen landsmannschaftlichen Grüßen

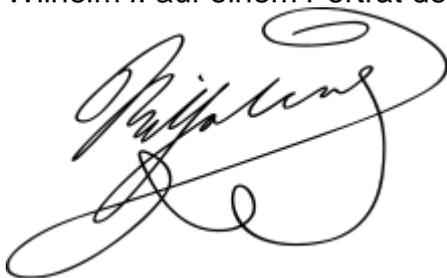
Reinhard M. W. Hanke, Vorsitzender

[https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_I._\(Deutsches_Reich\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_I._(Deutsches_Reich))

Wilhelm I. (Deutsches Reich)



Wilhelm I. auf einem Porträt des Hoffotografen [Wilhelm Kuntzemüller](#) (1884)



Wilhelm I., mit vollem Namen **Wilhelm Friedrich Ludwig von Preußen** (* [22. März 1797](#) in [Berlin](#); † [9. März 1888](#) ebenda), aus dem [Haus Hohenzollern](#) war von 1861 bis zu seinem Tod [König von Preußen](#) und seit der [Reichsgründung](#) 1871 erster [Deutscher Kaiser](#).

Nach der Herrschaftsübernahme für seinen erkrankten Bruder [Friedrich Wilhelm IV.](#) wandelte Wilhelm sich 1858 vom konservativen [Kartätschenprinz](#) der [Märzrevolution](#) zum liberalen [Prinzregenten](#) der [Neuen Ära](#). Am 18. Oktober 1861 krönte er sich im [Königsberger Schloss](#) zum [König von Preußen](#). Die Regierungsgeschäfte überließ er weitgehend seinem Ministerpräsidenten und späteren Reichskanzler [Otto von Bismarck](#). Nach den

[Einigungskriegen](#) und der [Reichsgründung](#) wurde Wilhelm am 18. Januar 1871 im [Schloss Versailles](#) zum [Deutschen Kaiser](#) proklamiert. In den folgenden Jahren gewann er im jungen Nationalstaat große Popularität.



Inhaltsverzeichnis

- [1 Herkunft und frühe Jahre](#)
- [2 Ehe und Kinder](#)
- [3 Prinz von Preußen](#)
 - [3.1 Märzrevolution](#)
 - [3.2 Flucht nach London](#)
 - [3.3 Rückkehr nach Berlin](#)
 - [3.4 Koblenzer Jahre](#)
 - [3.5 Neue Ära](#)
 - [3.6 Freimaurerei](#)
- [4 König von Preußen](#)
 - [4.1 Krönung in Königsberg](#)
 - [4.2 Politik als König](#)
 - [4.3 Einigungskriege](#)
- [5 Deutscher Kaiser](#)
 - [5.1 Proklamation in Versailles](#)
 - [5.2 Politik als Kaiser](#)
 - [5.3 Späte Jahre und Tod](#)
- [6 Ziel von Attentaten](#)
- [7 Denkmäler und Ehrungen](#)
- [8 Dynastische Verbindungen](#)
- [9 Literatur](#)
- [10 Weblinks](#)
- [11 Einzelnachweise](#)

Herkunft und frühe Jahre



Königin [Luise](#) mit Prinz Wilhelm (links) und Kronprinz [Friedrich Wilhelm](#) (rechts), Gemälde von [Carl Steffek](#), 1886

Wilhelm Friedrich Ludwig von Preußen war der zweite Sohn des [Kronprinzenpaares Friedrich Wilhelm von Preußen](#) und [Luise von Mecklenburg-Strelitz](#), Tochter des Herzogs [Karl II. von Mecklenburg-Strelitz](#). Der Vater bestieg noch im Jahr von Wilhelms Geburt den preußischen Königsthron. Die [Erziehung](#) des Prinzen übernahm [Johann Friedrich Gottlieb Delbrück](#), der zuvor Rektor des [Magdeburger Pädagogiums](#) gewesen war.

Bis zum [Krieg mit Frankreich](#) verbrachte Wilhelm an der Seite seines älteren Bruders Friedrich Wilhelm eine glückliche Kindheit. Die Idylle zerbrach 1806 infolge der verheerenden Niederlage Preußens und der winterlichen Flucht der Herrscherfamilie nach [Ostpreußen](#). Sein Vater stellte Wilhelm traditionsgemäß an seinem zehnten Geburtstag als [Fähnrich](#) in das [Regiment Garde zu Fuß](#) ein. Der frühe Tod seiner Mutter Luise traf den 13-jährigen Wilhelm tief.

Ab März 1813 hatte Wilhelm einen neuen Erzieher in Gestalt des preußischen Oberst [Johann Georg Emil von Brause](#) erhalten, der ihm auch nach dem Ausscheiden aus der Gouverneursstellung im September 1817 in väterlicher Freundschaft lebenslang verbunden blieb.^[1] Seit Mai 1814 im Rang eines [Majors](#) begleitete Wilhelm seinen Vater im [Feldzug in Frankreich](#), wobei er an den Schlachten bei [La Rothière](#), [Arcis-sur-Aube](#), [Bar-sur-Aube](#) und [Paris](#) teilnahm. Bei Bar-sur-Aube hatte Wilhelm am 26. Februar 1814 zum ersten Mal im feindlichen Feuer gestanden. Für seinen Mut verlieh ihm am 38. Geburtstag seiner Mutter der Vater das [Eiserne Kreuz](#) II. Klasse.^[2]

Am 31. März zog Wilhelm mit seinem Vater in [Paris](#) ein. Er begleitete ihn auch beim Besuch in [England](#) und folgte ihm nach der endgültigen Niederlage [Napoleons](#) im Juli 1815 nach Paris. Am 1. Januar 1816 erhielt er das Kommando des [Stettiner](#) Gardelandwehrebataillons, 1818 als [Generalmajor](#) das Kommando einer Gardeinfanteriebrigade, am 1. Mai 1820 den Oberbefehl über die [1. Gardedivision](#) und wurde zum [Generalleutnant](#) befördert. Am 22. März 1824 übernahm Wilhelm die Führung des [III. Armeekorps](#), schließlich kommandierte er von 30. März 1838 bis 22. Mai 1848 das [Gardekorps](#).

Auch in Staatsangelegenheiten wurde er vom König zur Beratung herangezogen. Wiederholt wurde er in Staats- und Familienangelegenheiten an den [Petersburger Hof](#) gesandt.

Ehe und Kinder



[Augusta von Sachsen-Weimar-Eisenach](#)

Nachdem er 1826 auf die Heirat mit der Prinzessin [Elisa Radziwiłł](#) verzichtet hatte, weil diese vom König nicht als ebenbürtige Partnerin eines preußischen Prinzen angesehen wurde, vermählte er sich am 11. Juni 1829 mit der Prinzessin [Augusta von Sachsen-Weimar-Eisenach](#), der Tochter des Großherzogs [Karl Friedrich](#) von [Sachsen-Weimar-Eisenach](#), deren Schwester Maria die Gemahlin seines jüngeren Bruders Karl war.

Die Ehe kam letztendlich auf Betreiben seines Vaters zustande und verlief nicht sonderlich glücklich. Ihm gelang es jedoch, seine Liebschaften sowohl vor seiner Frau als auch vor der Öffentlichkeit verborgen zu halten.

Aus der Ehe gingen zwei Kinder hervor:

- [Friedrich Wilhelm](#) (1831–1888) ⚭ 1858 Prinzessin [Victoria von Großbritannien und Irland](#) (Tochter von [Königin Victoria](#))
- [Luise](#) (1838–1923) ⚭ 1856 Großherzog [Friedrich I.](#) von [Baden](#)

Zwei Fehlgeburten verhinderten weitere Kinder.

Als Sommerresidenz diente Wilhelm und Augusta seit 1835 das [Schloss Babelsberg](#) in Potsdam, als Winterresidenz seit 1837 das heutige [Alte Palais](#) in Berlin.

Prinz von Preußen



Ausritt des Prinzen Wilhelm von Preußen in Begleitung des Malers,
Gemälde von [Franz Krüger](#), 1836



König [Friedrich Wilhelm IV.](#), Bruder Wilhelms I.



[Märzrevolution 1848 in Berlin](#)



[Karl Anton Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen](#)

Märzrevolution

Nachdem die Frau des Kronprinzen, [Elisabeth Ludovika von Bayern](#), in Folge einer 1828 erlittenen Fehlgeburt, unfruchtbar geworden war,^[3] hatte Friedrich Wilhelm III. seinen zweitgeborenen Sohn, Wilhelm, zum vorläufigen Nachfolger des späteren Königs bestimmt.^[4] Mit dem Tod seines Vaters im Jahr 1840 erhielt Wilhelm als [präsumtiver](#) Thronfolger seines Bruders, des nunmehrigen Königs [Friedrich Wilhelm IV.](#), den Titel [Prinz von Preußen](#).^[5] und wurde bald darauf zum [General](#) der [Infanterie](#) befördert.

Laut Forschungen [Rüdiger Hachtmanns](#) von 1997 blieb dem preußischen Militär am 19. März 1848 angesichts der heftigen *Berliner Barrikadenkämpfe* nur der Weg des Rückzugs, wollte es unter dem zermürbenden Straßenkampf nicht nach und nach aufgegeben, politisiert oder nervlich zerrüttet werden. Der Prinz von Preußen war wegen seines Plädoyers für eine militärische Lösung bei den Anhängern der Revolution derart verhasst, dass er vom taktierenden König den Befehl erhielt, umgehend nach London zu reisen.

Durch sein unentschlossenes Schwanken zwischen militärischer und diplomatischer Lösung trug Friedrich Wilhelm IV. maßgebliche Verantwortung für die Eskalation. Er wurde von der Berliner Öffentlichkeit aber weniger für den Barrikadenkampf verantwortlich gemacht als Prinz Wilhelm, obwohl Wilhelm bereits am 10. März 1848 vom König zum Generalgouverneur der Rheinarmee ernannt worden war und somit keine Befehlsgewalt über die in und um Berlin stationierten Truppen innehatte. Die Tatsache, dass [Karl von Prittwitz](#) speziell den Einsatz von [Kartätschkugeln](#) genehmigt hatte, wurde fälschlicherweise auf Wilhelm zurückgeführt. Bereits am 12. Mai polemisierte der [Auskultator Maximilian Dortu](#) in einer Rede Wilhelm als „Kartätschenprinzen“, diese Verspottung wurde in der Folge von

einer Vielzahl an Zeitungen aufgegriffen. Am 19. März floh Wilhelm in die [Spandauer Zitadelle](#) und in den folgenden Tagen ins Exil nach London. In Regierungskreisen wurde zu diesem Zeitpunkt darüber debattiert, ob Wilhelm zu Gunsten seines Sohnes, des späteren Kaisers [Friedrich III.](#), von der königlichen Nachfolge ausgeschlossen werden sollte.^[6]

Den Befehl zur Beendigung des „Skandals“ – der Protestdemonstration der Bevölkerung – auf dem Berliner Schlossplatz am 18. März gab zwar Friedrich Wilhelm IV. selbst. Aber dass sein Militär diesen Befehl in einer Weise auslegte, die den Einsatz von Schusswaffen beinhaltete, wurde fälschlicherweise vor allem dem „Prinz von Preußen“, dem späteren Kaiser Wilhelm I. angelastet. Die Tatsache, dass Friedrich Wilhelm IV., verunsichert durch die Eskalation und um eine politische Lösung bemüht, seinem Bruder, vor dem Feindbild der aufgebracht Massen, nahelegte, für eine befristete Zeit außer Landes zu gehen, wurde später zu einer Legende umgestrickt und als „Verbannung“ dargestellt. Aber der Aufforderung seines Bruders Friedrich Wilhelm IV. kam Wilhelm nicht aufgrund von so etwas wie einer Verbannung nach. In Verkleidung als Kaufmann, ging Wilhelm in quasi „geheimer Mission“ nach England, allerdings nicht ohne dem König von Preußen seine Verachtung ausgedrückt zu haben. Zugleich bekannte sich Wilhelm dazu, damit Preußen und der Monarchie zu dienen und sie zu bewahren, eine Aufgabe, für die – seiner Ansicht nach – „kein Opfer groß genug“ sein könne.^[7]

Flucht nach London

Der Prinz floh mit Hilfe des Majors im Stab des Gardekorps [August Oelrichs](#) (1801–1868) aus Berlin und reiste unter dem [Decknamen](#) *Wilhelm Oelrichs* am 23. und 24. März unter Mithilfe von [William O'Swald](#) nach [London](#). Bei der Abreise soll Augusta den Major schriftlich instruiert haben, „welche Ansichten“ er „dem Prinzen gegenüber geltend zu machen habe“.^[8] In London verkehrte Wilhelm mit [Prinzgemahl Albert](#), [Robert Peel](#), [John Russell](#), [Henry John Palmerston](#) und anderen Staatsmännern und klärte seine politischen Anschauungen. An den deutschen Einheitsbestrebungen nahm er lebhaften Anteil. Die Berliner sangen derweil Spottlieder auf ihn:

Schlächtermeister Prinz von Preußen
komm doch, komm doch nach Berlin!
Wir wollen dich mit Steinen schmeißen
und die Barrikaden ziehn.

Der Berliner Barrikadenkampf gehörte mit 300 toten Demonstranten zu den verlustreichsten Unruhen der Märzrevolution. König Friedrich Wilhelm IV. wies später jede Verantwortung von sich und verbreitete im Manifest *An meine lieben Berliner* stattdessen das abstruse Gerücht von einer angeblichen ausländischen Verschwörung.^[9]

Rückkehr nach Berlin

Prinzessin Augusta weilte derweil mit den zwei Kindern in Potsdam. Anfang Juni kehrte Wilhelm nach Berlin zurück. Am 30. Mai hatte sich der Prinz in Brüssel öffentlich und schriftlich zur konstitutionellen Regierungsform für Preußen bekannt und so auf die Demonstration von 10.000 Berlinern gegen seine Rückkehr reagiert. Zum Abgeordneten in die preußische Nationalversammlung gewählt, nahm er zwar das Mandat an, aber, nachdem er in einer kurzen Rede seine konstitutionellen Grundsätze dargelegt hatte, kündigte er die Niederlegung seines Abgeordnetenmandats an und kehrte nach Potsdam zurück. Im September ernannte der König auf seinen Vorschlag einige Minister des neuen gegenrevolutionären Ministeriums des Generals [Ernst von Pffel](#).

Am 8. Juni 1849 ernannte der [Reichsverweser Johann von Österreich](#) Wilhelm zum Oberkommandierenden der „Operationsarmee in [Baden](#) und in der [Pfalz](#)“, die aus den preußischen Korps [Hirschfeld](#) und [Groeben](#) und dem [Neckarkorps](#) des Deutschen Bundes bestand. Aufgabe war die Niederschlagung der Revolutionen in der [Pfalz](#) und in [Baden](#). Nachdem Wilhelm am 12. Juni bei [Ingelheim](#) einem ersten [Attentat](#) entgangen war, unterwarf die Operationsarmee in wenigen Wochen die Aufständischen. Seit dem Feldzug gehörte der damalige Stabschef Hirschfelds und spätere Heeresreformer [Albrecht von Roon](#) zu Wilhelms persönlichem Umkreis. Mit der Einnahme der [Festung Rastatt](#), der letzten [Bastion](#) der Revolutionäre, wurde zugleich auch die Märzrevolution in Deutschland endgültig niedergeschlagen. Die Siegesfeier fand mit dem gemeinsamen Einzug des Großherzogs [Leopold von Baden](#) und Wilhelms am 19. August in [Karlsruhe](#) statt.

Koblenzer Jahre

Am 12. Oktober zog er an der Spitze von Truppen, die in Baden gekämpft hatten, in Berlin ein und wurde zum Generalgouverneur der [Rheinprovinz](#) und der [Provinz Westfalen](#) ernannt. Seinen Wohnsitz nahm er in [Koblenz](#), der Hauptstadt der Rheinprovinz.^[5] 1854 wurde er zugleich [Generaloberst](#) der Infanterie mit dem Rang eines [Generalfeldmarschalls](#) und [Gouverneurs](#) der [Festung Mainz](#).

In Koblenz residierten Augusta und Wilhelm von Preußen gemeinsam von 1850 bis 1858 im [Kurfürstlichen Schloss](#). Insbesondere Prinzessin Augusta fühlte sich in dieser Stadt wohl; hier hatte sie endlich die Gelegenheit, ein Hofleben zu gestalten, wie sie es aus ihrer Kindheit am Weimarer Hof gewöhnt war. Ihr Sohn [Friedrich](#) studierte im nahen [Bonn](#) Rechtswissenschaften und war damit der erste preußische Thronfolger, der eine akademische Ausbildung erhielt. Auch daran war Augustas Einfluss maßgeblich beteiligt.

Am Koblenzer Hof verkehrten insbesondere auf das Betreiben von Prinzessin Augusta hin liberale Menschen wie der Historiker [Maximilian Duncker](#), die Rechtsprofessoren [Moritz August von Bethmann-Hollweg](#) und [Clemens Theodor Perthes](#) sowie [Alexander von Schleinitz](#).^[5] Auch Wilhelm nahm unter dem Eindruck der 1848er Revolte eine politisch gemäßigtere Haltung an, die bei seinem regierenden Bruder auf Unwillen stieß. Kritisch wurde Prinzessin Augustas tolerante Haltung gegenüber dem Katholizismus beobachtet, die in der Koblenzer Zeit besonders offensichtlich wurde – eine Haltung, die man in einer Zeit, als die religiöse Konfession noch eine große Bedeutung hatte, bei einer preußisch-protestantischen Prinzessin als unpassend empfand.

Neue Ära

Die früher dem Prinzen ungünstige Stimmung war infolge seiner Zurückhaltung gegenüber den extremen Positionen der politischen und kirchlichen Reaktion und des Junkertums so sehr in das Gegenteil umgeschlagen, dass er, besonders seit den Verwicklungen mit [Österreich](#) und seit dem [Krimkrieg](#), als Hauptvertreter der Machtstellung [Preußens](#) galt, und dass alle Hoffnungen der patriotischen und liberalen Partei sich ihm zuwandten, als er während der Erkrankung des Königs am 23. Oktober 1857 als dessen Stellvertreter und ab 7. Oktober 1858 als Prinzregent an die Spitze der Regierung trat. Nachdem er am 26. Oktober gemäß Art. 58 der [Preußischen Verfassung](#) den Eid auf die Verfassung geleistet hatte, berief er am 5. November das [liberale Ministerium Karl Anton Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen](#) („[Neue Ära](#)“) und legte am 8. November in einem Erlass an dieses seine Regierungsgrundsätze und Ziele dar.

Zwar betonte er, dass von einem Bruch mit der Vergangenheit nicht die Rede sein könne; er erklärte sich aber entschieden gegen alle Scheinheiligkeit und Heuchelei; ebenso sprach

er sich dagegen aus, dass Preußen sich in der auswärtigen Politik fremden Einflüssen hingeebe, vielmehr müsse es durch eine weise Gesetzgebung, Hebung aller sittlichen Elemente und Ergreifung von Einigungsmomenten in Deutschland Eroberungen zu machen suchen. Diese Aussagen fanden im Volk und bei dem neu gewählten, überwiegend liberalen Abgeordnetenhaus Beifall, da vor allem der Einfluss der kirchlichen Reaktion und die [russische](#) Politik Friedrich Wilhelms IV. Unwillen hervorgerufen hatten, und wurden fast allein beachtet; viel zu wenig dagegen die Worte des Prinzen, in denen er von der notwendigen Heeresreform und den dazu erforderlichen Geldmitteln sprach, da Preußens Heer mächtig und angesehen sein müsse, wenn Preußen seine Aufgabe erfüllen solle.

Dies sah der Prinz als seine Hauptaufgabe an, und der Verlauf der Ereignisse von 1859, als die [Mobilmachung](#) auf große Schwierigkeiten stieß und bedeutende Mängel im Heerwesen aufdeckte, konnte ihn nur darin bestärken. Die Majorität des Abgeordnetenhauses war jedoch nicht bereit, im Vertrauen auf des Prinzen konstitutionelle und deutsch-nationale Gesinnung und Politik die Mehrkosten der 1860 eingebrachten durchgreifenden Heeresreorganisation definitiv zu bewilligen.

Freimaurerei

Wilhelm wurde als Prinz von Preußen am 22. Mai 1840 in einer gemeinsamen Veranstaltung aller preußischer [Großlogen](#) ([Große Landesloge](#), [Große National-Mutterloge](#), [Royal York zur Freundschaft](#)) in die [Freimaurerei](#) aufgenommen. Die Aufnahme leitete der damalige Ordens-Unterarchitekt [Wilhelm Ludwig Viktor Graf Henckel von Donnersmarck](#) im Namen der Großen Landesloge. Wilhelms Vater stimmte dem unter der Bedingung zu, dass er auch das Protektorat über die drei Großlogen übernahm, das 1774 [Friedrich der Große](#) begründet hatte.

Am 22. Oktober 1840 wurde Prinz Wilhelm in das Ordenskapitel „Indissolubilis“ aufgenommen, ebenfalls durch Graf Henckel von Donnersmarck, da der amtierende Ordensmeister erkrankt war.

Am 26. Dezember 1841 wurde Prinz Wilhelm zum Ordens-Unterarchitekten, dem dritthöchsten Amt innerhalb der Großen Landesloge, ernannt. Er legte das Amt aber am 15. Juli 1842 nieder, um seine Neutralität als Protektor gegenüber den anderen beiden Großlogen nicht zu gefährden.

König von Preußen



Karikatur Wilhelms I. von [Thomas Nast](#)

Krönung in Königsberg



Krönung Wilhelms I. zum König in Königsberg,
Gemälde von [Adolph Menzel](#), 1861

Nach dem Tod seines Bruders Friedrich Wilhelm IV. am 2. Januar 1861 bestieg Wilhelm den preußischen Thron. Mit der von ihm selbst auf eigene Kosten veranstalteten Krönung meinte Wilhelm einen Kompromiss zwischen der nicht in der Verfassung vorgesehenen, aber von ihm gewünschten Erb[huldigung](#), und der dort vorgeschriebenen Eidesleistung im Parlament gefunden zu haben.^[10] Im *Aufruf an mein Volk* vom 8. Januar 1861 bekräftigte er seine Treue zum Eid auf die Verfassung, den er bereits 1858 als Prinzregent abgelegt hatte. Am 18. Oktober 1861 fand die prachtvolle Krönungsversammlung in [Königsberg](#) in der [Schlosskirche](#) statt.

Wilhelm setzte sich selbst die Krone aufs Haupt, nahm das Zepter und das Reichsschwert vom Altar und hob sie mit ausgestreckten Armen in die Höhe. Diesen Moment, den Höhepunkt der Krönung, stellte [Adolph Menzel](#) in seinem Gemälde „Krönung Wilhelms I.“ dar (in gleicher Weise zeigte später eine Statue den König auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz in Königsberg). Eine [Salbung](#) hatte nicht stattgefunden. Danach krönte er seine Frau zur Königin. Zum Abschluss der Feiern sagte Wilhelm im Thronsaal des [Königsberger Schlosses](#): „Von Gottes Gnaden tragen Preußens Könige seit 160 Jahren die Krone. Nachdem durch zeitgemäße Einrichtungen der Thron umgeben ist, besteige ich als erster König denselben. Aber eingedenk, daß die Krone nur von Gott kommt, habe ich durch die Krönung an geheiligter Stätte bekundet, daß ich sie in Demut aus seinen Händen empfangen habe.“^[11]

Politik als König



[Otto von Bismarck](#)

Die Neuwahlen am 6. Dezember 1861 wurden durch die neu gegründete Deutsche Fortschrittspartei sehr deutlich gewonnen (auf Antrieb mit 104 Abgeordneten in der Kammer). Mit dem Rücktritt des Ministeriums der Neuen Ära (17. März 1862), das der König fallen ließ, weil es im Abgeordnetenhaus die Bewilligung der Mittel für die tatsächlich bereits durchgeführte Heeresreorganisation nicht erreichen konnte, begann der [Verfassungskonflikt](#). Der König hielt zäh an der Heeresreform fest, auch weil er die staatsrechtliche Grundsatzfrage des Verhältnisses von König und Parlament berührt sah. Da er sich in seinen Machtbefugnissen als [souveräner](#) Herrscher in Frage gestellt sah, dachte er zeitweise sogar an Abdankung. Die entsprechende Urkunde war bereits unterzeichnet, als Otto von Bismarck – auf Initiative des Kriegsministers [Albrecht von Roon](#) – den König von diesem Schritt abhielt. Bismarck erklärte sich bereit, als Ministerpräsident auch ohne genehmigten Haushalt ([Lückentheorie](#)) zu regieren und die Heeresreform durchzusetzen.

Durch die Ernennung [Bismarcks](#) zum preußischen Ministerpräsidenten am 23. September 1862 und die Unterstützung seines Ministeriums gegen das Abgeordnetenhaus verlor der König seine frühere Popularität, wie sich besonders bei den 50-jährigen Erinnerungsfesten an die Befreiungskriege 1863 und an die Vereinigung verschiedener Provinzen mit Preußen 1865 zeigte. Während zugleich die Reformen im Innern völlig stockten, ja vielfach ein schroffes Polizeiregiment zur Herrschaft kam, ließ sich der König von Bismarck zu einer entschiedenen Politik in der deutschen Frage bestimmen. Erfolge in der Deutschlandpolitik sollten von dem autoritären Regiment im Inneren ablenken und die politischen Gegner mit der Zeit ins eigene Lager ziehen.

Im Jahr 1866 bot die durch den gewonnenen Deutschen Krieg ausgelöste patriotische Begeisterung eine günstige Gelegenheit zur Beendigung des Verfassungskonflikts. Durch die [Indemnitätsvorlage](#) von 1866 genehmigte der preußische Landtag nachträglich die Staatshaushalte seit 1862. Wilhelm lenkte wieder stärker in liberale Bahnen ein. Die verhassten Minister der Konfliktperiode wurden entlassen und machten Anhängern einer freisinnigen Reform Platz. Mit der Gründung des [Norddeutschen Bundes](#) vom 1. Juli 1867 wurde Wilhelm der Inhaber des [Bundespräsidiums](#).

Einigungskriege



Nach der Schlacht bei Königgrätz, Gemälde von [Emil Hünten](#), 1886



Nach der Schlacht bei Sedan, Gemälde von [Carl Steffek](#), 1884

Die erste Gelegenheit zu Erfolgen in der Deutschlandpolitik bot der [Deutsch-Dänische Krieg](#) von 1864, in dem Preußen und Österreich gemeinsam als Wahrer deutscher Interessen in den mit Dänemark verbundenen Herzogtümern Schleswig und Holstein auftraten. Wie von Bismarck kalkuliert, kam es nach dem Sieg über die weitere Behandlung Schleswig-Holsteins zum Konflikt mit Österreich, mit dem Preußen damals noch immer um die Führung im [Deutschen Bund](#) konkurrierte. Der König erhielt das Siegestelegramm von der [Schlacht bei Düppel](#) auf der Rückfahrt von einer Truppeninspektion auf dem [Tempelhofer Feld](#). Augenblicklich kehrte er um, um den Soldaten die Siegesbotschaft zu verkünden. Im Anschluss fuhr er zum Kriegsschauplatz, wo er am 21. April 1864, bei einer Parade auf einer Koppel zwischen [Gravenstein](#) und [Atzbüll](#), den „Düppelstürmern“ persönlich dankte.^[12]

Obwohl Wilhelm zunächst nur widerstrebend Bismarcks Politik gefolgt war, eine kriegerische Entscheidung gegen Österreich zu suchen, übernahm er im [Deutschen Krieg](#) von 1866 selbst den Oberbefehl über das Heer und errang dank der überlegenen [strategischen](#) Planung des Generalstabschefs [Helmuth von Moltke](#) den kriegsentscheidenden Sieg in der [Schlacht von Königgrätz](#). Bei den Friedensverhandlungen folgte er wiederum Bismarcks Rat und verzichtete, wenn auch ungern, auf die [Annexion Sachsens](#), um Bismarcks deutsche Einigungspläne nicht zu durchkreuzen.

Im [Deutsch-Französischen Krieg](#) von 1870/71 übernahm Wilhelm wieder den Oberbefehl über die gesamte in Frankreich einrückende Armee, befehligte selbst bei [Gravelotte](#) und bei der [Schlacht bei Sedan](#); zudem leitete er von Oktober 1870 bis März 1871 von [Versailles](#) aus nominell die militärischen Operationen und die politischen Verhandlungen über die Gründung des Deutschen Reichs. Tatsächlich spielte auch hierbei Bismarck die wesentliche Rolle. Im November 1870 unterzeichnete der bayerische König [Ludwig II.](#) den von Bismarck verfassten [Kaiserbrief](#). Wilhelm war nur schwer davon zu überzeugen, Preußen künftig in einem gesamtdeutschen Nationalstaat aufgehen zu lassen, auch wenn er selbst an dessen Spitze treten sollte. Der Annahme des Titels [Deutscher Kaiser](#) widersetzte er sich noch bis zum Vorabend der Kaiserproklamation im [Spiegelsaal von Versailles](#), die am 18. Januar 1871 stattfand.

Deutscher Kaiser

Proklamation in Versailles



Proklamierung des Deutschen Kaiserreiches, Gemälde von [Anton von Werner](#), 1885

Durch die [Kaiserproklamation](#), die am 18. Januar 1871, dem 170. Jahrestag der [Königskrönung Friedrichs III. von Brandenburg](#), im Spiegelsaal des [Schlosses von Versailles](#) stattfand, nahm Wilhelm für sich und seine Nachfolger zur Krone Preußens den Titel eines *Deutschen Kaisers* an und versprach, „allzeit Mehrer des Deutschen Reichs zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiet nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung“. Der Proklamation war ein erbitterter Streit über den Titel zwischen Bismarck und König Wilhelm vorausgegangen. Wilhelm fürchtete, dass die deutsche Kaiserkrone die preußische Königskrone überschatten würde. Am Vorabend der Proklamation meinte er:

„Morgen ist der unglücklichste Tag meines Lebens! Da tragen wir das preußische Königtum zu Grabe.“

– Wilhelm I.

Wilhelm war wenig motiviert, Kaiser zu werden; er achtete den Titel des preußischen Königs höher. Ob er nun „Deutscher Kaiser“ oder „Kaiser von Deutschland“ heißen sollte, blieb unentschieden. Der badische Großherzog [Friedrich I.](#), sein Schwiegersohn, löste das Problem, das noch am Morgen der Proklamation ungeklärt war, indem er einfach ein Hoch auf „Kaiser Wilhelm“ ausbrachte und die heikle Titelfrage umging.^[13] Letztlich blieb es bei der von Bismarck mit Rücksicht auf die deutschen Fürsten gewählten Bezeichnung „Deutscher Kaiser“. Der Kaiser war so verbittert, dass er Bismarck nicht einmal die Hand gab. Am 16. Juni 1871 hielt er seinen glänzenden Einzug in Berlin.

Politik als Kaiser



Wilhelm I. in Uniform mit Orden und [Pickelhaube](#), 1884

Wilhelm akzeptierte aber letztlich, dass die Politik des neuen Deutschen Reiches von Bismarck bestimmt wurde. Das zeigen ihm zugeschriebene Aussprüche wie „Bismarck ist wichtiger“ oder:

„Es ist nicht leicht, unter einem solchen Kanzler Kaiser zu sein.“

– Wilhelm I. ^[14]

In Übereinstimmung mit Bismarck war er bemüht, den äußeren Frieden durch Bündnisse mit den Nachbarmächten (außer Frankreich) zu sichern. Zu diesem Zweck brachte er im September 1872 in Berlin im sogenannten [Dreikaisertreffen](#) den [Dreikaiserbund](#) zwischen dem [Deutschen Reich](#), Russland und [Österreich-Ungarn](#) zustande, der die beiden letzteren Mächte einander annäherte und Frankreich politisch isolierte. Besuche des Kaisers in St. Petersburg und Wien 1873 und in Mailand 1875 dienten der weiteren Unterstützung dieser außenpolitischen Annäherung.

Eine andere – vor allem ehrenvolle – außenpolitische Aufgabe fiel dem Kaiser 1871 zu, als er um Vermittlung zwischen den [USA](#) und [Großbritannien](#) im sogenannten [Schweinekonflikt](#) gebeten wurde. Mit seiner Entscheidung vom 21. Oktober 1872 zugunsten der USA beendete er den bereits seit 13 Jahren andauernden Grenzkonflikt zwischen dem US-Bundesstaat [Washington](#) und dem kanadischen [British Columbia](#). 1878 begründete Wilhelm die [Generalstabsstiftung](#).

Späte Jahre und Tod



Trauerzug für Wilhelm I. im [Berliner Lustgarten](#), 1888

Wilhelm, der im hohen Alter hohe Popularität genoss und für viele das *alte Preußen* verkörperte, starb nach kurzer Krankheit im [Dreikaiserjahr](#) am 9. März 1888 im [Alten Palais Unter den Linden](#) und wurde am 16. März im [Mausoleum im Schlosspark Charlottenburg](#) beigesetzt.

Aus Sympathie der Deutschen zu Kaiser Wilhelm wurde die Zeile „Wir wollen unseren alten Kaiser Wilhelm wieder haben“ zur Melodie des 1875 von [Richard Henrion](#) komponierten [Fehrbelliner Reitermarschs](#) gesungen.

Sein Ausspruch „Ich habe keine Zeit müde zu sein“ wurde zum Synonym für Pflichterfüllung bis zum letzten Augenblick und wurde später zum geflügelten Wort. Dies sollen die letzten zusammenhängenden Worte gewesen sein, die Wilhelm I. an seinem Todestag äußerte.

[Michel Lock](#) schuf 1891 [eine Skulpturen-Gruppe](#) mit dem in einem Lehnstuhl sitzenden und sterbenden Wilhelm I.

Ziel von Attentaten

Am 12. Juni 1849 entging Wilhelm bei [Ingelheim](#) einem ersten [Attentat](#).

Am 14. Juli 1861 verübte der Student [Oskar Becker](#) in [Baden-Baden](#) ein Attentat auf Wilhelm, verwundete ihn aber nur leicht am Hals.

Am 11. Mai 1878 feuerte der arbeitslose, sich in Berlin aufhaltende Klempnergeselle [Max Hödel](#), als der Kaiser mit seiner Tochter, der Großherzogin von Baden, in offenem Wagen durch die Straße Unter den Linden fuhr, mit einem Revolver mehrere Schüsse gegen ihn ab, von denen nicht einer traf.^[15] Weil sich unter den Mitgliedskarten mehrerer politischer Parteien, die er bei seiner Festnahme bei sich hatte, auch eine der Sozialdemokratie befand, nahm Bismarck dies am 24. Mai zum Anlass, im Reichstag ein „Gesetz zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen“ zu beantragen. Dieser Gesetzesantrag fand jedoch keine Mehrheit im Reichstag. Kronprinz Friedrich, der für den nach dem Nobiling-Attentat am 2. Juni 1878 schwer verletzten Kaiser die Stellvertretung übernommen hatte, bestätigte im August das Todesurteil gegen Hödel.^[16]

Drei Wochen später am Sonntag, dem 2. Juni 1878, feuerte ein anderer Attentäter an fast der gleichen Stelle, noch bevor sich die Aufregung über das vorherige Attentat gelegt hatte, aus einem Fenster des Hauses Unter den Linden Nr. 18 zwei Flintenschüsse gegen Wilhelm ab, als dieser allein in den Tiergarten fuhr. Der Kaiser wurde von dreißig Schrotkörnern an Kopf und Armen getroffen und so schwer verwundet, dass er zwei Tage später den Kronprinzen [Friedrich Wilhelm](#) zum Stellvertreter ernannte. Er überlebte nur durch die sein Haupt schützende Pickelhaube. Der Täter, [Karl Eduard Nobiling](#), ein junger promovierter Landwirt, wurde gefasst, nachdem er Selbstmord versucht und sich dabei schwer verletzt hatte.^[17]

Die Empörung über diese Attentate nutzte Bismarck, um im Reichstag das [Sozialistengesetz](#) durchzubringen, indem er verbreiten ließ, dass für beide Attentate letztlich die Sozialdemokratie verantwortlich sei. Die Wahrscheinlichkeit, dass Nobiling geistesgestört war, wurde von vielen als hoch eingeschätzt. Nach seinen eigenen Angaben war ihm nur daran gelegen, bekannt zu werden.

Wilhelm I. erholte sich nur langsam und kehrte nach längerem Aufenthalt in Baden und [Wiesbaden](#) am 5. Dezember nach Berlin zurück, wo er die Regierung wieder übernahm. Im Juli wurde aus Anlass seiner „glücklichen Errettung“ im ganzen Reich die [Kaiser-Wilhelms-Spende](#) aus den Gaben von knapp 12 Millionen Spendern gesammelt. Der Ertrag von über 1,7 Millionen [Mark](#) bildete das Stammkapital einer freiwilligen Altersrenten- und [Kapitalversicherung](#) für „gering bemittelte Klassen“. Der Schock des Attentats stärkte wider Erwarten die schwächelnde Gesundheit des Kaisers. Wilhelm nannte Nobiling später „seinen besten Arzt“.

Bei der Einweihung des [Niederwalddenkmals](#) am 28. September 1883 in [Rüdesheim](#) bereiteten [Anarchisten](#) um [August Reinsdorf](#) ein [Attentat](#) mit [Dynamit](#) auf Wilhelm I. vor. Wegen des feuchten Wetters versagte aber der Zünder.

Denkmäler und Ehrungen

Zwischen 1867 und 1918 wurden im deutschsprachigen Raum mehr als 1000 [Kaiser-Wilhelm-Denkmäler](#) errichtet, die primär oder sekundär dem Andenken des Kaisers gewidmet waren. Zu den bekanntesten und größten gehören das [Kyffhäuserdenkmal](#) (1896), das [Kaiser-Wilhelm-Denkmal an der Porta Westfalica](#) (1896) und das Kaiser-Wilhelm-Denkmal am [Deutschen Eck](#) in Koblenz (1897). Bei vielen dieser Denkmäler geht es allerdings nicht allein um die Person Wilhelms I., sondern oft auch darum, ihn in seiner Rolle als „Reichsgründer“ und ersten [Deutschen Kaiser](#) zu verherrlichen. Beim offiziellen [Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmal](#) in Berlin (1897) steht Wilhelm I. schließlich stellvertretend für den monarchischen Nationalstaat im Sinne des [Wilhelminismus](#).^[18]

[Carl Koldewey](#), der Leiter der [Ersten Deutschen Nordpolar-Expedition](#), benannte eine Insel in der [Hinlopenstraße](#) ([Spitzbergen](#)) 1868 [Wilhelm-Insel](#).

1869 wurde dem preußischen Kriegsmarinehafen an der Nordsee der Name [Wilhelmshaven](#) gegeben, die Drehbrücke über den Hafen wurde [Kaiser-Wilhelm-Brücke](#) genannt. Der 1895 eröffnete [Nord-Ostsee-Kanal](#) hieß bis 1948 Kaiser-Wilhelm-Kanal. Der [Spornunnel](#) bei [Cochem](#) auf der [Moselstrecke](#) heißt seit seiner Eröffnung 1877 [Kaiser-Wilhelm-Tunnel](#). Im selben Jahr wurde die 1872 in [Straßburg](#) gegründete [Kaiser-Wilhelms-Universität](#) nach ihm benannt.

Verschiedene Schiffe erhielten seinen Namen: Kombischiff [König Wilhelm I.](#) (1871), Salonschiff auf dem Bodensee [Kaiser Wilhelm](#) (1871), Raddampfer [Kaiser Wilhelm](#) (1887), Passagierschiff [Kaiser Wilhelm der Große](#) (1897), Panzerschiff [SMS Kaiser Wilhelm der Große](#) (1898).

Vom 21. bis 23. März 1897 fand die sogenannte [Centenarfeier](#) (Hundertjahrfeier) zum einhundertsten Geburtstag statt.^[19] Anlässlich dieses Jubiläums wurde unter anderem die [Zentenarmedaille](#) verliehen, das „Deutsche Centenar-Sportfest“ veranstaltet und der Grundstein für das [Sportdenkmal Berlin-Grünau](#) gelegt. Aus diesem Anlass wurde auch der [Spandauer](#) Ortsteil Potsdamer Vorstadt in [Wilhelmstadt](#) umbenannt.

Der Versuch seines Enkels [Kaiser Wilhelm II.](#), seinen Großvater mit dem Titel „der Große“ auszuzeichnen, fand in der Bevölkerung ebenso wenig Widerhall wie in der [Historiographie](#).^[20]

Siehe auch: [Liste der Kaiser-Wilhelm-I.-Denkmäler](#)

https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Kaiser-Wilhelm-I.-Denkm%C3%A4ler

[Wird hier ausgespart! Vielleicht für später!]



Wilhelm I. in Zivil, nach 1871



Kaiser Wilhelm I. mit Sohn, Enkel und Urenkel, 1882

Literatur

- [Wilhelm Jordan](#): *Kaiser Wilhelm I.* Frankfurt am Main 1896.
- [Erich Marcks](#): *Wilhelm I.* In: *Allgemeine Deutsche Biographie* (ADB). Band 42, Duncker & Humblot, Leipzig 1897, S. 517–692.
- [Kurt von Priesdorff](#): *Soldatisches Führertum*. Band 7, Hanseatische Verlagsanstalt Hamburg, o. O. [Hamburg], o. J. [1937], S. 31–51, Nr. 2143.
- [Franz Herre](#): *Kaiser Wilhelm I. Der letzte Preuße*. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1980, [ISBN 3-462-01409-9](#).
- [Karl Heinz Börner](#): *Wilhelm I. Deutscher Kaiser und König von Preußen. Eine Biographie*. Akademie, Berlin 1984.
- Günter Richter: *Kaiser Wilhelm I.* In: [Wilhelm Treue](#) (Hrsg.): *Drei deutsche Kaiser. Wilhelm I. – Friedrich III. – Wilhelm II. Ihr Leben und ihre Zeit 1858–1918*. Ploetz, Freiburg, Würzburg 1987, [ISBN 3-87640-192-5](#), S. 14–75.
- [Hellmut Seier](#): *Wilhelm I. Deutscher Kaiser 1871–1888*. In: [Anton Schindling](#), [Walter Ziegler](#) (Hrsg.): *Die Kaiser der Neuzeit, 1519–1918: Heiliges Römisches Reich, Österreich, Deutschland*. C. H. Beck, München 1990, [ISBN 3-406-34395-3](#), S. 395–409 ([Vorschau](#)).
- [Jürgen Angelow](#): *Wilhelm I. (1861–1888)*. In: [Frank-Lothar Kroll](#) (Hrsg.): *Preußens Herrscher. Von den ersten Hohenzollern bis Wilhelm II.* Beck, München 2006, S. 242–264.
- [Guntram Schulze-Wegener](#): *Wilhelm I. Deutscher Kaiser, König von Preußen, Nationaler Mythos*. Mittler, Hamburg 2015, [ISBN 978-3-8132-0964-8](#) ([Rezension](#)).
- [Robert-Tarek Fischer](#): *Wilhelm I. Vom preußischen König zum ersten Deutschen Kaiser*. Böhlau, Köln 2020, [ISBN 978-3-412-51926-1](#)

Weblinks



[Commons: Wilhelm I.](#) – Album mit Bildern, Videos und Audiodateien



[Wikisource: Wilhelm I.](#) – Quellen und Volltexte

- [Literatur von und über Wilhelm I.](#) im Katalog der [Deutschen Nationalbibliothek](#)
- [Werke von und über Wilhelm I.](#) in der [Deutschen Digitalen Bibliothek](#)
- [Zeitungsartikel über Wilhelm I.](#) in der [Pressemappe 20. Jahrhundert](#) der [ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft](#).
- Dorlis Blume: [Wilhelm I.](#). Tabellarischer Lebenslauf im [LeMO](#) ([DHM](#) und [HdG](#)) , 10. September 2014
- [Wilhelm <Deutsches Reich, Kaiser, I.>: 1797–1888](#), Eintrag in der [Deutschen Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften](#)
- [Wilhelm I.](#) – Deutsche Biographie
- [Wilhelm I. von Preußen](#) – rbb Preußen-Chronik
- Christian Feldmann: [Kaiser Wilhelm I. - Der letzte Preuße Bayern 2 Radiowissen](#). Ausstrahlung am 18. Januar 2021 (Podcast)
- Jörg Beuthner: [22.03.1797 - Geburtstag von Kaiser Wilhelm I. WDR ZeitZeichen](#) vom 22. März 2017. (Podcast)

Einzelnachweise

1.

- Kurt Jagow: *Wilhelm und Elisa. Die Jugendliebe des Alten Kaisers*. K. F. Koehler, Leipzig 1930, passim.
- □ Zur „Feuertaufe“ Wilhelms siehe [Franz Herre](#): *Kaiser Wilhelm I. Der letzte Preuße*. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1980, [ISBN 3-462-01409-9](#), S. 70 f.
- □ Wolfram Letzner: *Berlin – eine Biografie. Menschen und Schicksale von den Askanern bis Helmut Kohl und zur Hauptstadt Deutschlands*. Nünnerich Asmus, Mainz 2016, [ISBN 978-3-945751-37-4](#).
- □ [Jürgen Angelow](#): *Wilhelm I. (1861–1888)*. In: [Frank-Lothar Kroll](#) (Hrsg.): *Preußens Herrscher. Von den ersten Hohenzollern bis Wilhelm II*. Beck, München 2000, [ISBN 3-406-46711-3](#), S. 242–264, hier: S. 248.
- □ Dorlis Blume: [Wilhelm I.](#) Tabellarischer Lebenslauf im [LeMO](#) ([DHM](#) und [HdG](#))
- □ [Guntram Schulze-Wegener](#): *Wilhelm I. Deutscher Kaiser – König von Preußen – Nationaler Mythos*. Mittler, Berlin 2015, S. 189–191.
- □ Günter Richter: *Kaiser Wilhelm I.*, in: Wilhelm Treue (Hrsg.): *Drei Deutsche Kaiser, Wilhelm I. – Friedrich III. – Wilhelm II. Ihr Leben und ihre Zeit*. Köln, (Ploetz Handbücher der Geschichte) S. 15–80, hier: S. 27 ff.
- Peter Mast: *Wilhelm I.* In: Gerhart Hartmann, Karl Schnith (Hrsg.): *Die deutschen Kaiser. 1200 Jahre europäische Geschichte*. Wiesbaden 2006, S. 747–761.
- Christopher Clark: *Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600–1947*. München 2007, S. 536–582.
- □ [Gerd Heinrich](#) (Hrsg.): *Karl Ludwig von Prittwitz. Berlin 1848*. de Gruyter, Berlin/New York 1985 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Band 60), [ISBN 3-11-008326-4](#), S. 421.
- □ Günter Richter: *Zwischen Revolution und Reichsgründung*. In: Wolfgang Ribbe (Hrsg.): *Geschichte Berlins*. Band 2: *Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart*. Beck, München 1987, S. 616.
- □ Zu Sinn, Vorbereitung und Ablauf der Krönung Wilhelms I. siehe [Iselin Gundermann](#): *Via Regia. Preußens Weg zur Krone. Ausstellung des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz 1998*. Duncker und Humblot, Berlin 1998, [ISBN 3-428-09454-9](#), S. 95–175.
- □ [Hermann Robolsky](#): [Das Testament Kaiser Wilhelms I. Eine Festschrift zum hundertjährigen Geburtstage des ersten Hohenzollern-Kaisers](#). Berlin 1897, S. 21.
- □ [Theodor Fontane](#): *Der schleswig-holsteinische Krieg im Jahr 1864*, Berlin 1866, ([S. 254 ff. books.google](#)); [Alfred Cramer](#): *Geschichte des Infanterie-Regiments Prinz Friedrich der Niederlande (2. Westfälisches) Nr. 15*. Verlag R. Eisenschmid, Verlagsbuchhandlung für Militärwissenschaft, Berlin 1910.
- □ [Hermann Oncken](#): *Grossherzog Friedrich I. von Baden und die deutsche Politik von 1854 bis 1871*. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1898, abgedruckt in: Martin Wein (Hrsg.): *Ich kam, sah und schrieb – Augenzeugenberichte aus fünf Jahrtausenden*. DTV, München 1964.
- □ [Ludwig Bamberger](#): *Bismarck posthumus*. Berlin 1899, S. 8 ([books.google](#)).
- □ [Der Mordversuch gegen den deutschen Kaiser Wilhelm I. am 11. Mai 1878](#). Wikisource
- □ Zur Bestätigung des Todesurteils durch den Kronprinzen sowie zur Position des Kaisers, der sich bei seinem Sohn hierfür bedankte, siehe Marcus Mühlwinkel: *„Fürst, sind Sie unverletzt?“ Attentate im Kaiserreich 1871–1914*. Schöningh Verlag, Paderborn 2014, S. 143 f.
- □ [Der Mordversuch gegen den deutschen Kaiser Wilhelm I. am 2. Juni 1878](#). Wikisource
- □ Thomas Nipperdey: *Nationalidee und Nationaldenkmal in Deutschland im 19. Jahrhundert*. In: Theodor Schieder, Walther Kienast (Hrsg.): *Historische Zeitschrift*. Bd. 206, München 1968, S. 543–544.

□ □ *Feier des hundertsten Geburtstages Seiner Majestät des hochseeligen Kaisers Wilhelms des Großen* (Ministerialerlass vom 3. d. M. [März 1897] – IVa A 1547). In: Eisenbahndirektion Mainz (Hrsg.): *Sammlung der herausgegebenen Amtsblätter*. Jg. 1897, Bekanntmachung Nr. 23, S. 59.

20. □ Andreas Rose: [Wilhelm I. – ein Großer? „Verweigerter Größe“ – Kaiser Wilhelms I.](#) Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg.

Vorgänger	Amt	Nachfolger
Friedrich Wilhelm IV.	König von Preußen 1861–1888	Friedrich III.
—	Präsident des Norddeutschen Bundes 1867–1871	—
—	Deutscher Kaiser 1871–1888	Friedrich III.

Normdaten (Person): [GND: 118632884](#) | [LCCN: n80149385](#) | [NDL: 00795186](#) | [VIAF: 43148190](#) | [Wikipedia-Personensuche](#)

[Kategorien:](#)

- [Kaiser \(Deutsches Reich\)](#)
- [König \(Preußen\)](#)
- [Regent](#)
- [Opfer eines Attentats](#)
- [Friedrich Wilhelm III. \(Preußen\)](#)
- [Namensgeber für ein Schiff](#)
- [Luise von Mecklenburg-Strelitz](#)
- [Augusta von Sachsen-Weimar-Eisenach](#)
- [Wilhelm I. \(Deutsches Reich\)](#)
- [Gouverneur \(Mainz\)](#)
- [Generaloberst \(Königreich Preußen\)](#)
- [Person in den Koalitionskriegen \(Preußen\)](#)
- [Person im Deutsch-Dänischen Krieg \(Preußen\)](#)
- [Person im Deutschen Krieg](#)
- [Person im Deutsch-Französischen Krieg](#)
- [Freimaurer \(19. Jahrhundert\)](#)
- [Freimaurer \(Deutschland\)](#)
- [Ritter des Schwarzen Adlerordens](#)
- [Träger des Großkreuzes des Eisernen Kreuzes](#)
- [Träger des Großkreuzes des Roten Adlerordens](#)
- [Träger des Großkreuzes des Pour le Mérite](#)
- [Träger des Hausordens von Hohenzollern](#)
- [Ritter des Hosenbandordens](#)
- [Träger des Elefanten-Ordens](#)
- [Großkreuz des Militär-St.-Heinrichs-Ordens](#)
- [Träger des Militär-Karl-Friedrich-Verdienstordens \(Großkreuz\)](#)
- [Träger des Militär-Max-Joseph-Ordens \(Großkreuz\)](#)
- [Großkreuz des Großherzoglich Hessischen Ludwigsordens](#)

- [Träger des k.u. Sankt Stephans-Ordens \(Großkreuz\)](#)
- [Träger des Leopoldsordens \(Großkreuz\)](#)
- [Mitglied der Ehrenlegion \(Großkreuz\)](#)
- [Ritter des Annunziaten-Ordens](#)
- [Träger des Ordens der hl. Mauritius und Lazarus \(Großkreuz\)](#)
- [Träger des Ordens der Krone von Italien \(Großkreuz\)](#)
- [Träger des Ordens des Heiligen Andreas des Erstberufenen](#)
- [Träger des Ordens des Heiligen Georg](#)
- [Träger des Alexander-Newski-Ordens](#)
- [Träger des Seraphinenordens](#)
- [Träger des Nordstern-Ordens \(Großkreuz\)](#)
- [Träger des Weißen Adlerordens \(Kongresspolen\)](#)
- [Ritter des Ordens Karls XIII.](#)
- [Ritter des Ordens vom Goldenen Vlies \(Spanien\)](#)
- [Walhalla](#)
- [Hohenzoller \(Linie Brandenburg-Preußen\)](#)
- [Mitglied der Preußischen Nationalversammlung](#)
- [Ehrenmitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften](#)
- [Preuße](#)
- [Deutscher](#)
- [Geboren 1797](#)
- [Gestorben 1888](#)
- [Mann](#)

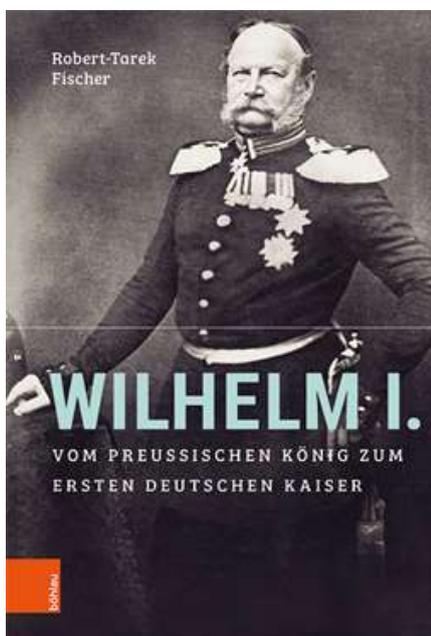
Diese Seite wurde zuletzt am 5. April 2021 um 04:05 Uhr bearbeitet.

Abgerufen am 04.05.2021, 17:00 Uhr

Rezension auf den folgenden Seiten aus:

AWR-Nr. 782 vom 14.01.2021 [\(Seiten 133 - 161\)](#)

http://www.westpreussen-berlin.de/Leitseiten_Rezensionen_AWR-Dateien/20210207_Leitseiten_Rezensionen_AWR_neu.htm



Robert-Tarek Fischer: Wilhelm I. Vom preußischen König zum ersten Deutschen Kaiser. (mit 25 schwarzweißen und mehrfarbigen Abb.). Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag (2020). 404 Seiten. ISBN 978-3-412-51926-1. € 35,00.

Mehr als nur Herrscher unter Bismarck
Neue Biographie setzt Wilhelm I. in günstigeres Licht

Nein, Wilhelm I. war doch nicht bloß ein historischer Nebenakteur, der von seinem Regierungschef Otto von Bismarck gelenkt wurde und der für zahlreiche Beobachter kaum mehr war als eine gekrönte Marionette, die sich zwar oftmals störrisch zeigte, sich letztlich aber dem großen Virtuosen der Politik Preußens und dann auch Deutschlands fügte. So etwa in Nikolsburg 1866, als Bismarck Wilhelm ganz dringend davon abriet, dem bei Königgrätz besiegten Österreich nach der Väter alter Sitte Territorien abzunehmen. Oder bei der Kaiserproklamation 1871, die Wilhelm in der von Bismarck vorgesehenen Form ganz und gar nicht gefiel. Dieses mehrfache Nachgeben trug wesentlich zu der Marginalisierung des Hohenzollernmonarchen bei, die zu DDR-Zeiten der marxistische Historiker Ernst Engelbert im ersten Band seiner Bismarck-Biographie mit folgender Bewertung Wilhelms I. boshaft-spöttisch auf die Spitze trieb: „Drei Kriege, drei Siege, dreimal gefeiert ein tumber Tor!“ Das ging nun entschieden zu weit, den grundehrlichen, aber keinen intellektuellen Überflieger darstellenden Wilhelm I. als einen Trottel hinzustellen, und so abschätzig hat sich meines Wissens auch kein anderer Historiker geäußert. Doch der Tenor war meist so, wie Wilhelm ihn selbst vorgab, als er darüber klagte, es sei nicht leicht, unter einem Kanzler wie Bismarck Kaiser zu sein. Diese (nicht zweifelsfrei belegbare) Aussage prägt noch bis heute weitgehend das Bild des ersten Deutschen Kaisers als eines Mannes, der von Fremden gesteuert wurde.

Neues Bild von Wilhelm I.

Derartige Einschätzungen will nun der 1965 geborene österreichische Historiker und Sachbuchautor Robert-Tarek Fischer, der als Ministerialbeamter seit vielen Jahren in Österreichs Bundeskanzleramt tätig ist, widerlegen und zeichnet ein günstigeres Bild Wilhelms I. Fischer ist nämlich der Auffassung, daß die bisherige Beurteilung des Monarchen dessen durchaus aktiver politischer Wirksamkeit nicht gerecht wird. Wiewohl auch laut Fischer an der Bedeutung Otto von Bismarcks als Ausnahmepolitiker nicht zu rütteln ist, ist es für den österreichischen Historiker zu wenig, „Wilhelm I. auf die Rolle eines Edelkomparsen zu reduzieren“, da der die preußisch-deutsche Geschichte in Summe doch wesentlich beeinflußt habe.

Fischer zeigt uns, daß Wilhelm alles andere als ein unpolitischer Mensch war und bereits in jungen Jahren in seinen Briefen eine große Zahl engagierter Kommentare zu politischen Ereignissen sowie zu Kardinalfragen der Politik in Preußen und Europa abgab. Wir können nachvollziehen, daß er – wengleich die historischen Fakten es nicht rechtfertigen – von seinen Zeitgenossen und noch lange danach als „Kartätschenprinz“ (in heutiger Diktion als „Hardliner“) gesehen wurde. Wilhelm war in der Tat ein so vehementer Verfechter des Absolutismus und hielt am Herrschertum von Gottes Gnaden so resolut fest, daß er 1848 beim Ausbruch der Revolution als einziger Spitzenvertreter der Dynastie der Hohenzollern ins Ausland fliehen mußte. Dies alles zeigt sein Biograph ebenso glaubhaft auf wie seine nach dieser tiefen Zäsur erfolgende Umorientierung, in deren Verlauf er moderatere Konzepte ersann, welche Stellung das monarchische Prinzip in einem konstitutionellen Staat einnehmen sollte.

Der neue Biograph Wilhelms I. unterteilt die unerwartet lange Herrschaft, die der Hohenzoller mit erst 60 Jahren antrat und die aufgrund seiner exorbitanten Rüstigkeit noch 30 Jahre andauerte, in drei Abschnitte, wovon der erste im Oktober 1857 begann: Damals

übernahm er ein Jahr lang die Stellvertretung seines älteren Bruders, des schwer erkrankten Königs Friedrich Wilhelm IV. Ein Jahr später, im Oktober 1858, leitete Wilhelm die bis ins Jahr 1862 reichende „Neue Ära“ ein, in der er als Prinzregent und ab 1861 als König ein Regiment führte, das an Selbstherrschaft grenzte. Damit war er es, der sozusagen „im Alleingang“ den preußischen Verfassungskonflikt entfachte und speziell durch sein dezidiertes Aufrüstungsprogramm, das Preußens militärische Schlagkraft immens erhöhte, einen Schlüssel zur kleindeutschen staatlichen Einigung schuf.

Den zweiten Herrschaftsabschnitt Wilhelms I. zeigt uns Fischer als von den Einigungskriegen gegen Dänemark (1864), Österreich (1866) und Frankreich (1870/71) geprägt. Zwar kam es zu allen drei Waffengängen nicht auf Wilhelms betreiben - nein, er mußte zum Jagen erst getragen werden -, doch übte er laut Fischer „als letzter Monarch Europas im Krieg ein Armeeoberkommando aus, das mehr als eine reine Fiktion darstellte“. Daß Wilhelm sich danach mehr und mehr von den politischen Tagesgeschäften zurückzog und so Bismarcks Position gravierend verstärkte, erklärt der Autor damit: In den 1866 von Preußen annektierten Staaten herrschte ob der Vereinnahmung großer Unmut, und so brauchte es in den folgenden Jahren eine rege Reise- und Besuchsdiplomatie Wilhelms, um die neuen Untertanen mit der Herrschaft der Hohenzollern auszusöhnen und ein inneres Zusammenwachsen zu unterstützen.

Robert-Tarek Fischer hält es für nicht gerechtfertigt, aufgrund seines Verzichts auf politische Gestaltung Wilhelms Aktivitäten in seiner dritten Herrschaftsphase (der Kaiserzeit von 1871 bis 1888) fast ganz auszublenden. Immerhin hätten auch sie „keine geringe Bedeutung für den weiteren Verlauf der preußisch-deutschen Geschichte, dies vor allem in gesellschaftspolitischer Hinsicht“, gehabt. Auf Einzelheiten dazu soll im Rahmen dieser Buchrezensionen allerdings nicht eingegangen werden.

Die hier zu besprechende Biographie ist von der recht ungewöhnlichen Begebenheit geprägt, daß die Tätigkeitsbereiche jenes Mannes, der immerhin 30 Jahre preußischer König war und außerdem 17 Jahre als Deutscher Kaiser fungierte, zumeist nur wenig bekannt oder gänzlich unbekannt sind. Das Buch, das der Österreicher Robert-Tarek Fischer ausgerechnet über den Preußen Wilhelm I. vorgelegt hat, weist Merkmale einer „klassischen“ Biographie auf, führt aber an einigen Stellen darüber hinaus. Es analysiert außerdem die politischen Themenbereiche, denen Wilhelm I. seinen Stempel aufdrückte oder in denen er seinen Einfluß zur Geltung brachte. In der Gesamtschau läßt sich die erfreulich leicht und flüssig zu lesende Biographie Fischers auch als Studie über die Spuren verstehen, die Wilhelm I. in der Historie Preußens und Deutschlands hinterlassen hat. Die Lektüre des Buches, das sein Objekt in sehr informativer Weise in die historischen Ereignisse von Wilhelms Lebenszeit „einbettet“, ist auf jeden Fall zu empfehlen.

Rezensent: Dr. Mario Kandil, Linnich

Eingang: 04.01.2021

Auch hierzu lesenswert, die allgemeinen Ausführungen in „paperpress“, gegründet am 7.4.1976 – Träger: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V. “, einem privaten Pressedienst aus dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg:

Siehe nächste Seiten!

Ein Platz für Richard von Weizsäcker

Die Betroffenen können froh sein, dass sie die Bemühungen nicht mehr miterleben müssen, ihnen ein Denkmal in Form einer Straße oder eines Platzes zu setzen. Die Berliner taten sich beispielsweise schwer, den ersten Bundeskanzler **Konrad Adenauer** zu würdigen. Der Rheinländer Adenauer war nicht gerade der beste Freund Berlins. Von der Trauer seines Todes am 19. April 1967 überwältigt, sorgte die CDU dafür, dass bereits sieben Tage später der Kaiserdamm in Adenauerdamm umbenannt wurde. Nach heftigen Protesten der Anwohner: „Wir wollen unsern alten Kaiser Wilhelm wiederhaben!“ erfolgte die Rückbenennung bereits neun Monate später. Übrigens: In dem Lied von **Helno**, von wem sonst, ist KW1 gemeint, der mit dem langen Bart. Der Namensgeber für den Kaiserdamm ist Wilhelm Zwo, das war der mit dem Ersten Weltkrieg.

Der Friedrich-Wilhelm-Platz in Friedenau ist nach Friedrich Wilhelm benannt, der sich Friedrich III nannte und als 99-Tage-Kaiser in die Geschichte einging. Er war der Sohn von WI und Vater von WII. 1945 sollte der Platz in Engelsplatz umbenannt werden, was der Magistrat jedoch nicht umsetzte.

Wann der Beschluss der Tempelhof-Schöneberger Zählgemeinschaftsvariante aus CDU, Grünen und FDP umgesetzt wird, den Kaiser-Wilhelm-Platz in Richard-von-Weizsäcker-Platz umzubenennen, ist ungewiss. Eigentlich besteht die Zählgemeinschaft aus SPD und Grünen. CDU, Grüne und FDP proben aber schon mal am Beispiel des früheren Bundespräsidenten, welche anderen Optionen es noch gibt.

Der SPD-Bezirksverordnete **Axel Seltz** stellt nach Angaben der Berliner Morgenpost in Frage, „ob der Kaiser-Wilhelm-Platz, an Haupt- und Kolonnenstraße gelegen, aufgrund seiner eher geringen Bedeutung überhaupt der richtige Platz sei, um **Richard von Weizsäcker** zu ehren.“ „Damals war der Platz für **Marlene Dietrich** zu popelig, und jetzt soll von Weizsäcker mit diesem popeligen Platz gewürdigt werden.“ Marlene Dietrich hat ihren Platz vor dem Filmfestspieltheater bekommen, der liegt allerdings nicht in Schöneberg, sondern in Tiergarten. Ihr Grab befindet sich aber auf einem Friedhof in Friedenau, was zu Schöneberg gehört.

Der Bezirk tut sich schwer mit der Namensgebung. So sollte beispielsweise **Hildegard Knef** geehrt werden, weder in Schöneberg geboren noch dort beigelegt. Gefunden wurde der Vorplatz zum Bahnhof Südkreuz, alles andere als ein Platz und nicht einmal eine postalische Adresse. Das wird sich jedoch ändern, wenn Vattenfall seine neue Zentrale einweihet.

Die Adresse lautet dann Hildegard-Knef-Platz 1. **Günther Pfitzmann** hat mit seiner Fernsehserie „Praxis Bülowbogen“ diesen Schöneberger Kiez weltberühmt gemacht. Die CDU regte 2014 deshalb an, dort eine Straße nach ihm zu benennen. Der Kultur-Ausschuss des Bezirks lehnte das „unter anderem mit der Begründung, dass Pfitzmann keine Frau sei und man Wege und Plätze lieber mit Frauennamen versehen wolle,“ ab. Quelle: Tagesspiegel

2017 wurde dann in Nikolassee, in der Nähe seines einstigen Wohnhauses, ein Platz nach ihm benannt.

Dass **Richard von Weizsäcker**, 1981 bis 1984 Regierender Bürgermeister, und von 1984 bis 1994 Bundespräsident, keine Frau ist, muss nicht erwähnt werden. Oder doch? Denn für ihn gelten die Vorgaben des Kulturausschusses nicht. Der Bezirksverordnete Seltz hat vollkommen recht, der Kaiser-Wilhelm-Platz ist nicht nur popelig, sondern auch nicht besonders attraktiv und eines Bundespräsidenten vom Format von Weizäckers nicht würdig. Der Platz ist nicht mehr als ein lärmender Straßenabzweig von Schöneberg nach Tempelhof. In die Schlagzeilen gerät er schlimmstenfalls, wenn dort ein Radfahrer zu Tode kommt.

Am Kaiser-Wilhelm-Platz befand sich seit 1892 das Schöneberger Rathaus. 1914 erfolgte der Umzug ins neue Rathaus an der Martin-Luther-Straße, die schon seit 1899 so hieß. Das alte Rathaus wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört. Schon früher gab es Diskussionen, den Kaiser-Wilhelm-Platz umzubenennen. Zum Beispiel 1962 nach dem Schöneberger Bürgermeister **Konrad Dickhardt**. Nach ihm wurde dann im selben Jahr eine sehr schöne Straße in Friedenau benannt, die hinter dem Walther-Schreiber-Platz auf der Rheinstraße beginnt und in einem großen Bogen wieder auf die Rheinstraße kurz vor dem Rathaus Friedenau stößt. Zuvor hieß sie Ringstraße, was Sinn machte. 1973 gab es einen weiteren Versuch, den Kaiser-Wilhelm-Platz umzubenennen, nämlich nach dem ermordeten chilenischen Staatspräsidenten **Salvador Allende**. Im selben Jahr wurde im Ost-Berliner Köpenick eine Straße nach ihm benannt, die noch heute so heißt.

Dass Wikipedia ein schnelles Medium ist, beweist der aktuelle Eintrag: „2020 kam es zu einem neuen Vorstoß für eine Umbenennung nach dem früheren Regierenden Bürgermeister und Bundespräsidenten **Richard von Weizsäcker**.“

Die SPD-Fraktionsvorsitzende **Marijke Höppner** kritisiert den Vorstoß von CDU, Grünen und FDP als „starkes Stück“, zumal andere Namensvorschläge für den Bezirk noch nicht umgesetzt wurden.

In einem Artikel in der BZ vom 21.02.2018 wird CDU-Generalsekretär **Stefan Evers** wie folgt zitiert:

1

„Natürlich braucht der Platz einen Namen (gemeint ist der Platz vor dem Roten Rathaus) allerdings muss er auch umgestaltet werden. Statt Odnis zwischen Fernsehturm und Rotem Rathaus wollen wir den historischen Stadtkern Berlins wiederherstellen. Den Platz vor dem Rathaus würden wir dann Richard-von-Weizsäcker-Platz nennen.“

Inzwischen ist die U-Bahn gebaut und der Platz sieht halbwegs ordentlich aus. Zeit also, das Projekt Namensgebung in Angriff zu nehmen. Die örtliche CDU aus Tempelhof-Schöneberg spuckt jedoch der Landes CDU kräftig in die Suppe. Denn zwei Richard-von-Weizsäcker-Plätze wird es nicht geben. Wenn ein Platz für den ehemaligen Regierenden Bürgermeister und Bundespräsidenten geeignet wäre, dann der vor dem Roten Rathaus, und keine kleine Verkehrsinsel, die den Namen Platz nicht verdient.

Pandemie bedingt finden die BVV-Sitzungen des Bezirks nur noch verkürzt statt. Offenbar war die Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Platzes für CDU, Grüne und FDP so wichtig, dass sie den Tagesordnungspunkt 10.1 per Geschäftsordnungsantrag nach vorn gezogen haben.

Ersucht wird das Bezirksamt per Beschluss, den Platz umzubenennen. Da für Straßen und Plätze im Bezirks sicherlich die Grüne Verkehrs-Stadträtin **Christiane Heiß** zuständig ist, wird das wohl nichts mit dem Projekt. Sie ist ja nicht einmal in der Lage, eine Fahrradstraße einzurichten.

„Die Bürgerinnen und Bürger im direkten Umfeld des Platzes sollen angemessen beteiligt und informiert werden.“, steht in der Drucksache. Da können wir ja gespannt sein. Als Begründung wurde angegeben, dass von Weizsäcker als Regierender Bürgermeister sein Büro im Rathaus Schöneberg hatte und am 8. Mai 1985 eine bedeutende Rede gehalten hat. „Es ist angemessen, diese große Persönlichkeit mit der Nennung einen prominenten Platz in Berlin, in Tempelhof-Schöneberg, zu ehren.“ Berlin Ja, Tempelhof-Schöneberg mit diesem Platz Nein.

Jetzt wird's leicht komisch in dem Text: „Dem Gedenken an Kaiser-Wilhelm (I, der mit dem Bart) würde eine Namensänderung nicht schaden. In Berlin (Lankwitz) gibt es beispielsweise eine weitere Straße, die den Namen des Kaisers trägt.“ Da wollen es sich die christlich-grün-liberalen Bezirksverordneten offenbar nicht mit den Hohenzollern verschmerzen.

Es wird noch besser: „Die Nennung des Platzes nach Richard von Weizsäcker soll keineswegs eine Abkehr von der Regel, Straßen und Plätze vorrangig nach Frauen zu benennen sein. Bei einer derart bedeutenden Persönlichkeit wie Richard von Weizsäcker muss aber eine Ausnahme von der Regel möglich sein und wird durch diese auch gedeckt.“ Sagt wer?

Die SPD-Fraktion hat geschlossen gegen den Antrag gestimmt. Gern hätte die SPD die Benennungen im Kulturausschuss diskutiert. „Natürlich hätte das Zeit gekostet, aber so weitreichende Entscheidungen nicht richtig auszuloten und dazu BVV-Beschlüsse über Benennungen nach Frauen zu ignorieren, ist nicht professionell und tut der Sache nicht gut,“ findet **Martina Sommerfeld**, Kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

„Man kann es nur einen Pyrrhussieg nennen, den CDU, FDP und Grüne erreicht haben. Letztlich schadet er allen. Er belastet die Zusammenarbeit der Fraktionen in der BVV, denn konstruktiv ist es nicht, den Wunsch nach einer Überweisung in den Kulturausschuss abzulehnen und die ohnehin schon durch die Pandemie zeitlich begrenzte BVV-Sitzung für eine Debatte zu nutzen, die durch einen überraschend per Beschluss vorgezogenen Antrag initiiert wurde.“

Er schadet der örtlichen CDU. Mit diesem Coup haben sie verhindert, dass ein – für einen Bundespräsidenten – angemessener Ort für die Würdigung von Weizäckers gesucht werden kann. Der Kaiser-Wilhelm-Platz ist nicht mehr als eine kleine Insel im tosenden Verkehr weit ab vom Schaffensort der Bundespräsidenten.

Und, er schadet den Grünen. Ihr Wählerpotential wird es nicht nachvollziehen können, dass eine Partei, die sich neben Klima- und Umweltschutz auch Feminismus auf die Fahnen geschrieben hat, einen konservativen männlichen Namensgeber für die Umbenennung eines Stadtplatzes ausgesucht hat,“ erklärt **Marijke Höppner**, Vorsitzende der SPD-Fraktion. Die frauenpolitischen Sprecherin **Manuela Harling** ergänzt: „Noch in der letzten Wahlperiode haben SPD und Grüne gemeinsam für eine Namensliste mit Frauennamen gekämpft, die für eine Straßenbenennung in Tempelhof-Schöneberg in Frage kommen. Die gemeinsame Linie, Straßen nach Frauen zu benennen – wie es die Ausführungsvorschrift zum Berliner Straßengesetz vorsieht – solange bis ein gesellschaftliches Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern im Straßenland erkennbar ist, haben die Grünen endgültig bei der 48. BVV am 20. Januar verlassen. Das ist doppelt bitter. Denn einerseits braucht eine gleichberechtigte Gesellschaft Vorbilder beider Geschlechter. Bisher sind Frauen aber eher in der Minderheit und tauchen auf Straßennamensschildern selten auf. Andererseits enthält der Namenspool viele Namen von Schönebergerinnen und Tempelhoferinnen, die noch auf eine Würdigung der Lebensleistung warten. Daher hätte es den Grünen gut angestanden, gemeinsam mit der SPD-Fraktion im Bezirk für Gleichstellung zu kämpfen.“

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

2

Impressum: paperpress – gegründet am 7.4.1976 – Träger: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Alle zwei Monate erscheint eine Druckausgabe von paperpress, die kostenlos über paperpress@berlin.de bestellt werden kann.
Die Druckausgabe wird gesponsert vom PIEREG Druckcenter Berlin – www.piereg.de
Spendenkonto: Paper Press e.V. – Postbank Berlin – IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01

Anmerkung: Über Richard von Weizsäcker hat ein Partnerverein eine Untersuchung vorgelegt, die weitgehend auf Recherchen des Nachrichtenmagazins „DER SPIEGEL“ beruht und zu einem sehr nachdenklichen negativen Urteil kommt!

Die AfD will den Kaiser-Wilhelm-Platz behalten



CDU, Grüne und FDP
wollen eine Umbenennung

Auf Antrag der CDU beschloss die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Tempelhof-Schöneberg am 20.01.2021 mit den Stimmen von CDU, Grünen und FDP, den Kaiser-Wilhelm-Platz im Herzen Schönebergs demnächst in Richard-von-Weizsäcker-Platz umzubenennen. SPD und Linke waren nicht gegen eine Umbenennung, wollten aber den Namen einer Frau und stimmten deshalb mit nein.

Einzig die AfD-Fraktion stemmte sich mit ihrer Ablehnung gegen diese unsinnige und kostentreibende Umbenennung für Anwohner, Gewerbetreibende, Behörden und BVG.

Der Kaiser-Wilhelm-Platz wurde 1892 nach dem in der Bevölkerung sehr beliebten Kaiser Wilhelm I. benannt. Das 1871 gegründete Kaiserreich ist nach dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts nach außen hin identisch mit der Bundesrepublik Deutschland, d.h., Kaiser Wilhelm war das erste Oberhaupt des Staates, in dem wir noch heute leben. Wir wollen als einzige Partei 130 Jahre Ortsgeschichte bewahren und den Namen eines allgemein bekannten Platzes nicht willkürlich ändern lassen.

CDU und FDP zeigen durch ihr Zusammengehen mit den Grünen nun zum wiederholten Male, dass sie inzwischen nur noch Steigbügelhalter dieser Partei sind. Zusätzliche Kosten für die Allgemeinheit sind CDU, Grünen und FDP vollkommen egal – und das mitten in der Corona-Krise.

AfD-Fraktion Tempelhof-Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz
10825 Berlin
URL: afd-fraktion-ts.de
Mail: bvv-fraktion@afd-fraktion-ts.de



BVV-FRAKTION
TEMPELHOF-SCHÖNEBERG



Berliner Bürgerverein e. V. BBV

Flotowstraße 9
10555 Berlin
Ruf: 030-391 73 70

Dr. Ans Weinert (UBC)

An die Bezirksbürgermeisterin
von Berlin Tempelhof-Schöneberg
Frau Angelika Schöttler
John-F.-Kennedy-Platz 1
10825 Berlin

Kaiser-Wilhelm-Platz

Sehr geehrte Frau Bezirksbürgermeisterin,

ausgerechnet Freunde aus Israel drängten mich, einer skandalträchtigen Sache nachzugehen, die von deutschen Medien gleichsam in die Versenkung geschoben wurde:

Am 20. Januar 2021 entschied eine sog. Zählgemeinschaft in der Bezirksversammlung von Tempelhof-Schöneberg den zu Kaiser Wilhelm I. Ehren benannten bescheidenen Platz umzubenennen. Das geschah zwei Tage nach dem 150. Reichsgründungsjubiläum. Offenbar hatten die Teilnehmer dieser Zählgemeinschaft den Geschichtsunterricht geschwänzt, folglich keine Ahnung von der Bedeutung des Tages: Am 18. Januar 1871 wurde aus zwei großen Staaten Preußen und Bayern und über 30 Klein- und Kleinststaaten ein einheitlicher deutscher Bundesstaat geschaffen und damit die Basis für die heutige Bundesrepublik gelegt, was der englische Premier-Minister Disraeli am 9. Februar 1871 - also drei Wochen später – so beschrieb:

„Die deutsche Reichsgründung ist ein größeres politische Ereignis als die französische Revolution!“

Mit dieser Neu-(Wieder-)Gründung unter dem Staatsoberhaupt Kaiser Wilhelm I. ging wirklich ein „Ruck“ durch das ganze Land (wie es Bundespräsident Roman Herzog einmal formulierte) womit eine wirtschaftliche, wissenschaftliche (Apotheke der Welt), technische, soziale Entwicklung auf den Weg gebracht wurde, die in der Welt einmalig war und sogar die USA übertraf (was gerade ausländische Historiker immer wieder betonten). Man betrachte die klassischen Industrie- und (Hoch-)Schulbauten aus dieser Zeit, die nicht nur – auch heute noch – eine Wohltat fürs Auge sind; sie zeigen die fortschrittliche Dynamik, die mit der Reichsgründung das Land erfasst hatte und innerhalb weniger Jahre deutsche Wirtschaft und Wissenschaft – gestützt durch eine zuverlässige Verwaltung – an die Weltspitze katapultierte (was Disraeli sofort erkannte).

Für Bundeskanzler Willy Brandt war es vor 50 Jahren (also zum 100. Reichsgründungstag) selbstverständlich, die Reichsgründer Otto von Bismarck und Kaiser Wilhelm I. angemessen zu ehren; als Regierender Bürgermeister hätte er es nicht zugelassen, Kaiser Wilhelm I. zu entehren. Offenbar kannte er den Hinweis von Helmut Schmidt, sich der eigenen geschichtlichen Wurzeln bewußt zu sein.

In der Vergangenheit erlebte ich immer wieder die unangenehme Situation, wenn Freunde aus dem Ausland (besonders Israel) zu Besuch kamen, dass sie in Berlin oft vor großen Orientierungsproblemen standen, obwohl sie sich – wie sie meinten – gut vorbereitet hatten. Das Problem: die Eltern nahmen häufig (im Andenken an Berlin) bei ihrem Weggang Berlin-Stadtpläne mit, die auch „dem Nachwuchs“ als Stadtführer dienen sollten, was wegen der vielen (sinnlosen) Umbenennungen nur sehr lückenhaft möglich ist.

Wir bitten Sie, verehrte Frau Bezirksbürgermeisterin, die offensichtlich geschichtswidrige Fehlentscheidung einer „Zählgruppe“ ausgerechnet in der deutschen Hauptstadt zu „kassieren“ und den alten Namen Kaiser-Wilhelm-Platz zu belassen bzw. wieder herzustellen.

Was am Kaiserdamm (Rückbenennung) möglich war, dürfte auch hier kein Problem sein.

Danke für Ihre Mühe, halten Sie es wie Luther!

Mit vorzüglicher Hochachtung



Berliner Bürgerverein e. V. BBV

Flotowstraße 9
10555 Berlin
Ruf: 030-391 73 70

Dr. Ans Weinert (UBC)

An die Fraktionen von
Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP
in der Bezirksverordnetenversammlung
von Berlin Tempelhof-Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz 1
10825 Berlin

Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Platzes in Richard-von-Weizsäcker-Platz

Sehr geehrte Bezirksverordnete,

Sie haben beschlossen, den Kaiser-Wilhelm-Platz in Richard-von-Weizsäcker-Platz umzubenennen. Wir wehren uns dagegen. Wir fordern Sie auf, diese Entscheidung zurückzunehmen!

Es hat sich immer bewährt, bei Dingen, die die Allgemeinheit betreffen, den Bürger einzubeziehen (verlangt das nicht auch das Grundgesetz?).

Das setzt voraus, diesen Bürger umfassend zu informieren – auch über geschichtliche Vorgänge. Da sollte man sich einen „zu Ehrenden“ schon genauer anschauen. Gerade bei Herrn v. Weizsäcker, der sich gern als das Maß aller Dinge sah, wird jeder Geschichtsinteressierte im Internet schnell fündig – man muß nur gezielt suchen.

Auf dieser Basis haben wir Ihnen einen „Denk- und Arbeitshilfe“ zusammengestellt (s. Anlage).

Sollte das Abstimmungsergebnis zur Umbenennung nicht korrigiert werden, wäre das ein Schlag in das Gesicht jedes Toten bzw. Geschädigten in einem Entwicklungsland.

War es nicht ausgerechnet der Premier-Minister des britischen Weltreiches und geistige Vater Israels, Disraeli, der mehrfach seine hohe Meinung über Wilhelm I. geäußert hat? Aber ein offenbar geschichtsunkundiger Nachwuchs will den in aller Welt geehrten „vom Sockel“ holen.

Im übrigen war Wilhelm I. viel zu bescheiden, nach dem höchsten Staatsamt zu drängeln, da mußte schon Bayernkönig Ludwig „nachhelfen“. Mit seiner bescheidenen Lebensweise (er lebt nicht mal im Schloß) beschämte er geradezu so manchen Bundespräsidenten.

Lassen Sie also den Kaiser-Wilhelm-Platz bestehen, nehmen Sie Ihre Abstimmung zurück! Ihrer Antwort sehen wir mit Aufmerksamkeit entgegen!

Mit vorzüglicher Hochachtung

Anhang: Richard v. Weizsäcker statt Kaiser Wilhelm I.

Werte Damen und Herren,

Sie sind angetreten, nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt mitzugeben. Dann verwirrt es doch sehr, dass Sie ausgerechnet eine Person als "Lichtträger" präsentieren, die in schlimmste Umwelt- und Menschheitsverbrechen in einem Entwicklungsland verstrickt ist. Dass Sie dafür einen hochverdienten Mann (Kaiser Wilhelm I.) vom Sockel stoßen, sei Ihnen nicht nachgetragen; schließlich hatte schon vor Jahren Präsidententochter Rau erkannt: "Geschichtsunterricht kannst Du vergessen..." Folglich können Sie nicht wissen, wie ausgerechnet der Politiker Disraeli, englischer Premierminister und geistiger Vater Israels, am 21. Februar 1871 den 18. Januar 1871 bewertete:

"Die deutsche Reichsgründung (18. Jan. 1871) ist ein größeres politisches Ereignis als die französische Revolution". Damit würdigte er auch die Leistung von Kaiser Wilhelm I, den er persönlich hoch verehrte, und von Kanzler Bismarck.

Nun geht der Normalbürger davon aus, wenn jemand zu Straßen- bzw. Platzehren auserkoren wird, sollen besondere Lebensleistungen an ihn erinnern. Seltsam: Jetzt will man den kleinen Kaiser-Wilhelm-Platz nach einem Mann benennen, dessen Tätigkeit vor Übernahme des Amtes eines Regierenden Bürgermeisters in Berlin in merkwürdiges Dunkel gehüllt wird, obwohl das bekannteste deutsche Nachrichtenmagazin "Der Spiegel", ARD, und WDR seine "Biedermann-Abdeckung" schon vor Jahren bzw. sogar Jahrzehnten lüfteten (s. Spiegel 31/1991, 32/1991, 48/1992). "Es ist schon zu lange her" und ähnliche Ausflüchte können keine Argumente ersetzen. Selbst wenn jemand nur bedingt des Lesens kundig ist, damals nur "Klippschüler" war, müsste mindestens stutzig werden- verschlampter bzw. verschlammter Geschichtsunterricht kann keine Ausrede sein.

Zur geistigen Rückschau: Wurde nicht seinerzeit in Nürnberg von den Siegern der Strafbestand "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" (natürlich nur von den Unterlegenen) geprägt? Bereits 1956 schrieb der medizinische Leiter bei Boehringer Ingelheim (Weizsäckers späterer Arbeitgeber) Dr. Graubner von Giftstoffen, deren Eigenschaften einzigartig seien mit schwerster Zerstörbarkeit und merklicher Vergiftung durch Dioxin. Doch statt aus Sicherheitsgründen Alarm zu schlagen, als ein Werkschemiker das Ultragift entdeckte, suchte man dafür Geschäftsfelder, die man dann- v. Weizsäcker war längst Mitglied der Geschäftsleitung- über die amerikanische Giftfirma Dow Chemicals im Vietnamkrieg fand. Nun gab es aber den von der Bundesregierung angeordneten Verzicht auf ABC-Waffen aus den fünfziger Jahren und gab es nicht das Kriegswaffen-Kontroll-Gesetz? Hier zeigte sich die "Weitsicht" des Firmenchefs Ernst Boehringer.

Hatte dieser doch rechtzeitig "einen begabten Juristen" an Land gezogen: Richard von Weizsäcker, der offenbar für juristische Feinheiten bekannt war. So wurde die dioxinhaltige Giftbrühe als "Entlaubungsmittel" verkauft und damit Gesetze und Verträge umgangen; offenbar geschützt durch ein "Kartell des Schweigens aus Chemie und Politik", wie Der Spiegel schrieb. In Seveso (Italien) und Bophal (Indien) reichten nach Betriebsunfällen dioxinhaltige Giftwolken aus, um Menschen in Panik zu versetzen. In Vietnam- später auch in Laos ("weil noch übrig war")- wurden, wie der WDR in einem Dokumentarfilm an zahlreichen Beispielen zeigte, durch tonnenweise ausgeschüttete- von Boehringer produzierte Dioxin-Giftbrühe (von der US-Army beschönigend "Agent Orange" genannt) so stark geschädigt, daß Mißbildungen bei Neugeborenen noch in der dritten Generation auftreten.

Während die USA jede medizinische Hilfe für dadurch schwer geschädigte "Krüppel" ablehnen, rang sich Boehringer Ingelheim zu einer bescheidenen Zahlung von 5 Millionen Mark an die Opfer durch, verbunden mit einer "offiziellen Entschuldigung" (die den Geschädigten mit ihren schweren Leiden und deutlich verkürztem Leben "hilft"). US-Flugzeuge und Hubschrauber versprühten in über 9000 Einsätzen 35 Millionen Tonnen "Agent Orange" (das für Menschen hochgiftig ist). Mit der sogenannten "Urwald-Entlaubung" - mit Zerstörung ganzer Dörfer- wurden vielfach Felder verseucht, damit keine Nahrungsmittel mehr wuchsen- also Hungersnöte bei der Zivilbevölkerung auslöste. Rund 20 Krankheiten gelten heute als unmittelbare Folge des Einsatzes von "Agent Orange", darunter Leukämie, Wirbelsäulenschäden, Leberschäden, Krebs, Nervenleiden, Diabetes, Parkinson. Insgesamt sind ca. 3 Millionen Vietnamesen an den Folgen erkrankt bzw. qualvoll gestorben, darunter mindestens 150 000 Kinder.

Die 6-köpfige Boehringer Geschäftsführung, der auch v. Weizsäcker angehörte, half den Amerikanern und machte dabei ein gutes Geschäft. Hieß es doch in einem hauseigenen Bericht (s. Spiegel) an den Produktionsleiter: solange der Krieg in Vietnam dauere, seien Absatzschwierigkeiten nicht zu erwarten. Zudem hatte im Mai 1962 Firmenchef Ernst Boehringer verfügt, ... "alle für Vorstand und Geschäftsführung bestimmten Zuschriften Dr. Richard von Weizsäcker zuzuleiten". Wenn v. Weizsäcker in seinen Memoiren sich als "völlig ahnungslos" hinstellt, dürfte das eher unter "juristische Feinheiten" zu verbuchen sein. Denn als nach dem Spiegel-Bericht 48/1992 (über eine 1984 entdeckte undichte Hamburger Müllhalde mit Boehringer-Gift aus dem Zweigwerk) der Chemie-Konzern seine 36-jährige Dioxin-Vertuschungspolitik revidieren musste, geriet der frühere Geschäftsführer v. Weizsäcker in Erklärungsnot- nicht die einzige (ARD-Fernsehsendung "Hamburger Gift" am 2. Dezember 1992).

Übrigens kann v. Weizsäckers Zurückhaltung nicht überraschen, wenn man das Verhältnis der Familien v. Weizsäcker und Boehringer kennt. Berichtete nicht v. Weizsäcker in seinen Memoiren: Zwischen beiden gab es ein Freundschaftsband, das die ganze Familie eingeschlossen habe. Firmengründer Robert Boehringer sei neben seinen Eltern für ihn bis in seine mittleren Lebensjahre die wichtigste Bezugsperson gewesen.

Zur Erinnerung: Im Dezember 1969 bekräftigte die UNO-Vollversammlung- aufgeschreckt durch alarmierende Berichte über Totgeburten in Vietnam- die Gültigkeit der Genfer Konvention (von 1925 !), derzufolge Herbizide (dazu gehört die von Boehringer hergestellte und vertriebene Dioxin-Giftbrühe) zu den durch die Genfer Konvention geächteten chemischen Waffen zählen. Als am 19. März 1965 der Liefervertrag zwischen Boehringer- Ingelheim und Dow Chemical abgeschlossen wurde, ging das nur nach genauer Prüfung und Zustimmung des Juristen in der Boehringer Geschäftsführung, der hieß Richard von Weizsäcker--und dieser "begabte Jurist" (Ernst Boehringer) sollte bei diesem "Bombengeschäft" von der seit über 40 Jahren gültigen Genfer Konvention noch nichts gehört haben?

Die Krönung hierzu: Als Präsident des Evangelischen Kirchentages 1969 in Stuttgart (Motto "Hungern nach Gerechtigkeit") richtete er an die Kirchentagsbesucher den Appell "neue Antworten zu suchen auf Bedrohung des Lebens durch Vernichtungswaffen".

18 Monate später, am 7. Januar 1971, stieg zum letzten Mal ein Sprühflugzeug in den Himmel über Vietnam. Über 4 Jahre machten amerikanische Vernichtungsbürokraten ein ganzes Land zum Labor und ein Volk zu Kaninchen- ein gewaltiger Testeinsatz auch der Boehringer Chemie-Waffe, wobei jeder Einsatz (und die 15 verschiedenen "Herbizid-Cocktails") protokolliert wurde.

Was für Verdienste bleiben aus der Zeit als Regierender Bürgermeister, wo er trotz seines Wortes "Berlin ist meine Aufgabe" längst nach etwas Höherem schielte?

Aber auch als Bundespräsident hat man nicht automatisch ein Anrecht auf Platz- oder Straßenbenennung. Das schon gar nicht, wenn dabei ein verdientes Staatsoberhaupt entehrt wird. In keinem anderen Land wäre so ein Fußtritt auf die eigene Geschichte möglich- man denke nur an Polen, Frankreich, Italien.

Im Übrigen lässt sich durch Umbenennung von Straßen / Plätzen Geschichte nicht ändern; sie verärgert allerdings viele Berlin-Besucher und besonders viele Berliner (Kosten?).

Wer sich fürchtet, seiner Vergangenheit ins Gesicht zu sehen, muss notwendigerweise auch fürchten, was kommen wird.

Vaclav Havel, tschechischer Politiker

*

Hinweis:

Von den Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg hat lediglich die AfD-Fraktion geantwortet. Die AfD hat mittlerweile rund 2.000 Flugblätter (s. oben) am Kaiser-Wilhelm-Platz verteilt. Nach unserem Wissen, haben die Medien davon keine Kenntnis genommen. Auch nicht die wöchentliche Lokalbeilage des „Tagesspiegels“.

Wir danken dem Berliner Bürgerverein für seine Stellungnahmen!

Bei den sog. „Geschichtsvereinen“ herrscht Schweigen. Und die angeschriebene „Preußische Gesellschaft“ hat uns bis zum heutigen Tage nicht geantwortet. Armes Preußen!

Die Redaktion

Dr. Lothar Mundt

(AfD)

12:29 Uhr am 30.05.2021

Sehr geehrter Herr Hanke,

besten Dank für die Information über die beiden Schreiben des Berliner Bürgervereins. Die Sache ist leider schon gelaufen, wie Sie der unter folgendem Link abrufbaren „Mitteilung zur Kenntnisnahme“ der zuständigen Stadträtin entnehmen können:

<https://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/vo020.asp?VOLFDNR=7959>

Die von der BVV auf Antrag der Linken gewünschte nachträgliche Bürgerbeteiligung wird es demnach nicht geben.

Mit freundlichen Grüßen

Lothar Mundt

[Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg](#)



Drucksache - 2093/XX

Betreff: Geregeltes Verfahren für die Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Platzes
Status: öffentlich
Ursprung: aktuell
Initiator: Die Fraktion DIE LINKE Bezirksamt
Verfasser: Frau Heiß, Christiane Schöttler, Angelika
Drucksache-Art: Antrag Mitteilung zur Kenntnisnahme
Beratungsfolge:

Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg von Berlin Entscheidung
[24.03.2021](#)

[50. öffentliche Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg von Berlin - Videokonferenz - Youtube Link:](#)
https://youtu.be/POr_AzSHhEs
[09.04.2021](#)

vertagt

[Fortsetzung der 50. öffentlichen Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg von Berlin - Die Sitzung findet im Videocall statt, die Informationen zum LiveStream entnehmen Sie bitte dem Infoblatt](#) ohne Änderungen in der BVV beschlossen

Bezirksamt

Erledigung

Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg von Berlin Kenntnisnahme
[19.05.2021](#)

[52. öffentliche Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg von Berlin - Die Sitzung findet im VIDEOCALL statt. Livestream auf Youtube:](#)
<https://youtu.be/N5OWkRFRdk8>

Die BVV fasste auf ihrer Sitzung am 09.04.2021 folgenden Beschluss:

Das Bezirksamt wird ersucht, die mit Drucksache 2025/XX beschlossene angemessene Bürgerbeteiligung und Information der Bürgerinnen und Bürger im direkten Umfeld zeitnah einzuleiten.

Das Bezirksamt teilt hierzu mit der Bitte um Kenntnisnahme mit:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat mit Drucks. Nr. 2025/XX das Bezirksamt ersucht, "den Kaiser-Wilhelm-Platz in Schöneberg nach dem 6. Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland in Richard-von-Weizsäcker-Platz umzubenennen. Die Bürgerinnen und Bürger im direkten Umfeld des Platzes sollen angemessen beteiligt und informiert werden."

Dem Bezirksamt ist der Widerspruch in der o.g. Drucksache aufgefallen:

Bürgerbeteiligung ist die "Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen und Maßnahmen." (duden.de, 27.4.21).

Allerdings wurde hier die politische Entscheidung, die Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Platzes in Richard-von-Weizsäcker-Platz, schon vorweggenommen.

Eine ernst gemeinte Beteiligung am Entscheidungsprozess wird somit ad absurdum geführt.

Das Bezirksamt verzichtet daher auf eine Bürgerbeteiligung. Das Verwaltungsverfahren für Straßenbenennungen, wozu auch die Umbenennung gehört, sieht zudem grundsätzlich Bürgerbeteiligungen weder vor noch werden hierfür entsprechende Ressourcen vorgehalten. Betroffene Anlieger sind über Umbenennungen lediglich „in geeigneter Weise zu informieren.“ (s. Ausführungsvorschriften zu § 5 des Berliner Straßengesetzes (AV Benennung) vom 1. Februar 2017).

Diese Information der Anwohnenden wird das Bezirksamt zeitnah vor dem Aufstellen der neuen Schilder durchführen. Zudem wird es eine feierliche Eröffnung mit Interessierten geben. Eine Pressemitteilung informiert rechtzeitig vor dem Termin.

Nach § 5 (1) S. 1 des Berliner Straßengesetzes "sind die öffentlichen Straßen zu benennen, sobald es im öffentlichen Interesse, insbesondere im Verkehrsinteresse, erforderlich ist."

Die Umbenennung ist hier zulässig, da sie eine Doppelbenennung beseitigt; „Wiederholungen von Straßennamen sind im Laufe der Zeit durch Umbenennungen zu beseitigen.“ (s. AV Benennung). Da es im Bezirk Steglitz-Zehlendorf eine gleichlautende Kaiser-Wilhelm-Straße gibt, ist die Umbenennung zulässig und trägt zur öffentlichen Sicherheit und Ordnung bei.*)

Der Ordnungscharakter muss bei Straßenbenennungen auch stets im Vordergrund stehen; die Ehrung von Personen kann nur Nebenzweck sein.

Hinsichtlich der Wahl der Straßennamen gibt es – unter Beachtung der Ausführungsvorschriften - ein weites Ermessen. Die Herbeiführung eines breiten Konsenses vor der Beschlussfassung empfiehlt sich aus zweierlei Gründen: erstens Erreichung einer hohen Akzeptanz des neuen Straßennamens in der Bevölkerung, insbesondere bei den Anliegenden und zweitens die Vermeidung der Beschädigung des Ansehens der zu Ehrenden.

Im Verfahren vorgesehen ist im Übrigen die Anhörung naher Angehöriger. Dieses ist bereits erfolgt und die nahen Angehörigen freuen sich über den Beschluss.

*) **Ach, wie verlogen!** (Anm. der Redaktion)

Der Kaiser-Wilhelm-Platz, ein Platz im Zuge der berühmten Reichsstraße 1 Aachen – Berlin – Königsberg/Pr.... (Aufnahmen: R. Hanke



Blick über die Hauptstraße (Reichsstraße 1) auf Kaiser-Wilhelm-Platz mit der Einmündung der Kolonnenstraße: ein Dreieck mit wenigen Häusern, also wenige Mieter, wenig Gewerbe: geringer Betroffenenprotest?



Blick von der Hauptstraße auf den Kaiser-Wilhelm-Platz



Kaiser-Wilhelm-Platz: mehr als fünf Buslinien fahren den Platz an...





Blick durch die Kolonnenstraße zur Hauptstraße (Reichsstraße 1) (Standort von Foto 1)



Kaiser-Wilhelm-Platz Ecke Crellestraße (im linken Bild die Hauptstraße links hinten)



Kaiser-Wilhelm-Platz Ecke Kolonnenstraße,
diese führt zum Flughafen Tempelhof



Gedenktafel an einem der wenigen Gebäude, die zum Kaiser-Wilhelm-Platz gehören



Kaiser-Wilhelm-Platz: Blick Richtung Crelle und Kolonnenstraße, linker Bildrand Hauptstraße, rechts die zum Platz gehörenden Gebäude, wo einst auch das Schöneberger Rathaus stand

Kaiser-Wilhelm-Platz (Berlin-Schöneberg)

Nach: WIKIPEDIA v. 10. Juni 2021

[https://de.wikipedia.org/wiki/Kaiser-Wilhelm-Platz_\(Berlin-Sch%C3%B6neberg\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Kaiser-Wilhelm-Platz_(Berlin-Sch%C3%B6neberg))

1 Kaiser-Wilhelm-Platz

 [Platz in Berlin](#)



Die Gedenktafel „Orte des Schreckens, die wir niemals vergessen dürfen“ auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz

Basisdaten	
Ort	Berlin
Ortsteil	Schöneberg
Angelegt	1893
Neugestaltet	2006–2007
Einmündende Straßen	Hauptstraße , Kolonnenstraße , Crellestraße
Bauwerke	Springbrunnen

Nutzung	
Nutzergruppen	Fußgänger , Radfahrer , Straßenverkehr , ÖPNV

Der dreieckige **Kaiser-Wilhelm-Platz** im [Berliner](#) Ortsteil [Schöneberg](#) des Verwaltungsbezirks [Tempelhof-Schöneberg](#) ist eines der geschäftlichen Zentren des Bezirks.



Inhaltsverzeichnis

- [1 Namensgebung](#)
- [2 Lage](#)
- [3 Bebauung](#)
 - [3.1 Überblick](#)
 - [3.2 Einzelne Gebäude \(Auswahl\)](#)
- [4 Weblinks](#)
- [5 Einzelnachweise](#)

Namensgebung

Die Benennung des Platzes erfolgte nach [Kaiser Wilhelm I.](#), da sich auf dem Platz ein Denkmal für ihn befand. Die Grundstücke [Hauptstraße](#) 88 (ab 1893: Nummer 136), [Bahnstraße](#) 50/51 (ab 1893: Nummer 48; die Straße würde 1958 in [Crellestraße](#) umbenannt) und [Kolonnenstraße](#) 67 wurden am 13. Juni 1893 in *Am Kaiser-Wilhelm-Platz* benannt.

Die um den Platz herum im [Gründerzeitstil](#) errichteten Mietshäuser trugen zunächst die Adressen der anliegenden Straßen, erhielten nach 1892 den Zusatz „Am Kaiser-Wilhelm-Platz“ und eine entsprechende Nummerierung als Postadresse. Die Häuser Kaiser-Wilhelm-Platz 1–5 wurden im [Zweiten Weltkrieg](#) kaum beschädigt. Der Name des Platzes blieb seit seiner Benennung erhalten, obwohl es mehrfach Bestrebungen für einen neuen Namen gab.

In den 1990er Jahren wurde südlich des Platzes auf dem Gelände des im Zweiten Weltkrieg zerstörten [historischen Rathauses](#) die *Kaiser-Wilhelm-Galerie* errichtet.

Auf der Höhe des Kaiser-Wilhelm-Platzes befand sich früher die Grenze zwischen Alt- und Neu-Schöneberg. Über eine Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Platzes gab es nach dem Zweiten Weltkrieg wiederholt Diskussionen. Unter anderem sollte er 1962 nach dem im Jahr 1961 verstorbenen Schöneberger Bürgermeister [Konrad Dickhardt](#) benannt werden, 1973 nach dem [chilenischen](#) Staatspräsidenten [Salvador Allende](#). Allerdings blieb es bei dem historischen Namen. 2020 kam es zu einem neuen Vorstoß für eine Umbenennung nach dem früheren Regierenden Bürgermeister und Bundespräsidenten [Richard von Weizsäcker](#).^[1] 2021 beschloss die [Bezirksverordnetenversammlung](#) die Umbenennung.^[2]

Lage



Kaiser-Wilhelm-Passage

Der Kaiser-Wilhelm-Platz ist eines der Zentren des Ortsteils Schöneberg. Er war das Zentrum des Einwandererdorfs *Neu-Schöneberg*. Von hier aus sind es rund 400 Meter in südwestlicher Richtung entlang der Hauptstraße, vorbei am [Postamt Schöneberg](#), bis zur [angerförmigen](#) historischen Dorfaue *Alt-Schöneberg*. Rund um den Platz gibt es eine Vielzahl von Einkaufsmöglichkeiten – vom Einzelhandelsgeschäft bis zum Kaufhaus sowie der *Kaiser-Wilhelm-Passage*. Im ehemaligen Kaufhaus [Hertie](#) befand sich bis in die 1980er Jahre eine Filiale der Kaufhauskette [Bilka](#). Im Rahmen der [Insolvenz](#) des Hertie-Konzerns wurde das Kaufhaus im August 2009 geschlossen. Von November 2009 bis Juli 2013 befand sich im Erdgeschoss des Gebäudes eine Filiale der Schuhhandelskette [Reno](#).

Am Kaiser-Wilhelm-Platz zweigt die Kolonnenstraße in östlicher Richtung zur „[Roten Insel](#)“ und dem [S-Bahnhof Julius-Leber-Brücke](#) ab, die dann als [Dudenstraße](#) zum ehemaligen [Flughafen Tempelhof](#) weitergeführt wird. Nach Nord-Nordost zweigt am Platz die Crellestraße (bis 1958: *Bahnstraße*) ab, die zum [S-Bahnhof Yorckstraße \(Großgörschenstraße\)](#) führt.

Bebauung

Überblick



Historisches Foto des [ehemaligen Schöneberger Rathauses](#) am Kaiser-Wilhelm-Platz, um 1895

Auf der östlichen Seite des Kaiser-Wilhelm-Platzes befand sich seit 1874 das alte [Schöneberger Rathaus](#). Nach Fertigstellung des neuen [Rathaus Schöneberg](#) am damaligen *Rudolph-Wilde-Platz* (dem späteren [John-F.-Kennedy-Platz](#)) im Jahr 1914, wurde das Gebäude anderweitig genutzt und im Zweiten Weltkrieg zerstört.

Der Platz wurde von 2006 bis 2007 mit dem Ziel umgebaut, die große dreieckige Mittelinsel an den östlichen Bürgersteig anzuschließen und damit die Bewegungsmöglichkeiten für Fußgänger und die Aufenthaltsqualität in diesem örtlichen Zentrum zu verbessern. Am

5. Juli 2007 konnte der umgebaute Platz wiedereröffnet werden.^[3] An der Stelle des früheren Kaiser-Wilhelm-Denkmal wurde eine Lichtbrunnenanlage installiert, neues Wegepflaster aufgebracht, Fahrradbügel und Bänke mit Edelstahlfüßen, nostalgische Poller und ein Schutzziergitter aufgestellt.^[4]

Seit der Rekonstruktion werden die von Süden kommenden Rechtsabbieger zur Kolonnenstraße zunächst noch weiter über die Hauptstraße (die hier als [Bundesstraße 1](#) verläuft) geführt, bevor sie am Platzen hinter dem Kaiser-Wilhelm-Platz rechts in die Kolonnenstraße einbiegen können. Auf dem Platz steht eine Gedenktafel für die Opfer der [Konzentrationslager](#) mit dem Titel „Orte des Schreckens, die wir niemals vergessen dürfen“ sowie den Namen der Konzentrationslager.

Einzelne Gebäude (Auswahl)

- Die Gebäude Kaiser-Wilhelm-Platz 4 Ecke Kolonnenstraße (Architekt [Theodor Göttgen](#))^[5] und Nummer 5 Ecke Hauptstraße 146 und Crellestraße 48 (Charlottenburger Architekt [Georg Roensch](#)) sind gelistete Baudenkmale.^[6]



Kaiser-Wilhelm-Platz 5; Juli 2013

- Das Haus Kaiser-Wilhelm-Platz 5 ist ein fünfstöckiges Miethausensemble, das auch die Adressen Hauptstraße 146 (westlich) und Crellestraße 48 (östlich) trägt. Es wurde 1890–1891 im Auftrag des Kaufmanns Bötcher – Eigentümer des Grundstücks Bahnstraße 49^[7] – ebenfalls von Georg Roensch erbaut. Als Schmuck erhielt es [spätklassizistische](#) Fassadenelemente, Erdgeschoss und erste Etage sind stark rustiziert. Die Häuserfront aller drei Straßenseiten ist zusammen rund 90 Meter lang (37/10/43 m).

Ab 1893 gehörte das Haus dem [Rentier](#) H. Prausnitz, ehemaliger Besitzer der *Zigarrenfabrik und Rohtabakhandlung Prausnitz & Metze* und seiner Frau Helene aus Berlin ([Bülowstraße](#) 6), die einen Verwalter (Portier) eingesetzt hatten. Das dreiflügelige Gebäude trug die Adressen Hauptstraße 88 (seit um 1893 Nummer 136, 1920 auf Nummer 146 geändert) und *Bahnstraße* 50/51 (seit um 1893 Nummer 48; erst am 28. März 1958 wurde die Bahnstraße in Crellestraße umbenannt). Später wechselten die Eigentümer; nach dem Zweiten Weltkrieg ging das Gebäude an die Berliner Wohnungsgesellschaft [Haus und Grund](#).

Im Erdgeschoss befindet sich von Anfang an eine [Gastwirtschaft](#), seit den 1990er Jahren mit [vietnamesischer Küche](#). Außerdem gab oder gibt es dort ein Leihhaus,

eine Zigarrenhandlung, eine Buchhandlung, ein Schuhgeschäft, einen Schmuckladen, ein Fahrradbüro. In der ersten Etage befinden sich ebenfalls Geschäftsräume, die (chronologisch geordnet) nacheinander (Auswahl) einen Arzt (ab 1900), eine Korsettfabrik (ab 1904), einen Schneider (ab 1910), einen Zahnarzt (ab 1910), den Haus- und Grundbesitzer-Verein (ab 1920), ein Photographenatelier (1933) beherbergten.^[8]

- Westlich des Platzes steht in der Hauptstraße 18 das 1902 im [Neorenaissance](#)-Stil erbaute *Damenheim*, das in der [Kaiserzeit](#) ausschließlich von alleinstehenden vermögenden Damen und „[höheren Töchtern](#)“ bewohnt wurde. Diese Damen gehörten zu den Frauen, die seinerzeit erstmals in die (damals meist von Männern dominierte) Berufswelt einsteigen durften, beispielsweise Lehrerinnen und Ärztinnen. Der Wohnkomfort war für die Zeit außerordentlich fortschrittlich: [Zentralheizung](#) in den teilweise möblierten Zimmern, Speise- und [Lesesaal](#) sowie Hauspersonal.

Weblinks



[Commons: Kaiser-Wilhelm-Platz \(Berlin-Schöneberg\)](#) – Sammlung von Bildern, Videos und Audiodateien

- [Kaiser-Wilhelm-Platz](#). In: *Straßennamenlexikon des [Luisenstädtischen Bildungsvereins](#)* (beim [Kaupert](#))

Einzelnachweise

- Der Tagesspiegel, 13.10.2020: [Ehrung für früheren Bundespräsidenten: Grünen wollen Richard-von-Weizsäcker-Platz](#).
- [Frauen wurden bei der Umbenennungs-Debatte nicht berücksichtigt](#). Abgerufen am 26. März 2021.
- [Der Brunnen wächst noch](#). In: *Berliner Zeitung*, 6. Juli 2007.
- [Umbau des Kaiser-Wilhelm-Platzes](#), abgerufen im Jahr 2012.
- [Kaiser-Wilhelm-Platz 4, Mietshaus, 1889–1892 von Theodor Göttgen](#)
- [Kaiser-Wilhelm-Platz 5, Mietshaus, 1890–1891 von Georg Roensch](#)
- [Berliner Adressbuch 1890](#)
- 8. [Berliner Adressbuch ab 1894](#)
- Diese Seite wurde zuletzt am 10. Juni 2021 um 08:31 Uhr bearbeitet.

09) Götz von Aly zu Rotrotgrünem Brutalismus in Berlin

Kommentar von Götz Aly im Wortlaut

Annette A., Mittwoch, 02. Dez. 2020,
23:35 Uhr

Liebe Freunde, jetzt endlich komme ich dazu, euch noch den von mir gestern gepriesenen Kommentar von Götz Aly in der gestrigen Berliner Zeitung zu übermitteln; Hervorhebungen von mir.

Nun fehlt noch die überregionale Presse ... Aber dieser Kommentar wird endlich dem Problem zum ersten Mal gerecht!

Auch ist bis heute kein angemessener Beitrag in der Berliner Abendschau gelaufen ...

Alle drei von Götz Aly angesprochenen Skandale kennt ihr auch aus meinen Übersichten ...

Es ist zu hoffen, daß der Kommentar von Götz Aly im Berliner Kurier morgen wiederholt wird ...

Schreibt Leserbriefe!

Leserbriefe FAZ: leserbrief@faz.de

Süddeutsche: leserbriefe@sueddeutsche.de

Berliner Zeitung: leser-blz@berlinerverlag.com

Einen herzlichen Gruß

Annette Ahme

Vorsitzende Berliner Historische Mitte e. V.

c/o Friedrichstädtische Galerie – Stresemannstr. 27 – 10963 Berlin

(030) 2521689 / (0177) 2521689 – skype: annette.ahme

Rotrotgrüner Brutalismus in Berlin

Berliner Zeitung vom Dienstag, 1. Januar 2020

Berlin Sowohl Die Linke als auch die SPD und Die Grünen tun gerne so, als hätten sie weit geöffnete Ohren für Bürgerbeteiligung. Dass zumindest in Berlin das Gegenteil stattfindet, sei an drei aktuellen Beispielen thematisiert.

Vor kurzem wurde in **Pankow die Mauer des Friedhofs im Ortsteil Französisch-Buchholz weggebaggert, und zwar mitsamt den hugenottischen Erbbegräbnissen aus dem 18. Und 19. Jahrhundert.** Sie erinnerten an die als Flüchtlinge in Preußen aufgenommenen protestantischen Franzosen: In Französisch-Buchholz waren es 17 Familien, darunter die Chartons, die Guyots, die Cunis oder Mathieus. Für den stadtgeschichtlich frevelhaften Abriss ist Bezirksstadtrat Vollrad Kuhn (Grüne) verantwortlich. Er flüchtet sich in windige Ausreden.

Das zweite Beispiel bezieht sich auf die seit gut 300 Jahren bestehende Mohrenstraße. Am 17. August hatten die Verordneten des Bezirks Mitte auf Antrag der Grünen und der SPD mehrheitlich beschlossen, den Straßennamen als angeblich rassistisch zu tilgen und die Straße nach dem durchaus würdigen Philosophen Anton Wilhelm Amo zu benennen. Das soll ausdrücklich ohne die Beteiligung von Anrainern und alternative Vorschläge geschehen.

Dieser Vorgehensweise entspricht eine Alibi-Veranstaltung, die das bezirkliche Kulturamt am vergangenen Sonntag online zelebrierte. Anfangs wurde behauptet, es gehe nicht um den Straßennamen; tatsächlich redeten die zugelassenen, sich inhaltlich völlig einigen Diskutanten ununterbrochen davon. Die Auswahl der Gleichgesinnten hatte der Verein „*Each One Teach One (EOTO)* – Empowerment für Schwarze, Afrikanische- und Afrodiasporische Menschen“ getroffen. Ein Kritiker, der im Chat-Kanal höflich widersprach, wurde kurzerhand weggelöscht, weil er sich angeblich nicht „respektvoll“ ausgedrückt habe (Erdogan lässt grüßen). Insgesamt hörten sich (mit mir) 25 bis 50 Menschen die zähe Präsentation wechselseitiger Selbstbestätigung an. Für diese bürgerferne Nichtdiskussion ist die rot-grüne Spitze des Bezirksamts Mitte verantwortlich, speziell die Stadträtin Sabine Weißler (Grüne).

Nun zum dritten Fall: **Es geht um die 44 Meter breite Mühlendammbücke**, die im Lauf der nächsten **zehn Jahre** erneuert werden muss. Die zuständige Senatorin Regine Günther (Grüne) will dieses **Betonmonster** in fast derselben Breite neu errichten lassen und bündelte Gegenvorschläge für ein nur 32,60 Meter breites, für Fußgänger, Radfahrer, Autos und Straßenbahnen gegliedertes, damit auch leichteres und weniger plump-brutales Bauwerk ab. Ihren Sprecher Jan Thomsen lässt sie mitteilen: „Wir wollen ein künstliches Nadelöhr an dieser Stelle für alle Verkehrsarten vermeiden.“

Tatsächlich steht im Zusammenhang der Brücke die Frage an, wie das schon von den Nazis verunstaltete, dann zusammengebombte und hernach im Namen des Autoverkehrs vollständig weggesprengte ehemalige Berliner Zentrum auf moderne Weise rekonstruiert werden kann. Es geht um die Wiederbelebung einer urban vollständig verödeten Zone. Aber dafür interessieren sich Grüne, SPD und Linke nicht. Schlecht gelaunt und ungemein wurstig herrschen sie in soft-stalinistischer Manier.

10) Anwohner lehnen Inge-Meyssel-Straße ab. Von Hildburg Bruns



Aus: B.Z., Nr. 64/11 v. 17.03.2021, S. 13

Anmerkung der Redaktion: Quittung für den „Straßenumbenenner-Block“ und seine Helfershelfer? Aber was kümmert diese „Oberen“ die Meinung des Volkes, wenn das Volk anderer Meinung ist? In diesem Falle war es nicht einmal eine „Umbenennung“, sondern eine Erstbenennung, aber die r ungeliebten „Umbenennungswellen“ schlagen jetzt wohl zurück. Gut so! - Hk

Und die Partei „Bündnis 90 / Die Grünen“ zeigt uns ihr demokratisches Gesicht!

Aus der B.Z. in Berlin

<https://www.bz-berlin.de/berlin/friedrichshain-kreuzberg/inge-meyssel-strasse-kommt-doch>

siehe nächste Seite:

In Friedrichshain: Inge-Meyssel-Straße kommt doch



Inge Meysel in Berlin. Foto: picture alliance / United Archiv



Hildburg Bruns, 19. März 2021, 08:07

Es wird doch eine Inge-Meyssel-Straße in Friedrichshain geben! Darauf pocht Grünen-Kulturpolitiker Werner Heck: „Die Bezirksverordnetenversammlung hat die Benennung einer Straße ohne Namen beschlossen und sie wird auch umgesetzt“.

Kurios: Die Anlieger müssen den neuen Namen der westlich von ihnen gelegenen Straße aber nicht als Anschrift übernehmen. Sie können ihre bisherige Adresse der östlich von ihnen gelegenen Straßen (u.a. Pariser Kommune, Franz-Mehring-Platz) behalten.

Denn in einer Befragung hatten von 1000 Anliegern nur 32 Haushalte für einen Wechsel zur Inge-Meyssel-Straße plädiert.

Die neuen Meysel-Straßenschilder in der namenlosen Straße werden erst in einigen Monaten aufgehängt. Die legendäre Volksschauspielerin (1910–2004) wurde in Rixdorf (heute Neukölln) geboren, wuchs in Friedrichshain auf. Ihre prägenden Jahre erlebte sie am Rose-Theater und an der Ballettschule am Strausberger Platz. Zum großen Star avancierte Meysel im Berliner Volksstück „Fenster zum Flur“, das 1960 im Hebbeltheater uraufgeführt wurde.

Später engagierte sich die „Mutter der Nation“, wie sie auch genannt wurde, gegen den Paragraphen 218 (Schwangerschaftsabbruch) und setzte sich für die Rechte der Homosexuellen im Kampf gegen Aids ein.

Meysel war ein gern gesehener Gast in vielen Talkshows. Das Publikum liebte und hasste sie wegen ihrer offenen und direkten Art.

Doch die Anwohner überzeugte das alles nicht, sie scheuen den bürokratischen Aufwand, wollen keine Inge-Meyssel-Straße auf ihrem Ausweis.

01) Soldatendenkmal des Kyffhäuserbundes auf dem Friedhof der Kirchengemeinde Alt-Schöneberg in Berlin



Soldatendenkmal auf dem Friedhof Alt-Schöneberg am 19.05.2021

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin

Westpreußisches Bildungswerk Berlin-Brandenburg
Ostdeutscher Hochschulbund Danzig-Westpreußen
Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.
www.westpreussen-berlin.de

Brandenburgische Straße 24 Steglitz
12167 Berlin

Ruf: 030-257 97 533, Fax: auf Anfrage

westpreussenberlin@gmail.com

1. Vorsitzender: Diplom-Geograph Reinhard M.W. Hanke,

st.Vors: Ute Breitsprecher;

Schatzmeister: Dieter Kosbab, Ruf: 030-661 24 22

Postbank Berlin

DE 26 1001 0010 0001 1991 01

BIC PBNKDEFF

22. Mai 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit Monaten ist ein Soldaten-Denkmal für Opfer des Krieges, das - so eine Tafel darunter - einst vom Kyffhäuser-Bund aufgestellt wurde, in einem jämmerlichen Zustand: es wurde sichtbar mit roter Farbe übergossen (s. Fotos in der Anlage).

Das Denkmal liegt an der Schöneberger Hauptstraße, am Friedhofseingang, zwischen der Dorfkirche und einer Polizei-Dienststelle (!) und - auf dem nächsten Grundstück - dem Heimatmuseum Schöneberg.

Wir würden uns freuen, wenn Sie sich mit dem Denkmal beschäftigen würden und es den alten Zustand versetzen könnten.

Wir bitten Sie, uns über den Fortgang der Angelegenheit zu informieren.

Mit freundlichen landsmannschaftlichen Grüßen

Reinhard M. W. Hanke, Vorsitzender

c/o. Büro der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin:

Brandenburgische Straße 24 Steglitz

12167 Berlin

Ruf: 030-257 97 533, Fax auf Anfrage

www.westpreussen-berlin.de

www.ostmitteleuropa.de



Kyffhäuser-Landesverband Berlin e. V.

Landesvorsitzender Heiko Leistner, Wotanstraße 12, 10365 Berlin (Geschäftsstelle)
stellvertretender Landesvorsitzender Ulrich Hesse, Babelsberger Str. 48, 10715 Berlin
Landesschatzmeister: Michael Geerds, Angerburger Allee 47, 14055 Berlin
Bankverbindung: Postbank Berlin, IBAN DE67 1001 0010 0056 9041 05
E-Mail: Kyffhaeuser-LV-Berlin@web.de / www.kyffhaeuser-landesverband-berlin.de



Bearbeiter: Heiko Leistner

Kyffhäuser-Landesverband Berlin e.V., Wotanstr. 12, 10365 Berlin

23. Mai 2021

An die
Landsmannschaft Westpreußen e.V.

Brandenburgische Straße 24
12167 Berlin

Ihre EMail vom 22. Mai 2021

Sehr geehrter Herr Hanke,

vielen Dank für Ihre EMail vom 22. diesen Monats, in der Sie uns über den Zustand des Soldatendenkmals an der Schöneberger Dorfkirche hinwiesen.

Zu Recht stimmt Ihre Aussage, dass das Denkmal, nebst Gedenkplatte, vom damaligen Kyffhäuserbund Berlin aufgestellt wurde. Dies geschah ca. 1929/30 vom damaligen Reichskriegerbund Kyffhäuser, dessen Sitz ebenfalls in Schöneberg war. Schön öfters wurden Farbattacken auf das Denkmal verübt, die Täter jedoch nie ermittelt.

In der ersten Zeit haben Kameraden, des 1952/53 gegründeten Kyffhäuser Landes- und Gebietsverband Berlin e.V., versucht die Schmierereien zu beseitigen. Der letzte, uns gemeldete Anschlag wurde im letzten Jahr verübt. Damals wollte das Bezirksamt/Dorfkirche die Schäden beseitigen.

Wir sind über die Situation sehr unzufrieden, vor allem was den Umgang gewisser politisch gesinnter Menschen mit kulturellen Gütern oder Gedenken oder gar Traditionspflege betrifft.

Wie ich recherchieren konnte, sind sie, genau wie wir, eine Vereinigung, die die Traditionspflege und das Gedenken erhält; also Werte, die in heutiger Zeit nicht nur verloren gehen sondern auch verleumdet und in die rechte Ecke gestellt werden.

Sofern Sie nichts dagegen haben, würde ich mich gerne auch persönlich mit Ihnen treffen.

Mit kameradschaftlichen Grüßen

Heiko Leistner

-Landesvorsitzender-

(Das Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist auch ohne Unterschrift ein gültiges Dokument.)





Dorfkirche Schöneberg, 19.05.2021 (wie auch die folgenden Aufnahmen v. R. Hanke)



Links Eingang zum Friedhof mit dem Soldaten-Denkmal, rechts Sitz der Polizeidirektion 4 - Abschnitt 42. Einige Schritte weiter nach rechts befindet sich das Heimatmuseum Schöneberg...



Tafel des Kyffhäuserbundes am Denkmal

Aufnahme von R. Hanke am 08.03.2017:



Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

- 01)** Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen
- 02)** Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.
- 03)** Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf

01) Die älteste bekannte Ur-Europäerin lebte in Tschechien

<https://deutsch.radio.cz/die-aelteste-bekannte-ur-europaeerin-lebte-tschechien-8720043>

12.06.2021



Modell der Ur-Europäerin und ihr Schädel im Pantheon des Nationalmuseums Prag.
Foto: Nationalmuseum in Prag

Vor etwa 45.000 Jahren kamen die ersten Vertreter des Homo sapiens nach Europa. Unter ihren Nachkommen war auch eine Frau, deren fossiler Schädel vor 70 Jahren in Tschechien gefunden wurde. Aber erst jetzt konnte das Alter des Fundstückes mittels einer DNA-Analyse datiert werden. Dabei hat sich gezeigt, dass die Frau weit älter ist als gedacht. Außerdem gehörte sie einer Population an, die später ausgestorben ist.



Berg Zlatý kůň. Foto: Huhulenik, Wikimedia Commons, CC BY 3.0

1950 entdeckten tschechische Forscher am Berg Zlatý kůň (Goldenes Pferd) in der Koněprusy-Höhle nahe Prag die Teile eines weitgehend kompletten Schädels einer Frau aus der Altsteinzeit. Mehr als ein halbes Jahrhundert lag der Schädelknochen im Archiv des Nationalmuseums. Dann ergaben moderne Forschungsmethoden, dass er mehr als 45.000 Jahre alt ist. Dieses Forschungsergebnis wurde im April dieses Jahres publiziert. Demzufolge handelt es sich bei der Frau um einen der ältesten bekannten Vertreter des modernen Menschen (*Homo sapiens*) in Europa. Um die Erkenntnis hat sich ein internationales Team verdient gemacht. Diesem gehörten neben tschechischen Wissenschaftlern auch Forscher zweier Max-Planck-Institute und der Universität Tübingen an. Kay Prüfer vom Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie erklärt die Peripetien der Datierung:

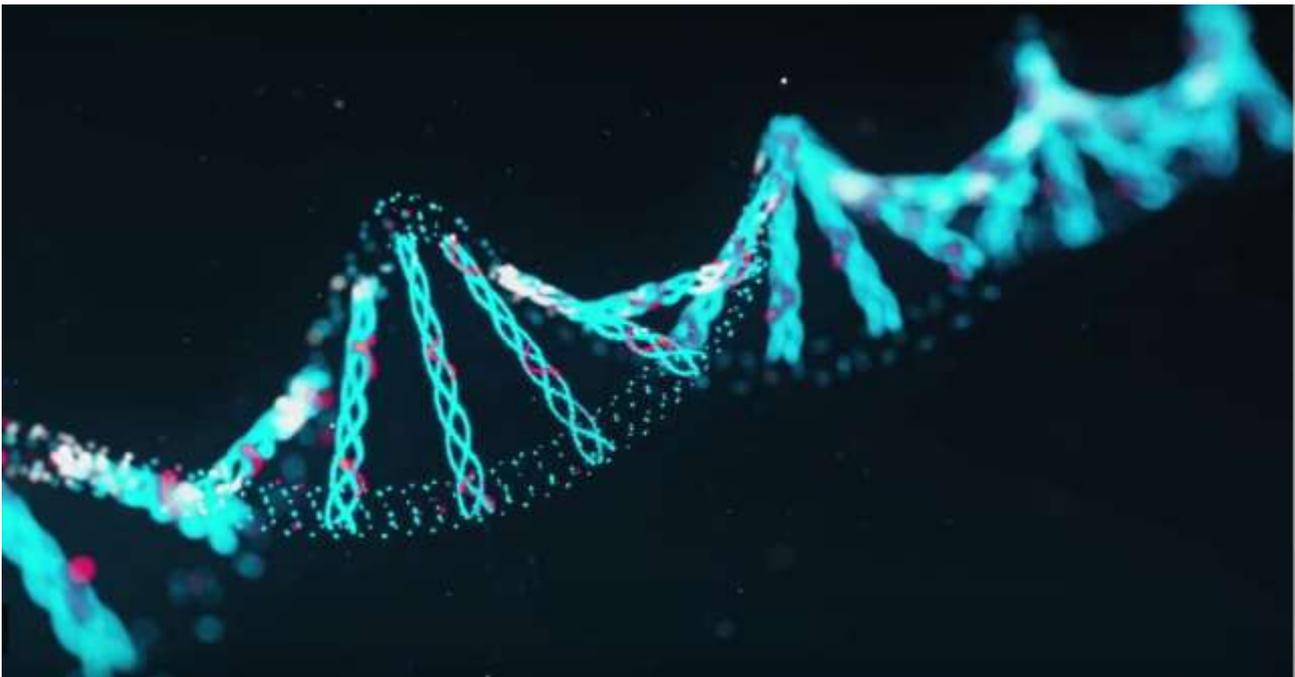


Kay Prüfer

Foto: Center for Academic Research and Training in Anthropogeny

„Interessanterweise gingen die damaligen Entdecker schon beim Fund des Schädels davon aus, dass es sich wahrscheinlich um einen sehr alten Schädel handelt. Und es gibt nicht viele solche alten Schädel in Europa von den ersten Europäern, von den ersten modernen Menschen, die nach Europa gekommen sind. Erst sehr viel später kam aber die Radiokarbondatierungsmethode auf, mit dieser wurde dieser Schädel um das Jahr 2000 herum erstmals datiert. Das Ergebnis war, dass der Schädel gar nicht so alt sei, nur ungefähr 10.000 Jahre. Und auf einmal wurde der Fund weniger interessant. Mit der Zeit haben sich aber noch weiter Forscher damit beschäftigt, unter anderem aus Tschechien. Sie sprach uns dann an, weil sie anhand seiner Form und weiterer Zeichen festgestellt hatten, dass dieser Schädel nicht in die Varianz passt, die wir heute unter Menschen sehen. Anhand ihrer Analyse schien es sehr unwahrscheinlich, dass dieser Schädel zu einem Menschen gehört, der innerhalb der letzten 15.000 Jahre in Europa gelebt hat. Das war also wieder ein Hinweis darauf, dass es sich um einen alten Schädel handelt.“

Datierung dank der Neandertaler-Gene



Genomsequenz der älteste bekannten Ur-Europäerin

Bei der nun angewandten Methode war die Genetik entscheidend. Die Forscher erhielten Proben aus dem Felsenbein und extrahierten das Genom der Frau daraus. Die Erkenntnisse über die Träger der vererbaren Informationen trugen zur Datierung bei:



Neandertaler. Foto: Palickap, Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0

„Man kann den Fakt nutzen kann, dass alle Menschen, die ihre Herkunft von dem Out-of-Afrika-Event haben, also die außerhalb von Afrika leben, ein bisschen Neandertaler in ihrem Genom haben. Nachdem die Menschen aus Afrika raus sind, vor mehr als 50.000 Jahren, haben wir uns mit Neandertalern vermischt und tragen in unserem Genom Fragmente von ihnen. Die Länge dieser Fragmente weist darauf hin, wie lange nach dieser Vermischung mit den Neandertalern das Individuum gelebt hat. Die Fragmente in diesem Schädelknochen waren sehr lang, was der Hinweis darauf ist, dass das Individuum sehr kurz nach der Vermischung mit Neandertalern gelebt hat. Und da wir so ungefähr wissen, dass die Vermischung mit Neandertalern vor 50.000 Jahren passiert ist, haben wir anhand der Länge festgestellt, dass der Schädelknochen wahrscheinlich 45.000 Jahren alt ist oder vielleicht sogar noch ein paar tausend Jahre älter.“

Bisher ältestes Genom moderner Menschen



Koněprusy-Höhle. Foto: Lenka Žížková, Radio Prague International

Das Forschungsteam konnte aus dem Schädel aus der Koneprusy-Höhle das bisher älteste bekannte Genom moderner Menschen rekonstruieren. Aus der Zeit der ersten Besiedlung Europas und Asiens liegen nur sehr wenige Funde vor. Neben der Frau von Zlatý kun konnten bislang nur drei Genome von Individuen isoliert werden:



Replik in der Denissowa-Höhle entdecktes Fingerglied.

Foto: Thilo Parg, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0

„Ich möchte klarstellen, dass wir ein komplettes Genom haben. Es ist kein hochqualitatives Genom, aber wir haben es soweit sequenzieren können, dass wir das gesamte Genom zumindest in einfacher Abdeckung sehen können. Das ist tatsächlich relativ selten, wenn es um moderne Menschen geht. Wir haben schon Neandertaler studieren können, die unter ausgezeichneten Bedingungen erhalten geblieben sind. So ist das Genom auch in jenen Knochen erhalten geblieben, die wir zum Beispiel in der Denissowa-Höhle (Altai-Gebirge in Sibirien, Anm. d. Red.) gefunden haben. Diese sind noch einmal deutlich älter, wahrscheinlich über 100.000 Jahre alt. Was moderne Menschen angeht, gibt es bisher nur ein hochqualitatives Genom, und das stammt aus Ust-Ischim. Der entsprechende Mensch hat vor 45.000 Jahren in Sibirien gelebt. Wir können zeigen, das Zlatý kůň ein bisschen älter ist. Zudem hat eine andere Gruppe simultan zu uns eine Publikation herausgebracht, in der es um Batscho-Kiro geht. Das ist eine bulgarische Höhle, in der ebenfalls Knochen gefunden und jetzt studiert wurden. Diese sind ungefähr gleich alt, es handelt sich aber um eine Population, die eine Verbindung nach Asien hatte. Zudem ist noch ein weiterer Knochen untersucht worden, und zwar Oase 1 aus Rumänien. Bei diesem hat man festgestellt, dass er erst sehr kurze Zeit zuvor die Neandertaler-Vermischung hatte. Wahrscheinlich war dieses Individuum gerade frisch nach Europa gekommen, und die Population hatte sich nur wenige Generationen zuvor mit Neandertalern vermischt. Der Knochen ist ungefähr 40.000 Jahre alt.“



Probennahme aus dem Felsenbein an der Basis des Schädels von Zlatý kůň im Reinraumlabor des Max-Planck-Instituts für Menschheitsgeschichte in Jena.

Foto: Cosimo Posth, Max-Planck-Institut

Die Frau von Zlatý kůň gehörte zu den ersten menschlichen Europäern überhaupt. Wie war das Schicksal der Population, der die Frau angehörte?

„Das ist eine sehr interessante Frage. Es ist tatsächlich so, dass wir bis jetzt sehr wenig über diese ersten Europäer wissen. Zlatý kůň ist die erste Einsicht, die wir darin haben, was diese Population ausmacht. Wir können sehen, dass das Genom dieser Frau nicht zu den Vorfahren von jetzt in Europa lebenden Menschen gehört. Sie gehört auch nicht zu den direkten Vorfahren von Menschen, die in Asien oder anderswo in der Welt leben. Es war eine separate Population, zu der sie gehört hat. Aber diese Population hatte gemeinsame Vorfahren mit allen anderen außerhalb von Afrika lebenden Populationen. Sie gehört zu einer Population, die sich relativ früh abgetrennt hat. Unsere Vorstellung ist, dass sich die Menschen, nachdem sie Afrika verlassen hatten, in unterschiedliche Subpopulationen aufgeteilt und über den Erdball verteilt haben. Sie gehört zu einer separaten Gruppe, die wir bisher noch nicht studieren konnten.“

Verschwundene Population



Foto: YouTube

Die Population, der die Frau von Zlatý kůň angehörte, muss später ausgestorben sein. Ihr Erbgut hat nämlich keine Spuren in den heutigen Europäern hinterlassen. Warum haben sich aber diese frühen modernen Menschen nicht durchsetzen können? Was stand ihrer Entwicklung im Weg? Darüber könne man im Moment leider nur spekulieren, sagt Kay Prüfer. Eine Erklärung biete aber das Schicksal der Neandertaler:



Fossilfunde „klassischer“ Neandertaler.

Foto: Maximilian Dörrbecker, Wikimedia Commons, CC BY-SA 2.5

„Es gibt Theorien, die erklären könnten, wie das passiert ist. Wir spekulieren tatsächlich über eine Möglichkeit. So wissen wir, dass die Neandertaler, die mehrere Hunderttausend Jahre lang in Europa und in Asien gelebt haben, vor ungefähr 40.000 Jahren verschwunden sind.

Interessant ist, dass wir mit dieser Frau, die 45.000 Jahre alt ist, eine Population finden, die auch keine Nachkommen hinterlassen hat. Es gibt einen großen Vulkanausbruch der Phlegräischen Felder in Italien, der auf die Zeit vor 39.000 Jahren datiert ist und zu einer Klimaänderung in Europa geführt hat. Tatsächlich lässt sich im Erdreich eine dünne Ascheschicht finden, die darauf hinweist, dass es sich um einen recht substantiellen Ausbruch gehandelt haben muss. Man sieht dies auch mehrere Tausend Kilometer entfernt von der Ausbruchsstelle. Die Theorie wäre dann Folgende: Dieser Ausbruch des Vulkans vor ungefähr 39.000 Jahren hat das Klima in Europa so verändert, dass es sowohl für die Neandertaler als auch für die ersten ankommenden Menschen in Europa sehr schwer war zu überleben.“



Schädel der Frau aus der Koněprusy-Höhl. Foto: Martin Frouz, Naturwissenschaftliche Fakultät der Karlsuniversität Prag, Nature Ecology & Evolution

Das Studium der verschwundenen Population geht aber mit der nun vorliegenden Datierung des ältesten europäischen Menschenfossils noch nicht zu Ende...

„Unsere Hoffnung ist, dass wir noch deutlich mehr über diesen Schädel herausfinden können, indem wir ein vollständiges Genom herstellen. Das hängt natürlich immer davon ab, ob wir die Möglichkeit finden, ausreichend viel genetisches Material zu untersuchen. Aber unsere Hoffnung ist, dass wir noch deutlich mehr über diese Population und über diese Frau sagen können.“

Ein Name wird gesucht



Foto: Nationalmuseum Prag

Soweit der Wissenschaftler Kay Prüfer vom Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie. Seine Arbeit, die Einblicke in die Urzeit bietet, verläuft am Computer. Den eigentlichen Schädel der Frau aus der Koněprusy-Höhle hat er nie mit eigenen Augen gesehen. Diese Möglichkeit bietet sich derzeit aber für die breite Öffentlichkeit im Nationalmuseum in Prag. Dort wird er in einer Vitrine im Pantheon ausgestellt. Gleich daneben steht zudem eine lebensgroße Plastik der Frau. Dank dem Bildnis, das von der französischen Künstlerin Elisabeth Daynès geschaffen wurde, erhält man eine Vorstellung vom Aussehen dieser entfernten Vorfahrin des heutigen Menschen. Allerdings habe die Veranschaulichung einen Haken, hat der Generaldirektor des Nationalmuseums, Michal Lukeš, in den Inlandssendungen des Tschechischen Rundfunks erläutert:



Michal Lukeš. *Foto: Elena Horálková, Tschechischer Rundfunk*

„Die Plastik der Dame wurde erstellt, noch bevor man sie um 30.000 Jahre älter datiert hat. Auf diese Dame wartet daher eine neue Reise nach Paris. Die Gesichtszüge bleiben unverändert, weil sie aufgrund der Untersuchung des Schädels geschaffen wurde. Salopp formuliert, hat sich aber die Mode innerhalb der 30.000 Jahre gewissermaßen entwickelt. Wir müssen sie daher umziehen. Sie hat damals nur Pelz tragen können und noch keine Bekleidung aus Gewebestoff und Textil. Aufgrund der DNA-Analyse hat sich zudem herausgestellt, dass ihre Haut, Haare und Augen viel dunkler waren, da ihre Vorfahren kurz zuvor aus dem Süden Afrikas gekommen waren.“



Schädel der Frau aus der Koněprusy-Höhl. Foto: Martin Frouz, Naturwissenschaftliche Fakultät der Karlsuniversität Prag, Nature Ecology & Evolution

Das Nationalmuseum hat zudem eine Umfrage auf Social Media veröffentlicht, in der ein Name für die Ur-Europäerin gesucht wird.

„Als ich den Bericht über die Forschungsergebnisse las, habe ich zuerst nicht begriffen, dass es sich um diese Dame handelt. In der Fachsprache war von einem Individuum die Rede. Der Fund wurde Zlatý kůň benannt – nach dem Ort, an dem die Schädelknochen entdeckt wurden. Das scheint mir aber unhöflich gegenüber dieser Dame. Ich denke, dass sie einen eigenen Namen erhalten sollte. Wir haben daher die Öffentlichkeit via Facebook aufgefordert, relevante Namen vorzuschlagen. Eine Jury wird fünf der Vorschläge auswählen und der Öffentlichkeit zur Abstimmung anbieten. So möchten wir einen Namen für sie finden. Wie sie tatsächlich hieß, werden wir natürlich nie erfahren.“

Bei der Namenswahl sind Zlata, Minehava, Velena, Genoma und Berounka in die engere Auswahl gekommen.

Der Schädel wird **bis 2. Juli** im **Pantheon** des **Nationalmuseums** auf dem Wenzelsplatz in Prag gezeigt. Danach soll er in die ständigen naturwissenschaftlichen Ausstellungen des Nationalmuseums übernommen werden.

Autor: [Markéta Kachlíková](#)

02) Hessisch-Böhmisch-Mährische Verbindungen im Hoch- und Spätmittelalter und die Deutsche Ostsiedlung

Schon im 12. Jahrhundert bestanden Verbindungen zwischen Eppstein, Mainz und Böhmen. In den Zeiten der Regentschaft der Erzbischöfe von Mainz, Kurfürsten und Erzreichskanzler, blühte die deutsche Ostsiedlung des Hoch- und Spätmittelalters. Die Vorfahren der „Sudetendeutschen“ wanderten im 12. und 13. Jahrhundert im Zuge der deutschen Ostsiedlung aus dem heutigen Bayern, aus Niedersachsen, Sachsen, Schlesien und Österreich vor allem in die unbewohnten bergigen Urwälder der Grenzgebiete Böhmens und Mährens ein. Dies waren die Siedlungswellen unter den böhmischen Königen Ottokar I. Přemysl, Wenzel I. und Přemysl Ottokar II.

[Bitte lesen Sie hier den kompletten Beitrag](#) von **Dr. Michael Popovic** (erschieden in der Sdd. Familienforschung, Band XV / Heft 5, Juni 2021).

https://drive.google.com/file/d/1xIw7au9H8N8eszalbkUJsh2Y7_E-omGE/view

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 73, 2021

Wien, am 15. Juni 2021

Sudetendeutsche Familienforschung, Band XV / Heft 5, Juni 2021

bis 13. Jahrhundert sei auf die reichhaltige historische Quellenlage verwiesen, beispielsweise auf *DEUTSCHE, TSCHECHEN UND POLEN* von Ernst Schwarz.

Michael Popović, Eppstein

Sudetendeutsche Familienforschung, Band XV / Heft 5, Juni 2021

Hessisch -Böhmisch-Mährische Verbindungen im Hoch- und Spätmittelalter und die Deutsche Ostsiedlung

Wie ich 2017 in der Sudetendeutsche Familienforschung kurz berichtete, bestanden schon im 12. Jahrhundert Verbindungen zwischen Eppstein, Mainz und Böhmen.³⁹ Dies war eine Folge dessen, dass Böhmen und Mähren (Bistümer Prag und Olmütz) von 973 bis 1344 zur Kirchenprovinz Mainz (Germania Sacra) gehörten. In dieser Zeit waren die Erzbischöfe von Mainz, Kurfürsten und Reichserzkanzler, auch zuständig für die Krönung der böhmischen Könige.

Zur Erinnerung: Nachfolgend genannte „Hessen“ waren Primas Germaniae.

- Siegfried II. von Eppstein (Schisma bis 1208) 1200 -1230
- Siegfried III. von Eppstein 1230 -1249 Doppelrad auf Münzen
- Werner von Eppstein 1259 -1284
- Gerhard II. von Eppstein 1288 - 1305⁴⁰

In die Zeiten ihrer Regentschaft blühte die deutsche Ostsiedlung des Hoch- und Spätmittelalters. *Die Vorfahren der „Sudetendeutschen“ wanderten im 12. und 13. Jahrhundert im Zuge der deutschen Ostsiedlung aus dem heutigen Bayern, aus Niedersachsen, Sachsen, Schlesien und Österreich vor allem in die unbewohnten bergigen Urwälder der Grenzgebiete Böhmens und Mährens ein. Dies waren die Siedlungswellen unter den böhmischen Königen Ottokar I. Přemysl, Wenzel I. und Přemysl Ottokar II..*

Der Volkstumsforscher und Siedlungshistoriker Walter Kuhn schreibt zu den Besiedlungswellen unter den Přemysliden:

Zu jener Zeit kam es – 1198 war Herzog Ottokar I. Přemysl die erbliche Königswürde verliehen worden, die 1212 durch Kaiser Friedrich II. durch eine Bulle bestätigt wurde – zu einer bedeutenden Besiedlungswelle. Der Johanniter-Orden erhielt 1215 in Mähren vom Markgrafen Wladislaw Heinrich das Recht, auf allen seinen Besitzungen Kolonisten nach dem Recht der Deutschen anzusiedeln. König Wenzel I. (er regierte von 1230 bis 1253) bestätigte den Schutzbrief der Prager Deutschen: „Wer es aber vielleicht wagen sollte, unsere Zugeständnisse zu verletzen, indem er die vorgenannten Deutschen über das festgesetzte Recht hinaus stark belastet, der soll wissen, dass er wie ein Verbrecher an der königlichen Majestät bestraft wird und außerdem den Fluch des Allmächtigen Gottes in Ewigkeit zu tragen haben wird.“ – Im Jahr 1249 berichteten die Kolmarer Jahrbücher, dass der böhmische König mit Hilfe der Deutschen aus den Gold- und Silberbergwerken „ungeheuren Reichtum“ aufgehäuft habe.

³⁹ Sudetendeutsche Familienforschung Band XIV/Heft 6, Regensburg, Dezember 2017, S. 227 - 229

⁴⁰ Regina Schäfer: Die Herren von Eppstein -Herrschaftsausübung, Verwaltung und Besitz eines Hochadelsgeschlechts im Spätmittelalter, 2000. ISBN 393022108X, EAN 9783930221080

Freiheitsbrief für die Prager Deutschen (Auszug)

1. Ich, Sobieslaw, Herzog der Böhmen, tue allen Gegensätzigen und Zukünftigen kund, dass ich in meine Gnade und meinen Schutz nehme die Deutschen, die in der Prager Vorburg wohnen, und es befehle ich, dass diese Deutschen, so wie sie von den Böhmen durch die Verkauftzähigkeit verschieden sind, auch von den Böhmen und von ihrem Gesetz oder ihrer Gewaltigkeit geschieden sein sollen.
2. Ich räume also diesen Deutschen ein, nach dem Gesetz und Rechte der Deutschen zu leben, das sie jetzt der Zeit meines Großvaters, des Königs Wenzlaw (1101-12), gehabt haben.
3. Einen Pfarrer, wenn sie nach ihrem Bedürfnis für ihre Kirche auszuwählen mögen, räume ich ihnen ein und einen Richter. In ähnlicher Weise soll auch der Bischof ihnen Verträge katechizier weiter sprechen.
4. Wenn der Herzog ausläufte Böhmens auf einer Heimfahrt ist, dann sollen die Deutschen Prag bewachen mit zwölf Schützen bei jedem Tag.
13. Und ich räume den Deutschen auch ein, dass sie frei seien von Gütern, Fremden und Ankerstrafen. Wozu, dass die Deutschen freie Leute sind!
14. Jeder Ankerstrafe oder Gast, von welchem Land er komme, der mit den Deutschen in der Gemeyde wohnt wohnen sollen, soll das Gesetz und die Gewohnheiten der Deutschen haben.

Herzog Sobieslaw II. von Böhmen, um 1176



Das Wappen von Böhmen

Freiheitsbrief von 1176

übermittelt von Klaus Müller

Unter König Přemysl Ottokar II., der von 1253 bis 1278 regierte, wurden erneut in großem Umfang deutsche Handwerker und Bauern ins Land geholt. Sie sollten nicht zuletzt dazu beitragen, die wirtschaftliche Grundlage seiner Macht zu sichern. Aus dem deutschen Rittertum rekrutierte sich ein bedeutender Teil der Beamtenschaft des Königs. Es kam zur Gründung zahlreicher deutscher Städte; in der Zeit von 1245 – 1281 entstanden

unter maßgeblicher Führung von Bruno von Schaumburg, Bischof von Olmütz und Kanzler von König Přemysl Ottokar II., 200 deutsche Ortschaften. Vom tschechischen Adel zu einer reichsfeindlichen Politik gedrängt, kam es zur Konfrontation mit dem römischen Kaiser. Ottokar II. wurde am 26. August 1278 in der Schlacht auf dem Marchfeld von Rudolf I. von Habsburg geschlagen und, wie es heißt, auf der Flucht ermordet.⁴¹

Hier müssen zwei Olmützer Bischöfe genannt werden:

Konrad von Friedberg (tschechisch Konrád z Frydberka; † nach 1247) war Bischof von Olmütz. Konrad entstammte der Familie von Friedberg aus „Hessen“ und war Domherr von Hildesheim. Nachdem der Mainzer Erzbischof Siegfried von Eppstein, zu dessen Kirchenprovinz auch Böhmen und Mähren gehörten, den vom Olmützer Domkapitel gewählten Wilhelm nicht anerkannt hatte, berief er sich auf sein Besetzungsrecht und ernannte 1241 Konrad von Friedberg zum neuen Bischof von Olmütz. Sein Nachfolger wurde Bruno von Schauenburg (auch: Bruno von Olmütz, Bruno von Schaumburg; tschechisch: Bruno ze Schauenburku; * um 1205 vermutlich auf Burg Schaumburg; † 17. Februar 1281). Neben seinem Amt als Bischof von Olmütz war er Berater und Diplomat des böhmischen Königs Přemysl Ottokar II. 1262–1269 bekleidete er das Amt des Marschalls und königlichen Stellvertreters in der Steiermark.

Auch kam es zur Gründung zahlreicher deutscher Städte; allein in der Zeit von 1245 – 1281 entstanden unter maßgeblicher Führung von Bruno von Schaumburg, Bischof von Olmütz und Kanzler von König Přemysl Ottokar II., 200 deutsche Ortschaften. Bruno von Schaumburg kam aus dem Weserbergland und von dort kamen viele der Ostsiedler. Die Legende des „Rattenfängers von Hameln“, der Auszug der Kinder und Jugendlichen von 1284, hat hier seine Grundlage.^{42, 43}

⁴¹ Download unter: https://de-academic.com/dic.nsf/dewiki/322825#B.C3.B6hmen_und_M.C3.A4hren am 10.05.2021

⁴² UDOLPH, Jürgen: Zogen die Hamelner Aussiedler nach Mähren? Die Rattenfängersage aus namenkundlicher Sicht, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 69 (1997), S. 125–183.

⁴³ SPANUTH, Heinrich: Der Rattenfänger von Hameln, Niemeyer Hameln 1951



Bild 1: Die Kirchenprovinz Mainz um das Jahr 1000, vor der Exemtion Bambergs und nach der Gründung der Kirchenprovinz Magdeburg. 1344 wurde Prag zum Erzbistum erhoben mit Olmütz als Suffraganbistum⁴⁴



Bild 2: Europa um 1190

Viele dieser „sudetendeutschen“ Heimatvertriebenen kamen aus diesen (deutsch-)böhmischen Königsstädten, die dieses Privileg bereits lange vor der Stadtrechtsverleihung Eppsteins im Jahre 1318 erhalten hatten: Beispiele seien hier genannt: Freudenthal (Bruntál) 1223, Troppau (Opava) vor 1224, Leitmeritz (Litoměřice) 1228–1230, Prager Altstadt (Staré Město) 1235–1245, Mies (Stříbro) 1240 und Aussig (Ústí nad Labem) etwa 1260. Die Prager Neustadt (Pražské Nové Město) 1348 und Karlsbad (Karlovy Vary) 14. August 1370 erhielten die Stadtrechte nach Eppstein.

Dieses Jahrhundert der Gründung überwiegend deutscher Städte im Königreich Böhmen mit Magdeburger Recht ist auch mit den Beziehungen der vier Herren von Eppstein, die insgesamt 77 Jahre den Mainzer Erzstuhl innehatten, Erzbischöfe, erste Kurfürsten und Erzkanzler des Heiligen Römischen Reiches waren, verbunden. Zum Erzbistum Mainz, der Kirchenprovinz Germania, gehörte damals auch das bedeutende Königreich Böhmen und die Markgrafschaft Mähren mit den Suffragandiözesen Prag und Olmütz.

Die Geschichte Böhmens und Mährens bis zum Aussterben der Přemysliden (1306) und der Fortführung der Dynastie durch die Luxemburger auf den böhmischen Thron (1310) mit König Johann

⁴⁴ Von own work - own work; Droysen Allgemeiner Historischer Atlas (1886), CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5534053>

Sudetendeutsche Familienforschung, Band XV / Heft 5, Juni 2021

ist hier von besonderer Bedeutung. Deswegen soll ein Überblick gegeben werden über die Krönungen der Böhmisches Könige durch die Mainzer Erzbischöfe, die Herren von Eppstein:

Krönungen der böhmischen Könige durch die Mainzer Erzbischöfe, die Herren von Eppstein

Allein wegen der Königs-Krönungen befanden sich die Eppsteiner vier Mal in Prag. Martin WIHODA publizierte 2015 auch zu den Krönungen der böhmischen Könige durch die Mainzer Erzbischöfe.⁴⁵ Das Recht, den böhmischen König (und Königin) zu krönen, hatte der Mainzer Erzbischof, unter den die Prager Diözese fiel, er war der sog. *Konsekrator*. Dies wird bestätigt durch eine weitere Quelle für das Jahr 1228:

„Die Könige Ottokar und Wenceslaus von Böhmen erklären, dass die Krönung der Könige von Böhmen nur dem Erzbischof von Mainz zustehe. (*Confitemur .. consecrationem regalem et diadematis impositionem de sacrosancte Moguntine sedis aeo, terre nostre metropolitano in perpetuum tenemur recipere.*)⁴⁶

König	Wenzel I.	6. Februar 1228	Veitsdom, Prag	Siegfried II. von Eppstein Erzbischof von Mainz
Königin	Kunigunde von Staufen Ehefrau von Wenzel I.	6. Februar 1228	Veitsdom, Prag	Siegfried II. von Eppstein Erzbischof von Mainz
König	Ottokar II. Přemysl	25. Dezember 1261	Veitsdom, Prag	Werner von Eppstein Erzbischof von Mainz
Königin	Kunigunde von Halitsch Ehefrau von Přemysl Otakar II.	25. Dezember 1261	Veitsdom, Prag	Werner von Eppstein Erzbischof von Mainz
König	Wenzel II.	2. Juni 1297	Veitsdom, Prag	Gerhard II. von Eppstein Erzbischof von Mainz
Königin	Guta von Habsburg Ehefrau von Wenzel II.	2. Juni 1297	Veitsdom, Prag	Gerhard II. von Eppstein Erzbischof von Mainz
Königin	Elisabeth Richza von Polen Ehefrau von Wenzel II.	26. Mai 1303	Veitsdom, Prag	Gerhard II. von Eppstein Erzbischof von Mainz
König	Johann von Luxemburg	7. Februar 1311	Veitsdom, Prag	Peter von Aspelt Erzbischof von Mainz
Königin			Eliška Přemyslovna Ehefrau von Johann von Luxemburg	

In der Zeit der Machtkämpfe um den Führungsanspruch in den Ländern der böhmischen Krone befand sich Siegfried II. in seiner Eigenschaft als Probst und als Repräsentant der Kirchenprovinz Germania – als Gesandter des Mainzer Erzbischofs (1183 – 1200) Konrad I. von Wittelsbach (seit 1166 Kardinal)? – häufig in Böhmen, vor allem als Propst zu Vyšehrad in der dortigen Residenz der Přemysliden auf. Mit Ottokar I. Přemysl (* 1155/1167, † 1230), Regierungszeit 1198–1230, wurde das Königtum Böhmen 1198 erblich. Ottokar I. war der Sohn von Vladislav II. und Judith von Thüringen. 1194 war er von Heinrich VI. als Herzog von Böhmen abgesetzt worden und musste seinem früheren Verbündeten Heinrich Břetislav III., Bischof von Prag weichen, der vom König als böhmischer Herzog eingesetzt worden war.

⁴⁵ Martin Wihoda: První česká království. Nakladatelství Lidové noviny, Praha 2015,

⁴⁶ 9 BW, RggEbMz 32 Nr. 560, in: Die Regesten der Mainzer Erzbischöfe, URI: <http://www.ingrossaturbuecher.de/id/source/15765> (Zugriff am 13.03.2018)

Sudetendeutsche Familienforschung, Band XV / Heft 5, Juni 2021

Am 22. Juni 1197 wurde sein Bruder Vladislav Heinrich zum Herzog erhoben. Kurz darauf schloss Ottokar mit ihm einen Ausgleich, dem zufolge Vladislav das Markgrafentum Mähren als böhmisches Lehen, Ottokar selbst den böhmischen Thron erhielt. Damit waren beide Teilfürstentümer für kurze Zeit wieder getrennt. Im September 1198 erwarb Ottokar von Philipp von Schwaben (von 1198 bis zu seiner Ermordung 1208 römisch-deutscher König) als Belohnung für seine Gefolgschaft die Königswürde (Einigung am 8. September in Mainz) und wurde wenige Tage später in Boppard, der freien Stadt des Reiches, dem Verwaltungszentrum des Bopparder Reiches, gekrönt. Dabei handelte es sich erstmals in der Geschichte Böhmens nicht um eine persönliche, sondern um eine erbliche Krone.

Hier ist auf den seit 1198 anhaltenden „deutschen“ Thronstreit zwischen den Staufern und den Welfen hinzuweisen. Es ging um die Nachfolge des verstorbenen Kaisers Heinrich VI. Im fast 20 Jahre währenden Streit setzten sich die Stauer in Gestalt von Friedrich II. durch.

1203 wurde Ottokar zwar vom römisch-deutschen König Philipp von Schwaben abgesetzt, weil er parteiflüchtig wurde und seine Gemahlin Adelheid von Meißen verstieß, erlangte aber dafür Anerkennung seiner Herrschaft durch Innozenz III. und Otto IV. von Braunschweig. 1204 versöhnte er sich wieder mit Philipp. Mit Otto, den er anfangs anerkannt hatte, entzweite er sich wieder und schloss sich 1212 Friedrich II. an. Dieser war seit 1215 rechtmäßiger Römischer König, 1212–1217 Herzog von Schwaben und Römischer Kaiser (1220–1250). Er erkannte 1212 in der Goldenen Sizilianischen Bulle das böhmische Erbkönigtum endgültig an bezeichnete und Ottokar als „vornehmsten Reichsfürsten“. 1216 regelte Ottokar seine Nachfolge, indem er seinen zweitgeborenen Sohn Wenzel I. (* 1205, † 1253) zum König wählen ließ. Er regierte als König von Böhmen von 1230 bis 1253.

Siegfried II. von Eppstein, Erzbischof von Mainz, krönte König Wenzel I. Přemysl und seine Gemahlin Königin Kunigunde von Staufen am 6. Februar 1228 im Veitsdom in Prag. 1230 wurde Wenzel I. nach dem Tod seines Vaters böhmischer König.^{47, 48} In dem Regest der Mainzer Erzbischöfe findet sich mit dem Datum 6. Februar 1228 ein weiterer Beleg für die Weihe und Krönung durch Erzbischof Siegfried II.:

*Wenceslaus rex consecratus est cum uxore sua Cunegunde regina in ecclesia Pragensi a venerabili Ziffrido Maguntino archiepiscopo in dominica qua cantatur: Esto mihi. Canonico. Prag. contin. Cosmae.*⁴⁹

Welche Bedeutung der Mainzer Erzbischof dem böhmischen Krönungsrecht (Konsekrator und Koronator) zumaß, zeigen die wiederholten Bestätigungen durch den Papst, so im Jahr 1261.⁵⁰

In den Auseinandersetzungen zwischen dem Kölner und dem Mainzer Erzbischof um Besitz des Krönungsrechtes Anfang des 13. Jahrhunderts war der Mainzer Erzbischof Siegfried II. von Eppstein gegenüber den Ansprüchen Adolfs von Altena erfolgreich. Offensichtlich war in Mainz sehr genau wahrgenommen worden, dass Adolf von Altena mit dem Krönungsrecht versuchte, den Mainzer Erzbischof von seinem ersten Rang unter den Kurfürsten zu verdrängen. Ein Schachzug in dieser Auseinandersetzung war die intensive Bemühung Siegfried II. von Eppstein um das böhmische Krönungsrecht, das er 1228 auch erlangte, selbst wenn es von deutlich geringerem Wert als das deutsche war. Welche Bedeutung der Mainzer Erzbischof dem böhmischen Krönungsrecht zumaß, zeigen die wiederholten Bestätigungen durch den Papst, so im Jahr 1261.⁵¹

⁴⁷ BÄCHLE, Hans-Wolfgang: Das Erbe der Hohenstaufen, Schwäbisch Gmünd 2008, S. 135–138.

⁴⁸ DECKER-HAUFF, Hansmartin: Das Staufische Haus, in: Württembergisches Landesmuseum (Hrsg.): Die Zeit der Stauer. Geschichte - Kunst - Kultur. Stuttgart 1977, Band III, S. 339–374, hier: S. 361.

⁴⁹ BW, RggEbMz 32 Nr. 560, in: Die Regesten der Mainzer Erzbischöfe, URI:

<http://www.ingrossaturbuecher.de/id/source/15765> (Zugriff am 13.03.2018)

⁵⁰ Regesten zur Geschichte der Mainzer Erzbischöfe, hrsg. von J. Fr. Böhmer/Cornelius Will, Bd. 2, 1161–1288, Neudr. Aalen 1966, S. 356, Nr. 58 oder im Jahr 1291, Regesten der Erzbischöfe von Mainz, bearb. von Ernst Vogt, 1. Abt., 1. Bd., 1289–1328, Neudr. Berlin 1970, S. 401, Nr. 245. URL: http://opac.regesta-imperii.de/lang_de/anzeige.php?sachtitelwerk=Regesten+der+Erzbischof+C3%B6fe+von+Mainz+von+1289-1396.+Abt.+1+Bd.+1%3A+1289-1328&pk=9664 Zugriff am 13.03.2018

⁵¹ URL: <https://www.regionalgeschichte.net/bibliothek/texte/aufsaezte/kessel-sepulkralkolitik.html#a17>

Die böhmischen Beziehungen der Eppsteiner beginnen mit Siegfried II. von Eppstein. Bereits als Probst von Wyschehrad, (Vyšehrad) hielt er sich, wie bereits oben erwähnt, mehrfach in Böhmen auf und konsekrierte 1200 die Kirche Peter und Paul in Schüttenitz, dem Probsteigut Vyšehrad, wenige Kilometer von dem königlichen Kollegiatstift Sankt Stefan, Leitmeritz, entfernt. Das Probsteigut befand sich am wärmsten Ort im „Garten Böhmens“.

Zdenka Hledíková, schreibt, dass die Diözese Prag bis zum Jahre 1341 einen Teil der Mainzer Kirchenprovinz bildete. „Am 23. Juli desselben Jahres wurde sie eximiert und zum 30. April 1344 (Anmerkung: unter Karl IV) in den Rang einer Metropole erhoben. Bis zur Mitte des Jahres 1341 hatten also hier die Mainzer Provinzialnormen volle Geltung. Alle Anfänge der Prager Diözesansynoden sind daher im Lichte eventueller Eingriffe des Mainzer Metropoliten auf dem Gebiet der normativen kirchlichen Bestimmungen zu verfolgen. Es läßt sich mit Sicherheit sagen, daß in Böhmen die Statuten der in Mainz 1125, in Fritzlar 1244, in Mainz 1261, in Aschaffenburg 1292 und wiederum in Mainz 1310 stattgefundenen Provinzialsynoden bekannt waren. Einzelne Prager Bischöfe nahmen auch in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts an den Verhandlungen der Mainzer Synoden teil und pflegten einen direkten Kontakt mit der Mainzer Gesetzgebung. Es handelte sich namentlich um den Bischof Nicolaus von Ujezd, der bei der Synode in Fritzlar 1244 anwesend war; an den Reichssynoden in Wien 1267 und in Würzburg 1287 nahmen Johann III. und Thobias von Bechyně teil.

Während des größten Teils des 13. Jahrhunderts hindurch gibt es in der Tat in Böhmen keine Belege für die Gültigkeit von anderen als den Mainzer Normen. Auch die meisten Anordnungen allgemeineren Charakters mit Diözesangelung wurden aus der Befugnis des Metropoliten herausgegeben. In diesem Falle ging es vor allem um Visitationsstatuten, die **Siegfried III. von Eppstein zum Schluß seiner Visitation 1244** verkündete. Diese eingehenden Visitationsstatuten, die systematisch die allgemein gültigen Normen entwickelten und auf die örtlichen Verhältnisse anwandten, stellten, wie es scheint, für lange Zeit im Lande jene Phase der Diözesanstatuten dar, die die grundlegenden Rechtsnormen verkündeten. Diözesansynoden waren damals unbekannt.^{52, 53}

In den Regesten der Mainzer Erzbischöfe ergaben sich weitere, bislang wenig bekannte Belege für die Tätigkeiten Siegfrieds II. in Böhmen und Mähren. In den „Einleitenden Bemerkungen Böhmers und Wills zu Erzbischof Siegfried II.“ heißt es:

„... In der mainzer literatur wird – soviel wir sehen – merkwürdigerweise nirgends erwähnt, dass Sigfrid auch propst des klosters Wysehrad bei Prag und des Stifts Brünn war. Was die erstere dieser beiden wüerden angeht, so hatte dieselbe eine hohe bedeutung, da mit ihr das amt eines kanzlers des königreichs Böhmen verbunden war und der inhaber derselben im rang die erste stelle nach dem Bischof einnahm. Um für die bis jetzt überhaupt wenig beachtete thatsache, dass Sigfrid die wüerde eines Propstes von Wysehrad besessen, beweiße zu erhalten, wendete ich mich an Frind⁵⁴, den hochverdienten verfasser der böhmischen kirchengeschichte, welcher den Bischofsstuhl von Leithmeritz zierte, und wurde von demselben, sowie auch von domkapitular Zeibert in Brünn besonders

⁵² Zdenka Hledíková: Synoden in der Diözese Prag 1280-1417, in Nathalie Kruppa, Leszek Zygnier (Hrsg.): Partikularsynoden im späten Mittelalter, Band 29 von Studien zur Germania sacra, Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Max-Planck-Institut für Geschichte, Vandenhoeck & Ruprecht, 2006. S. 307 - 330

Diese Studie stützt sich auf die neue gesamte Edition der Prager Synodalstatuten: JAROSLAV V. POLC, ZDENKA HLEDÍKOVÁ, Pražské synody a koncily předhusitské doby (Prager Synoden und Konzilien der vorhussitischen Zeit), Praha 2002, die die ältere Herausgabe in Appollinaris XLV (1972) S. 471-532, 698-740, LII (1979) S. 200-237, 495-527, LIII (1980) S. 131 - 166, 421 - 457 und LXIV (1991) S. 227-293 der drei Autoren ROSTISLAV ZELENY, JAROSLAV V. POLC und JAROSLAV KAOLEC um neue Handschriften zu den schon bekannten Statuten aus der Zeit Erzbischöfe Ernst von Pardubitz und Zbyněk von Hasenburg vervollständigte. Neu verfaßt ist hier der vorersteinische Teil; die Einleitung der neuen Edition wurde im Vergleich zu der Appollinaristischen Ausgabe verkürzt. Die Angaben in vorliegender Studie sind also auch als Resultat der Forschung von allen vier Autoren (von denen ich allein am Leben blieb) anzusehen.

⁵³ Hledíková, Zdenka: Prag zwischen Mainz und Rom. Beziehungen des Bistums zu seiner Metropole und zum Papsttum, Archiv für mittelrheinische Kirchengeschichte Band 50, 1998, S. 71-88.

⁵⁴ FRIND: Anton Ludwig Die Kirchengeschichte Böhmens im Allgemeinen und in ihrer besonderen Beziehung auf die jetzige Leitmeritzer Diözese in der Zeit vor dem erblichen Königthume. 4 Bände, Prag 1864-1878

Sudetendeutsche Familienforschung, Band XV / Heft 5, Juni 2021

hingewiesen auf: Hammerschmidt, Gloria et majestas sacrosancta, regia, exempta et nullius dioecesis Wessehradensis ecclesie ss. apostolorum Petri et Pauli. (1700), wo es auf S. 493 heisst: "Sigefridus Baro ab Eppenstein in gratiam Caesaris Moguntia adscriptus est inter praepositos Wysehradenses et quia sapientia ac virtute, cum vixit, eminuit, ut sui saeculi Antistes haud vulgaris, verum plana eminens haberetur, hunc tanquam suum repetierunt Moguntini, qui deinde Moguntiae factus est praepositus, ac ut ibi libentius remaneret, ipsum Archiepiscopatum obtulerunt anno 1200 .. Hic ergo annis compluribus in Wissehradensi praepositura ante archiepiscopatum ac ante Cardinalitiam dignitatem exemptum Praelatum egit. etc. ..."

Sehr ausführlich mit reichen Quellenangaben belegen Böhmer und Will die Tatsache, dass Siegfried II. bis 1200 nicht nur Probst von Vyšehrad (Wyssehrad), sondern auch Probst von Brünn/Mähren und Kanzler des Böhmisches Königs war (Ottokar I. Přemysl, König von Böhmen und Markgraf von Mähren).⁵⁵

Die weitere Suche nach Spuren der Eppsteiner in Böhmen ergab weitere Funde: Der tschechische Mediävistiker Vaclav BOK teilte mir mit, dass er eine kurze Erwähnung über den Mainzer Erzbischof v. Eppstein in der Edition der Annalen des Benediktiners Jan Neplach († 1371)⁵⁶ gefunden habe, die *Summula chronicae tam Romanae quam Bohemicae* genannt werden und zumeist nur kurze Nachrichten enthält:

*A. d. MCCXXVIII dux Wenceslaus coronatur in regem cum uxore sua Kunigunde in ecclesia Pragensi a venerabili Sifrido, Maguntino archiepiscopo, in dominica, qua cantatur Esto michi in deum, qui post coronacionem regnavit annis XXIII. Iste rex fundavit claustrum ad sanctum Franciscum sepultus est ibidem. Huius coniunx vocabatur Kunegundis quarta regina.*⁵⁷

Danach wird König Wenzel I. am 6. Februar 1228 mit seiner Frau Kunigunde von Staufen im Veitsdom in Prag durch den ehrwürdigen Sifridus (Siegfried II. von Eppstein), den Erzbischof von Mainz, gekrönt Vaclav BOK nannte mir eine weitere Quelle in der er einen Godefridus von Eppstein fand, der sich 1261 in Prag anlässlich der Krönung Ottokars II. aufhielt. Es handelt sich hierbei um die Abschrift eines Dokuments über die Feierlichkeiten zur Krönung des böhmischen Königspaares am 25. Dezember 1261 aus dem Zentrum für Mediävistische Studien der Tschechischen Akademie der Wissenschaften^{58, 59}:

⁵⁵ Einleitende Bemerkungen Böhmers und Wills zu Erzbischof Siegfried II., BW, RggEbMz 32 Nr. 001a, in: Die Regesten der Mainzer Erzbischöfe, URI: <http://www.ingrossaturbuecher.de/id/source/21668> (Zugriff am 12.03.2018)

⁵⁶ Iohannis Neplachonis Chronicon: Summula chronicae tam Romanae quam Bohemicae (Neplacha, Opatá Opatovského, Krátká Kronika Česká Římská a Česká), ed. Josef Emler, in: Fontes Rerum Bohemicarum, Bd. 3, Prag 1882, S. 451–484.

⁵⁷ prof. PhDr. Václav Bok, CSc., emeritní professor, Email vom 29.01.2018

⁵⁸ Filozofický ústav AV, Centrum Medievistický Studií, URL: <http://147.231.53.91/src/index.php?s=v&cat=8&bookid=132&page=139> am 02.02.2018

⁵⁹ Eine andere Quelle gibt folgendes wieder: Godefridus de Eppenstein, Fridericus de Bichelingen, Heinricus de Willenowe, Dietherus de Cazenellenbogen, Guntherus de Swarzburg comites et Wernherus de Bolandia imperialis aule camerarius" confirmed that "domino et consanguineo nostro Dno Wernhero Sce Moguntine sedis archiepiscopo" had crowned Ottokar King of Bohemia in Prague 25 Dec 1262 (Gudenus, V. F. [1743] Codex Diplomaticus Moguntiaci (Goettingen), Tome I, CCCVII, p. 695.) URL: http://img.ac/Projects/MedLands/THURINGIAN%20NOBILITY.htm#_ftnref45

340) 1261, 25 Dec. Pragae.

Godefridvs de Eppenstein, Fridericvs de Bicheligen, Henricvs de Willenowe, Diethervs de Cazenellenbogen, Gvathervs de Schwarzburg comites, et Wernhervs de Bolandia, imperialis aule camerarius, recognoscimus, quod nos cum — d. Wernhero, s. Moguntine sedis archiepiscopo, fuimus presentes in ecclesia Pragensi a. d. MCCLXII, in dominica die natalis domini, ubi ipse d. archiepiscopus unxit et coronavit in regem d. Othacarum, heredem regni Boemie, et uxorem eius Kvnegvndin in reginam. Idem etiam rex, qui et fuit dux Austrie ac Styrie, marchioque Moraviae, assumpserat Erfordie in expensas et conductum suum in eundo Pragam, ubi procuravit nos XVIII diebus, et in reditu usque Erfordiam nos et d. archiepiscopum memoratum et totam ipsius familiam cum personis et rebus eorum. Ministravit quoque nobis omnibus copiosas expensas, dedit etiam d. archiepiscopo pro iure suo centum marcas auri. Item pro iure curie sexaginta et quatuor marcas capitulo Moguntino pro iure suo ad emendum ecclesie aliquid in ornatum. Insuper honoravit nos in spadonibus et xeniis, pulchre satis, et taliter, ut decebat eundem. Acta sunt hec a. d. et die predicto.

Gudenus, Cod. dipl. I, 693. — Boezek III, 323. Cfr. Chytil, Cod. dipl. Mor. VII, 763.

Bei dem genannten Godefridus de Eppenstein, der unter den Ehrengästen der Krönungsfeier am 25. Dezember 1261 in Prag an erster Stelle genannt wird, handelt es sich entweder um Gottfried II. von Eppstein (* ca. 1199; † zwischen dem 15. März 1272 und dem 30. September 1278), den Begründer der jüngeren Linie des Hauses Eppstein oder um Gottfried III. von Eppstein, der Jüngere (* um 1222 oder um 1227; † 1293 oder nach dem 4. September 1294). Auch er war ein Adliger der jüngeren Linie des Hauses Eppstein. Zum Zeitpunkt der Krönung in Prag war Gottfried II. bereits über sechzig Jahre alt, sodass es wahrscheinlicher ist, dass dessen Sohn, Gottfried III., der Jüngere, mit einem Alter von neununddreißig Jahren sich auf die Reise nach Prag gemacht hat. Dass es sich bei den genannten Personen um Blutsverwandte »consanguinei« gehandelt haben muss, ergibt sich aus „Einleitende Bemerkungen von Böhmer/Will zu Erzbischof Werner“.⁶⁰

Werners erster Versuch, durch einen neuen, stärkeren König wieder Frieden im Reiche aufrichten zu lassen, scheiterte jedoch an Ottokar von Böhmen, der eine Wahl des Staufers Konradin vereitelte. So schloss sich Werner 1262 dem einen der beiden deutschen Gegenkönige an, Richard von Cornwall, was ihm aber nicht ersparte, durch zwei Landfriedensbünde selbst für Ruhe und Ordnung in seinem und den benachbarten Territorien sorgen zu müssen. Die Möglichkeit, die Richards Tod 1272 bot, hat Werner tatkräftig ausgenutzt und sich in seiner Stellung als Haupt der Kurfürsten würdig erwiesen. Er warb zunächst für den Pfalzgrafen Ludwig II., entschied sich dann aber für den Grafen Rudolf von Habsburg, der kein mächtiger, aber ein bewährter Landesherr war, und setzte ihn auch durch. Die Wahl Rudolfs zum deutschen König (1273) bedeutet den Beginn des Aufstiegs der Habsburger und bestimmte für Jahrhunderte die Bahnen deutscher und europäischer Geschichte. Dass die Wahl auf einen Eppsteiner zurückging, macht sie zu einer Sternstunde in deren Vergangenheit. An dem ersten Feldzug Rudolfs gegen Ottokar von Böhmen 1276 nahm Werner teil.

Rudolf I. (* 1. Mai 1218; † 15. Juli 1291 in Speyer) war als Rudolf IV. ab etwa 1240 Graf von Habsburg und von 1273 bis 1291 der erste römisch-deutsche König aus dem Geschlecht der Habsburger.

⁶⁰ BW, RggEbMz 36 Nr. 001a, in: Die Regesten der Mainzer Erzbischöfe, URI: <http://www.ingrossaturbuecher.de/id/source/21672> (Zugriff am 13.03.2018)



Karte mit dem Einflussbereich Ottokars II. zwischen 1253 und 1271⁶¹

Auf dem Hoftag in Nürnberg im November 1274 eröffnete Rudolf einen Prozess gegen Ottokar von Böhmen. Innerhalb einer Frist von neun Wochen sollte sich Ottokar vor dem Pfalzgrafen auf einem Hoftag in Würzburg verantworten. Diese Frist ließ der böhmische König im Vertrauen auf seine Machtfülle ablaufen. Im Mai 1275 schickte er seinen Gesandten Bischof Wernhard von Seckau zum Hoftag nach Augsburg. Der Bischof stellte Rudolfs Wahl und sein Königtum in Frage. Daraufhin erkannten die Fürsten Ottokar alle Reichslehen ab. Am 24. Juni 1275 wurde die Reichsacht über den böhmischen König verkündet.

Ottokar zeigte weiterhin keine Einsicht. Nachdem er sich innerhalb eines Jahres nicht von der Acht gelöst hatte, wurde daher im Juni 1276 die Aberacht über den böhmischen König ausgesprochen. Der Mainzer Erzbischof Werner von Eppstein sprach den Kirchenbann aus und verhängte das Interdikt über Böhmen. Eine militärische Entscheidung würde für beide Seiten als ein Gottesurteil den Konflikt beenden.

Am 26. August 1278 kam es zur Schlacht von Dürnkrut nordöstlich von Wien, in der Rudolf den Sieg davontrug. Viele Tausende Böhmen kamen um. Ottokar wurde von einigen österreichischen Adligen aus Rache erschlagen. Den einbalsamierten Leichnam Ottokars ließ Rudolf in Wien mehrere Wochen demonstrativ zur Schau stellen. Die Schlacht war von europäischer Bedeutung. Sie schuf die Grundlage für das spätere Donaureich, in dem die österreichischen Länder das machtpolitische Zentrum bilden sollten. Das Geschlecht der Habsburger stieg zu einer Königs- und Großdynastie auf. Die böhmische Königswitwe Kunigunde befürchtete, dass Rudolf sich auch Böhmens und Mährens bemächtigen würde. Daher rief sie Markgraf Otto V. von Brandenburg als Vormund für ihren unmündigen Sohn Wenzel II. ins Land. Auch die Reichsfürsten wollten nicht statt der Přemysliden nun mit den Habsburgern eine übermächtige Reichsdynastie aufbauen. Rudolf begnügte sich angesichts der Machtverhältnisse mit dem derzeitig Erreichten. Ottokars Sohn Wenzel wurde als Nachfolger in Böhmen und Mähren anerkannt. Die bereits beim ersten Frieden von 1276 geplanten Eheprojekte wurden vollzogen. Rudolfs Tochter Guta wurde mit Wenzel II. verheiratet und Rudolfs gleichnamiger Sohn Rudolf II. mit Kunigundes Tochter Anna. Böhmen war durch die brandenburgische Schutzherrschaft dem habsburgischen Zugriff entzogen. Die Heiratsverbindungen ermöglichten immerhin den Handlungsspielraum, später auf Böhmen zugreifen zu können.

Gerhard II. von Epp(en)stein, (* um 1230, † 25.2.1305, begraben Mainz, Dom.) Erzbischof von Mainz von 1288 bis 1305

Fritz Trautz schreibt in der Neuen Deutschen Biographie Gerhard II. unter anderem:

⁶¹ 40 Von DerBasti - own work by DerBasti, Gemeinfrei, URL: <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=1670017>

Sudetendeutsche Familienforschung, Band XV / Heft 5, Juni 2021

Im März 1289 ernannte Gerhard II. von Epp(en)stein der Papst zum Erzbischof von Mainz. Nach dem Tode Rudolfs von Habsburg überging Gerhard II. den Königssohn Albrecht von Österreich und brachte 1292 mit Erzbischof Siegfried II. von Köln die einmütige Königswahl ihres Verwandten Adolf von Nassau (* vor 1250; † 2. Juli 1298 bei Göllheim) zum römisch-deutschen König (1292 bis 1298) zuwege. Später verband ihn des Königs Ausgreifen in Thüringen und Meißen mit König Wenzel II. von Böhmen, den er 1297 in Prag krönte, zu gemeinsamer Opposition gegen Adolf und führte beide auf die Seite des Habsburgers. Eine ausführliche Darstellung des Lebens und Wirkens von Gerhard II. wurde von Ernst VOGT 1913 publiziert.⁶²

In der zeitgenössischen Chronistik erscheint Gerhard II. öfters mit dem Hochmut des Königsmachers und voller Hinterlist gegen Adolf und Albrecht; doch wird man Gerhards II. Geschick, Tatkraft und eine hohe Auffassung seines kirchlichen und weltlichen Amtes nicht abstreiten dürfen. Gegenüber dem Hausmachtkönigtum um 1300 hat er das Mitbestimmungs- und Kontrollrecht der Kurfürsten und zumal des Erzbischofs von Mainz und Erzkanzlers in Deutschland wirkungsvoll vertreten.⁶³

Johannes von Gelnhausen

Als weiterer „Hesse“, der in diesen Zeiten nicht unbedeutend war, ist **Johannes von Gelnhausen** (* wahrscheinlich Gelnhausen, † nach 1407, vielleicht Iglau (Mähren)) zu nennen. Er war unter anderem Beamter der Prager Hofkanzlei Karls IV. „Johannes de Gelnhusen clericus Moguntinensis diocesis“

Hans Martin SCHALLER beschreibt seine Vita:

Johannes, Kleriker der Diözese Mainz, war um 1350 zunächst als Unterbergschreiber, sodann als Grubenschreiber in Kuttenberg (Böhmen) tätig. 1365 wird er erwähnt als Kammernotar Karls IV. Von 1366 bis mindestens 1373 arbeitete er als oberster Registrator der Hofkanzlei in Prag unter dem Kanzler Johannes von Neumarkt; als dieser 1374 aus dem kaiserl. Dienst ausschied und sich in sein Bistum Olmütz zurückzog, folgte ihm Johannes und wurde Notar, später Protonotar des Bischofs. Vielleicht in Ungnade gefallen, ging Johannes kurz vor dem Tode des Bischofs (24.12.1380) als Stadtschreiber nach Brünn, wo er bis zum 22.9.1387 nachweisbar ist. 1400-07 begegnet er als Stadtschreiber und Schulmeister von Iglau. Während seiner Tätigkeit in der Hofkanzlei hatte Johannes zahlreiche Briefe und Urkunden aus den Registern und aus anderen Formularsammlungen abgeschrieben, die er nach dem Tode des Kaisers (1378) sichtete, ordnete und in einem Formularbuch zum Gebrauch der Notare in königl. und fürstl. Kanzleien zusammenstellte. Ferner übersetzte Johannes das Iglauer Stadtrecht, das Iglauer Bergrecht und das Bergrechtsbuch (Constitutiones iuris metallici) Kg. Wenzels II. ins Deutsche.^{64, 65}

Im Iglauer Bergrecht wurden erstmals bergbauliche Gewohnheitsrechte als Privilegium A und Privilegium B schriftlich festgehalten. Es war Vorbild für das Freiburger Bergrecht in Sachsen;

⁶² Vogt, Ernst [Bearb.]: Regesten der Erzbischöfe von Mainz von 1289-1396. Abt. 1 Bd. 1: 1289-1328 - Darmstadt (1913). URL: [https://gdz.sub.uni-goettingen.de/id/PPN784914249?tidy={%22pages%22:\[23\],%22panX%22:0.515,%22panY%22:0.631,%22view%22:%22Info%22,%22zoom%22:0.796}](https://gdz.sub.uni-goettingen.de/id/PPN784914249?tidy={%22pages%22:[23],%22panX%22:0.515,%22panY%22:0.631,%22view%22:%22Info%22,%22zoom%22:0.796}) Zugriff am 13.03.2018

⁶³ Trautz, Fritz, "Gerhard II." in: Neue Deutsche Biographie 6 (1964), S. 268-269 [Online-Version]; URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd118717014.html#ndbcontent>

⁶⁴ Schaller, Hans Martin, "Johannes von Gelnhausen" in: Neue Deutsche Biographie 10 (1974), S. 552 [Online-Version]; URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd100949037.html#ndbcontent>

⁶⁵ Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung. Vol. 20, Ausgabe JG, Dezember 1899 Zur Lebensgeschichte Johann's von Gelnhausen, Registrators der Kanzlei Kaiser Karl's IV Ferd. Tadra

Online veröffentlicht: Jan 2019 <https://doi.org/10.7767/miog.1899.20.jg.100>

Sudetendeutsche Familienforschung, Band XV / Heft 5, Juni 2021

Grundlage für den Bergkodex „Ius regale montanorum“ von König Wenzel II., der über Italien und Spanien bis nach Südamerika gelangte.

Thomas Krzenck schreibt, dass *das Iglauer Stadt- und Bergrecht inhaltlich wie formal rasch große Bedeutung erlangte, ja Vorbildwirkung in Mitteleuropa. 1294 übernahm z. B. Freiberg in Sachsen das Iglauer Bergrecht. 1345 wurde der Oberhof Iglau höchste Instanz in allen Bergsachen und in dieser Funktion erst im 16. Jahrhundert von Joachimsthal (Jáchymov) überflügelt. Mit der Weiterentwicklung des Iglauer Stadt- und Bergrechts im 14. Jahrhundert eröffnet sich eine genauere Kenntnis über die Grundlagen, auf denen die Schöffensprüche basierten. Um 1400 systematisierte der in Kuttenberg, Olmütz, Brünn und Iglau wirkende Stadtschreiber Johannes von Gelnhausen die bereits zuvor angelegte Sammlung von Schöffensprüchen (Diffinitivae sententiae, quae super causis dubiis diversis civitatibus et opidis hic in Iglavia iura requirentibus in scriptis sunt transmissae), 1407 wiederum verfasste Michael von Iglau die Sententiae Iglavienses, während der städtische Notar Johannes von Višnová im 15. Jahrhundert eine weitere Bearbeitung vornahm.*⁶⁶

Ob Johannes von Gelnhausen aus dem Geschlecht Selbold-Gelnhausen stammte kann nicht nachgewiesen werden. Die Grafen von Selbold-Gelnhausen waren ein mittelalterliches Adelsgeschlecht, das in salischer Zeit vor allem im Kinzigtal nachweisbar ist.

Die früheste Erwähnung steht im Zusammenhang mit der Gründung des Klosters Selbold im Jahr 1108 durch den Grafen Dietmar von Selbold. Dietmar fiel 1115, nach anderen Angaben 1130, in der Schlacht am Welfesholz. In den folgenden Jahren sind, meist als Zeugen in Urkunden „Thidericus (comes) de Geilnhusen“ (1133), „Egbertus (comes) de Geilnhusen“ (1151) und „Ditmarus Gelnhusensis comes“ (1158) nachweisbar. Möglicherweise wurde schon bald nach der Klostergründung eine Burganlage in Gelnhausen bezogen. Es ist fraglich, ob eine ältere Vorgängeranlage der Pfalz Gelnhausen existierte. Der Sitz der Grafen wird eher in Hanglage oberhalb Gelnhausens vermutet und konnte bisher nicht nachgewiesen werden.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit sind die Genannten nach 1158 ohne männliche Nachkommen verstorben. Eine erst 1217 anlässlich eines Streites um das Patronatsrecht der Bergkirche Niedergründau erwähnte Gräfin Gisela („Gisla comitissa“, ohne Ortsnamen) lässt sich genealogisch nicht einfügen. Das Erbe fiel zunächst an das Erzbistum Mainz, zu dem die Grafen als vielfache Zeugen von Urkunden offenbar gute Beziehungen unterhielten. Mainz verfügte im nördlichen Spessart und Kinzigtal in dieser Zeit über zahlreiche Besitzungen, auch die Gründung der Pfalz Gelnhausen im Jahr 1170 durch Friedrich Barbarossa erfolgte zunächst auf mainzischem Besitz.⁶⁷

In diesem Beitrag wurden einige wenige, dafür jedoch bedeutsame aus „Hessen“ stammende Persönlichkeiten beschrieben, die die Entwicklung in Böhmen und Mähren maßgeblich mitgestalteten. Nicht unerwähnt soll bleiben, dass schon vor dieser Epoche der Mainzer Erzbischöfe, Kurfürsten und Reichskanzler, dieser Phase der Deutschen Ostsiedlung, die christliche Missionierung östlich des Frankenreiches im Vordergrund stand. Erinnerung sei nur daran, dass sich 14 böhmische Fürsten 845 in Regensburg taufen ließen, so wird man vermuten dürfen, dass dies zur Vorbedingung politischer Verhandlungen auf dem Hoftage gemacht worden ist. Man glaubt, dass damit Böhmen für das Christentum gewonnen war und sofort Regensburger Missionäre ins Land kamen.⁶⁸ Für die Zeit von 9.

⁶⁶ Iglauer Schöffensprüche, 14.-15. Jahrhundert, in: Herder-Institut (Hrsg.): Dokumente und Materialien zur ostmitteleuropäischen Geschichte. Themenmodul "Stadtentwicklung in Böhmen und Mähren im Mittelalter", bearb. von Thomas Krzenck. URL: <https://www.herder-institut.de/resolve/qid/3601.html> (Zugriff am 31.03.2021)

⁶⁷ Abgerufen von „<https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Selbold-Gelnhausen&oldid=179668287>“

⁶⁸ SCHWARZ, Ernst: DEUTSCHE, TSCHECHEN UND POLEN. Download unter: <https://www.bohemia-online.de/index.php/bohemia/article/download/4446/6886> am 11.05.2021, S. 43

03) Schadensbilanz nach Tornado-Katastrophe

Die Schadensbilanz der Tornado-Katastrophe in Südmähren rund um die Bezirksstädte Lundenburg / Břeclav und **Göding** / Hodonín nimmt immer größere Ausmaße an. Die Schäden am öffentlichen Eigentum werden mindestens 12 Milliarden Kronen (47 Millionen Euro) betragen, und die am Privateigentum noch um ein Mehrfaches höher sein. Das sagte Kreishauptmann **Jan Grolich** (Christdemokraten) am Sonntag der Presseagentur ČTK. Ein extremes Unwetter mit einem Tornado, der eine 26 Kilometer lange Spur der Verwüstung hinterließ, hat am vergangenen Donnerstag rund 1200 Häuser zerstört. Mehr als 60 davon müssen sogar abgerissen werden.

Grolich nannte als Beispiel für das öffentlichen Eigentum eine zerstörte Mittelschule in Göding, bei der die Schäden in die Hunderte Millionen Kronen gehen. Zu diesem Eigentum gehören Gebäude in den Gemeinden und im Kreis, aber ebenso die Infrastruktur einschließlich der Elektrifizierung.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 79, 2021

Wien, am 28. Juni 2021

04) Prag – Stadt der Freimaurer?

Prag steht ein wenig im Ruf, eine Stadt der Freimaurerei zu sein. Inwieweit das je so gestimmt hat oder stimmt, lässt sich schwer mit Zahlen belegen. Aber auffällig ist es schon, wie viele **Freimaurersymbole** sich auf den Fassaden älterer Häuser in der Stadt befinden.

[Bitte sehen Sie dazu hier](#) einen Artikel aus dem „Landesecho“, der Zeitschrift der Deutschen in der Tschechischen Republik.

<http://landesecho.cz/index.php/unterwegs/1766-die-stadt-der-freimaurer-ahoj-aus-prag>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 73, 2021

Wien, am 15. Juni 2021



Zeitschrift der Deutschen in der Tschechischen Republik

(/index.php)

Search



Unterwegs

Stadt Der Freimaurer – Ahoj Aus Prag!

👤 Detmar Doering 📁 Unterwegs (/index.php/unterwegs) 📅 12. Juni 2021

- 🏷️ [Prag \(/index.php/component/tags/tag/prag\)](/index.php/component/tags/tag/prag)
- 🏷️ [Architektur \(/index.php/component/tags/tag/architektur\)](/index.php/component/tags/tag/architektur)
- 🏷️ [Unterwegs \(/index.php/component/tags/tag/unterwegs\)](/index.php/component/tags/tag/unterwegs)
- 🏷️ [Ahoj aus Prag! \(/index.php/component/tags/tag/ahoj-aus-prag\)](/index.php/component/tags/tag/ahoj-aus-prag)
- 🏷️ [Freimaurer \(/index.php/component/tags/tag/freimaurer\)](/index.php/component/tags/tag/freimaurer)



[Zum Anfang](#)

Unterwegs

Stadt Der Freimaurer – Ahoj Aus Prag!

👤 Detmar Doering 📁 Unterwegs (/index.php/unterwegs) 📅 12. Juni 2021

🏷️ [Prag \(/index.php/component/tags/tag/prag\)](/index.php/component/tags/tag/prag)

🏷️ [Architektur \(/index.php/component/tags/tag/architektur\)](/index.php/component/tags/tag/architektur)

🏷️ [Unterwegs \(/index.php/component/tags/tag/unterwegs\)](/index.php/component/tags/tag/unterwegs)

🏷️ [Ahoj aus Prag! \(/index.php/component/tags/tag/ahoj-aus-prag\)](/index.php/component/tags/tag/ahoj-aus-prag)

🏷️ [Freimaurer \(/index.php/component/tags/tag/freimaurer\)](/index.php/component/tags/tag/freimaurer)



[Zum Anfang](#)

Prag steht ein wenig im Ruf, eine Stadt der Freimaurerei zu sein. Inwieweit das je so gestimmt hat oder stimmt, lässt sich schwer mit Zahlen belegen. Aber auffällig ist es schon, wie viele Freimaurersymbole sich auf den Fassaden älterer Häuser in der Stadt befinden.

Das im Jahre 1905 vom dem Architekten Bohumil Štěrba gebaute Neorenaissance-Haus in der Křižíkova 457/125 im Stadtteil Karlín ist mit schönen Sgraffiti versehen, von denen eines einige der bekanntesten mit der Freimaurerei verbundenen Symbole präsentiert. Da sind zunächst einmal die klassischen Insignien eines Maurers im quasi wörtlichen Sinne – Hammer und Schaufel, ergänzt durch ein Winkelmaß. Das Freimaurertum zielt auf die Verbindung von Menschen ab, die im Sinne aufgeklärter Vernunft, Toleranz, Gleichheit, Brüderlichkeit und Freiheit „an sich arbeiten“. Leben wird als beständige Arbeit aufgefasst und die beiden Werkzeuge sollen genau dies symbolisieren, wobei der Hammer meist für eine Führungsposition in einer Loge (Meister) und die Schaufel für Reinigungsrituale (Unrat wegschaufeln) steht. Das Winkelmaß steht für Recht und Rechtschaffenheit.



Zum Anfang



Sgraffiti mit Freimaurer-Symbolen in der Křižíkova 457/125 im Prager Stadtteil Karlín

Symbole der Freimaurer

Ebenfalls auf dem Bild sieht man noch die Sonne als Symbol, die meist für das Licht des Geistes und die weltlenkende Vernunft steht. Optisch wird sie manchmal mit dem Symbol des Auges der Vorhersehung verbunden, das sich in einem Dreieck befindetet – ein Anzeichen dafür, dass das Freimaurertum neben der aufklärerischen Vernunft noch eine mystische Grundströmung aufweist. Dazu eignen sich in der architektonischen Darstellung oft Giebel. Meist ist das Augensymbol aber eindeutiger identifizierbar, wenngleich es doch meist mit dem Dreieck und der Sonne kombiniert ist:



Spätbarocker Giebel am Haus zum Goldenen Stern (U Zlaté hvězdy) in der Nerudova 48/171 auf der Kleinseite

Selten fehlt allerdings neben Hammer, Schaufel und Winkelmaß auch der Zirkel. Der Zirkel symbolisiert in der Ikonographie der Logen die geistige und emotionale Arbeit des Freimaurers an der Entwicklung seiner Persönlichkeit.

und der Zirkel verbindet zudem auch den einzelnen Freimaurer mit allen anderen Brüdern, wenn nicht gar mit der Menschheit und dem Universum.



Man erkennt den Zirkel zum Beispiel deutlich in der Stuck-Kartusche über dem Eingang des Neorenaissance-Hauses (ca. 1890) in der Uruguayská 380/17 in Prag-Vinohrady.

Die Fülle der Freimaurersymbole, die man an den Häusern der Stadt findet, legt nahe, dass Prag und das alte Böhmen ein interessantes Kapitel in der Geschichte der Freimaurerei bilden. Erfunden wurde sie hier aber nicht. Die erste echte freimaurerische Loge, die Premier Grand Lodge of England, wurde 1717 in London gegründet. Ihr erster Großmeister war ein gewisser Anthony Sayer. Die Legende besagt, dass die erste Loge in Prag schon 1726 – also sehr, sehr früh – durch Franz Anton Reichsgraf von Sporck gegründet worden sein soll, und dass Sayer dabei anwesend gewesen war. Die englischen Archivbestände zu Sayer wissen von solch einer Böhmenreise aber nichts. Der Gedanke, dass Sporck, der zweifellos ein aufgeklärter Geist war, der Freimaurerei frönte, taucht tatsächlich erst 1888 in dem Roman „Hrabě Sporck“ des Schriftstellers Josef Svátek auf. Der war kein Freimaurer und daher nicht sonderlich eingeweiht – was man daran sieht, dass das Haus in der Jánský vršek 325/9 (Kleinseite), wo er die letzten Jahre verbrachte und das seit 1927 eine Gedenktafel ziert, mit einer Darstellung des Johannes des Täufers geschmückt ist – ein urkatholisches und definitiv nicht

[Zum Anfang](#)

freimaurerisches Symbol.

Möglicherweise kam Svátek auf die Idee, weil sich nur wenige Schritte von seinem Haus entfernt ein hübsches zweistöckiges Barockhaus befindet – der Sporck-Palast (Šporkův palác) in der passend so benannten Šporkova 321/12 auf der Kleinseite. An dessen Fassade befindet sich das Sonnen- und Augensymbol der Freimaurer. Dieser Palast hat allerdings nichts mit Franz Anton Graf von Sporck zu tun. Er gehörte vielmehr seinem tatsächlich freimaurerischen Neffen Johann Karl von Sporck, der den Palast um 1783 im spätbarocken Stil umgestalten ließ. Da war der Onkel, mit dem man ihn Svátek wohl verwechselt hatte, schon lange tot.



Sporck-Palast (Šporkův palác)

Von der ersten Loge bis zum Verbot

Kommen wir zu dem ersten nachweislichen Großmeister der Freimaurer in Prag: Philipp Joseph Franz Graf Kinský. Der wurde 1731 zusammen mit dem Premierminister Sir Robert Walpole als Freimaurer in einer Loge in London initiiert, wo er zu dieser Zeit als Botschafter in England für Kaiser Karl VI. residierte. Zurückgekehrt, gründete er 1741 nachweislich dokumentiert die erste Prager Loge, „Zu den Drei Sternen“. Innerhalb von wenigen Jahren^①

Zum Anfang

greifen.

Grenzlogen

Aber das war nicht das Ende. Außerhalb des Habsburgerreichs legte sich die Panik über die freimaurerische Weltrevolution nach dem Ende der Napoleonischen Kriege. Nach der Gründung der Doppelmonarchie 1867 hielt das offizielle Verbot nur in der cisleithanischen (österreichischen) Hälfte an, nicht im ungarischen Teil, dessen erster Ministerpräsident von 1867-71, Gyula Graf Andrassy von Csík-Szent-Király und Kraszna-Horka, sogar selbst Freimaurer war. Das nunmehr eher laxe Verhalten der Behörden führte dazu, dass das Freimaurertum in Böhmen – ein Teil der österreichischen Reichshälfte – ausgesprochen vital blieb, wenn auch im Halbgeheimen. Jedenfalls tauchten Freimaurersymbole bald wieder an den Fassaden der Prager Bürgerhäuser auf. Trotzdem erklärt die offizielle Illegalität einen Teil der Handsymbolik. Die Freimaurer kannten von Anbeginn ein ausdifferenziertes System von Handschlägen als geheime Erkennungszeichen (schließlich handelt es sich ja auch um Geheimbünde), das nun von besonderem Nutzen war. Denn natürlich gelang es nicht, das Freimaurertum wirklich zu eliminieren.

Dazu trugen vor allem die sogenannten Grenzlogen, bei, die – wie die Bezeichnung schon nahelegt – vor allen in Orten Deutschlands und Ungarns existierten, die grenznah zu Böhmen lagen. Dort herrschte dadurch eine bemerkenswerte Internationalität, die dem Grundgedanken des Freimaurertums sehr entgegenkam. Geheime Bruderschaften aus Prag gründeten sogar selbst eigene Grenzlogen, von denen die 1909 in Bratislava (das damals noch zu Ungarn gehörte) gegründete Loge „Hiram zu den Drei Sternen“ die erste und größte war. Das Handsymbol (nun meist zwei Hände) gewann durch die Grenzlogen noch eine Dimension internationaler Verständigung. An dem um 1897 entstandenen Neobarockhaus in der Na Zderaze 1947/3 in der Prager Neustadt befindet sich solch ein völkerverbindend anmutendes Symbol:





Blüte des Freimaurertums um die Jahrhundertwende

Jedenfalls florierte Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Freimaurerei im Stadtbild. So findet man zum Beispiel bei dem vom Architekten Adolf Foehr 1912 neugestalteten ehemaligen Haus der Allianz Bank (náměstí Republiky 1081/7), das heute Bankhaus am Republikplatz genannt wird, im Giebel einen Bienenkorb – ein typisches Freimaurersymbol, das u.a. für Fleiß und die guten Wirkungen gemeinschaftlichen Handelns steht. Das passte ja auch zum Bankgeschäft, das hier drinnen betrieben wurde...

Zu dieser Zeit gehörte allerdings auch nicht mehr sehr viel Mut dazu, sein Haus doch recht offen mit Freimaurersymbolen zu schmücken. Zwar waren die Logen in Böhmen weiterhin formell verboten, doch auch hier war die Revolutionsangst der neuen bürgerlichen Biedermeierlichkeit gewichen. Praktisch verfolgte die Obrigkeit niemanden mehr wegen seiner Zugehörigkeit zu einer Loge – selbst, wenn dies nunmehr so offen zur Schau getragen wurde wie nie zuvor. Eine mutige Widerstandspose, die kam wirklichen Mut erforderte. Niemals vorher und nachher fand man so viele Freimaurersymbole auf Prager



Hausfassaden. Sie wurden fast so etwas wie ein Statussymbol für böhmisches Gemeinsein. Die Obrigkeit verfiel bei dem Anblick auch nicht

Zum Anfang

mehr in Revolutionsangst, wie dereinst 1795.

Die meisten Freimaurer agierten in dieser Zeit tatsächlich auch recht eher unpolitisch (oder zumindest nicht radikal orientiert politisch) und machten sich eher als Förderer des Gemeinwohls und der Wohltätigkeit einen Namen. Nicht mehr Aristokraten war die wesentlichen Träger der Bewegung, sondern aufstrebende Bürgerliche und auch zunehmend viele Juden, die seit 1848 die vollen Bürgerrechte im Reich besaßen und sich von der oft recht liberalen und überkonfessionellen und religionsübergreifenden Grundausrichtung der Logen angezogen fühlten. Wenn auch recht selten, so findet man auf dem 1890 gegründeten Neuen Jüdischen Friedhof ab und an Freimaurersymbole auf den Gräbern.

Hinwendung zum Nationalen

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs endete auch das Habsburgerreich und damit das Verbot der Logen. Grenzlogen brauchte man nicht mehr, denn nun konnte es Logen im Lande selbst geben. Schon am 26. Oktober 1918 – also zwei Tage vor Ausrufung der Ersten Republik – wurde die erste tschechischsprachige Loge Jan Amos Komenský gegründet. Der Namensgeber Komenský (andernorts als Comenius bekannt) war zwar als evangelischer Philosoph und Pädagoge des 17. Jahrhunderts definitiv kein Freimaurer, aber durch die Namensgebung wollte man bewusst an die plurale und liberalere Glaubenswelt der Zeit vor der Zwangskatholisierung des Landes durch die Habsburger im Gefolge der Schlacht am Weißen Berg von 1620 anknüpfen. Comenius war zu einer Chiffre für einen religiös toleranten und durchaus säkularen/republikanischen Nationalismus geworden. Diese Hinwendung hin zum historischen Erbe Böhmens vor der Zeit der Habsburger hatte sich schon vorher abgezeichnet. Freimaurersymbolik wurde zum Beispiel gerne mit der Prager Kulturblüte der Gotik in Verbindung gebracht.

Wie dem auch sei: Die nunmehr etwas nationalere Positionierung entwickelte sich nicht in eine autoritäre, sondern eine republikanische oder reformliberale Richtung, wenngleich es zu einer langfristig unschönen Nationalitätensplitterung der einst sehr internationalen Logen kam (etwa durch die deutschsprachige Loge Lessing zu den Drei Ringen). Etliche der führenden Figuren der neuen Republik waren Freimaurer, etwa Außenminister Edvard Beneš, Verteidigungsminister Milan Ratislav Stefanik und Finanzminister Alois Rašín. Entgegen vieler Gerüchte war Präsident Tomáš Garrigue Masaryk nie Freimaurer, wohl aber sein Sohn Jan Masaryk, der spätere Außenminister. Auch Prominente des Kulturlebens gehörten dazu, etwa der große Jugendstilmalers Alfons Mucha. Insgesamt sollte man sich Anfang

aber davor hüten, die Zahl der Freimaurer im politischen Spitzenpersonal der Republik zu überschätzen. 1923 wurde die Nationale Großloge der Tschechoslowakei (Národní Veliká Lóže Československá) als Dachverband der Logen in Tschechien gegründet. Sie zählte 1928 rund 1600 Mitglieder – ein Bruchteil dessen, was andere einflussreiche Vereinigungen aufboten – etwa der nationale Turnerbund Sokol, dem fast alle Führungskader in Politik, Kultur und Wirtschaft angehörten, und der in dieser Zeit rund 630.000 Mitglieder hatte. Obwohl trotzdem die Bedeutung des Freimaurertums in der Ersten Republik gewachsen war, schlug sich dies in den Fassaden der Stadt eher wenig nieder. Vermutlich waren Freimaurerinsignien im 19. Jahrhundert hier populärer, weil sie den Reiz des Widerständigen hatten, der ihnen nun fehlte.

Wiedergeburt der Logen nach 1989

Die Freimaurer haben überall sichtbare Spuren in der Stadt hinterlassen. Daran änderten auch die finsternen Zeiten im 20. Jahrhundert, dem Jahrhundert des Totalitarismus, wenig. Dass die Nationalsozialisten (1939-45) und die Kommunisten (1948-89) die Freimaurerei und alle ihre Organisationen verboten, dürfte kaum jemanden überraschen. Die Mitglieder mussten im Untergrund wirken oder ins Exil gehen. Dieser Spuk hatte mit der Samtenen Revolution von 1989 ein Ende. Glaubens-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit wurden wieder geachtet und geschützt. Noch im selben Jahr gründete sich die Loge Jan Amos Komenský wieder und schon ein Jahr später die Nationale Großloge, die allerdings seit der Trennung von Tschechien und der Slowakei im Jahr 1993 nur noch eine Tschechische Nationalloge ist, während die Slowaken eine eigene haben. Heute gibt es jedenfalls eine vielfältige Freimaurer-Szene in Prag. 1990 wurde sogar die erste „gemischte“ Loge ins Leben gerufen, die Humanitas Bohemia, in der nicht nur Männer, sondern auch Frauen Mitglieder werden können. Einige kleinere neue Logen folgten dem Beispiel. Denn trotz aller Betonung gesellschaftlicher Progressivität frönten die Logen bis dato einer puren Männerbündlerei – mit dem fadenscheinigen Hinweis, die mittelalterlichen Maurergilden, von denen sie ihren Namen ableiteten, hätten halt traditionell keine Frauen in ihren Reihen gehabt. Aber das ist nun – auch in Tschechien – vorbei. Schließlich sahen sich die Logen doch stets als Treiber gesellschaftlichen Fortschritts. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, muss man auch den Mut zur Veränderung aufbringen, wenn es um einen selbst geht.





Ahoj aus Prag! Seit September 2016 leben wir berufsbedingt in Prag. Wir – eigentlich Rheinländer – haben sie schon voll in unser Herz geschlossen, diese Stadt! Deshalb dieser Blog (<https://ahojausprag.wordpress.com/>), in dem wir Fotos und Kurzberichte über das posten, was diese Stadt so zu bieten hat und was wir so erleben. Wir, das sind:

Lieselotte Stockhausen-Doering und Detmar Doering

... und unser Hund Lady Edith! Wer sich in Prag einmal umschauchen möchte, wird auf diesem Blog nach einiger Zeit sicher Interessantes finden, was nicht jeder zu sehen bekommt, der die Stadt besucht. Viel Spaß beim Lesen!

Artikel teilen: [f](#) [t](#) [g+](#) [p](#) [in](#)

[Zurück \(/index.php/unterwegs/1768-lueckenschluss-niedereinsiedel-sebnitz\)](#)

[Weiter \(/index.php/unterwegs/1765-ausstellung-dokumentiert-protest-gegen-deutsche-tschechische-grenzschliessung\)](#)

DAS KÖNNTE SIE AUCH INTERESSIEREN:

[Der Böhmisches Löwe – Ahoj aus Prag! \(/index.php/unterwegs/1347-der-boehmische-loewe-ahoj-aus-prag\)](#) (/index.php/unterwegs/1347-der-boehmische-loewe-ahoj-aus-prag)



Detmar Doering kommt aus Deutschland, aber lebt und arbeitet - als Büroleiter der Friedrich-Naumann-Stiftung - in Prag. Mit dem Blog „Ahoj aus Prag“

(<https://ahojausprag.wordpress.com/>) halten er und seine Frau Lieselotte Stockhausen-Doering ihre Entdeckungen in der tschechischen Hauptstadt und deren Umgebung fest. Das LandesEcho darf Ihnen nun ausgewählte Beiträge präsentieren. Wir starten mit einer kleinen Löwenkunde!

[Wo Mozart residierte und komponierte – Ahoj aus Prag! \(/index.php/unterwegs/1355-wo-mozart-residierte-und-komponierte-ahoj-aus-prag\)](#) (/index.php/unterwegs/1355-wo-mozart-residierte-und-komponierte-ahoj-aus-prag)

Die „Villa Bertramka“ ist der Mozart-Ort in Prag. Hier vollendete der Komponist seine große Oper Don Giovanni. Prag war überhaupt Mozarts Lieblingsstadt. Hier liebte ihn auch das Publikum weit mehr

[Zum Anfang](#)

05) ÖSTERREICHISCHE u. ALTÖSTERREICHISCHE KÜNSTLER
(Pseudonyme für Vor- und Familiennamen)

Peter ALEXANDER geb. als Peter Alexander NEUMAYER am 30. Juni 1926 in WIEN (Vater Anton NEUMAYER, Mutter Bertha geb. WENZLICK, Tochter eines Musikalienhändlers aus PILSEN, Böhmen/ÖSTERREICH), Österreicher und [Sudetendeutscher](#)

Herb ANDRESS geb. als Herbert Andreas GREUNZ am 10. Jänner 1935 in Goisern, seit 1955 BAD GOISERN/ÖSTERREICH, Österreicher

Leon ASKIN geb. als Leo ASCHKENASY am 18. Sept. 1907 in WIEN, Österreicher und US-Amerikaner

Helmut BERGER geb. als Helmut STEINBERGER am 29. Mai 1944 in BAD ISCHL/ÖSTERREICH, Österreicher

Teddy BILL geb. 18. Nov. 1900 als Hans Günter Leo KERN in WIEN, Österreicher

Klaus Maria BRANDAUER geb. als Klaus Georg STENG am 22. Juni 1943 in BAD AUSSEE/Österreich (Vater stammt aus Deutschland), Österreicher

Heinz CONRADS geb. als Heinrich HANSAL am 21. Dez. 1913 in WIEN (Mutter Marie HANSAL, geb. 1890 in GATTERSCHLAG/Südböhmen/ÖSTERREICH, später CONRADS), Österreicher u. [Sudetendeutscher](#)

Willy EICHBERGER geb. als Carl Cäsar Willy SIMON am 14. Juni 1902 in WIEN, Österreicher u. US-Amerikaner

Olaf FJORD geb. als Ämilian Maximilian POUCH am 3. August 1897 in GRAZ, Österreicher

Willy FORST geb. als Wilhelm Anton FROHS am 7. April 1903 in WIEN, Österreicher

Albert FORTELL geb. als Adalbert FORTELLNI am 5. Juli 1952 in WIEN, Österreicher

Alphons FRYLAND geb. als Alphons FRITSCH am 1. Mai 1888 in WIEN, Österreicher

Carl GOETZ geb. als Karl PERL 10. April 1862 in WIEN, Österreicher

Alexander GRANACH geb. als Jessaja GRONACH am 18. April 1890 in WERBOWITZ in Ostgalizien/ÖSTERREICH, Deutscher, Österreicher und [Galiziendeutscher](#)

Paul HENREID geb. als Paul Georg Julius HERNRIED am 10. Jänner 1908 in TRIEST/Österreich, Österreicher und US-Amerikaner

Fritz KORTNER geb. als Fritz Nathan KOHN am 12. Mai 1892 in WIEN, Österreicher

Herbert LOM geb. als Herbert Karl Angelo KUCHACEVIC von SCHLUDERPACHER am 11. September 1917 in Prag/ÖSTERREICH, Österreicher, US-Amerikaner und [Sudetendeutscher](#)

Peter LORRE geb. als Laszlo LOEWENSTEIN am 26. Juni 1904 in Rosenberg/Ungarn (heute Ruzomberok/SLOWAKEI), Ungar und [Karpatendeutscher](#)

Josef MEINRAD geb. als Josef MOUCKA am 21. April 1913 in WIEN, Österreicher

Carl MERZ geb. als Carl CZELL am 30. Jänner 1906 in KRONSTADT/BRASOV (Siebenbürgen/UNGARN), Österreicher und **Siebenbürger Sachse**

Tobias MORETTI geb. als Tobias BLOEB am 11. Juli 1959 in GRIES am Brenner, Österreicher

Paul MORGAN geb. als Georg Paul MORGENSTERN am 1. Okt. 1886 in WIEN, Österreicher

Hans MOSER geb. als Johann JULIER am 6. August 1880 in WIEN, Österreicher

Fritz MULIAR geb. als Friedrich Ludwig STAND am 12. Dez. 1919 in WIEN, Österreicher

Freddy QUINN geb. als Franz Eugen Helmuth Manfred NIDL (später NIDL-PETZ) am 27. Sept. 1931 in NIEDERFLADNITZ/NÖ, Österreicher

Gunther PHILIPP geb. als Gunther PLACHETA, geb. am 8. Juni 1918 in TÖPLITZ/TOPLITA/MAROSHEVIZ/Siebenbürgen/UNGARN, Österreicher und **Siebenbürger**

Max REINHARDT geb. als Maximilian GOLDMANN am 9. Sept. 1873 in BADEN/NÖ, Österreicher

Alexander TROJAN geb. als Alexander TAKACS am 30. März 1914 in WIEN, Österreicher

Oskar WERNER geb. als Oskar Josef BSCHLIESZMAYER am 13. Nov. 1922 in WIEN, ÖSTERREICHER

Robert VALBERG geb. als Robert von DIRR am 28. April 1884 in WIEN, Österreicher

Billy WILDER geb. als Samuel WILDER am 22. Juni 1906 in SUCHA/Galizien/Österreich, Österreicher, US-Amerikaner und **Galiziendeutscher**

W(illiam). Lee WILDER geb. als Wilhelm WILDER am 22. August 1904 in Sucha/Galizien/ÖSTERREICH, Bruder von Billy WILDER, Österreicher, US-Amerikaner und **Galiziendeutscher**

Eduard von WINTERSTEIN geb. als Eduard Clemens Franz Freiherr von WANGENHEIM am 1. August 1871 in WIEN, Deutscher

Zusammenstellung: Ludwig NIESTELBERGER, E-Mail: niestelberger@aon.at

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 75, 2021

Wien, am 17. Juni 2021

06) Ungarisches Nationalmuseum ausgezeichnet

28. 06. 2021



Ungarisches Nationalmuseum · Bildquelle: Magyar Nemzet

Die prestigeträchtige Auszeichnung Museum des Jahres 2021 in der Kategorie der großen Museen wurde am 26. Juni im Museum Ludwig an das Ungarische Nationalmuseum verliehen. Die Jury belohnte die 1802 gegründete öffentliche Sammlung für ihre modernen museologischen Praktiken, die auf einer konsequenten Strategie beruhen, für ihre vielfältigen und effektiven Aktivitäten zur Wissensvermittlung im Online-Bereich und für die Steigerung des internationalen Bekanntheitsgrades der Institution.

„In den letzten Jahren hat das Ungarische Nationalmuseum seine grenzüberschreitenden und internationalen Beziehungen zur Präsentation, Erforschung und Aufwertung seiner bekanntermaßen herausragenden Sammlung effektiv ausgebaut und auch seine Strategie der Wissensvermittlung für die heimische Öffentlichkeit erfolgreich erneuert“, heißt es in der Ehrung. Die Pulszky-Gesellschaft – Ungarische Museumsvereinigung, die in diesem Jahr 30 Jahre alt wird, gründete 1996 den Preis „Museum des Jahres“ und erneuerte ihn 2020, um herausragende Institutionen in diesem Bereich auszuzeichnen.

Da das Ungarische Nationalmuseum in den letzten anderthalb Jahren monatelang geschlossen war und mit einer Reihe von unerwarteten Herausforderungen konfrontiert wurde, ist der Titel „Museum des Jahres 2021“ eine besonders wichtige Rückmeldung für die Mitarbeiter der Einrichtung.

Die ersten Wochen des Jahres 2020 waren für das Nationalmuseum beliebter denn je. Die Ausstellungen zogen täglich Tausende von Besuchern an, und es fanden prestigeträchtige Veranstaltungen statt, während die Mitarbeiter internationale Ausstellungen und Konferenzen organisierten. Auch als das Museum wegen des Ausbruchs der Corona-Epidemie seine Pforten schließen musste, konnte es durch die bereits eingeleiteten Online- und Digitalentwicklungen das bestehende Interesse über Nacht ins Internet verlagern. Innerhalb weniger Tage wurde die Website des Museums umgestaltet, um den Schwerpunkt auf online verfügbares Material zu legen, und die Kampagne „Non stop National Museum“ wurde ins Leben gerufen: neue Videos wurden produziert, alte Filme wurden verfügbar

gemacht, pädagogische Blogserien wurden mit einem anderen Thema pro Monat gestartet; Online-Führungen, Fachgespräche, Ausstellungseröffnungen und Spiele wurden für Menschen angeboten, die zu Hause bleiben mussten.

Mehr als 200 digitale museumspädagogische Materialien wurden in Absprache mit den Akteuren der öffentlichen Bildung erstellt, und Tausende von Schülern nahmen an den entsprechenden Aktivitäten teil. Es wurden neue Online- und virtuelle Ausstellungen zu verschiedenen Themen und in verschiedenen Sprachen eröffnet. Die Ausstellung „Seuso Treasures – Light of Pannonia“ bietet einen virtuellen Rundgang durch die Schätze in 3D, wie man ihn noch nie zuvor gesehen hat. Anlässlich des 100-jährigen Jubiläums von Trianon wurde zum Jahr der Einheit eine virtuelle Fotogalerie erstellt, gefolgt von einer Open-Air-Ausstellung am Zaun des Museums und der Ausstellung „Leidende Struktur – Trianon im Alltag“, die im Herbst im Museumsgarten, in Tata und Mosonmagyaróvár und nach der Wiedereröffnung in Hajdúböszörmény eröffnet wurde.

In der hybriden Zeit des Sommers und Frühherbstes, die auch wieder Öffnungszeiten erlaubte, bot das Museum Rabatte und Kinder camps an und stellte die Programme auch online zur Verfügung.

Auch einige der Fachprogramme wurden umgesetzt: Der „Museumsneustart“, eine hybride Veranstaltung, die die Museumsmesse ablöste, und die internationale Konferenz „MuseumDigit 2020“ waren herausragende Erfolge. Auf der Konferenz „The Best in Heritage“ wurde das Museum mit dem Projekt „Magic Wall“ (Ausstellung „Sisi und Ungarn“) mit einem AVICOM-Award ausgezeichnet. Die Website, die die vernetzte Arbeit des Museums im Online-Raum bündelt, erhielt die Auszeichnung „Website des Jahres“ in der Kategorie Kultur.



Foto: Havran Zoltán / Magyar Nemzet

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Auf den Spuren des deutschen Erbes in Ungarn: Von Pesth über Ofen bis nach Wudersch

Von Kinga Fodor

21. 06. 2021



Bildquelle: Ungarnreal

In der Geschichte Ungarns und damit Budapests kommt den auf dem Gebiet des Karpatenbeckens lebenden Deutschen eine wichtige Rolle zu.

Aufzeichnungen zufolge kamen die ersten deutschsprachigen Siedler zusammen mit **Königin Gisela um 996 in Ungarn an**. Im Laufe der folgenden Jahrhunderte festigten sich die Ansiedlungsbewegungen aus den deutschsprachigen Sprachgebieten und führten daher zu einer **mal größeren, mal kleineren, aber konstanten Einwanderung**. Gewisse historische Ereignisse – wie der Tatarenzug oder der Sieg über die Türken – verliehen der Migration aus den deutschen Ländern einen neuen Schwung,

da die wegen der Kriege entvölkerten Gebiete neu bevölkert werden sollten.

Gegen Ende des 17. Jahrhunderts nahm infolge der Vertreibung des osmanischen Heeres die erste organisierte Ansiedlungswelle nach Ungarn ihren Anfang. Im Rahmen dieser Welle kamen **aus den süddeutschen Gebieten**, in erster Linie aus Schwaben, neue Bewohner nach Ungarn. Zu dieser Zeit **entstanden viele schwäbische Siedlungen** im Umland von Budapest – von daher stammt auch die **für die Ungarndeutschen im Allgemeinen verwendete Bezeichnung „Schwaben**, die sich auch in den Sprachen der anderen Völker des Donauraum etablierte. Im mittelalterlichen Buda (von den Deutschen früher Ofen genannt) und Pest (Pesth) waren die deutschen Bewohner den anderen Nationalitäten gegenüber in der Überzahl.

Sie bildeten das Rückgrat der städtischen bürgerlichen Handwerker- und Händlerklasse, wodurch sie **eine bedeutende Rolle bei der Stadtentwicklung und später bei der Industrialisierung spielten**. Die Wohnhäuser und Kirchen der Deutschen in Pesth wurden

entlang der bedeutenden Hauptstraßen gebaut. Das findet sich auch in den – später magyarisierten – Namen öffentlicher Plätze wieder, wie etwa im Falle des Waitzener Thors, des Serviten Gässls oder der Herrn Gasse. Es ist eine durchaus bemerkenswerte Tatsache, dass sich die Reste der mittelalterlichen Stadtmauer, auf den Straßen von Budapest spazierend, auch heute noch beobachten lassen: Ein Beispiel dafür ist der Spielplatz bei der Kreuzung der Bástyá-Straße und der Veres-Pálné-Straße, wo die alte Steinmauer und die in die Wand des Nachbarhauses eingebauten Schießscharten sichtbar sind.

Die deutschsprachige Bevölkerungsmehrheit von Pesth und Buda bestand bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Die Deutschen von Budapest, die auch vonseiten des Wiener Hofes unterstützt wurden, hatte zudem eine bedeutende Rolle bei der Stadtverwaltung inne. Auf diese Weise waren der **Stadtrichter**, der **Bürgermeister** und die **Mitglieder des Stadtrates oftmals deutscher Herkunft**, wodurch **die Aneignung des Deutschen** als der führenden Sprache Budapests **auch für die ungarischen Bürger eine Pflicht war**.

Neben der Hochsprache wurden in Pesth 37 und in Buda 50 unterschiedliche deutsche Dialekte gesprochen. Das veranschaulicht, wie vielfältig die Bevölkerung der ungarischen Städte damals war.

Dass Pesth in der **Mitte des 19. Jahrhunderts** zum wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Zentrum des Königreichs Ungarn wurde, ist teilweise den Aktivitäten der **Deutschen** zu verdanken. Sie **gründeten** nämlich **zahlreiche** bedeutsame **Hotels, Restaurants, Theater und Druckereien**. Von dieser Epoche zeugen **mehrere Unternehmen**, die auch heute noch in Budapest besucht werden können, wie das **Restaurant Gundel**, die **Schokoladenfabrik Stühmer** oder die **Bierbrauerei Dreher**. Solange die Monarchie bestand, galt neben dem Gastgewerbe auch **die Architektur als typisch deutsche Profession**.

Das Stadtbild von Budapest wurde von Meistern, Handwerkern und Architekten deutscher Nationalität und Abstammung elementar geprägt.

Aus dem Sudetenland kam der **Architekt Johann Hild** (ca1760-1811) nach Ungarn, der das erste offizielle, vom Palatin Joseph initiierte Stadtentwicklungsdokument von Budapest, den Verschönerungsplan, schuf und zum Teil durchführte. Der Verschönerungsplan beinhaltete den Grundriss des heutigen Vörösmarty-Platzes und des József-Nádor-Platzes wie auch Entwürfe für den Bau klassizistischer Paläste am Donauufer. **Das Werk von Johann Hild wurde von seinem bereits in Ungarn geborenen Sohn József Hild** (1789–1867) **weiterentwickelt**. Ihm sind u.a. das **Palais Gerbeaud** auf dem Vörösmarty-Platz, das **Haus Károlyi-Trattner** auf der Petöfi-Sándor-Straße oder das Gross-Haus am József-Nádor-Platz zu verdanken. Darüber hinaus begannen auch die Bauarbeiten an der **St-Stephans-Basilika** auf der Grundlage seiner Entwürfe. Zahlreiche weitere ikonische Gebäude der Stadt lassen sich mit dem Namen von **Michael Pollack** (1773–1855) in Verbindung bringen, der aus Wien nach Ungarn übersiedelte. Hierzu zählen etwa die **evangelische Kirche** auf dem Deák-Platz, das **Palais Sándor** in der Burg, das **Ludoviceum**, das **Schloss Festetics** sowie das **Ungarische Nationalmuseum**.

Den damaligen Stadtplan betrachtend ist es leicht nachvollziehbar, welche rasante Entwicklung ab dem Ende des 18. Jahrhunderts bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts in Budapest stattfand.

Nach 1786 wurde nördlich der alten Stadtmauer ein neuer Stadtteil aufgebaut, der anlässlich der Krönung von Leopold II. den Namen Leopoldstadt bekam. Der Bau der 1787 entstandenen Schiffbrücke, die durch eine Verkettung von Schiffen den Übergang zwischen

Ofen und Pesth noch weit vor dem Bau der Kettenbrücke sicherte, wirkte sich auf die Entwicklung der Gegend sehr belebend aus. **Auf dem Stadtplan können wir zahlreiche, heute nicht mehr stehende, Gebäude sehen, die vom ehemaligen kulturellen und gesellschaftlichen Leben der Deutschen zeugen.** Ein Beispiel dafür ist **das Deutsche Theater Pest** (Pesti Német Színház), das sich auf dem heutigen Vörösmarty Platz befand und über die größte Kapazität unter den europäischen Theatern seiner Zeit verfügte. Ein anderes Beispiel ist **das Neugebäude** (Újépület), das ursprünglich als Volkswohlfahrtsinstitution, dann als Kaserne und Gefängnis diente und nach dessen Abriss dort später der Freiheitsplatz entstand. Es ist ebenfalls aufschlussreich, einen Blick auf die Namen der öffentlichen Plätze des Stadtplanes zu werfen, von denen viele auch heute noch den ursprünglichen deutschen Sinn bewahrt haben, wenngleich in ungarischer Form. Zum Beispiel gehören hierzu die Alte Postgasse, die als eine Station der Postkutsche nach Wien fungierte, oder die den Namen des ehemaligen Stadtrichters tragende Karpfensteingasse.

In den 1890-er Jahren bekannten sich bloß nunmehr 13% der Bevölkerung des bereits aus seinen beiden Stadtteilen Ofen und Pesth vereinigten Budapests als Deutsche.

Dies lässt sich einerseits auf die **natürliche Assimilation**, andererseits auf die sich seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts verstärkende **Magyarisierungspolitik** zurückführen. Die Magyarisierung hatte hingegen auf die in der Gegend von Budapest lebenden Schwaben einen geringeren Einfluss, sodass dort mehrere auch heute noch **auffindbare Denkmäler** das Erbe ihrer früheren Gemeinschaften **bewahren**. Ein Beispiel hierfür ist das zum **2. Bezirk** von Budapest gehörende Hidikut (**Pesthidegkút**), **in dessen Altdorf sich die ursprüngliche schwäbische Kirche und ein unverfälschtes Stückchen des Dorfes** besichtigen lassen. Eine ebenfalls bedeutende schwäbische Bevölkerung lebte auf dem Gebiet des heutigen **zum 22. Bezirk gehörenden Budafok (Promontor) bzw. Budatétény (Kleinteting)** und des **zum 23. Bezirk gehörenden Soroksár (Markt)**. In der Bevölkerung der zuvor florierenden schwäbischen Dörfer richteten die Aussiedlungen nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch unumkehrbare Schäden an.

“Zwischen 1946 und 1947 wurde zum einen ein Teil der ungarndeutschen Bevölkerung zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt, zum anderen wurden viele Donauschwaben nach Deutschland vertrieben.

Trotz der Vertreibungen bewahren zahlreiche ungarische Familien bis heute die Traditionen ihrer deutschen Vorfahren. Der Vertreibung der Ungarndeutschen gedenkt das in Soroksár im Jahre 2016 aufgestellte Denkmal des Bildhauers Sándor Kligl, das den Namen „Elűzetés“ (Vertreibung) trägt. Das Denkmal stellt ein Kind mit seiner Mutter dar – des Vaters beraubt –, wie sie von ihrer geliebten Heimat in den letzten Momenten vor ihrer Aussiedlung Abschied nehmen.



Foto: ittlakunk.hu

Die Ungarndeutschen – deren Zahl landesweit auf rund 180.000 geschätzt wird – sind momentan eine der bedeutendsten Minderheiten in Ungarn.

Die Weitergabe und die Bewahrung der deutschen Sprache wie auch der Traditionen werden durch ein breites institutionelles System ermöglicht. Eine der bedeutendsten Einrichtungen ist das in der Nähe des Heldenplatzes liegende **Ungarndeutsche Kultur- und Informationszentrum**, das mit deutschsprachigen Ausstellungen, Puppentheatern, Filmvorführungen, Konzerten und Festivals zur Popularisierung der Nationalitätenkultur beiträgt. Wir könnten ebenso das landesweite Netzwerk der Nationalitätenkindergärten, -schulen, -theater und -bibliotheken erwähnen, **dessen Ziel es ist, dass auch die neue Generation die Kultur ihrer Vorfahren kennenlernen kann.** Die erhalten gebliebenen geistigen Überlieferungen und materiellen Denkmäler der deutschen Nationalität werden in zahlreichen ungarischen Museen bewahrt. In der unmittelbaren Nähe von Budapest können wir im **Jakob Bleyer Heimatmuseum zu Wudersch** in die Geschichte und Wohnkultur der Schwaben in der Gegend von Budapest eintauchen. Für diejenigen, die sich für die Geschichte der Ungarndeutschen interessieren, ist es unbedingt empfohlen, das **Ungarndeutsche Museum in Tata** zu besuchen, welches auf 500 m² die Kultur und die Lebensweise der Ungarndeutschen vorstellt.

Die Autorin, Kinga Fodor, ist Mitarbeiterin des Deutsch-Ungarisches Instituts für Europäische Zusammenarbeit

Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [UNGARNREAL](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION,

Auf Ungarisch: corvinak.hu/itthon/2021/05/20/pesthrol-ofenen-at-wuderschig-magyarorszagi-nemet-emlekhelyek-nyomaban

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Reisebericht: Unterwegs im Lande der Banater Schwaben

Von Martin Josef Böhm

19. 06. 2021



Römisch-katholischer Dom in Temeswar. *Foto: MJB*

Zwischen dem Budapester Ostbahnhof und Temeswar (Timișoara/Temesvár) fuhr damals schon der Orientexpress auf seinem Weg nach Konstantinopel, und auch heute noch hat der Grenzübertritt ins Nicht-Schengen-Gebiet seinen östlich-exotischen Reiz, allemal für einen Deutschen.

Die Landschaft ist durchgehend flach, mal steppenartig, der Blick fällt zuvörderst auf endlose Acker, Pappeln und Streifen von Mohn, dazwischen werfen die silbernen Dächer der Kirchtürme die Sonne in den Wagon. An verschlafenen Dorfbahnhöfen wacht man vom Quietschen der Zugbremsen auf, mustert den uniformierten Bahnhofswärter, der angesichts der gut gegossenen Geranien den Halt sicherlich auch sein Zuhause nennt.

Zwischen Arad und Temeswar, den beiden größten Städten des Banats, nehmen die Reisenden nach und nach ihre Maske ab. Sie dient nunmehr als Accessoire, um sich Krümel im Schnauzer zu verbergen, zudem tropft der Schweiß am Kinn herab an diesem brütend heißen Spätfrihlingstag Anfang Juni. Umsteigen in Temeswar – dem Kleinen Wien –, das zweifellos zu den schönsten Städten Rumäniens gehört und ganz wie Großwardein sein Antlitz der Monarchie gewahrt hat.

Bis zum Zweiten Weltkrieg war Deutsch mit wienerischem Einschlag die Alltagssprache in der Stadt, schließlich ist Temeswar nicht nur die Hauptstadt des Banats, sondern zugleich auch das Zentrum der Banater Schwaben.

Eine der vielsprachigsten Gegenden Europas

Die sogenannten Schwaben wanderten zu einem großen Teil bereits im 18. Jahrhundert in den Donauroaum ein und bauten die Region nach den Verwüstungen infolge der Türkenkriege wieder auf. Vor allem das Banat sticht auf den ethnischen Karten vom Anfang des 20. Jahrhunderts als farbiges Kreuz-und-Quer hervor, neben den Donauschwaben siedelten dort seit Jahrhunderten Serben, Ungarn, Rumänen sowie Juden, Bulgaren und Roma. Es war bis zu den Kriegereignissen eine der vielsprachigsten Gegenden Europas.

Während – anders als in Polen oder in der Tschechoslowakei – die Rumäniendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht kollektiv vertrieben wurden, sank die Zahl der Schwaben hingegen in erster Linie im Zuge der Auswanderung. Diese erfolgte konstant in der Zeit unter dem kommunistischen Diktator Nicolae Ceaușescu, der die Angehörigen der jüdischen und deutschen Minderheit für „Kopfgelder“ nach Israel und Deutschland verhökerte, die wiederum ihre neuen Bürger dementsprechend „freikaufte“.

Die zweite große Welle der Aussiedlung erfolgte nach der Öffnung 1990. Von einst mehreren hunderttausend deutschsprachigen Siebenbürger Sachsen, Banater- und Sathmarer Schwaben leben deshalb gegenwärtig nur noch um die dreißigtausend in Rumänien, rund die Hälfte davon stellen die Banater Schwaben. Trotz des Exodus und der damit einhergehenden ethnischen Homogenisierung kann Temeswar noch eine Handvoll deutschsprachiger Institutionen aufweisen, darunter das international renommierte Deutsche Staatstheater.

Kulturhauptstadt Europas

Nicht nur hierfür lohnt eine Reise in die Stadt, die vom liberalen Bürgermeister, dem gebürtigen Lörracher Dominic Fritz geführt wird: 2023 wird Temeswar Kulturhauptstadt Europas sein, gemeinsam mit dem ungarischen Veszprém und Eleusis in Griechenland. Aus diesem Anlass sei es dem werdenden Gast nahegelegt, sich dann anhand des Werkes von Herta Müller ein wenig in das Banat einzulesen.



Eine Zugangsmöglichkeit in die Mentalität sowie Geschichte und Leidensgeschichte der Region. Foto: MJB

Ich kenne bisher zwar niemanden, der ihr den Literaturnobelpreis, den sie 2009 gewann, gönnen würde: Wenige mögen ihre eigenwillige Art des Schreibens. Doch erlauben ihre Bücher einen tieferen Zugang in die Mentalität sowie Geschichte und Leidensgeschichte der Region. Einmal vor Ort erschließt sich einem der verborgene Sinn hinter den Pappeln, den Käfern und den trinkenden Bauern, von denen in ihren Büchern so oft die Rede ist.

Zurück zum Bahnhof Temesvar Nord. Es ist vielleicht eines der übelsten Bahnhofsgebäude weit und breit, so wie das Rathaus von Sathmar in Nordrumänien regelmäßig in die Liste der hässlichsten Bürgermeistereien der Welt gewählt wird. Freilich kann auch das rumänische Parlament in Bukarest nicht zu den schönsten seiner Art gezählt werden. Doch schon hier dämmert es dem Reisenden, der hiervor möglicherweise schon zuhause in

Spanien oder Italien zugegen war: Während in Florenz oder Sevilla alles „einfach schön“ ist, und daher bauliche Irrtümer und Stillosigkeiten viel deutlicher auffallen, einem daher Kummer und Weltschmerz bereiten, ist das Vulgäre in der sozialistischen Architektur hier am östlichsten Rande Mitteleuropas hingegen allgegenwärtig.

Das wirklich ästhetische in der Baukunst trifft man hier oft nur in der Minderheit an, doch umso mehr weiß man es zu schätzen. Ein zwischen Oberleitungskabeln und Storchennestern eingezwängter einfacher Kirchturm im Banater Nirgendwo mag daher viel mehr entzücken, als der fünfte oder sechste Renaissancedom in der Toskana.

„Weimar des Banats“

Der Zug nach Hatzfeld (Jimbolia/Zsimbolya) ist voll, stickig, es wird munter gesprochen, Klingeltöne mit kitschiger Panflötenuntermalung ertönen, das geöffnete Zugfenster schnippelt immer ein wenig von den vorbeihuschenden Holunderbüschen ab, obgleich man nur so schnell wie mit einem Fahrrad unterwegs ist.

Hatzfeld, das „Weimar des Banats“ oder auch die „Perle der Banater Heide“, war einst zu 90 Prozent von Schwaben bewohnt, die den Ort, wie die Kolonisten in Nordamerika, schachbrettartig anlegten. Die breiten Straßen sind durchgehend von Akazien gesäumt, die langgezogenen, typischen Häuser der Donauschwaben sind überraschenderweise größtenteils in gutem Zustand, nur an wenigen Stellen schneiden die phantasielosen, neuen Einfamilienhäuser ihre Fratzen ins ansonsten idyllische Bild einer ländlichen Kleinstadt.



Akazienallee im Zentrum von Hatzfeld, im Hintergrund die Turmspitze der katholischen Kirche. Foto: MJB

Einige Straßennamen sind auch auf Deutsch ausgeschildert, in der Ortsmitte befindet sich die deutsche katholische Kirche. Alles hat ein wenig den Anschein einer alten, vergangenen Welt, die doch damals für die Siedler die neue Welt war.

Zudem begeistert die – in manchen anderen Teilen des Landes ungewohnte – Ordnung: Die Bürgersteige erfreuen sich der Makellosigkeit, das Gras ist gemäht, die Bäume gestutzt. Man kann sich den hier geborenen Stefan Jäger, den „Maler der Donauschwaben“, gewiss beim Schaffen vorstellen, aber ebenso einen Einblick in sein Werk im örtlichen Gedenkmuseum gewinnen. Deutsch zu hören, ist dagegen eher unwahrscheinlich. Weniger als drei Prozent der Einwohner sprechen heute noch Deutsch als Muttersprache.

Geburtsort von Béla Bartók

Weiter geht es nach Großsanktnikolaus (Sânnicolau Mare/Nagyszentmiklós), wo sich bei der letzten Volkszählung von 2011 noch 890 der etwa 12.000 Einwohner zur deutschen Nationalität bekannten. Es ist Samstagabend halb zehn, vom Bahnhof muss man vierzig Minuten ins Herz der Ortschaft spazieren. Doch ein Anschlussbus wartet pünktlich, und ich denke mir, dass es so etwas in Deutschland nicht gäbe, wo an Sonnabenden generell in Ortschaften solcher Größe kein Bus mehr fährt. Mitteleuropa? Der Bus fährt dann die Strecke mit offener Vordertür: Balkan.

Am nächsten Morgen gehe ich am Geburtshaus des ungarischen Komponisten Béla Bartók vorbei. Bartók, einer der bedeutendsten Vertreter der Moderne, sah in der Avantgarde-Musik das Potenzial, durch das Aufgreifen der gemeinsamen Motive in der Volksmusik der verschiedenen Ethnien des Karpatenbeckens der Völkerverständigung zu dienen. Mit seinen Rhapsodien im Ohr gelange ich zur katholischen Kirche, aus der zu meiner Verwunderung eine Gruppe rumänischer Gläubiger herauskommt – die überwiegende Mehrheit der Rumänen ist orthodox.



Str. Ion Slavici / Luxemburger Gasse in Hatzfeld. Foto: MJB

Beim Hineingehen setzt plötzlich, während die letzten katholischen Rumänen noch hinausgehen, Punkt zehn Uhr der Klang der Orgel ein, die ungarische Messe beginnt, die Gläubigen sitzen neben den Stationen des Leidens Christi mit deutscher Beschriftung. Im Anschluss an die Messe lädt mich ein Banater Serbe, der mich Verlorenen schon am Vorabend in der Fußgängerzone erblickte, zu Kaffee und serbischer Marlboro ein. Im Gegenzug gebe ich ihm eine Hungária-Zigarette und mein Feuerzeug mit einem Model drauf. Sein Kommentar: „Fain, fain!“. Rumänisch, Ungarisch, Deutsch, Serbisch, wer braucht da noch Englisch?

Gemisch von Mentalitäten

In diesem kulturellen und sprachlichen Abenteuer zeigt sich zugleich das Gemisch der Mentalitäten zwischen Osteuropa und Mitteleuropa, und das, wie so oft am besten, auch beim Zufahren.

Nun in Richtung Arad. Auf dem Gegengleis in Perjamosch (Periam/Perjámos) sitzt ein Mann auf den Treppen der Einstiegstür und raucht beim Losfahren des Zuges, im Vorderteil des Zuges zieht dazu der Schaffner bei offener Vordertüre an seiner Zigarette. Etwas frech frage ich daher den Zugbegleiter unseres Wagens, „wo ich denn hier im Zug vielleicht mal eine rauchen könnte“. Er verweist mich ins Gepäckabteil.

Schafsherden ziehen hier und da vorbei, und immer wieder die einzelnen Türme der katholischen, reformierten, orthodoxen Kirchen. Letztere sind im Banat mittlerweile zumeist neobyzantinischen Baustils und reich mit der rumänischen Trikolore beflaggt. Nichtsdestotrotz findet man in den dortigen Landstrichen noch oft die barocken, mitteleuropäisch aussehenden Gotteshäuser der Orthodoxie, die denen der anderen christlichen Gemeinschaften äußerlich sehr ähneln.

Kurz vor der Grenze kaufe ich im Supermarkt des mehrheitlich ungarischsprachigen Großsalontha noch eine Flasche „Schwaben-Wein“ vom Banater Weingut Recaş. Mit dazu importiert werden bei jedem Rumänienaufenthalt pflichtgemäß Pufuleţi, der markanteste rumänische Snack.

Am Grenzbahnhof komme ich mit den Beamten der „Poliția de Frontieră“ ins Gespräch. „Deutschland? Gibt's von dort auch mal gute Nachrichten?“ fragt der Mann. Umgekehrt gibt es aus Großsalontha aber auch keine nennenswerten guten Nachrichten, erfahre ich von ihm. Doch immerhin ist der andere rumänische Grenzpolizist an seiner Seite stolz darauf, Ungarisch von seinem Nachbarn zu lernen. Etwas gerührt von dieser guten Nachricht, diesem Beispiel des friedlichen Miteinanders der Sprachen und ihrer Sprecher steige ich ein.

Der Autor ist Forschungsassistent am Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit.

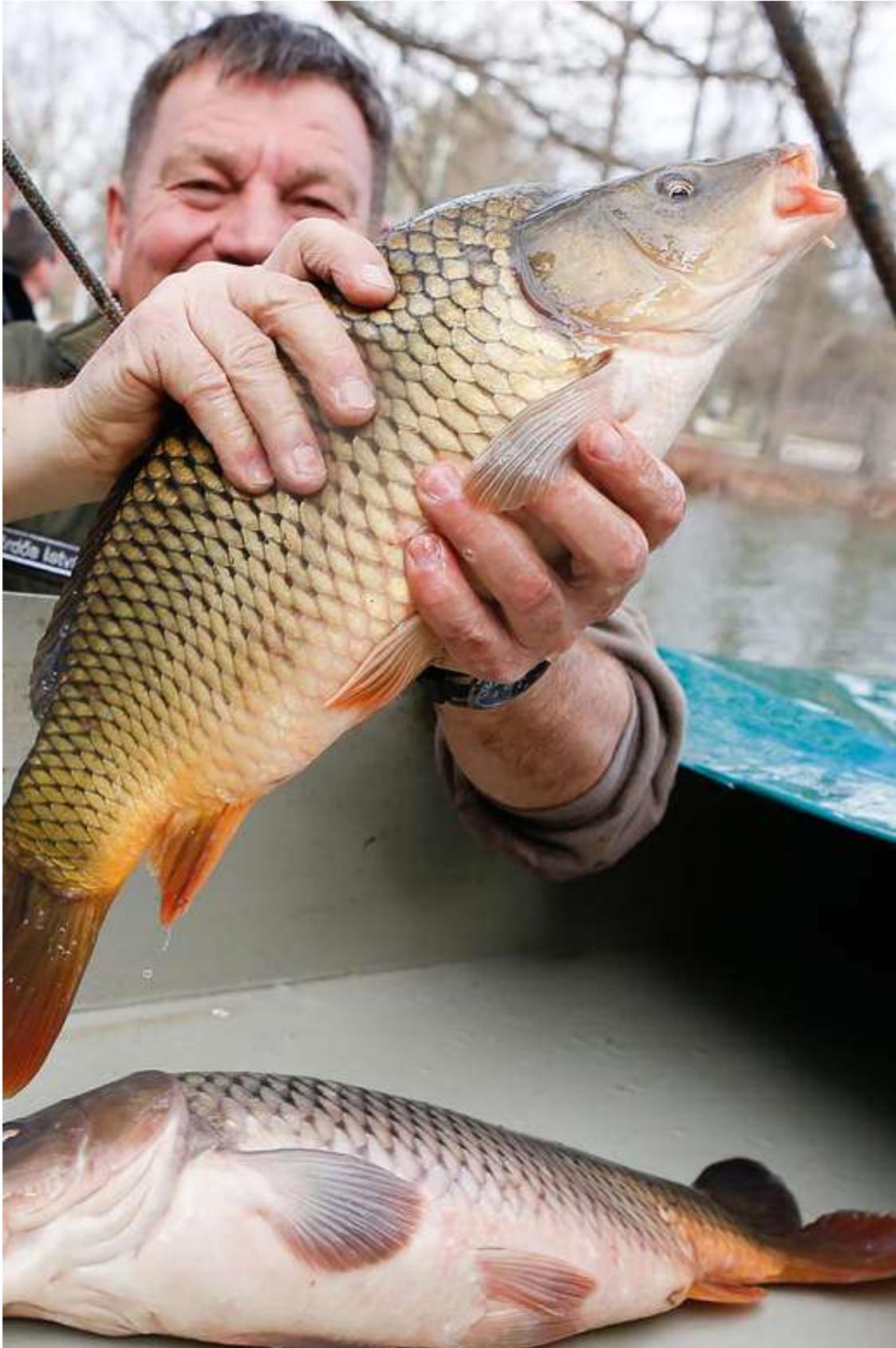
BUDAPESTER ZEITUNG

Dieser Beitrag erschien zuerst in der [BUDAPESTER ZEITUNG](#), unserem Partner in der MITTELEUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Plattensee (Balaton): Zwei Fischarten unter EU-Schutz

17. 06. 2021



Es kommt darauf an, wo die Fische leben und was sie fressen .
Foto: Gábor Cseh/Vas Népe

Sowohl der Zahnfisch als auch der Karpfen haben den EU-Schutz unter dem Namen Balaton-Fisch erhalten, teilte das ungarische Landwirtschaftsministerium mit.

Das bedeutet, dass aufgrund des Programms für geografische Angaben des Landwirtschaftsministeriums nur Karpfen und Zahnfische, die gemäß den in der Produktspezifikation festgelegten Anforderungen gezüchtet werden, in der Europäischen Union als Balatonfische bezeichnet werden dürfen. Sie dürfen nur im Einzugsgebiet des Plattensees gezüchtet werden.

Seit den 1920er Jahren wird in den Fischzuchtbetrieben am Plattensee darauf geachtet, zwei der wirtschaftlich wichtigsten Fische, den Zahnfisch und den Karpfen, bewusst zu züchten. Das Fleisch des Zahnfisches, der unter der geografischen Angabe „Balaton-Fisch“ steht, ist schneeweiß, mager und schmackhaft, fettarm und eiweißreich. Seine Qualität ist auf den hohen Anteil an heimischen weißfleischigen Futterfischen (Felchen, Brassen und Maränen) im Einzugsgebiet des Plattensees zurückzuführen. Die Bezeichnung „Balaton-Karpfen“ darf nur für Exemplare der amtlich anerkannten Landrassen „Balaton sudar“ oder „Varászló mirror“ aus dem Einzugsgebiet des Plattensees verwendet werden. Sein Fleisch hat eine feste, elastische Konsistenz, was auf den hohen Proteingehalt des natürlichen Futters und des zusätzlichen natürlichen Muschelfutters zurückzuführen ist.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Ungarn: Fünf Tonnen Abfälle aus dem See gefischt

19. 06. 2021



Bildquelle: BZ

Auf dem Theiß-See sammelten die Teilnehmer des II. PET-Pokals mehr als 5 Tonnen Haushaltsmüll ein

Seit Jahren bietet der mit dem Frühlingshochwasser aus der Ukraine und Rumänien angeschwemmte Abfallberg auf dem Fluss Theiß einen traurigen Anblick. Davon hatten die Organisatoren des „PET-Pokals“ genug, die sich ein Floß aus Plastikflaschen „zimmerter“ und damit in Eigeninitiative daran gingen, vornehmlich grenznahe Flüsse von des Menschen Last zu befreien.

Die Aktion fand ein so gutes Echo, dass sich daraus ein Wettbewerb entwickelte, an dem in diesem Jahr bereits ein Dutzend Wasserfahrzeuge teilnahmen. Diese sind allesamt „umweltfreundlich“, da aus dem achtlos weggeworfenen Müll anderer Leute zusammengebastelt.

An nur drei Tagen fischten die eifrigen Teams mehr als 1.200 Säcke voll Abfällen vom Theiß-See zwischen Tiszafüred und Kisköre ab.

BUDAPESTER ZEITUNG Dieser Beitrag erschien zuerst in der BUDAPESTER ZEITUNG, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Arnautovic gegen Alioski oder der Rassismus-Verfolgungswahn

Von Dr. Harald W. Kotschy

17. 06. 2021



Marko Arnautovic · Foto: Granada / Wikimedia CC BY-SA 4.0

Es ist ja wirklich absurd, mit welchen Banalitäten sich der Disziplinartrat der UEFA herumschlagen muss. Der ganze Schwachsinn dieses krankhaften ideologischen Wahns, hinter jeder Ecke Rassismus zu wittern, tritt in diesem Falle zutage.

Seit Jahrhunderten ist „jebem ti majku“ bei den südslawischen Völkern eine „liebevolle“ Bezeichnung für einen Menschen, der einen bis aufs Blut geärgert hat. Und „Skipetar“ ist die jahrhundertealte Selbstbezeichnung der Albaner.

Marko Arnautovic ist wohl selbst albanischer Abstammung, wenngleich mittlerweile mit sehr „verdünnten“ albanischen Blut in seinen Adern. Vor Generationen wird der Ur-Ur-Ur-...Großvater aus dem Land der Skipetaren nach Kernserbien zugewandert sein – „Arnauten“ wurden früher die Bewohner des albanischen Siedlungsraumes genannt, also in der Regel Albaner. Und im Verlaufe der Zeit wurde eben der Familienname durch das Suffix „-vic“ serbisiert.

Edzjan Alioski seinerseits ist wiederum kein Albaner. Der Vorname ist zwar islamisch, aber der Familienname eindeutig Mazedonisch. Auch liegt sein Geburtsort Prilep (Zentralmazedonien) nicht im albanischen Siedlungsgebiet. Somit wird er den „Torbeshi“ angehören. Diese ethnisch-mazedonische Volksgruppe, die in der Republik Mazedonien und geringfügig im Kosovo lebt, ist in der türkischen Zeit zwar zum Islam übergetreten, hat aber die mazedonische Kultur und Sprache beibehalten.

Dr. Harald W. Kotschy ist ehemaliger Österreichischer Botschafter in der Republik Mazedonien

01) Zentrale Festveranstaltung zum Tag der Heimat 2021



Der Präsident

Bund der Vertriebenen, Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn

An die
Landsmannschaften
Landesverbände
außerordentlichen Mitgliedsverbände
landsmannschaftlichen Landesgruppen
BdV-Bezirks- und Kreisverbände
Heimatkreisgruppen
Präsidium
Bundesausschuss

Dr. Bernd Fabritius MdB

BdV-Bundesgeschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon +49 (0)228 81007 30
Telefax +49 (0)228 81007 52
E-Mail info@bdvbund.de
Internet www.bund-der-vertriebenen.de

Bonn, im Juni 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Landsleute,

unsere zentrale Festveranstaltung zum **Tag der Heimat 2021** findet in diesem Jahr am

**Samstag, den 28. August 2021,
12.00 bis 14.00 Uhr
in der Urania Berlin e.V.,
An der Urania 17, 10787 Berlin**

statt.

Mit diesem Schreiben lade ich Sie herzlich nach Berlin ein. Wir hoffen, dass wir in diesem Jahr unsere traditionelle Auftaktveranstaltung trotz Pandemie wieder durchführen können. Wir wollen in Berlin ein kraftvolles Zeichen für unseren Verband und unser verständigungspolitisches Engagement setzen.

Die diesjährige Festansprache wird der Ministerpräsident des Freistaates Bayern, Dr. Markus Söder MdL, halten.

Unser Leitwort lautet:

„Vertreibungen und Deportation ächten – Völkerverständigung fördern“.

Damit erneuern wir zum einen unsere aus eigener, bitterer Erfahrung resultierende Forderung, Menschen und ihre Heimat nicht zum Spielball machtpolitischer Konflikte werden zu lassen. Jeder Mensch verdient es, in seiner Heimat dauerhafte Lebensperspektiven vorzufinden. Zum anderen weisen wir auf den 80. Jahrestag des sogenannten „Stalin-Erlasses“ hin, an den wir als einen Schwerpunkt ebenfalls am 28. August erinnern wollen. Das Schicksal unserer Russlanddeutschen ist untrennbar mit diesem Tag verknüpft.

Der Blick auf die aktuelle Flüchtlingslage weltweit zeigt, wie eng die Ächtung von Menschenrechtsverletzungen wie Vertreibung und Deportation auch mit unserem friedenssichernden Einsatz für Völkerverständigung verbunden ist. Überdies wird deutlich, dass dieses Engagement dauerhaft notwendig bleibt, denn selbst wenn dieses Ziel einst erreicht ist, wird die Arbeit fortgesetzt werden müssen, um das Erreichte zu sichern.

Der **Ablaufplan** für den 28. August 2021 sieht wie folgt aus:

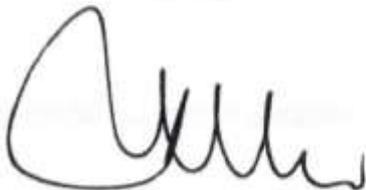
- | | |
|-------------------|---|
| 12.00 - 14.00 Uhr | Festveranstaltung zum Tag der Heimat
Urania Berlin e.V. |
| 15.00 Uhr | Kranzniederlegung am Zentralen Mahnmal
der deutschen Vertriebenen
Theodor-Heuss-Platz, Berlin |

Die Teilnahme an dem Festakt in der Urania Berlin ist pandemiebedingt nur mit Einlasskarten bzw. Zugangsberechtigung möglich. Ob die Veranstaltung in Präsenz durchgeführt werden kann und wie vielen Gästen der Zutritt möglich sein wird, kann aufgrund der Pandemie nur im Einklang mit den dann geltenden behördlichen Auflagen entschieden werden. Deshalb werden wir die Veranstaltung aufzeichnen und im Internet anbieten.

Bitte teilen Sie uns, spätestens bis zum **16. August 2021** auf beigefügtem Antwortformular mit, ob und wie Sie an der Veranstaltung teilnehmen möchten.

Ich freue mich darauf, Sie zu unserem Tag der Heimat 2021 – sei es in Präsenz oder virtuell – begrüßen zu können.

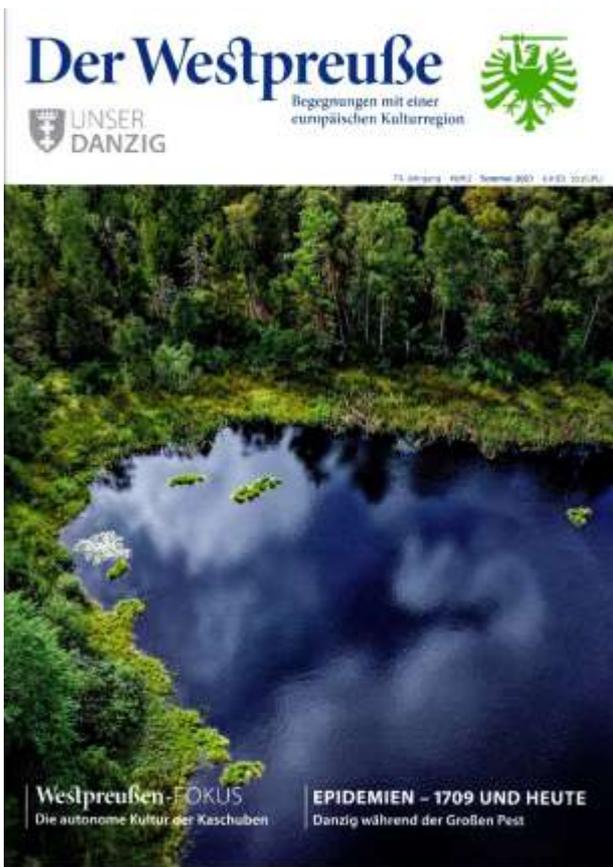
Mit besten Grüßen



Dr. Bernd Fabritius MdB

Anlagen Anmeldeformular

02) Aktuell: Der Westpreußen / Unser Danzig – in zwei Ausgaben



AUS DEM INHALT

VORWORT

1. Auf den Weg
2. Vorwort aus der Westpreußen-Kollegiale 2021

PROGRAMM

3. Bilanz aus der Distanz: ein Übung, Historisierung und Kritik

10-12. Mitgliederversammlung DER ANSCHEREN

AUSSTELLUNGEN UND LESUNGSGESCHEN

13. Das „Bücherei-Museum“ in Radkau

GESCHICHTE UND KULTUR

14. Epochen – Jenseits von Zeiten
15. Eine Gedichtsammlung – Anmerkungen zum Gedicht
16. Die „Kriegsberge“ in Danzig – Ein Rückblick auf die Wälder
17. Ein Brief von 1709: Die Anfänge der „Großen Pest“ in Danzig
18. „Die Pest“ – Zwischen Krieg und Frieden

POLITIK UND GESELLSCHAFT

19. Die „Kriegsberge“ – Ein Rückblick auf die Wälder
20. Die „Kriegsberge“ – Ein Rückblick auf die Wälder
21. Die „Kriegsberge“ – Ein Rückblick auf die Wälder
22. Die „Kriegsberge“ – Ein Rückblick auf die Wälder

KURZEN

23. Die „Kriegsberge“ – Ein Rückblick auf die Wälder

REZENSIONEN

24. Die „Kriegsberge“ – Ein Rückblick auf die Wälder

STREFA WOLNA OD 1945

34

37

38

Impressum

Herausgeber und Verlag: Westpreußische Gesellschaft - Landesratschaft Westpreußen e.V.
 Der Hofweg 1, 84167 Münster-Wallack
 Telefon 025 96 30 27 56, Fax 025 96 30 27 57
 Sperrkreis Münsterland Ost, Münster:
 ISBN: 978-3-905150-00-0 (DIN 10130)
 ISSN: 1611-0001

Redaktionsleiter, Abonnement-Verwaltung und Anzeigenverwaltung:
 Dr. Ingrid Schödel (in.schoedel@der-westpreu.de)
Redaktion:
 Prof. Dr. Odo Fischer (o.fischer@der-westpreu.de)
 Prof. Dr. Ingrid Schödel (in.schoedel@der-westpreu.de)
 Dr. Ingrid Schödel (in.schoedel@der-westpreu.de)
 Dr. Ingrid Schödel (in.schoedel@der-westpreu.de)
 Dr. Ingrid Schödel (in.schoedel@der-westpreu.de)
 Dr. Ingrid Schödel (in.schoedel@der-westpreu.de)

Korrespondenten und Korrespondenten:
 Peter Henning (p.henning@der-westpreu.de)
 Dr. Ingrid Schödel (in.schoedel@der-westpreu.de)
 Dr. Ingrid Schödel (in.schoedel@der-westpreu.de)
 Dr. Ingrid Schödel (in.schoedel@der-westpreu.de)

Druck- und Publikationsverlag:
 Der Westpreuße
 Mühlenstraße 1, 84167 Münster-Wallack
 Telefon 025 96 30 27 56, Fax 025 96 30 27 57
 ISSN: 1611-0001

E-Mail-Adresse der Redaktion für Leserschriften:
 in.schoedel@der-westpreu.de

Layout, Bildbearbeitung und Druckverlagsverwaltung:
 MEDIASPACE STÄTTGEN, KORNHORN, BIELEFELD

Vertrieb: Westpreußische Gesellschaft
 Mühlenstraße 1, 84167 Münster-Wallack
 ISSN: 1611-0001

Anlage: 1.000 Exemplare

Der Westpreuße / Begegnungen mit einer europäischen Kulturregion
 Abonnement: einschließlich des Monats (im März, Juni, September und Dezember). Der Bezugpreis beträgt halbjährlich oder jährlich € 18,- bzw. € 32,- sowie im Ausland jährlich € 40,-. Für Privatkunden im Ferngebiet bei Direktbezug ein Aufschlag von jährlich 80 Zent.
 Einzelhefte sind separat bei der Westpreußischen Landesratschaft Westpreußen, Der Hofweg 1, 84167 Münster-Wallack, erhältlich. Der Bezugpreis beträgt halbjährlich bzw. jährlich € 34,- bzw. € 72,-, im Ausland jährlich € 80,-. Für Privatkunden im Ferngebiet bei Direktbezug bzw. ebenfalls ein Aufschlag von jährlich 120 Zent.
 Die Heft- und mit 76 enthalten Bestellungen werden auf, die Bezug kann nur mit einer Frist von mindestens drei Monaten auf 400 oder zum Ende des Kalenderjahres gekündigt werden. Bei Nichtbezug des Heftes wird ein solches einseitig angelegte Anzeigen gegen den Verlag. Mit Namen oder Kürzel gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Falle die Meinung des Verlags oder der Redaktion wieder. Nachdruck nur mit Genehmigung des Verlags. - Zitiert gilt die Anzeigennummer für J.

Autorinnen und Autoren

Gabriele Engelhart – Studium der Geographie, Ethnologie und Volkswirtschaft in Hamburg mit Abschluss als Diplom-Geographin. Hauptberuflich Familienmanagerin, daneben seit 16 Jahren journalistische Tätigkeiten. Veröffentlichungen von zahlreichen Kurzgeschichten, Lyrik und acht Büchern, darunter im Harenberg-Verlag bzw. Rastenberg Verlag das Buch über Ostpreußen.

Hans Hansen studierte Volkswirtschaftslehre in Hamburg und General Management in Bad Homburg. In Berlin war er zuletzt tätig als Redakteur in einem großen Verlag. Er ist Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).

Dr. Magdalena Lerszyczyk – Soziologin, Assistenzprofessorin am Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau. Mitglied des Kaschubischen Instituts in Danzig. Ihre Forschungsinteressen sind Migrationssoziologie, Medienberichterstattung sowie qualitative Sozialforschung. Als Soziologin ist sie auch in der Fachzeitschrift *Language, Culture & Society* herausgegeben vom Interdisziplinären Zentrum für die Erforschung der Internationalen Sozialwissenschaftlichen Association.

Dr. Olivia Norowska ist Senior Lecturer am Institut für Geschichtswissenschaften und Europäische Ethnologie der Universität Innsbruck. zuvor lehrte und forschte sie an den Universitäten Münster und Mainz. Neben ihren Habilitationsschriften *Der gewalttätige Mensch. Psychologische Perspektiven auf die Kaschuben* gehören zu ihren aktuellen Forschungsschwerpunkten *Mausch-Urwerb*, *Berühmungen*, *Postkommunismus*, *Klimawandel* sowie *Stammung* als kulturanthropologische Kategorie. Sie ist Mitbegründerin der Österreichischen Zeitschrift für Volkskunde.

Magdalena Pawełczyk-Rybicka ist Doktorandin an der Fakultät für Geschichte der Universität Danzig. Ihre kulturwissenschaftlichen Forschungsinteressen richten sich vorwiegend auf Themen, die historisch in der 19. und 20. Jahrhundert regional im Gebiet der ehemaligen Preußen, West- und Ostpreußen angesiedelt sind. 2020 erschien im Grajewo ihre polnischsprachige Publikation zur Geschichte der Haffuhlen bis zum Jahre 1945.

Filip Schaffner ist nach seinem B.A.-Studium in Geschichte und Kulturwissenschaften (Geschichte, Soziologie, Osteuropäische Geschichte) Master-Studium der Geschichte an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Als wissenschaftliche Hilfskraft ist er seit 2017 am Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte (bei Prof. Dr. Hans-Jürgen Wewersberg) und seit 2018 auch am Lehrstuhl für Frühe Neuzeit sowie im SFB 135 „Dynamiken der Modernität“ (bei Prof. Dr. Hans Carl) tätig.

Angewandte Schödel studierte Germanistik, evangelische Theologie und Pädagogik, erwarb die Ausbildung zur Verlagskauffrau tätig an Gymnasiallehrerin an einer privaten Wirtschaftsschule. Seit 2010 ist sie Mitglied im Stiftungsrat der Kulturstiftung Westpreußen.

Der Westpreuße

Landsmannschaftliche Nachrichten



Beilage LN zu Heft 2 Sommer 2021 im 73. Jahrgang



„Der Hauptbahnhof.“

Inhalt

- 1. WISSEN**
- 2. **WISSEN**
- 3. **WISSEN**
- 4. **WISSEN**
- 5. **WISSEN**
- 6. **WISSEN**
- 7. **WISSEN**
- 8. **WISSEN**
- 9. **WISSEN**
- 10. **WISSEN**
- 11. **WISSEN**
- 12. **WISSEN**
- 13. **WISSEN**
- 14. **WISSEN**
- 15. **WISSEN**
- 16. **WISSEN**
- 17. **WISSEN**
- 18. **WISSEN**
- 19. **WISSEN**
- 20. **WISSEN**
- 21. **WISSEN**
- 22. **WISSEN**
- 23. **WISSEN**
- 24. **WISSEN**
- 25. **WISSEN**
- 26. **WISSEN**
- 27. **WISSEN**
- 28. **WISSEN**
- 29. **WISSEN**
- 30. **WISSEN**
- 31. **WISSEN**
- 32. **WISSEN**
- 33. **WISSEN**
- 34. **WISSEN**
- 35. **WISSEN**
- 36. **WISSEN**
- 37. **WISSEN**
- 38. **WISSEN**
- 39. **WISSEN**
- 40. **WISSEN**
- 41. **WISSEN**
- 42. **WISSEN**
- 43. **WISSEN**
- 44. **WISSEN**
- 45. **WISSEN**
- 46. **WISSEN**
- 47. **WISSEN**
- 48. **WISSEN**
- 49. **WISSEN**
- 50. **WISSEN**
- 51. **WISSEN**
- 52. **WISSEN**
- 53. **WISSEN**
- 54. **WISSEN**
- 55. **WISSEN**
- 56. **WISSEN**
- 57. **WISSEN**
- 58. **WISSEN**
- 59. **WISSEN**
- 60. **WISSEN**
- 61. **WISSEN**
- 62. **WISSEN**
- 63. **WISSEN**
- 64. **WISSEN**
- 65. **WISSEN**
- 66. **WISSEN**
- 67. **WISSEN**
- 68. **WISSEN**
- 69. **WISSEN**
- 70. **WISSEN**
- 71. **WISSEN**
- 72. **WISSEN**
- 73. **WISSEN**
- 74. **WISSEN**
- 75. **WISSEN**
- 76. **WISSEN**
- 77. **WISSEN**
- 78. **WISSEN**
- 79. **WISSEN**
- 80. **WISSEN**
- 81. **WISSEN**
- 82. **WISSEN**
- 83. **WISSEN**
- 84. **WISSEN**
- 85. **WISSEN**
- 86. **WISSEN**
- 87. **WISSEN**
- 88. **WISSEN**
- 89. **WISSEN**
- 90. **WISSEN**
- 91. **WISSEN**
- 92. **WISSEN**
- 93. **WISSEN**
- 94. **WISSEN**
- 95. **WISSEN**
- 96. **WISSEN**
- 97. **WISSEN**
- 98. **WISSEN**
- 99. **WISSEN**
- 100. **WISSEN**

vorab



100 Jahre Danziger Freiheit

Die Danziger Freiheit ist ein wichtiges Ereignis in der Geschichte der Stadt Danzig. Sie wurde am 11. November 1918 proklamiert und markiert den Beginn der Selbstverwaltung der Stadt. In diesem Heft werden die Ereignisse rund um die Danziger Freiheit dargestellt, von den ersten Schritten zur Selbstverwaltung bis hin zu den heutigen Tagen. Die Danziger Freiheit ist ein Symbol für Demokratie und Selbstbestimmung.

100 Jahre Danziger Freiheit

Die Danziger Freiheit ist ein wichtiges Ereignis in der Geschichte der Stadt Danzig. Sie wurde am 11. November 1918 proklamiert und markiert den Beginn der Selbstverwaltung der Stadt. In diesem Heft werden die Ereignisse rund um die Danziger Freiheit dargestellt, von den ersten Schritten zur Selbstverwaltung bis hin zu den heutigen Tagen. Die Danziger Freiheit ist ein Symbol für Demokratie und Selbstbestimmung.

100 Jahre Danziger Freiheit

Die Danziger Freiheit ist ein wichtiges Ereignis in der Geschichte der Stadt Danzig. Sie wurde am 11. November 1918 proklamiert und markiert den Beginn der Selbstverwaltung der Stadt. In diesem Heft werden die Ereignisse rund um die Danziger Freiheit dargestellt, von den ersten Schritten zur Selbstverwaltung bis hin zu den heutigen Tagen. Die Danziger Freiheit ist ein Symbol für Demokratie und Selbstbestimmung.

100 Jahre Danziger Freiheit

Die Danziger Freiheit ist ein wichtiges Ereignis in der Geschichte der Stadt Danzig. Sie wurde am 11. November 1918 proklamiert und markiert den Beginn der Selbstverwaltung der Stadt. In diesem Heft werden die Ereignisse rund um die Danziger Freiheit dargestellt, von den ersten Schritten zur Selbstverwaltung bis hin zu den heutigen Tagen. Die Danziger Freiheit ist ein Symbol für Demokratie und Selbstbestimmung.



Landsmannschaft Schlesien



Nieder- und Oberschlesien Landesgruppe Berlin/Mark Brandenburg e. V.

Herausgeber: Landsmannschaft Schlesien - Nieder- und Oberschlesien, Landesgruppe Berlin/Mark Brandenburg e.V.,
Brandenburgische Str. 24, 12167 Berlin-Steglitz – Bürozeit: Donnerstag 14.00 – 17.00 Uhr und nach Vereinbarung

02) Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V. Berlin-Brandenburg vervollständigt Vorstand durch Briefwahl

Die Landsmannschaft hat mit einer schriftlichen Wahl ihren Vorstand wieder vervollständigen können. Die Briefwahl war vom Amtsgericht angeordnet worden, nachdem die bisherige stv. Vorsitzende Frau M. Peters zurückgetreten war und Ihren Rücktritt dem Amtsgericht mitgeteilt hatte.

Der Vorstand setzt sich nunmehr wie folgt zusammen:

Bernd Schmieder, Vorsitzender,
Thomas Ruschin, 1. Stv. Vorsitzender,
David Peixoto, 2. Stv. Vorsitzender
Marcus Lausch, Schatzmeister

Wir konnten leider nicht mehr erfahren!

Die Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e. V. Berlin-Brandenburg arbeitet in Bürogemeinschaft mit uns.

Diese Seiten sind im Aufbau! Wir sind auf Ihre Mitarbeit angewiesen. Wir können uns vorstellen, dass auch weitere landsmannschaftliche Gliederungen eine Plattform in unserem AWR erhalten. Der Vorteil: Unser AWR ist durch seine Erscheinungsweise hochaktuell!

**A. j) Plattform des Arbeitskreises für landsmannschaftliche
ostdeutsche Heimatkreise (Historisches Ostdeutschland und
östliches Mitteleuropa)**

Seiten 367 - 377



Heimatkreis Wirsitz

Kom. Heimatkreisvertreter: Frank-Rainer Seelert
Lange Straße 6 27211 Bassum
Tel.: 04241-970350 Mobil-Telefon: 0178-6393122 E-Mail: frank.seelert@t-online.de

01) Einladung zur 30. Weißenhöher Himmelfahrt, 24. bis 31. Juli 2021



Senioren pension Haus Anna-Charlotte
ul. Strzelecka 21 89-340 Białośliwie Polen

Frank-Rainer Seelert
Mehrgenerationeninitiative Natissis
Lange Str. 6
27211 Bassum
Tel.: 04241-970350
E-Mail.: frank.seelert@t-online.de

01) 30. Weißenhöher Himmelfahrt, 24. bis 31. Juli 2021

leider mussten wir auch in diesem Jahr den Termin der 30. Weißenhöher Himmelfahrt wegen der Covid-19 Pandemie verschieben und freuen uns nunmehr herzlich zur 30. Weißenhöher Himmelfahrt einzuladen.

Leitung: Frank-Rainer Seelert, Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke, Diplom-Biologin Marlies Rother

Vorgesehenes Programm:

- Änderungen vorbehalten -

Sonnabend 24.07.2021

19:00 – 20:00 Uhr
ab 20:00 Uhr

Anreise

Abendbrot
Begrüßung und Vorstellung der Teilnehmer
Der Heimatkreis Wirsitz und seine Nachbarkreise –
Perspektiven für
die Zukunft

Sonntag 25.07.2021 **Weißenhöhe und Wirsitz**

08:30 - 09:15 Uhr Frühstück
09:30 – 12:00 Uhr Rundgang durch Weißenhöhe (u.U. Besuch der Werkstatt der
Wirsitzer Kleinbahn mit Bahnfahrt)
12:00 – 14:00 Uhr Mittagspause
14:00 - 17:00 Uhr Freilichtmuseum in Netztal
18:30 – 20:00 Uhr Abendbrot

Montag 26.07.2021 **Weißenhöhe**

08.30 – 09:15 Uhr Frühstück
09:30 – 11.00 Uhr Vortrag Reinhard M. W. Hanke: Hermann Löns – geboren
in Culm,
Kindheits- und Jugendzeit in Deutsch Krone
12:00 – 14:00 Uhr Mittagspause
15:00 – 17:00 Uhr Waldspaziergang in Weißenhöhe
18:30 – 19:30 Uhr Abendbrot
Ab 20:00 Uhr Vortrag Frank-Rainer Seelert: Kurt Schumacher,
geb.1895 in Culm

Dienstag 27.07.2021 **Graudenz und Kulm**

08:00 - 09:00 Uhr Frühstück
09:15 –18:00 Uhr Tagesfahrt nach Kulm (Führung: R. Hanke) und Graudenz
(
19:00 – 20:00 Uhr Abendbrot
Ab 20:30 Uhr Gespräche unter den Teilnehmern

Mittwoch, 28.07.2021 **Die Kulturlandschaft des Netzetales / Museum
Schneidemühl**

08:00 – 09:00 Uhr Frühstück
09:15 – 13:00 Uhr Entdeckungen in den Altkreisen Wirsitz und Zempelburg
13:00 - 14:00 Uhr Mittagspause
14:30 – 17:30 Uhr Botanische Entdeckungen im Netze-Tal
Diplom-Biologin Marlies Rother (angefragt) mit Mittags-
Picknick
18.00 - 19:00 Uhr Abendbrot
19.15 Uhr PKW-Abfahrt nach Schneidemühl
20.00 Uhr Abendvortrag im Kreismuseum Schneidemühl
mit Dr. Jaroslaw Rola/Schneidemühl:
"Neue archäologische Entdeckungen im Großraum
Schneidemühl"

Donnerstag 29.07.2021 **Thorn mit Stadtführung**

08:00 – 09:00 Uhr Frühstück
09:15 – 18:00 Uhr Besuch der Stadt Thorn: Stadtführung (Ltg.: R. Hanke)

Freitag 30.07.2021 **Schneidemühl**

08.00 – 09.00 Uhr Frühstück
09.30 Abfahrt nach Schneidemühl
10:00 – 13:00 Uhr Treffen mit Angehörigen der Gruppe der Deutschen
Minderheit
(verbunden mit Stadtführung)
13:00 : 14:30 Uhr Mittagspause in Weißenhöhe
14:30 – 18:00 Uhr Nachmittag im Haus Anna-Charlotte
Ab 19:00 Uhr Grillabend mit Gesang

Sb, 31.07.2021 **Heimreise**

Ab 09:00 Uhr Rückfahrt bis Königs Wusterhausen (Essen) usw.

Seite 369 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 793 vom 01.07.2021

Teilnehmerbeitrag: € 259,00 bei eigener Anreise inkl. Übernachtung/Frühstück (im Seniorenhaus Anna-Charlotte oder in einer Pension in Weißenhöhe) im Doppelzimmer, Einzelzimmerzuschlag € 85,00. Hin- und Rückfahrt ab Königswusterhausen: ca. € 135,00. **Andere Abfahrtsorte auf Anfrage.** Die Ausflüge sind im Reisepreis enthalten, ausgenommen sind Eintrittsgelder und die Fahrt mit der Wirsitzer Kreisbahn. Die Mahlzeiten im Seniorenhaus Anna-Charlotte kosten 45 Zloty (z.Zt. ca € 10,00), in Restaurants ca. 60 bis 70 Zloty (z.Zt. € 13,00 bis € 15,00).

Reisebedingungen: Bitte beachten Sie: Sie müssen einen gültigen Personalausweis oder Reisepass mit sich mitführen. Ein Covid-19-Test ist zur Zeit nicht erforderlich. Falls Sie bereits 2 Covid-19 Impfungen erhalten haben, nehmen Sie bitte Ihren Impfpass mit. Ich empfehle den Abschluss einer Auslandsreiseversicherung. Die Teilnahme erfolgt auf eigenes Risiko. Von den Veranstaltern wird keine Haftung für Schäden jeglicher Art übernommen, soweit sie auf Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit beruhen. Dies gilt auch für die Sponsoren, die betroffenen Gemeinden und die Besitzer privater Gebäude, Wege bzw. deren Vertreter. Dies gilt auch für abhanden gekommene Wertsachen, Bekleidungsstücke und andere Gegenstände. Das Betreten von Parks und Wäldern sowie des Netze-Tals erfolgt grundsätzlich auf eigene Gefahr. Wir weisen ausdrücklich auf die Gefahren abseits der Wege hin, z.B. abgestorbene oder kranke Bäume und Äste, Wurzeln, Steine, Gewässer, Insekten, giftige Pflanzen. Eine Verkehrssicherungspflicht der Veranstalter abseits von Wegen besteht nicht. Jeder Teilnehmer wird darauf hingewiesen, dass er für sich selbst verantwortlich ist. Die Veranstalter übernehmen keinerlei Haftung. Die Veranstalter können bei Vorliegen wichtiger Gründe dem Teilnehmer einen Platzverweis erteilen.

Anmeldungen bitte an Frank-Rainer Seelert, Lange Str. 6, 27211 Bassum, Tel.: 04241-970350 oder 0178-6393122.

Mit freundlichen Grüßen

Frank-Rainer Seelert

ANMELDUNG

Herrn
Frank-Rainer Seelert
Lange Str. 6
27211 Bassum

Hiermit melde ich mich (uns) zur 30. Weißenhöher Himmelfahrt vom 25.07. bis 31.07.2020 an.

Name, Vorname(n), Geburtstag

Anschrift und Rufnummer

Zusammen mit mir melde ich folgende Teilnehmer verbindlich an:

1. _____
Name, Vorname(n), Geburtsdatum

2. _____
Name, Vorname(n), Geburtsdatum

3. _____
Name, Vorname(n), Geburtsdatum

Ich reserviere ____ Doppelzimmer ____ Einzelzimmer (bitte Anzahl eintragen)

Ich habe folgende Wünsche/Anregungen:

Bitte Ihre Wünsche eintragen

Eigene Anreise oder

Gewünschter Abfahrtsort: _____

Meine Anmeldung ist verbindlich. Die im Anschreiben (der Einladung) genannten Reisebedingungen erkenne ich an. Eine kostenlose Stornierung ist bis zum 10. Juli 2021 möglich, danach fallen Stornierungskosten in Höhe von € 50,00 an.

Ort/Datum

Unterschrift



Seniorenhaus Anna-Charlotte
ul. Strzelecka 21 89-340 Bialośliwie Polen

Mehrgenerationeninitiative Natissis
Frank-Rainer Seelert

Lange Str. 6 27211 Bassum
Tel.: 04241-970350
Mobiltelefon: 0178 6393122
E-Mail.: frank.seelert@t-online.de

02) Sommertage an Netze und Brahe mit einem „Kleinen Treffen“.
14. bis 21.08.2021

Liebe Heimatfreunde,

leider konnten in diesem Jahr viele geplante Treffen nicht stattfinden. Ich freue mich daher umso mehr Sie heute zu einem kleinen, nicht offiziellen Treffen bzw. zu einem „Ausflug“ in die Heimat einladen zu können. Ich habe ein, wie ich denke, interessantes Programm zusammengestellt und hoffe, dass die Covid-19 Pandemie uns ein halbwegs „normales“ Treffen unter Beachtung der geltenden Vorschriften ermöglicht.

Das Seniorenhaus Anna-Charlotte ist seit 1990 ein beliebter Treffpunkt von Landsleuten in der Heimat. Am 29. Mai wurde vom RBB Fernsehen eine Reportage über das Seniorenhaus Anna-Charlotte und die deutsch-polnische Familiengeschichte gesendet.

Vorgesehenes Programm:

Leitung: Sibylle Dreher und Frank-Rainer Seelert

Sa, 14.08.2021

ab 15:00 Uhr

ab 19:00 Uhr

Anreise

Anreise, Kaffee und ca. 18.00 Uhr Abendessen

Begrüßung und Vorstellung der Teilnehmer

Arbeit für die Heimat – Perspektiven für die Zukunft

So, 15.08.2021

09:00 – 12:00 Uhr

13:00 Uhr

15:00 Uhr

18:00 Uhr

Schneidemühler Ständchen

Begrüßung von offiziellen Gästen

Frühstück und Frühschoppen im Garten des Seniorenhauses

Fahrt mit der Wirsitzer Kreisbahn (Museumseisenbahn)

Gemeinsames Mittagessen

Nachmittagskaffee mit Kuchen

Schneidemühler Ständchen mit dem Chor der Deutschen Sozial-
Kulturellen Gesellschaft aus Schneidemühl/*Piła*

Gemeinsames Abendessen, bei gutem Wetter mit dem traditionellen
„Weißenhöher Grillabend“

Mo, 16.08.2021 **Flatow**

09:00 – 18:00 Uhr Wir fahren in die Stadt Flatow/*Złotów*, Besuch des Museums, Stadtrundgang und Fahrt durch den Landkreis.
Vortrag: „Erinnerungen an ein Leben zwischen Polen und Deutschland aus den Aufzeichnungen des Wirsitzer/Flatower Kaufmanns Feodor Seelert“ sowie ein Kurzvortrag von Berthold Seelert: „Wie ich zum Heimatkreis Wirsitz kam“ *).
19:00 Uhr Gemeinsames Abendessen im Seniorenhaus Anna-Charlotte

Di, 17.08.2021 **Heimattag**

09:00 – 18:00 Uhr Wir organisieren einen Besuch Ihres Heimatortes, **bitte geben Sie ihre Wünsche unbedingt bei der Anmeldung an!**

Mi, 18.08.2021 **Potulitz, Bromberg**

09:30 – 18:00 Uhr Unser traditioneller Ausflug nach Bromberg... In Potulitz/*Potulice* Gedenken an die Opfer beider Nationen von dort Weiterfahrt nach Bromberg mit Stadtführung, Besuch des Museums in den Speichern an der Brahe, Mittagessen im Restaurant auf der Mühleninsel, Gedenken an Wilfried Samel, Heimatkreisvertreter Bromberg-Stadt und einer der Gründungsväter der Partnerschaft Wilhelmshaven – Bromberg/*Bydgoszcz*. Wir legen ein Gesteck an die zu seinen Ehren von der Stadt Bromberg/*Bydgoszcz* gepflanzte Eiche.
19:00 Uhr: Gemeinsames Abendessen im Seniorenhaus Anna-Charlotte
ab 20:00 Uhr Gespräche unter den Teilnehmern **)

Do, 19.08.2021 **Wir gehen aus... (Teil 1): Wirsitz - Zempelburg**

09.00 – 18:00 Uhr Rundfahrt (Tagesfahrt) durch die Kreise Wirsitz/*Wyrzysk*, und Zempelburg/*Sępólno Krajeńskie* mit allerlei Sehenswürdigkeiten
19:00 Uhr: Gemeinsames Abendessen im Seniorenhaus Anna-Charlotte
ab 20:00 Uhr: Gespräche unter den Teilnehmern **)

Fr, 20.08.2021 **Wir gehen aus... (Teil 2): Schneidemühl – Schönlanke**

09:00 Uhr Rundfahrt durch den Kreis Schneidemühl/*Piła* und den Netzekreis
18:00 Uhr Abschlussabend im Seniorenhaus Anna-Charlotte

Sa, 21.08.2021 **Heimreise**

09.00 Uhr Rückfahrt

*) Berthold Seelert wurde am 5. Oktober 2007 geboren, ist jüngstes Mitglied des Heimatkreises Wirsitz und hielt bereits Kurzvorträge zu verschiedenen Themen bei den Wirsitzer Treffen

***) Gespräche/Diskussionen über aktuelle Themen und Erlebnisse des jeweiligen Tages.

Teilnehmerbeitrag: € 350,00 bei eigener Anreise inkl. Übernachtung/Frühstück (im Seniorenhaus Anna-Charlotte oder in einer Pension in Weißenhöhe/Bialosliwie) im Doppelzimmer, Einzelzimmerzuschlag € 85,00. Hin- und Rückfahrt ab Bremen/Bassum und dem „Berliner Umland“ zwischen Magdeburg und Frankfurt/Oder: ca. € 155,00. Bei Bedarf können wir auch ein zweites Fahrzeug über Hamburg, Lübeck, Rostock einsetzen. Die Ausflüge sind im Reisepreis enthalten, ausgenommen sind Eintrittsgelder und die Fahrt mit der Wirsitzer Kreisbahn. Die Mahlzeiten im Seniorenhaus Anna-Charlotte kosten 45 Zloty (z.Zt. ca € 10,00), in Restaurants ca. 60 bis 70 Zloty (z.Zt. € 13,00 bis € 15,00).

Reisebedingungen: Bitte beachten Sie: Sie müssen einen gültigen Personalausweis oder Reisepass mit sich mitführen. Ein Covid-19-Test ist zur Zeit nicht erforderlich. Falls Sie bereits 2 Covid-19 Impfungen erhalten haben nehmen Sie bitte Ihren Impfpass mit. Ich empfehle den Abschluss einer Auslandsreiseversicherung. Die Teilnahme erfolgt auf eigenes Risiko. Von den Veranstaltern wird keine Haftung für Schäden jeglicher Art übernommen, soweit sie nicht auf Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit beruhen. Dies gilt auch für die Sponsoren, die betroffenen Gemeinden und die Besitzer privater Gebäude, Wege bzw. deren Vertreter. Dies gilt auch für abhanden gekommene Wertsachen, Bekleidungsstücke und andere Gegenstände. Das Betreten von Parks und Wäldern sowie des Netze-Tals erfolgt grundsätzlich auf eigene Gefahr. Wir weisen ausdrücklich auf die Gefahren abseits der Wege hin, z.B. abgestorbene oder kranke Bäume und Äste, Wurzeln, Steine, Gewässer, Insekten, giftige Pflanzen. Eine Verkehrssicherungspflicht der Veranstalter abseits von Wegen besteht nicht. Jeder Teilnehmer wird darauf hingewiesen, dass er für sich selbst verantwortlich ist. Der Veranstalter übernimmt keinerlei Haftung.

Anmeldungen bitte an Frank-Rainer Seelert, Lange Str. 6, 27211 Bassum, Tel.: 04241-970350 oder 0178-6393122.

Mit freundlichen Grüßen

Frank-Rainer Seelert

ANMELDUNG

Herrn
Frank-Rainer Seelert
Lange Str. 6
27211 Bassum

Hiermit melde ich mich (uns) zu den „Sommertagen an Netze und Brahe“ vom 14.08. bis 21.08.2020 an.

Name, Vorname(n), Geburtstag

Anschrift und Rufnummer

Zusammen mit mir melde ich folgende Teilnehmer verbindlich an:

1. _____
Name, Vorname(n), Geburtsdatum

2. _____
Name, Vorname(n), Geburtsdatum

3. _____
Name, Vorname(n), Geburtsdatum

Ich reserviere ____ Doppelzimmer ____ Einzelzimmer (bitte Anzahl eintragen)

Ich habe folgende Wünsche/Anregungen:

Bitte Ihre Wünsche eintragen

Eigene Anreise oder

Gewünschter Abfahrtsort: _____

Meine Anmeldung ist verbindlich. Die im Anschreiben (der Einladung) genannten Reisebedingungen erkenne ich an. Eine kostenlose Stornierung ist bis zum 1. Juli 2021 möglich, danach fallen Stornierungskosten in Höhe von € 50,00 an.

Ort/Datum

Unterschrift



Herzlich Willkommen beim Heimatkreis Schneidemühl e.V.

<http://www.schneidemuehl.net/vorstand.html>

03) Heimatkreis Schneidemühl: Patenschaftstreffen in Cuxhaven abgesagt

Liebe Schneidemühlerinnen, liebe Schneidemühler,
liebe Bezieher des Schneidemühler Heimatbriefes,

hier nun die amtliche Mitteilung, auch auf Anraten unserer Patenstadt Cuxhaven, dass unser diesjähriges Patenschaftstreffen Ende August 2021, einschließlich der Mitgliederversammlung, wegen der Corona-Pandemie, nicht stattfinden kann.

So müssen wir uns damit abfinden und hoffen, dass wir im nächsten Jahr, Ende August 2022, auch noch fit genug sind, und eine Fahrt nach unserer Patenstadt Cuxhaven machen können.

Nun wünsche ich den Schneidemühler Landsleuten und auch unserer Patenstadt Cuxhaven alles Gute, bleiben sie munter und vor allem bleiben sie gesund.

Es grüßt im Namen des Vorstandes herzlich und in heimatlicher Verbundenheit Horst Vahldick.



Patenstadt
Cuxhaven

Schneidemühler Heimathrief

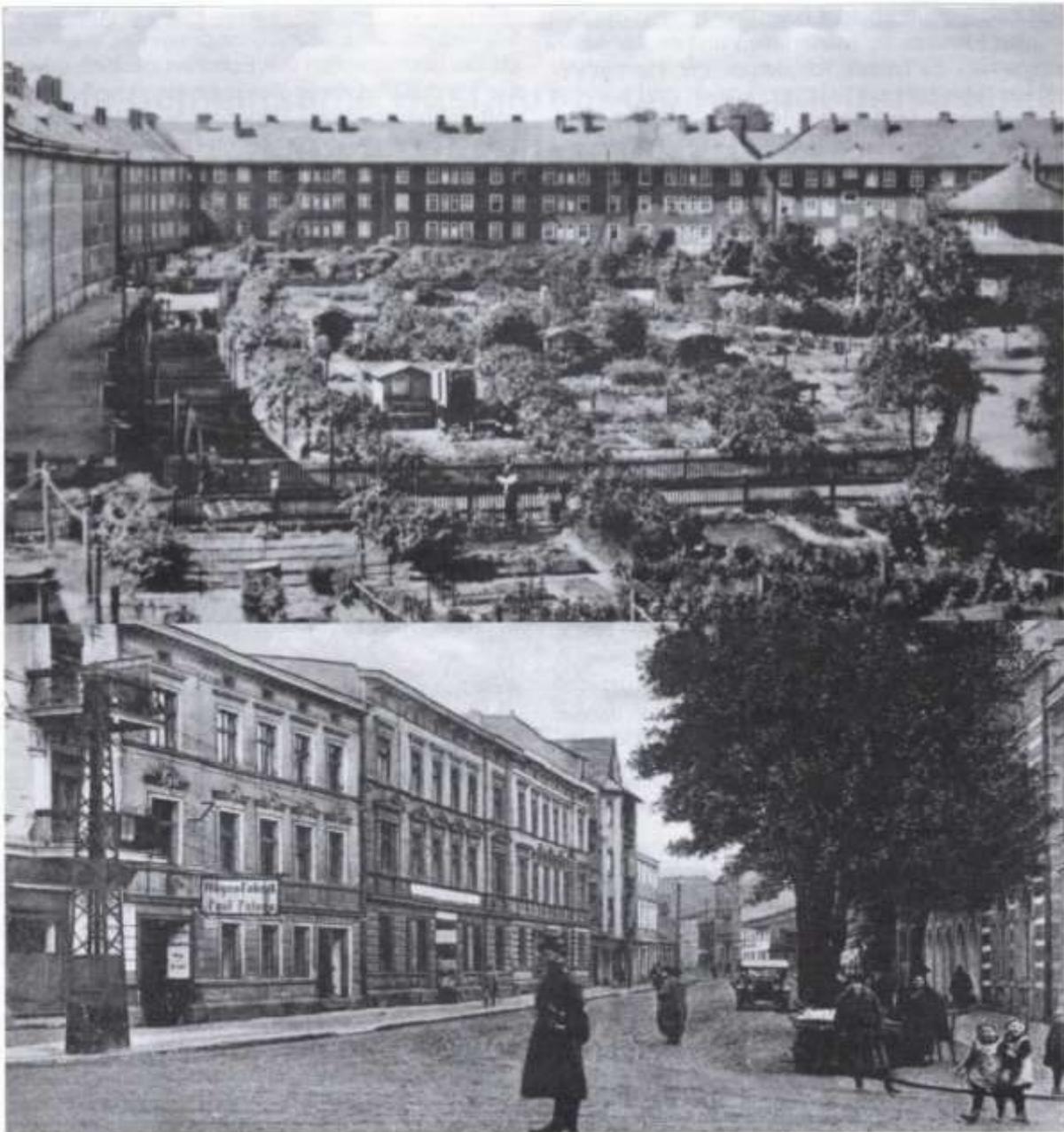


Schneidemühl

508 Jahre Schneidemühl 1513 – 2021

Herausgeber: Heimatkreis Schneidemühl e.V.

16. Jahrgang, 3. Ausgabe Mai/Juni 2021



Schneidemühl Ring und Breite Straße

Editorial

Sehr geehrte Leser des Heimatbriefs, liebe Landsleute,

im Monat Mai ist noch – und immer wieder – an das Kriegsende 1945 zu erinnern, da wir ja in den Strang der Geschichte eingebunden sind und bei genauerem Hinsehen auch erkennen können wie die Ereignisse von damals fortwirken. Diese Erinnerungstraditionen pflegten und pflegen in Ost oder West verschiedene Sichtweisen, die heute nur schwer und langsam zu korrigieren sind. Es ist also nicht damit getan, betont oder unreflektiert die eingeübten Phrasen zu wiederholen und sie für wahrheitsgemäß zu halten. Ich denke, der Heimatbrief hat hier ebenso sein Betätigungsfeld und kann in bescheidenem Maße zur Aufklärung und Wissensvermittlung beitragen, denn wir Vertriebenen tragen in besonderer Weise an diesem Schicksal und haben somit die Aufgabe, die komplexe Geschichte des deutschen Volkes aus Sicht Betroffener darzustellen, so wie es Frau Wydra beispielhaft in der Fortsetzung ihres Berichts „Als es dunkel wurde in der Welt“ deutlich macht.

In diesem HB beschäftigt unseren Schneidemühl-Chronisten ein sehr emotionales Thema: Die letzten Tage des alten Schneidemühl. Es ist allen Freunden unserer Heimat empfohlen den Bericht des Arztes Stukowski noch einmal zu lesen. Diejenigen, die diese Tage und Wochen erlebten und sich erinnern können, aber auch die später Geborenen, bekommen eine Vorstellung von den zerstörenden

Kräften von Kriegen. Damit sind nicht nur die Verrichtungen materieller und wirtschaftlicher Güter gemeint sondern auch die des Lebens, von Familie und Freundschaften – und in diesem Falle, des Zweiten Weltkrieges, auch das Beseitigen von Kultur und Geschichte. Großflächig wurden die ostdeutschen Provinzen möglichst weitgehend von deutscher Lebensart „gesäubert“ und räuberisch in Besitz genommen. Umso erfreulicher ist, dass nach Jahrzehnten sich jüngere Menschen finden, welche den Lauf der Geschichte einer Prüfung unterziehen, um dadurch die Erfahrung zu gewinnen, wie ideologische Bedingtheiten der Epochen deutlich erkennbar werden. Auf diese Weise entstanden Austausch und freundschaftliche Begegnungen. Das lässt auf bessere und ehrlichere Zeiten hoffen. Das dies ein Prozess ist und somit Ausdauer und immer erneute Bereitschaft zum oft schmerzlichen Eingeständnis von Irrungen bedeutet aber auch eine freudige Erkenntnis neuer, genauerer Sichtweisen ermöglicht, sollte uns im Streben befügeln.

Liebe Leser, bleiben Sie in der von Ängsten geprägten Gegenwart körperlich und geistig aktiv, lassen Sie sich nicht entmutigen. Bleiben Sie in regem Austausch mit Ihren Lieben, achten Sie auf eine gesunde Kost. Ich möchte Ihnen zurufen: Leben Sie gesund! – das ist die ermunternde, fordernde Variante zum altbekannten, eher passiven Gruß: Bleib gesund!

Herzlich grüßt Ihr Manfred Dosdall

Impressum

Der Schneidemühler Heimatbrief ist das Organ des Heimatkreises Schneidemühl e.V.
Abendrothstraße 16, 27474 Cuxhaven

Vorsitzender
Horst Vahldick
Richard-Wagner-Str. 6
23556 Lübeck
Telefon: 0451/476009

Schriftleitung
Manfred Dosdall (md)
Münchehofer Str. 1a
15374 Müncheberg
Telefon: 033432/71505
mdosdall@freenet.de

Redaktionsschluss
jeweils am 1. des Vormonates. Alle
Einsender erklären sich einer evtl.
notwendigen redaktionellen
Bearbeitung ihrer Beiträge durch die
Redaktion einverstanden.

Gestaltung
Christian Sender
Zu den Höfen 2
31691 Seggebruch
E-Mail: heimatbrief.schneidemuehl
@gmail.com

Bezieherkartei - Rückfragen
Rosemarie Pohl
Hebbelstraße 2
49716 Meppen
Telefon: 05931/12424
Mobil: 0157 882-39 228
Email: rospohl36@gmail.com

Druck
Druckerei GmbH Carl Küster
Dieterichsstraße 35a, 30159 Hannover
Telefon: 0511/321107

Bezugspreis Heimatbrief
Jahresabonnement 25,00 € bei 6
Ausgaben
Das Bezugsgeld ist im Voraus zu
überweisen

Bankverbindung
Empfänger: Heimatkreis
Schneidemühl e.V.
BIC: BRLADE21CUX, Stadtparkasse
Cuxhaven
IBAN: DE76 2415 0001 0000 1953 13

Familienanzeigen
Gegen eine Spende

Der Heimatbrief ist überparteilich und überkonfessionell.

Diese Seiten sind im Aufbau! Wir sind auf Ihre Mitarbeit angewiesen. Wir können uns vorstellen, dass auch weitere landsmannschaftliche Gliederungen eine Plattform in unserem AWR erhalten. Der Vorteil: Unser AWR ist durch seine Erscheinungsweise hochaktuell!



Literaturforum im Brecht-Haus Berlin

Chausseestraße 125, 10115 Berlin

<https://www.google.com/maps/place/Literaturforum+im+Brecht-Haus/@52.5289772,13.3826518,17z/data=!3m1!4b1!4>

01) Otto

Lesung von Dana von Suffrin im Rahmen unseres Jahresthemas 2021: »Literarische Landschaften im östlichen Europa« und im Rahmen der Lesereihe »Unerhörte Familiengeschichten aus dem östlichen Europa«

<https://kulturforum.info/de/termine-main-menu/veranstaltungen/1023559-otto>

Sonnabend, 03. Juli 2021, 19:00 Uhr

Eintritt: 5,00 Euro, ermäßigt 3,00 Euro

Nicht barrierefrei!



Collage aus Buchcover und Autorenfoto Dana von Suffrin.- Foto: © Gerald von Foris

»In ihrem Romandebüt erzählt Dana von Suffrin, was es heißt, wenn ein starrköpfiger jüdischer Familienpatriarch zum Pflegefall wird. Und wie schwer es fällt, von einem Menschen Abschied zu nehmen, den man sein ganzes Leben eigentlich loswerden wollte.

Für sein Umfeld war Otto, der pensionierte Ingenieur, schon immer eine Heimsuchung. Aber als er aus dem Krankenhaus zurückkehrt, ist alles noch viel schlimmer. Nach wie vor ist er aufbrausend, manipulativ, distanzlos und von wahnwitzigen Einfällen beseelt – aber jetzt ist er auch noch pflegebedürftig. Seinen erwachsenen Töchtern macht er unmissverständlich klar: Ich verlange, dass ihr für mich da seid. Und zwar immer! Für Timna und Babi beginnt ein Jahr voller unerwarteter Herausforderungen, aber auch der Begegnung mit der eigenen Vergangenheit und Familiengeschichte, die so schräg ist, dass Außenstehende nur den Kopf schütteln können.

Klug, liebevoll und mit sehr viel schwarzem Humor erzählt Dana von Suffrin, wie Timna versucht, ihre dysfunktionale Familie zusammenzuhalten, ohne selbst vor die Hunde zu gehen. *Otto* ist Hommage und zugleich eine Abrechnung mit einem Mann, in dessen jüdischer Biografie sämtliche Abgründe des 20. Jahrhunderts aufscheinen.«
(Quelle: [Verlag Kiepenheuer & Witsch](#))

Grußwort

MinDirig. Winfried Smaczny, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Kulturforums östliches Europa

Moderation

Dr. Ingeborg Szöllösi, Länderreferentin Südosteuropa beim Deutschen Kulturforum

Dana von Suffrin wurde 1985 in München geboren. Sie studierte Politikwissenschaft, Neuere und Neueste Geschichte und Komparatistik in München, Neapel und Jerusalem. Seit 2009 ist sie Museums- und Stadtführerin in München. 2017 Promotion mit einer Arbeit zur Rolle von Wissenschaft und Ideologie im frühen Zionismus, seitdem Postdoc an der LMU. Sie lebt in München.

Eine Veranstaltung im Rahmen unseres [Jahresthemas 2021: Literarische Landschaften im östlichen Europa](#). Außerdem gehört die Veranstaltung zur Lesereihe [Unerhörte Familiengeschichten aus dem östlichen Europa](#), die das Deutsche Kulturforum ursprünglich von Januar bis April 2020 durchführen wollte – aufgrund der Corona-Pandemie mussten einige Termine in den Juli 2021 verschoben werden.

Das Kulturforum wird gefördert von der [Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien](#)

02) Letzte Fahrt nach Königsberg

Lesung von Ulrich Trebbin im Rahmen unseres Jahresthemas 2021: »Literarische Landschaften im östlichen Europa« und im Rahmen der Lesereihe »Unerhörte Familiengeschichten aus dem östlichen Europa«

<https://kulturforum.info/de/termine-main-menu/veranstaltungen/1023560-letzte-fahrt-nach-koenigsberg>

Sonnabend, 10. Juli 2021, 19:00 Uhr

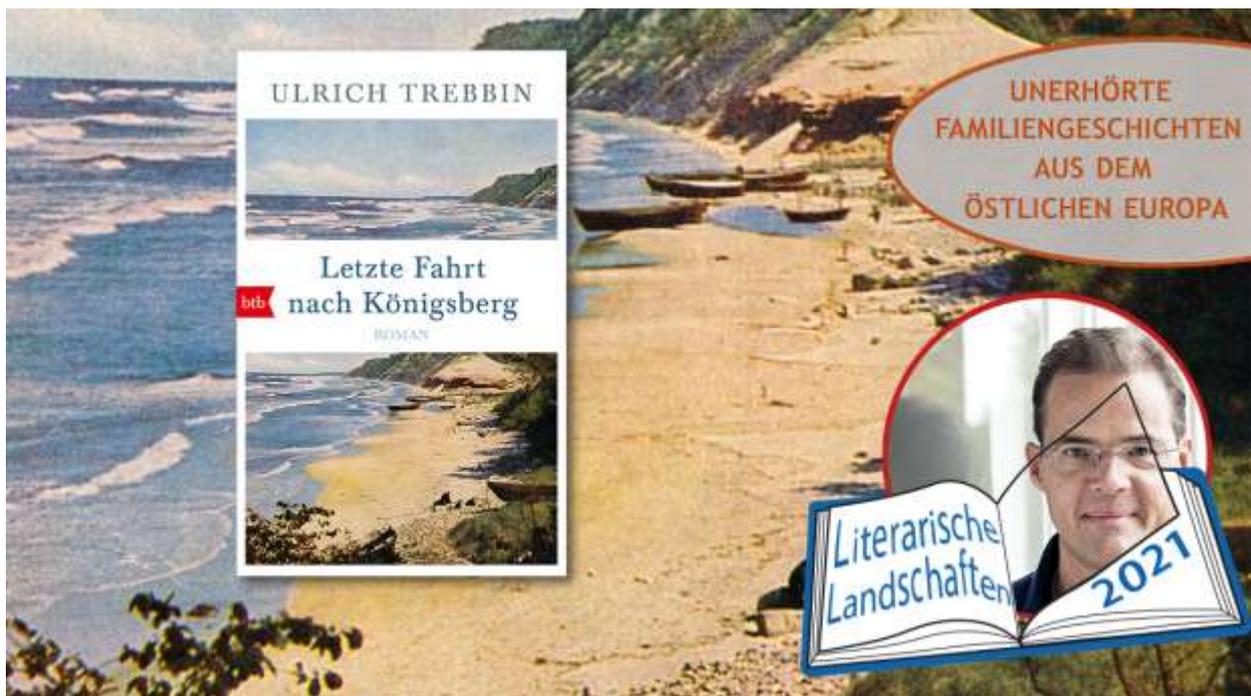
Eintritt: 5,00 Euro, ermäßigt 3.00 Euro

Nicht barrierefrei!

Literaturforum im Brecht-Haus Berlin

Chausseestraße 125, 10115 Berlin, Deutschland [Adresse mit Google Maps öffnen.](#)

<https://www.google.com/maps/place/Literaturforum+im+Brecht-Haus/@52.5289772,13.3826518,17z/data=!3m1!4b1!4m5!3m4!1s0x47a851eb89a20b3f:0xb1206f14da755b4f!8m2!3d52.5289772!4d13.3848405>



Collage aus Buchcover und Autorenfoto Ulrich Trebbin.- Foto: © Sonja Herpich

»Königsberg, das sind für Ella die Möwen über dem Fischmarkt, das ist der ornamentale Rundbogen über dem väterlichen Weinkontor. Das sind die unbeschwerten Tage an der Küste des Samlands und das ist Victor, ihre erste große Jugendliebe. Doch Anfang 1945, kurz vor Kriegsende, liegt die einst so prachtvolle Metropole Ostpreußens in Schutt und Asche. Und auch in Potsdam, wohin sich Ella mit ihren beiden Kindern geflüchtet hat, wird die Lage immer beklemmender, die Essensvorräte immer knapper.

Als Ella sich an die zahllosen Einmachgläser im Keller ihrer alten Königsberger Wohnung erinnert, gefüllt mit Mirabellen, Sauerkraut und Schweinebraten, wagt sie das Unmögliche:

Mitten hinein in den Vormarsch der russischen Truppen steigt sie in den Zug nach Königsberg, in eine Welt, die dem Untergang geweiht ist.«
(Quelle: [btb Verlag](#))

Grußwort

MinDirig. Winfried Smaczny, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Kulturforums östliches Europa

Moderation

Dr. Ingeborg Szöllösi, Länderreferentin Südosteuropa beim Deutschen Kulturforum

Ulrich Trebbin hat in Regensburg studiert und ist Hörfunkjournalist und Gestalttherapeut. Er arbeitet beim Bayerischen Rundfunk und in seiner psychotherapeutischen Praxis. *Letzte Fahrt nach Königsberg* ist sein Debüt als Romanautor, eine literarische Annäherung an die ostpreußischen Wurzeln seiner Familie.

Eine Veranstaltung im Rahmen unseres [Jahresthemas 2021: Literarische Landschaften im östlichen Europa](#). Außerdem gehört die Veranstaltung zur Lesereihe [Unerhörte Familiengeschichten aus dem östlichen Europa](#), die das Deutsche Kulturforum ursprünglich von Januar bis April 2020 durchführen wollte – aufgrund der Corona-Pandemie mussten einige Termine in den Juli 2021 verschoben werden.

Das Kulturforum wird gefördert von der [Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien](#)



Literaturhaus Berlin
Fasanenstraße 23
10719 Berlin
+49 (0)30 887 286 0
info@literaturhaus-berlin.de

**03) Familienlesung »Emil und die Detektive«. Mit Rainer Strecker
Junges Literaturhaus - Familienveranstaltung im Garten**

Sonnabend, 31. Juli 2021, 15:00 Uhr
Eintritt frei

[Kostenlose Tickets gibt es hier:](https://literaturhaus-berlin.de/programm/familienlesung-emil-und-die-detektive)

<https://literaturhaus-berlin.de/programm/familienlesung-emil-und-die-detektive>

Zum ersten Mal darf Emil allein nach Berlin fahren. Seine Großmutter und die Kusine Pony Hütchen erwarten ihn am Bahnhof – doch Emil kommt nicht an! Denn er hat sich schon in eine aufregende Verfolgungsjagd gestürzt: Quer durch die große fremde Stadt, immer hinter dem Dieb her, der ihm im Zug sein ganzes Geld gestohlen hat. Zum Glück bekommt Emil bald Unterstützung: von Gustav mit der Hupe und seinen Jungs...

»Parole Emil!« heißt es bei der sommerlichen Familienveranstaltung zu Erich Kästners großem Klassiker Emil und die Detektive, mit der sich auch Kinder passend zur Ausstellung »Happy in Berlin?« in das Berlin der späten 20er Jahre begeben können. Und wo könnte eine solche Lesung besser passen als im Literaturhaus, das doch in unmittelbarer Nähe vieler Schauplätze aus dem Buch liegt? Der Schauspieler und Sprecher Rainer Strecker, vielen u.a. bekannt als Sprecher vieler Bücher von Cornelia Funke, liest den Text, der auch fast 100 Jahre nach Erscheinen noch immer ein großer Spaß für jedes Alter ist.

Topographie des Terrors

Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin-Kreuzberg

Info@topographie.de

www.topographie.de

Ruf: 030-254 509-0

Fax: 030-254-09-99

04) Fritz Bauer und der Umgang mit der NS-Vergangenheit

Dienstag, 13. Juli 2021, 19:00 Uhr

Vorträge: Prof. Dr. Lena Foljanty, Wien, und Dr. David Johst, Halle

Lesung: Daria Lik und Marlon Frank, Schauspielstudierende an der Universität der Künste Berlin

Moderation: Dr. Stephanie Bohra, Stiftung Topographie des Terrors, Berlin

[Begleitprogramm](#) zur [Ausstellung](#) „Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. NS-Verbrechen vor Gericht“

(Gemeinsam mit dem Fritz Bauer Institut und dem Jüdischen Museum Frankfurt)

(Weitere Informationen in Kürze)

05) Frauen als Vorkämpferinnen sozialer Gerechtigkeit?

- **Völlig vergessen – die oberschlesische Kämpferin Agnes Wabnitz**
Roswitha Schieb, Borgsdorf b. Berlin
- **Stets gegenwärtig – die jüdische Intellektuelle Rosa Luxemburg**
Holger Politt, Rosa-Luxemburg-Stiftung

Donnerstag, 23. September 2021, 18:00 Uhr

Im Mittelpunkt der Präsentationen stehen bewusst Akteure und Akteurinnen, die nichtdominanten ethnischen Gruppen des geteilten Polen angehörten. Auf diese Weise gehen Yvonne Kleinmann und Martin Rohde der Frage nach, welche sprachlichen und soziopolitischen Orientierungsoptionen sich Angehörigen der nichtpolnischen Bevölkerung in imperialen Zusammenhängen eröffneten. Anhand jüdischer und ukrainischer Schul- und Bildungswege untersuchen sie, welche Möglichkeiten der Partizipation es innerhalb der jeweiligen imperialen Bildungsinstitutionen in deutscher bzw. russischer Sprache gab, auf welches Echo diese bei Juden und Jüdinnen bzw. Ukrainern und Ukrainerinnen stießen und welche sprachlichen und institutionellen Alternativen sich im Laufe des 19. und frühen 20. Jahrhunderts boten. In vergleichender Perspektive stellen sie die übergeordnete Frage, welche Bedeutung die jeweiligen Lernformen, Sprachen und Institutionen für die Selbstwahrnehmung für die beteiligten Personen und Gruppen hatten.

Mit:

Prof. Dr. Yvonne Kleinmann, Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien in Halle

Dr. Martin Rohde, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Moderation:

Dr. Iwona Dadej, Agnieszka Zawadzka, Zentrum für Historische Forschung Berlin

Die Vortragsreihe wird aufgrund der pandemischen Lage zumindest vorläufig online stattfinden; Nachfragen bitte hier: info@cbh.pan.pl

Eine Kooperation zwischen dem [Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften \(ZFH\)](#), dem [Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien in Halle](#) und dem [Deutschen Kulturforum östliches Europa in Potsdam](#).

Kontakt

Dr. Iwona Dadej

E-Mail: Iwona.Dadej@cbh.pan.pl

Ariane Afsari

E-Mail: afsari@kulturforum.info

Deutsches Kulturforum östliches Europa

Berliner Straße 135 | Haus K1

14467 Potsdam

Tel. +49 (0)331 20098-0

Fax +49 (0)331 20098-50

deutsches@kulturforum.info

www.kulturforum.info

Zernack-Colloquium 2021: Drinnen oder draußen?

Die sechsteilige Vortragsreihe zum Thema »Historische Debatten um politische und gesellschaftliche Teilhabe in Mittel- und Osteuropa« wird zumindest vorläufig online stattfinden

Anmeldung

Anmeldungen nehmen wir auch unter E-Mail: info@cbh.pan.pl gerne entgegen.

Donnerstag, 28. Oktober 2021, 18:00 Uhr

Vom Numerus Clausus zur Demokratisierung der Akademie?

- **Wissenschaft und Universitäten als Labore der Exklusion und Integration?**
Annette Vogt, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte und Humboldt-Universität zu Berlin
- **Der polnische akademische Kontext am Beispiel des Lemberger Universitätsmilieus**
Iwona Dadej, Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften
- **Seite xx zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 792 vom 17.06.2021**

Donnerstag, 02. Dezember 2021, 18:00 Uhr

Zonen der Begrenzung – Aspekte von Grenzen in der Moderne

- **Epidemien und Quarantänen im 20. Jahrhundert als Mittel der ökonomischen Begrenzung am Beispiel Österreich-Ungarns und der Türkei**
Christian Promitzer, Universität Graz
- **Grenzen und Gedächtnisdiskurs am Beispiel zweier Denkmäler in Graz und Ljubljana**
Monika Stromberger, Universität Graz

Pressekontakt

Dr. Iwona Dadej: Iwona.Dadej@cbh.pan.pl

Ariane Afsari: afsari@kulturforum.info

**01) „Blick nach vorn“: Sudetendeutsch-tschechische Heimatwoche,
04. bis 09.07.2021, „Der Heiligenhof“, Bad Kissingen
Einladung zum ersten Präsenzseminar nach Corona**

Einladung zum ersten Präsenzseminar nach Corona
„Blick zurück nach vorn“
Sudetendeutsch-tschechische Heimatwoche
vom 4. bis 9. Juli 2021

in der Bildungs- und Begegnungsstätte „Der Heiligenhof“ Bad Kissingen
Nachdem die Bildungsarbeit pandemiebedingt über ein Jahr zum Erliegen gekommen ist bzw. auf kleiner Flamme Online weitergeführt wurde, ist es nun wieder möglich, persönlich zusammenzukommen und dem Motto des Heiligenhofs „Alles Leben ist Begegnung“ gerecht zu werden. Zu dieser Woche sind insbesondere heimatvertriebene und heimatverbliebene Deutsche sowie tschechische Bürger und alle an Zeitgeschichte interessierte Personen eingeladen. Sie blicken auf ihre Lebenszeit und die schicksalhaften politischen und geschichtlichen Ereignisse in ihrem Leben, vor allem Krieg, Nachkriegszeit, Flucht und Vertreibung zurück. Es werden beispielhaft Biographien und Familiengeschichten durch mehrere Zeitzeugen vorgestellt, die Wunden, Narben und Heilungen betrachtet. Ergänzt werden diese Erfahrungen durch Vorträge von ausgewiesenen Dokumentarfilmen, Literaturwissenschaftlern, Journalisten usw. Insbesondere soll unterschiedlichen sudetendeutschen und tschechischen Lebensbildern und Biographien in unterschiedlichen Epochen, aber auch den landschaftlichen Schönheiten der Heimatregionen Raum gegeben werden. Es soll über ein gewaltsames Jahrhundert und die daraus gezogenen Lehren, die man an eine jüngere Generation weitergeben möchte, reflektiert werden.

Folgende Referenten haben ihre Teilnahme zugesagt: zugesagt: Petra Dombrowski (Eching) mit dem Dokumentarfilm: *Eine Familie – zwei Nationalitäten*; Ralf Pasch (Berlin): *Ist Rübezahl Deutscher, Tscheche oder Pole? Eine Sagengestalt im Nationalitätenkampf*; Siglind Drost (Teutschenthal): *Vom Oberlauf der Oder über March, Elbe, Eger bis zur Saale. Ein Zeitbild aus 90 Lebensjahren*; Karl Heinz Holub (Berlin): *Jahrgang 1939 – Mein Leben in Böhmen, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland*; Thomas Lang (Chemnitz): *Das Bildgedächtnis der Heimatlandschaften*; Dr. Kateřina Kovačková (Pilsen/Plzeň): *Mai 1945 in der Tschechoslowakei. Erinnerungen jenseits und diesseits der Grenze*; Helmut Kopetzky (Fulda): Ein Feature: Auch ich war ein „Bittschön“ und die Schriftstellerin Herma Kennel (Berlin) liest aus ihrem Buch: *Die Welt im Frühling verlassen*.

Die Tagung beginnt am Sonntagabend mit dem gemeinsamen Abendessen und ist am folgenden Freitag mit dem Frühstück zu Ende. Die Teilnahme kostet für Teilnehmer aus der Bundesrepublik 150,00 Euro zuzüglich Kurtaxe (9,00 Euro) und ggf. EZ-Zuschlag (50,00 Euro für den gesamten Zeitraum) und beinhaltet Unterkunft und Verpflegung. Für Teilnehmer aus den östlichen Nachbarländern gilt ein **Sonderpreis** von 50,00 Euro. Für sie können Fahrtkostenzuschüsse gewährt werden! Bitte melden Sie sich umgehend, spätestens bis zum **29. Juni 2021**, bei uns an. Anmeldungen und Anfragen sind ab sofort möglich an: „Der Heiligenhof“, Alte Euerdorfer Straße 1, 97688 Bad Kissingen, Fax: +49 (0) 971/714 747 oder per Mail an: hoertler@heiligenhof.de

02) Deutschland in Israel – Israel in Deutschland: 1948 bis zur Gegenwart

12. Internationale Joseph Carlebach Konferenz

Veranstalter

Carlebach-Arbeitskreis an der Universität Hamburg; Institut für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg; Joseph-Carlebach-Institut an der Bar Ilan Universität, Ramat Gan

Hamburg (digital)

05.07.2021 - 06.07.2021

Von

Beate Kuhnle, Verwaltung, Institut für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg

12. Internationale Joseph Carlebach Konferenz

Die Idee zu der Tagung knüpft an die Beobachtung an, dass sich mit der Staatsgründung Israels 1948 parallel zu den beiden deutschen Staatsgründungen deutsch-jüdische Konstellationen grundlegend verändert haben. Wenige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden neue Bedingungen für Begegnungen zwischen Gemeinwesen geschaffen, deren Menschen durch die für viele Individuen sowie für die kollektive Erinnerung prägende, aber gegensätzliche Holocausterfahrung miteinander verbunden waren. Heute, mehr als siebzig Jahre nach den Staatsgründungen, lassen sich nicht nur unterschiedliche nationale Geschichten rekonstruieren. Vielmehr ist die Geschichte Deutschlands und Israels auf vielfache Weise verflochten, was die Beschreibung markanter historischer Ereignisse, spezifischer Institutionen und Erinnerungsnarrative unter dem Aspekt der *histoire croisée* bzw. von *entangled memories* nahelegt. Perspektiven auf Begegnungen und Zusammenarbeit, die durch die Existenz eigenständiger politischer Systeme, Rechtsordnungen, wirtschaftlicher Kontexte und kultureller Aktivitäten gerahmt werden, sollen im Verlauf der zwei Tage im Fokus stehen. In den Vorträgen kommen Wissenschaftler/innen unterschiedlicher Disziplinen zu Wort, die das Mit-, Neben- und Gegeneinander von Israelis und Deutschen in ihren Entwicklungen und Veränderungen in den Blick nehmen, bzw. Israel und Deutschland im jeweils anderen Land nachspüren. Nach jedem Vortrag besteht die Möglichkeit zur Diskussion.

Programm

Montag, 05.07.2021

14.00 Begrüßung: Doerte Bischoff(UHH), Andreas Brämer (IGdJ)
Grußwort: George Yaakov Kohler(JCI, Bar Ilan Universität, Israel)

Panel 1 (Re-)Migration und Zugehörigkeit

Moderation: Doerte Bischoff

14.20 Grit Schorch (Tel Aviv): Jüdische Remigranten aus Palästina/ Israel und der Holocaust-Diskurs der DDR

15.00 Miriam Rürup (Potsdam): Eine neue Form der Diaspora: Die Bedeutung jüdischer Zugehörigkeit im deutschen und im israelischen Staatsangehörigkeitsrecht im Vergleich

15.40-16.00 Pause

Panel 2 Politische Beziehungen

Moderation: Anja Tippner

16.00 Lina Nikou (Jerusalem): Lokale Erinnerungskulturen als Beziehungsgeschichten - Einladungsprogramme für einst Verfolgte des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik

16.40 Katharina Konarek (Haifa): Die deutschen politischen Stiftungen und ihre Rolle im Annäherungsprozess

17.20 David Witzthum (Jerusalem): Der Anfang einer wundersamen Freundschaft? Deutsch-Israelische Annäherungen 1948-1960

18.00 Pause

Abendvortrag Joseph Carlebach-Lecture

Moderation: Andreas Brämer

19.00 Michael Brenner (München): Deutschland und Israel –Kultur-politische Beziehungen und kulturelle Verflechtungen (1948 bis zur Gegenwart)

Dienstag, 06.07.2021

Panel 3 Verflechtungen/Entflechtungen: Theater, Literatur und Film

Moderation: Thomas Weber

9.00 Anat Feinberg (Heidelberg): Wieder auf der deutschen Bühne: Israelische Theaterkünstler in Deutschland

9.40 Sebastian Schirrmeister (Göttingen): "Da war ich gekommen, Rache zu nehmen."
Deutschlandbesuch und Vergeltungsdiskurs in der israelischen Literatur

10.20-10.50 Pause

Seite 389 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 793 vom 01.07.2021

10.50 Doerte Bischoff (Hamburg): Vernetzte Geschichte(n): Israel in der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur

11.30 Lea Wohl-von Haselberg (Berlin): Deutsch-israelische Fernsehbeziehungen. Am Beispiel der Filme von Karl Fruchtmann

Pause 12.10 –13.40

Panel 4 Gesten und Narrative des Miteinanders –Projektionen der Differenz
Moderation: George Yaakov Kohler

13.40 Amir Engel (Jerusalem): The 1951 Goethe Prize to Buber -A Case in the Cultural Politics of Reconciliation

14.20 Enrico Lucca (Leipzig): Christian-Jewish Networks. Hugo Bergmann, Gertrud Luckner and the Freiburger Rundbrief

15.00-15.30 Pause

15.30 Alexandra Klei (Hamburg/Berlin): "Bauhaus in Tel Aviv". Bilder und Elemente einer deutschen Erzählung seit den 1980er Jahren

16.10 Julie Grimmeisen (München): Deutsche Israel-Bilder –Israelische Deutschland-Bilder

Im Anschluss: Schlussdiskussion

Die Teilnahme ist frei. Anmeldung über buero.exil@uni-hamburg.de
(Login-Daten werden zugeschickt)

Kontakt

buero.exil@uni-hamburg.de

<http://www.igd-j-hh.de/event-details-kopie/id-12-internationale-joseph-carlebach-konferenz.html>

Zitation

Deutschland in Israel – Israel in Deutschland: 1948 bis zur Gegenwart. In: H-Soz-Kult, 15.06.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98339.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) Konferenz im Livestream „Vergessene Geschichte(n) – Migrantische Erfahrungen in der DDR und im vereinten Deutschland“

Mittwoch, 07. Juli 2021, 10:00 bis 17:00 Uhr

Die deutsche Migrationsforschung ist durch einen westdeutschen Blick geprägt, der die DDR-Geschichte als eine Sondergeschichte betrachtet. Gemeinsam mit Expert:innen aus den Bereichen (Zivil-)Gesellschaft, Politik und Wissenschaft und Zeitzeug:innen, die unmittelbar vom (Nicht-)Integrationsprozess in der DDR betroffen waren, möchte die Deutsche Gesellschaft e. V. die Beweggründe für die Anwerbung von Vertragsarbeiter:innen, Ausbildung ausländischer Studierender und die Aufnahme politischer Migrant:innen aufarbeiten sowie die unterschiedlichen Wege und Erfahrungswelten von Migrant:innen in der DDR und im vereinten Deutschland nachzeichnen. Die Konferenz leistet somit einen wesentlichen Beitrag zur Sichtbarmachung und Anerkennung der Migrationsgeschichte der DDR und der neuen Bundesländer ebenso wie zur Auseinandersetzung von Rassismus in der DDR und den langfristigen Auswirkungen für die Bevölkerung.

Die Deutsche Gesellschaft e. V. lädt Sie herzlich zur **digitalen Teilnahme am 7. Juli 2021 von 10:00 bis 17:00 Uhr** ein!

Verfolgen Sie die Veranstaltung im [Livestream](#)! Diskutieren Sie mit – im Chat während des Livestreams oder per E-Mail! Richten Sie Ihre Fragen gerne auch schon vorab an vergessene-geschichten@deutsche-gesellschaft-ev.de

Es wirken mit u. a.: **Dr. Patrice G. Poutrus**, Lehrstuhl für Neuere und Zeitgeschichte und Geschichtsdidaktik der Universität Erfurt; **Prof. Dr. Urmila Goel**, Institut für Europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität zu Berlin; **Marco Wanderwitz MdB**, Parlamentarischer Staatssekretär und Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer; **Dr. Noa K. Ha**, Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM); **Dr. Hans-Joachim Döring**, Religionspädagoge, Schwerpunkt: Entwicklungszusammenarbeit; **Almuth Berger**, Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg a. D. (1991-2006); **Ayman Qasarwa**, Geschäftsführer des Dachverbands der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland (DaMOst); **Emiliano Chaimite**, Vorsitzender des Dachverbands sächsischer Migrant*innenorganisationen e.V. (DSM), Zeitzeuge; **Prof. Dr. Alemayehu Gebissa**, Institut für Geotechnik und Küstenwasserbau, Universität Rostock, Zeitzeuge; **Sami Omar**, freischaffender Moderator und Autor.

Eine Anmeldung für die digitale Teilnahme ist nicht erforderlich. Mit Ihrer Teilnahme erklären Sie sich mit der audiovisuellen Dokumentation und Verbreitung der Veranstaltung u. a. im Internet unwiderruflich einverstanden.

Ausführliche Informationen zum **Programmablauf** entnehmen Sie der **Einladungskarte** im Anhang dieser Mail.

Weitere Informationen zur Veranstaltung finden Sie [hier](#):

<https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/konferenzen-tagungen/1411-konferenz-vergessene-geschichte-n.html>



Veranstaltungshinweise

Zur Eindämmung der Ausbreitung des Corona-Virus muss die Veranstaltung ohne Publikum vor Ort stattfinden. Die Übertragung der Panels erfolgt ausschließlich im Livestream zu den im Programm angegebenen Uhrzeiten über den YouTube-Kanal der Deutschen Gesellschaft e. V.

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Mit Ihrer digitalen Teilnahme erklären Sie sich mit der audiovisuellen Dokumentation und Verbreitung der Veranstaltung u. a. im Internet unwiderruflich einverstanden.

Wir freuen uns sehr, wenn Sie dabei sind und andere Interessierte einladen!

Mit freundlichen Grüßen

Lisa Beisel
Referentin | Politik & Geschichte

Deutsche Gesellschaft e. V.
Mosse Palais
Voßstr. 22
10117 Berlin

Tel.: 030 / 88412 192

Fax: 030 / 88412 223

www.deutsche-gesellschaft-ev.de

www.freiheits-und-einheitsdenkmal.de

www.facebook.com/DeutscheGesellschaft

Vorsitzende: Lothar de Maizère, Franz Müntefering

Informationen:

Lisa Beisel
Referentin der Abteilung Politik und Geschichte
Tel.: 030 88412 192

[» E-Mail schreiben](#)



Die deutsche Migrationsforschung ist durch einen westdeutschen Blick geprägt, der die DDR-Geschichte als eine Sondergeschichte betrachtet. Die ökonomischen und politischen Gründe für die Anwerbung von Vertragsarbeiter:innen, die rechtlichen Grundlagen sowie die Lebenssituation der Migrant:innen in der DDR und später im vereinten Deutschland finden in der Forschung und Öffentlichkeit zumeist wenig Beachtung. Um Akzeptanz und Anerkennung gegenüber Migrant:innen und ihren Erfahrungen zu fördern, bedarf es jedoch der Aufklärung über historische Zusammenhänge und gesellschaftspolitische Entwicklungen sowie einer Einordnung dieser Erkenntnisse in zukunftsorientierte Debatten.

Gemeinsam mit Expert:innen aus den Bereichen (Zivil-)Gesellschaft, Politik und Wissenschaft und Zeitzeug:innen, die unmittelbar vom (Nicht-)Integrationsprozess in der DDR betroffen waren, möchte die Deutsche Gesellschaft e.V. die Beweggründe für die Anwerbung von Vertragsarbeiter:innen, Ausbildung ausländischer Studierender und die Aufnahme politischer Migrant:innen nachzeichnen sowie die unterschiedlichen Wege und Erfahrungswelten von Migrant:innen in der DDR und im vereinten Deutschland aufarbeiten. Die Konferenz leistet somit einen wesentlichen Beitrag zur Sichtbarmachung und Anerkennung der Migrationsgeschichte der DDR und der neuen Bundesländer ebenso wie zur Auseinandersetzung mit Rassismus in der DDR und den langfristigen Auswirkungen für die Bevölkerung.

Verfolgen Sie die Veranstaltung im **Livestream** über den YouTube-Kanal der Deutschen Gesellschaft e.V.:
<https://t1p.de/konferenz-vergessene-geschichten>

Diskutieren Sie mit – im **Chat** während des Livestreams oder per **E-Mail!**

Richten Sie Ihre Fragen gerne auch schon vorab an vergessene-geschichten@deutsche-gesellschaft-ev.de

PROGRAMMABLAUF

10:00 – 10:15 Uhr	Begrüßung	
	N. N.	Vertreter in Deutsche Gesellschaft e.V.
	Marco Wanderwitz MdB	Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer

I. VERGESSENE GESCHICHTE(N) – MIGRATION UND DIE DDR

10:15 – 10:45 Uhr	Impulsvortrag	Stand der Forschung und die Migrationsgeschichte der DDR
	Dr. Patrice G. Poutrus	Lehrstuhl für Neuere und Zeitgeschichte und Geschichtsdiaktik, Universität Erfurt
10:45 – 12:00 Uhr	Moderiertes Gespräch mit Publikumsbeteiligung	
	Dr. Patrice G. Poutrus	
	Prof. Dr. Urmila Goel	Institut für Europäische Ethnologie, Humboldt Universität (HU) zu Berlin
	Dr. Hans-Joachim Döring	Religionspädagoge, Beauftragter für den Kirchlichen Entwicklungsdienst (KEE) der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland i. R.
	Almuth Berger	Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg a. G. (1991–2006)

12:00 – 13:00 Uhr **Mittagspause**

II. LEBEN UND ALLTAG VON MIGRANT:INNEN IN DER DDR UND IM TRANSFORMATIONSPROZESS

13:00 – 14:30 Uhr	Moderiertes Gespräch mit Publikumsbeteiligung	
	Prof. Dr. Alemayehu Gebissa	Institut für Geotechnik und Küstenwasserbau, Universität Rostock, Zeitzeuge
	Emiliano Chalmite	Vorsitzender des Dachverbands sächsischer Migrantenorganisationen e.V. (DSM), Zeitzeuge
	N. N.	
14:30 – 15:00 Uhr	Pause	

III. MIGRATIONS- UND INTEGRATIONSPOLITIK ALS CHANCE EINER OFFENEN GESELLSCHAFT

15:00 – 15:30 Uhr	Impulsvortrag	Die Auswirkungen und langfristigen Folgen der Migrationspolitik der DDR auf die neuen Bundesländer
	Dr. Noa K. Ha	Kommissarische Vertretung der Wissenschaftlichen Geschäftsführerin des Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationforschung (DeZIM)
15:30 – 16:45 Uhr	Moderiertes Gespräch mit Publikumsbeteiligung	
	Dr. Noa K. Ha Ayman Qasarwa	Geschäftsführer des Dachverbands der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland (DaMOst)
	N. N.	
16:45 – 17:00 Uhr	Zusammenfassung und Schlusswort	
Tagesmoderation	Sami Omar	freischaffender Moderator und Autor

Änderungen vorbehalten.

VERANSTALTERIN UND INFORMATION

Deutsche Gesellschaft e. V.

Lisa Beisel | Referentin Politik & Geschichte
Mosse Palais | Voßstraße 22 | 10117 Berlin
Tel.: +49 (0)30 684 12 192
E-Mail: lisa.beisel@deutsche-gesellschaft-ev.de
Website: www.deutsche-gesellschaft-ev.de

VERANSTALTUNGSHINWEISE

Zur Eindämmung der Ausbreitung des Corona-Virus muss die Veranstaltung ohne Publikum vor Ort stattfinden. Die Übertragung der Panels erfolgt ausschließlich im Livestream zu den im Programm angegebenen Uhrzeiten über den [YouTube-Kanal der Deutschen Gesellschaft e. V.](#)

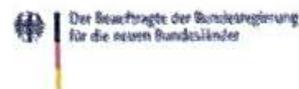
Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Mit Ihrer Teilnahme erklären Sie sich mit der audiovisuellen Dokumentation und Verbreitung der Veranstaltung u. a. im Internet unwiderruflich einverstanden. Über Ihre rege Teilnahme freuen wir uns!

FÖRDERER

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
www.bmwv.de

Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer
www.bmwv.de/ostbeauftragter

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

04) Volksabstimmungen über die territoriale Zugehörigkeit unter besonderer Berücksichtigung der Volksabstimmungen nach dem Ersten Weltkrieg vor 100 Jahren

Internationale Fachtagung, 08. bis 09. Juli 2021, im Livestream auf Youtube

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne möchten wir Sie zu der Buchvorstellung „Vertriebene in SBZ und DDR“ von Hartmut Koschyk (Hg.) und Dr. Vincent Regente (Hg.) sowie zu der internationalen Fachtagung „Volksabstimmungen über die territoriale Zugehörigkeit unter besonderer Berücksichtigung der Volksabstimmungen nach dem Ersten Weltkrieg vor 100 Jahren“ der Kulturstiftung in Verbindung mit der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht einladen.

Beide Veranstaltungen werden rein online stattfinden und als Live-Stream über den Youtube-Kanal der Kulturstiftung aufrufbar sein.

Buchvorstellung „**Vertriebene in SBZ und DDR**“

am: **16. Juni 2021**

ab: **18.00 Uhr**

Live-Stream auf Youtube unter: www.bit.ly/kulturstiftungvideo

Internationale Fachtagung „**Volksabstimmungen über die territoriale Zugehörigkeit unter besonderer Berücksichtigung der Volksabstimmungen nach dem Ersten Weltkrieg vor 100 Jahren**“

am: **8. und 9. Juli 2021**

ab: **14.15 Uhr** (8. Juli) und **09.00 Uhr** (9. Juli)

Live-Stream auf Youtube unter: www.bit.ly/kulturstiftungvideo

Anhängend finden Sie weitere Informationen sowie die Programmabläufe zu beiden Veranstaltungen.

Fragen zur Veranstaltung beantworten wir gerne telefonisch oder per E-Mail und wir freuen uns Sie bei unseren Veranstaltungen begrüßen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Eva Schmiederkal

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Berliner Büro

Brunnenstrasse 191

10119 Berlin

Tel.: 030/86335510

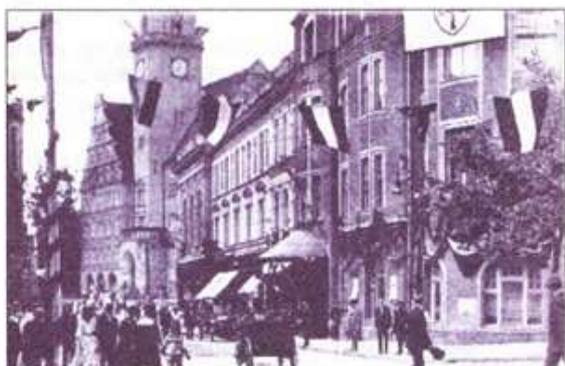
E-Mail: bueroberlin@kulturstiftung.org

<https://kulturstiftung.org/>



Kulturstiftung
der deutschen Vertriebenen

EINLADUNG



Volksabstimmungen über die territoriale Zugehörigkeit

unter besonderer Berücksichtigung der
Volksabstimmungen nach dem Ersten
Weltkrieg vor 100 Jahren

Internationale Fachtagung der
Kulturstiftung der deutschen
Vertriebenen in Verbindung mit der
Studiengruppe für Politik und Völkerrecht

8. und 9. Juli 2021

online

Zum Tagungsthema

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist ein positiver Rechtssatz des geltenden Völkerrechts und heute zwingendes Völkerrecht. Seit feststeht, dass es eine echte Völkerrechtsnorm ist, darf es ohne seine Berücksichtigung keinen völkerrechtlich gültigen Gebietsübergang mehr geben.

Das Selbstbestimmungsrecht ist eng mit der Volksabstimmung verbunden und die Ausübung dieses Rechts kann nur legitim durch eine Volksabstimmung erfolgen. Die Menschen selbst sollen über ihr Schicksal, ihre Zugehörigkeit zu einem Staat oder Staatenverbund entscheiden und nicht die Regierungen.

Das Symposium der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen in Verbindung mit der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht beschäftigt sich speziell mit der Bedeutung der Volksabstimmungen über Gebietstransfers, die die deutsche und europäische Geschichte, besonders auch in Mittel- und Mitteleuropa, beeinflusst haben.

Sie fanden zu einer Zeit statt, in der das Selbstbestimmungsrecht der Völker noch kein Rechtssatz des Völkerrechts war, sondern nur ein politisches Postulat, aber gleichwohl zu einer Befriedung beigetragen hat, soweit das Abstimmungsverhalten von den Regierungen respektiert wurde.

Insgesamt wird die Veranstaltung zeigen, dass respektierte Volksabstimmungen dem Frieden und der Aussöhnung mit dem Nachbarn dienen. Sie ist darauf bedacht, den wissenschaftlichen Austausch und damit die Verständigung zwischen Deutschland und seinen Nachbarländern in Mittel- und Osteuropa zu fördern.



gefördert durch:



Die Bundesregierung
für Kultur und Medien



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

Aktuelle Änderungen im Programm entnehmen Sie bitte unseren Internetseiten:

www.kulturstiftung.org

Weitere Auskünfte:

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn
Brunnenstraße 191, 10119 Berlin
Telefon Bonn: 0228 / 915 12 0
Telefon Berlin: 030 / 863 355 10
E-Mail: kontakt@kulturstiftung.org



Abbildungen:

Vorderseite: Deutsches Haus Alleinstein, Wikimedia/gemeinfrei;
Rückseite: Notgeld der Gemeinde Husbyholz vom 1. Juli 1921,
Wikimedia/gemeinfrei

HINWEISE

1. Live-Stream und Aufzeichnung

Die internationale Fachtagung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen in Verbindung mit der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht „Volksabstimmungen über die territoriale Zugehörigkeit unter besonderer Berücksichtigung der Volksabstimmungen nach dem Ersten Weltkrieg vor 100 Jahren“ wird am 8. und 9. Juli als Live-Stream auf dem Youtube-Kanal der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen übertragen und anschließend dort abrufbar bleiben:

www.bit.ly/kulturstiftungvideo

2. Teilnahmemöglichkeit

Während der Ausstrahlung des Live-Streams können auf dem Youtube-Kanal der Kulturstiftung Fragen gestellt werden. Für eine direkte Beteiligung auf der Konferenzplattform Zoom sind Anmeldungen bis zum 5. Juli möglich unter der E-Mail:

veranstaltungen@kulturstiftung.org

PROGRAMM

Donnerstag, 8. Juli 2021

14.15 Uhr - Grußwort

> *Reinfried Vogler*, Vorsitzender der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

14.30 – Begrüßung und Einführung in die Thematik

> *Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Gilbert H. Gornig*, Marburg
> *Prof. Dr. Peter Hilpold*, Innsbruck

14.45 – Volksabstimmungen in Eupen-Malmedy. Eine Geschichte der Region bis 1945

> *Dr. Günther Rautz*, Leiter der Abteilung „Minderheitenrecht“, EURAC research, Bozen

15.30 – Volksabstimmung in Kärnten 1920

> *Dr. Günther Rautz*, EURAC

16.15 – Pause

16.30 – Gebietsreferenden im Völkerrecht

> *Prof. Dr. Peter Hilpold*, Innsbruck

17.15 – Die „Anschluss-Volksabstimmung“ in Salzburg 1921 und ihr verfassungsrechtlicher Rahmen

> *Univ. Prof. Dr. Wilhelm Brauneder*, Wien

18.00 Uhr – Volksabstimmungen in Tirol über den Anschluss an das Deutsche Reich

> *Prof. Dr. Gunda Barth-Scalmani*

Freitag, 9. Juli 2021

09.00 Uhr – Volksabstimmung in Ödenburg/Sopron und Umgebung 1921

> *Dr. Richard Lein*, Institut für die Erforschung der Habsburgermonarchie und des Balkanraumes, Österreichische Akademie der Wissenschaften

09.45 Uhr – Volksabstimmung in Schleswig nach dem Ersten Weltkrieg 1920

> *Dr. jur. Holger Kremser*, Georg-August-Universität Göttingen

10.30 Uhr – Pause

11.00 Uhr – Volksabstimmung in Oberschlesien und Teilung Oberschlesiens

> *Dr. Karsten Eichner*, Universität Gießen

11.45 Uhr – Volksabstimmung in West- und Ostpreußen

> *Barbara Kämpfert*, Kulturstiftung

12.30 Uhr – Pause

13.30 Uhr – Gebietsreferenden im präunitären Italien

> *Dr. Gian Luca Fruci*, Universität Pisa

14.15 Uhr – Das Volk befindet über die Zugehörigkeit des Saarlandes

> *Dennis Traudt*, Europa-Institut, Universität des Saarlandes

15.00 Uhr – Pause

15.30 Uhr – Referenden über die Zugehörigkeit der Krim und der Ostukraine zu Russland

> *Dr. Carolin Gornig*

16.15 Uhr – Die Abstimmun in Westiran 1969 – ein Zerrbild eines Gebietsreferendums

> *Prof. Dr. Stefan Oeter*, Universität Hamburg

17.00 Uhr – Zusammenfassung und Diskussion der Tagungsergebnisse

> *Prof. Dr. Peter Hilpold*, Innsbruck
> *Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Gilbert H. Gornig*, Marburg

17.15 Uhr Schlusswort

> *Reinfried Vogler*, Vorsitzender der Kulturstiftung

05) Kultureinrichtungen im Dialog. Landmannschaften und Kultureinrichtungen der Vertriebenen im Dialog mit Bund, Ländern und Wissenschaft

Heiligenhof, Bad Kissingen, 03. und 04. August 2021



gefördert durch:



Die Botschafter der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Aktuelle Änderungen im Programm entnehmen Sie
bitte unseren Internetseiten:

www.kulturstiftung.org

Weitere Auskünfte:

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn
Brunnenstraße 191, 10119 Berlin
Telefon Bonn: 0228 / 915 12 0
Telefon Berlin: 030 / 863 355 10
E-Mail: kontakt@kulturstiftung.org



Abbildungen:
Vordersseite: Sigmund von Dobschütz, Heiligenhof 03, CC BY-SA
3.0
Rückseite: Sigmund von Dobschütz, Heiligenhof 02, CC BY-SA 3.0

HINWEISE FÜR TAGUNGSTEILNEHMER

1. Tagungsstätte
Der HEILIGENHOF,
Bildungsstätte – Schulandheim – Jugendherberge
Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk
Alte Euendorfer Straße 1
97688 Bad Kissingen
E-Mail: info@heiligenhof.de
Web: www.heiligenhof.de

2. Wegweiser
Mit öffentlichen Verkehrsmitteln:
Den Bahnhof Bad Kissingen erreichen Sie mit der Deutschen
Bahn über Würzburg/Schweinfurt oder Gemünden (Main).
Achtung: Würzburg ist ein ICE-Bahnhof.
Für die Strecke vom Bahnhof benötigen Sie mit dem Auto/Taxi
ca. 5 Minuten, zu Fuß ca. 25 bis 30 Minuten. Für Gruppen ab 5
Personen bietet der Heiligenhof vom Bahnhof einen kosten-
losen Gepäcktransport an.

3. Anmeldung
Um verbindliche schriftliche Anmeldung per Post oder E-Mail
(veranstaltungen@kulturstiftung.org) wird bis spätestens
28. Juli 2021 gebeten.

4. Verpflegung und Unterkunft
Bei den Mahlzeiten im Rahmen des Programms sind Sie Gast
der Kulturstiftung. Für die Unterkunft der Tagungsteilnehmer
werden Ihnen von uns Zimmer zur Verfügung gestellt. Über die
Reservierung und die Teilnahme an der Veranstaltung erhalten
Sie eine Bestätigung. Bei Nichtnutzung der bestellten und
zugesagten Unterkunft müssen die der Kulturstiftung in
Rechnung gestellten Kosten vom Besteller erstattet werden.

5. Fahrtkosten
Diese können für die angemeldeten Teilnehmer bei Benutzung
der Deutschen Bahn AG in der niedrigsten Wagenklasse
übernommen werden. Hierfür ist die Vorlage der Fahrkarte
notwendig. Bei Benutzung des Pkw ist die Wegstrecke
Entschädigung für Hin- und Rückfahrt auf einen Betrag von €0,20
pro Kilometer begrenzt. Für Personen und Sachschäden bei der
An- und Abreise sowie am Tagungsort kann keine Haftung
übernommen werden. Taxikosten können nicht erstattet
werden.



EINLADUNG



Kultureinrichtungen im Dialog

Landmannschaften und Kultureinrichtungen
der Vertriebenen im Dialog mit Bund,
Ländern und Wissenschaft

3. und 4. August 2021

Heiligenhof, Bad Kissingen

Zum Tagungsthema

Im letzten Jahr nahm die Neuaufstellung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen Fahrt auf. Fachtagungen, Begegnungs- und Dialogveranstaltungen brachten die Menschen zusammen. Dann jedoch sorgte die Corona-Pandemie auch bei der Kulturstiftung dafür, dass neue Wege und Mittel gefunden werden mussten, Inhalte zu kommunizieren.

Mit Hybrid- und Online-Veranstaltungen konnten viele Punkte des Jahresprogramms aufgefangen werden. Vielfach war die Resonanz gar so gut, dass auch nach der Pandemie diese neuen Veranstaltungsformen weitergeführt werden sollen.

Bei der diesjährigen Veranstaltung „Kultureinrichtungen im Dialog - Landsmannschaften und Kultureinrichtungen der Vertriebenen im Dialog mit Bund, Ländern und Wissenschaft“ wollen wir über die Erfolge und Hürden des letzten Jahres sprechen und erfahren, welche Lehren die Kultureinrichtungen für sich aus den Einschränkungen der Pandemie-Zeit gezogen haben.

Gleichzeitig wollen wir uns zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, zur Jugendarbeit und zur Stärkung der Wissenschaft austauschen und insgesamt der Vernetzung der in §96 BVFG tätigen Einrichtungen weiter Vorschub leisten sowie den gemeinsamen Erfahrungsaustausch über Fachbereichsgrenzen hinweg fördern.

PROGRAMM

3. August 2021

13.30 Uhr

Begrüßung

Reinfried Vogler, Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung

13.40 Uhr

Einleitung

Ein Jahr Neuaufstellung der Kulturstiftung
Thomas Konhäuser, Geschäftsführer der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

14.00 Uhr

Themenblock 1

**Stärkung der Museumsarbeit –
Geschichte modern vermitteln**

15.15 Uhr

Kaffeepause

15.35 Uhr

Themenblock 2

**Bedeutung der Digitalisierung im
Museumsbereich – Virtuelle Räume und
digitalisierte Bestände**

16.50 Uhr

Themenblock 3

**Digitalisierung: Erfahrungen aus der
Pandemie – Zwischen Bewegtbild und
Kommentarfunktion**

18.15 Uhr

Abendessen

4. August 2021

9.30 Uhr

Themenblock 4

**Grenzüberschreitende Zusammenarbeit –
Gemeinsam für das kulturelle Erbe**

10.45 Uhr

Kaffeepause

11.00 Uhr

Themenblock 5

**Zukunftsperspektiven der
Nachwuchsgewinnung - JUWOST und
Junges Netzwerk Zukunft**

12.15 Uhr

Mittagessen

13.30 Uhr

Themenblock 6

**Stärkung der Wissenschaft – Neue
Blickwinkel, neue Erkenntnisse**

*Sollte Ihnen eine persönliche Teilnahme aus
terminlichen Gründen nicht möglich sein, so
können Sie gerne eine Vertreterin oder einen
Vertreter Ihrer Institution/Einrichtung entsenden.*

06) Interdisziplinäre Sommerakademie des Deutschen Polen-Instituts 2021

Veranstalter
Deutsches Polen-Institut
Gefördert durch
Sanddorf-Stiftung Regensburg

64283 Darmstadt

25.08.2021 - 28.08.2021

Anmeldefrist
13.07.2021

Von
Manfred Mack, Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut lädt vom 25. bis 28. August 2021 zu einer interdisziplinären Sommerakademie nach Darmstadt ein. Die Akademie bietet Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern die Möglichkeit, ihre aktuellen Forschungsprojekte (Abschlussarbeiten, Dissertationen, Post-Doc-Forschung) zu präsentieren und miteinander und mit ausgewiesenen Expertinnen und Experten zu diskutieren.

Interdisziplinäre Sommerakademie des Deutschen Polen-Instituts 2021

Die eingeladenen Dozierenden bieten zwei Methoden-Seminare an.

Prof. Dr. Magdalena Marszalek: Gespräch/Interview in literarischem Dokumentarismus und oral history (Literatur- und Kulturwissenschaften)

Prof. Dr. Stefan Garsztecki: Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis in Polen (Politikwissenschaft)

Hauptarbeitssprache ist Deutsch, nach Absprache kann auch auf Polnisch oder Englisch präsentiert werden.

Während der Sommerakademie gibt es die Gelegenheit zu Recherchen in den umfangreichen Bibliotheks- und Archivbeständen des Deutschen Polen-Instituts

Das Rahmenprogramm, in dem Kultur und informeller Austausch im Mittelpunkt stehen sollen, greift thematische Anregungen der Sommerakademie auf.

Bewerbung bis zum 13.7.2021 unter <https://www.sommerakademie-polen.de/>

Programm

Mittwoch 25.8.

Anreise bis 15 Uhr

16.00 Uhr, Begrüßung (Prof. Dr. Peter Oliver Loew, Manfred Mack, Julia Röttjer M.A.)

Seite 401 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 793 vom 01.07.2021

17.00 – 20.00 Uhr, Seminar 1 (Politikwissenschaft): Prof. Dr. Stefan Garsztecki (TU Chemnitz): Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis in Polen.

Donnerstag, 26. 8.

9.00 – 12.00, 2 Präsentationen

14.00 – 17.00 Uhr, 2 Präsentationen

20.00 Uhr, Abendveranstaltung

Freitag, 27.8.

9.00 – 12.00 Uhr, Seminar 2 (Literatur- und Kulturwissenschaft): Prof. Magdalena Marszalek (Universität Potsdam): Gespräch/Interview in literarischem Dokumentarismus und oral history

14.00 – 17.00 Uhr, 2 Präsentationen

20 Uhr, Abendveranstaltung

Samstag 28.8.

9.00 – 11.00 Uhr, 2 Präsentationen

11.00 Uhr, Abschlussbesprechung

12.00 Uhr, Gemeinsames Essen

14.00 Uhr, Abreise

Änderungen des Programms aufgrund der Corona-Pandemie vorbehalten.

Kontakt

Manfred Mack, mack@dpi-da.de, +49-6151-4202-22

<https://www.sommerakademie-polen.de>

Zitation

Interdisziplinäre Sommerakademie des Deutschen Polen-Instituts 2021. In: H-Soz-Kult, 15.06.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98372.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

07) Historikertag 2021: Epochenübergreifende Sektionen

Sektionsübersicht Epochenübergreifende Sektionen

Veranstalter

Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e.V. (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD) (Ludwig-Maximilians Universität München)

Ausrichter

Ludwig-Maximilians-Universität München

München, 05. bis 08.10.2021

Von Denise Reitzenstein

Sektionsübersicht Epochenübergreifende Sektionen

Abstracts und weitere Informationen auf der Homepage des Historikertages:

<https://www.historikertag.de/Muenchen2021/>

Programm

Theorien, Konzepte, Grundbegriffe: Historiographische Kategorien als Streitgeschichte bei Mannheim, Cantimori, Foucault und Koselleck

Leitung: Bodo Mrozek (Berlin) - Philipp Felsch (Berlin)

Beteiligte:

Monika Wulz (Luzern): Freischwebende Intellektuelle? Karl Mannheim und die Frage nach den ökonomischen Grundlagen von Kopfarbeit im Kontext der Weimarer Republik (1920er / 20. Jh.)

Philipp Felsch (Berlin): Häretiker im Weltbürgerkrieg. Delio Cantimoris historische Methode (1930er-60er / 16. Jh.)

Magaly Tornay (Bern): Vom Dasein zur Transversalität: Michel Foucault und die Psychiatrie (1960er-70er / 16.-18. Jh.)

Bodo Mrozek (Berlin): Der Krieg als Vater aller Begriffe? Reinhart Kosellecks Historik im Kontext seiner Erfahrung (1980er– 90er Jahre/ 18.–19. Jh.)

Sven Reichardt (Konstanz): Impuls zur Diskussion

Wie zusammenleben? Zum Wandel europäischer Deutungen fremdkultureller Geschlechterverhältnisse

Leitung: Nadine Amsler (Bern) - Antje Flüchter (Bielefeld)

Beteiligte:

Antje Flüchter (Bielefeld)/Nadine Amsler (Bern): Einleitung

Almut Höfert (Oldenburg): Religion, Macht und Geschlecht in mittelalterlichen christlich-europäischen Reiseberichten über den Nahen Osten

Nadine Amsler (Bern): Chinesische Geschlechterverhältnisse und europäische Diskussionen über die Zivilisiertheit Chinas in der Frühen Neuzeit

Eva Bischoff (Trier): Sklaverei, Zivilisation, Selbstbestimmung: Indigene Frauen als Objekte und Akteure von Deutungskämpfen im siedlerkolonialen Australien

Ulrike Lindner (Köln): Kommentar

Borgen, Nutzen, Selbermachen. Versorgungsstrategien im Widerstreit konfligierender Ordnungsvorstellungen, 1300–2000

Leitung: Reinhild Kreis (Siegen) - Annette Kehnel (Mannheim)

Beteiligte:

Annette Kehnel (Mannheim): Sharing economy – eine ideale Versorgungsstrategie für

mobile, urbane Lebensstile. Konzepte aus dem 13. Jahrhundert
Daniel Schläppi (Bern): „Eine derer trefflichsten Wissenschaften“. Gutes Haushalten gut versorgter Haushalte als ökonomische Grundlage der Gemeinwirtschaft
Matthias Ruoss (Bern/Zürich): Umkämpfte Schlüsselgewalt. Dynamiken des Geschlechterregimes im liberalen Kapitalismus (1840 bis 1914)
Reinhild Kreis (Siegen): Zeit oder Geld? Die moral economy häuslicher Versorgungsstrategien im Konsumzeitalter
Ute Frevert (Berlin): Kommentar

Competitiveness Debates from British Imperialism to American Globalization: Studies on British, American and German Declinism

Leitung: Mario Daniels (Amsterdam) - Wencke Meteling (Marburg/Washington, D.C.)

Beteiligte:

Wencke Meteling (Marburg/Washington, D.C.): Einführung

James Stafford (Bielefeld/New York City): Ireland and the Crisis of British Competitiveness, 1748-1810

Marion Daniels (Amsterdam): "Economic Security": How Competitiveness Became a U.S. National Security Concern in the 1980s and Early 1990s

Wencke Meteling (Marburg/Washington, D.C.): Die Angst vor nachlassender

Wettbewerbsfähigkeit: Wie aus dem „Exportweltmeister“ Bundesrepublik der „kranke Mann Europas“ wurde

Kärin Nickelsen (München): Comment

Christliche Deutungshoheit über jüdische Riten und Inhalte – Christen erklären Juden ihre Religion

Leitung: Eva Haverkamp-Rott (München)

Beteiligte:

Eva Haverkamp-Rott (München): Einleitung

Israel Yuval (Jerusalem): And the Rest is History: Schabbat versus Sonntag

Ulisse Cecini (Barcelona): Christen erklären Juden den Talmud. Lateinische Übersetzung und Verurteilung des jüdischen „mündlichen Gesetzes“ im 13. Jahrhundert

Robert Jütte (Stuttgart): Die Beschneidung: Eine jüdische Tradition im Spannungsfeld von Selbstbehauptung und Fremdbestimmung

Andreas Brämer (Hamburg): Tierschutzrecht und religiöse Schlachtpraxis. Schächten als umstrittenes Ritual in der jungen Bundesrepublik (1949–1965)

How can Citizens be made to pay their Taxes honestly? Debates about Causes of and Remedies for Tax Evasion from Antiquity to the 20th Century

Leitung: Assaf Likhovski (Tel Aviv) - Korinna Schönhärl (Frankfurt am Main)

Beteiligte:

Dorothea Rohde (Bielefeld): Diskussionen über Steuerprivilegien im 4. Jh. v. Chr. in Athen

Yves Huybrechts (Marburg/Paderborn): Solidarity, coercion and rebates. Dissension during fiscal reform negotiations in the Holy Roman Empire, 1719–1732: mere excuses or fundamental conflicts?

Assaf Likhovski (Tel Aviv): Education, Law and Tax Compliance: The Case of Constitutional Duties in 1950s Israel

Korinna Schönhärl (Frankfurt am Main): Steuerhinterziehung als Argument für die Reform des Steuersystems in der spanischen Transición (1975-1980)

Jens Ivo Engels (Darmstadt): Comment

Aus Niederlagen lernen? Deutungskämpfe um die Antike nach 1918

Leitung: Richard Pohle (Halle an der Saale) - Christian Wendt (Bochum)

Beteiligte:

Richard Pohle (Halle an der Saale): Platon und der Krieg. Bedingungen und Dimensionen der Antike-Rezeption nach 1918

Oliver Schelske (München): Die Niederlage ahnen, mit ihr umgehen. Friedrich Meinecke, Ernst Troeltsch und Eduard Schwartz. Drei Perspektiven auf 1918

Christian Wendt (Bochum): La campagne avec Thucydide – der Weltkrieg als Antikeerfahrung bei Albert Thibaudet

Marian Nebelin (Chemnitz): Antikerezeption im Niederlagendiskurs. Deutsche Altertumswissenschaftler und die Bewältigung des Ersten Weltkriegs in der Zwischenkriegszeit

Zukunftswissen und Religion. Konkurrierende Praktiken und Diskurse von Zeit und Zeitlichkeit (1600–1900)

Leitung: Anne-Charlott Trepp (Kassel)

Beteiligte:

Lucian Hölscher (Bochum)/Anne-Charlott Trepp (Kassel): Einführung

Alexander-Kenneth Nagel (Göttingen): Offenbarung und Evidenz. Zur Produktion von religiösem Zukunftswissen in der Lorber-Bewegung

Anne-Charlott Trepp (Kassel): ‚Adams Wissen‘ als Zukunftsversprechen und Erkenntnisdispositiv

Mareike Böth (Kassel): Das Selbst zwischen Zeit und Ewigkeit. Zum dynamischen Wechselverhältnis von Immanenz und Transzendenz in Selbsttechnologien der Spätaufklärung

Rebekka Habermas (Göttingen): Das Säkulare als Zukunft: Globale Debatten im deutschen Kaiserreich

Arndt Brendecke (München): Kommentar

Zurück ins Reich? Konflikt, Legitimation und Identität in Grenzregionen

Leitung: Laura Potzuweit (Kiel) - Caroline E. Weber (Kiel)

Beteiligte:

Enno Bünz (Leipzig): Einleitung und Hinführung zum Thema

Laura Potzuweit (Kiel): Gotland – Mittelalterliche Besitznarrative zwischen Schweden, Dänemark und dem Deutschen Orden

Maximilian Groß (Paris/Heidelberg): Die Ré-union unter Ludwig XIV.: Saarregion, Elsass und die Pfalz

Caroline E. Weber (Kiel): Up ewig ungedeelt oder wiedervereinigt? Schleswig-Holstein und Dänemark zwischen Bürgerkrieg und demokratischer Volksabstimmung 1848 bis 1920

Andrea Di Michele (Bozen): Südtirol/Trentino zwischen italienischem Faschismus, Option und nationalsozialistischer Besatzung

Paul Srodecki (Kiel/Ostrava): Pommern und Schlesien als „wiedergewonnene Gebiete“ in der nationalpolnischen Propaganda nach 1945

Steen Bo Frandsen (Sønderborg): Kommentar

Das umstrittene Wir: Auf der Suche nach neuen Wegen zur historischen Erforschung von Kollektiven

Leitung: Arndt Brendecke (München) - Lisa Regazzoni (Princeton)

Beteiligte:

Lisa Regazzoni (Princeton, NJ): Einführung

Valentin Groebner (Luzern): Seit wann kommt die eigene Identität aus dem Mittelalter?

Levke Harders (Bielefeld): Zugehörigkeit als Kategorie historischer Analyse. Exklusionen und Inklusionen in der (Migrations-)Geschichte

Philipp Ther (Wien): Kollektive Zuschreibungen und individuelle Erfahrungen – zum Verhältnis von Makro- und Mikrozugängen in der Geschichtswissenschaft

Die Herausforderung der Genetic History

Leitung: Elsbeth Bösl (München) - Jörg Feuchter (Berlin) - Veronika Lipphardt (Freiburg im Breisgau)

Beteiligte:

Veronika Lipphardt (Freiburg im Breisgau): Einführung: Grundlagen für die interdisziplinäre Zusammenarbeit: Methodische, konzeptionelle und rezeptionsbezogene Ansatzpunkte für den Dialog zwischen Geschichtswissenschaften und Genetic History

Patrick Geary (Princeton, NJ): Genetic History oder einfach Geschichte: die Integration genomischer Daten in die historische Forschung

Daniela Hofmann (Bergen): Archäogenetik als Chance – Möglichkeiten und Herausforderungen für die prähistorische Archäologie

Stephan Schiffels (Jena): Die Archäogenetik als neue Quelle zur Untersuchung menschlicher Mobilität am Beispiel der Populationsgeschichte Europas

Alfons Labisch (Halle an der Saale): Kommentar

Elsbeth Bösl (München)/Jörg Feuchter (Berlin): Moderation

Deutungskämpfe um historische Gewalt: Heterogenität eines Begriffs und einer Praxis

Leitung: Nicola Camilleri (Padua) - Catherine Davies (Zürich)

Beteiligte:

Nicola Camilleri (Padua): Bürger, die schießen. Staatliches Gewaltmonopol und private Waffennutzung in den Schützenvereinen um das 19. Jahrhundert

Marie Muschalek (Freiburg im Breisgau): Zwischen öffentlicher und privater Gewalt: Polizeiliche Alltagspraxis und Staatlichkeit in Deutsch Südwestafrika

Claudia Gatzka (Freiburg im Breisgau): Politische Alltagsgewalt in der jungen Bundesrepublik. Zu den Hintergründen des Versammlungsordnungsgesetzes

Catherine Davies (Zürich): Was ist „kriminell“, was ist „politisch? Deutungskämpfe um Gewalt zwischen Frauenbewegung und Linksterrorismus in den 1970er/80er Jahren

Sven Reichardt (Konstanz): Kommentar

Globale Wirtschaftsakteure und Staatlichkeit: Historische Perspektiven auf das Problem der Souveränität vom 17. bis zum 20. Jahrhundert

Leitung: Volker Depkat (Regensburg) - Susanne Lachenicht (Bayreuth)

Beteiligte:

Volker Depkat (Regensburg)/Susanne Lachenicht (Bayreuth): Einführung in das Thema
Susanne Lachenicht (Bayreuth): For the Benefit of the Mighty English Nation? Die englische East India Company, Souveränitätsrechte und das First British Empire (spätes 17. bis Mitte 18. Jahrhundert)

Emma Hart (St. Andrews): Interpreting Economic Sovereignty in Revolutionary North America

Volker Depkat (Regensburg): Cotton Kings und Föderalismus. Die Baumwollpflanzler des US-amerikanischen Südens und das Problem ökonomischer Souveränität im amerikanischen Bundesstaat, 1820-1861

Ulf Brunnbauer (Regensburg): Das Mantra des Exports und sozialistische Staatlichkeit in Jugoslawien

Peer Vries (Amsterdam): Commentary

Mobilität und Konnektivität: Quellen, Methoden und hermeneutische Deutungskämpfe im Spannungsfeld von analoger Quellenkritik und digitaler Forschung

Leitung: Simone Lässig (Washington, D.C.) - Ursula Lehmkuhl (Trier)

Beteiligte:

Andreas Fickers (Luxemburg): Einführung - Digitale Hermeneutik – Chancen und Herausforderungen des „digital turn“ für die Geschichtswissenschaft

Rosalind Beiler (Orlando, FL): „Sehr wehrte Freunde und Brüders in Christo“: Der Einfluss religiöser Korrespondenznetzwerke auf globale Migrationsflüsse und Mobilitätsmuster im 17. Jahrhundert

Katherine Faull (Lewisburg, PA): "Wenn du in das land kommst, so denke nicht an gros Reichthum zu gewinnen... ": Constructing a transatlantic digital hermeneutics through 18th Century Moravian Memoirs

Ursula Lehmkuhl (Trier): Sprechen über die Wunder der Neuen Welt: Kulturelle Übersetzungspraktiken als kommunikative Konnektivitätsinstrumente in den Briefen deutscher Auswanderer im 19. Jahrhundert

Simone Lässig (DHI Washington): Transatlantische Mobilität und Wissensproduktion im 19. Jahrhundert: Perspektiven der „Daheimgebliebenen“

Kontakt

Ludwig-Maximilians-Universität München

Abteilung für Alte Geschichte

Organisationsbüro des 53. Deutschen Historikertages 2021

Geschwister-Scholl-Platz 1

D-80539 München

<https://www.historikertag.de/Muenchen2021/>

Zitation

Historikertag 2021: Epochenübergreifende Sektionen. In: H-Soz-Kult, 24.06.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98536.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

**08) Industrialisierung in Oberschlesien im ‚Zeitalter der Extreme‘.
Eine Kulturgeschichte der Wirtschaft am Beispiel des Ballestrem-
Konzerns ca. 1890-1950**

Veranstalter

Zentrum Mittleres und Östliches Europa (TU Dresden); Museum für Kohlebergbau in Zabrze / Hindenburg OS.

Veranstaltungsort

Digital; Zabrze/Hindenburg OS; Dresden

Gefördert durch

Bundesbeauftragten für Kultur und Medien

13.10.2021 - 15.10.2021

Anmeldefrist

31.07.2021

Von

Steffen Heidrich, Institut für Geschichte/ Zentrum Mittleres und Östliches Europa, Technische Universität Dresden

- [de](#)
- [en](#)

Das Zentrum Mittleres und Östliches Europa an der Technischen Universität Dresden und das Museum für Kohlebergbau in Zabrze laden ein zur Mitarbeit an dem von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM) geförderten Forschungsprojekt „Industrialisierung in Oberschlesien im ‚Zeitalter der Extreme‘. Eine Kulturgeschichte der Wirtschaft am Beispiel des Ballestrem-Konzerns ca. 1890-1950“.

Kein Prozess prägte die „Verwandlung der Welt“ im 19. Jahrhundert stärker als die Industrialisierung Europas, die sich zunächst nur in einzelnen Regionen der Textil- oder Schwerindustrie vollzog. Oberschlesien war eine Pionierregion der Industrialisierung, in der die rapide wachsende industrielle Produktion die zuvor überwiegend agrarisch genutzte Landschaft durch die Errichtung von Gruben- und Hüttenanlagen, Arbeitersiedlungen und ihre Verbindung mit Eisenbahnlinien transformierte. Der Grenzraum der deutschen, russischen und österreich-ungarischen Kaiserreiche prägte die ethnische Zusammensetzung der Arbeiterschaft ebenso wie die ökonomischen Praktiken der oberschlesischen Unternehmerdynastien, die aus dem großgrundbesitzenden Adel hervorgingen.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert war die Region entscheidend für die Schwerindustrie- und Rüstungsproduktion. Mit der 1922 wirksam gewordenen Teilung infolge des Ersten Weltkriegs wurde Oberschlesien zum Streitobjekt zwischen Deutschland und Polen. Nach dem Überfall auf Polen 1939 annektierte das nationalsozialistische Deutschland den Ostteil und verwandelte ihn in einen weiteren Schauplatz seiner Bevölkerungspolitik und gleichzeitig in eine „Waffenschmiede“ des Reiches. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die gesamte Region Teil des staatssozialistischen Volkspolen, das die Industriekonzerne verstaatlichte. Ein großer Teil der deutschsprachigen Bevölkerung wurde vertrieben oder ausgewiesen, somit auch die meisten Personen, die bis dahin zum Kreis der Besitzenden und der Führungskräfte der Montanindustrie gehörten.

Das Projekt verschränkt wirtschaftsgeschichtliche mit kulturhistorischen Perspektiven und Methoden, um die Geschichte der industriellen Prägung Oberschlesiens im deutsch-polnischen Grenzraum zu rekonstruieren und die Wirtschaftsgeschichte in eine allgemeine Kulturgeschichte zu integrieren. Am Fallbeispiel des Ballestrem-Konzerns lassen sich Fragestellungen der Unternehmensgeschichte als Mikrohistorie der oberschlesischen Schwerindustrie mit der materiellen und immateriellen Ausprägung von Industriekultur über die Brüche des 20. Jahrhunderts hinweg verbinden. In den Blick genommen werden die kommunikativen, repräsentativen, erzieherischen und traditionsstiftenden Dimensionen der Arbeiterwohlfahrt, der Kirchen-, Siedlungs- und Firmensitzarchitektur, Sammlungstätigkeiten und Mäzenatentum ebenso wie die Erschließung von Rohstoffen und Absatzmärkten, technische Innovationen, die Nutzung von Zwangsarbeit oder der Umgang mit Umweltzerstörung. Die Untersuchung von ökonomischer Resilienz und Krisenrobustheit, internationaler Netzwerkbildung, politischem Engagement und Anpassung in sich verändernden politischen und wirtschaftlichen Kontexten sollen Wandel und Kontinuitäten adligen Führungsanspruchs im „Zeitalter der Extreme“ anschaulich werden lassen.

Das Forschungsprojekt läuft beginnend mit einem Auftaktworkshop, der vom 13. bis 15. Oktober 2021 online stattfindet, bis Oktober 2023. Am Ende steht eine interdisziplinäre Publikation bestehend aus Beiträgen zu unterschiedlichen Aspekten der oberschlesischen Industriegeschichte. Durch stetigen Austausch, Projekttreffen und einen beratenden Kreis von Expert:innen verschiedener Disziplinen sollen Kohärenz und eine interdisziplinäre Perspektive der Forschungsergebnisse erhöht werden. Den Bearbeiter:innen steht der Zugang und Beratung im Ballestrem'schen Familienarchiv in Berlin und in den Staatsarchiven der Woiwodschaft Schlesien zur Verfügung. Wir bitten um Beitragsvorschläge zur methodisch reflektierten Untersuchung sämtlicher ökonomischer, sozialer, religiöser, politischer, baulicher, philanthropischer und mäzenatischer Betätigungen der Familie Ballestrem und deren Auswirkungen im genannten Untersuchungszeitraum oder zu vergleichenden Perspektiven auf die oberschlesische Industriegeschichte bzw. die adligen Industriemagnaten, die das Wirken der Ballestrems in Oberschlesien in ihren internationalen Bezügen verständlich werden lassen.

Bitte schicken Sie eine Skizze (max. 3000 Zeichen) welche Gegenstand und Forschungsperspektive erläutert, und einem kurzen Lebenslauf mit Publikationsliste bis zum 31. Juli 2021 an oberschl@tu-dresden.de.

Mit den Autorinnen und Autoren, die zur Mitwirkung ausgewählt werden, wird ein Werkvertrag über den geplanten Forschungsbeitrag geschlossen. Vorgesehen ist ein Autorenhonorar in Höhe von 1500,- Euro sowie die Möglichkeit zur Erstattung von anfallenden Reisekosten für Bibliotheks- und Archivrecherchen, Zeitzeugen-Interviews oder Ähnliches. Das Honorar wird bei Vertragsabschluss zu einem Drittel ausgezahlt, die restlichen zwei Drittel werden bei Textabgabe zum 31. März 2023 fällig.

Beiträgerinnen und Beiträger verpflichten sich außerdem zur Teilnahme an Projekttreffen, die für März 2022 in Zabrze und Oktober 2022 in Dresden anvisiert sind. Workshops und Konferenz werden in deutscher und englischer Sprache durchgeführt. Spätestens zwei Wochen nach Anmeldeschluss ergehen Einladungen zu einem digitalen Workshop zum Projektstart im Oktober. Wir freuen uns auf Ihre aktive Teilnahme!

Anmeldung und Rückfragen
Steffen Heidrich
E-Mail: oberschl@tu-dresden.de
Telefon: 0351 463-37865 (Sekretariat)

Kontakt

Steffen Heidrich
E-Mail: oberschl@tu-dresden.de

Zitation

Industrialisierung in Oberschlesien im ‚Zeitalter der Extreme‘. Eine Kulturgeschichte der Wirtschaft am Beispiel des Ballestrem-Konzerns ca. 1890-1950. In: H-Soz-Kult, 04.06.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98007.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

09) Nachwuchskolloquium zur Militärgeschichte

[Nachwuchskolloquium zur Militärgeschichte](#)

Veranstalter

Lehrstuhl für Militärgeschichte / Kulturgeschichte der Gewalt, Universität Potsdam

14469 Potsdam

14.10. bis 15.10.2021

Von

Alex J. Kay, Historisches Institut, Universität Potsdam

- [de](#)
- [en](#)

Nachwuchskolloquium zur Militärgeschichte

Das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr – vertreten durch den wissenschaftlichen Beirat des Förderpreises für Militärgeschichte und Militärtechnikgeschichte – veranstaltet in Kooperation mit der Universität Potsdam, dem Arbeitskreis Militärgeschichte, dem Arbeitskreis Militär und Gesellschaft der Frühen Neuzeit und dem ZMSBw Potsdam am 14. und 15. Oktober 2021 an der Universität Potsdam ein Nachwuchskolloquium zur Militärgeschichte.

- [de](#)
- [en](#)

Nachwuchskolloquium zur Militärgeschichte

Das Nachwuchskolloquium zur Militärgeschichte wendet sich gezielt an Doktorandinnen und Doktoranden. Ihnen soll hier die Gelegenheit gegeben werden, Ihre Studien mit einem international und interdisziplinär besetzten Auditorium epochenübergreifend zu diskutieren. Die Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch.

Seite 410 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 793 vom 01.07.2021

Die Veranstaltung ist für alle methodischen, thematischen oder zeitlichen Perspektiven von der Antike bis zur Zeitgeschichte offen.

Die Fahrt- und Übernachtungskosten der Vortragenden (Bahnfahrt 2. Klasse / Flugklasse Economy) werden von den Veranstaltern übernommen. Eine kurze Skizze (1 Seite) des Vortragsthemas und einen kurzen Lebenslauf schicken Sie bis zum 7. August 2021 per E-Mail bitte an folgende Adresse:

Dr. Alex Kay
Universität Potsdam
Am Neuen Palais 10
14469 Potsdam
E-Mail: alex.kay@uni-potsdam.de

Kontakt

Dr. Alex Kay
Universität Potsdam, Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam
alex.kay@uni-potsdam.de

Zitation

Nachwuchskolloquium zur Militärgeschichte. In: H-Soz-Kult, 28.06.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98593.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

10) Stadterweiterung in Zeiten der Reurbanisierung – neue Suburbanität?

[Stadterweiterung in Zeiten der Reurbanisierung – neue Suburbanität? Online-Abschlussstagung des Forschungsverbands Neue Suburbanität \(Universität Kassel\)](#)

Veranstalter: Forschungsverbund Neue Universität (Universität Kassel)

Kassel/Online

25.10. bis 26.10.2021

Anmeldefrist:

22.07.2021

Von

Henriette Bertram, Institut für urbane Entwicklungen, Universität Kassel

Ich möchte gerne auf die Abschlussstagung unseres Forschungsverbands "Neue Suburbanität" hinweisen, für die Beiträge noch herzlich willkommen sind.

Stadterweiterung in Zeiten der Reurbanisierung – neue Suburbanität? Online-Abschlussstagung des Forschungsverbands Neue Suburbanität (Universität Kassel)

Nach fast zwei Jahrzehnten der überwiegenden Reurbanisierung mit all ihren positiven wie negativen Aspekten verändern sich sowohl die fachlichen Debatten als auch die Stadtentwicklungspraxis wieder hin zu einer verstärkten Bautätigkeit am Stadtrand. In mehreren deutschen Großstädten entstehen neue Stadtteile für bis zu Zehntausend zukünftige Bewohner:innen. Dabei ist davon auszugehen, dass veränderte Lebensstile, Haushaltsstrukturen und Arbeitsmärkte, die Ausdifferenzierung von Wohn- und Wohnungstypen, von Trägerformen sowie die Infragestellung klassischer „Schlafstädte“ neue Formen von Suburbanität hervorbringen. Die sich hierbei herausbildenden Milieus, stadt- und freiraumplanerischen Leitbilder, Quartierstypen, Governancearrangements und Umsetzungsstrategien sind bislang im Hinblick auf ihre Wirkungen für die Stadtproduktion noch wenig erforscht.

Fragen, die sich in Bezug auf die neuen Quartiere stellen, sind z. B.:

- Wer lebt eigentlich heute im suburbanen Raum, und unterscheidet sich dieses Leben von dem in älteren Siedlungen? Findet eine Ausdifferenzierung in verschiedene Suburbanitäten statt? Welche Zielgruppen sprechen die neuen Quartiere wodurch an? Wie organisieren die Bewohner ihren Alltag? Welche (sozial-) räumlichen Strukturen unterstützen sie dabei?
- Wie entsteht suburbanes Leben durch Planung und Aneignung von Gebäuden und ihrem Umfeld? Unterscheiden sich die Arten der Vergemeinschaftung in den neuen Quartieren von denen in gewachsenen (innerstädtischen) Umfeldern?
- Welche Immobilienangebote werden von welchen Akteuren geschaffen? Welche (neuen) Akteure übernehmen welche Aufgaben und haben welche Kompetenzen? Wie werden Nutzungsinteressen in die Planungsvorhaben einbezogen? Wie entsteht soziale und nutzungsbezogene Mischung?
- Wie sind suburbane Siedlungen heute strukturiert? Wie gestaltet sich der Bezug zur Landschaft, welche freiraumplanerischen Leitbilder lassen sich erkennen? Welche Freiraumbedingungen werden erzeugt?

- Wo am Stadtrand werden suburbane Quartiere überhaupt entwickelt? Was sind die Suchkriterien, und welchen planerischen Leitbildern folgen die Planer der suburbanen Siedlungen derzeit?

Die Tagung wird vom Forschungsverbund „Neue Suburbanität“ am Fachbereich Architektur Stadtplanung Landschaftsplanung der Universität Kassel veranstaltet und findet online als Videokonferenz am 25. und 26. Oktober statt. Wir freuen uns über Vorschläge für Beiträge zu den oben genannten oder ergänzenden Fragestellungen aus den Disziplinen der Stadt- und Landschaftsplanung, Architektur, Geographie, Soziologie, Politik-, Kulturwissenschaften und darüber hinaus. Es sind Beiträge von Nachwuchs- oder etablierteren Wissenschaftler sowie aus der Praxis willkommen. Abstracts von maximal 400 Wörtern bis zum 22. Juli 2021 senden Sie bitte an Henriette Bertram (henriette.bertram@asl.uni-kassel.de) und Arvid Krüger (arvid.krueger@asl.uni-kassel.de).

Kontakt

henriette.bertram@asl.uni-kassel.de
arvid.krueger@asl.uni-kassel.de

<https://www.uni-kassel.de/projekte/suburbanitaet/forschungsverbund-neue-suburbanitaet.html>

Zitation

Stadterweiterung in Zeiten der Reurbanisierung – neue Suburbanität?. In: H-Soz-Kult, 20.06.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98436.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

11) Der große Aufbruch 1968 – ein Mythos von gestern. Tagung der BAG für Ostdeutsches Kulturerbe im Unterricht e. V. in Soest, November 2021

Bundesarbeitsgemeinschaft für Ostdeutsches Kulturerbe im Unterricht e. V.

1. Vorsitzender

Gerhard Wonner, Jahnstr 8, 83368 St. Georgen, Telefon: 08669-4742, E-Mail: wonner-g@gmx.de

Geschäftsstelle: Norbert Tarsten
Frohnhofstr. 20
50765 Köln
Tel.: 0221-5903793
Mail: nortar@web.de

St. Georgen, 21.04.2021

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

hoffe sehr, dass Sie/Du die „Corona“-Zeit bisher gesund und munter gemeistert haben/hast! Noch hat uns die Pandemie aber fest im Griff! Dieses macht eine verbindliche Planung unmöglich.

Sollten die Umstände es erlauben, würde sich für die BAG in diesem Herbst folgende Veranstaltung anbieten:

- Im November 2021 **Tagung der LAG NRW**, in Soest
Thema: „**Der große Aufbruch 1968 – ein Mythos von gestern?**“

Ob die Rumänienreise im Oktober durchgeführt werden kann, ist eher unwahrscheinlich. Außerdem stehe ich in Verbindung mit dem „Heiligenhof“, mittelfristig gibt es dort nur Onlineangebote.

Sollten gemeinsame Veranstaltungen wieder möglich sein, werden wir entsprechende Einladungen versenden.

Nach einer weitem "Unendlichen Geschichte" hat die BAG eine neue Kontonummer – siehe unten. Damit verbunden die freundliche Bitte um eine Jahresspende von mindestens 30,- € für Einzelmitglieder und 50,- € für Ehepaare. Vielen Dank!

Mit den besten Wünschen für Gesundheit und Wohlergehen



Gerhard Wonner
Erster Vorsitzender der BAG

Für Mitgliederbeiträge das Konto der BAG – Tarsten, IBAN:
DE85 3705 0198 1935 7844 29, BIC: COLSDE33XXX

12) Ungleichzeitigkeiten und Divergenzen in der Entwicklung Ostmitteleuropas seit 1989

Veranstalter

Collegium Carolinum in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Geschichte Ost- und Südosteuropas der Ludwig-Maximilians-Universität München

83730 Fischbachau

11.11. bis 14.11.2021

Anmeldefrist

15.07.2021

Von

Judith Brehmer

- [de](#)
- [en](#)

1989 schienen die Staaten Ostmitteleuropas wie unter Laborbedingungen in einer sehr ähnlichen Situation zu sein: Sie teilten die Erfahrungen einer sozialistischen Diktatur, die alle Bereiche des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens einschneidend verändert hatte. Die Revolution von 1989 schuf - bei aller Unterschiedlichkeit der vorangehenden Prozesse - einen Moment der Gleichzeitigkeit in den ostmitteleuropäischen Ländern. Die 1993 von der EU eröffneten Beitrittsperspektiven nach den Kopenhagener Kriterien (Konditionalität) ließen einen gleichgerichteten und gleichzeitigen Prozess der Annäherung Polens, der Slowakei, Tschechiens und Ungarns an die EU erwarten.

Doch zeichnete sich bald eine unterschiedliche Entwicklung ab, als sich in der Slowakei bereits Mitte der neunziger Jahre autoritäre Tendenzen unter dem Ministerpräsidenten Vladimír Mečiar zeigten, die 1997 zunächst zum Ausschluss des Landes aus dem Kreis der für den Beitritt zu NATO und EU vorgesehenen Länder führten. Heute erscheint die Slowakei paradoxerweise als das Land Ostmitteleuropas, in dem die verfassungsmäßige Ordnung am meisten gewahrt wird. Andere Divergenzen kommen hinzu: So kann man in Polen und Ungarn eine Regierungspolitik beobachten, die gegenüber der EU-Kommission kritisch ist, während in der Bevölkerung nach wie vor EU-freundliche Stimmung vorherrscht. Dagegen hat sich in Tschechien bei einer insgesamt mehr an den Vorgaben der EU orientierten Politik in der Bevölkerung eine Skepsis gegenüber der EU verbreitet. Auch im wirtschaftlichen Bereich tun sich bei genauerer Betrachtung zahlreiche Divergenzen auf.

Das Ziel der Tagung ist es, die Entwicklungen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in den ostmitteleuropäischen Staaten vergleichend zu betrachten und auf ihre Unterschiede hin zu untersuchen. Als Fluchtpunkt der Diskussion soll die Frage dienen, ob die Ungleichzeitigkeiten und Divergenzen aus dem Prozess der Transformation erklärt werden können oder die Berücksichtigung von länger angelegten, historischen Spezifika erfordern, die im revolutionären Prozess von 1989 zunächst nicht sichtbar waren.

Die Vorträge mit einer Länge von 20 Minuten können in deutscher oder englischer Sprache gehalten werden. Reise- und Unterbringungskosten werden übernommen. Die Herausgabe eines Tagungsbandes in englischer Sprache ist beabsichtigt.

Konzeption: Prof. Dr. Martin Schulze Wessel (München), Dr. Darina Volf (München)

Themenvorschläge für Vorträge sind willkommen! Bei Interesse reichen Sie bitte eine Skizze Ihres geplanten Vortrags (ca. 1 Seite) in deutscher, tschechischer, slowakischer oder englischer Sprache bis zum 15.07.2021 ein bei Miroslava Valicek: [miroslava.valicek\[at\]collegium-carolinum.de](mailto:miroslava.valicek[at]collegium-carolinum.de)

Kontakt

Miroslava Valicek: [miroslava.valicek\[at\]collegium-carolinum.de](mailto:miroslava.valicek[at]collegium-carolinum.de)

Zitation

Ungleichzeitigkeiten und Divergenzen in der Entwicklung Ostmitteleuropas seit 1989. In: H-Soz-Kult, 04.06.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98143.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

13) Die Herrnhuter Brüdergemeine als Impulsgeber für religiöse und kulturelle Innovation im 18. Jahrhundert

18.-21. Nov. 2021, Herrnhut

Veranstalter

University of Gothenburg, Johannes Gutenberg Universität Mainz, Herrnhuter Brüdergemeine (Prof. Dr. Christer Ahlberger, Prof. Dr. Wolfgang Breul, Dr. Peter Vogt)

Ausrichter

Prof. Dr. Christer Ahlberger, Prof. Dr. Wolfgang Breul, Dr. Peter Vogt

Veranstaltungsort

Komensky Gäste- und Tagungshaus

Gefördert durch

Deutsche Forschungsgemeinschaft, Historische Kommission zur Erforschung des Pietismus, Graf Zinzendorf Stiftung, Axel Springer Stiftung

02747 Herrnhut

18.11.2021 - 21.11.2021

Von

Wolfgang Breul, Evangelische Theologie Kirchengeschichte, Universität Mainz

Die Tagung möchte die vielfältige interdisziplinäre Forschung der letzten Jahrzehnte zur Herrnhuter Brüdergemeine des 18. und frühen 19. Jahrhunderts - mit ihren theologischen, liturgischen und organisatorischen Neuerungen sowie ihrem hohen Grad an Aktivität und Mobilität - verknüpfen und miteinander ins Gespräch bringen.

Die Herrnhuter Brüdergemeine (engl.: Moravian Church) ist innerhalb der internationalen Reformbewegung des Pietismus im 17. und 18. Jahrhunderts die vermutlich wichtigste Gemeindebildung. Ihre bis heute anhaltende Prägekraft verdankt die unter der Leitung des Reichsgrafen Nikolaus Ludwig von Zinzendorf (1700–1760) gegründete Brüdergemeine wesentlich dem hohen Grad an Aktivität und Mobilität einerseits und einer Reihe von attraktiv wirkenden theologischen, liturgischen und organisatorischen Neuerungen

andererseits. Dazu gehören insbesondere ein innovativer, transkonfessioneller Kirchenbegriff, die Ausbildung einer eigenständigen religiösen Sozialordnung, die auch eine Neubestimmung des Geschlechterverhältnisses beinhaltet, die zugespitzte Formulierung theologischer Positionen in Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der Aufklärung, ein Verständnis von Mission, das die kulturelle und soziale Identität ihrer Adressaten in einem für das 18. Jahrhundert beachtlichen Maß akzeptierte, und eine große Zahl neuer religiöser Praktiken und Gottesdienstformen. Die Tagung möchte die vielfältige interdisziplinäre Forschung der letzten Jahrzehnte verknüpfen und miteinander ins Gespräch bringen.

Programm

Keynotes:

Peter Zimmerling: Doch ein Luther redivivus? Der Einfluss Luthers auf Zinzendorfs Ekklesiologie.

Markus Matthias: Empfindsame Religion – Zinzendorfs theologie- und kulturgeschichtliche Bedeutung

Peter Vogt: Herrnhut als christliche Sozialutopie

Wolfgang Breul: Zinzendorfs ekklesiologisches Konzept als Grundlage von Diasporaarbeit und Mission

Gisela Mettele: Transit und Transformation. Die Gemeinde auf der Reise

Detailliertes Programm: siehe Homepage

Kontakt

Prof. Dr. Wolfgang Breul, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, breul@uni-mainz.de

<https://moravianconference2021.uni-mainz.de/>

Zitation

Die Herrnhuter Brüdergemeine als Impulsgeber für religiöse und kulturelle Innovation im 18. Jahrhundert. In: H-Soz-Kult, 04.06.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98133. Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

14) Wie bekommt man das Völkische aus den Köpfen? Reeducation und Reorientation im besetzten Deutschland 1945 bis 1955. Der Stellenwert völkischer Ideologien für Alliierte, deutsche Länder und die Bundesregierung

Veranstalter

Geschichte und Zukunft e.V. und Konrad-Adenauer-Stiftung (Konrad-Adenauer-Stiftung)

Ausrichter

Konrad-Adenauer-Stiftung

Veranstaltungsort

Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstraße 35

10785 Berlin

26.11.2021

Anmeldefrist

01.07.2021

Von

Barbara Nowak

In den vergangenen Jahren hat die Forschung erhebliche Fortschritte beim Verständnis der sich über weit über ein Jahrhundert hinweg entwickelnden völkischen Ideologie gemacht. Während die völkischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts mittlerweile gut erforscht sind, ebenso die völkischen Ideologien der Zwischenkriegszeit, die in den Ideologien des nationalsozialistischen Regimes aufgingen, lag ein Bereich bislang im Schatten: die unmittelbare Nachkriegszeit.

Bereits während des Krieges gab es auf alliierter Seite verschiedene Überlegungen, wie die deutsche Bevölkerung nach dem absehbaren Ende des NS-Regimes demokratisiert werden könne. Zu den Ergebnissen zählten die Arbeiten Kurt Lewins ebenso wie das German Educational Reconstruction Committee, die Entnazifizierungsverfahren, die Spruchkammern, die Amerika-Häuser, aber auch in Teilen Aufbauprogramme wie der Marshall-Plan, die Diskussionen um die Entstehung und Durchsetzung des Art. 131 GG und vieles mehr.

Zu den Akteuren der Reeducation gehörte Ernst Cramer (1913-2010). Der gebürtige Augsburger, vor der NS-Verfolgung nach mehrwöchiger KZ-Haft in die USA entkommen, während seine Eltern und sein jüngerer Bruder in Sobibor ermordet wurden, gehörte ab 1945 zu den Presseoffizieren der US-Militärregierung und wirkte wesentlich an der Neugründung deutscher Zeitungen mit. Später machte er Karriere bei Axel Springer, dessen engster Vertrauter er viele Jahre lang war. Cramer, dessen Nachlass viele hundert Aktenbände umfasst, personifiziert die praktische Seite der Reeducation.

Wie er versuchten weitere Protagonisten mit unterschiedlichen Maßnahmen auf vielen Ebenen, das Völkische aus den Köpfen zu bekommen. Zu diesen Protagonisten zählten staatliche Akteure auf alliierter Seite, aber auch Nichtregierungsorganisationen. Ebenso zählten dazu die deutschen Kommunen, die Länder und die Bundesregierung.

Ziel der Tagung ist es, besser zu verstehen, welchen Stellenwert völkische Ideologie und weitere ideologische Strömungen für die Akteure besaßen um ihre Umerziehungsgedanken erfolgreich umzusetzen.

Die internationale, interdisziplinäre Tagung findet am 26.11.2021 statt und richtet sich sowohl an Wissenschaftler der Germanistik, Rechtswissenschaften, Geschichte, Sozialwissenschaften und Politologie, als auch an Experten, aus dem politischen Betrieb. Die Vorträge sollen nicht länger als 20 Minuten sein. Die Konferenz wird organisiert von Geschichte und Zukunft e.V. (www.ge-zu.org) und der Konrad-Adenauer-Stiftung. Veranstaltungsort ist die Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstraße 35, 10785 Berlin.

Die Kosten der An- und Abreise, Mahlzeiten während des Tagungsprogramms und erforderlichenfalls der Übernachtung übernehmen die Veranstalter. Am Vortag findet die pandemiebedingt verschobene 4. Jahrestagung zum Thema „Von völkischem Aufbruch zu mörderischer Politik. Die völkischen Ursprünge nationalsozialistischer Ideologie“ statt. Für eine begrenzte Anzahl an Referenten werden die Übernachtungen vom Vortag zur Ermöglichung der Teilnahme an der 4. Jahrestagung ebenfalls übernommen.

Interessierte reichen bitte Abstracts im Umfang von 300 Worten nebst Kurz-CV (10 Zeilen) bis zum 01.07.2021 ein.

Die Beiträge der Referenten sollen im Jahresband 2022 der neuen Reihe „Politik – Ideologie - Wissenschaft“ beim Verlag Walter de Gruyter erscheinen, Herausgegeben von Dirk Rupnow et al.

Programm

0830h Frühstück

0900h Grußwort der Konrad-Adenauer-Stiftung: Dr. Michael Borchard

0910h Begrüßung und Einführung: Prof. Dr. Dirk Rupnow

0930h Panel I: Die Vorbereitungen der Re-education bis zum 09.05.1945, Kulturgutschutz und Wiedergutmachung. Anschließend Diskussion. Moderation: Prof. Dr. Lynn Rother

1100h Kaffeepause

1130h Panel II: Zuckerbrot und Peitsche: Die Re-education-Programme als Teil eines Gesamtkonzepts: German Educational Reconstruction Committee, Spruchkammern, Marshallplan. Anschließend Diskussion. Moderation: Prof. Dr. Bernd-A. Rusinek

1320h Mittagspause

1420h Panel III Die Teile des Ganzen: Das Wirken von Ernst Cramer, Matthias Walden und die Nachkriegspresse als Teil der re-education. Moderation: PD Dr. Matthias Oppermann

1600h Kaffeepause

1630h Abschlussdiskussion mit Gästen: Die Re-education, Ernst Cramer und die Deutschen. Moderation: Sven-Felix Kellerhoff (Die WELT).

1745h Ende der Veranstaltung / Umtrunk

Kontakt

Geschichte & Zukunft Wissenschaftsplattform ©
c/o History & Dokumentation e.V.
Geschäftsstelle Berlin
Theklastr. 20
12205 Berlin

ge.zu.tagung@hhu.de

<https://ge-zu.org/>

Zitation

Wie bekommt man das Völkische aus den Köpfen? Reeducation und Reorientation im besetzten Deutschland 1945 bis 1955. Der Stellenwert völkischer Ideologien für Alliierte, deutsche Länder und die Bundesregierung. In: H-Soz-Kult, 11.06.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98267.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

15) Nachgeholte Historisierung? Der Braunkohlenbergbau als Herausforderung für Geschichtswissenschaft und -vermittlung

Veranstalter

Institut für Landesgeschichte, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt

Veranstaltungsort

Landesmuseum für Vorgeschichte

06114 Halle (Saale)

02.12. bis 03.12.2021

Anmeldefrist

31.07.2021

Von

Jan Kellershohn, Institut für Landesgeschichte, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt

Das anvisierte Ende des Braunkohlenbergbaus wirft die Frage nach der Historisierung dieses Industriezweigs auf. Auf dem Workshop sollen zunächst Ansätze zur Erforschung der Geschichte des Braunkohlenbergbaus diskutiert werden. Darüber hinaus dient der Austausch dazu, die Potentiale des Paradigmas der Industriekultur auszuloten. Zuletzt steht der Mehrwert transregionaler Perspektiven für die Erforschung und Vermittlung der Geschichte der Braunkohlenreviere im Mittelpunkt.

Der geplante Ausstieg aus der Braunkohleförderung und -verstromung in Deutschland bis Ende der 2030er Jahre stellt die Landes- und Regionalgeschichte sowie die entsprechenden Kulturinstitutionen vor große Herausforderungen. Der Braunkohlenbergbau ist das hässliche Entlein sowohl der Montan-, Wirtschafts-, Sozial-, Landes- und

Umweltgeschichte; die Erforschung seiner Geschichte steckt noch in den Kinderschuhen. Vor allem die Geschichtsschreibung zum Mitteldeutschen Revier und zur Verflechtung von Braunkohle- und Chemieindustrie ist von Desiderata geprägt. Dass erste Historisierungsversuche abgebrochen sind, erstaunt umso mehr, als sich die Geschichte dieses Industriezweigs durch Problemkonstellationen auszeichnet, die gängigen Zäsuren und Erzählungen verschiedener historiographischer Subdisziplinen entgegenläuft: Arbeitshistorisch lässt die frühe Vollmechanisierung die Diagnose einer „Carbon Democracy“ (Timothy Mitchell) fragwürdig werden. Wirtschaftshistorisch handelt es sich um eine verschleppte Deindustrialisierung, die selbst mit dem geplanten Auslaufen Ende der 2030er Jahre noch in weiter Ferne liegt. Landes- und regionalhistorisch zeigt sich ein Industriezweig, dessen regionales Identifikationspotential zumindest strittig war und ist und der immer auch als Bedrohung des Eigenen wahrgenommen wurde. In vergleichender Perspektive scheint es sich bei dem Braunkohlenbergbau um einen Industriezweig zu handeln, dessen Entwicklung ein Proprium der deutschen Geschichte darstellt. Darüber hinaus verteilte er sich auf mehrere Reviere – vor allem das Mitteldeutsche, das Lausitzer sowie das Rheinische Revier – und fungierte damit, zum Beispiel im Gebiet um Helmstedt, sowohl als verbindenden als auch als trennendes Element zwischen DDR und BRD.

Auch auf Vermittlungsebene bleibt der Braunkohlenbergbau hinter vergleichbaren Industriezweigen zurück. Anfang der 2000er Jahre diagnostizierte Rainer Slotta, dass sich das „minderwertige Mineral“ – auch nach einer ersten Historisierungswelle im Mitteldeutschen und vor allem im Lausitzer Braunkohlenrevier – durch eine „minderwertige Geschichte“ auszeichne. Trotz erster Erfolge steht die industriekulturelle Inwertsetzung der Hinterlassenschaften der Braunkohle und die Einbettung in ein übergreifendes Narrativ noch am Anfang; die Potentiale des Paradigmas der Industriekultur für die Geschichte dieser Branche wurden noch nicht hinlänglich ausgelotet; die durch die deutsche Teilung bedingten Wahrnehmungs- und Erinnerungsasymmetrien nicht hinreichend reflektiert.

Vor diesem Hintergrund sollen auf dem Workshop Forschungs- und Vermittlungsperspektiven zur Geschichte der Braunkohleindustrie diskutiert werden. Folgende drei Komplexe stehen dabei im Mittelpunkt:

Erstens soll nach Ansätzen zur Erforschung der Geschichte der Braunkohlenindustrie gefragt werden. Inwieweit ergab sich die Bedeutung dieses Industriezweiges nie ausschließlich aus seiner Sozial- und Wirtschaftsgeschichte im engeren Sinne, sondern aus seiner Funktion als Medium gesellschaftlicher Selbstthematisierung? Inwieweit wurden über diese umstrittene Industrie immer auch weiterreichende Fragen verhandelt: nach dem Verhältnis von Mensch und der Gestaltbarkeit seiner Umwelt; nach der räumlichen Zugehörigkeit von Menschen und der Bedeutung von Eigentum und Besitz (Umsiedlung/Enteignung); nach Ansprüchen räumlicher Identität, Natürlichkeit und Authentizität (Rekultivierung); nach Bewahrung und Zerstörung; nach dem Verhältnis von Mensch und Maschine sowie nach der Bedeutung energiepolitischer Souveränität? Welche Möglichkeiten bietet vor diesem Hintergrund eine Erinnerungs- und Erfahrungsgeschichte der Braunkohle?

Zweitens steht die Frage nach dem Potential des Paradigmas der Industriekultur im Mittelpunkt. Eignet sich ein Konzept, das aus dem spezifischen Kontext des westdeutschen Ruhrgebiets der 1960er/70er Jahre stammt, als Blaupause für die kulturellen Herausforderungen des Braunkohlenausstiegs? Welche Schwerpunkte produziert dieses Konzept? Wo ist es erforderlich, den Blick zu weiten? Welche Erweiterungen wie eine Erfahrungs- und Kulturgeschichte des Industriellen lassen sich aus den Perspektiven der Landes- und Regionalgeschichte, der *labour history* sowie der *public history* denken?

Drittens soll das Konzept der Transregionalität auf sein Vermittlungs- wie historiographisches Potential für die Geschichte der Braunkohlenreviere befragt werden. Das Wirken von Individuen wie Walther Rathenau, Hermann Gruhl, Carl Adolf Riebeck oder Konrad Piatscheck oder die Geschichte des Petschek-Konzerns belegen beispielsweise, dass das Mitteldeutsche mit anderen Braunkohlerevieren vielfältig verwoben war. Wie lässt sich dem Ineinandergreifen von regionaler Verankerung und transregionaler Verflechtung historiographisch wie geschichtskulturell Rechnung tragen? Welche Raumwahrnehmungen und Weltbeziehungen prägten diesen Industriezweig? Inwieweit erfordert der Braunkohlenbergbau also eine grundsätzlich neue Perspektive auf die Geschichte schwerindustrieller Ballungsräume?

Um Beitragsvorschläge im Umfang von max. 500 Wörtern mit knapper biographischer Notiz wird bis zum 31. Juli 2021 an jkellershohn@lda.stk.sachsen-anhalt.de gebeten. Eine Publikation der Beiträge ist in der Reihe des Instituts für Landesgeschichte Sachsen-Anhalts geplant. Die Kosten für Reise und Übernachtung werden übernommen.

Kontakt

Dr. des. Jan Kellershohn
Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt Landesmuseum für
Vorgeschichte
Abt. 6: Institut für Landesgeschichte
Wissenschaftlicher Referent
Richard-Wagner-Straße 9
06114 Halle (Saale)

Tel.: 0345-2939796
E-Mail: JKellershohn@lda.stk.sachsen-anhalt.de

<https://archlsa.de/>

Zitation

Nachgeholte Historisierung? Der Braunkohlenbergbau als Herausforderung für
Geschichtswissenschaft und -vermittlung. In: H-Soz-Kult, 15.06.2021,
www.hsozkult.de/event/id/event-98346.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

16) Zeit in der Landesgeschichte

Veranstalter

Martin Göllnitz (Marburg), Markus Müller (München) und Evelien Timpener (Gießen)

Veranstaltungsort

Just-Liebig-Universität Gießen

13. bis 14.01.2022

Anmeldefrist:

31.07.2021

Von

Markus Christopher Müller

Eine wissenschaftliche Tagung der AG Landesgeschichte des Verbands der Historikerinnen und Historiker Deutschlands lädt Promovierende und PostDocs der Landesgeschichte nach Gießen ein, um dort über die ihren Abschlussarbeiten und Forschungen zugrundeliegende Konzeption von Zeit zu reflektieren und zu referieren.

Zeit in der Landesgeschichte

Zeit kann und muss als eine der zentralen Kategorien der Geschichtswissenschaft bezeichnet werden: sowohl methodisch als auch thematisch. Ohne Zeit oder ohne eine gewisse Konzeption von Zeit gäbe es keine Vorstellung von Geschichte und so nicht einmal die Möglichkeit, diese wissenschaftlich zu untersuchen. Trotzdem ist immer wieder von einer gewissen „Zeitvergessenheit“ die Rede, da die Geschichtswissenschaft ihren Umgang mit Zeit zu wenig bewusst reflektiere. Gerade der wissenschaftliche Nachwuchs hat die Chance, sich schon in den akademischen Qualifikationsarbeiten kritisch mit diesem Phänomen auseinanderzusetzen. Eine wissenschaftliche Tagung der AG Landesgeschichte des Verbands der Historikerinnen und Historiker Deutschlands lädt deshalb Promovierende und PostDocs der Landesgeschichte nach Gießen ein, um dort über die ihren Abschlussarbeiten und Forschungen zugrundeliegende Konzeption von Zeit zu reflektieren und zu referieren.

Gerade die Landesgeschichte hat sich solchen Fragen stärker zu stellen, da sie den Anspruch erhebt, bei ihrem Blick auf bestimmte unterhalb der staatlichen Ebene liegende Länder oder Regionen epochenübergreifende Perspektiven einnehmen zu können. Es fehlt der Landesgeschichtsforschung bisweilen am Austausch, gerade junger LandeshistorikerInnen über die „Länder“grenzen hinaus.

Drei thematische Schwerpunkte bieten sich neben weiteren sicherlich an, eine solche Reflexion zu begleiten: Zentrale Bedeutung kommt bei der Frage nach der methodischen Bestimmung der Zeit zunächst der Chronologie zu, die bereits Jean Bodin als „Ariadnefaden“ der Geschichtswissenschaft bezeichnete. Die oft mit Blick auf ihre Sinnhaftigkeit hinterfragte und doch nie wirklich abgelöste chronologische Gliederung historiographischer Darstellungen gerät gerade vor dem Hintergrund einer global denkenden Geschichtswissenschaft neu in den Blick. Diese Erkenntnis kann auch in der Landesgeschichte zu einer Sensibilisierung in Bezug auf lokale oder regionale Chronologien führen, die oft vom politischen oder kulturellen Zentrum her konzipiert werden und wurden. Direkt wird so die Frage nach der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen aufgeworfen, die sich gerade in der räumlichen Konkretisierung der Landesgeschichte fassen lässt.

Zweitens lässt sich das Zeitverständnis der historischen AkteurInnen rekonstruieren, was mentalitäts- und sozialhistorische Fragestellungen impliziert, da Zeit und ihr Erleben und Wahrnehmen als soziale Kategorien sowohl aus der individuellen Perspektive als auch aus der Perspektive von Gruppen in den Blick genommen werden können. Religiöse Vorstellungen spiegeln sich hierin gesellschaftlich normiert genauso wider wie naturwissenschaftliche Erkenntnisse.

Die Analyse von Kontinuität und Wandel führt drittens zu Fragen nach Dekadenz und Rückschritt, nach Progression und Fortschritt – während Veränderung häufig leichter zu fassen ist, bereitet die Identifikation von Kontinuitätslinien oft methodische Schwierigkeiten: Die diachrone Perspektive der Landesgeschichte kann hier gängige Narrative in Frage stellen und mit ihrem Blick auf die Vielfalt historischer Entwicklungen vermeintliche Teleologien aufbrechen.

Diese und weitere Anfragen lassen sich bereits in der Qualifikationsphase an konzipierte oder bereits begonnene Forschungsarbeiten herantragen. Die Tagung lädt zur Reflexion darüber ein, wie dies konkret funktionieren kann.

Daneben soll sie NachwuchswissenschaftlerInnen Gelegenheit zur Vernetzung und zum Austausch geben, aber auch Raum lassen, um zukunftsweisende Themen und neue Positionierungen der Landesgeschichte zu diskutieren.

NachwuchswissenschaftlerInnen in und um die Promotionsphase sind sehr herzlich eingeladen, sich mit einem kurzen, aussagekräftigen Exposé für einen Workshop-Beitrag zu bewerben.

Kontakt

Dr. Markus Müller, Ludwig-Maximilians-Universität München
mueller.markus@lmu.de

Zitation

Zeit in der Landesgeschichte. In: H-Soz-Kult, 18.05.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-97702.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

17) Das "Bibliomigratorische" im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg

Veranstalter

Konzeption / Organisation: Venessa de Senarclens, Humboldt Universität Berlin (Deutsches Historisches Institut Warschau)

Ausrichter

Deutsches Historisches Institut Warschau

Veranstaltungsort

Deutsches Historisches Institut Warschau

Gefördert durch

Max Weber Stiftung

31.03. bis 01.04.2022

Anmeldefrist

01.09.2021

Von

Dorota Zielinska, Palac Karnickich, Niemiecki Instytut Historyczny w Warszawie (DHI Warschau)

Tagung am Deutsches Historisches Institut Warschau (DHIW), von Donnerstag, den 31. März bis Freitag, den 1. April 2022

Das „Bibliomigratorische“ im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg
Konzeption / Organisation: Vanessa de Senarclens (senarclv@hu-berlin.de)

Der Historiker Robert Darnton hat die Geschichte eines Buches als einen lebendigen Kommunikationskreislauf – „a communication circuit“ – beschrieben, an dessen materieller Produktion, Vertrieb und Wirkung zahlreiche Akteure und Institutionen beteiligt sind: vom Autor zum Drucker und Buchhändler, über viele private wie öffentliche Räume wie Salons, Kaffee, Bibliotheken, in denen das Buch vom Leser interpretiert, diskutiert und adaptiert wird. Im 18. Jahrhundert, das Darnton untersucht, bilden diese Kommunikationskreise lebendige Netzwerke, die oft unter dem Radar der staatlichen Kontrolle interagieren. Auf verschlungenen und oft auch verbotenen Wegen werden Bücher durch ganz Europa transportiert, von Paris nach Warschau, von Dresden bis London, von Genf nach Leipzig. Der Titel dieses Kolloquiums – Das Bibliomigratorische im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg – rückt Bücher als Träger materieller aber auch immaterieller Geschichte in einen Kontext, in dem der Kreis der Kommunikation stark von der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg geprägt ist. Mit dem Angriff Nazi-Deutschlands auf Polen 1939 wurden bis Kriegsende 1945 rund 70 bis 75 Prozent der polnischen Bibliotheksbestände dezimiert, zerstört oder verstreut. Gemäß einer Berechnung von 2015 überlebten von den 22, 6 Millionen Bänden der polnischen Bibliotheken vor 1939 nur ein knappes Drittel. Nach der Verlegung der deutsch-polnischen Grenze entlang der Oder-Neiße-Linie im August 1945 gelangten hingegen Millionen von Büchern aus privaten, kirchlichen und auch ausgelagerten öffentlichen Sammlungen der Preußischen Staatsbibliothek in einen neuen nationalen Kontext. Aus polnischer Perspektive wurden diese „zurückgelassenen“ Bücher aus deutschen Bibliotheken als Staatseigentum betrachtet und als solches vor weiteren Plünderungen und Zerstörungen geschützt. Polen hat auch versucht, den Abtransport von „Trophäenbüchern“ in die Sowjetunion zu verhindern. Laut einem polnischen Gesetz vom 6. Mai 1945 waren sie „verlassen und aufgegeben“. Entsprechend bezeichnet man diese Bücher aus ehemaligen deutschen Bibliotheksbeständen als „sichergestellte Büchersammlungen“ und betrachtet sie als „Kompensation“ für die absichtliche Zerstörung von polnischen Archiven und Bibliotheken während des Krieges – wenn auch eine gänzlich

unzureichende und unverhältnismäßige. In der Bundesrepublik wie auch in der DDR und vielleicht erst recht im wiedervereinigten Deutschland sind diese Bücher mit Begriffen wie „Verlust“, „schmerzliche Lücke“ oder „Zerrissenheit der Nachlässe und Sammlungen“ verbunden. Sinnbild dieser Zerrissenheit ist sicher die 8. Sinfonie von Beethoven: Die Handschrift des ersten, zweiten und vierten Satzes sind in der Staatsbibliothek zu Berlin aufbewahrt, der dritten Satz Tempo di menuetto indessen in der Biblioteka Jagiellońska in Krakau.

In Anlehnung an den Begriff der „Bibliomigrancy“ von B. Venkat Mani, wollen wir auf dieser Tagung Geschichten von Büchermigrationen zwischen Deutschland und Polen ab 1939 in den Mittelpunkt stellen. Die Wortneuschöpfung, die auf dem englischen Wort „Migrancy“ abgeleitet ist, deutet nicht so sehr auf ein Ereignis hin – die Migration von einem Land in ein anderes oder von einer Sprache in eine andere – als vielmehr auf einen Zustand, der andauert und sich fortentwickelt. Bei dem Begriff „Bibliomigratorisch“ geht es ebenso um die Reise der Bücher in Raum und Zeit, wie auch um ihre sich wandelnde Semantisierung innerhalb geografischer, politischer, institutioneller und sprachlicher Räume. Neben der Migration der Bücher geht es auf unserer Tagung auch um ihre Stellung in den Institutionen, in die sie integriert oder in denen sie auch nur aufbewahrt werden. Wir wollen den wechselnden Status der Bücher erkunden wie auch das Verhältnis von Gedächtnis, Erinnern und Vergessen, das bis heute zwischen Polen und Deutschland brisant bleibt. Seit nunmehr 75 Jahren sind diese Bücher Gegenstand zweier völlig verschiedener nationaler Erzählungen. Von einigen Initiativen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern abgesehen, sind sie auf eine politisch-symbolische Dimension der Kriegsfolgen reduziert. Die Bücher sind in Universitätsbibliotheken (Łódź, Kraków, Wrocław, Warszawa) aufbewahrt, doch oft ohne erklärenden Zusammenhang, unzureichend katalogisiert, ohne Eingabe von Provenienz, „Verlegt, verwahrt und vergessen“, wie ich an einer Voltaire-Ausgabe der Philosophie de l’Histoire von 1765 zeigen konnte. Und doch haben diese Bücher etwas Gemeinsames: Auf beiden Seiten der Oder-Neiße-Linie geht es um Verlust- und Trauergeschichten. In ihrem programmatischen Aufsatz von 2017 mit dem Titel Die Provenienz der Kultur. Von der Trauer des Verlusts zum universalen Menschheitserbe plädierte Bénédicte Savoy für einen offenen Umgang mit der Provenienz kunsthistorischer Objekte auf ihren Wegen im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts in die europäischen Sammlungen. Sie zeigte, wie Trauer dadurch überwunden werden kann, dass man die Geschichte von wechselseitiger Wirkung und Verflechtung als gemeinsames europäisches Erbe erzählt und teilt. Die Bücher, die uns hier interessieren, sind im Gegensatz zu den Objekten der Kunstgeschichte, die Savoy behandelt, selten in einer Museumsvitrine vorzufinden, sondern oft vernachlässigt und vergessen. Doch sind sie gleichermaßen Zeugnis einer gemeinsamen europäischen Geschichte, die in eine Zeit weit vor 1939 zurückreicht. Der fast wahrgewordene Traum einer umfassenden erhabenen Weltbibliothek, in der alle Bücher über die digitalen Medien friedentiftend, überall zugänglich sind, hat auch etwas Abstraktes. Die Wiederentdeckung der „Lust am Buch“, wie Michael Hagner ausweist, geht mit Erzählungen, Provenienzforschung und subjektiver Aneignung einher. Auf dieser Tagung wollen wir die Bücher aus ihrem politischen toten Winkel herausholen und sie als lebendiges „Geschichtsding“ betrachten, samt ihrer „Biographie“ mit ihren kulturellen, sozialen und politischen Aspekten.

Avisierte Fragen und Themen

- Beispiele einzelner Bände aus polnischer oder deutscher Sammlungen, die im Krieg aus ihren institutionellen Kontext gerissen oder gar vollkommen zerstört wurden.
- Geschichte der Wege und der Wirkung einzelner Bände – auch als „vermisste“, abwesende, zerstörte Objekte im polnischen und deutschen kulturellen Gedächtnis.
- Stellenwert dieser Bücher im politischen und diplomatischen Diskurs sowohl in Polen wie auch in Deutschland. Können wir Schlüsselmomente in der Behandlung dieser diplomatischen Angelegenheit seit 1945 ausmachen, sowohl zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen wie auch zwischen Polen und der Bundesrepublik?
- Was machen die wandelnde Kontexte mit dem Buchobjekt, aber auch, was bewirkt ein solches Buch in verschiedenen wechselnden sozialen und politischen Umfeldern?

Die Tagung wird in Kooperation mit und in den Räumen des Deutsches Historisches Instituts Warschau (DHIW) stattfinden. Das Deutsches Historisches Institut Warschau (DHIW) wird während der Tagung auch einen Übersetzungsdienst anbieten.
Sprachen: Deutsch/ English/ Polnisch

Frist für die Einreichung der Abstracts ist der 1. September 2021

Kontakt

dhi@dhi.waw.pl

Zitation

Das "Bibliomigratorische" im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg. In: H-Soz-Kult, 21.06.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98476.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

18) "Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken

Veranstalter
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

40225 Düsseldorf

11.05.2022 - 13.05.2022

Anmeldefrist

31.07.2021

Von

Gero Faßbeck, Institut für Romanistik, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Im Mittelpunkt der Tagung steht die Frage, welche wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und ästhetischen Dynamiken durch Flüsse in Gang gesetzt werden. Neben konkreten Flussräumen (z.B. Rhein, Donau, Oder, Rhône, Ebro, Tiber) soll es dabei auch um Fragen des methodischen Zugriffs auf räumliche Flussdynamiken gehen. Flüsse, so die leitende These, sind nicht nur passive Objekte wissenschaftlicher Beschreibung, sondern sie sind selbst aktiv an der Konstituierung von Räumen beteiligt.

"Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken

Flüsse sind (genauso wie Meere oder Gebirge) seit jeher ein prägender Bestandteil von Räumen. Sie dienen als natürliche Grenzen, formen den Charakter einer Landschaft und prägen das Bild ganzer Regionen. Für die Wahrnehmung eines geografischen Raumes spielen Flüsse daher eine ganz wesentliche Rolle. Entsprechend werden ihre Lage und ihr Verlauf aufs Genaueste beschrieben, vermessen und kartografiert. Als natürliche Gebilde konfrontieren sie den Menschen mit Gefahren (Hochwasser, Dammbüche, usw.), deren Risiken durch Eingriffe in die Natur (z.B. Staudämme, Kanäle, Begradigungen) minimiert werden. Umgekehrt macht sich der Mensch das natürliche Potenzial von Flussräumen auch zu Nutze (z.B. Wasserkraft, Landwirtschaft). Flüsse sind jedoch nicht nur das passive Objekt wissenschaftlich-technischer Naturbeherrschung, sondern sie sind selbst aktiv an der Konstitution von Räumen beteiligt. Begreift man Flüsse als eigenständige Akteure im Rahmen einer Netzwerk-Theorie, so stellt sich die Frage, welche Dynamiken durch sie in Gang gesetzt werden.

In ökonomischer Hinsicht dienen Flüsse als wichtige Transport- und Verkehrswege. Sie sind Lebensadern der Wirtschaft, die zur Verflechtung von Wirtschaftsräumen beitragen. Ihre verkehrstechnische Nutzung zieht eine Vielzahl von juristischen Diskursen nach sich, die ihrerseits wieder neue Dynamiken erzeugen, indem sie (supra-)staatliche Gesetzgebungen anregen, aus denen neue Institutionen hervorgehen. In politischer Hinsicht sind Flüsse oftmals umkämpfte Grenzen oder Orte kriegerischer Auseinandersetzungen. Mitunter werden sie zur Projektionsfläche für nationale Diskurse, an denen sich langlebige Feindschaften ausbilden (z.B. Rhein, Oder-Neiße). Gleichzeitig bilden sie aber auch Räume des Kontakts, in denen kulturelle Transfer- und Austauschprozesse stattfinden. Flussräume sind somit exemplarische Räume der Abgrenzung und der Verflechtung. Als solche tragen sie entscheidend zur Herausbildung von Raumkulturen bzw. zur Entstehung von Kulturräumen bei (z.B. Donau, Rhein, Oder, Rhône, Tiber, Ebro). Nicht zufällig gilt der Fluss seit der Antike (Heraklit) als Sinnbild für Identitätsproblematiken schlechthin. Denn Flüsse konstituieren Räume mit erheblicher Beharrungskraft, die gerade deswegen konstant bleiben, weil sie immer in Bewegung sind.

Das paradoxe Verhältnis von Konstanz und Veränderung eignet sich auch für ästhetische Diskurse. Bereits im Mythos wird der Fluss als metaphorische Schwelle bzw. Ort des Übergangs markiert (z.B. Lethe, Rubikon). In der Bibel ist er ein Symbol für Reinigung und Heilung (z.B. Jordan). Überaus häufig begegnet man Fluss-Symboliken in Sagen, Märchen und Legenden (z.B. Loreley). Überhaupt scheinen Flussräume in besondere Weise anschlussfähig für eine Imagologie des Wassers zu sein. Daneben spielt der Fluss aber auch eine Rolle bei der Entstehung von Kulturtechniken (z.B. Baden, Schwimmen, Waschen, Kuren) und künstlerisch-diskursiven Praktiken (z.B. Rhein-Romantik). Letztere verbinden sich auffällig häufig mit Flussabschnitten, die als Knotenpunkte für Transferprozesse zwischen einzelnen Regionen dienen (z.B. Furten, Zusammenflüsse). Oftmals bilden diese Räume schon nach kurzer Zeit eigene „Kulturlandschaften“, d.h. räumliche Einheiten, die über bestimmte Merkmale verfügen und an denen sich ein einheitlicher „Stil“ (im Unterschied zu kurzfristigen Moden) entwickelt. Bezeichnenderweise haben sich Orte des Wissens (z.B. Bibliotheken, Klöster, Stifte) im Mittelalter bevorzugt an solchen Flussabschnitten angesiedelt, deren begünstigende Faktoren auch dazu beigetragen haben, künstlerische Praktiken zu verbreiten.

Im Rahmen der Tagung sollen sowohl konkrete Flussräume als auch einzelne der hier vorgestellten Flusssynamiken aus einer geistes- und kulturwissenschaftlichen Perspektive beleuchtet werden. Das Verhältnis von Flusssynamiken und Raumkulturen soll dabei aus einer längeren historischen Perspektive untersucht werden, die den Zeitraum vom Mittelalter bis zum 19. und 20. Jahrhundert abdeckt. Neben thematisch-inhaltlichen Aspekten sind insbesondere auch Beiträge erwünscht, die sich mit methodischen Fragen auseinandersetzen.

Mögliche Themen oder Fragestellungen der Beiträge könnten u.a. sein:

- Wie lassen sich Flussräume mit ihren spezifischen Eigenheiten und Verflechtungen über (nationale) Grenzen hinweg beschreiben?
- Wie lassen sich der Fluss und seine dazugehörigen Elemente (Strom, Quelle, Mündung Fließen, usw.) für eine Analyse von Raumkulturen / Kulturräumen operationalisieren?
- Welche Rolle spielen Flüsse für die Konstitution von Räumen? Welcher kulturellen Anstrengungen bedarf es, um Flüsse als räumliche Einheiten zu konstituieren?
- Inwiefern wird die Wahrnehmung von geografischen Räumen durch Flüsse gelenkt und welche Faktoren tragen dazu bei, dass sich die Raumwahrnehmung verändert?
- Welche Art von wirtschaftlichen, politischen, ästhetischen und künstlerisch-diskursiven Dynamiken entstehen entlang von Flussläufen?

Die Tagung wird organisiert vom Forschungsverbund "Fluide Räume" der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Zu den beteiligten Fachdisziplinen gehören das Institut für Geschichte, germanistische Mediävistik, Romanistik und Kunstgeschichte.

Beiträge aus anderen als den genannten Disziplinen sind jedoch explizit erwünscht.

Die Tagung beginnt am Mittwoch, den 11. Mai 2022, und endet am Freitag, den 13. Mai 2022, jeweils gegen Abend. Veranstaltungsort ist das Haus der Universität Düsseldorf, Shadowplatz 14, 40212 Düsseldorf. Die Anwesenheit der Tagungsteilnehmer an allen drei Veranstaltungstagen ist erwünscht. Kosten für Unterkunft und Reise werden erstattet. Honorare können nicht gezahlt werden.

Wir erbitten die Einsendung von Abstracts (max. 2500 Zeichen) bis zum 31.07.2021 an Fluide.Raeume@hhu.de.

Veranstalter:

Geographie Fehlanzeige! Warum?

Prof. Dr. Achim Landwehr
Institut für Geschichte
Heinrich-Heine-Universität
Gebäude 23.32
Universitätsstraße 1
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Guido Thiemeyer
Institut für Geschichte
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 23.31
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Ricarda Bauschke-Hartung
Institut für Germanistik
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.54
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Andrea von Hülsen-Esch
Institut für Kunstgeschichte
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.51
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Ursula Hennigfeld
Institut für Romanistik
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.51
40225 Düsseldorf

Dr. Gero Faßbeck
Institut für Romanistik
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.51
40225 Düsseldorf

Kontakt: Fluide.Raeume@hhu.de

Zitation

"Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken. In: H-Soz-Kult, 03.06.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98109.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

19) Slavistiktag 2022

Veranstalter

Verband der deutschen Slavistik (Ruhr-Universität Bochum)

Ausrichter

Ruhr-Universität Bochum

44780 Bochum

21.09.2022 - 24.09.2022

Anmeldung bis:

15.01.2022

Von

Thomas Skowronek, Seminar für Slavistik / Lotman-Institut für russische Kultur, Ruhr-Universität Bochum

Der 14. Deutsche Slavistiktag findet vom 21. bis 24. September 2022 an der Ruhr-Universität Bochum statt. Der Verband der deutschen Slavistik lädt alle promovierten Slavist:innen und Doktorand:innen aus dem deutschsprachigen Raum sowie internationale Gäste zur aktiven Teilnahme ein; die Einladung zur passiven Teilnahme richtet sich auch an Studierende.

Der Deutsche Slavistiktag ist die zentrale Tagung der deutschsprachigen Slavistik. Alle drei bis vier Jahre versammelt er Forschende, die sich mit der slavischen Welt und ihrer Erkundung im Bereich der Literatur-, Kultur- und Medienwissenschaft, der Linguistik und der Fachdidaktik auseinandersetzen.

Der 14. Deutsche Slavistiktag findet vom 21. bis 24. September 2022 an der Ruhr-Universität Bochum statt. Der Verband der deutschen Slavistik lädt alle promovierten Slavist:innen und Doktorand:innen aus dem deutschsprachigen Raum sowie internationale Gäste zur aktiven Teilnahme ein; die Einladung zur passiven Teilnahme richtet sich auch an Studierende. Ihre Bewerbung schicken Sie bitte an: slavtag2022@rub.de

Programm

- bis 15. Januar 2022: Bewerbung für aktive Teilnahme, Einreichung der Abstracts
- bis 15. Februar 2022: Information über die Annahme des Themenvorschlags
- 15. Februar – 1. Juni 2022: Nach Zusage Zahlung des Kongressbeitrags (verbindliche Anmeldung)
- bis 1. September 2022: Anmeldung für passive Teilnahme
- 21.–24. September 2022: 14. Deutscher Slavistiktag

Kontakt

slavtag2022@rub.de

<https://slavtag2022.blogs.ruhr-uni-bochum.de>

Zitation

Slavistiktag 2022. In: H-Soz-Kult, 06.05.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-97428.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved.

This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

01) Programme der Museen von Berlin Tempelhof-Schöneberg



Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
Abteilung Bildung, Kultur und Soziales
Fachbereich Kunst, Kultur und Museen
Museen Tempelhof-Schöneberg

Museen Tempelhof-Schöneberg

Hauptstraße 40 /42
10827 Berlin

museum@ba-ts.berlin.de

Unser Sekretariat erreichen Sie zur Zeit:

Montag bis Donnerstag von 9 bis 15 Uhr
Freitag von 9 - 14 Uhr

Tel. 030 90277-6163

museum@ba-ts.berlin.de

+++ Aktuell +++

Ab Samstag 24. April 2021 sind alle Standorte der Museen Tempelhof-Schöneberg im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes bis auf Weiteres geschlossen!

Wir freuen uns darauf, Sie hoffentlich bald wieder in unseren neuen Ausstellungen zu begrüßen zu können, sobald die aktuelle Lage in Berlin eine Wiedereröffnung der Kultureinrichtungen ermöglicht.

Bleiben Sie zuversichtlich.

Ihr Team der Museen Tempelhof-Schöneberg

Mai - Juli 2021



BezirksTOUREN

Tempelhof-Schöneberg



Widerstand und Kunst in Friedenau, Foto: Dr. Petra T. Fritsche



Jüdisches Leben im Bayerischen Viertel
Foto: Museen Tempelhof-Schöneberg



Graffiti Tour durch Schöneberg, Foto: gris030



Legende
Bauweise
angelegte Projekte
unvollendete Projekte
September 21



Verrostete Nägel vom Tempelhofer Feld,
Foto: Sonya Schönberger, 2021



Thälmannplatz, Berlin, 1949, Foto: Schumann (Postkartendetail)

Eine Ausstellung des Aktiven Museums Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. in Kooperation mit der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz.

INFORMATIONSORT SCHWERBELASTUNGSKÖRPER

SA 1.5. – SO 31.10.

Nägel

Eine Installation von Sonya Schönberger

Sonderausstellung

Auf dem Tempelhofer Feld befanden sich ab 1941 Zwangsarbeitslager der Lufthansa und der Weser Flugzeugbau. Tausende Menschen unterschiedlicher Nationalitäten mussten unter menschenverachtenden Bedingungen für die nationalsozialistische Rüstungsproduktion arbeiten. Zwischen 2012 und 2014 brachten archäologische Grabungen historische Überreste der Zwangsarbeit hervor.

Die Künstlerin **Sonya Schönberger** lenkt mit ihrer Installation im Schwerbelastungskörper den Blick auf die unmenschliche Situation in den Lagern.

Ort: Informationsort Schwerbelastungskörper, General-Pape-Straße / Loewenhardtdamm, 12101 Berlin.

GEDENKORT SA-GEFÄNGNIS PAPESTRASSE

SA 29.5. – MI 29.9.

Ausgeblendet

Der Umgang mit NS-Täterorten in Ost-Berlin

Sonderausstellung

Im Stadtbild Berlins finden sich heute zahlreiche Gedenkstätten, Dokumentationszentren und Mahnmale, die an die nationalsozialistischen Verbrechen erinnern. Der Einrichtung vieler dieser Orte – gerade, wenn es sich um sogenannte Täterorte handelt – ging jedoch eine lange Geschichte des Ausblendens und Verschweigens sowie politischer Auseinandersetzungen voraus.

Die Ausstellung **Ausgeblendet** erzählt von diesem schwierigen Prozess der Sichtbarmachung in Ost-Berlin vor und nach der deutschen Wiedervereinigung.

Ort: Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße, Werner-Voll-Damm 54 a, 12101 Berlin

SELBST ERKUNDEN

Geschichtsparcours Yorckbrücken

Die zwischen 1875 und 1940 entstandenen historischen Yorckbrücken prägen bis heute den lebendigen Stadtraum zwischen Schöneberg und Kreuzberg und bieten einen autofreien Spazierweg zwischen dem Park am Gleisdreieck und dem sogenannten Flaschenhalspark.

Der **Geschichtsparcours Yorckbrücken** mit seinen vielen Objektschildern lädt dazu ein, die Historie der einst über vierzig Brücken und die zahlreich erhaltenen baugeschichtlichen Spuren auf dem Gelände und in den angrenzenden Parks bei einem Spaziergang zu entdecken.

Für individuelle Entdeckungstouren erhalten Sie Faltpläne sowie eine reich bebilderte Begleitbroschüre bei den Museen Tempelhof-Schöneberg oder als PDF zum Download unter

www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/medien-materialien.html oder unter www.yorckbruecken.de



Foto: eckedesign



Foto: Museen Tempelhof-Schöneberg

SELBST ERKUNDEN

Geschichtsparcours Papestraße

Der **Open-Air-Geschichtsparcours** umfasst das Gelände zwischen der General-Pape-Straße im Westen, der Gontermannstraße im Osten sowie der Kolonnenbrücke im Norden und dem Werner-Voß-Damm im Süden. Anhand von 14 Stationen kann die spannende Geschichte des Geländes entdeckt werden, von der Nutzung als Pferderennbahn um 1840 über die Erschließung durch Eisenbahn und Militär bis zur Mischnutzung nach dem Zweiten Weltkrieg, als hier die Wilhelm-Foerster-Sternwarte ihr Domizil hatte.

Heute befinden sich auf dem Gelände u.a. der **Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße** (siehe S. 64) und der **Informationsort Schwerbelastungskörper** (siehe S. 62).

Für die Tour zum Selbsterkunden durch dieses vielfältige Gebiet erhalten Sie die Broschüre kostenlos über die Bürgerbüros des Bezirksamtes oder zum Download unter www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/medien-materialien.html oder unter www.geschichtsparcours.de

SELBST ERKUNDEN

Audioguide durch das Bayerische Viertel

An 29 Stationen führt ein neuer **Audioguide** durch das Bayerische Viertel. Vor der Zeit des Nationalsozialismus lebten hier viele jüdische Familien, die ab 1933 ausgegrenzt, verfolgt und ermordet wurden. Während einer Projektwoche des Jugend Museums forschten Jugendliche der Georg-von-Giesche-Schule zur Geschichte des Viertels im Nationalsozialismus und zu Biographien jüdischer Bewohnerinnen und Bewohner.



Den Audioguide finden Sie durch Scannen des QR-Codes oder unter

www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/audioguide

Einen Faltpfad mit Karte erhalten Sie kostenlos bei den Museen Tempelhof-Schöneberg und als PDF zum Download unter www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/medien-materialien.html

ARCHIV der MUSEEN TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

SELBST ERKUNDEN

Schöneberg – gestern und heute

Im Rahmen des Digitalisierungsprojektes »Herwarth Staudt und die Ruinen Schönebergs« werden rund 100 ausgewählte Abbildungen der Staudt-Negative in der **berlinHistory App** zu entdecken sein. Neben Nachkriegsbildern des Stadtmuseums Berlin, des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst und des BVG-Archivs können auch Ruinen-Bilder der Museen Tempelhof-Schöneberg über die **Vorher-Nachher-Funktion** im Stadt-raum verortet und mit aktuellen Fotos verglichen werden. Sie können das Projekt mit Ihrem Smartphone unterstützen und ergänzen.

Weitere Informationen finden Sie auf: <https://berlinhistory.app>

berlinHistory.app



SELBST ERKUNDEN

INSEL TOUR

Die »Schöneberger Insel« ist ein lebendiges Viertel mit eindrucksvoller Architektur und wechselvoller Geschichte, das mit einem historischen Informationssystem zu Entdeckungstouren einlädt. 19 Stationen führen in einem historischen Rundgang quer durch den Kiez zwischen der Kolonnenstraße im Norden, dem Gasometer am südwestlichen Ende und dem Industriegelände an der Wilhelm-Kabus-Straße.

www.inselftour-berlin.de

Den Faltpfad und ein reich bebildertes Booklet zur INSEL TOUR erhalten Sie kostenlos bei den Museen Tempelhof-Schöneberg und als PDFs zum Download unter:

www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/medien-materialien.html



Ein partizipatives Angebot im Rahmen des Projektes »Herwarth Staudt und die Ruinen Schönebergs. Einzigartige Fotodokumente der Nachkriegszeit«

Gefördert durch die Senatsverwaltung für Kultur und Europa



d:g:S

ARCHIV der MUSEEN TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

DIGITAL

»Ein Zimmer für Frau allein«

Das Digitalisierungsprojekt zur Erschließung der Negativ-Sammlung Jürgen Henschel

Jürgen Henschel dokumentierte als Pressefotograf der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in der Frontstadt. Ein Teilbestand der Schöneberger Negativ-Sammlung wurde im letzten Jahr digitalisiert und erstmals der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Der Bestand umfasst die Jahre zwischen 1978 und 1984, eine Zeit, in der mehrere hundert Häuser in Kreuzberg und Schöneberg besetzt wurden. Henschel hielt die Hausbesetzungen mit seiner Kamera fest und dokumentierte parallel dazu die Verwandlung Schönebergs in eine autogerechte Stadt.

Zu entdecken auf
www.museum-digital.de
www.deutsche-digitale-bibliothek.de



Gedenkveranstaltung unter Beteiligung der SEW (Sozialistische Einheitspartei Westberlins) und Kranzniederlegung am Unfallort des ein Jahr zuvor verunglückten Hausbesetzers Klaus-Jürgen Rattay in der Potsdamer Str. 127, 22. September 1982
Foto: Jürgen Henschel

Gefördert durch die Senatsverwaltung für Kultur und Europa



dig:S

ARCHIV der MUSEEN TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

DIGITAL

Herwarth Staudt und die Ruinen Schönebergs

Einzigartige Fotodokumente der Nachkriegszeit digital zu entdecken

Zur Dokumentation kriegszerstörter Häuser fotografierte **Herwarth Staudt** im Auftrag des bezirklichen Baulenkungsamtes zwischen 1949 und 1957 die Ruinen in Schöneberg. Insgesamt verzeichnete der Bezirk einen Verlust von 35 000 Wohnungen, was 60 Prozent aller Gebäude in Schöneberg entsprach. Mit dem Digitalisierungsprojekt wird der Zugang zu diesem stark nachgefragten Bestand erleichtert und die Langzeitarchivierung der Abbildungen gesichert.

Zu entdecken auf
www.museum-digital.de
www.deutsche-digitale-bibliothek.de



Trümmer auf dem Gelände der Thorwaldsenstraße 1-2, 10. Januar 1954, Foto: Herwarth Staudt

Gefördert durch die Senatsverwaltung für Kultur und Europa



dig:S



Foto: Museen Tempelhof-Schöneberg

IM STADTRAUM

STOLPERSTEINE

Wir freuen uns darauf, in 2021 wieder mehr **Stolpersteine** zu verlegen. In diesem Jahr plant auch der Künstler **Gunter Demnig** erneut nach Berlin zu kommen. Darüber hinaus warten viele Steine im Schöneberg Museum, die wir in Absprache mit den Angehörigen zu einem passenden Zeitpunkt verlegen werden.

Informationen zu den Verlegungen erfahren Sie über unsere Homepage und unseren Email-Verteiler.

Informationen unter

www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/stolpersteine

Anmeldung zum Email-Verteiler unter

stolpersteine@ba-ts.berlin.de

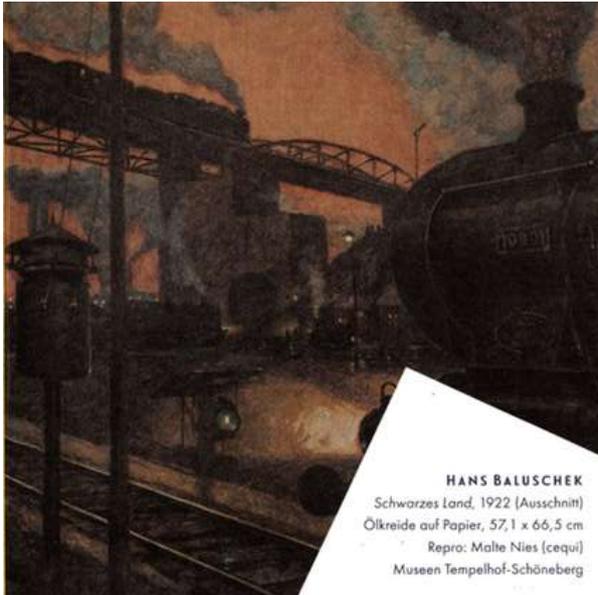
02) Enthüllte Schätze. 101 Jahre Schöneberger Kunstdepot. Kunstaussstellung, 24.04. bis 06.08.2021

ENTHÜLLTE SCHÄTZE
101 JAHRE SCHÖNEBERGER
KUNSTDEPOT

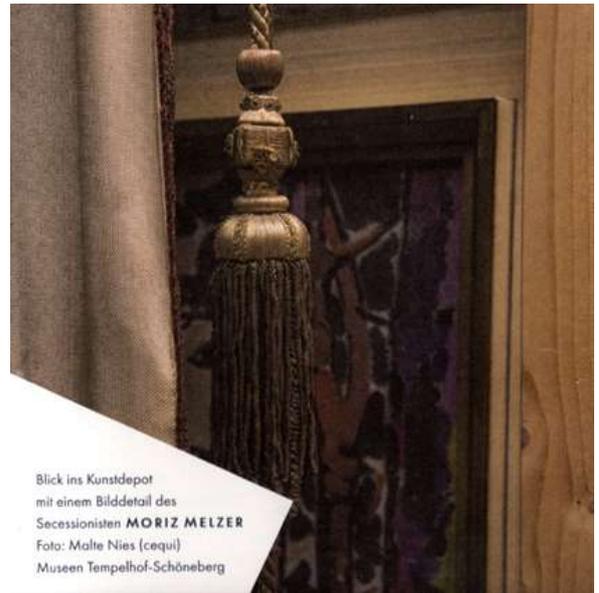
24.4. – 6.8.2021
Kunstaussstellung im Schöneberg Museum

Vor mehr als 101 Jahren wurde der Grundstock für die heutige Kunstsammlung der Museen Tempelhof-Schöneberg gelegt. 1919 erwarb die damals noch selbständige Stadt Schöneberg die Kunstschätze der ansässigen Sammlerfamilie Levinstein. Durch weitere Ankäufe und Schenkungen entstand nach und nach ein facettenreiches Kunstdepot, das inzwischen über 600 Bilder und Skulpturen beherbergt. Das Jubiläum ist ein willkommener Anlass, um einige dieser Kunstwerke nach langer Zeit wieder zu enthüllen.

Mit Hans Baluschek, Marlene Dietrich, Edith Krause-Droth, Brigitte Krüger, Georg Metzband, Moriz Melzer, Ludwig von Hofmann und Albert Einstein stehen Künstlerinnen, Secessionisten und einflussreiche Persönlichkeiten im Mittelpunkt der Ausstellung. Die Bilder lassen die Betrachterinnen eintauchen in die Berliner Kunstszene des ausgehenden 19. und 20. Jahrhunderts. Sie geben Einblicke in damalige Straßenszenen und führen durch abstrakte Landschaften sowie stimmungsvolle Hinterhöfe – bis hin zum Schöneberger Gasometer.



HANS BALUSCHEK
Schwarzes Land, 1922 (Ausschnitt)
Ölkreide auf Papier, 57,1 x 66,5 cm
Repro: Malte Nies (cequi)
Museen Tempelhof-Schöneberg



Blick ins Kunstdepot
mit einem Bilddetail des
Secessionisten **MORIZ MELZER**
Foto: Malte Nies (cequi)
Museen Tempelhof-Schöneberg

BEGLEITPROGRAMM

Zur Ausstellung gibt es ein vielfältiges Begleitprogramm – mit Stadtpaziergängen zum Gasometer auf der „Schöneberger Insel“ und kreativen Ferienangeboten für Kinder.

Aktuelle Informationen dazu finden Sie auf
www.museen-tempelhof-schoeneberg.de

SAMMLUNGSKATALOG

Der Sammlungskatalog *Verborgene Schätze. 100 Jahre Kunstsammlung der Museen Tempelhof-Schöneberg* ist reich bebildert und bietet neben vier Essays auch ein umfangreiches Werkverzeichnis.

Die Publikation ist im Museum erhältlich.



VERANSTALTER

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin
Abt. Bildung, Kultur und Soziales
Fachbereich Kunst, Kultur, Museen

SCHÖNEBERG MUSEUM

Hauptstraße 40/42, 10827 Berlin
museum@ba-ts.berlin.de
Tel. 030-90277 6163

ÖFFNUNGSZEITEN

Sa-Do 14-18 Uhr, Fr 9-14 Uhr
Für Schulklassen und Gruppen nach Voranmeldung
Mo-Do 9-14 Uhr und nach Vereinbarung
Eintritt frei

WWW.MUSEEN-TEMPELHOF-SCHOENEBERG.DE

03) „Kommt Schwimmen“. Das Seebad Mariendorf 1876 – 1950
Tempelhof-Museum, 07.05. bis 10.10.2021

DAS SEEBAD MARIENDORF war weit mehr als eine gewöhnliche Badeanstalt. In den 1920er Jahren strömten im Sommer bis zu 4000 Menschen täglich in die Ullsteinstraße. Gründer Adolf Lewissohn schuf über Jahrzehnte aus einem Tümpel ein kleines Naturidyll mit einer Parkanlage, Seeterrassen und eigener Grotte. Das beliebte Ausflugsziel zog auch sportliche Großereignisse wie die Deutschen Schwimmmeisterschaften 1911 und die Olympiaqualifikation für Stockholm 1912 nach Mariendorf.

Nach dem Tod des Gründers übernahm seine Tochter Helene Lewissohn die Leitung. Doch die Weltwirtschaftskrise und die einsetzende Verfolgung und Diskriminierung von Jüdinnen und Juden in den 1930er Jahren führten schließlich zum Verlust des Familienbesitzes.

Die Sonderausstellung »Kommt schwimmen« im Tempelhof Museum lässt das Seebad Mariendorf wieder aufstehen und erzählt die bewegte Geschichte dieses vergessenen Ortes und der Familie Lewissohn.



Herrenbad, 1885



Damenbad, um 1920



Blick in das Herrenbad, um 1930

Museen Tempelhof-Schöneberg

»Kommt schwimmen«
DAS SEEBAD MARIENDORF 1876 – 1950

TEMPELHOF MUSEUM
7.5.–10.10.2021

VERANSTALTER
Bezirksamt
Tempelhof-Schöneberg
von Berlin
Abteilung
Bildung, Kultur und Soziales
Fachbereich
Kunst, Kultur, Museen

Tempelhof Museum
Alt-Mariendorf 43
12107 Berlin
museum@ba-ta.berlin.de
Telefon 030-90277 6163

ÖFFNUNGSZEITEN
Mo–Do 10–18 Uhr
Fr 10–14 Uhr
So 11–15 Uhr
Eintritt frei



Museen
Tempelhof-
Schöneberg

Informationen zu Führungen und
Veranstaltungen finden Sie auf
www.museen-tempelhof-schoeneberg.de

Nur für gute
Schwimmer.
5 Meter tief.

04) Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. NS-Verbrechen vor Gericht
28.04. bis 17.10.2021, Topographie des Terrors

Sonderausstellung | Special Exhibition

FRITZ BAUER. DER STAATSAKWALT. NS-VERBRECHEN VOR GERICHT

FRITZ BAUER. DISTRICT ATTORNEY. PROSECUTING NAZI CRIMES

28. April – 17. Oktober 2021
täglich | daily 10 – 20 Uhr
Eintritt frei | Admission free

Dokumentationszentrum Topographie des Terrors
Niederschornstraße 8, 10963 Berlin

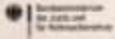
Weitere Informationen | Further information
www.topographie.de

Eine Ausstellung von | An exhibition of

Fritz Bauer Institut
Gedenken und Wirkung
des Holocaust

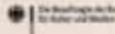
J JÜDISCHES
MUSEUM
STAMBUK

Die Ausstellung wurde gefördert von | Exhibition supported by
Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur
Dr. Niclas und Dr. Christine Weckert
und | and





Das Dokumentationszentrum Topographie des Terrors wird
gefördert von | The Topography of Terror Documentation Center
is supported by




DISTRICT ATTORNEY
PROSECUTING NAZI CRIMES

FRITZ DER STAATSAKWALT
NS-VERBRECHEN VOR GERICHT

FRITZ BAUER



**28.
APRIL 2021**
**17.
OKT. 2021**

FRITZ BAUER. DER STAATSAKWALT. NS-VERBRECHEN VOR GERICHT

DIENSTAG, 27. APRIL 2021, 19 UHR
Ausstellungseröffnung im Livestream
Dokumentationszentrum Topographie des Terrors
Eine Teilnahme vor Ort ist nicht möglich.

Begrüßung
Dr. Andrea Riedle
Direktorin der Stiftung Topographie des Terrors, Berlin

Grüßworte
Christine Lambrecht
Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz

Dr. Klaus Lederer
Senator für Kultur und Europa des Landes Berlin

Zur Ausstellung
Prof. Dr. Sybille Steinbacher
Direktorin des Fritz Bauer Instituts, Frankfurt/M.

Dr. Monika Ball
Kuratorin der Ausstellung

www.topographie.de/livestream
Der Stream der Ausstellungseröffnung ist anschließend
14 Tage abrufbar

Ausstellung

Fritz Bauer gehört zu den bedeutendsten und juristisch einflussreichsten jüdischen Emigranten im Nachkriegsdeutschland. Gegen erhebliche Widerstände brachte er als Staatsanwalt wichtige Strafverfahren gegen NS-Täter auf den Weg, insbesondere den Frankfurter Auschwitz-Prozess. Einen entscheidenden Anteil hatte er auch an der Ergreifung Adolf Eichmanns, dem als ehemaligen Leiter des „Judenrats“ im Reichssicherheitshauptamt in Israel der Prozess gemacht wurde.

Die Ausstellung dokumentiert mit vielen Originalobjekten sowie Ton- und Filmaufnahmen Fritz Bauers Lebensgeschichte im Spiegel der historischen Ereignisse: 1930 zum jüngsten Amtsrichter der Weimarer Republik ernannt, wurde er während der NS-Zeit als Jude und Sozialdemokrat verfolgt. Er floh aus Deutschland und kehrte 1949 zurück. Fritz Bauers Auffassung, ein Staatsanwalt habe in erster Linie die Menschenwürde zu schützen, gerade auch gegen staatliche Gewalt, revolutionierte das überkommene Bild dieses Amtes – ein wichtiger Schritt auf dem Weg der Demokratisierung in der frühen Bundesrepublik.

Exhibition

Fritz Bauer was one of the most important and legally influential returned Jewish emigrants in post-war Germany. As a district attorney, he initiated important criminal proceedings against Nazi perpetrators, in particular the Frankfurt Auschwitz trial, despite considerable opposition. He also played a decisive role in the capture of Adolf Eichmann, who was put on trial in Israel for his crimes as former head of the “Jewish Affairs Section” at the Reich Security Main Office.

This exhibition documents Fritz Bauer’s life history in the context of broader historical events, using original exhibits, sound and film recordings. A Jew and Social Democrat who, in 1930, became the youngest district judge in the Weimar Republic, he was subject to persecution in the Nazi period. He escaped Germany, returning only in 1949. Fritz Bauer’s view that a district attorney is first and foremost responsible for protecting human dignity, especially against state violence, revolutionized the traditional view of this office – an important step forward in democratization in the early Federal Republic.

Begleitprogramm

DIENSTAG, 13. JULI 2021, 19 UHR
Fritz Bauer und der Umgang mit der NS-Vergangenheit
Vorträge und Lesung
Prof. Dr. Lena Filipovic, Wien
Dr. David Jehst, Halle
Moderation: Dr. Stephanie Bohne, Berlin

DIENSTAG, 31. AUGUST 2021, 19 UHR
Diener des Rechts und der Vernichtung. Das Verfahren gegen die Teilnehmer der Konferenz von 1941 oder: Die Justiz gegen Fritz Bauer
Buchpräsentation: Christoph Schneider, Frankfurt/M.
Moderation: Dr. Tobias Freimüller, Frankfurt/M.

DIENSTAG, 12. OKTOBER 2021, 19 UHR
Fritz Bauer und der Auschwitz-Prozess
Vortrag: Prof. Dr. Sybille Steinbacher, Frankfurt/M.
Moderation: PD Dr. Annette Wunke, Jena

Ob die Veranstaltungen, wie geplant, im Auditorium des Dokumentationszentrums stattfinden können oder als Livestream angeboten werden, steht derzeit noch nicht fest. Bitte informieren Sie sich kurzfristig unter www.topographie.de.

Teilfoto | Teile photo:
Fritz Bauer, 1945
© Topografie Stefan Mozes, München



Brandenburg-Preußen Museum
Wustrau

Andrea Seehausen
Büro- und Innenleitung
Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau
Tel. 033925-70798
Fax 033925-70799
museum@bpm-wustrau.de
www.brandenburg-preussen-museum.de
Brandenburg-Preußen Museum
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand: Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach

**05) (K)ein Kinderspiel – Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung,
bis 05.12.2021**

Besucherinformation Mai 2021 - Museum öffnet wieder ab 7. Mai 2021

Liebe Freunde und Freundinnen des Brandenburg-Preußen Museums,

wenige Tage nach Eröffnung einer der schönsten Sonderausstellungen unseres Museums haben wir leider wegen der Corona-Infektionszahlen in unserem Landkreis wieder schließen müssen.

Nun haben die Maßnahmen offenbar Erfolg gezeigt, ab Freitag und auch am kommenden Wochenende ist das Brandenburg-Preußen Museum wieder offen und hoffentlich auch darüber hinaus. Und wir freuen uns, Ihnen die Sonderausstellung

(K)ein Kinderspiel – Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung

zu zeigen.

Es gibt noch eine gute Nachricht aus Wustrau: Gemeinsam mit der Gemeinde Fehrbellin haben wir zwei sehr schöne und ganz unterschiedliche Rundwanderwege ab und nach Wustrau entwickelt, die nun ausgeschildert sind und der Wanderer harren, die den Frühling in der Natur genießen wollen. Der Zieten-Rundweg ist 5,8 km lang, er führt über den Rhin und dann nach links durch Wald und Wiese nach Altfriesack und entlang dem Ruppiner See zurück. Der Constanze-Rundweg ist 8,5 km lang und führt durch den historischen Dorfkern, knickt dann am preußischen Meilenstein links ab nach Buskow und führt in einer Schleife zum See und dann am See entlang zurück nach Wustrau – besonders für Vogelliebhaber zu empfehlen. In den Bäumen und Büschen herrscht Hochbetrieb. Für jeden der beiden Wanderwege hängt eine Karte dieser E-Mail an.

Auf Ihrer Wanderung können Sie täglich Fischbrötchen in der Fischerei Pfefferkorn bekommen und am Wochenende auch Kaffee und Kuchen im Café Constance. Sonntags bei schönem Wetter gibt es Essen im Theodors und voraussichtlich ab Pfingsten Eis im Birdegg's. Wir hoffen sehr, dass ab Pfingsten die Gastronomie zumindest außen wieder öffnen kann.

Da wir nur eine begrenzte Zahl von Besuchern gleichzeitig ins Museum lassen dürfen und für Museen eine Anmeldepflicht angeordnet ist, buchen Sie bitte über unsere Homepage ein Zeitfenster oder rufen Sie uns bitte vorher unter 033925 / 70 798 an bzw. senden Sie bitte eine E-Mail, damit wir Ihnen Ihre Besuchszeit reservieren.

Herzliche Grüße, und bleiben Sie gesund!
Ihr Brandenburg-Preußen Museum

Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau
Tel. 033925-70798
Fax 033925-70799
museum@bpm-wustrau.de
www.brandenburg-preussen-museum.de

Das Brandenburg-Preußen Museum
wird getragen von der
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand:
Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach
Steuernummer 27/643/03936



„Vom Eise befreit sind Strom und Bäche...“ Brandenburg-Preußen
Museum Wustrau:

Ausstellung „[K]Ein Kinderspiel: Spielzeug als Spiegel der
Industrialisierung vom 21.03. bis 05.12.2021

**[K] EIN
KINDERSPIEL**

Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung
21.03. bis 05.12.2021

 **BRANDENBURG
PREUßEN
MUSEUM**

BRANDENBURG-Preußen MUSEUM
EICHENALLEE 7A
16818 WUSTRAU
www.BPM-Wustrau.de
Tel: 033925-70796

Das Museum im Brandenburg-Preußen-Museum Wustrau ist ein Teil des Brandenburg-Preußen-Museums Wustrau. Die Ausstellung ist ein Teil der Ausstellung „Vom Eise befreit sind Strom und Bäche...“.

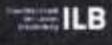
Das Brandenburg-Preußen-Museum Wustrau ist ein Teil des Brandenburg-Preußen-Museums Wustrau. Die Ausstellung ist ein Teil der Ausstellung „Vom Eise befreit sind Strom und Bäche...“.

Das Brandenburg-Preußen-Museum Wustrau ist ein Teil des Brandenburg-Preußen-Museums Wustrau. Die Ausstellung ist ein Teil der Ausstellung „Vom Eise befreit sind Strom und Bäche...“.

2021 **Zukunft der
Vergangenheit**

 **Land
BRANDENBURG**

 **5 für Brandenburg**

 **ILB**



- Die Adresse des Westpreußischen Landesmuseums lautet:
*Franziskanerkloster
Klosterstraße 21
48231 Warendorf*
- Bei Terminanfragen, Anmeldungen, Adressenänderungen oder Shop-Bestellungen erreichen Sie die Aufsicht
- *telefonisch:*
[02581 92777-13](tel:025819277713)
- Das Geschäftszimmer erreichen Sie
- *telefonisch:*
[02581 92777-0](tel:02581927770)
- *per Fax:*
02581 92777-14
- *per E-Mail:*
sekretariat@westpreussisches-landesmuseum.de

01) Die schönsten Wochen des Jahres. Reise(n) einst und jetzt

01. Juli bis 17. Oktober 2021



Plakat „Dieses Jahr Danzig Zoppot“. Farbdruck von Bruno Paetsch, Danzig o. J. (1930er Jahre).

Reisen – der Deutschen liebstes Hobby. Jahrzehntlang war der Tourismus zudem ein stetig wachsender Wirtschaftszweig – allein 2019 unternahmen die Deutschen insgesamt 70,1 Millionen Urlaubsreisen – bis die Corona-Pandemie dieser Entwicklung 2020 und 2021 erst langsam, dann umfassend ein Ende bereitere. Aber das Reisen an sich war auch in vergangenen Zeiten durchaus schon ein Massenphänomen – wenn auch oft aus anderen Gründen als heute.

Wer sich in früheren Jahrhunderten auf eine Reise in weiter entfernte Regionen begab, tat dies oftmals aus klar definierten oder von außen vorgegebenen Gründen: Pilger des Mittelalters suchten ihr Seelenheil durch Vergebung ihrer Sünden, Hansekaufleute reisten in Erwartung eines lohnenden Geschäfts, Adelige begaben sich für Ruhm und Ansehen auf Kreuzzüge in den östlichen Teil Europas und Wissenschaftler verschiedenster Fachrichtungen suchten das Neue, bisher Unentdeckte oder Unpublizierte.



Kahlberg/Krynica Morska ist heute der Hauptferienort auf der Frischen Nehrung. Bereits Anfang des 20. Jahrhunderts zog es Urlauber und Ausflügler aus Elbing und Frauenburg hierher. Postkarte, 1928.

Erst mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts begann eine Entwicklung, die das Reisen auch für den „normalen“ Bürger interessant machte – sofern man die nötigen finanziellen Mittel hierfür aufbrachte. Mit dem „Reisen um des Reisens willen“ war der Grundstein für den heutigen Massentourismus gelegt.

So kam auch die frühere preußische Provinz Westpreußen im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts mehr und mehr als Reiseziel in Betracht – Bädertouristen suchten die Seebäder an der Ostsee auf, Kunst- und Kulturinteressierte zog es in die alten Hansestädte Danzig und Thorn oder zu den mittelalterlichen Baudenkmalern des Deutschen Ordens, während die Naturfreunde die wald- und seenreiche Kaschubei aufsuchten.

Die Ausstellung im Westpreußischen Landesmuseum folgt ihren Spuren, präsentiert aber vor allem Impressionen der heutigen attraktiven Reiseziele, die von mittelalterlichen Altstädten, UNESCO-Welterbestätten, beeindruckenden Landschaften bis zu den Stränden entlang der Frischen Nehrung und des Frischen Haffs reichen.

BEGLEITVERANSTALTUNGEN ZUR SONDERAUSSTELLUNG:

Das Begleitprogramm zur Ausstellung umfasst unter anderem Vorträge zu „Ostpreußen als Reiseland“ und „Das Ziel ist der Weg – Auf den Spuren mittelalterlicher Jakobspilger*innen durch Westfalen“. Die genauen Termine entnehmen Sie bitte unserer Homepage und der Tagespresse.

Bitte informieren Sie sich vor Ihrem Museumsbesuch über die aktuell gültigen Coronaschutzauflagen unter

www.westpreussisches-landesmuseum.de und www.mags.nrw.

Das Westpreußische Landesmuseum wird gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen



LWL

Für die Menschen.
Für Westfalen-Lippe.



Trägerin
KULTURSTIFTUNG
WESTPREUSSEN

des

Museums:

02) „In zwei Welten – Deutsche Minderheiten stellen sich vor“

Was haben Armenien, Aserbaidshan, Bosnien-Herzegowina, Dänemark, Estland, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Kroatien, Lettland, Litauen, Moldawien, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tadschikistan, Tschechien, Turkmenistan, Ukraine, Ungarn, Usbekistan und Weißrussland gemeinsam? Richtig – **eine deutsche Minderheit!** In der Wanderausstellung der **Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM)** in der **Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN)** stellen sie sich vor. Die Schau zeigt Herkunft und Traditionen sowie aktuelle Verbandstätigkeiten deutschstämmiger Volksgruppen im Ausland... Mit einem Klick auf die Ländernamen können Sie das jeweilige für Sie interessante Land wählen:

<https://in2welten-agdm.fuen.org/in-25-laendern-zuhause/tschechische-republik/>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 74, 2021

Wien, am 16. Juni 2021

03) Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold

Liebe Museumsfreunde!



Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an unserem Veranstaltungsangebot. Leider ist damit zu rechnen, dass wir auch in diesem Jahr immer wieder neu aushandeln müssen, ob und in welcher Weise unsere Veranstaltungen stattfinden können. Bitte besuchen Sie uns regelmäßig auf unserer Homepage www.russlanddeutsche.de, um zu erfahren, in welcher Form die jeweiligen Veranstaltungen durchgeführt werden.

Alles Gute und beste Grüße

Ihr Museumsteam

Georgstraße 24
32756 Detmold
Ruf: 05231-921 6900
museum@russlanddeutsche.de
<https://www.russlanddeutsche.de>

Kulturreferat:

Ruf: 05231-921 6913
Mobil: 0162-646 2913
e.warkentin@russlanddeutsche.de

04) Einblicke ins Depot des Sudetendeutschen Museums

Im Sudetendeutschen Museum in München sind mehr als tausend Ausstellungsstücke zu sehen. Weniger bekannt ist das Depot des Museums, das rund 40.000 weitere Objekte beherbergt. Im Depot findet ein wesentlicher Teil der musealen Arbeit statt: Hier werden neue Exponate aufgenommen, digital inventarisiert, konservatorisch behandelt und für eine spätere Präsentation - zum Beispiel im Rahmen von Sonderausstellungen - aufbewahrt. [Mit diesem Kurzfilm erhalten Sie einen exklusiven Einblick](#) in das Depot des Sudetendeutschen Museums, begleitet von Sammlungsleiter **Klaus Mohr**:

<https://www.youtube.com/watch?v=IAM3t3udysM>

Übrigens: bis zum **31. Juli 2021** ist der Eintritt ins Museum – [nach vorheriger Anmeldung](#) – gratis!

<https://www.sudetendeutsche-stiftung.de/sudetendeutschesmuseum/index.html>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 65, 2021

Wien, am 27. Mai 2021

05) Zwei Häuser eines Herrn Kirchen und Synagogen in der Slowakei. Fotoausstellung von Monika und L'ubo Stacho

<https://kulturforum.info/de/termine-main-menu/ausstellungen/1023745-zwei-haeuser-eines-herrn>

29. 06. bis 07.08.2021

Evang. Reglerkirche Erfurt
Bahnhofstr. 7, 99084 Erfurt

Mit einem Blick machen die zwischen 2008 und 2011 entstandenen Fotografien von Monika und L'ubo Stacho die Diskrepanz zwischen der Möglichkeit aktiv gelebten Glaubens und ihrer Zerstörung deutlich. Die Form des Diptychons lässt die Motive unmittelbar miteinander ins Gespräch treten. Sie repräsentieren zwei Seiten eines Glaubens an einen gemeinsamen Gott: Auf der einen Seite die christliche, die – wenn auch zur Zeit des Sozialismus eingeschränkt – ihren Gläubigen meist ungebrochen ein repräsentatives Haus bieten durfte. Auf der anderen Seite die jüdische: vernichtet, untergegangen, die Gotteshäuser zweckentfremdet und missbraucht.

Diese Diptychen funktionieren im ursprünglichen Sinne des Wortes als Andachtsbilder, als Anstoß zum Nachdenken darüber, welchen Verlust die geistige Kultur Europas durch die Schoa erlitten hat. Sie sind eine Mahnung zur Anerkennung und Vergegenwärtigung der Gemeinsamkeiten – des Glaubens an einen Gott –, der die drei Weltreligionen Judentum, Christentum und Islam vereint. Die Ausstellung zeigt zugleich die historische Vielfaltigkeit des früher dreisprachig slowakisch-ungarischdeutsch geprägten Landes. Sie spiegelt sich in den zahlreichen UNESCO-Welterbestätten der Region. Diese Kulturzeugnisse sollten für kommende Generationen bewahrt und wiederbelebt werden.



Das Fotografenpaar Ľubo und Monika Stacho. Foto: privat

Monika und Ľubo Stacho arbeiten in den Bereichen der künstlerischen Fotografie und des Dokumentarfilms. In ihren Werken thematisieren sie oft die multikulturelle und besonders jüdische Geschichte der Slowakei. Ľubo Stacho, geb. 1953, gründete 1990 die Studienrichtung »Fotografie« an der Akademie der bildenden Künste in Bratislava. Er erhielt mehrere internationale Preise und Auszeichnungen und wirkte als Gastprofessor an Universitäten in Belgien, den Niederlanden und Großbritannien. Einzelausstellungen wurden u. a. in Pittsburgh, Wien, Tel Aviv, Tokio und Berlin gezeigt. Seine Fotos sind weltweit in vielen Sammlungen zu finden. Monika Stacho, geb. 1977, unterrichtet Fotografie an der Fakultät für Architektur der Slowakischen Technischen Universität in Bratislava.

»Aus der Befürchtung heraus, dass wir den Glauben unserer älteren jüdischen Brüder zerstört haben und dass auch unser Glaube bedroht wird, habe ich dieses Projekt realisiert. In diesem Projekt geht es um unsere Vergangenheit, aber auch um unsere Zukunft.«
Ľubo Stacho

Öffnungszeiten

Montag bis Samstag

10:00 Uhr bis 13:00 Uhr

17:00 Uhr bis 19:00 Uhr

sowie nach den Gottesdiensten

Seite 452 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 793 vom 01.07.2021

Eine Ausstellung des Deutschen Kulturforums östliches Europa in Zusammenarbeit mit dem [Honorarkonsulat der Slowakischen Republik in Leipzig](#) im Rahmen der Kulturtag der Slowakei in Deutschland von Juni bis September 2021, den [Augustinern in Erfurt](#), dem [Bistum Erfurt](#) und dem [Katholischen Forum im Land Thüringen](#)
Unterstützt von [u. – slovak arts council | Fond na podporu umenia](#), der [Evangelischen Reglermeinde Erfurt](#) und der [Kulturreferentin für den Donauraum](#) am [Donauschwäbischen Zentralmuseum Ulm](#)

Unter der Schirmherrschaft des Thüringer Ministers für Kultur, Bundes und Europaangelegenheiten und Beauftragten für jüdisches Leben in Thüringen und die Bekämpfung des Antisemitismus

Das Deutsche Kulturforum östliches Europa wird gefördert durch: [Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien](#)

A. Besprechungen

Wir lesen!

B. Besprechungen in Arbeit

- 01)** Alexander-Kenneth Nagel: Corona und andere Weltuntergänge. Apokalyptische Krisenhermeneutik in der modernen Gesellschaft. (Bielefeld) [transcript] (2021). 209 Seiten.
= Kulturen der Gesellschaft.48.
Print-ISBN 978-3-8376-5595-7. € 30,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5595-1.
Rezensent: Dr. Gerd Klöwer, Berlin
- 02)** Svenja Kück: Heimat und Migration. Ein transdisziplinärer Ansatz anhand biographischer Interviews mit geflüchteten Menschen in Deutschland. (3 Abb., 2 Tab.). (Bielefeld) transcript (2021). 293 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5511-7 (Print), 978-3-8394-5511-1 (pdf). € 48,00.
Rezensentin: Frau Dr. Maria Werthan, Langerwehe
- 03)** Breslau – Freizeit und Konsum. (zahlreiche historische und aktuelle Abb. im Text, Abb. auf den Klapp-Umschlagseiten). Hg. von Heinke Kalinke, Tobias Weger, Łukasz Bieniasz
(Berlin/Boston) de Gruyter (2021). 313 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 81.
ISBN 978-3-11-070298-9. € 49,95.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 04)** Arne Frank unter Mitarbeit von Katrin Schulz: Das schlesische Elysium. Burgen, Schlösser, Herrenhäuser und Parks im Hirschberger Tal. (mit zahlreichen mehrfarbigen und SW-Abbildungen im Text, 2 mehrfarbigen Karten auf den Innenseiten).
Fünfte, überarbeitete und erweiterte Auflage.
(Potsdam) Deutsches Kulturforum östliches Europa (2021). 307 Seiten.
ISBN 978-3-9361168-90-7. € 19,80.
Rezensent: Peter Börner, Siegburg

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen

- 01)** Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?

- 02)** Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text). (Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.
- 03)** Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975). (Düsseldorf) Droste Verlag 2020. 671 Seiten.
= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 182. ISBN 978-3-7700-5349-0. € 68,00.
- 04)** Handbuch Landesgeschichte. (43 Abb., darunter einige mehrfarbige Abb.). Hrsg. von Werner Freitag, Michael Kißener, Christine Reinle und Sabine Ullmann. (Berlin) De Gruyter Oldenbourg. (2018). XII, 706 Seiten. = de Gruyter Reference.
Gebunden ISBN 978-3-11-035411-9. € 99,95.
- 05)** Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung. (zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann. Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.
PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.
- 06)** Das Museum der Zukunft. 43 neue Beiträge zur Diskussion über die Zukunft des Museums. Hrsg. von schnittpunkt und Joachim Baur. (mit mehrfarb. und SW-Abb.). (Bielefeld) transcript (2020).
313 Seiten. ISBN 978-3-8376-5270-3. € 29,00.
- 07)** Maria Werthan (Hrsg.): Heimat in bewegten Zeiten. Beiträge der verständigungs-politischen Tagung Frauen schaffen Heimaten in Europa, 14. – 16. August 2020, Heiligenhof. Frauenverband im Bund der Vertriebenen e. V. (mehrere SW-Abb.). (Berlin) OsteuropaZentrum Berlin Verlag (2021). 128 Seiten.
ISBN 978-3-89998-371-5. € 9,90.
- 08)** Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen). (Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.
- 09)** Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makala. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020).
400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.

- 10) Christofer Herrmann / Kazimierz Pospieszny / Ernst Gierlich (Hrsg.): Spiegel der Fürstenmacht. Residenzbauten in Ostmitteleuropa im Spätmittelalter – Typen, Strukturen, Ausschmückung. (zahlreiche Farbfotos, zahlreiche mehrfarbige und einfarbige Abb.). (Bonn) Kulturstiftung der Vertriebenen (1921). 289 Seiten. ISBN 978-3-88557-243-5. € 24,90.
- 11) Hans-Jürgen Kämpfert: Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel. Einrichtungen und Persönlichkeiten. (zahlreiche Abb., Stadtplan Danzigs von 1822 auf den Umschlaginnenseiten vorn, Landkarte Westpreußen auf den Umschlaginnenseiten hinten). Münster / Westfalen: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2020. XI, 396 Seiten. = Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 42. ISBN 978-3-924238-58-2. € 40,00.
- 12) Christhardt Henschel (Hg.): Ostpreußens Kriegsbeute. Der Regierungsbezirk Zichenau 1939 – 1945. (19 SW-Abbildungen im Text). (Osnabrück) fibre (2021). 416 Seiten. = Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau.42. ISBN 978-3-944870-75-5. € 58,00.
- 13) Arno Mentzel-Reuters und Stefan Samerski (Hg.). Castrum sanctae Mariae: Die Marienburg als Burg, Residenz und Museum. (mit 102 Abb.). Göttingen: V & R Unipress 2019. 505 Seiten. = Vestigia Prussica. Forschungen zur Ost- und Westpreußischen Landesgeschichte. Band 1. ISBN 978-3-8471-0883-2. € 59,99.
- 14) Naturpark Barnim von Berlin bis zur Schorfheide. Eine landeskundliche Bestandsaufnahme. Hg. von Peter Gärtner, Lisa Merkel, Haik Thomas Porada (mit 181 zumeist mehr-farbigen Abb. im Text; 1 Übersichtskarte-Suchpunkte und 1 Tafel mit 4 mehrfarbigen Abb. in Tasche). Wien, Köln, Weimar. Böhlau Verlag (2020). 496 Seiten. = Landschaften in Deutschland. Band 80 (herausgegeben im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde und der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig). ISBN 978-3-412-51378-8. € 30,00.
- 15) Peter Bahl: Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945. (Berlin) Berliner Wissenschaftsverlag (2020). XVII, 1.718 Seiten. = Bibliothek der brandenburgischen und preußischen Geschichte. Im Auftrag des Brandenburgischen Hauptarchivs und der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Mario Glauert und Michael Wildt. Band 17. ISBN Print 978-3-8305-5016-7. € 125,00. ISBN E-Book 978-3-8305-4186-8. Freier Zugang. € 0,00.
- 15) Reinhard Olt: Im Karpatenbogen. Ungarn und die Diaspora der Magyaren – Reportagen und Analysen. (mit mehrfarbigen Fotos). Budapest: Freunde von Ungarn Stiftung 2020. 232 Seiten. ISBN 978-615-81674-0-6. € 179,10.

Lesen und schreiben!



01) Einbahnstraße Borstellstraße – eine Fehlentscheidung.
Brief an die Straßenverkehrsamt von Berlin Steglitz-Zehlendorf



[Verkehrszeichen Richtzeichen...](#)

§ 42 Richtzeichen:

Richtzeichen geben **besondere** Hinweise zur Erleichterung des Verkehrs. Sie können auch Anordnungen für geehrte Damen und Herren,

tiefbauamt@ba-sz.berlin.de

Ccc: bzbm@ba-sz.berlin.de

Bcc: agom.westpreussen.berlin@gmail.com

13.04.2021, 10:40 Uhr

wegen einer Baustelle ist seit einigen Wochen u.a. der Abschnitt der Borstellstraße zwischen Brandenburgischer Straße und Albrechtstraße zur Einbahnstraße umgewidmet worden. Ich halte das nach meinen Beobachtungen nicht für klug!

Es ist ein verhältnismäßig kurzer Straßenabschnitt von etwa 20 Metern. Nach meinen Beobachtungen ignorieren nicht nur große Lastfahrzeuge diese Regelung und fahren von der Brandenburgische Straße in Richtung Albrechtstraße der Einbahnstraße-Regelung entgegen. Den großen Lastfahrzeugen ist das auch nicht zu verdenken, denn andernfalls müssten sie sich im Zuge der Borstellstraße durch die mit Autos enggestellten Straßen quälen, sofern sie überhaupt von der Brandenburgische Straße her nach rechts in die Borstellstraße Richtung Stephanstraße (auch eine Einbahnstraße zwischen Albrechtstraße und Borstellstraße) einbiegen können: es ist dort aufgrund einer Baustellenabspernung sehr eng.

Aber nicht nur Laster-, sondern auch PKW-Fahrer ignorieren die o.g. Einbahnstraßenregelung.

Ich halte es daher für sinnvoller, wenn statt der Beschilderung als „Einbahnstraße“ Richtzeichen nach § 42 der Straßenverkehrsordnung aufgestellt werden: so weit mir bekannt roter bzw. weißer Pfeil auf blauem Grund (waren die früher nicht anders gestaltet?).

Ich freue mich auf die Umsetzung meines Vorschlags und Ihre Eingangsbestätigung zu meinem Vorschlag, den Sie bitte an die zuständige Stelle weitergeben.

Mit freundlichen Grüßen
Reinhard M. W. Hanke,
Vorsitzender der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin

c/o Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin
Brandenburgische Straße 24 Steglitz
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533, Fax auf Anfrage
www.westpreussen-berlin.de
www.ostmitteleuropa.de

19.04.2021

Sehr geehrte Damen und Herren vom Tiefbauamt usw.,

zu meinem bislang unbeantworteten Schreiben vom 13. April 2021 ergänze ich:
nach meinen Beobachtungen wird auch die Einbahnstraßen-Ausschilderung der Borstellstraße zwischen Brandenburgische Straße und Stephanstraße nicht nur von LKW-Fahrern, sondern auch von PKW-Fahrern ignoriert. Sie Sollten handeln.

In Erwartung Ihrer freundlichen Antwort verbleibe ich mit freundlichen Grüßen
Reinhard M. W. Hanke

Anmerkung von Reinhard M. W. Hanke am 02.06.2021:

Das Tiefbauamt hat am 19.04.2021 meinen Brief zuständigkeitshalber an die Straßenverkehrsamt des Bezirks weitergeleitet.
Eine Antwort ist bis heute – 01. Juli 2021 - ausgeblieben....

Vielleicht sollten wir noch ein paar Fotos von zerstörten Mosaiksteinpflastern und anderen Straßenschäden bringen!



Borstellstraße, Blick Richtung Albrechtstraße von Ecke Brandenburgische Straße



Vom selben Standort: Borstellstraße Richtung Stephanstraße. Aufnahmen (2): Reinhard M.W. Hanke

IMPRESSUM

Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.
Öffnungszeiten: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.
<agom.westpreussen.berlin@gmail.com>



Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglitz.
Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!





P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturellräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:
<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

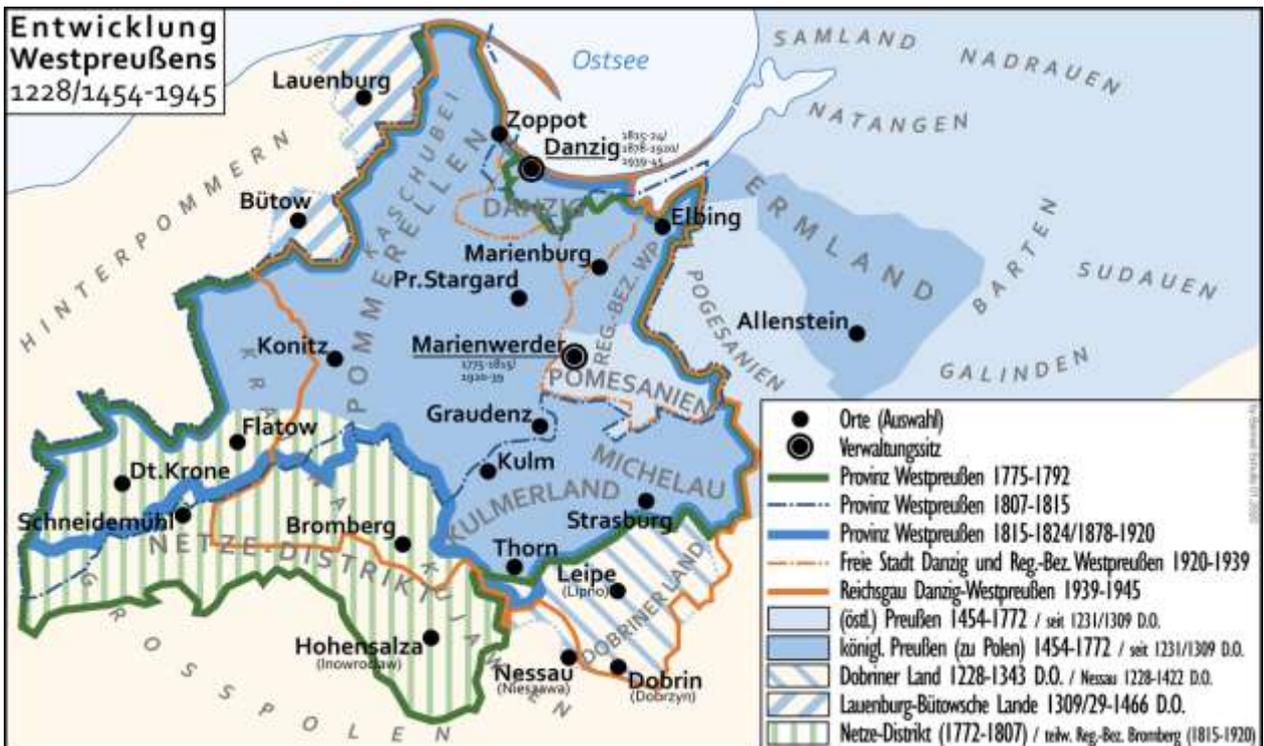
s.a. Carl-von-Ossietsky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa
<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>



Hellgrau: Herzoglich Preußen. Farbige: Königlich Preußen mit seinen Woiwodschaften als Teil Polen-Litauens.

Beide Karten dieser Seite aus: WIKIPEDIA, aufgerufen am 04.03.2021, 09:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Westpreu%C3%9Fen#/media/Datei:Entwicklung%CC%A0Westpreussen.png>

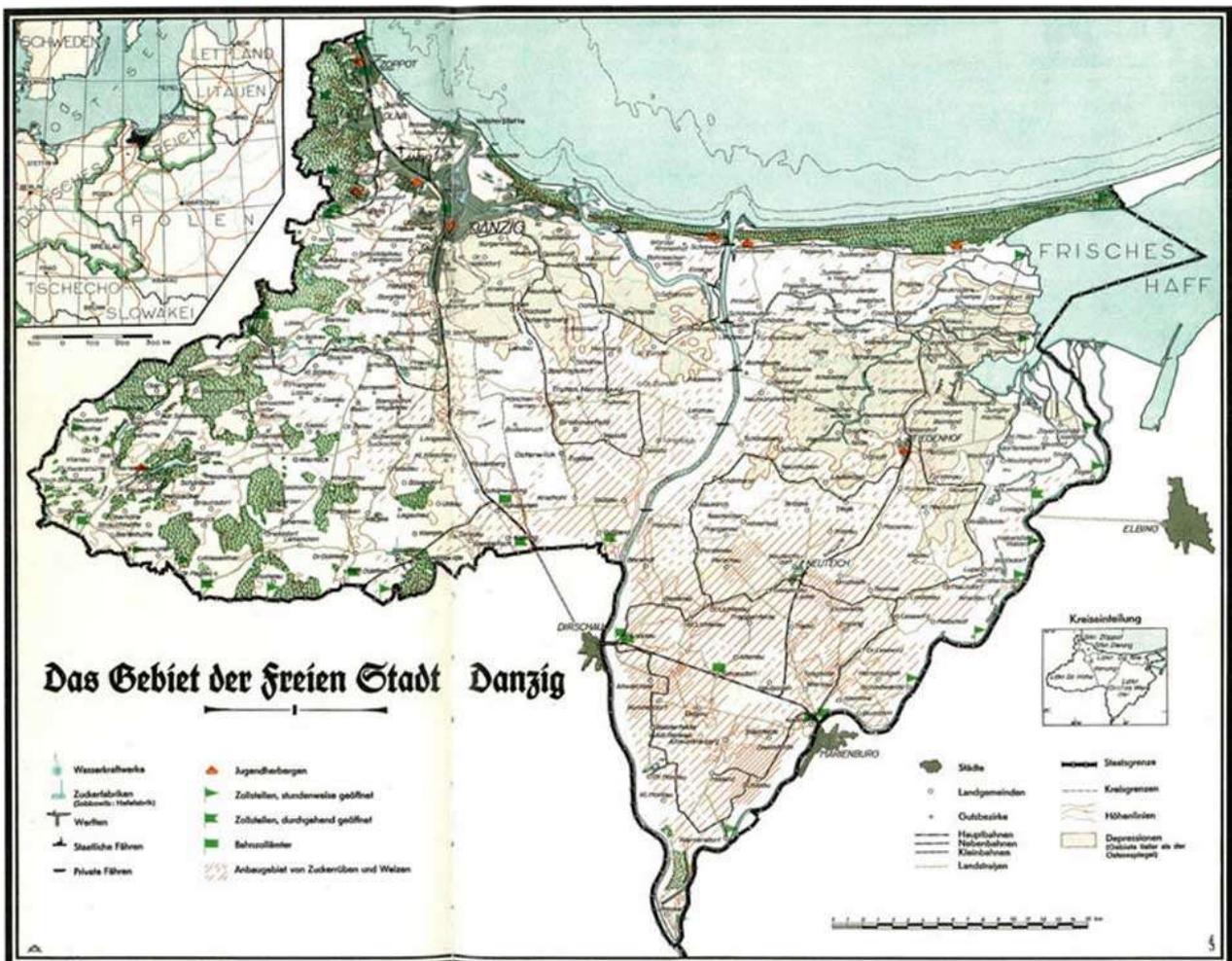


Entwicklung Westpreußens 1228/1454–1945.

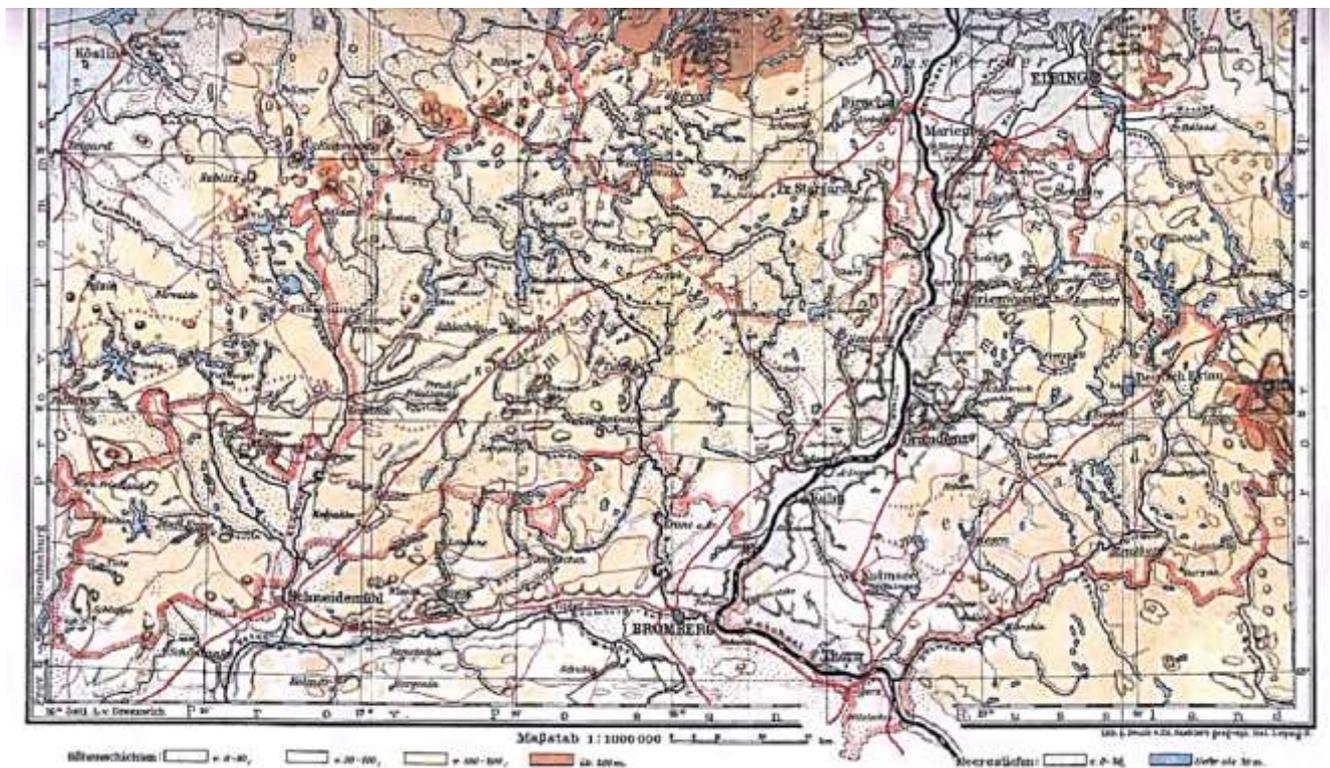


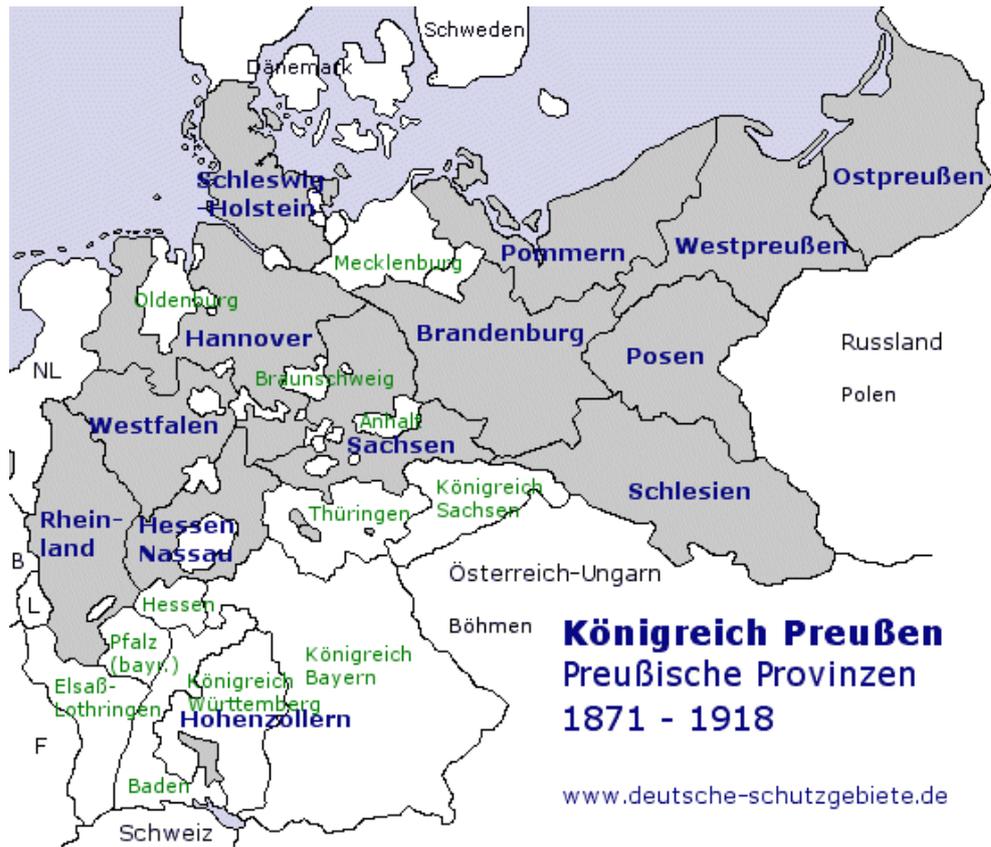
Nec temere nec timide
Weder unbesonnen noch furchtsam

- Wahlspruch der Hansestadt [Danzig](#) -



PROVINZ WESTPREUSSEN





Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920